Interview mit Franz Xaver Kroetz S. 45/46



Arbeiterkampf

Jg. 14, Nr. 245, 9. 4. 84 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

Wucherzinsen ruinieren die Dritte Welt Seite 40 bis 43

Warum nicht raus aus der NATO?

Müssen wir so schnell wie möglich raus aus der NATO? Oder gibt es ohne NATO für uns keine Sicherheit? Oder lenkt eine Anti-NATO-Kampagne nur ab vom Kampf gegen die neuen Atomraketen? Oder kommt die Forderung nach Austritt aus der NATO den Rechten um F.J.Strauß entgegen?

Die Ansichten darüber gehen in der Friedensbewegung weit auseinander. Auf der nächsten Bundeskonferenz der Friedensbewegung am 5./6. Mai soll dies Thema auf der Tagesordnung stehen. So jedenfalls wurde es auf der letzten Konferenz (im Februar in Köln) beschlossen: ,,Angesichts der Tatsache, daß sich die NATO immer mehr zu einem Bündnis mit Kriegsführungsoptionen entwickelt (vgl. Air-Land-Battle usw. wie auch die entsprechenden Aufrüstungsprogramme), ist eine Problematisierung und Klärung unseres Verhältnisses zur NATO dringend geboten''.

Ebenso soll das Thema diskutiert werden auf einem Vorbereitungstreffen des ,,Unabhängigen''-Flügels der Friedensbewegung.

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, einen Überblick über den Diskussionsstand zu geben.

Zeit für einen neuen Anfang

Die Friedensbewegung hat ihr erklärtes strategisches Ziel, die Durchführung des NATO-Nachrüstungsbeschlüsses von 1979 zu verhindern, nicht erreicht. Daß der Kampf so und nicht anders ausgehen würde, war spätestens am 6. März 1983 absolut sicher und eigentlich auch offensichtlich. Eine Bundestagsmehrheit für SPD plus Grüne hätte immerhin noch eine Restchance bedeutet, zumindest den Stationierungs-Zeitplan durcheinander zu bringen und auf diese Weise politischen Spielraum zu gewinnen. Die reale Mehrheit für CDU/CSU plus FDP, die am Abend des 6. März als Ergebnis feststand, beseitigte diese ohnehin nicht allzu hoch zu bewertende Chance.

Fortsetzung auf Seite 12

tiert werden auf einem Vorbereitungstreffen des ,,Unabhängigen''-Flügels der Friedensbewegung.

feststand, beseitigte diese ohnehin nicht allzu hoch zu bewertende Chance.

Fortsetzung auf Seite 12



Frankreich im April 1984: Stahlarbeiter blockieren die Promenade von Marseille

Betriebsrätewahlen 1984

Betriebsrätewahlen 1984

Als Reaktion auf Betriebs-Sozialpartnerschaft und gewerkschaftliche Unbeweglichkeit sind sie vor etwa zehn Jahren entstanden: Linksoppositionelle Listen zu den Betriebsrätewahlen. Einige von ihnen sind verschwunden, andere haben durchgehalten, in einzelnen Betrieben sind neue LIsten entstanden. Der ,,revolutionäre'' Schwung der ersten Jahre ist verflogen. Repression von Gewerkschaftsführungen und Unternehmensleitungen waren die eine Erfahrung. Das Lernen im betrieblichen Alltag und der Umgang mit Entlassungen, Sozialplänen, Arbeitsgerichten, Überstunden und Ausländerfeindlichkeit die andere. Von März bis Mai 1984 fanden und finden neue Betriebsrätewahlen statt. Ein neuer Trend ist nicht sichtbar — soweit dies beim jetzigen Stand der Ergebnisse abzusehen ist: Weder ist es den Rechten gelungen, die absolute Dominanz der DGB-Gewerkschaften anzutasten, noch gibt es eine neue linke Entwicklung. Auf der Linken — die im eigenständigen Auftreten eher eine Randerscheinung ist — gibt es bislang positive und negative Entwicklungen. Über einige berichten wir in dieser Ausgabe. U.a. in einem Interview mit zwei Betriebsräten der ,,Alternative'' von Daimler-Benz in Hamburg-Harburg, die gegen die rechte IGM-Konkurrenz 39,4% der Stimmen erhielt.

Fortsetzung auf Seite 3

Pulverfaß Südafrika

Apartheidsregime als „Friedensstifter"

Derzeit wird das Apartheidsregime in Südafrika von der bürgerlichen Presse als der ,,Friedensstifter'' im südlichen Afrika gefeiert. Nach den Überfällen auf die unabhängigen Staaten Angola und Mosambik, der blutigen und terroristischen Verfolgung des schwarzen Widerstandes und seiner Organisation ,,African National Congress'' (ANC) setzte die Regierung Botha ihre Politik mit anderen Mitteln fort. In Verhandlungen mit den Regierungen von Angola und Mosambik verpflichteten sich die Verhandlungsparteien auf ein ,,Waffenstillstandsabkommen'', und es gehört sicherlich nicht viel Erfahrung dazu vorauszusagen, daß das faschistische Apartheidsregime diese erzwungene ,,Kampfpause'' für die weitere Destabilisierungpolitik gegen die unabhängigen Frontstaaten nutzen wird. Der ANC sieht dieses Abkommen sehr kritisch, aber er geht davon aus, daß auch diese neue Situation nichts an der Lage der schwarzen Mehrheit in der Republik Südafrika ändert, und folglich der Kampf und der Widerstand gegen die Unterdrückung durch die weiße Siedlerminderheit fortschreiten wird. Ein Regime, das mit dem Blut von tausenden von ermordeten Menschen befleckt ist, das weltweit geächtet ist wie keine andere Regierung wegen ihrer rassistischen Politik, kann kein ,,Architekt von Recht und Frieden'' sein.

Die Regierungen von Angola und Mosambik wurden an den Verhandlungstisch gebombt und sabotiert, und die Hypotheken aus der kolonialen Vergangenheit wirken bis heute fort. Der wirtschaftliche Ausbau dieser Länder wird nicht nur durch das Apartheidsregime von außen angegriffen, die imperialistischen Marionetten UNITA in Angola und die MNR in Mosambik tragen wesentlich dazu bei, die unabhängigen Staaten zu verwunden wo sie nur können. Die ,freiheitlichen Staaten' des Westens tragen mehrheitlich dazu bei, den unabhängigen Völkern des südlichen Afrika einen eigentständigen Weg unmöglich zu machen. Und gerade der BRD-Imperialismus ist eine der Schaltstationen für die Interessenten an einem stabilen Südafrika.

Fortsetzung auf Seite 32

,,Wir wollen den sandinistischen Kampf in die westlichen Länder tragen!''

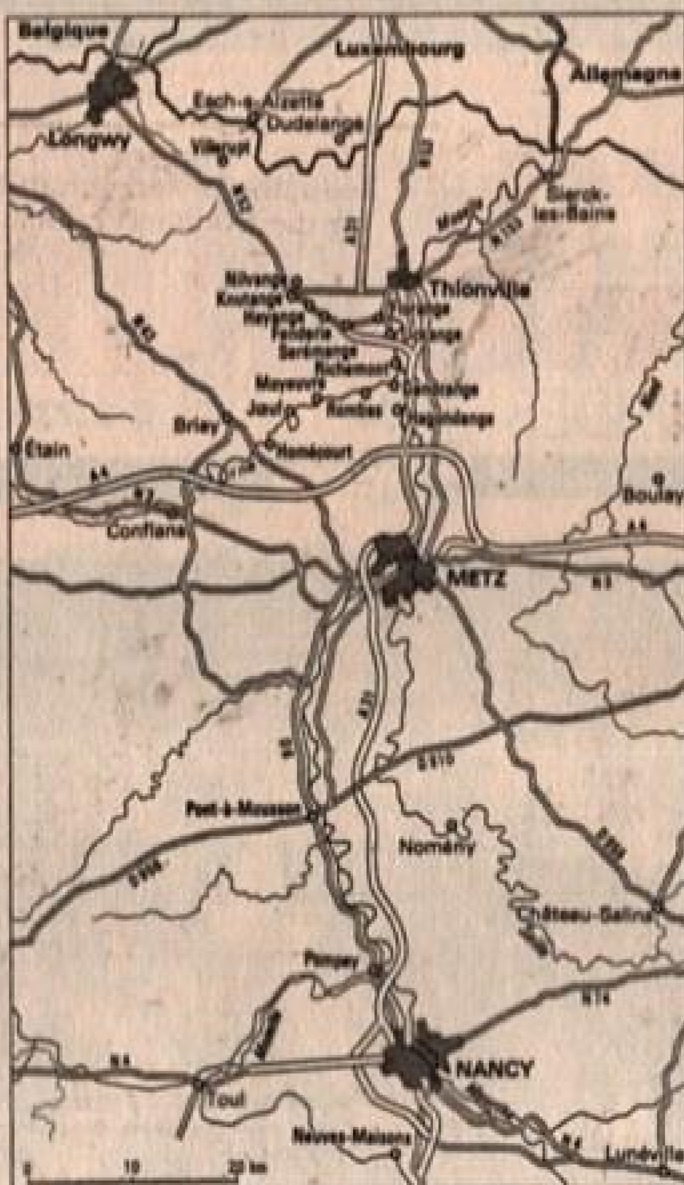
Am 21. Februar kündigte Daniel Ortega, Koordinator der Regierungsjunta in Nicaragua, Wahlen für den 4. November dieses Jahres an — pikanterweise genau zwei Tage vor den diesjährigen Präsidentschaftswahlen in den USA. Erwartungsgemäß hat diese Ankündigung bei den Regierungen des ,,freiheitlichen Westens'' keinerlei Begeisterung ausgelöst, steht doch für sie zu befürchten, daß die Sandinisten in diesen Wahl eine deutliche Unterstützung und Legitimation erhalten werden. Mit allen Mitteln wird deshalb versucht, den demokratischen Charakter dieser Wahlen anzuzweifeln. Und man kann heute schon sicher davon ausgehen, daß in den Monaten vor der Wahlentscheidung die Unterstützung für die nicht- und die antisandinistischen Kräfte in Nicaragua noch deutlich zunehmen wird und bei weitem alles übersteigen wird, was jemals an ,,Entwicklungshilfe'' in dieses Land geflossen ist (die jetzt ja von der Regierung der BRD gänzlich gestrichen worden ist).

Aber auch bei den Unterstützern des revolutionären Prozesses in Nicaragua gibt es Zweifel, ob diese Wahlen zweckmäßig sind und ob sie nicht letztendlich dem eingeschlagenen Weg der Volksbewegung entgegenlaufen. Mit all diesen Fragen hat sich kürzlich ein Vertreter Nicaraguas auf dem Lateinamerika-Hearing der GRÜNEN am 17. März in Bonn auseinandergesetzt. Wir dokumentieren in dieser Ausgabe seine Rede, in der er selbstkritisch die bisherige Politik der FSNL durchleutet und vor allem die Bedeutung dieser Wahlen für einen demokratische Prozeß in Nicaragua hervorhebt.

Fortsetzung auf Seite 37

French-Power

„Modernisieren oder Untergehen": Unter dieser Mitterrand-Devise hat die französische Regierung, mit Ausnahme der KPF-Minister, die Vernichtung von (mindestens) 30.000 Arbeitsplätzen in der französischen Industrie beschlossen. Am stärksten sind hiervon die Stahlarbeiter in Lothringen getroffen: Bis 1987 sollen bei den Usionor- und Sacilor-Betrieben 20.000 Arbeitsplätze liquidiert werden.
Der bislang als ultra-modern gepriesene Betrieb Ugine-Aciers in Fos-Sur-Mer, bei Marseille, soll schrittweise auf Eis gelegt werden, um seine endgültige Schließung 1987 vorzunehmen. Der Regierungsplan betrifft auch die Normandie: dort sollen, in einer Region mit 17 % Arbeitslosigkeit (!), rund 4000 Stahlarbeiter entlassen werden.
Es ist der französiche Beitrag zur anvisierten europäischen „Restrukturierung" der Stahlindustrie: In Belgien sollen rund 10.000, in Italien rund 25.000, in der BRD ebenfalls 25.000, in Luxemburg 4500 und in Holland 2000 Stahlarbeiter in den nächsten Jahren entlassen werden.



Aus der Rede des neugewählten Präsidenten François Mitterrand anläßlich seines Besuches in Longwy am 13. Oktober 1981:

Longwy ist das Symbol und ganz Lothringen das Opfer einer Politik des Aufgebens und des „Laissez-faire" (...). Sie haben hier die Dramen der Fabrikschließungen erlebt, die Entlassungen, den Zwang, die Heimat verlassen zu müssen, um anderswo einen Arbeitsplatz zu finden. Einen Arbeitsplatz, den man Ihnen vor Ort verweigert hat. Sie haben die Ungerechtigkeit einer Gesellschaft erlebt, die nicht einmal mehr gemerkt hat, daß sie die Würde der Männer und Frauen angriff, denen sie ihr Recht auf Arbeit nahm. Sie haben sich dieser Ungerechtigkeit widersetzt, und Sie sind zu den Pionieren des politischen Wandels geworden (...)
Dies Lehrstück sollte man bedenken: Es gibt keine soziale Wirtschaft, keine sozialen Verhältnisse in einem Land, wo die Bedürfnisse der Arbeiter mißachtet und ihnen das Recht auf Verhandlung und Mitverantwortung verweigert wird. Ich bin hierher gekommen, um denen zu sagen, die in den ersten Reihen der Opfer einer ungerechten Gesellschaft standen, daß sie jetzt auf den vordersten Rängen beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft stehen müssen. Dieser Wiederaufbau wird mit Ihnen und für Sie gemacht, mit Euch und für Euch."

("taz", 6.4.84)

Merci, Francois!

„Danke, Francois" (Mitterrand) sprühten jetzt die lothringischen Stahlarbeiter auf die Rathäuser der Region.
Bereits heute sind in Lothringen 10 % arbeitslos. Waren 1975 noch 158.000 in der gesamten französichen Stahlindustrie beschäftigt, so sind es heute 90.000. Sacilor beschäftigte 1973 31.000 Menschen in Lothringen. Kommen die Regierungspläne zur praktischen Umsetzung, werden es in Zukunft nur 9000 sein, die dort Arbeit finden können.
Longwy, eine kleine Stadt von 17.000 Einwohnern, ist schon lange das Symbol der lothringischen Stahlindustrie. 1979 hatten dort 12.000, heute 6000 Menschen Arbeit.

Schon 1978 - 1979 stand Longwy wochenlang im Scheinwerfer der Aktualität: Damals, unter Giscard, sollten 6000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Damals wurden u.a. Johnny Halliday, der französische Fußballpokal und Züge entführt sowie Polizei-Kommissariate gestürmt (diese Art von Sport trug den Namen „Anti-CRS-Guerilla").
Im September 1979 fand ein großer Marsch mit 50.000 Menschen statt. Heute gibt es zur Koordinierung, Planung und Diskussion des Widerstands einen Generalstab mit dem Namen „Longwy 79 - 84: Gleicher Kampf". Die Gruppe „79 - 84" setzt sich aus Mitgliedern der verschiedenen Gewerkschaften sowie nichtorganisierter Kollegen zusammen. Bisherige Aktionen (unter anderen!): Blockierung diverser Bahnhöfe, Besetzung von Postbüros, Entführung der lokalen Zeitungen, „Tag der offenen Grenzen" an verschiedenen Grenz-Übergängen, Abhängen von Mitterand-Portraits in den Bürgermeistereien und Rathäusern, Besprühaktion des Zugs Paris-Luxemburg usw. usf.

Frankreich-Kommission

29.März in Longwy



Marchais aux siderurgistes: Allez, les petits gars!

„Marchais zu den Stahlarbeitern: Los, Jungs!"
(Überschrift aus „Libération").

Die KPF nennt den Regierungsplan Verrat am gemeinsamen Regierungsprogramm. Während einige KPF-Abgeordnete den Rücktritt der Regierung fordern, ist Marchais strikt dagegen — nach dem Motto „jetzt erst recht!".

30. März in Longwy: Die Arbeiter gehen mit einem Bulldozzer auf die CRS zu...



...während die Stahlarbeiter von Fos-sur-Meg Marseilles beliebteste Promenade (La Canebière) mit Eisendraht-Rollen versehen...





März 1979: Der französische Rock-Star Johnny Halliday wird von den Stahlarbeitern nach Longwy entführt

4.4.: Aktionstag:

„Lothringen antwortet nicht mehr".



24 Stunden lang war in Lothringen alles dicht: von den kleinen Geschäften bis zu Bahnhöfen, Flugplätze, Straßen, Autobahnen — alles war blockiert oder ging nicht mehr, wie zum Beispiel das Telephon.



März 1979: Der französische Rock-Star Johnny Halliday wird von den Stahlarbeitern nach Longwy entführt

...während die Stahlarbeiter von Fos-sur-Meg Marseilles beliebteste Promenade (La Canebière) mit Eisendraht-Rollen versehen...

4.4.: Aktionstag:
„Lothringen antwortet nicht mehr".

24 Stunden lang war in Lothringen alles dicht: von den kleinen Geschäften bis zu Bahnhöfen, Flugplätze, Straßen, Autobahnen — alles war blockiert oder ging nicht mehr, wie zum Beispiel das Telephon.



Schnelle Reaktion der Stahlarbeiter in Lothringen bei der Bekanntgabe des Stahl-Plans der Regierung: PS-Bürgermeistereien und PS-Büros werden gestürmt (29./30.3.84)

Les Lorrains ne voient qu'un coupable : le président de la République

„Die Lothringer sehen nur einen Schuldigen: den Präsidenten der Republik"
(„Le Monde"-Überschrift)

M. MITTERRAND : moderniser ou périr

„Herr Mitterrand: Modernisieren oder untergehen"
(„Le Monde"-Überschrift)



29. März: PS-Büro wird ausgeräumt

4.4.: Demonstration in Metz mit 60.000 Menschen (11.000 laut Polizei...)

Parolen: „Mitterand: Démission!" („Mitterand: Rücktritt!"), „Bergarbeiter: ja, Arbeitslos: Nein!", „Francois: Deine Rose vergiftet uns" (in Anspielung auf das PS-Embleme: die Rose mit Faust), Transparente: „Den Deutschen haben wir überlebt — Was wird nach Mitterand überig bleiben?", „Mitterrand: Halte deine Versprechen!"



Im Auftrag der Regierung geht die CRS gegen die Stahlarbeiter vor. Sie setzt Offensiv-Granaten ein.

In der Nacht vom 4.4. auf den 5.4. haben Jugendliche der Gruppe „79 - 84" das Bullen-Kommissariat von Longwy angegriffen. Ein junger Demonstrant, der eine Offensiv-Granate zurückwerfen wollte, verlor seine Hand.
In der gleichen Nacht wurde in der Umgebung von Longwy eine Ingenieuren-Unterkunft in Brand gesetzt und vollständig demoliert.



M. MAUROY : la révolte et la colère ne peuvent être la seule réponse à la crise

Mauroy (Premier Minister): „Revolte und Wut können nicht die einzige Antwort auf die Krise sein" *(„LM" 6.4.84)*

Am 13. April ist die nächste Etappe angesagt: Der Marsch auf Paris!

Betriebsräte-Wahlen 1984

Eine verallgemeinernde Bilanz und Bewertung der in vielen Betrieben laufenden Wahlen ist noch nicht möglich. Weder kann bisher von Einbrüchen in die gewerkschaftlichen Mehrheiten von rechts berichtet werden, wo insbesondere christliche und standesgewerkschaftliche Gruppen hofften, von Ablehnung und Unsicherheiten bei der Auseinandersetzung um die Wochenarbeitszeitverkürzung profitieren zu können. Noch kann eine abschließende Bewertung des Abschneidens oppositioneller Listen und konsequenter Gewerkschaftsgruppen nicht vorgenommen werden. Die vorliegenden Ergebnisse für solche Listen und Gruppen, die insgesamt nur einen geringen Teil der Betriebsratsmandate ausmachen, zeichnen bislang ein widersprüchliches Bild. Schlechten Ergebnissen etwa beim Bremer Vulkan, für die Plakat-Gruppe bei Daimler-Benz in Untertürkheim oder für die GOG bei Opel in Bochum stehen gute Ergebnisse bei MBB in Bremen und Daimler-Benz in Hamburg-Harburg gegenüber.

Wir beginnen in dieser Ausgabe mit der Berichterstattung über die Wahlen und Ergebnisse und werde diese fortführen.

Gewerkschaftsausschlüsse

Ehemals ausgeschlossene Gewerkschafter konnten bei dieser Wahl teilweise wieder auf IGM-Listen kandidieren. So etwa die Mehrheitsgruppe der „Aktiven Metaller" im Betriebsrat der HDW Hamburg (wo die Wahl noch nicht abgeschlossen ist), und bei Peine-Salzgitter, wo der bisherige „RGO"-Betriebsrat als 9. bei der Persönlichkeitswahl auf der IGM-Liste gewählt wurde.

Von neuen Ausschlüssen im Zusammenhang mit der BR-Wahl ist uns bislang nur der Fall Ford in Köln bekannt, wo 18 verschiedene Listen (25 bei den Arbeitern, davon 11 türkische und 3 bei den Angestellten) kandidieren. Die IGM soll 180 (!) Ausschlußverfahren eingeleitet haben. Wir hoffen, darüber Näheres zu erfahren.

HDW Hamburg und Kiel

Die Mehrheitsgruppe der „Aktiven Metaller" (6 Ausgeschlossene, zahlreiche Funktionsverbote) hatte gegen den Gewerkschaftsausschluß geklagt. Während und nach der Besetzung der Werft hatte es Verhandlungen mit der IG Metall um die Wiederaufnahme gegeben, so daß die Klageverhandlungen ausgesetzt wurden. Die IG Metall hatte mittlerweile die drei ausgeschlossenen Betriebsräte der „RGO" wiederaufgenommen, nachdem diese erklärt hatten, aus der „RGO" auszutreten. Gegenüber den „Aktiven Metallern" forderte die IGM nicht nur, daß diese auf Wahlen zur IGM-Ortsverwaltung bei Wiederaufnahme verzichten (was diese akzeptierten), sondern auch, daß sie eine Erklärung unterschreiben, sich in Zukunft an Satzung, Richtlinien und Beschlüsse der IGM zu halten. Die Aktiven lehnten ab, war dies doch das Verlangen, nachträglich ein Schuldzugeständnis für die von den ehemaligen rechten Betriebsratsführern zu verantwortende Situation abzugeben. Die Härte lohnte sich. Im Februar wurde vereinbart:
— die Aktiven werden wiederaufgenommen und können ihre Vertrauensleute-Funktionen wieder aufnehmen;
— die Betriebsratswahlen werden als Persönlichkeitswahlen durchgeführt;
— es gibt kein unterschriebenes Schuldbekenntnis.

Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland

Vorstand

Einschreiben - Rückschein

Herrn

6000 Frankfurt am Main 11

584 — 21. Februar 1984

Betr.: Wiederaufnahme

Lieber Kollege

Die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder haben sich aufgrund einer Vollmacht des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Sitzung am 20. Februar 1984 mit Deinem Wiederaufnahmeantrag vom 8. 2. 1984 befaßt und beschlossen, Dich wieder in die IG Metall aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen
INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
für die Bundesrepublik Deutschland
- Vorstand -

Franz Steinkühler

Hoffnungszeichen? Franz Steinkühler, der Neue im IGM-Vorstand, bestätigt den „Aktiven Metallern" von HDW ihre Wiederaufnahme.

Derselbe Franz Steinkühler läßt ausschließen.

Einschreiben - Rückschein

Herrn

Bochum stehen gute Ergebnisse bei MBB in Bremen und Daimler-Benz in Hamburg-Harburg gegenüber.

Wir beginnen in dieser Ausgabe mit der Berichterstattung über die Wahlen und Ergebnisse und werde diese fortführen.

HDW Hamburg und Kiel

Die Mehrheitsgruppe der „Aktiven Metaller" (6 Ausgeschlossene, zahlreiche Funktionsverbote) hatte gegen den

— die Aktiven werden wiederaufgenommen und können ihre Vertrauensleute-Funktionen wieder aufnehmen;
— die Betriebsratswahlen werden als Persönlichkeitswahlen durchgeführt;
— es gibt kein unterschriebenes Schuldbekenntnis.

Derselbe Franz Steinkühler läßt ausschließen.

Anders bei HDW Kiel. Das Angebot der 5 „RGO"-Betriebsräte, die eigene Liste im Falle der Persönlichkeitswahl aufzulösen wurde abgelehnt, so daß es in Kiel wieder eine Listenwahl geben wird.

... und noch ein Ausschluß

Daß Gewerkschaftsausschlüsse gegen Linke immer noch praktiziert werden, zeigt das nachfolgende Faksimile.

Laut „Rote Fahne" (17.3.84) der MLPD ist die Behauptung der KBW-Mitgliedschaft einfach erlogen. Zu der angegebenen Mitgliedsnummer schreibt die „Rote Fahne": *„Interessant wäre es zu wissen, wie die IG Metallführung an solche Nummern herankommt. Es gibt doch wohl nur zwei Möglichkeiten. Entweder sie ist schlicht erlogen, oder sie beruht — wie peinlich — auf falschen Erkundungen des Verfassungsschutzes".*

Einschreiben - Rückschein

Herrn
D[redacted] S[redacted]
B[redacted] 23

6600 Saarbrücken

6000 Frankfurt am Main 11

o2/Stei/So/Wa — 584 — 16. Februar 1984

Betr.: Ausschluß aus der IG Metall ohne Untersuchungsverfahren nach § 12 Ziffer 1 Absatz 2 der Satzung wegen Zugehörigkeit zu einer gegnerischen Organisation

Sehr geehrter Herr S[redacted]!

Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland hat in seiner Sitzung am 14. 2. 1984 beschlossen, Sie wegen Zugehörigkeit zu einer gegnerischen Organisation nach § 12 Ziff. 1 Abs. 2 der Satzung ohne Untersuchungsverfahren aus der IG Metall auszuschließen.

Die Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Saarbrücken nahm diese Tatsache zum Anlaß, Sie zur Stellungnahme aufzufordern. Das haben Sie mit Schreiben vom 4. 1. 1984 getan, aber es hat sich gezeigt, daß Sie Mitglied des KBW sind und dessen Ziele unterstützen. Sie werden beim KBW unter der Mitglieds-Nr. 1o29723 geführt.

Mit freundlichen Grüßen
Industriegewerkschaft Metall
f.d.Bundesrepublik Deutschland
- Vorstand -

Franz Steinkühler

Kopie: Ortsverwaltung der Vst.Saarbrücken
BL Frankfurt

Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

Ergebnisse

Daimler Benz, Untertürkheim

Liste	%	*(1981 in %)*	*Sitze*	*(1981)*	*Veränderungen in %*
Arbeiter					
IGM	58,2	(58,4)	18	(17)	- 0.2
CMV*	11,9	(10,6)	3	(2)	+ 1.3
Plakat**	24,9	(30,6)	7	(9)	- 5,7
Sonstige	5,0	?	1	(1)	?
Angestellte					
IGM	33,4	(39,3)	7	?	- 5,9
CMV	10,5	?	2	?	?
DAG	15,1	(16,1)	3	?	- 1,0
UAG	41,0	(34,4)	8	?	+ 6,6

*CMV: Christlicher Metallarbeiterverband
**1978 hatte die Plakat-Gruppe mit 39,2% ihr bestes Ergebnis

In allen 11 Werken von Daimler Benz zusammen bekamen:

IGM	275 Sitze
DAG	12 Sitze
CMV	20 Sitze
Linke	17 Sitze (Bremen, Hamburg, Untertürkheim)
Sonstige	10 Sitze

★

Opel, Bochum:

Liste	*Sitze*	*(1981)*
Arbeiter		
IGM	25	(23)
GOG*	3	(7)
Aktive Metaller	3	(2)
CMV	1	(1)
Türk.-religiöse	2	(1)
Angestellte		
IGM	3	(3)
DAG	2	(1)

(*1978 hatte die GOG (Gewerkschaftsoppositionelle Gruppe) mit 26,4% und 9 Sitzen ihr bestes Ergebnis.)

VW

In den sechs VW-Werken entfielen auf

IGM	201 Sitze
DAG	5 Sitze
CMV	26 Sitze

Linke Gruppen haben hier nicht kandidiert.

Hoechst AG, Frankfurt

Liste	%	*(1981)*	*Sitze*	*(1981)*	*Veränderungen in %*
Arbeiter					
IG Chemie	61	(59,6)	15	(15)	+ 1,4
IG Chemie Ausländerliste	14,1	(15,3)	3	(3)	- 1,2
Kollegen für durchschaubare BR-Arbeit	15	(16,8)	3	(4)	- 1,8
Angestellte					
DAG	58,8	(57,8)	13	(12)	+ 1,0
IG Chemie	22	(18,6)	4	(3)	+ 3,4
Kollegen für durchschaubare BR-Arbeit	14,9	(14,5)	3	(3)	+ 0,4

Aufwind

- BR-Wahlen in Bremens Metallbereich -

Der Zwischenstand der bisher im Bremer Metallbereich durchgeführten Betriebsratswahlen ist eindeutig positiv, obwohl die „Echolot-Gruppe" auf der Bremer Vulkan-Werft eine Niederlage hat einstecken müssen. Dagegen stehen aber die Verbesserungen oder Stabilisierung fortschrittlicher Strömungen bei Daimler-Benz, Messerschmidt-Bölkow-Blohm und auf der Klöckner-Hütte. Nicht wenige der Gewählten sind aktive Mitglieder des BAB (Betriebliches Alternatives Bündnis), an mehreren der linken Zusammenschlüsse beteiligten sich auch Mitglieder der DKP.

MBB: Neulinge auf Anhieb erfolgreich

Die BR-Mehrheit, auf das Engste mit der SPD verquickt, versuchte einen großen Kreis aktiver IGM-Mitglieder von aussichtsreichen Plätzen auf der IGM-Liste fernzuhalten. Der BR-Vorsitzende stellte eine Mannschaft zusammen, die im Vertrauenskörper mit ca. 48: 42 Stimmen befürwortet wurde, ohne daß bedeutsame Veränderungen hätten stattfinden können. *„17 IG-Metaller, darunter zwei Betriebsräten, drei Mitglieder der Vertrauenskörperleitung und viele Vertrauensleute wurden dadurch von der Kandidatur zur BR-Wahl 84 ausgeschlossen"* (Flugblatt der LAM/Liste Aktiver Metaller). Daraufhin verließen ca. 40 Kollegen die VK-Sitzung, darunter mehrere Sozialdemokraten; u.a. Jörg Fischer, der den

Fortsetzung nächste Seite

Daimler Benz Hamburg

Hervorragendes Ergebnis für die "Alternative Liste"

Ein Gespräch mit den Betriebsräten H. Helfen und H.-H. Suhling

AK: Wie sahen die BR-Wahlergebnisse in den letzten Jahren aus?

Horst: 1975 haben wird das erste Mal kandidiert. Da haben wir 35,1% der Stimmen bekommen. Allerdings nur im Arbeiterbereich, da wir bei den Angestellten nie kandidiert haben. Die IGM bekam damals eben den Rest von 64,9%. Damals gab es nur diese beiden Listen. 1978 gab es dann drei Listen. Da sind zum erstenmal die Christen von der CMV aufgetaucht. Damals hatte die IGM 67,2%, sie hatte also noch leicht dazugewonnen, wir hatten 23,6%, also reichlich verloren und der CMV 9,2%. 1981 hatte die IGM wieder 64%, wir 28,1% und der CMV 7,9%. Bei der diesjährigen Wahl hatten wir 39,4%, der CMV 10,6% und die IGM 49,9%. Die Christen haben damit einen Sitz, die IGM 8 plus 3 Angestellte und die ,,Alternative'' 7. Bei der letzten Wahl beispielsweise hat die IGM 7 Sitze mehr gehabt als wir im Arbeiterbereich. Jetzt haben sie nur noch einen Sitz mehr. Da hat sich also ganz schön was geändert.

Monster: Ihr einziges Polster, was sie noch haben, sind die Angestellten. Dort haben sie drei Sitze bekommen. Es gibt dort Persönlichkeitswahl. Wir hatten dort niemanden, der für die ,,Alternative'' kandidierte.

D.h. euer bestes Ergebnis ist das diesjährige und das zweitbeste das von 1975, als ihr das erste Mal kandidiert habt. Wie sind aber die Schwankungen zu erklären?

Monster: 1975 sind in vielen Betrieben zum erstenmal oppositionelle Listen aufgetaucht und wir hatten eben auch diesen Oppositionellenbonus. Der angesammelte Rochus gegen die alten Betriebsräte hat sich dann so Luft gemacht in einem Protestwählerpotential. D.h. es war ein diffuses Sammelsurium von Opposition, darunter auch Rechte. Nach drei Jahren kam dann der Effekt, daß wir keine Ergebnisse vorzeigen konnten.

Bei der zweiten Kandidatur, nach drei Jahren waren wir anfänglich 20, und nachher noch 18 Kandidaten. Wir selber haben damals noch ziemlich naiv geglaubt, daß wir noch einen reichlichen Stimmenzuwachs kriegen würden und haben auch entsprechend gepowert im Betrieb und auf Betriebsversammlungen. Da haben also fast sämtliche unserer Leute auf der Betriebsversammlung einen Beitrag gehalten — direkt vor der Wahl. Da haben dann insbesondere die deutschen Kollegen kalte Füße gekriegt. Die haben gedacht um Gottes Willen. Die ,,Alternative'' kriegt die ganzen Ausländerstimmen und dann noch von uns?! Da haben sie gesagt: Opposition ist gut — aber nicht die Mehrheit im BR. Und das hat dazu geführt, daß wir dann den totalen Abgang gemacht haben. Von 35,1% auf 23,6%. D.h. praktisch ein Drittel weniger.

Horst: Außerdem sind da ja zum erstenmal die Christen aufgetreten, die eben auch ganz bewußt die rechten Stimmen abgezogen haben.

Monster: Die haben damals etwa das gekriegt, was wir weniger bekommen haben. Die IGM hatte da nur minimal dazugewonnen. Ich glaube 2,5%

Dann war so eine Zeit, wo die ,,Alternative'' eben relativ geschlagen war. Wir haben so recht und schlecht gerödelt und sind auch reichlich ausgeblutet. D.h. wichtige Leute sind in der Wahlperiode von '78 bis '81 weggegangen. Aufgrund dieser Entwicklungen hatten wir 1981 nur noch eine Liste von 5 Leuten. Wir haben dann plötzlich einen Stimmenzuwachs von über 4% gehabt. Damals fehlten uns nur 10 Stimmen für den fünften Platz. Da bin ich dann auch zum ersten Mal voll Betriebsratsmitglied gewesen.

Dann kam dazu, daß wir die letzten drei Jahre ein bißchen eine andere Politik gemacht haben. D.h. wir haben früher das Amt des BR nur genutzt, um Informationen aus dem BR zu kriegen um sie an die Kollegen weiterzugeben. Die Presse war unser Hauptbein. Wir hatten reichlich Probleme mit Prozessen usw. Was wir neu gemacht haben, waren die Personalgespräche. Wir haben durchgesetzt, daß die Kollegen, die zur Vergatterung ins Personalbüro sollten, einen von uns mitnehmen können. Dann haben wir uns vor den Kollegen auch mehr als BR's durchgesetzt, indem wir eine Klage angezettelt haben wegen Akteneinsicht im BR. Sie haben uns praktisch nie in Akten reingucken lassen. Und wenn dann immer nur so wie sie das gerade wollten und auch teilweise zu spät. Die Klage haben wir dann gewonnen. Wir haben mehrere Wochen 40 Stunden die Woche gar nicht gearbeitet, was die totgenervt hat. So haben wir entsprechenden Druck gemacht, um zu zeigen, daß sie uns ernster nehmen als Betriebsräte. Das war sicher eine Sache, die auch bei den Kollegen ganz gut angekommen ist.

Eine weitere Sache — und das, glaube ich, hat auch ganz viel gebracht — das ist die Sache mit Bildungsurlaub für ausländische Kollegen. Wir haben im letzten Jahr vier Seminare mit ausländischen Kollegen voll gekriegt. Das sind fast 10% der ausländischen Kollegen bei uns, die an Bildungsurlaubsseminaren teilgenommen haben.

Bei den Seminaren handelte es sich um Themen wie ,,Integration ausländischer Arbeitnehmer'', wo es um Aufenthaltsberechtigung, also so ganz praktische Dinge geht. Warum Ausländer kein Wahlrecht haben, wie sie damit umgehen, daß sie hier ihre Rechte nutzen müssen und mehr fordern müssen etc. Das hat uns gerade bei den Ausländern einen unheimlichen Bonus eingebracht.

Horst: Das zeigt auch irgendwie ganz witzig die Rolle von uns als Betriebsräte. Bei einem Seminar z.B., wo auch Kollegen aus anderen Betrieben waren. Da erzählten unserere Kollegen am Freitag, da kommen zwei von unseren Daimler-Betriebsräten. Da waren die Kollegen von den anderen Betrieben gleich total mißtrauisch und meinten, die wollen uns bestimmt kontrollieren. Unsere Kollegen haben uns dann aber mit Beifall und Hallo begrüßt, als wir da ankamen. Also es war unheimlich witzig. Wir sind also für die keine ,richtigen' Betriebsräte. Für die Kollegen ist der Betriebsrat immer ,,die'', und wir sind die ,,Alternative''. Wir sind eben auch Leute, die den ganzen Tag noch mit denen zusammen arbeiten.

Monster: Genauso würde das sein, wenn wir jetzt die Wiederaufnahme in die Gewerkschaft beantragen, was wir vorhaben, das finden die alle ganz furchtbar. ,,Nix, es muß doch die Alternative weitergeben — wird die etwa eingestellt?!'' Also es ist eine witzige Situation.

Welche Unterschiede gibt es im Bewußtsein der Deutschen und der ausländischen Kollegen? Wie verhalten sie sich zueinander?

Monster: Die ausländischen Kollegen empfinden unseren Betriebsrat als ausländerfeindlich.

Also das hat den Effekt gehabt, so wie die ihre Liste aufgestellt haben, daß uns das in die Hände spielte.

Wieviel IGM-Mitglieder sind auf eurer Liste?

Horst: Von den neun Kandidaten sind fünf ,,noch-IGM-Mitglieder''. Drei haben wegen der diesjährigen Kandidatur ein Auschlußverfahren bekommen bzw. ein Untersuchungsverfahren nach §11 — auf Antrag der VK-Leitung. Zwei der Kandidaten — die noch IGM-Mitglieder sind — haben kein Schreiben bekommen. Die wollen wohl erstmal die Entwicklung abwarten was passiert.

Wie sieht die wirtschaftliche Situation des Unternehmens aus? Welche Rolle spielt die Angst um den Arbeitsplatz in den Köpfen der Kollegen?

Monster: Z.Zt. läuft bei Daimler eine riesige Rationalisierungswelle. In einem Werk wird z.B. ein Pilotprojekt gefahren. Da wird McKinsey ins Werk geholt, der im ,,nicht-produktiven-Bereich'' bis zu 40% wegrationalisieren will. Und wenn das funktioniert — wovon wir ausgehen — dann wird das in allen anderen Werken auch laufen. Auch den Einsatz neuer Technologien bekommen wir zu spüren. Da werden Wahnsinnsmaschinen rangekarrt. NC-gesteuerte Riesentransferstraßen mit Robbys usw. In unserem Werk gibt es bereits mehrere Robbys. Drei Schweißroboter und eine Transferstraße ist in der Erprobung.

Hat es denn schon einmal Massenentlassungen gegeben oder steht da was an?

Fortsetzung von vorheriger Seite

Arbeitskreis ,,Alternative Produktion'' bei MBB leitet und wegen des undemokratischen Verfahrens auf seinen 6. Platz auf der IGM-Liste verzichtete.

Infolge dieses Eklats wurde die LAM gebildet, die sich durchweg aus IG-Metallern, unter ihnen Jörg Fischer, zusammensetzt. Die LAM reichte ihre Liste als letzte beim Wahlvorstand ein, nachdem die offizielle Metall-Liste als erste gefolgt von der DAG und der GUB (Gemeinschaft Unabhängiger Betriebsräte) bereits abgegeben worden war. Die GUB, ein unternehmertreuer Zusammenschluß leitender Angestellter, wirbt offen für neue Rüstungsaufträge (die in der Vergangenheit 40% der Aufträge des Bremer Werks ausmachten) und läuft Sturm gegen die 35-Stunden-Woche.

Trotz massiver antikommunistischer Hetze durch die sozialdemokratischen Betriebsräte konnte ein erfolgreiches Abschneiden der LAM nicht verhindert werden; zugleich aber profitiert die GUB von der Spaltung der IGM.

Trotz des Verlustes von zwei Sitzen hätten die beiden IGM-Listen gemeinsam im BR eine deutliche Mehrheit gehabt. Doch die IGM-Sozialdemokraten schafften es tatsächlich, mit der GUB eine ,,Koalition'' zu schließen, die allein auf Kosten einer Beteiligung der LAM an der BR-Arbeit geht. Die beiden bisherigen IGM-BR-Vorsitzenden werden zwar wiedergewählt, doch ansonsten hat die GUB gemeinsam mit der DAG in allen wichtigen Ausschüssen, darunter dem Betriebsausschuß, die Mehrheit. Der organisierte Ausverkauf wird daran deutlich, daß die GUB im BR nur 29,6% der Mitglieder stellt, aber 35,6% aller Ausschuß-Posten und gar 40% der wichtigsten, während umgekehrt die LAM mit 22,2% der BR-Sitze nur 11,1 bzw. 2,5% der Ausschuß-Positionen einnehmen kann.

Inwieweit seitens der IGM-Ortsverwaltung Einfluß auf die IGM-Mehrheit bei MBB genommen wird, um diesem Kurs, der zu einer zugespitzten Spaltung der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit führen muß, Einhalt zu gebieten, ist augenblicklich nicht absehbar.

Wahlergebnisse bei MBB 1984 und 1981 (damals noch Vereinigte technische Flugwerke/Fokker)

	1984 Arbeiter	1984 Angestellte	1984 ges.	1981 ges.
IGM	5	6	(17)	19*
LAM	3	3		
DAG	-	2	2	2
GUB	-	8	8	6

* 1981 kandidierte eine IGM Liste
Quelle: Arbeiterpolitik 3/84

Klöckner-Hütte: Sozialdemokratische Spalter klar geschlagen

In der Bremer Klöckner-Hütte haben seit Jahren die linksgewerkschaftlichen Kräfte (u.a. Arbeiterpolitik, DKP, linke Sozialdemokraten) eine deutliche Mehrheit in den betrieblichen Gremien. Die gute Zusammenarbeit ist ein wesentlicher Antrieb für die Bildung des BAB als überbetrieblichem Zusammenschluß gewesen. Hatte es 1981 noch Persönlichkeitswahlen gegeben, mußten diesmal Listen gewählt werden. Die sozialdemokratische Betriebsgruppe um die Zeitung ,,Hüttenfuchs'' und die ,,Alternativgruppe Kintrup'' (AG), aus 10 IGM- und DAG-Mitgliedern bei den Arbeitern zusammengesetzt, ansonsten von leitenden Angestellten unterstützt, sahen bei einer Persönlichkeitswahl jegliche Wahlchancen schwinden. Die rechten Sozialdemokraten betrieben ihren Wahlkampf unter dem Motto ,,Sörgel — Nein Danke'' (Sörgel ist BR-Vorsitzender und Mitglied der DKP), die ,,AG'' wollte die ,,DKP-Mehrheit'' im BR brechen. Die Absichten beider Gruppen scheiterten bei einer Wahlbeteiligung von 76,3% kläglich. Das uns vorliegende Ergebnis bei den Arbeitern ergibt folgendes Bild:

IGM 19 Sitze
,,Hüttenfuchs'' 3 Sitze
,,AG'' 1 Sitz

Daimler-Benz: Opposition stabilisiert

1981 war es 4 IGM-Kolleginnen und Kollegen um die Flugschrift ,,Kollegen von Daimler informieren'', die als einzige regelmäßig über die Zustände im Bremer Werk berichtete, bei der Persönlichkeitswahl gelungen, in den 29-köpfigen BR zu gelangen. Im gewerkschaftsinternen Nachspiel wurden zwei der Gewählten aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, die anderen beiden erhielten mehrjährige Funktionsverbote.

Trotz des Ausscheidens von einem der vier BR-Mitglieder aus persönlichen Gründen konnte die ,,Kollegen-Gruppe'' sich bei erneuter Persönlichkeitswahl stabilisieren: Die drei bisherigen BRs wurden in den jetzt 33-köpfigen BR wiedergewählt. Die Persönlichkeitswahl wurde nicht mit einer offenen Belegschaftsliste in alphabetischer Reihenfolge durchgeführt, die BR-Fürsten hatten ganz gezielt ihre Leute auf die ersten 33 Plätze lanciert und massiv für deren Wahl geworben. Vor diesem Hintergrund ist das Erreichen der Plätze 20, 21 und 23 sowie des zweiten Nachrückerplatzes 35 ein schöner Erfolg für die ,,Kollegen-Gruppe''. Hoffnungen auf eine Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen in die IGM kann das Ergebnis allerdings nicht wecken.

Vulkan: Niederlage für „Echolot-Gruppe"

Bei der Persönlichkeitswahl auf der Vulkan-Werft erlitt die ,,Echolot-Gruppe'' um den BR-Vorsitzenden Bettelhäuser einen schweren Einbruch. Sowohl Bettelhäuser, der diesmal nur die dritthöchste Stimmenzahl erzielte, wie die ,,Echolot-Gruppe'', die von vormals 14 Sitzen 9 verlor, verschlechterten sich beträchtlich. Gewinner der Wahl sind die Sozialdemokraten der ,,Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen'' (AfA), die die ,,Echolot-Gruppe'' besonders an deren strikter Ablehnung der Ausbezahlung von Überstunden angriffen. Bettelhäusers Ansehen scheint weniger durch seine Kandidatur für die Bremer Grüne Liste bei den Bürgerschaftswahlen gelitten zu haben, als vielmehr durch mangelhaftes Engagement bei den notwendigen integrativen Aufgaben gegenüber der Belegschaft, um Rückhalt für die eigene Position zu gewinnen.

fo.

Horst: Wir nehmen uns der Belange der ausländischen Kollegen besonders an. Von den Produktionsarbeitern, also den Akkordlöhnern, sind etwa 2/3 Ausländer, ca. 800. Ich habe z.B. nach der Wahl mit unserem BR-Vorsitzenden gesprochen, daß wir jetzt nach der Wahl einen Ausschuß für die besonderen Probleme der ausländischen Kollegen einrichten, wo er eben gesagt hat, die haben keine besonderen Probleme. Die ausländischen Kollegen haben oft die Erfahrung gemacht, daß sie nach oben zum BR gehen, und dort richtig abgekanzelt werden. Die im BR sagen denen teilweise auch wörtlich, wenn es Dir hier nicht paßt, dann hau doch wieder ab nach Hause.

Ein weiterer wichtiger Punkt war unser Verhalten zu den Kündigungen. Im BR läuft das ja so ab, wenn eine Kündigung beantragt wird und der BR berät darüber, stimmt er dann ab. Entweder lehnt er sie dann ab oder nicht. Anschließend kümmert man sich dann nicht mehr drum. Wir haben das in der Regel dann so gemacht, daß wir uns auch nach der Abstimmung im BR darum gekümmert haben, mit den Kollegen entweder selbst zum Rechtsanwalt gegangen sind, manche sind auch zum DGB gegangen. Das hat uns glaube ich auch ziemliche Sympathien eingebracht. Kurz vor der Wahl sind gerade wieder zwei Kollegen neu angefangen, die ihren Kündigungsschutzprozeß gewonnen haben. Die kamen dann einen Tag vor der Wahl, der andere drei Tage vor der Wahl wieder rein. Und das war eben eine unheimlich gute Sache.

Monster: Also wir haben bei Freund wie Feind den Ruf, daß wir diejenigen sind, die den Leuten zur Wiedereinstellung verhelfen, wenn sie gekündigt werden...

Horst: Eine besonders gute Hilfe für uns war natürlich auch, wie die IGM-Liste da aufgestellt worden ist. Die IGM-Liste ist wieder auf einer IGM-Vertrauensleutesitzung aufgestellt worden, natürlich war die Reihenfolge schon vorprogrammiert, wie das auch jedesmal so abläuft. Das hat auch auf ihrer Liste zu einigen Erscheinungen geführt. Z.B. einer aus der VK-Leitung aktives SPD-Mitglied, der war da auf einem unteren Platz vorgesehen (14. Platz), der ist kurz vor der Wahl abgesprungen und kandidiert jetzt bei der Christenliste, weil er da nicht mit einverstanden war. Der VK-Vorsitzende ist zurückgetreten aus persönlichen Gründen, den haben die auch auf eine untere Stelle gesetzt.

Horst: Im Gegenteil. Der Betrieb ist aufgestockt worden. Und man kann auch derzeit sagen, daß das ja auch so eine spezielle Daimlerpolitik ist, daß Daimler also keine Entlassungen macht. Daimler regelt das alles auf vornehmere Weise. Die Leute werden von einem Werk ins andere verschoben. So sind z.B. jetzt bei uns 40 Leute nach Bremen delegiert, wo jetzt der neue 190er anläuft. Das ist jetzt erstmal bis Juni begrenzt. Aber bei uns gibt es jetzt ganz konkret schon Arbeitsplatzprobleme. Rein rechnerisch haben wir bis Jahresende '84 einen Überhang von über hundert Leuten, die zuviel sind. Die ganze Delegierungsgeschichte ist natürlich mit sehr attraktiven finanziellen Sachen verbunden. D.h. die Leute kriegen siebenhundertfünfzig Mark netto jeden Monat extra, kriegen eine Wohnung da gestellt, oder ein Zimmer, und 'ne Heimfahrt alle vierzehn Tage. Da sind also mehr Leute, die delegiert werden wollen, als Plätze da sind, das muß man dazu auch mal sagen. Und deswegen hat mich das auch ganz schön überrascht bei dieser Wahl, diese ganze Arbeitsplatzgeschichte, die z.B. bei der 78er Wahl sehr negativ für uns zu Buche geschlagen hat, weil wir im Grunde da so 'ne radikalere Position vertreten haben, während die anderen immer gesagt haben, wir haben ja immerhin noch unsere Arbeitsplätze gerettet. Diesmal haben sie zwar mit diesem Argument nicht so gepowert auf der Betriebsversammlung, unter der Hand lief das natürlich trotzdem, daß sie die großen Arbeitsplatzsicherer hier sind, das hat aber offensichtlich überhaupt nicht verfangen. Wir hatten eigentlich damit gerechnet, daß jetzt bei der allgemeinen Unsicherheit der Arbeitsplätze die Leute dann vielmehr sagen:,,Jetzt erstmal keine großen Veränderungen.''

Monster: Obwohl man dazu natürlich noch sagen muß, daß es sowieso Veränderungen geben wird, weil im Betriebsrat auf den ersten Plätzen Leute sitzen, von denen über die Hälfte in Rente gehen wird während der nächsten Wahlperiode, und das sind entscheidende Leute. Paulsen war der frühere BR-Vorsitzende, Heinrich Barfuß, das ist das ,,linke'' Feigenblatt vom Betriebsrat, der Lohn- und Akkordkommission macht und einer ihrer wichtigsten Leute ist, geht auch in zwei Jahren in Rente.

Und was kommen dann für Leute?

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Monster: Eben! Sie haben nämlich keinen Nachwuchs.

Horst: Den haben sie aber auch systematisch verhindert.

Habt ihr denn gewisse Fortschritte erzielen können bei der Überwindung von Stellvertreterpolitik?



Horst Helfen

Horst: Da haben wir keine großen Einbrüche erzielen können, im Gegenteil. Da bereitet es schon die größten Schwierigkeiten, innerhalb unserer eigenen Gruppe, diese Stellvertreterpolitik ein bißchen abzubauen. Mit der jetzigen Truppe sehe ich da ein wenig positiver in die Zukunft, weil es bisher eben auch so war, daß unsere Leute, die ja auch teilweise selbst im Betriebsrat drinsitzen, wenn irgendwelche Probleme waren, das vielfach auf uns beide geschoben haben und die Kollegen zu uns geschickt haben, wo sie selber eigentlich genauso 'ne Funktion haben wie wir auch.



Hans-Herbert Suhling (Monster)

Monster: Wir haben jetzt ziemlich gute und aktive Leute auf unserer Liste. Selbst wenn das Wahlergebnis ganz anders gewesen wäre, dann wäre ein Gewinn allein nur die Tatsache dieser Liste gewesen. Dazu kommt, daß wir einmal im Monat mit bestimmt zwanzig Kollegen zusammenkommen, und das weren hoffentlich auch mehr. Und wenn man das mit unserem VK vergleicht, dann haben wir da eine erheblich bessere Basis. Da kommen auch einfache Kollegen ohne gewerkschaftliche Funktion, nicht nur weil sie persönliche Probleme haben, die sie mit uns bereden wollen, sondern weil sie das interessiert.

Wie schätzt ihr denn die Verluste der Plakat-Gruppe bei Daimler Benz in Stuttgart ein?

Monster: Das hat ganz wesentlich damit zu tun, daß wichtige, bekannte Leute aus dem Betrieb gegangen sind. D.h. sie sind personell ausgeblutet. Marcello ist gegangen, und andere wichtige Leute.

Horst: Die haben in ihren traditionellen Bereichen, d.h. in den Bereichen, wo sie noch vertreten sind, zum Teil genauso viel Stimmen wie die IG Metall gekriegt. Bloß sie sind eben in anderen Bereichen überhaupt nicht mehr vertreten, und das hat natürlich ziemliche Einbrüche gegeben. Und dann gibt es ja noch eine Abspaltung von ihnen, ein Typ, der eine eigene Liste aufgemacht hat.

Monster: Ich glaub, daß besonders diese personellen Geschichten an der ersten Stelle stehen für die Entscheidung, daß sie gewählt werden oder nicht, also wie sie präsent sind, daß sie da sind, welches Vertrauen man in die Leute hat, und erst an zweiter Stelle — das ist auch ein Problem für die Linke — daß du im Grunde schon vertreten kannst, was du willst, das ist den Kollegen ziemlich egal, Hauptsache du bist da, wenn sie ein Problem haben; das ist an erster Stelle wichtig.

Ich hab im „Roten Morgen" gelesen, daß die Plakat-Gruppe deswegen so viele Stimmen verloren hätte, weil Willi Hoss im Bundestag sich ziemlich gegen die 35-Stunden-Woche und mehr in Richtung Vorruhestandsregelung geäußert hat.

Horst: Das halte ich für Schwachsinn.

Die haben also versucht, da reinzuinterpretieren, daß die Kollegen im Grunde für eine klassenkämpferischere Plakat-Gruppe wären.

Monster: Dummes Zeug.

Horst: Ich glaube, bei Willi Hoss hat das mehr damit zu tun, daß er nicht mehr so viel im Betrieb ist, und er ist ja wirklich eine der zentralen Figuren gewesen.

Monster: Vielleicht nehmen die Leute ihm das jetzt auch übel, daß er in den Bundestag gegangen ist, statt Betriebsarbeit zu machen.

Horst: Das kann ich mir auch eher vorstellen, obwohl, das ist auch Spekulation. Marcello, Hoss, auch der Kurt Randecker, das waren bekannte Leute, die jetzt weg sind. Das macht was aus. Wir haben ja den Vorteil, daß wir in einem relativ kleinen Betrieb arbeiten, wo wir fast überall persönlich bekannt sind ...

Monster: In einigen Abteilungen nicht, und da kriegen wir auch keine Stimme.

und da kriegen wir auch keine Stimme.

Horst: In Untertürkheim z.B. arbeiten dreißigtausend Leute.

Ihr habt ja jetzt wesentlich mehr Stimmen als bisher und wollt eure Position doch sicher ein bißchen ausbauen. Habt ihr da schon Vorstellungen entwickelt?

Monster: Das liegt nicht an uns.

Das ist noch alles offen?

Horst: Ja. Am 9. April ist die konstituierende Sitzung. Natürlich sind schon diverse Vorgespräche gelaufen mit den verschiedenen Leuten. Der aktuelle Stand der Dinge sieht wohl so aus, daß in der IGM-Fraktion eine starke Mehrheit dafür ist, den alten Kurs weiterzufahren und uns überhaupt nicht an der BR-Arbeit zu beteiligen, wie das bisher auch gelaufen ist. Allerdings ist ihre Mehrheit relativ dünn. Wir haben jetzt sieben von neunzehn Leuten. Wir bräuchten drei Stimmen dazu, um dem einen Riegel vorzuschieben. Wir werden vielleicht durchsetzen können, daß einer von uns freigestellt wird, sofort.

Weil das sonst gegenüber den Kollegen nicht zu vertreten ist?

Horst: Ja, genau. Solche Stimmen gibt es auch in der IGM-Fraktion.

Monster: Das wird ein ganz knappes Abstimmungsergebnis.

Horst: Der CMVler ist auch schon vom BR-Vorsitzenden eingeordnet worden. Derzeit sind sechs Leute freigestellt.

Monster: Wir fordern zwei Freigestellte, Mitarbeit in allen Ausschüssen, und in mindestens zwei Ausschüssen auch den Sprecher. Was wir bis jetzt so gehört haben ist: Ein Freigestellter, ein weiterer vielleicht, wenn einer ausscheidet, und Mitarbeit auch nicht in allen Ausschüssen, vor allen Dingen keinen Sprecher von Ausschüssen.

Befürchtet ihr nicht, daß euer Ansehen bei den Kollegen sinken könnte, wenn ihr nicht mehr ständig am Arbeitsplatz anzutreffen seid?

Monster: Das hoffe ich deshalb nicht, weil wir die Absicht haben, möglichst viel in den Abteilungen rumzulaufen, Probleme zu sammeln, mit Kollegen zu sprechen usw. Wir werden ja nicht so eine Politik machen wie die.

Vielen Dank für dieses Gespräch



35-Stunden-Woche: Wo soll das alles enden?

Die IG Metall und die IG Druck und Papier — die beiden Gewerkschaften, die in konkreten Verhandlungen um die Einführung der 35-Stunden-Woche stehen — haben es nicht leicht. Da prasselt fast täglich ein Trommelfeuer der Gegner in den Medien auf sie nieder, werden Bundesregierung und Unternehmerverbände nicht müde, zu jedwedem Anlaß die Gefahr für die Wirtschaft zu beschwören, schließt eine der Mitgewerkschaften, die IG Bau Steine Erden, Hals über Kopf einen Tarifvertrag ab, der die 40-Stunden-Woche bis 1988 festschreibt und stattdessen die Absichtserklärung für eine Tarifrente enthält. Nur vier Tage, nachdem das eiligst zusammengezimmerte Gesetz von der Bundesregierung verabschiedet worden ist, und noch bevor es inkraftgetreten ist und seine Ausführungsbestimmungen erkannt sind:

Die Bundesregierung hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß sie dieses Gesetz nur zum Zwecke der Gewerkschaftsspaltung über die Bühne bringen wollte. Den Tarifabschluß bei Bau feiert die CDU als *„eine Pionierrolle bei dem mutigen Experiment eines Beschäftigungspakts zwischen Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern"*.

Erst kürzlich erinnerte die Zeitung, hinter der immer ein kluger Kopf vermutet wird, daran, daß in den sechziger Jahren ein Baugewerkschafter, Georg Leber, Geschichte machte. *„Mit seinem spektakulären Schritt"* für *„Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand"* habe er *„sozialpolitische Geschichte gemacht. Der Geist der Sozialpartnerschaft, der — oft nicht sichtbar — heute noch lebt, hat ein stabiles Fundament bekommen"*.

In der Tat — der Geist lebt. Ob Baugewerkschaftsführer Konrad Carl das sozialpartnerschaftliche Format eines Georg Leber hat, sei dahingestellt. Den Geist hat er. Nicht einmal drei Wochen vor dem Tarifabschluß tönte er — ganz kämpferischer Arbeiterführer — auf der Bundestagung der Baubetriebsräte, seine Gewerkschaft sei *„mit der IG Metall in ihrem schweren Kampf um die 35-Stunden-Woche solidarisch"*. Und nur einen Tag nach dem Bauabschluß — am 3. April — erklärt der DGB-Bundesvorstand feierlich Solidarität mit der IG Metall einschließlich von Sympathiestreiks. Dieser Beschluß erfolgte e i n s t i m m i g wohl auch mit der Stimme von Bundesvorstandsmitglied Konrad Carl. Daß dabei noch um Entschärfung des Textes der „Solidaritätserklärung" gefeilscht wurde, darf wohl kaum verwundern.

Mit solcherart angekündigter Solidarität bei völlig anders gearteten Taten dürfte es für die IGM und IG Druck auch nicht leichter werden.

Das größte Problem aber ist die Mobilisierung der Basis. Es muß keine Schande sein, wenn jahrelang sozialpartnerschaftlich ausgerichtete Gewerkschaften heute die Notwendigkeit einer politischen Kehrtwendung entdecken und dabei Probleme mit der Basis haben. Doch die gibt es laut IGM gar nicht. Das ist dann nur Unternehmerpropaganda (ist es a u c h) und Stimmungsmache der Medien (ist es a u c h, wenn Spiegel und Stern sich genüßlich mit Meinungsumfragen verbreiten). Die IGM kenne solche Probleme nicht. Da werden dann einfach die Teilnehmerzahlen an den seit drei Wochen laufenden Warnstreiks geschönt.

Dabei ist es massenhafte Realität, daß ein großer Teil der Basis der eigenen Gewerkschaft nicht glaubt, daß die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich machbar ist, ohne daß dies Auswirkungen auf die Kostensituation in den Betrieben hat. Was da an Oberflächlichkeit und falschen Argumenten in den Gewerkschaften kursiert, spottet jeder vernünftigen Betrachtung wirtschaftlicher Zusammenhänge. Weil das so gesehen wird, nährt diese falsche Argumentation das Mißtrauen, daß der eine Vorteil — Arbeitszeitverkürzung — zugunsten von Nachteilen beim Lohn, beim Arbeitstempo oder der Ausdehnung der Arbeitswoche erkauft wird.

Beispiele hierfür liefern die Gewerkschaften fast täglich. Es ist schon paradox, morgens für den vollen Lohnausgleich zum Warnstreik mobilisiert zu werden, um dann abends im Fernsehen den Gewerkschaftsvorstand beteuern zu hören, daß der volle Lohnausgleich gar nicht voll gemeint sei, sondern man nur den Nominallohn meine, da die Arbeitszeitverkürzung ja mit dem Reallohnabbau der letzen drei und der kommenden Jahre erkauft werden soll.

Es ist schon paradox, in einem Spiegel-Streitgespräch den gleichen Gewerkschafter bei Beschwörungen wiederzufinden, daß der Sieben-Stunden-Tag kaum Einbußen bei der Produktion bringe und es — *„Gott sei's geklagt"* — Leistungsverdichtung geben wird. Worauf der Kapitalistenvertreter kontert: das sei *„ein Anti-Humanisierungsprojekt"*, *„ein Streß-Programm"*.

Und wie sollte es mobilisierend sein, wenn Franz Steinkühler zum wiederholten Male das ehemalige gewerkschaftliche Tabu der Sechstagewoche bricht und erklärt: *„Mir ist es lieber, der Papi gehört samstags der Firma, als von Montag bis Freitag dem Herrn Stingl."*?

All dies drückt das Gegenteil der zur Schau gestellten Kraftmeierei aus, die verzweifelte Suche nach einer Weichstelle zum Kompromiß im Unternehmerlager. Nur: den Mitgliedern wird genau das Gegenteil erzählt, wohl weil man zu recht befürchtet, diese nicht für Ziele mobilisieren zu können, die Nachteile bringen.

Und wie weiter? Die IG Metall führt als letzten Beweis ihrer Kompromißbereitschaft noch einmal ein Spitzengespräch, nachdem mehr als siebzigmal das sinnlose Ritual von regionalem Verhandeln und Vertagen abgelaufen ist. Jetzt muß der Vorstand entscheiden: Schlichtung, obwohl es nichts zu schlichten gibt, um Zeit zu gewinnen oder die befürchtete Urabstimmung über Streik, um nicht noch mehr Zeit zu verlieren und ins Sommerloch zu geraten: eine Entscheidung, um die der IGM-Vorstand nicht zu beneiden ist, so schwierig, wie die Tarifverhandlungen in der Druckindustrie. Nach ergebnisloser Schlichtung muß der IG-Druck-Vorstand jetzt über Urabstimmung entscheiden, wobei gleich drei Fragen zur Entscheidung stehen: die Lohnstruktur, die Lohnhöhe und die 35-Stunden-Woche. Die IG Druck weiß sehr wohl, daß sie ohne die IG Metall bei letzterem nicht vorankommen wird und einen Streik kaum allein erfolgreich führen kann. Gleichzeitig hat sie sich in die schwierige Lage von drei unterschiedlichen Tariffeldern hineinmanövriert und gerät unter Angebotsdruck der Unternehmer, die 3 % Lohn bieten, über die Struktur sich verhandlungsbereit geben und bei der Arbeitszeitverkürzung blocken. Zwei Köder gegen eine bislang nicht überzeugende Forderung erleichtern das Geschäft keineswegs.

Die Niederlage, ob mit oder ohne Streik, scheint unausweichlich, weil es den Gewerkschaften nicht gelungen ist, für ihre Forderung zu überzeugen. Das Fatale daran ist nicht die Erkenntnis, daß viele Arbeitnehmer nach wie vor in Aufschwung-Gerede und gütliche Einigung vertrauen — diese Erkenntnis hat bereits die letzte Bundestagswahl vermittelt. Fatal ist, daß die Gewerkschaften, einschließlich ihrer linken Leitfiguren, schon längst nicht mehr ernsthaft für die Ziele: mehr Arbeitsplätze, mehr Freizeit und weniger Arbeitsbelastung agieren, sondern die Auseinandersetzung allein zur Prestigefrage wird. Möglich, daß es noch einmal unter Aufbietung aller innergewerkschaftlichen Kräfte und Heranziehung der so gerühmten Disziplin gelingt, eine Mehrheit für einen Streik zu bekommen. Nur wird das die empfindliche Niederlage für die Gewerkschaften und die engagierten Gewerkschafter kaum erträglicher machen. Denn auch bei einer Niederlage steht ja dann die Frage: Und wofür haben wir gekämpft?

Für die Linke ist das eine schwierige Situation, da die sich abzeichnende Entwicklung die Bedingungen für konsequente gewerkschaftliche Arbeit und Alternativen verschlechtern wird. Die allenthalben aus dem Lager von linken Sozialdemokraten, DKP, GIM, „KPD" u.a. zu hörende hektische Betriebsamkeit für vermeintlich kämpferische DGB-Politik, die kaum belehrbare Begeisterung und Erfindung immer neuer konkreter Parolen, was jetzt der nächste zu gehende Schritt sei, kann die mangelnde Überzeugungskraft und den fehlenden Rückhalt nicht wettmachen und ist eine Sackgasse, weil fehlender Klassenkampf nicht durch lautes Geklapper wettzumachen ist. Auch die Forderung nach Schulterschluß mit den Gewerkschaften gegen Rechts, wie sie der Express/SB und neuerdings auch die „Moderne Zeiten" erheben, verkennt, daß es zwar massive Angriffe von rechts auf die Gewerkschaften gibt, bis hin zu Hoffnungen, die kleine IG Druck kleinzukriegen, daß es aber die notwendige Alternative bzw. einen ausbaufähigen Ansatz hierzu in der Auseinandersetzung um die Wochenarbeitszeitverkürzung nicht gibt. Vielleicht bleibt aktuell nur die Wahl mitzumischen.

Aber man sollte sich nicht der Illusion hingeben, daß ökonomische Reaktion, Sozialabbau und daraus folgende ansteigende Diskussionen in den Gewerkschaften diese bereits so verändert haben, daß sie auch einen Weg alternativ zur bisherigen Politik gehen. Wahrscheinlicher ist, daß die wohlklingenden Ziele der Wochenarbeitszeitverkürzung für'n Appel und 'n Ei verscherbelt werden, wenn auch nur ein winziges Kompromißsignal aus dem Unternehmerlager gesendet wird.

hr.

''Ein saugeschickter Schachzug von Steinkühler''

- Interview mit einem Mitglied der Bremer IGM-Vertreterversammlung -

Im Arbeiterkampf 244 berichteten wir über die spektakuläre Abwahl Arno Weinkaufs, der 16 Jahre lang erster Bevollmächtigter der Bremer IGM gewesen war. Er war letztendlich gestolpert über seine Doppelfunktion als Gewerkschaftsvorsitzender und gleichzeitig SPD-Bürgerschaftsabgeordneter. Bei der Auseinandersetzung um eine Gesetzesinitiatve für eine Berufsausbildungsabgabe, trat er mal mit dieser (SPD-) Meinung (die die Berufsausbildungsabgabe ablehnete) und mal mit jener (Gewerkschafts-) Meinung (die den Gesetzesvorschlag unterstützte) auf.

Zum neuen IGM-Vorsitzenden war Hans Ziegenfuß mit 86 : 81 Stimmen gewählt worden, Betriebsratsvorsitzender der inzwischen stillgelegten Werft AG-Weser, Mit-Organisator der vor der Schließung stattgefundenen Betriebsbesetzung und demonstrativ aus der SPD Ausgetretender.

Zündstoff genug für den Frankfurter Hauptvorstand der IGM, um zu intervenieren. Der für solche Aufgaben hervorragend geeignete ,,linke'' Franz Steinkühler meisterte die brisante Situation, indem er eigens nach Bremen reiste, und Hans Ziegenfuß davon überzeugen konnte, sich nicht noch einmal zur Wahl zu stellen, nachdem er vom Hauptvorstand nicht bestätigt wurde. Stattdessen wurde ein ,,Kompromiß''-Kandidat aus dem Hut gezaubert: Heinz Meinking, langjähriger IGM-Sekretär. Ziegenfuß kann laut Erklärung der Ortsverwaltung einen Posten als Hauptamtlicher kriegen. Die IGM-Vertreterversammlung billigte mittlerweile nach nur einer Stunde Sitzung ohne kontroverse Diskussion den neuen Ersten Bevollmächtigten mit 130 gegen 26 Stimmen bei 9 Enthaltungen.

Über die Hintergründe dieser Auseinandersetzung sprachen wir mit einem Mitglied der IG-Metall Vertreterversammlung.
KB/Gruppe Bremen

Es gab in den letzen Wochen in der Bremer IG-Metall Auseinandersetzungen, die auch überregional mit Interesse verfolgt wurden. Immerhin wurde der langjährige IGM-Bevollmächtigte Arno Weinkauf auf der Vertreterversammlung am 25.2.abgewählt, was zu heftigen Reaktionen führte. Inzwischen wurde der Konflikt von oben beigelegt, dazu später. Was hat zur Abwahl Weinkaufs geführt? War es ein unglaubwürdiges Agieren bei der Beraufsausbildungsabgabe oder gab es eine längere Entwicklung zu seiner Abwahl?

Es gab eine längere Entwicklung zu seiner Abwahl. Die Auseinandersetzung um die Berufsausbildungsabgabe ist nur ein Teil der Politik, die hier kritisiert wurde und ist gewissermaßen der Höhepunkt gewesen. Dabei muß man sehen, daß es offensichtlich politische Kreise gegeben hat, die ein Interesse daran hatten, die Diskussion um die Berufsausbildungsabgabe in Verbindung mit der Neuwahl der Ortsverwaltung zu dem Punkt zu machen, an dem Arno Weinkauf gemessen werden sollte. Wenn man in die vergangenen Jahre zurückgeht, wird man mit Sicherheit auch in seinem Verhalten als Parlamentarier von gewerkschaftlichen Kriterien her Punkte finden, die zehnmal schlimmer sind und zehnmal mehr eine Abwahl oder eine Nichtwiederwahl rechtfertigen würde, als gerade diese Berufsausbildungsabgabe. Es ist das Ergebnis einer Entwicklung, die Ende der 70er Jahre eingesetzt hat, wo Teile der Gewerkschaftsfunktionäre Erwartungen an die Sozialdemokratie im Parlament richteten, die diese nicht mehr erfüllen wollte, weil sie den Konflikt mit den Unternehmern scheute. Beispiele dafür sind; die Diskussion um die Initiative für ein Verbot der Aussperrung im Land Bremen, die ja ursprünglich aus Kreisen von AFA-Kollegen (1) selber kam und die im Parlament abgeblockt worden ist. Auseinandersetzungen um Asbestverbot und andere Beispiele im Rahmen der ganzen Sparpolitik haben Anforderungen an Weinkauf und andere gestellt, die dann nicht erfüllt worden sind. Immer mehr Kollegen sind in Widerspruch zu dieser Politik gekommen, zum Teil zunächst, ohne eine bessere Alternative zu wissen. Schon seit längerem war nicht mehr eindeutig, daß der Bevollmächtigte seine Organisation immer hinter sich hat, und auch nicht seine sozialdemokratischen Genossen. Es gab eine latente Unruhe, die sich natürlich auch in betrieblichen Konflikten ausgedrückt hat, bis hin zur AG-Weser-Besetzung z.B. Das mußte in irgendeiner Form bereinigt werden. Der Widerspruch zwischen parlamentarischer und gewerkschaftlicher Funktion mußte raus, zumindest wenn sich dieser Widerspruch in einer Person ausdrückt.

Würdest du es so einschätzen, daß Arno Weinkauf seine Quittung auch aufgrund des Unmuts von der Basis her, also Unzufriedenheit in den Betrieben mit seiner Politik, gekriegt hat?

Ja, Weinkaufs Abwahl ist Ausdruck eben dieses allgemeinen Unbehagens, und der Unzufriedenheit mit der — ich kann hier noch nicht mal sagen Politik — sondern mit dem, was sich in den letzten Jahren abgespielt hat. Unzufriedenheit mit der Politik setzt ja voraus, daß man sagt, man erkennt diese Politik oder man erkennt den Kern dieser Politik und will eine andere. So ist das, glaube ich, noch nicht. Man ist unzufrieden und möchte, daß etwas anders gemacht wird, auch von einem anderen Mann, ohne genau zu wissen, was. Weinkauf hatte die besondere Fähigkeit, sich bei Konflikten wie ein Pfannkuchen zu verhalten, auf den alle einschlagen konnten und zwar von Mal zu Mal mehr. Er war in keiner Weise flexibel, sondern hat durch sein Verhalten die Konflikte immer mehr hochgeschaukelt. Ein etwas agilerer und flexiblerer Bevollmächtigter hätte unter Umständen beim selben Ergebnis der Politik diesen Riß in der Organisation — der ein Riß auch in den Reihen der SPD ist — verhindern können.

Die Frage ist, was eigentlich die Kreise der linken Sozialdemokraten, die ja vor der Vertreterversammlung wegen der Berufsausbildungsabgabe das Trommelfeuer gegen Weinkauf in der Presse eröffnet haben, für politisches Interesse haben, und ob denen und auch der SPD-Führung nicht der Sturz von Weinkauf durchaus recht sein kann. Denn damit wird ein Teil des Konfliktpotentials in Betrieben und innerhalb der IGM einfach kanalisiert und personifiziert auf einen Mann.

Aber Ziegenfuß war ganz offensichtlich nicht der Wunschkandidat?

Nee, offensichtlich nicht, aber es ist ja mit Sicherheit auch nicht so, daß einige wenige es in der Hand haben, die Drähte zu ziehen, Fäden zu spinnen und Mehrheiten zu schaffen und wieder abzuschaffen. Es steckt ja etwas dahinter, hinter dieser Abwahl, und Ziegenfuß ist mit Sicherheit, so wie er gewählt worden ist damals, nämlich in einer Kampfabstimmung und nach einer offenen Auseinandersetzung mit der Politik, nicht ihr Wunschkandidat gewesen. Einmal hat es einen gewissen Symbolcharakter, die Art und Weise, wie er sich durchgesetzt hat. Und zum zweiten: Daß die Wahl von jemandem, der die AG-Weser-Besetzung im Bürgerschaftswahlkampf organisiert hat, und dem ganzen die Krone dadurch aufgesetzt hat, daß er zwei Tage vor der Wahl aus der SPD ausgetreten ist, nicht eben gelitten ist bei den meisten Funktionären in Bremen, ist völlig klar. Wenn man den gelassen hätte, hätte das natürlich auch Symbolcharakter für die gesamte Bundesrepublik. Das konnte nicht geduldet werden, Bevollmächtigte in der Bundesrepublik werden nicht straflos gekippt in Mehrheitsabstimmungen. Dies dürfte einer der wenigen Fälle sein, wo es überhaupt mal eine Kampfabstimmung gegeben hat bei der Wahl eines ersten Bevollmächtigten. Die IGM ist ja dafür bekannt, daß sie da keine Verwandten kennt. In Köln wurde anfang der 70er Jahre ein rechter Bevollmächtigter abgesetzt und der neue Mann, der das Amt dann gekriegt hatte, ist zwei Jahre später über eine Kugelschreiberaffäre gestolpert. Weil er irgendwelche Kugelschreiber für die Verwaltungsstelle gekauft hatte, die da als Werbegaben oder so etwas ausgegeben worden sind, und ihm das in einer Revision zur Last gelegt worden ist. Da mußte er seinen Hut nehmen.

Es ist doch skandalös, Ziegenfuß gewinnt die Wahl, es wird sofort signalisiert, daß der Hauptvorstand ihn nicht bestätigen will. Der Hauptvorstand interveniert in Person Steikühlers und bringt es soweit, daß Ziegenfuß freiwillig zurückzieht. Wie schätzt du diese Entwicklung ein und was ist von der Reaktion von Ziegenfuß dabei zu halten?

Es ist ja so, daß die Erklärung von vom Steeg (2) zu dieser Geschichte von der Abführung bzw. Nichtabführung von Aufsichtsratstantiemen vor der Wahl schon abgegeben wurde, d.h. in dem Moment, als der Ziegenfuß in der Versammlung gesagt hat: ich kandidiere, ist vom Steeg hingegangen und hat gesagt: ich muß hier im Namen des Vorstands etwas erklären. Wir haben es gleich auf der Versammlung so eingeschätzt, daß das Verfahren von vom Steeg den Durchbruch für Ziegenfuß gebracht hat. Protest gegen die Machenschaften vom Steegs.

Darin drückt sich — glaube ich — auch die Tatsache aus, daß hinter diesen neuen Mehrheiten noch nicht das Bedürfnis nach einer grundsätzlich anderen Politik steckt, die so durchdacht ist, daß sie weiß, was sie eigentlich anders machen will in Bremen. Der Hans hat vorher erklärt, er kandidiert, wenn wirklich Leute da sind, die eine andere Gewerkschaftspolitik wollen.

Die Tatsache, daß er jetzt für eine Kandidatur nicht mehr zur Verfügung stand, zeigt, daß auch bei ihm entweder die Decke für eine andere gewerkschaftliche Politik ziemlich dünn ist oder/und zum anderen, daß er eine sehr reale Einschätzung von den wirklichen inhaltlichen Mehrheiten in der IGM hat und sich deswegen gesagt hat, bevor ich mir da diesen Ärger aufhalse, der ihm ja von verschiedenen Seiten angedeutet worden war — vom Vorstand und auch innerhalb der IGM-Bremen — da laß ich es lieber.

Er wurde ja auch unter Druck gesetzt, und hat jetzt erreicht, daß die Vorwürfe, die gegen ihn erhoben wurden, in der Öffentlichkeit für null und nichtig erklärt worden sind. Er hätte sonst mit diesen Vorwürfen leben müssen, wobei über die Beträge, um die es da ging, sicher viel Falsches erzählt wurde. Die Vorwürfe gegen ihn sind die Mühlsteine aus seiner eigenen, früheren sozialpartnerschaftlichen Politik. Wenn man zehn Jahre lang sozialpartnerschaftliche Politik gemacht hat, dann bleibt da eine Menge hängen, bei den Möglichkeiten, die die Unternehmer haben Betriebsräte aus dem Kreis ihrer Kollegen über Mitbestimmung, Aufsichtsräte etc. herauszuheben.

Wie war denn die Stimmung an der Basis? Hat es Reaktionen gegeben, als deutlich wurde, daß Ziegenfuß zwar die Wahl gewonnen hat, aber wahrscheinlich nicht Bevollmächtigter wird. Ruft es Protest hervor, wenn der Hauptvorstand so selbstherrlich entscheidet?

Die Diskussionen im Betrieb waren schon so, daß viele Kollegen gesagt haben, das ist eine Sauerei. Demokratie ist Demokratie. Wenn einer die Mehrheit kriegt, muß er eingesetzt werden. Offenen Protest hat es aber nicht gegeben, die Mitglieder sind nicht auf die Straße gegangen und haben auch keine Briefe geschrieben, bis auf zwei, drei Vertrauenskörper. Man muß aber sagen, jetzt mit einer solchen Erklärung auf die Kandidatur zu verzichten, also auf das Durchkämpfen dieser Sache, hat natürlich schlimme Folgen für alle die Kollegen, die nicht nur aus einer gewissen Empörung oder Laune heraus, sondern aus Anfängen von klassenbewußterem Denken heraus den Ziegenfuß als Bevollmächtigten gewählt und gewollt haben. So ist ja im Grunde genommen jetzt alles beim Alten, nur ein neuer Bevollmächtigter, gegen den zunächst auch nichts zu sagen ist, gegen den nichts vorliegt. Aber das ist enttäuschend für sehr viele Kollegen — dieses Ende — weil das bei vielen die Haltung verstärkt, du kannst ja sowieso nichts machen. Die Erklärung, die die OV einstimmig beschlossen hat, deckt die Widersprüche zu: Ziegenfuß wird bescheinigt, daß einer zukünftigen hauptamtlichen Tätigkeit nichts im Wege steht — die Vorwürfe gegen ihn sind erledigt. Weinkauf bleibt als Sekretär in der Verwaltungsstelle.

Kannst du noch etwas zu Meinking sagen, ist er ein Kompromiß, auf den sich alle eingen können?

Meinking ist jetzt über 25 Jahre in der Verwaltungsstelle. Sicher einer der arbeitssamsten Sekretäre dort überhaupt, einer der fleißigsten. Er ist immer nur aufgefallen als konsequenter Gewerkschafter im Rahmen der vorgegeben Linie, nicht so, wie es die Linken verstehen.

Aber er ist doch klar ein Ausweichkandidat, sonst hätte er doch gleich gegen Weinkauf kandidieren können, zumal das Interesse, diesen loszuwerden, doch erheblich war. Warum wurde Meinking nicht gleich ins Spiel gebracht?

Es gehört ja immer schon Mut dazu, gegen den Bevollmächtigten zu kandidieren. Von denen, die da sind, hat keiner den Mut. Den hat auch Meinking nicht gehabt. Das ist so ein Problem mit den Sekretären in Bremen. Hinter vorgehaltener Hand haben sie einem schon vor sechs Jahren erzählt, daß der Weinkauf eigentlich weg müßte, es hat aber keiner von denen gewagt zu kandidieren. Das sind Apparatschiks — der eine beser, der andere schlechter, und solange die SPD voll hinter Weinkauf stand, waren sie auch friedlich.

Jetzt Meinking zu nehmen, ist natürlich ein saugeschickter Schachzug von dem Steinkühler, vom IGM-Vorstand, überhaupt, da wird der vom Steeg auch seine Finger drin haben. Denn damit integrieren sie die verschiedenen Flügel innerhalb der IGM in Bremen. Die Probleme sind damit nicht weg, aber diese Kritik, die sich festgemacht hat an Weinkauf und diese Palastrevolution hervorgerufen hat, die wird integriert.

Wie läßt sich eigentlich erklären, daß der Meinking bei seiner Wahl so wenig Gegenstimmen bekommen hat, nur 26 bei neun Enthaltungen?

Weil alle ihn mögen, keiner weiß, was er gegen Meinking sagen sollte. Er hat es sich in den letzten Jahren auch mit keiner Gruppierung ernsthaft verscherzt.

Aber es ist doch eine Auseinandersetzung gewesen, die zwischen dem rechteren und dem linkeren Flügel in der IGM gelaufen ist. Und dieses Ergebnis ist doch eine Ohrfeige für die Linken.

Ich glaube, daß viele Linke den Meinking gewählt haben. Die meisten. Es ist vorher darüber nicht diskutiert worden. Meinking wird von einem Großteil der Kollegen in der Vertreterversammlung als das angesehen, was wir jetzt brauchen, nämlich jemanden, der Gewerkschaftspolitik macht. Etwas härter, etwas radikaler, einer, der auch mal bis zur Grenze geht, aber nur bis zu der Grenze, wo es für die Sozialdemokratie nicht zu eng wird. Das erwarten sie eben von Meinking und dafür ist er sicher nicht der Falsche. Insofern ist er ein linker Sozialdemokrat.

Hat die Unzufriedenheit an der Basis mit der offiziellen SPD-Linie innerhalb der IGM bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen ihrgendwelche Auswirkungen gehabt? Z.B. ist es ja so, daß bei MBB die ,,Liste der aktiven Metaller'' (LAM), ganz gute Erfolge erzielt hat. Wie sieht das in Bremen insgesamt aus?

Wo es Erfolge gab, waren sie ein Ergebnis im wesentlichen der innerbetrieblichen Probleme. Ich glaube nicht, daß die LAM oder die Daimler-Leute oder wir gewählt worden sind wegen der Kritik an der Gewerkschaftspolitik der Verwaltungsstelle. Ich glaube, daß gerade die bei MBB gewählt worden sind, weil die Leute merken, daß mit dieser alten Clique nichts los ist. Aus betrieblichen Gründen eben. Das verbindet sich bei MBB ganz besonders damit, daß die LAM-Kollegen dort allesamt gewerkschaftlich sehr aktiv sind und auch für eine gute Gewerkschaftspolitik im Vertrauenskörper stehen. Nur wenn dieses Kriterium — Kritik an der IGM — über den Betrieb hinaus entscheidend wäre, dann wäre ja nicht zu erklären, wieso die Sache beim Vulkan so in die Hose gegangen ist. Denn die sind ja nun schon seit über zehn Jahren die entschiedensten — Kritiker zusammen mit den Klöckneranern — der Politik der Verwaltungsstelle gewesen. Es sind also bei den Betriebsratswahlen im wesentlichen noch betriebliche Gründe, die da eine Rolle spielen.

Läßt sich dieser Erdrutsch bei Vulkan erklären?

Das ist schwierig. Was mit Sicherheit nicht der Fall ist, daß es an der BGL-Kandidatur von Fritz Bettelhäuser liegt. Das sagen auch die Leute, mit denen ich bei Vulkan gesprochen habe. Das hat sicherlich etwas zu tun mit dem Arbeitsplatzabbau bei Vulkan bzw. mit der Art und Weise, wie sie sich dort engagiert haben. Wenn der Widerspruch zwischen dem, was man an Positionen vertritt in der Belegschaft, was man an Forderungen aufstellt und was man an Kampfmaßnahmen und Gegenwehr vorschlägt und dem, was letztendlich dabei herauskommt, wenn dieser Widerspruch zu groß wird, dann werden die Kollegen mißtrauisch und dann kann das gefährlich werden. Vielleicht hat das ein bißchen eine Rolle gespielt. Das kann ich aber so genau nicht beurteilen. Man muß sehen, die haben da vor eineinhalb Jahren diesen Streik gehabt, den sie beenden mußten nach zwei Tagen, das alles und alles, was gefolgt ist, die ganze Geschichte mit der Bürgerinitiative, also ihr Versuch, den Kampf gegen den Arbeitsplatzabbau außerbetrieblich aufrechtzuerhalten, und die Tatsache, daß sie trotzdem die Verantwortung dafür getragen haben über den Betriebsratsvorsitzenden, das personifiziert sich ja sehr leicht. Obwohl der natürlich nicht die Verantwortung trägt, das alles wird sicherlich gegen sie gewirkt haben.

Es gibt ja seit eineinhalb Jahren das BAB (Betrieblich Alternatives Bündnis), ein überbetriebliches und gewerkschaftsübergreifendes Bündnis. Welche Rolle hat das BAB bei der Auseinandersetzung um den ersten Bevollmächtigten gespielt und welche Rolle hat es bei den Betriebsrätewahlen gespielt?

Hinsichtlich Ziegenfuß hat es überhaupt keine Rolle gespielt, abgesehen davon, daß einige aus der Vertreter-Versammlung dort mitarbeiten. Es ist nach der Vertreterversammlung in der Presse versucht worden, dem BAB eine drahtziehende Rolle zuzuschreiben. Das ist aber absolut unrichtig. Natürlich stehen diejenigen, die im BAB und BAL mitarbeiten, den Vorstellungen, wie sie Ziegenfuß geäußert hat, eine ganze Ecke näher als anderen Vorstellungen, die im Rahmen dieser Diskussion geäußert wurden. Aber das würde ja bedeuten, daß da 86 Leute vom BAB gesessen haben. Das ist sicherlich eine Fehleinschätzung.

So war die Frage nicht gemeint. Das BAB hat ja seit geraumer Zeit Politik gemacht und dadurch haben ja sicher Auseinandersetzungen stattgefunden, die dann Auswirkungen zeigen konnten.

Andersherum: die Tatsache, daß es über einen langen Zeitraum Auseinandersetzungen gab um diese Fragen, hat ja erst überhaupt ermöglicht, daß sich Kollegen im BAB zusammen gefunden haben, angefangen wurde, sich über die Bedeutung von bestimmten politischen Fragen intensiver auseinanderzusetzen und in Opposition zu gehen zu dem, was in Bremen von der SPD gemacht wird und was in den Gewerkschaften als Unterstützung der SPD geleistet wird. Die Stimmunmg, die sich in den Mehrheitsverhältnissen ausgedrückt hat, ist der Teig, in dem die BAB-Hefe gären konnte.

Wie sieht es denn heute mit dem BAB aus? Hat das schlechte Abschneiden der BAL und das gute Ergebnis der SPD bei den Bürgerschaftswahlen 1983 Auswirkungen gehabt? Negative Auswirkungen für die betriebliche Arbeit?

Wir haben eigenlich keine negativen Auswirkungen festgestellt. Auch nicht nach den Betriebsratswahlen. Es hat keinen Fall gegeben, wo Leute nicht gewählt worden sind, weil sie im BAB oder in der BAL mitgearbeitet haben. Ober wo Kollegen deswegen Stimmenverluste hatten oder ihre Rolle im Betrieb deswegen eingeschränkt worden ist. Was es gegeben hat, also überall, bei MBB/VFW, bei Klöckner, bei Daimler als auch in den Krankenhäusern bei den Personalratswahlen, daß die Kollegen von uns, die kandidiert haben, ganz gezielt von der SPD und auch von rechten Gruppierungen mit BAB- und BAL-Argumenten angegriffen worden sind. Bis jetzt ist mir kein Fall bekannt, wo es geschadet hat. Das ist das, was sich geändert hat, daß es für die Arbeiter kein Hochverrat mehr ist, wenn man politisch etwas anderes will und etwas anderes macht. Es gibt also keine Probleme damit, daß Mitarbeit beim BAB gleichzeitig Ausschluß bei den Kollegen bedeutet bzw. nicht mehr akzeptiert wird.

Wir danken für dieses Gespräch.

Anmerkungen:
1) AFA = SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
2) Otto vom Steeg ist Bezirksleiter der IGM-Nordmark

Verraten und verkauft

- Erinnerungen an einen Sozialisten -

1984 jährt sich zum 20. Mal der Todestag von Dr. Viktor Agartz. Wer war dieser Mann, der nicht einfach in Vergessenheit geraten, sondern der vergessen gemacht worden ist? Mehr als vier Jahrzehnte hat er der SPD angehört, hat Dutzende Artikel in ihrem Auftrag geschrieben, hat auf ihren Parteitagen Grundsatzreferate gehalten — aber in sozialdemokratischen Verlagsprogrammen wird man vergeblich seinen Namen suchen. Und die Gewerkschaften, deren „Chefideologe" und unbestreitbar klügster Kopf er in der Nachkriegszeit war? In jedem westdeutschen Gewerkschaftshaus wird das Andenken mehr oder weniger unfähiger DGB-Größen hochgehalten — bei Viktor Agartz: Fehlanzeige! Auch die DKP mit ihrem bemerkenswerten Verhältnis zur eigenen Vergangenheit mag ihn anscheinend nicht. Zwar hat er sich zeitlebens gegen Antikommunismus, gegen DDR-Hetze und für einen Dialog unter Sozialisten über die Grenzen hinweg eingesetzt. Aber sein Verhältnis zur DDR war eben auch kritisch — zu kritisch?

Sein eigentlicher Gegner, die Bourgeoisie, hat natürlich gar kein Interesse daran, die Erinnerung an ihn hochzuhalten — sofern er nicht als Beelzebub gebraucht wird: In der FAZ wurde kürzlich im Zusammenhang mit der Forderung nach der 35 Std.-Woche angemerkt, Agartz sei wieder lebendig geworden.

So haben sie es denn alle zusammen fast geschafft, ihn vergessen zu machen. Es gibt z.Zt. überhaupt nur zwei Bücher mit Artikeln und Reden von ihm, dazu ein Buch über seinen Prozeß. Der größte Teil seiner Arbeiten befindet sich in Spezial-Bibliotheken und ist damit der Öffentlichkeit kaum zugänglich.

Agartz wird 1897 als Kind einer Metallarbeiterfamilie in Remscheid geboren. 1915 tritt er in die SPD ein. Von 1916-1918 ist er als Wehrpflichtiger Kriegsteilnehmer. Danach studiert er Nationalökonomie, Rechtswissenschaften und Philosophie in Bonn, Münster, Marburg und Köln. 1920 nimmt er an bewaffneten Aktionen gegen den Kapp-Putsch teil. Von 1924-1926 ist er Lehrbeauftragter an der Universität Köln, danach nimmt er eine Stelle in der Kölner Konsumgenossenschaft an. 1933 wird er zeitweilig inhaftiert und erhält später Berufsverbot. Agartz gelingt es, die Kasse der Mittelrheinischen SPD dem Zugriff der Nazis zu entziehen. Mit dem Geld unterstützt er Angehörige von politisch Verfolgten. 1937 wird er Wirtschaftsprüfer bei der Rheinisch-Westfälischen „Revision"-Treuhand. Eine wertvolle Erfahrung für ihn, wo er, wie er später schreibt, den Kapitalismus bei seiner imperialistischen Tagesarbeit beobachten kann. Während dieser ganzen Zeit hält er Kontakt zu Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und Kommunisten in Deutschland und im Exil.

Agartz bemüht sich u.a. erfolgreich, das Vermögen einiger kirchlicher Organisationen und Orden (z.B. der Kolpingfamilie) zu retten. Aus dieser Zeit stammen viele persönliche Freundschaften, weit über die Sozialdemokratie hinaus. Als Agartz Ende 1944 von der Gestapo mit Haftbefehl gesucht wird, kann er in der Illegalität untertauchen.

Das Ende des Krieges und der Nazi-Herrschaft erlebt er vorbereitet. Aus zahlreichen Diskussionen ergibt sich für ihn ganz klar: Deutschland muß sozialistisch werden. Von der „ersten Stunde" an engagiert er sich für dieses Ziel. Bei Kriegende wird er von den Engländern gesucht, denn er gilt als einer der wenigen kompetenten Wirtschaftswissenschaftler, die ihr Ansehen nicht verspielt haben. 1946 wird er zum Generalsekretär des deutschen Wirtschaftsrates für die britische Zone berufen.

Nach 1945 ...

Auf dem SPD-Parteitag 1946 spricht Agartz über sozialistische Wirtschaftspolitik. Er legt dar, daß die Triebfeder des 2. Weltkriegs die *„dauernd expansive Neuentfaltung des deutschen Imperialismus"* war, *„die Folgerungen ergeben sich mit innerer Notwendigkeit. Sie führen hin zu einer neuen sozialistischen Wirtschaftsordnung."* (1)

Auf dem SPD-Parteitag 1946 spricht Agartz über sozialistische Wirtschaftspolitik. Er legt dar, daß die Triebfeder des 2. Weltkriegs die *„dauernd expansive Neuentfaltung des deutschen Imperialismus"* war, *„die Folgerungen ergeben sich mit innerer Notwendigkeit. Sie führen hin zu einer neuen sozialistischen Wirtschaftsordnung."* (1)



Fassungslos staunen die Menschen nach den Hungerjahren über das plötzlich vorhandene Warenangebot nach der Währungsreform. Eine der Voraussetzungen für die sich in den Gewerkschaften durchsetzende „Freßkorbideologie" (Agartz).

Agartz wendet sich gegen Stimmen, die den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsordnung hinauszögern wollen, weil alles in Trümmern liegt. *„Die Partei lehnt daher jene Ansicht ab, die nach dem 1. Weltkrieg auch in ihren eigenen Reihen geäußert wurde, daß ein Scherbenhaufen nicht sozialisiert werden könne".* Agartz fordert, daß die Investitionstätigkeit zukünftig *„ausschließlich dem Staat zur vollständigen Kontrolle zu überantworten ist."* — *„Die Beseitigung der wirtschaftlichen Unfreiheit des einzelnen Menschen und ebenso die Beseitigung der den Fortschritt hemmenden Fehler im System der kapitalistischen Wirtschaft kann nun nicht erfolgen, indem man lediglich in die volkswirtschaftlichen Verteilungsvorgänge eingreift. Diese Ungerechtigkeiten und Fehler sind in erster Linie mit der kapitalistischen Organisation und Erzeugung verknüpft. Ohne die grundsätzliche Neuordnung der Erzeugung können daher die vorhandenen Fehler nicht beseitigt werden. Deshalb ist es erforderlich, daß ein bestimmender, zentraler Einfluß auf Umfang und Richtung der Produktion erzielt wird."* (2)

Agartz stellte sich eine Wirtschaftform vor, in der es durchaus noch Unternehmer geben kann, in der aber alle entscheidenden Faktoren wie Investitionslenkung, Kreditwesen usw. in zentraler staatlicher Hand sind. Vollständig verstaatlicht werden sollen auf jeden Fall Grundstoffindustrien, Verkehrs-, Wohn- und Versorgungswirtschaft u.a. Weiter setzt sich Agartz ausführlich mit der Politik der Besatzungsmächte auseinander. Er kritisiert die Zerstörung der deutschen Wirtschaft mittels Demontagen, Kohleexport u.a.m. Für ihn ist der Erhalt der wirtschaftlichen Kapazitäten wichtig und untrennbar verbunden mit der sozialistischen Umgestaltung Deutschlands. Die Sozialisierung soll gewissermaßen das Pfand für die Siegermächte sein, daß es nie wieder zu vergleichbaren Entwicklungen wie Faschismus und Krieg kommt.

die Zerstörung der deutschen Wirtschaft mittels Demontagen, Kohleexport u.a.m. Für ihn ist der Erhalt der wirtschaftlichen Kapazitäten wichtig und untrennbar verbunden mit der sozialistischen Umgestaltung Deutschlands. Die Sozialisierung soll gewissermaßen das Pfand für die Siegermächte sein, daß es nie wieder zu vergleichbaren Entwicklungen wie Faschismus und Krieg kommt.

Agartz erkennt bereits 1946, daß die praktizierte Politik der wirtschaftlichen Beschneidung bei gleichzeitiger Aufteilung in Zonen nur die politisch und wirtschaftlich rückständigsten Zustände hervorbringen kann. Agartz' Engagement für einen Wiederaufbau des zerstörten Deutschland ist von Anfang an politischer Natur. Auf dem SPD-Parteitag 1946 sagt er: *„Im Laufe des Jahres 1944 mußte es auch dem blindesten Menschen klargeworden sein, daß die totale Niederlage Deutschlands unabwendbar war. Anstatt durch ein sofortiges Abtreten von der politischen Bühne die unermeßliche historische Schuld um einen winzigen Bruchteil zu verringern, organisierten Nationalsozialisten und Militär unter dem Deckmantel des sogenannten Endkampfes das vielleicht beispielloseste aller ihrer unmenschlichen Verbrechen, den Vernichtungskrieg gegen das deutsche Volk. Sie führten diesen Vernichtungskrieg einzig und allein zu dem Zwecke, sich selbst noch für eine kurze Spanne Zeit an der Macht zu halten und sich für diese Zeit vor dem strafenden Arm der Gerechtigkeit zu bewahren. Gleichzeitig aber zerstörten sie die materielle Existenzgrundlage des deutschen Volkes, um ihre eigene Kriegs- und Terrorherrschaft in der späteren Erinnerung noch erträglich erscheinen zu lassen. Es war der Zweck dieses Vernichtungskrieges, jede künftige deutsche Regierung, gleich welcher politischen Richtung, unter allen Umständen zu diskreditieren, um den Vergleich mit der Zeit ihrer eigenen Herrschaft günstiger erscheinen zu lassen. Nur eine restlose Klarstellung dieser Zusammenhänge vermag die für den Aufbau unerläßliche moralische und politische Grundhaltung des deutschen Volkes zu schaffen. Sie muß aber heute auch die notwendige Härte gegenüber allen denen erzeugen, die sich an diesem Vernichtungskrieg mitschuldig gemacht haben und daher heute kompromißlos von jedwedem Einfluß auf Gesellschaft, Staat und Wirtschaft ausgeschaltet werden müssen."* (3)

vermag die für den Aufbau unerläßliche moralische und politische Grundhaltung des deutschen Volkes zu schaffen. Sie muß aber heute auch die notwendige Härte gegenüber allen denen erzeugen, die sich an diesem Vernichtungskrieg mitschuldig gemacht haben und daher heute kompromißlos von jedwedem Einfluß auf Gesellschaft, Staat und Wirtschaft ausgeschaltet werden müssen." (3)

... der Zug geht in die falsche Richtung

1946 wollen die Briten, daß Agartz die Leitung des Zentralamts für Wirtschaft in der britischen Zone (als Quasi-Wirtschaftsminister) übernimmt. Agartz zögert, weil ihm nicht klar ist, was die Briten wollen und wie er im Rahmen dieser Tätigkeit seine politischen Vorstellungen verwirklichen kann. Auf intensives Drängen seines Freundes und damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher nimmt er jedoch das Amt an. Der wesentliche Inhalt seiner Tätigkeit besteht in dem Versuch, die Lebensmittelrationen für die Bevölkerung zu erhöhen und die Demontagen zu verhindern.

Während und nach seiner Tätigkeit in dem Mindener Wirtschaftsamt erhält Agartz zahlreiche Bitt- und Dankschreiben westdeutscher Kapitalisten. Solange das Damoklesschwert der Sozialisierung über ihren Köpfen schwebt, verhalten sich zahlreiche Kapitalisten „lammfromm". Ihr Haß auf Leute wie Agartz ist später umso größer.

Im Dezember 1946 werden die britische und die amerikanische Zone zur Bi-Zone vereinigt. Agartz sieht auf der einen Seite darin einen Fortschritt, andererseits befürchtet er, daß dies erste Schritte zur deutschen Spaltung sind. Er tritt von der Leitung des Zentralamtes zurück, nimmt es aber auf erneutes Drängen Schumachers wieder an. Die Amerikaner beginnen, „Material" gegen Agartz zu sammeln. Es sind ja vor allem **ihre** politischen Pläne, mit denen es sich nicht verträgt, daß ein Sozialist Wirtschaftsminister bleibt. Als Agartz versucht, auch etwas weitergehende Bestimmungen zu erlassen, wird es ihm von den Amerikanern verboten. Zur selben Zeit finden Massendemonstrationen für die Bestrafung von Kriegsverbrechern, Enteignung und Sozialisierung statt. In Hessen verschwindet auf Druck der amerikanischen Militärs der § 41 (Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum) aus der Verfassung, obwohl dies von der Bevölkerung mit über 70%iger Mehrheit beschlossen worden war.

Auf massives Drängen der Amerikaner tritt Agartz im Juni 1947 zurück. Er schreibt dazu später: *„Der erste ernste Demokratisierungsversuch der deutschen Wirtschaft landet auf der Hintertreppe der Kapaun-Generalität. Die Entscheidung fällt im dunklen Vorraum des Geschehens, dort, wo die ersten Bekenntnisse für eine Pax Americana Antisowjetica in der deutschen Armseligkeit formuliert werden ..."* (4)

Ein anderer Grund für Agartz' Ausscheiden aus dem Mindener Amt ist sein Gesundheitszustand. Er ist völlig am Ende und muß wegen Hungerödemen und starkem Vitaminmangel ins Krankenhaus. In einer Zeit, in der die Mehrheit der Deutschen hungert, hat er es abgelehnt, zusätzliche Essensrationen anzunehmen.

In dieser Zeit wird bereits sehr deutlich, wie die Spitzen von SPD und DGB auf die „amerikanische Linie" einschwenken. 1947 billigt der DGB-Bundesvorstand/britische Zone eine Stellungnahme seines Vorsitzenden

men und starkem Vitaminmangel ins Krankenhaus. In einer Zeit, in der die Mehrheit der Deutschen hungert, hat er es abgelehnt, zusätzliche Essensrationen anzunehmen.

In dieser Zeit wird bereits sehr deutlich, wie die Spitzen von SPD und DGB auf die „amerikanische Linie" einschwenken. 1947 billigt der DGB-Bundesvorstand/britische Zone eine Stellungnahme seines Vorsitzenden
Böckler, in der er den Verzicht auf Sozialisierung zugunsten des Marshall-Planes ausspricht.

Über die Ursachen dieser Entwicklung schreibt Agartz 12 Jahre später: *„Am Anfang steht der militärische Sieg Amerikas, der nicht für den Erwerb von Territorien oder für die Rettung sittlich-demokratischer Kräfte, sondern allein erfochten wurde, um die wirtschaftliche Macht des amerikanischen Gesellschaftssystems monopolistisch bis zur Vormacht auszudehnen. Die amerikanischen Gewerkschaften sind nicht sozialistisch, sie sind kapitalistisch und demzufolge vom ersten Tage der Besatzungspolitik an gleichgeschaltete Abteilungen der amerikanischen Militärregierung. AFL und CIO unterhalten in der US-Zone äußerst arbeitsfähige Büros mit dem klaren Auftrag, die deutsche Gewerkschaftsbewegung in eine Hilfstruppe des US-Imperialismus umzuwandeln. Leiter der AFL ist Rutz, Chef des CIO-Büros ist der ehemalige Kommunist Irvin Brown; beide sind aufs engste kooperativ mit dem Labor Office der Militärregierung im IG-Hochhaus verbunden. Die Dollarmillionen auf dem Anderkonto der Wallstreet werden schon in kurzer Zeit abgerufen, um den kapitalistischen Integrationsprozeß für die deutsche Gewerkschaftsbewegung einzuleiten. Es beginnt damit, daß die deutschen Gewerkschaftsfunktionäre Care-Pakete erhalten; das tut gut und fördert die Dankbarkeit. In der nächsten Phase beginnt die große Reisezeit der Gewerkschaftler nach den USA, um sich an den Eindrücken des Wunderlandes zu stärken. Politisch endet jede Reise der Arbeitervertreter mit einem Rechtsdrall. (...) Lange Jahre hindurch erhält das Zentralorgan des DGB ‚Die Welt der Arbeit', durchschnittlich eine Million DM aus der amerikanischen Kasse ... Die Gleichschaltung des DGB mit den Organen des amerikanischen Monopolkapitals geht bis ins Personelle hinein; es genügt, die Schlüsselstellungen mit Garanten korrosiven,* (zerstörenden, angreifenden — Anm. AK) *antisozialistischen Geistes zu besetzen. Aus dem Amtsblatt der amerikanischen Militärregierung scheidet der Redakteur Otto Stolz aus; in der ‚Welt der Arbeit' erhält er das Kommando eines stellvertretenden Chefredakteurs."* (5)

Das WWI

1949 übernimmt Agartz die Leitung des von ihm mitgegründeten wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB (WWI). Agartz versucht mit wissenschaftlichen Arbeiten zur Lage der Arbeiterklasse, zu den Aufgaben von Sozialisten, gegen Antikommunismus u.v.a.m. der verhängnisvollen politischen Entwicklung gegenzusteuern. Aber er ist schon längst in einer defensiven Position und insbesondere sein politisches Umfeld wird zunehmend reaktionärer.

Die Amerikaner finanzieren nicht nur ganz bestimmte politische Strömungen im DGB, sondern in hohem Maße auch Vertreter der katholischen Kirche. Ziel dieser Finanzierung ist u.a. die mögliche Gründung klerikaler Gewerkschaften. Agartz: *„Die Kampfmittel kommen aus der Arbeitsgemeinschaft Christlich-sozialer Bewegungen zu Bonn, in der die Jesuitenpadres Oswald von Nell-Breuning und Reichelt die Maschinenwaffen gegen den Sozialismus herstellen ... In einem Bericht heißt es: ‚Wir brauchen bei der Gründung christlicher Gewerkschaften sofort 300 Sekretäre. Das Geld spielt keine Rolle.' Mehr als 800.000 DM läßt sich der amerikanische Kapitalismus dieses Experiment kosten."* (6) Nell-Breuning u.a. fordern die Eliminierung von Sozialisten aus der Spitze des DGB (Agartz gilt als besonders untragbar) und drohen deshalb mit Spaltung. Als die Angriffe Nell-Breunings zunehmend unverschämter werden, erstellt ein enger Mitarbeiter von Agartz im WWI, Walter Horn, eine Schrift gegen den Jesuiten. Daraufhin entfachen die „katholischen Soziallehrer" eine Kampagne gegen Agartz u.a. Der DGB-Bundesvorstand distanziert sich von Horns Publikation obwohl ihr die zuständigen Leute vorher zugestimmt hatten. Unmittelbare Folge dieser Kampagne ist die Entlassung eines anderen Mitarbeiters, Theo Pirker, aus dem WWI. Der vorgeschobene Grund: „Beziehungen zum Osten".



Viktor Agartz

Es ist das Verdienst von Agartz, aus nächster Nähe beschrieben zu haben, wie sich Freßkorbideologie und Antikommunismus als wesentliche Politik in den Gewerkschaften durchsetzten, lange **bevor** sie das Denken von Millionen von Menschen (erneut) vernebelten. Und folgerichtig gerät er als einer derjenigen, die sich nicht kaufen lassen in die Schußlinie nicht nur Adenauers und der Amerikaner sondern auch seiner innergewerkschaftlichen Gegner. Und während Agartz noch als WWI-Chef stark beachtete Arbeiten über „Expansive Lohnpolitik" (1953) veröffentlicht, oder auf dem DGB-Bundeskongreß in Frankfurt (1954) das beifallumrauschte Hauptreferat hält, ist sein Abschuß bereits beschlossene Sache.

Diese „komplizierte Aktion" verdient Beachtung.

Die Affaire um die Gleitze-Briefe

Im WWI arbeitet auch ein Professor Bruno Gleitze. Gleitze ist aus der DDR abgehauen, wo er Direktor des Berliner Instituts für Konjunkturforschung war. Er wurde dabei erwischt, wie er systematisch Unterlagen aus seinem Amt an die Amerikaner lieferte. Sein Weg in die Sozialdemokratie führt über das Ostbüro der SPD, ins WWI kommt er direkt auf Empfehlung des SPD-Vorstandes. Das SPD-Ostbüro ist ein Tummelplatz antikommunistischer DDR-Flüchtlinge und westlicher Ge-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

heimdienste für Infiltration und Spionage in der SBZ/DDR. Die Zusammenarbeit klappt wunderbar. Bereits die Entlassung Pirkers ist ein Beispiel dafür: Der Leiter des SPD-Ostbüros, Albin Karl, konfrontiert Agartz mit Verfassungsschutzmaterial über Pirker! (Agartz hat später noch weitere Namen von Mitarbeitern dieses Ostbüros veröffentlicht.)

Gleitzes Aufgabe im WWI besteht zunehmend darin, Agartz, Horn u.a. beim SPD- und DGB-Vorstand zu denunzieren. Agartz selbst unterhält eine ganze Reihe von persönlichen, politischen und wissenschaftlichen Beziehungen zum ,,Osten'', z.B. auch zu DDR-Ministern. Das ist bekannt und Agartz macht nicht nur keinen Hehl daraus, sondern verteidigt diese Beziehungen offensiv als absolut notwendigen Dialog unter Sozialisten. Gleitze lügt nun Agartz' Tätigkeit im DGB um in eine Agententätigkeit für die DDR.

In einer Phase zunehmender Verleumdungen und Verdächtigungen werden Agartz zwei Briefe zugespielt, die Gleitze als DDR-Agenten belasten. Als sich Agartz mit Hilfe dieser Briefe beim DGB-Bundesvorstand gegen Gleitze wehren will, stellt sich heraus, daß sie gefälscht sind. Agartz hat also Gleitze mit gefälschtem Material verdächtigt und daraus wird ihm der Strick gedreht. Mit hoher Wahrscheinlichkeit stammen die Briefe wie auch die Instruktionen Gleitzes und die Dossiers über Agartz aus ein und derselben trüben Quelle: dem SPD-Ostbüro bzw. westdeutschen und amerikanischen Geheimdiensten.

Was sich anhört wie ein mieser Agentenkrimi, ist 1955 — ein Jahr vor dem KPD-Verbot — in der BRD Wirklichkeit. Der DGB-Bundesvorstand entscheidet schließlich ,,ausgewogen'': Agartz und Gleitze treten von der Leitung des WWI zurück. Aber während Agartz zum Ende des Jahres 1955 gekündigt wird, geht die Karriere von Prof. Bruno Gleitze in den Diensten von SPD und DGB weiter. So sitzt er noch 1969 im ,,Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung'', einem Planungsstab von ,,Spezialisten'' zur Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse in der DDR. Zusammen mit anderen Annexionsfunktionären arbeitet er dort als Vertreter des WWI. (7)

Zwar hagelt es waschkorbweise Proteste gegen Agartz' Entlassung, aber an
tet er dort als Vertreter des WWI. (7)

Zwar hagelt es waschkorbweise Proteste gegen Agartz' Entlassung, aber an der Spitze von SPD und DGB steht niemand mehr auf seiner Seite. Die Affäre um die Gleitze-Briefe und der Rausschmiß aus dem WWI sind so etwas wie der vorweggenommene Landesverratsprozeß gegen Viktor Agartz und gleichen diesem bis in Details. Ein Jahr und drei Monate nach seinem Rausschmiß aus dem WWI wird er wegen Landesverrat verhaftet. Man entledigt sich erst des Sozialisten, bevor man ihn vom Staatsapparat fertigmachen läßt!

Die WISO

Im März 1956 gründet Agartz die WISO, Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Der Gründung vorausgegangen sind zahlreiche Gespräche u.a. auch mit wissenschaftlichen Kollegen, Freunden, Politikern usw. in der DDR, Sowjetunion und anderswo. Agartz' ursprüngliches Ziel ist die gemeinsame Herausgabe einer Zeitschrift von marxistischen Wissenschaftlern in Ost und West. Er will dem kalten Krieg, Nationalismus und Chauvinismus, die in Westdeutschland fröhliche Urständ' feiern und die Hirne zukleistern, etwas entgegensetzen. Die deutsche Teilung ist für ihn das Ergebnis der Politik der Bourgeoisie und als Sozialist ist er nicht bereit, sich dem Antikommunismus, Blockdenken usw. unterzuordnen.

So ist die Gründung der WISO der Versuch, ein wissenschaftliches, marxistisches Diskussionsforum zu schaffen. Diese Korrespondenz ist von Anfang an sehr umfassend angelegt: politische, ökonomische und soziologische Entwicklungen in der Sowjetunion, DDR und BRD, Fragen der internationalen Gewerkschaftspolitik u.v.a.m. Mitarbeiter sind u.a. Theo Pirker, Walter Horn und Wolfgang Abendroth.

Die WISO richtet sich vorwiegend an sozialdemokratische Funktionäre, Betriebsräte, Gewerkschaftssekretäre usw. Die Artikel haben stets ein wissenschaftliches Niveau — es ist auch der Versuch, der politischen Verflachung und der sich ausbreitenden Freßkorbideologie etwas entgegenzusetzen. Die WISO erscheint bis zum Jahre 1961.

Der Landesverratsprozeß

Am 26.3.1957 werden Viktor Agartz und seine Sekretärin Ruth Ludwig unter dem Vorwurf der ,,landesverräterischen Beziehungen'' verhaftet. Der **formale** Grund dafür war folgender: Nach der Gründung der WISO hatte der FDGB in der DDR Agartz zugesagt, ein Pauschalabonnement von 2.000 WISO-Exemplaren abzunehmen. Bei dem Versuch, das für die WISO bestimmte Geld aus Ost-Berlin in die BRD zu bringen, wurde der Angestellte der WISO verhaftet. Bei Agartz' anschließender Verhaftung wurde ihm vorgeworfen, diese Gelder für den Aufbau der illegalen KPD benutzt zu haben, die wenige Monate zuvor vom Bundesverfassungsgericht auf Adenauers Antrag verboten worden war. Dieser Anklagepunkt wurde später fallengelassen, obwohl er in der Öffentlichkeit weiter seine Rolle spielte. Die Anklage erfolgte ,,nur'' wegen Verstoß gegen den § 100 D (,,landesverräterische Beziehungen''). Der Prozeß begann am 25.11.57 vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Agartz' Verteidigung übernahmen der mit ihm befreundete spätere Bundespräsident Gustav Heinemann und Diether Posser, später SPD-Justizminister in Nordrhein-Westfalen.

In der Anklageschrift wird Agartz vorgeworfen ,,zu einer Partei und zu einer anderen Vereinigung außerhalb

In der Anklageschrift wird Agartz vorgeworfen ,,*zu einer Partei und zu einer anderen Vereinigung außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes und zu Personen, die für diese Partei und Vereinigung tätig waren, Beziehungen aufgenommen und unterhalten zu haben in der Absicht, Bestrebungen dieser Partei und Vereinigung zu fördern, die darauf gerichtet sind, den Bestand und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen und die in § 88 StGB bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu untergraben.*'' (8)

Die Anklageschrift umfaßt 69 Seiten. Agartz wird als profilierter linker Kritiker des offiziellen Gewerkschaftskurses geschildert. Bei der Würdigung der politischen Agitation der DDR, zu der der Angeklagte ja ,,Beziehungen'' unterhalte, sagt Generalbundesanwalt Güde: ,,*Der FDGB versucht, einen Keil zwischen die westdeutsche Arbeiterschaft und die Gewerkschaftsführung zu treiben. Er spricht von der wachsenden Kluft zwischen DGB-Führern und Arbeitern, die er aber durch Diffamierung dieser Führer erst zu schaffen und zu erweitern bestrebt ist.*'' (9)

Da Agartz für die WISO Geld aus der DDR bekommen hat, ist es für die Anklage nur ,,logisch'', daß die WISO zum Sprachrohr der DDR wurde. ,,*Wie der Inhalt der WISO zeigt, kannte der Angeschuldigte die Ziele des FDGB und förderte sie bewußt durch die WISO.*'' (10) Die Einstellung der WISO zur BRD stellt sich in der Anklage so dar: ,,*Die Bundesrepublik, die gelegentlich ,Protektorat' oder ,Bonner Teilstaat' genannt wird, gilt der WISO als Klassenstaat, der vom Klassengegner beherrscht wird, und innerhalb dessen es nur Klassenkampf geben kann. Die Verfassung wird als nur ,formale' Demokratie liberal bürgerlicher Prägung bezeichnet, die als günstige Plattform zwar verteidigt, aber zu einer ,sozialen' ,fortschrittlichen' Demokratie entfaltet werden müsse. Wahlen und Parlamentsabstimmungen werden nicht als Ausdruck des Volkswillens anerkannt, es ist sogar von einer Verfälschung des Volkswillens die Rede. Die Rechtspflege der Bundesrepublik wird als Klassenjustiz gekennzeichnet und mit Ausdrücken bedacht, die aus dem kommunistischen Wortschatz stammen.*'' (11) Und weiter: ,,*Die Gewerkschaften werden davor gewarnt, diesen Staat als ihren Staat anzusehen. Ein friedliches Nebeneinander oder gar eine Zusammenarbeit von sozialistischen Massengewerkschaften und parlamentarischer Demokratie im bürgerlichen Stil könne es nicht geben.*'' (12)

,,Beschönigung'' der Verhältnisse in der SU und der DDR sind für den Anklagevertreter selbstverständlich ein weiteres Kriterium für die ,,Abhängigkeit'' der WISO. Die Verhältnisse im Ostblock fänden in der WISO weitgehend ,,*Zustimmung oder wohlwollende Duldung. Ausdrücklich abgelehnt wird lediglich der sozialismusfeindliche Stalinismus und dessen politischer Terror; es wird zugegeben, daß in der SU viel ,dummes und niedriges' geschehen sei.*'' (13) Im Gegensatz zu der durchweg negativen Kritik der westlichen Welt, würden die Leistungen der SU aufs höchste gelobt und mit den günstigsten Prognosen bedacht.

In einer strafrechtlichen Würdigung des Inhalts der WISO meint der Generalbundesanwalt: ,,*Es braucht nicht entschieden zu werden, ob einzelne der angeführten Thesen der WISO mit der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik unvereinbar sind oder gar diese Ordnung untergraben sollen. Die gesamte Tendenz ist jedenfalls derart, daß die Verbreitung der WISO in der Bundesrepublik den Machthabern der SBZ, insbesondere dem für die Beeinflussung der westdeutschen Arbeiter*

Bundesrepublik den Machthabern der SBZ, insbesondere dem für die Beeinflussung der westdeutschen Arbeiter

zuständigen FDGB äußerst erwünscht sein mußte, zumal eine offene kommunistische Propaganda wenig Erfolg versprach und nach dem Verbot der KPD erschwert war.'' (14)

Insgesamt ,,verarbeitet'' der Bundesanwalt 31 WISO-Artikel aus einem Zeitraum von anderthalb Jahren. Von diesen 31 Artikeln hatte Viktor Agartz selber höchstens einen geschrieben. Eine Gegenüberstellung der ,,zusammengefaßten'' Stellen mit den tatsächlichen Artikeln ergibt zahlreiche Verfälschungen und Erfindungen durch die Bundesanwaltschaft. Durchgängiger Tenor der Anklage ist: Agartz sei mit seinem Projekt von dem Geld aus der DDR abhängig. Angeklagt sei nicht der Marxismus, sondern angeklagt seien konkrete Bestrebungen gegen die BRD und ihre verfassungsmäßigen Organe. ,,*Dem Angeschuldigten wird hier nicht seine dogmatische Überzeugung, sondern sein Wirken für eine reale politische Macht, die die Zerstörung der verfassungsmäßigen Ordnung erstrebt, zum Vorwurf gemacht.*'' (15)

Agartz bestreitet keineswegs, vom FDGB für die WISO Geld bekommen zu haben. Er schildert ausführlich die Kontakte zu dem ehemaligen KPD-Abgeordneten Hugo Paul, mit dem er befreundet war und der, wie er, aus Remscheid stammt. Auch die Einzelheiten der Regelung der Finanzierung, die mit Kurt Goldstein vom FDGB besprochen worden waren, legt er offen. Agartz bestreitet allerdings entschieden die Unterstellung der Anklage, die finanzielle Unterstützung habe zu einem inhaltlichen Einfluß des FDGB auf die WISO geführt. Der FDGB habe die WISO deshalb unterstützt, weil man in der DDR bedrückt sei über die Herabsetzung der osteuropäischen Entwicklung durch die Publikationsorgane der BRD. Der FDGB schätze die Berichterstattung in der WISO, die kritisch, aber ohne Haß über die gesellschaftlichen Verhältnisse in Osteuropa sei. (Agartz kritisierte z.B., daß es in der DDR kein Streikrecht gibt.) Als ein Bundesanwalt ihm vorwirft, er habe gewußt, welche Ziele seine ,,Geldgeber'' hatten, antwortet Agartz: ,,*Die subjektive Situation der Leute drüben ist die eines Belagerungszustandes und daher ist doch ein Streben nach objektiver Unterrichtung über die Vorgänge vorhanden.*'' (16)

Zeugen sind u.a. Agartz Mitarbeiter Horn, Pirker und Abendroth. Alle belegen die Unabhängigkeit von Agartz und der WISO gegenüber dem FDGB. Sie schildern Agartz als Person, die sich von **keinem** kaufen lassen würde. Andererseits betonen alle, daß sie von dem Pauschalabonnement des FDGB nichts gewußt haben. Alle mißbilligen es (Pirker: ,,idiotisch'', ,,wie in einem Hintertreppenroman'') und behaupten, daß sie nicht mitgemacht hätten, wenn sie davon gewußt hätten. Agartz ist der einzige, der die Finanzierung durch den FDGB offensiv vertritt und dazu steht. Wie dies bis weit in die Sozialdemokratie hinein bewertet wird, zeigt ein Artikel in der ,,Frankfurter Rundschau'' von den ersten Prozeßtagen: Agartz habe mit der Verteidigung der finanziellen Unterstützung ,,*sein Schicksal besiegelt*''. Anklage und Gericht hätten jetzt, was sie brauchen: ,,*das Eingeständnis der landesverräterischen Beziehungen aus dem Mund von Agartz selbst*''. (17)

Agartz wird so von einer (gewiß nicht rechten) sozialdemokratischen Zeitung während des Prozesses im Sinne der Anklage für überführt und schuldig erklärt! Die offiziellen Reaktionen von SPD und DGB vor und während des Prozesses sind noch übler. Unter Überschriften wie ,,*In den Fesseln der Ostpropaganda*'' ist in der ,,Welt der Arbeit'' des DGB zu lesen: ,,*Es muß also im Interesse der Sowjetmachthaber in der Sowjetzone gelegen haben, daß die Korrespondenz erscheint und in der Bundesrepublik ihre radikalen Gedankengänge Verbreitung fanden.*'' (18) Die ,,Welt der Arbeit'' läßt keinen Zweifel an Agartz' Schuld aufkommen, gibt allein zu bedenken, daß es nichts nütze, sich einen ,,Märtyrer'' zu schaffen.

Kaum anders im ,,Vorwärts'', wo am 6.12.1957, also noch während des Prozesses, steht: ,,*Viktor Agartz hat sich in die gefährliche Nähe jener politischen Unterwelt begeben, die aus der unglückseligen Zerreißung Deutschlands geschäftliche Vorteile zieht*'' (19).

Diejenigen, die mit Millionen amerikanischer Dollars hochgepäppelt worden sind, halten Gericht über jemanden, der im Rahmen einer Abonnements-Vereinbarung 10.000 DM pro WISO-Ausgabe aus der DDR bekommt!

Die gesamte bürgerliche Presse, CDU, Bundesregierung usw. ziehen natürlich noch wesentlich stärker über Agartz her. Für sie ist der Prozeß der Knüppel, mit dem auf die SPD insgesamt eingedroschen wird — auch mit Blick auf die, wenige Wochen vor dem Prozeß stattfindenden Bundestagswahlen, bei denen die CDU die absolute Mehrheit erringt.

Im Laufe des Prozesses bricht die Anklage immer mehr in sich zusammen. Es gelingt überhaupt nicht, nachzuweisen, daß Agartz durch die finanzielle Unterstützung in ,,Abhängigkeit'' von der DDR geraten ist. Die Beweise für seine Unbestechlichkeit sind so erdrückend, daß sich schon recht bald eine Prozeßwende und ein Freispruch andeutet. In seinem Plädoyer wiederholt der Staatsanwalt noch einmal die Vorwürfe und dringt auf eine Verurteilung. Einerseits stellt er Agartz als durchaus gefährlichen, andererseits aber als fast erbarmungswürdigen, politisch gescheiterten Menschen, dem der Mißerfolg treu geblieben sei, dar. Aus persönlicher Rache habe er es dem DGB heimzahlen wollen. Nach den Plädoyers von Posser und Heinemann werden Agartz und seine Sekretärin Ruth Ludwig am 13.12.57 freigesprochen. Der Agartz-Prozeß zählt neben dem KPD-Verbotsurteil zu den bedeutendsten Maßnahmen gegen die sozialistische und kommunistische Linke. Das Gericht konnte Agartz freisprechen, **weil** er bis in die linke Sozialdemokratie hinein als Gescheiterter galt, der sich obendrein auch noch von der DDR ,,benutzen'' läßt. Agartz und zahlreiche Linke waren nach dem Prozeß isolierter als je zuvor, gerade auch im DGB und das trotz des Freispruchs. Die hemmungslose Distanzierung bis hin zur Verurteilung durch SPD und DGB reichte aus. Der Zweck des Prozesses war aber auch ohne gerichtliche Verurteilung erreicht und ließ die Justiz überdies noch als Hüterin der ,,Rechtsstaatlichkeit'' erscheinen, die durchaus ein gewisses Mitgefühl für ,,gescheiterte Existenzen'' empfindet.

In einem Ende 1956 stattgefundenen Prozeß gegen den ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfas-

Fortsetzung nächste Seite



Nach 1945 war die Forderung nach Sozialisierung der Betriebe keine Seltenheit.

''Verraten und verkauft - Eine Abrechnung''

Unter diesem Titel hat der AZ-Verlag in Frankfurt ein Buch neu aufgelegt, das erstmals 1959 erschienen ist. Autor soll der Journalist Hermann Schäfer sein, der, wegen möglicher Repressionen, das Buch unter dem Pseudonym ,,Hans-Georg Hermann'' schrieb. Das Buch beschreibt bewegend Agartz' politisches Wirken bis zu seinem Prozeß und Freispruch. Es ist auch für den vorliegenden Artikel eine der ergiebigsten Quellen gewesen.

Das Buch ist Viktor Agartz selber zugeschrieben worden. Agartz hat dies dementiert, aber das ist verständlich, denn er ist wegen der behaupteten Autorenschaft dieses Buches aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden. Es spricht vieles dafür, daß Agartz tatsächlich der Autor ist oder zumindest stark an dem Buch mitgewirkt hat. So ist es wohl gerechtfertigt, daß der AZ-Verlag nun Agartz als Autor nennt. Die Neuherausgabe des Buches ist auch deshalb zu begrüßen und so wertvoll, weil sich Agartz hier im Unterschied zu seinen zahlreichen, streng wissenschaftlich gehaltenen Artikeln, Aufsätzen, Reden usw. von einer anderen Seite äußert. Das Buch ist das packende Dokument eines gigantischen Verrats, dessen Kronzeuge Viktor Agartz selber ist. Und er dokumentiert, wie dies wissentlich und bewußt geschah. Im Anhang sind die Plädoyers von Gustav Heinemann und Diether Posser aus dem Landesverratsprozeß abgedruckt. Jürgen Brandies schreibt im Vorwort zur Neuherausgabe: ,,*Viktor Agartz wurde nicht nur vom herrschenden Kapital bekämpft, auch seine ,Freunde' in SPD und Gewerkschaften haben ihn ,verraten und verkauft'.*

In einigen Passagen taucht deshalb Resignation auf. Sie darf nicht anstecken. Im Gegenteil: Für uns als Gewerkschafter muß diese Erfahrung gerade unter Berücksichtigung der aktuellen gesellschaftlichen Situation zu vermehrten Aktivitäten anspornen. Wer sonst sollte den Schlächtern der Demokratie das Handwerk legen?

Daß der Fall Viktor Agartz kein einmaliger ,,Betriebsunfall'' war, zeigt u.a. der Fall Hermann Gaßmann, Sekretär der IG-Metall in Hamburg. Auch hier schweigen Gewerkschaften und SPD, deren Mitglied er ist. Hermann Gaßmann wurde am 28. März 1981 unter dem Verdacht geheimdienstlicher Tätigkeit für die DDR verhaftet. (Und inzwischen verurteilt — Anm. AK) Es gibt keine Beweise. Woher auch. Wo nichts ist, kann es auch keine Beweise geben. Aber auch in diesem Fall soll ein politisch unbequemer Kollege persönlich zerstört werden.

Eine Möglichkeit, solche ,,Vorfälle'' zu verhindern, ist Gegenmacht zu entwickeln. Indem die Mauer des Schweigens durchbrochen und Öffentlichkeit hergestellt wird.

Darum wurde dieses Buch wieder veröffentlicht!''

Hans-Georg Hermann (Viktor Agartz)
Verraten und verkauft
Eine Abrechnung
az Verlag

Hans-Georg Hermann
(Viktor Agartz)
Verraten und verkauft — eine Abrechnung
AZ-Verlag
6000 Frankfurt 1
Schleusenstraße 17
15,- DM

Verraten und verkauft

Fortsetzung von vorheriger Seite

sungsschutz, Otto John, sagte der Bundesanwalt: „*Der Angeklagte wird, wenn er diesen Raum verläßt, bürgerlich tot sein. Mehr als zerbrechen kann man einen Menschen nicht und man sollte es auch nicht tun.*" (21) John wurde wegen landverräterischer Beziehungen zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Agartz wurde freigesprochen, aber in seinem Prozeß hätte das gleiche gesagt werden können. Kurze Zeit später wurde er aus der SPD ausgeschlossen.

Weiter gegen den Strom

Agartz arbeite weiter in der WISO. Seine Artikel erscheinen auch in der „Anderen Zeitung", deren Herausgeber Gerhard Gleißberg ist ein ehemaliger Redakteur des „Neuen Vorwärts" der SPD. Er ist viel unterwegs im In- und Ausland, vor allem auch in Berlin (DDR), wo ihm die dortige Universität zu Beginn seines Prozesses demonstrativ die Ehrendoktorwürde für Verdienste in der Arbeiterbewegung verliehen hatte.

In seinen Veröffentlichungen setzt sich Agartz zunehmend mit der sich ausbreitenden Wirtschaftswunderideologie und der politischen Veflachung vor allem auch in den Köpfen der Ge-
sich Agartz zunehmend mit der sich ausbreitenden Wirtschaftswunderideologie und der politischen Veflachung vor allem auch in den Köpfen der Ge-
werkschaftsführer auseinander.

In dem Artikel „Die Gewerkschaften in der Zeitenwende" (WISO 1959) veröffentlicht er einige Zahlen über Aufsichtsratsvergütungen von Gewerkschaftsvertretern und deren Namen. „*Der Gewerkschaftsvertreter soll höhere Löhne fordern, als Aufsichtsratsmitglied muß er die kapitalistischen Kostenregeln beachten, die ihn in Wahrheit nichts angehen.*" (22) Und in der 1960 veröffentlichten Arbeit „Löhne im Wohlstand des Rummels" vergleicht Agartz die Gewerkschaften mit der Firma Peachum & Co. aus Bert Brechts „Dreigroschenoper". (Die Firma Peachum ist eine mafiaähnliche Organisation, auf die die Armen angewiesen sind, damit sie an den gigantischen Geschäften der Reichen ein wenig teilhaben können.)

Vor den steigenden Löhnen und dem bescheidenen „Wohlstand" liegen die Gewerkschaftsführer auf dem Bauch. Das beginnende „Wirtschaftswunder" läßt die Sozialpartner im DGB in Verzückung geraten und veranlaßt sie zu Lobpreisungen auf das kapitalistische System. Agartz setzt dem nüchtern entgegen: „*Vor 60 - 80 Jahren fand der Arbeiter seinen Lohn in Klein- und Mittelbetrieben. Wohnung und Arbeitsstätte waren mit kräftigem Schuhwerk in 10 bis 20 Minuten wechselseitig zu erreichen, so daß selbst das Mittagessen ausnahmslos zu Hause eingenommen wurde. Gutes Schuhwerk war bereits Ausdrck eines sozialen Fortschritts. Mit dem Anwachsen der Betriebsgrößen konnten die Arbeitskräfte nicht mehr aus der näheren Umgebung der Betriebe gedeckt werden. Straßenbahn und Eisenbahn führten die Arbeiterwochenkarten ein. Dann kam das Fahrrad, um abgelegenere Betriebe besser erreichen zu können. Niemand kam auf den Gedanken, den höheren Lohn, der zum Kauf einer Wochenkarte oder eines Fahrrades erforderlich war, als Ausdruck eines größeren Wohlstandes anzusehen oder den Arbeiter zu beneiden, weil er täglich eine ‚Eisenbahnreise' absolvierte. Die Betriebe wuchsen weiter. Wohnung und Arbeitsstätte fielen noch mehr auseinander. Großbetriebe halfen sich, indem sie eigene Autobusse zum An- und Abtransport der Arbeiter einsetzten. Moped und Motorrad waren die nächste Etappe, bis auch diese nach und nach durch den Kraftwagen ersetzt werden mußten. Die Produktion in Form des Großbetriebes ist nur noch möglich, wenn die Frage, Arbeitskräfte an den Arbeitsplatz heranzubringen, gelöst wird. Daß diese Transportkosten mittels höherer Lohnbeträge gedeckt werden müssen, wird selbst von den Lohnsteuerbehörden anerkannt.*

Die Beschäftigung von Frauen und Mädchen steigert sich derart, daß eine Haushaltsführung alten Stils nicht mehr möglich ist. Die ganztägige Hausarbeit, der tägliche Einkauf beim Krämer um die Ecke gehören der Vergangenheit an. Die Bedingungen der modernen Arbeit zwingen zur Anschaffung von Kühlschränken und Waschautomaten, um eine Frauenbeschäftigung überhaupt gewährleisten zu können. Der Einzelhandel kommt diesen Notwendigkeiten entgegen durch Einrichtung von Supermärkten, durch gekühlte Waren, Frischhaltepackungen u.ä.

Wenn die Kosten des Heranschaffens von Arbeitskräften an den Arbeitsplatz, die Beschäftigung von Frauen durch Änderung der Haushaltsführung sich optisch in höheren Lohnbeträgen niederschlägt, so dienen diese Löhne nicht einem gehobenen Verbrauch, sondern der Vorbereitung und Ausübung der modernen Industrieproduktion" (23).

Aber das Blatt hat sich längst gewendet und solche Ansichten sind in den Vorstandsetagen der Gewerkschaften nicht gefragt. Der DGB leitet stattdessen die Revision des Münchner Grundsatzprogramms ein, das noch von „Neuordnungsvorstellungen" geprägt war. 1959 verabschiedete die SPD das Godesberger Programm. Agartz und andere erheben warnend ihre Stimme gegen Godesberg, wo auch programmatisch der vollständige Friede mit dem System beschlossen wird — vergebens. Anfang 1960 wird Viktor Agartz wegen des Buches „Verraten und Verkauft" auch aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

1959/60 mehren sich die Stimmen in der WISO und der „Anderen Zeitung", die die Gründung einer linkssozialdemokratischen Partei befürworten. Im März 1960 gründet Agartz zusammen mit anderen den „Zentralausschuß ausgeschlossener und ausgetretener Sozialdemokraten", im Dezember wird die „Vereinigung unabhängiger Sozialisten" (VUS) gegründet, der er von Anfang an angehört. Arno Klönne schreibt: „*Als die VUS sich organisierte, wurde sie von manchen ihrer Aktivisten als eine Übergangsform hin zur ‚Unabhängigen*
hört. Arno Klönne schreibt: „*Als die VUS sich organisierte, wurde sie von manchen ihrer Aktivisten als eine Übergangsform hin zur ‚Unabhängigen*
Sozialdemokratie' verstanden. Solche Hoffnungen verloren sich rasch, als sich in der Vorphase des Bundestagswahlkampfes 1961 die ‚Deutsche Friedensunion' bildete, eine wahlpolitische Sammlung der Gegner der ‚Kalten-Kriegs-Politik', deren Spannweite von den Anhängern der (verbotenen) KPD bis zu neutralistisch gesonnenen Konservativen reichte. Nur mit Mühe und unter großen inneren Schwierigkeiten, auch unter personellen Verlusten setzte sich im Potential der VUS und der ‚Anderen Zeitung' eine Linie durch, die auf Unterstützung der DFU hinauslief. Und in der Tat grub die Gründung der DFU allen Vorstellungen und Plänen von der Herausbildung einer linkssozialistischen Partei vorerst das Wasser ab. Agartz trat 1961 aus der VUS aus und zog sich verbittert ins private Leben zurück." (24) (1961 kündigte der FDGB auch das WISO-Abonnement, die Zeitschrift wurde kurze Zeit später eingestellt).

Während der Arbeiten zur Gewerkschaftsgeschichte und -soziologie stirbt Viktor Agartz 1964 in Köln.

He./KB-Frankfurt

Quellen:

1) Gransow/Krätke (Hrsg.). Viktor Agartz, Wirtschaft-Lohn-Gewerkschaft, Berlin 1982, S. 11/12
2) ebenda, S. 15
3) ebenda, S. 28
4) Hans-Georg Hermann (Viktor Agartz), Verraten und Verkauft, Frankfurt 1983, S. 63/64
5) ebenda, S. 81/82
6) ebenda, S. 123
7) Karl-Heinz Roth, Invasionsziel DDR, Hamburg 1971, S. 24
8) Jürgen Treulieb, Der Landesverratsprozeß gegen Viktor Agartz, Münster 1982, 1. Teil, S. 1/2
9) ebenda, S. 16
10) ebenda, S. 20
11) ebenda, S. 20
12) ebenda, S. 21
13) ebenda, S. 22
14) ebenda, S. 26
15) ebenda, S. 36
16) ebenda, S. 75
17) FR, 27.11.57, in: J. Treulieb, 2. Teil, Pressedokumentation
18) „Welt der Arbeit", 6.12.57, in: Treulieb, 2. Teil
19) „Vorwärts", 6.12.57, in: Treulieb, 2. Teil
20) entfällt
21) Hermann (Agartz), S. 183
22) Gransow/Krätke, S. 180
23) ebenda, S. 121/122
24) Arno Klönne, Linkssozialisten in Westdeutschland, in: Linkssozialisten in Europa, Hamburg 1982, S. 164/165

30.4.: Wendlandblockade!



Optimistisch gaben sich Vertreter der BI Lüchow-Dannenberg und der lokalen „Unabhängigen Wählergemeinschaft" bei der letzten Wendlandblockade-Besprechung am 3. April. „*Am 30. April machen wir das Wendland zum Brenner und mit Beginn der Atommülleinlagerung zum Dauerbrenner*" hieß es dort in Anspielung auf die LKW-Blockade an der österreichisch-italienischen Grenze. Keine Zweifel bestanden darüber, daß mit dem Atommüll auch das Wendland in Bewegung geraten
ne Zweifel bestanden darüber, daß mit dem Atommüll auch das Wendland in Bewegung geraten
wird.

Fünf Pastoren aus Lüchow-Dannenberg gaben einen Aufruf heraus: „*Wir halten es für falsch, zu resignieren und sich wider besseres Wissen diesem nuklearen Wahnsinn zu beugen. Angesichts der unmittelbaren Gefahren für das Wendland (Atommülleinlagerung ab Frühsommer 1984) halten wir es für angebracht, mit dem Mittel des bürgerlichen Ungehorsams ein Zeichen zu setzen. Diejenigen, die am 30. April 1984 mit der Wendlandblockade ein derartiges Zeichen setzen wollen, verdienen Respekt und Anerkennung. Diejenigen, die für alle Zeit den Landkreis Lüchow-Dannenberg mit Atommüll belasten wollen, sind unglaubwürdig, wenn sie eine nur zwölfstündige Blockade von fünf Bundesstraßen verteufeln und kriminalisieren. Wir billigen eine gewaltfreie Wendlandblockade am 30. April. Wenn möglich, werden wir sie auch durch unsere Anwesenheit unterstützen.*"

Unterschrieben wurde dieser Aufruf, der in der Woche vor dem 30. April in diversen Zeitungen publiziert werden soll, ebenfalls vom BBU-Vorstand, von Vertretern des grünen Bundesvorstandes und grünen Landtagsfraktionen, von ökologisch orientierten Wissenschaftlern u.a.

Größte Atommüllkippe Europas

Die Umwandlung dieser Region in die größte Atommüllkippe Europas soll in drei Stufen erfolgen:

1. Mit den noch in diesem Sommer zu erwartenden Atommüll-Anlieferungen sollen zwei „Zwischen"lager in Gorleben gefüllt werden. Allein in einem dieser Lager würde sich mit 1.500 Tonnen abgebrannten Uranbrennstoffs das Gefährdungspotential von 15 AKWs der Biblisgröße auf einem Gebiet von 180 x 40 Metern konzentrieren. Zusätzlich will man 35.000 Atommüllfässer auf diesem Gelände lagern.

2. Die geplante WAA in Dragahn soll nach jüngsten DWK-Angaben mindestens 500 Tonnen Uran pro Jahr durchsetzen. In ganz Westeuropa gibt es keine WAA dieser Größe; die Anlage in Japan hat einen Durchsatz von 150 t pro Jahr. Aus Kostengründen will man einige der entstehenden radioaktiven Gase (z.B. Krypton) ungefiltert über den 200 m hohen Schornstein an die Umgebung verteilen. Eine WAA vergrößert das Volumen des anfallenden Atommülls um das 30fache. Für Dragahn ist im Gespräch, den mittel- und schwachaktiven Abfall mit verseuchtem Tritiumwasser und Zement zu vermengen und per Rohrleitung direkt in Kavernen des Gorleben-Salzstocks zu pumpen.

3. Während in den USA, Großbritannien und den Niederlanden die Untauglichkeit von Salzstöcken für ein Atommüll-Endlager inzwischen als erwiesen gilt, wird in der Bundesrepublik seit Jahren der denkbar ungeeignetste der in Betracht kommenden Salzstöcke gesundgebetet und mit Volldampf vorbereitet für das 1. Atommüllendlager der Welt. Devise: Nach uns die Sintflut!

Menschenkette und 3-Stufen-Konzept

Menschenkette und 3-Stufen-Konzept

In drei Stufen soll allerdings auch der Auftakt für dieses Horrorszenario, die erste Installierung von Atommüll im Wendland, bekämpft werden.

Die erste Aktion zur symbolischen Abriegelung des Landkreises war die Menschenkette vom 25. März 84, die mit ca. 12.000 Teilnehmern die größte Demonstration in Lüchow-Dannenberg seit Standortbekanntgabe 1977 war. Darunter waren die örtlichen Kräfte mit etwa 5.000 Teilnehmern (d.h. 10% der Bevölkerung dieses Landkreises) vertreten. Auf der anderen Seite hat sich bestätigt, daß eine derartige (von der BI auf SPD-Kreise und Kirchen-Klientel zurechtgeschneiderte) Aktion nicht die erhoffte Anziehungskraft für die Menschen außerhalb der unmittelbar betroffenen Region hatte: Für die geschlossene Menschenkette wären mindestens 20.000 Teilnehmer nötig gewesen.

Die Wendlandblockade soll als 2. Stufe und befristet auf 12 Stunden durch Außerkraftsetzung „normaler" Verhältnisse ein nicht zu übergehendes Signal setzen und gleichzeitig die Voraussetzungen verbessern für die

3. Stufe: Die zeitlich unbegrenzte Totalblockade der ersten Atommülltransporte.

Möcklinghoff: Neue Distanzwaffen gegen Wendlandblockade

Noch vor Beginn der Menschenkette warnte der niedersächsische Innenminister und Drahtzieher eines der größten Polizeieinsätze anläßlich der Räumung des Besetzerdorfes 1004 davor, „*Protesten mit Hilfe von Straßenblockaden auf illegale Weise Nachdruck zu verleihen.*" (FAZ, 23.3.) „*Eine erfolgreiche Abwehr solcher Angriffe* (die Wendlandblockade, Anm. AK) *und mehr Sicherheit*" sei nur „*mit einer besseren Ausrüstung... zu erreichen.*" Gefordert wurden neue „Distanzwaffen", was eine Umschreibung sein könnte z.B. für die berüchtigten Hochdruckwasserwerfer, die erstmals 1982 am Zwischenlager Gorleben („Tanz auf dem Vulkan") zum Einsatz kamen.

Die über 200 Teilnehmer des letzten bundesweiten Vorbereitungstreffens am 25.3. in Gülden einigten sich auf fünf verschiedene Konzepte für die fünf zu blockierenden Straßen, die über einen gemeinsamen Presseausschuß etc. nach außen im Zusammenhang vertreten und im Rahmen eines Gesamtkonzepts durchgeführt werden. „*Unsere Maßnahme zivilen Ungehorsams soll für die Gegenseite unbequem, für alle Teilnehmer jedoch kalkulierbar sein. Deshalb setzen wir der zu erwartenden Gewalt der Polizei keine Gewalt entgegen, sondern wir wollen unser Ziel durch große Anzahl, Entschlossenheit und Verbundenheit erreichen.*"

Drei der fünf Blockadepunkte werden federführend von Gruppen aus dem Wendland vorbereitet (Bauern, Gorleben-Frauen, BI-Ortsgruppen). Die beiden nördlichsten Bundesstraßen (B 216 Lüneburg-Dannenberg, B 191 Uelzen-Dannenberg) werden von den örtlichen Gruppen (einschl. Lüneburg und Uelzen) sowie auswärtigen BIs gemeinsam vorbereitet.

Die wesentliche Differenz verläuft entlang der Frage, ob die Teilnehmer der Blockade auch nach Aufforderung
meinsam vorbereitet.
Die wesentliche Differenz verläuft entlang der Frage, ob die Teilnehmer der Blockade auch nach Aufforderung
durch die Polizei die Blockaden nicht aufgeben, sondern mit diversen Mitteln und durch „große Anzahl, Entschlossenheit und Verbundenheit" eine Räumung optimal behindern. Stärkere Behinderungsversuche dieser Art sollen nach bisherigem Diskussionsstand nur an der B 216 (Lüneburg-Dannenberg) praktiziert werden, wobei die Teilnehmer sich durch „Zustopfen" der Straße mit aufgestauten PKWs fürs erste einen Schutz vor den Wasserwerfern versprechen.

Die drei anderen öffentlich diskutierten Konzepte (BI-Ortsgruppen, Gorleben-Frauen, B 191) sehen bei „übermäßigem Polizeiaufgebot" einen freiwilligen Rückzug und die Errichtung neuer Blockadestellen durch „bewegliche aktionsfähige Gruppen" (BI-Ortsgruppe) vor, die „sich ortskundig machen und Aktionen vorbereiten" sollen (B 191).

Bundesweite Mobilisierung?

Wenn mittlerweile auch in norddeutschen Großstädten und in Westberlin die Aufrufe zur Wendlandblockade in z.T. fünfstelliger Auflagenhöhe kursieren, ist die bundesweite Resonanz auf den 30.4. bisher kärglich. Weder die Grünen noch der BBU oder Teile der Friedensbewegung lassen ein ernsthaftes Engagement erkennen. Falls es dabei bleibt, würde eine gute Möglichkeit vertan werden, den Herrschenden an einer für sie zentralen Frage Kontra zu geben.

KB Gruppe Lüneburg

Die zentralen Aufrufe des „Blockadeausschuß der Republik Freies Wendland" sind ebenso wie Plakate und Wendland-Blockade-Infos (12 Seiten a 0,50 DM) erhältlich über:

Wohngemeinschaft Seerau Nr. 7, 3131 Küsten
Sonderkonto für Spenden:

Postscheckamt Hamburg, G. Garbers, Sonderkonto G, Nr. 3541 25-209, Stichwort: „Atommüllfreies Wendland".

Interview mit Klempmann, Pressesprecher der BI-Lüchow-Dannenberg

" .... den politischen Preis möglichst hoch treiben ..."

AK: Die Vorarbeiten für eine WAA in Dragahn, das Atommüll-Endlager im Gorlebener Salzstock und die Belieferung der schon fertiggestellten „Zwischen"-Lagerhallen für Atommüll laufen auf Hochtouren. Läßt sich im Wendland noch etwas verhindern?

H.K.: Na klar, es läßt sich immer was verhindern. Was nicht verhindert werden kann, läßt sich wieder rückgängig machen. Die Frage lautet: Wie macht man das. Nachdem wir gelernt haben, daß es die Aktion, die alles zu Fall bringt, nicht gibt, läuft unsere Strategie darauf hinaus, den politischen Preis für die Gegenseite möglichst hoch zu treiben, d.h. möglichst viel Unruhe und Verweigerung in der Wendlandregion zu produzieren. Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang die Aktionen vor Beginn der Atommülleinlagerung.

Bundesweit wird z.Zt. mobilisiert zur Wendlandblockade am 30. April. Diese Aktion wird von der BI voll getragen?

Hierzu zwei Dinge: Bekanntlich ruft die BI zur Wendlandblockade nicht auf. Es wäre auch Schwachsinn, als juristisch greifbarer Verein zu illegalen Aktionen aufzurufen. Zweitens ist bekannt, daß Mitglieder der BI an der Blockade teilnehmen bzw. sie mit vorbereiten. Diese Aktion paßt in die Strategie, vor Einlagerungsbeginn möglichst viel Unruhe zu erzeugen.

Wir wollen damit keinesfalls Zoff um des Zoffes willen. Sondern wir wollen deutlich machen, daß wir und alle aus den Städten, die uns unterstützen, dagegen sind, daß hierher Atommüll kommt.

Was meinst Du mit Unruhe erzeugen?

Unruhe erzeugen heißt, daß wir für die angesetzte Zeit von zwölf Stunden auf den Transportwegen die normalen Abläufe außer Kraft setzen im Sinne von Verweigerung, im Sinne von Außerkraftsetzung bestimmter Verhaltensmaßregeln. Wir wollen deutlich zeigen, daß wir nicht zulassen, daß hierher Atommüll kommt. Das heißt aber auch, daß wir dieses politische Ziel besser erreichen, wenn wir uns hinterher nicht rechtfertigen müssen für bestimmte Auseinandersetzungen.

Die Unruhe an den von der BI und den Gorleben-Frauen blockierten Straßen soll ja doch insofern begrenzt werden, als gesagt wird, man wolle die Blockade für Privat-PKWs öffnen und man wolle einer Konfrontation mit der Polizei aus dem Weg gehen und nach dreifacher Aufforderung die Sachen packen.

Niemand sagt, daß wir nach Polizeiaufforderung einpacken und damit ist die Aktion am Ende. Es hat nur keiner Lust, sich vor 16-atü-Wasserwerfer zu setzen oder sich zum 185. Mal wegschleppen zu lassen. Deshalb soll an diesen Straßen mal hier und mal dort blockiert werden, was vielleicht sogar effektiver ist.

Es klingt sehr unrealistisch, viele Menschen mal hier und mal dahin schieben zu wollen. Meinst Du, daß die Polizei neue Blockierversuche einfach mit angucken wird?

Die Polizei wird sich überhaupt keinen Blockierversuch angucken. Sie wird eine Behinderung des Straßenverkehrs genausowenig zulassen wie eine totale Blockade, d.h. der Effekt wird in beiden Fällen derselbe sein.

Dennoch steckt ja hinter eurem Konzept der etwas illusionär anmutende Versuch, einer Konfrontation mit der Polizei immer wieder aus dem Weg zu gehen. Ist dies eine Reaktion auf die vielfältigen Kriminalisierungsversuche der Vergangenheit?

Kriminalisierung ist ein altes und nicht ganz uneffektives Mittel, um in Lüchow-Dannenberg den Widerstand zu knebeln. Es gab hier bereits über 1.000 Strafverfahren gegen AKW-Gegner und auch die Bauernprozesse haben Wirkung gezeigt. Wer einmal zu ca. 70.000 DM Schadensersatz verurteilt worden ist, überlegt sich zweimal, ob er seinen Trecker wieder mit auf die Straße bringt. Daß auch im Vorfeld die Gegenseite alle Hebel in Bewegung setzen wird, um die Leute noch mehr in Angst und Schrecken zu versetzen, ist klar. Dazu werden auch Versuche der Kriminalisierung und Vorverurteilung gehören. Dennoch glaube ich, daß das bei den Blockaden auf die Leute im Landkreis relativ wenig Eindruck machen wird, solange sie das Gefühl haben, daß es sich um eine Aktionsform handelt, die sie selbst vertreten können. Und das ist für die meisten Leute hier die Gewaltfreiheit. Wenn der Eindruck entsteht, alles läuft wie geplant, sind die Leute aus dieser Region dabei.

Du hattest im Laufe des Gesprächs schon mehrfach Eure Besorgnis zu erkennen gegeben, es könne während der Wendlandblockade zu „Zoff" kommen. Gorleben ist ja schon immer Symbol gewesen für ein Konzept, das der Vermittelbarkeit aller Aktionen vor Ort höchste Priorität gibt und Auseinandersetzungen à la Brokdorf und Grohnde weit von sich weist. Daß dieses Konzept in der Sache nicht erfolgreich gewesen ist, war nach Benennung des neuen WAA-Standortes Dragahn offenkundig. Dennoch scheint ihr ja weiterhin daran festhalten zu wollen ...

Es ist ganz klar, daß für uns im Landkreis die Vermittelbarkeit von Aktionen auch weiterhin Priorität hat. Wir können trotz Dragahn in jedem Fall sagen, daß es hier im Landkreis seit acht Jahren eine starke Bewegung gibt und die gibts deswegen, weil die Aktionen und die Bewegung eben gewaltfrei gelaufen sind und vermittelbar waren. Wenn es hier im Landkreis keinen Widerstand gibt, hat alles Engagement in den Städten keinen Sinn. Das würde völlig verpuffen. Das sieht man doch heute in Brokdorf, in Grohnde oder in Krümmel. Überall, wo es keine starke Bewegung vor Ort gibt, gibt es auch keine Reaktionen in den Städten dazu. Daß es für andere Leute andere als gewaltfreie Aktionsformen gibt, ist o.k. Es steht uns nicht an, das zu bewerten oder zu kritisieren.

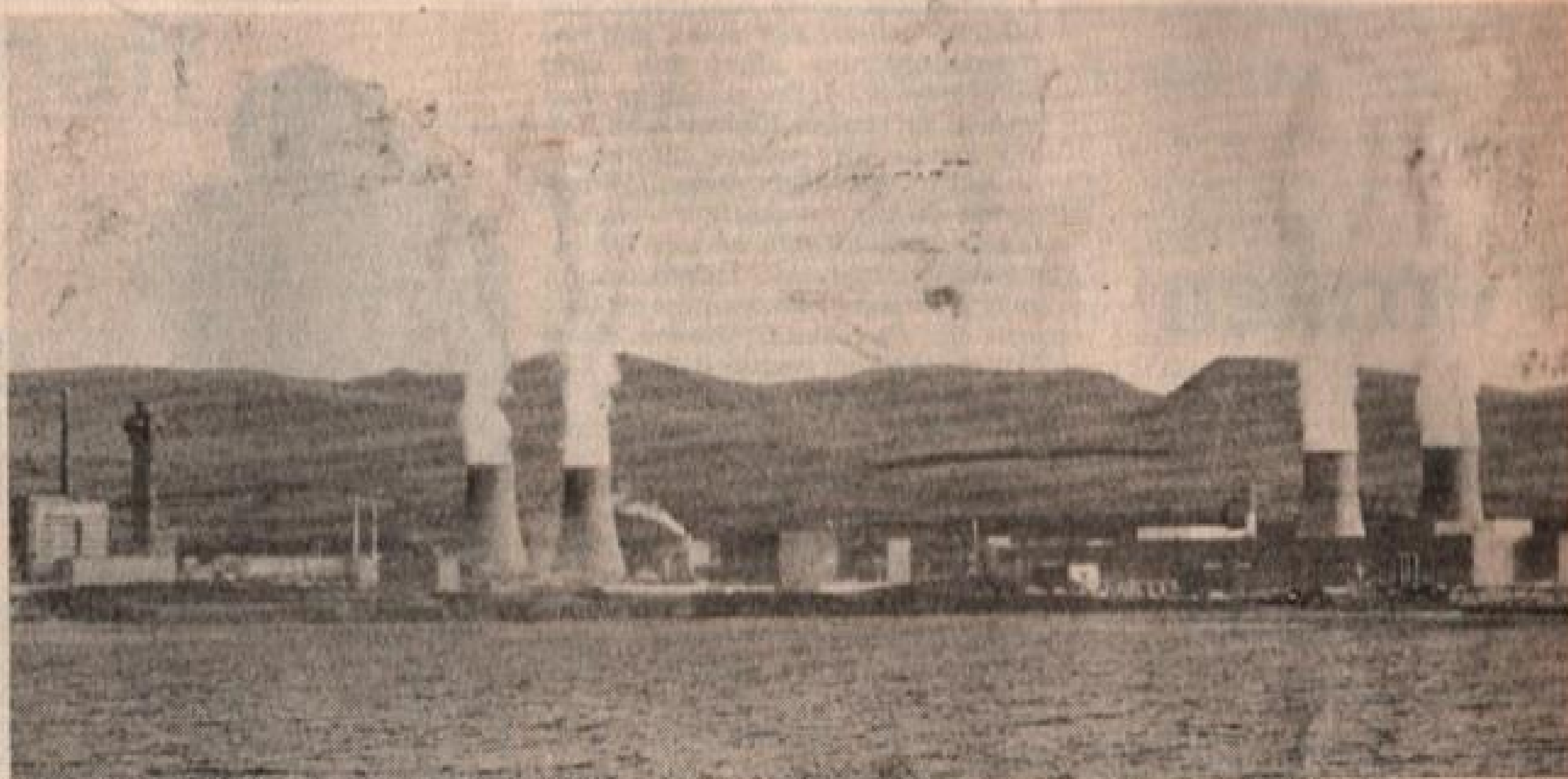
Die Wendlandblockade ist Bestandteil eines sich eskalierenden Widerstandskonzepts. In welchem Zusammenhang steht sie zum Projekt der zeitlich unbegrenzten Blockade der ersten Atommülltransporte, der sogenannten „Stufe 3"?

Ich glaube, daß bei der Wendlandblockade der Effekt: wir üben für Stufe 3, sehr überbewertet wird. Im Unterschied zu Stufe 3 geht es bei den Blockaden am 30.4. m.E. nicht in erster Linie darum, bestimmte Autos anzuhalten. Es geht doch vielmehr um die politische Aussage: Hier sind viele Leute, die für eine bestimmte Zeit den normalen Verkehr auf der Straße außer Kraft setzen wollen. Man kann hinterher zwar beurteilen, durch welches der Blockaderezepte mehr Verkehr außer Kraft gesetzt wurde. Die politische Wirkung kann man viel schlechter beurteilen. Es hat ein anderes politisches Gewicht, wenn sich 500 Leute aus dem Landkreis auf die Straße stellen, als wenn 500 Leute aus den Städten dorthinkommen.

Als Gegenbeispiel könnte der Marsch von 5.000 Lüchow-Dannenbergern durch Hannover nach der Dragahn-Standortbekanntgabe genannt werden, der politisch völlig unbeachtet blieb.

Ich denke, daß bei einer Blockade der ersten Atommüll-Transporte deren politische Wirksamkeit auch davon abhängt, ob die Blockade eine halbe

Fortsetzung nächste Seite



Die Schädigung von Kindern durch die WAA-Windscale - In Dragahn nicht möglich? -

In einem „deutschen" Projekt sei so etwas nicht möglich, verkündete Albrechts Pressesprecher, als im vergangenen Jahr Untersuchungen über die von der britischen WAA Windscale ausgehenden tödlichen Folgeschäden vor allem an Kindern publik wurden. Seit 30 Jahren verstrahlt diese WAA nun die westenglische Küste und die irische See; ein Fernsehteam des Senders „Yorkshire TV" brachte auf eigene Faust in dem Film „The Nuclear Laundry" (die Atomwäscherei) die Folgen dieser Verstrahlung im November 1983 an die Öffentlichkeit, so daß die Betreiber offiziell „akzeptieren" mußten, „daß es einen Irrtum gegeben hat" („Frankfurter Rundschau", 18.12.83).

Seit den 60er Jahren gibt es Untersuchungen, daß gerade auch die radioaktive Niedrigstrahlung tödlichen Krebs verursacht. Bekannt sind den Aktivisten aus der Anti-AKW-Bewegung sicherlich die Untersuchungen von Sternglass in den USA, der eine erhöhte Kindersterblichkeit im Umkreis von AKWs Anfang der 70er Jahre feststellte. Die Gesamtzahl solcher Fälle bleibt vergleichsweise „gering", so daß die Betreiber immer wieder jeden Zusammenhang zu leugnen suchen können.

Allerdings kann dies auch gefährlich sein: John Wayne und sein Filmteam, das seinerzeit demonstrativ in Gebieten von Atomwaffentests in den USA filmte, mußte das nach Jahren mit dem Krebsheldentod bezahlen. Wenn der Sicherheitschef der Anlage in Windscale kürzlich eine Wette anbot: „Ich esse einen Löffel Plutonium, Sie einen Löffel Arsen. Wetten, daß ich länger lebe?" — so läßt sich sicher dagegen wetten, daß er seinen Löffel Plutonium noch nicht gegessen hat.

Unseren Artikel, in dem die Skandale um die WAA in Windscale zusammengetragen werden, verstehen wir auch als Beitrag zur akutellen Auseinandersetzung um die geplante „deutsche" Anlage in Dragahn oder Schwanendorf. Noch könnte Albrecht mit seiner Voraussage recht bekommen — dann nämlich, wenn der Baubeginn dieser Anlagen verhindert wird.

„Gewissenhaft und in gutem Glauben ..."

Der Film des „Yorkshire-TV"-Teams hat, wenn auch unsystematisch, zahlreiche Fakten über die WAA-Folgen durch Stichprobenuntersuchungen ans Tageslicht gefördert:

— In Bootle, einem 800-Seelen-Dörfchen, zehn Meilen von der WAA entfernt, starb Elisabeth Fox mit 17 Jahren an Leukämie, ihre Schulfreundin mit 26 an Lymphdrüsenkrebs, Barbara Graham auis der gleichen Schule mit 33 an Magenkrebs (1980). Gerade Magenkrebstod in so frühen Jahren ist selten, im Durchschnitt in drei Fällen bei einer Million Menschen, noch ungewöhnlicher war der Tod eines vier Jahre alten Mädchens aufgrund von Nierenkrebs.

— In Seacale (2.000 Einwohner) nur anderthalb Meilen von Windscale entfernt wurden elf Fälle von Krebs seit 1950, dem Betriebsbeginn der WAA, ermittelt. Sieben Kinder, fünf davon unter zehn Jahren, starben an Leukämie, zehn mal so häufig wie im Durchschnitt, wonach in Seacale in 60 Jahren ein Fall zu erwarten wäre.

— In dem winzigen Ort Ravensglass werden pro Jahr weniger als ein Dutzend Kinder geboren, d.h. alle 160 jahre wäre dort ein Krebsfall bei Kindern zu erwarten (so der Experte des Fernsehteams, John Urquart). Es waren jedoch innerhalb der letzten fünf Jahre zwei Fälle.

— Martin Gardner, ein Experte für Krebsstatistiken, stellte fest, daß die Kindersterblichkeit in der Umgebung von Windscale, im Landkreis Millom, zwischen 1968-78 bei Leukämie viermal so hoch wie im landesweiten Durchschnitt lag, 6 Menschen unter 25 Jahren waren daran gestorben. Bei den Erkrankungen lag die Zahl zehn Mal über dem Landesdurchschnitt. Die Angaben Gardners, die sich mit denen des Fernsehteams decken, dürften schwerer anzugreifen sein, da er Mitglied der von der Thatcher-Regierung eingesetzten Windscale-Untersuchungskommission war („Frankfurter Rundschau", 2.2.84).

— Auch zahlreiche Mißgeburten bei Tieren verzeichnete das Fernsehteam in seinem Bericht. Es ließ sich ebenfalls nachweisen, daß Wasser, Wiesen und Wohngebiete um die WAA stark plutoniumverseucht sind.

In der Umgebung der Pipeline, durch die — zwei Kilometer von der WAA Windscale entfernt — täglich etwa 4,5 Millionen Liter Abwässer mit mehr als 30 verschiedenen radioaktiven Elementen in die Irische See gepumpt werden, war die Radioaktivität 100 mal höher als die landesweite natürliche Strahlung („taz", 5.1.84). Im Seetang fand man „Ruthenium 100", hier war die Strahlungsintensität 100 bis 1.000 mal höher als zulässig („Frankfurter Rundschau", 12.12.83). Das aus der Pipeline gepumpte Plutonium gleitet, da es schwerer als Wasser ist, auf den Meeresgrund hinab und sollte dort eigentlich im Schlick und Schlamm haften bleiben. Als die Anlage 1950 eröffnet wurde, spekulierten die Betreiber darauf, daß die über 30 radioaktiven Elemente weit draußen in der Irischen See schlicht verschwinden würden. Aber die Strömung, Sturmfluten und Gischt schwemmen den verseuchten Schlamm wieder an den Strand zurück, wo er mit jeder Flut in die örtlichen Flußmündungen gespült wird. Nach einem Bericht der Regierungskomission wird nach wie vor radioaktiver Abfall an die Küste angespült. Unklar ist der Kommission, ob nach wie vor aus der WAA-Windscale radioaktive Abwässer in die Irische See geleitet werden, oder ob durch jahreszeitlich bedingte Wetter- und Strömungsverhältnisse alter Müll angeschwemmt wird („Frankfurter Rundschau", 1.3.84).

Experten schätzen, daß sich seit 1952 auf dem Meeresgrund etwa eine Vierteltonne Plutonium und andere hochgiftige Elemente wie Caesium und Americium abgelagert haben. Nach Schätzungen sind 90 bis 95 % des gesamten Plutoniums, das über die Pipeline abgegeben wurde, innerhalb eines Umkreises von ca. 25 bis 30 km auf dem Meeresboden verstreut. Es wird 30.000, 60.000 oder vielleicht 100.000 Jahre radioaktiv bleiben. Die Gezeiten und die Strömung tragen diese Nuklearabfälle an der Küste entlang; sie setzen sich am Strand ab. Tiere, die für den menschlichen Verzehr bestimmt sind, grasen nach wie vor auf den Weiden und Marschen. Menschen gehen dort spazieren, Kinder spielen am Strand mit dem Sand. Inzwischen sind 30 bis 40 km des Strandes um die Pipeline abgesperrt. Aber, so eine Anwohnerin:

„Gestern waren hier Hunderte von Kindern, die alle rumgeplanscht haben, alle im Wasser, und sie haben Sandburgen aus diesem Schlamm, Schlick und Sand hier gebaut. Und da war immer diese schreckliche, verborgene Gefahr. Sie ist heimtückisch, wissen Sie, man kann sie nicht sehen, nicht fühlen, nicht berühren, man weiß nicht, wo sie ist oder was sie gerade tut" („taz", 5.1.84 — aus dem Fernsehfilm „The Nuclear Laundry"). Auch in Wohnungen, in einer Staubsaugertüte in Ravensglass wurde Plutonium und Americium gefunden.

Die radioaktiven Abwässer verseuchen nicht nur die Irische See im Umkreis der pipeline. Sie werden von den Gezeiten bis hoch nach Schottland getragen. Am Kurort Kippford — 40 Meilen von Windscale entfernt — ist Schlick und Schlamm fünf bis zehn mal strahlungsintensiver als die Grundstrahlung. Wenn der Schlick austrocknet, gelangt die Radioaktivität mit dem Wind in die Luft. Regen spült den Schlick aus und nimmt auch die Ver-

Fortsetzung nächste Seite

Der Strand bei der Windscale-WAA ist gesperrt, aber:

Gestern waren hier Hunderte von Kindern, die hier alle rumgeplanscht haben, alle im Wasser, und sie haben Sandburgen aus diesem Schlamm, Schlick und Sand hier gebaut. Und da war immer diese schreckliche, verborgene Gefahr. Sie ist heimtückisch, wissen Sie, man kann sie nicht sehen, nicht fühlen, nicht berühren, man weiß nicht, wo sie ist oder was sie gerade tun.

(Mv. Merlin — „taz", 5.1.84)

Fortsetzung von vorheriger Seite

seuchung mit. Selbst auf den 200 km von Windscale entfernten Hebriden fanden die Ärzte bei den Menschen in den Nieren eine bis zu achtmal höhere Radioaktivität als normal üblich.

Und kanadische Wissenschaftler befürchten, daß die radioaktiven Abwässer von Windscale tausende von Kilometern weit bis unter das Eis des Nordpols geschwemmt worden sind.

Mitglieder einer skandinavischen Expedition haben in Ost-Grönland Anzeichen für die Anspülung von Caesium 137 aus Windscale gefunden, und eine Gruppe englischer Förscher hat weitere Verseuchungen aus vermutlich derselben Quelle in der Region um Spitzbergen in Nord-Norwegen gefunden („Frankfurter Rundschau", 3.2.84).

Stunde oder einen halben Tag aufrechterhalten werden kann. Ebenso wie am 30.4. wird man auch dann mit einem massiven Polizeiaufgebot rechnen müssen, das jeden Ansatz für eine Fünf-Minuten-Blockade zu verhindern suchen wird. Insofern werden die Erfahrungen der Wendlandblockade m.E. schon wichtige Hinweise für die Stufe 3 erbringen können, und insofern dürfte auch die schematische Trennung in politische Wirkung und Ablauf der Aktion unsinnig sein.

Gerade weil das eben eine ganz wichtige Frage ist, muß man sehen, daß der Ablauf der Atommülltransportblockade davon abhängen wird, daß möglichst schnell möglichst viele Leute aus der Region dabei sind. Und deswegen ist es wichtig, daß die vorher laufenden Aktionen das Vertrauen der Menschen hier im Landkreis in solche Aktionsformen fördern.

Nach der letzten großen Aktion im Sommer 1982, dem „Tanz auf dem Vulkan" (Belagerung des „Zwischen"Lagerwalls) hatte sich die BI Lüchow-Dannenberg massiv distanziert. Wird sich das 1982 wiederholen?

Damals war unklar die Frage, zu was eigentlich mobilisiert wird. Heute versuchen wir im voraus klarer zu sagen, worum es geht, und das muß gerade am Punkt Gewalt völlig klar sein. Distanzieren wird sich die BI ohnehin nicht, weil sie zu den Blockaden offiziell nicht aufruft, während sie beim „Tanz auf dem Vulkan" zur Demonstration zum „Zwischen"lager aufgerufen hatte.

Wie steht ihr zu den vielfältigen Sabotageaktionen im Landkreis wie z.B. der Blockierung der Eisenbahnstrecken vor einigen Tagen?

Wie steht ihr zu den vielfältigen Sabotageaktionen im Landkreis wie z.B. der Blockierung der Eisenbahnstrecken vor einigen Tagen?

Die BI fühlt sich nicht berufen, derartige Aktionen zu kommentieren. Es ist natürlich klar, daß solche Maßnahmen als ganz natürliche Reaktion auf die Politik der niedersächsischen Landesregierung stattfinden. Solche Anschläge passieren im Landkreis laufend. Darüber regt sich in Lüchow-Dannenberg kein Mensch auf. Wenn es die richtigen trifft, gibt es schon mehr als nur klammheimliche Freude.

Ihr seid Mitglied im BBU. Wie ist Euer Verhältnis zum BBU und speziell zu dessen „Staatsvertrag"-Fraktion?

Unser Verhältnis zum BBU ist sehr ambivalent. Wir finden einen Zusammenschluß von BIs und einen leistungsfähigen Apparat wichtig. Das leistet aber in gewisser Hinsicht schon die Atommüllkonferenz, die mit dem BBU ja recht wenig zu tun hat.

Zu der Staatsvertrag-Geschichte haben wir eine ganz klare Meinung: Keiner im BBU hat das Recht, in unserem Namen mit irgendwelchen Staatsvertretern eine Strategie auszuhandeln. Das wird von uns abgelehnt und das machen wir auch im BBU deutlich.

Die „taz" hatte in Anlehnung an eine Überschrift im letzten AK anläßlich der geplanten Wendlandaktionen eine Renaissance der Anti-AKW-Bewegung prophezeit. Deine Einschätzung?

Das ist möglich und auch ein Ziel der Frühjahrsaktionen. Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung war ja im Grunde immer auch eine Geschichte von Brennpunkten, die dann Ausstrahlung hatten auf ganz viele andere Standorte. Soetwas fehlt zur Zeit und ich meine, es gibt nur den Standort Gorleben, wo soetwas wieder entstehen könnte. Und zwar auch deswegen, weil es eine starke Bewegung vor Ort gibt.

Wir danken für das Gespräch.

Windscale gefährdet die Menschen aber nicht nur durch seine hochradioaktiven Abwässer.

Sechs Frauen in der ostirischen Stadt Dundalk gebaren zwischen 1962 und 1972 Kinder, die unter dem Down-Syndrom (Mongolismus) leiden. Nach statistischem Durchschnitt muß eine von 600 Müttern mit der Geburt eines mongoloiden Kindes rechnen, hier liegt die Quote aber 1 : 18. **Das Ungewöhnliche: Die Mütter waren alle in derselben Klasse, als im Jahre 1957 ein Großbrand in Windscale ein großes Leck verursachte, durch das große Mengen Radioaktivität ins Freie gelangten und nach Meinung von Dr. Irene Hillary und Dr. Patricia Sheehan von dem zur Zeit des Zwischenfalls heftigen Wind 160 km über die irische See nach Irland geweht wurden.**

„Man lebt heute nun mal in einer gefährlichen Welt ..."

Die Gefahren, die von der WAA Windscale (jetzt umgetauft in Sellafield) für die Menschen ausgehen, sind beileibe nicht neu, sind aber erst durch die Untersuchungen des Fernsehteams und die Hilfe einiger kritischer Wissenschaftler bekannt geworden. Windscale, betrieben von der staatseigenen Britischen Gesellschaft für Nuklearbrennstoffe mbH (BNFL), ist mit 6.000 Arbeitern der größte Arbeitgeber in der Region — dieses Arbeitsplatzargument muß hier wie überall bei solchen Anlagen herhalten. Aus den abgebrannten Brennstäben — mehreren tausend Tonnen aus Europa, Japan, den USA, der Schweiz, Schweden, Spanien, den Niederlanden und Großbritannien (alleine 1.000 Tonnen) — wird Plutonium für Englands Atomindustrie bzw. das Atomwaffenprogramm extrahiert.

Man lebe heute nun mal in einer gefährlichen Welt, in der man jeden Augenblick unters Auto kommen könne.

(„Windscale-Experte" Mummery)

Hier wurde das Plutonium für Englands erste Wasserstoffbombe produziert. Am Ende dieses Prozesses verbleibt in Windscale ein hochradioaktiver Müll, der hier eingelagert und durch eine dicke Stahlbetonmauer abgeschirmt wird.

Windscale, das ist eine Kette von Zwischenfällen seit der Inbetriebnahme 1950:

— 1957 fing der Reaktor Feuer, das zwei Tage nicht unter Kontrolle zu bringen war. Es entwich eine Wolke ra-

Zwischenfällen seit der Inbetriebnahme 1950:
— 1957 fing der Reaktor Feuer, das zwei Tage nicht unter Kontrolle zu bringen war. Es entwich eine Wolke ra-

dioaktiven Jodgases. Die Behörden: *„Es ist in höchstem Grad unwahrscheinlich, daß irgendjemandem gesundheitlicher Schaden entstanden ist"* („taz", 5.1.84). Die heutigen Schätzungen der Opfer: 33 Tote und genetisch Geschädigte, 247 Fälle von Schilddrüsenkrebs.

— 1967 gab der Reaktor soviel Radioaktivität ab wie bei der Explosion der Hiroshima-Atombombe freigesetzt wurde. *„Durch einen Glücksfall — der Wind wehte die Radioaktivität in die Irische See — wurde eine Katastrophe vermieden"*, schrieb Holger Strohm 1972 in seinem Buch „Umwelt-Schmutz".

Die Behörden mußten die Milch und wachsende Nahrungsmittel bis zu einem Radius von 300 km vernichten. Comman Paper 302, ein englischer Bericht zu diesem Unglücksfall, gab an, praktisch alle Ausrüstungsgegenstände hätten versagt. Monatelang später wurde ein Ansteigen der Radioaktivität in Norwegen, den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Deutschland gemeldet.

— Seit 1950 wurden mehr als 300 Unfälle festgestellt: Leckagen, bedrohliche Vorkommnisse, Feuer, Leitungsrisse. Nach einer betriebsinternen Störfall-Liste waren in mindestens 200 Fällen Arbeiter einer Überdosis Radioaktivität ausgesetzt. Über 60 Unfälle gingen mit einer Verseuchung durch Plutonium einher. 1976 wurde ein Leck in einem Atommüllsilo entdeckt. Über vier Jahre waren Tausende Liter unbemerkt in den Boden gesickert. Vierzehnmal ist Radioaktivität entwichen und hat angrenzende Felder verseucht.

— Der letzte „Zwischenfall", über den die Betreiber die Regierung erst nach fünf Tagen informierten, wurde durch den Fernsehbericht und die Aktivitäten von Greenpeace aufgedeckt: Wären diese nicht mit ihrem Trawler „Tebarler" direkt vor den Abwasserrohren der Anlage gewesen, wäre wohl niemals bekannt geworden, daß aus den Rohren ein radioaktiv verseuchter, öliger Film in der Irischen See verschwinden sollte, der sogar den Meßbereich der Geigerzähler überstieg. Auf welche Art und Weise hier „Zwischenfälle" produziert werden, die Tausende von Menschen gefährden, läßt sich hier gut darstellen: Die Abwässer der WAA werden in Tanks auf dem Gelände der Anlage gesammelt und aus dem Gebäude 8206 statt des „ü b l i c h e n (Hervorhebg. AK) leicht radioaktiven Schmutzwassers auch als hochradioaktiver Schaum ins Meer geleitet" („Welt", 16.2.84), der sich auf dem Wasser absetzte. Richtlinien bestimmen die Tages-, Quartals- und Jahreshöchstwerte der Ableitungen. Bei konzentrierten Einleitungen in die See besteht die Gefahr, daß sich ein radioaktiver Teppich bildet, der sich nicht mit dem Meereswasser verbindet — was natürlich mehr auffällt, als wenn das radioaktive Abwasser in Dosierungen „ordnungsgemäß" in die See gepumpt wird. Dies scheint passiert zu sein, weil sich angeblich die Verantwortlichen der Tages- und Nachtschicht nicht abgesprochen hätten. So wurden die nur „für A u s n a h m e f ä l l e (Hervorhebg. AK) erhöhten Mengen innerhalb von nur fünf Tagen ins Meer geleitet" (nach „taz", 23.12.83).

„Ich esse einen Löffel Plutonium, Sie einen Löffel Arsen. Wetten, daß ich länger lebe!"

Mit solchen dummen Sprüchen wie hier vom Sicherheitschef John Donoghue spielen die Betreiber der Wiederaufbereitungsanlage Windscale die Gefahren herunter und machen sich über die Sor-

vom Sicherheitschef John Donoghue spielen die Betreiber der Wiederaufbereitungsanlage Windscale die Gefahren herunter und machen sich über die Sor-

gen und die bereits von ihnen zu verantwortenden Schädigungen der Kinder und Erwachsenen lustig. Für den letzten Störfall im November war *„menschliches Versagen"* verantwortlich, es gab *„echte Mißverständnisse"*, radioaktives Material sei *„irrtümlich in einen Tank geleitet worden, dessen Inhalt dann in die See gepumpt wurde"*, aber die Beteiligten hätten *„gewissenhaft und in gutem Glauben"* gehandelt. Wegen dieses „Zwischenfalls" sei bisher niemand *„entlassen oder vom Dienst suspendiert worden"* und *„niemand hätte seine Entlassung zu befürchten"* so der Aufsichtsratsvorsitzende der BNFL Tom Allday („taz", 23.12.83).

Für die Betreiber gibt es keine *„Beweise, daß jemand durch den Vorfall geschädigt worden sei oder daß es Gefahren für die Öffentlichkeit gebe"*. Und wie immer nach den nun mehr als 300 öffentlich bekannten „Zwischenfällen" und Beinahekatastrophen, würden nun — nachdem bisher immer behauptet wurde, dieser *„Aufbereitungsprozeß (sei) absolut zuverlässig und risikofrei"* und *„das herausgepumpte Schmutzwasser sinke auf den Meeresboden"* hinab und *„richte keinerlei Schaden an"* („Welt", 16.2.84) — *„alle Anstrengungen unternommen, damit sich ein ähnlicher Vorfall nicht wiederholen könne"* („Frankfurter Rundschau", 18.12.83).

Obwohl (oder weil?) der Eigentümer der WAA, die englische Regierung, bereits 40 km des Strandes sperren ließ, versicherte Umweltminister Jenkin im Unterhaus, daß „keine Gefahren für ‚signifikante Gesundheitsschäden' mehr bestehen" („Welt", 16.2.84). Und nach Ansicht des Betreiber-Experten Mummery sei das Windscale-Plutonium nicht für die im drei Kilometer von Windscale entfernten Ort Seacale festgestellten elf Krebsfälle bei Kindern verantwortlich. Und John Doran (BNL) meint, daß es zwar Zwischenfälle gegeben habe, die sorgfältig kontrolliert und gehandhabt worden seien, aber das Niveau mit dem auf diesem Gelände gearbeitet werde und die Abgaben an die Umgebung würden sehr genau überwacht; wenn andere Industrie-Sparten denselben Grad der Überwachung hätten wie Windscale, hätte es *„sicherlich die Dioxin-Fälle nicht gegeben"* (aus dem Filmmanuskript „The Nuclear Laundry").

Auch für die ungewöhnlich große Zahl mongoloid geborener Kinder in der ostirischen Stadt Dundalk weisen

kript „The Nuclear Laundry").
Auch für die ungewöhnlich große Zahl mongoloid geborener Kinder in der ostirischen Stadt Dundalk weisen

die Betreiber von Windscale jeden Verdacht auf einen Zusammenhang mit einem Zwischenfall von 1962 zurück:

Ich esse einen Löffel Plutonium, Sie einen Löffel Arsen. Wetten, daß ich länger lebe?

(Sicherheitschef v. Windscale, John Donoghe)



»Wir haben Angst um das Leben unserer Kinder«

Die Familie Merlin bietet ihr Haus zum Verkauf an. Selbst zehn Kilometer von der Atomanlage Windscale entfernt fühlt sie sich nicht sicher. Die Krebshäufigkeit bei Kindern liegt in diesem Gebiet zehnmal über dem englischen Landesdurchschnitt.

Quelle: Berndt Dost: Die Erben des Übels

„Bisher sei keine Verbindung zwischen der Strahlung und dem Down-Syndrom nachgewiesen worden" („Frankfurter Rundschau", 20.1.84) und somit gäbe es „keinen Beweis" („Morgenpost", 12.11.83). Die Regierung kündigte inzwischen an, 50 Millionen Mark ausgeben zu wollen, um die *„Nuklearwäscherei zu Sellafield noch sicherer zu machen"* („Welt", 16.2.84). W i e dies freilich geschehen soll, ist ein Geheimnis. Der *„einzige Ausweg für die BNE bzw. für den Gesetzgeber wäre die Entdeckung einer anderen Ursache. Bis dahin ist es ... kriminell, weiterhin den Windscale-Abfall ins Meer zu leiten"*, so Frau Prof. Donaldson-Salter in einer Fernsehdiskussion über den Fernsehfilm „The Nuclear Laundry". („taz", 8.11.83)

Vergleich zwischen Windscale und dem deutschen Projekt nicht möglich?

Die Folgen der Ableitung radioaktiver Abwässer in die Irische See durch die Pipeline in Windscale machen sich auch in der gegenwärtigen Diskussion um die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Dragahn bzw. Schwanendorf bemerkbar. Ministerpräsident Albrecht, der noch vor Monaten tönte, daß eine WAA so lange nicht erbaut würde, bis alle Risiken einwandfrei ausgeräumt sind und den Bewohnern im Raum Lüchow-Dannenberg sogar zwischenzeitlich versprochen hatte, daß dort keine WAA gebaut würde, ließ durch seinen Pressesprecher Hilmar von Poser verkünden, daß ein Vergleich zwischen der Windscale-Anlage und dem *„deutschen Projekt"* nicht möglich sei, da die *„geplante Anlage ... dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen"* werde und ein *„mehrfaches Barrierensystem enthalten werde, womit in der Abluft und im Abwasser radioaktive Schadstoffe zurückgehalten würden ... Überschreitungen der zulässigen Emissionswerte würden zu sofortiger Abschaltung führen"* („Frankfurter Rundschau", 12.12.83).

„Man müsse schon 20 Pfund des Staubsaugerbeutelinhaltes fressen, wolle man sich ernsthaftem Krebsrisiko aussetzen ..."

(Windscale-Experte" Mummery, „taz", 8.11.83)

Nachdem die Ratsherren von Dannenberg-Karwitz, die alle ihre Zustimmung zu diesem Projekt gegeben

Nachdem die Ratsherren von Dannenberg-Karwitz, die alle ihre Zustimmung zu diesem Projekt gegeben

hatten, nach ihrer Entscheidung mehr Informationen erhielten, reagierten sie derart verunsichert, daß WAA-Förderer Albrecht höchstpersönlich zu einem „Geheimbesuch" anreiste, um sie zu beruhigen. („FR", s.o.).

Es ist zu hoffen, daß die Eltern und Kinder aus Dragahn und Umgebung aus den Windscale-„Erfahrungen'. die einzig richtigen Konsequenzen ziehen: Keine AKWs und WAAs — nicht in Dragahn und auch nicht anderswo.

Kinderkommission/KB Hamburg

Babys mit bei der Geburt erkennbaren Fehlbildungen (Mißbildungen) in der Nähe des Kernkraftwerkes Neckarwestheim in den Jahren 1973 bis 1980

Jahr	Landkreis Heilbronn: Anzahl mißgebildeter Babys	Lebend- und Totgeburten	Mißbildungen auf 1000 Geb.	Landkreis Ludwigsburg: Anzahl mißgebildeter Babys	Lebend- und Totgeburten	Mißbildungen auf 1000 Geb.
1973	–	3036	–	3	5149	0,58
1974	1	2804	0,35	12	5187	2,31
1975	5	2603	1,92	5	5043	0,99
1976	2	2532	0,78	5	4865	1,02
1977	5	2329	2,14	13	4617	2,81
1978	2	2487	0,80	4	4513	0,88
1979	8	2537	3,15	10	4708	2,12
1980	11	2774	3,96	21	5161	4,06

Im Dezember 1976 wurde das Kernkraftwerk GKN-1, Neckarwestheim, in Betrieb genommen. Das IFEU-Institut, Heidelberg, verglich die Rate der Mißbildungen von 1973 bis 1976 mit der Rate der Mißbildungen von 1977 bis 1980 und kam für den Landkreis Heilbronn zu dem Resultat: Vorher 3,1 Mißbildungen auf 1000 Geburten, nachher 10,1. Für den Landkreis Ludwigsburg: Vorher 4,9 nach dem KKW-Start 9,9 (Quelle: Steinhilber-Schwab 1982).

Quelle: Bernd Dost: Die Erben des Übels

Warum nicht raus aus der NATO?

Das Ergebnis signalisierte, daß trotz Bestehen einer deutlichen Anti-Raketen-Mehrheit zugleich eine Mehrheit für eine Politik rechts von der SPD vorhanden ist. Ein ausreichend großer Teil der Raketen-Gegner ist also bereit, seinen Dissens mit der Regierung Kohl in diesem einen Punkt für weniger wichtig als seinen Konsens mit der Rechtspolitik auf anderen Gebieten zu halten. — In praktischer Hinsicht gibt das Wahlergebnis vom 6. März 1983 der CDU/CSU voraussichtlich die Möglichkeit, sich bis 1987 an der Regierung zu halten, also die Stationierung auf jeden Fall noch abzuschliessen und damit selbst für die Eventualität einer anderen Mehrheit im Jahre 1987 vollendete Tatsachen zu hinterlassen.

Das totale Scheitern des Kampfes gegen die Raketen-Stationierung stand also bereits fest, bevor der letzte und größte Schub von Aktionen der Friedensbewegung überhaupt begonnen hatte. Unter solchen Bedingungen, nämlich im Angesicht einer bereits feststehenden Niederlage, dennoch den Kampf fortzusetzen, stellt riesige politische und psychologische Probleme. Die Neigung zu allen nur denkbaren Formen des Selbstbetruges und der Selbstüberschätzung ist in solchen Situationen naturgemäß groß. Das begünstigt Organisationen wie die DKP und ihr bündnispolitisches Umfeld, die im Organisieren von Niederlagen schon Routine haben und die keine Skrupel kennen, wenn es darum geht, buchstäblich bis zur allerletzten Minute die Möglichkeit eines Erfolges vorzugaukeln. Diesem Kräftespektrum fällt es selbstverständlich auch nach dem Scheitern des Kampfes gegen die „Nachrüstung" am leichtesten, die totale Niederlage einfach zu leugnen.

Die Stationierung hat doch gerade

tale Niederlage einfach zu leugnen.

„Die Stationierung hat doch gerade erst begonnen", sagen sie, „da können wir sie ja immer noch aufhalten und rückgängig machen". Nicht „Propaganda" — dieses Wort ist abwertend und diffamierend gemeint — sondern Orientierung auf Massenaktionen müsse weiterhin im Mittelpunkt der Friedensbewegung stehen. Daher müsse der „Minimalkonsens" (Stopp der Stationierung bzw. Abbau der neuen Raketen) die zentrale Forderung bleiben. Über weitergehende Inhalte — darunter wird konkret auch der Austritt aus der NATO genannt — könne man sich zwar gelegentlich unterhalten, aber sie seien als Forderungen der Friedensbewegung ungeeignet. Denn nur das stramme Festhalten am „Minimalkonsens" gewährleiste, daß es mit den Massenaktionen weitergehen kann. Die sollen immer noch breiter werden, und breiter, und breiter ... bis eines schönen Tages die Regierung doch noch gezwungen werden kann.

Politische Praktiker, die sie nun einmal sind, werden sie wohl kaum wirklich die Illusion haben, es könne jetzt einfach immer so weitergehen mit Massenaktionen, für die man einfach nur Kreuze auf dem Terminkalender zu machen braucht. Eine Massendynamik läßt sich nicht jahrelang kontinuierlich aufrechterhalten. Niederlagen setzen Fakten und bedeuten in der Regel auch für die Dynamik von Aktionen einen Einschnitt. Man möge sich an die großen Aktionen 1968 gegen die Notstandsgesetze erinnern: Mit dem Tag der Beschlußfassung im Bundestag war „die Luft raus", die Bewegung mausetot. Von den jüngeren, die in den letzten Jahren gerade durch die Friedensbewegung politisiert wurden, wissen vermutlich viele noch nicht einmal, daß es diese Gesetze überhaupt gibt, oder kennen nicht mehr als ihren Titel. Der Kampf gegen die „Nachrüstung" wirkt über den Herbst 1983 hinaus, ist keineswegs zum Stillstand gekommen. Das unterscheidet ihn tatsächlich von manchen anderen Bewegungen, wie der eben genannten gegen die Notstandsgesetze. Es hat sich aber schon in den ersten Versuchen, nach dem Herbst durch Aktionstage u.a. eine Kontinuität des Kampfes darzustellen, angedeutet, daß die Mobilisierungen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Man wird sehen, daß dieser Trend anhält. Wer das heute noch nicht glauben mag, wird es am Ende des Jahres glauben müssen.

Daß es im organisierten Teil der Friedensbewegung auch eine gegenläufige Tendenz gibt, daß Friedensgruppen neuen Zulauf melden, daß Konferenzen und Diskussionstreffen so gut besucht sind wie noch nie, spricht keineswegs gegen diese These. Denn hierbei handelt es sich nicht um Massenaktionen, sondern um ein gewachsenes Interesse genau an den Dingen, die von manchen mit dem negativ gemeinten Etikett „Propaganda" belegt werden. Also um die Frage nach den Ursachen von Krieg und Militarismus, um die Suche nach einer politischen Perspektive über die Ablehnung der neuen Atomraketen hinaus.

Und übrigens muß daran erinnert werden, daß die Friedensbewegung die Erfolge, die sie immerhin durch die Kämpfe der letzten Jahre erringen konnte, ausschließlich auf dem Feld der „Propaganda" hat, und absolut nicht auf dem Gebiet der von manchen beschworenen „Durchsetzung". Die Friedensbewegung hat den Staat nicht zum allerkleinsten praktischen Zugeständnis zwingen können. Aber sie hat Millionen Menschen dazu veranlaßt, über ihre Situation angesichts von Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen nachzudenken und selbst aktiv zu werden.

Reden wir über die NATO!

Es ist Zeit, den Kampf gegen die NATO in den Mittelpunkt einer sich auf die Lage nach dem Stationierungsbeginn einstellenden neuen Strategie der Friedensbewegung zu stellen. Die Gründe dafür sind einfach: Die NATO ist ein Kriegsbündnis, das sich inzwischen auf fast allen Ebenen darauf vorbereitet, Krieg real zu führen. Die allgemeinen Zwecke derNATO sind die Liquidierung der Sowjetunion und des „sowjetischen Blocks" zum einen, und die militärische Flankierung einer imperialistischen Politik in der Dritten Welt zum anderen. Im Gegensatz zu manchen Interpretationen ist die NATO von Anfang an ein offensives Kriegsbündnis gewesen. Dies läßt sich eindeutig beweisen aus den Plänen der USA schon während der 40er und 50er Jahre, einen (Atom-)Krieg zur Zerschlagung der Sowjetunion zu führen (Anm. 1). Es ist demnach sachlich falsch, wenn gesagt wird, die NATO sei gerade erst dabei, sich von einem defensiven in ein offensives Bündnis zu verwandeln, oder sie habe diesen Umwandlungsprozeß gerade erst in den letzten Jahren durchgemacht. Sofern allerdings auch diese falsche These dazu führen kann, im Endergebnis heute die NATO abzulehnen, kann dieser Widerspruch in der Praxis sekundär sein.

Die Mitgliedschaft in einem Kriegsbündnis setzt entscheidende Fakten. Sie schließt eine autonome Entscheidung im konkreten Einzelfall, ob wir uns an einer militärischen Konfrontation zwischen USA und Sowjetunion beteiligen wollen, von vornherein aus. Im Fall einer solchen Konfrontation wäre die BRD automatisch Teil einer weltumspannenden strategischen Front und höchstwahrscheinlich auch Kampfgebiet. Die Sowjetunion könnte sich in diesem Fall überhaupt nur so verhalten, daß sie die BRD als eine der wichtigsten strategischen Zonen ihres militärischen Gegners behandelt.

In einem derartigen Kriegsbündnis Mitglied zu sein, ist erstens verbrecherisch und zweitens ein Poker mit dem Teufel. Diese Mitgliedschaft muß folglich abgelehnt und bekämpft werden. Das ist in der einfachsten Formel „Raus aus der NATO!" zusammenzufassen. Daß dies in der Friedensbewegung überhaupt umstritten ist, daß es also Teile der Friedensbewegung gibt, die sich weigern oder passiv zurückhalten, den Kampf gegen die NATO-Mitgliedschaft in den Mittelpunkt einer politischen Kampagne zu stellen, gehört zu den großen Rätseln unserer Zeit.

Dies ist eine extrem unrealistische Forderung? Stimmt! Aber auch die Forderung an die Regierung Kohl, in letzter Stunde die Raketenstationierung nicht zuzulassen, war vollkommen unrealistisch und wurde dennoch von Millionen Menschen auf die Straße getragen. Daß die Forderung „Austritt aus der NATO!" unrealistischer ist als die Forderung nach Stopp der Stationierung und Abbau der schon aufgestellten Raketen, müßte erst noch bewiesen

Fortsetzung nächste Seite

Wie die SPD an der Rüstungsschraube dreht

„Für eine neue Strategie des Bündnisses" lautet der Titel einer Vorlage des SPD-Parteivorstands, datiert vom 30.1. dieses Jahres. Angeblich geht es um Friedenspolitik und Abrüstung. Das Gegenteil ist jedoch in Wirklichkeit der Fall. Die SPD, die durch ihren Kanzler Schmidt schon die Raketen-„Nachrüstung" auf den Weg brachte, macht sich nun auch noch für eine sogenannte konventionelle Nachrüstung stark. Von den praktischen Ergebnissen ihrer Politik wird sie sich zum passenden Zeitpunkt vermutlich wieder distanzieren.

Im Punkt I des Vorstandspapiers bekennt sich die SPD zur Mitgliedschaft in der NATO, und zwar ausdrücklich ohne Wenn und Aber. „Sicherheit" könne es für die BRD *„nur mit ihren Partnern, mit ihren Verbündeten und nicht ohne sie geben"*. — Das ist ein Satz, den man nicht beweisen muß und übrigens auch gar nicht beweisen kann. Denn er arbeitet nicht mit eingetretenen Tatsachen, sondern ausschließlich mit Vermutungen. Es gibt, sogar in Mitteleuropa, Länder, die sich auch ohne Mitgliedschaft in einem der beiden großen Militärpakte sicher genug fühlen. Ja, die die Neutralität offensichtlich sogar für sicherer und zuträglicher halten als die Mitgliedschaft in einem Militärpakt. Geht man von den historischen Erfahrungen aus, so erscheint die These, daß die Mitgliedschaft eines Landes in einem Militärpakt sicherheitsnotwendig oder gar sicherheitsfördernd sei, eher als abwegig. Im übrigen unterstellt die These, „Sicherheit" könne es für die BRD ausschließlich im Rahmen der NATO geben, der Sowjetunion eine erhebliche aggressive Energie. Die These geht nämlich nur dann auf, wenn man mit erheblicher Wahrscheinlichkeit unterstellt, daß die Sowjetunion eine neutralisierte BRD militärisch überrennen würde. Mehr noch: man muß schon annehmen, daß diese Gefahr sogar deutlich größer wäre als die heute real gegebene Gefahr, die BRD durch ihre Mitgliedschaft in der NATO der totalen Vernichtung auszusetzen. Die SPD unterstellt aber im allgemeinen der Sowjetunion eine derart zügellose, allesfresserische Aggressivität nicht. Praktische Erfahrungen neutraler Staaten, die keineswegs bei erstbester Gelegenheit ein Opfer des sowjetischen Molochs geworden sind, sind auch nicht gerade geeignet, um die These der SPD argumentativ abzustützen. Sie macht erst dann Sinn, wenn man das schöne Wort „Sicherheit" nicht ganz so wörtlich nimmt und lieber sinngemäß übersetzt: Eine imperialistische Großmachtpolitik gegenüber der Dritten Welt und dem Ostblock ist für die BRD nur im Rahmen der NATO möglich, und nicht ohne sie.

Im Punkt II des Vorstandspapiers wird darauf hingewiesen, daß bundesdeutsche Politik „ausgehen" muß von *„der beschlossenen Strategie"* (der NATO), *„die gültig ist, solange das Bündnis keine neue beschlossen hat"*. Das ist unter der gemachten Voraussetzung, die NATO-Mitgliedschaft nicht zur Disposition stellen zu wollen, ebenso banal wie richtig. Damit wird der wirklichen oder vorgetäuschten Naivität mancher linken Sozialdemokraten eine Absage erteilt, die so tun, als könne die BRD in der NATO sein, ohne sich deren Zielen und deren Strategie zu unterwerfen. Dies scheidet jedenfalls für die BRD als Frontstaat und Stationierungsland der US-Armee vollständig aus.

Der Punkt III enthält den Wunsch der SPD, daß die Strategie der NATO *„weiterentwickelt"* werden müsse, und zwar *„mit dem Ziel ..., der politischen Konfrontation und der Mechanik des Wettrüstens systematisch entgegenzutreten"*. Das klingt zwar ganz nett, unterscheidet sich aber vermutlich nicht wessentlich von den seit Jahren gängigen offiziellen Selbstdarstellungen der NATO. Abgesehen von ein paar verbalen Ausfällen Reagans und seiner Crew hält es normalerweise kein Politiker für zweckmäßig, sich offen zur Verschärfung der politischen Konfrontation und zur Mechanik des Wettrüstens zu bekennen.

Was schlägt die SPD konkret vor? *„Der Trend, Kernwaffen zu Kriegsführungswaffen weiterzuentwickeln, muß gestoppt werden. Kernwaffen sollen in die Rolle von strategischen Abschreckungswaffen zurückversetzt und auf das zur Mindestabschreckung notwendige Maß reduziert werden. Die nuklearen Systeme kurzer und mittlerer Reichweite sind als Ergebnis von kontrollierbaren Verhandlungen zwischen beiden Bündnissystemen zu eliminieren* (abzuschaffen — Anm. d. Verf.) *und wo nötig durch konventionelle Systeme zu ersetzen, die nach dem heutigen Stand technisch möglich sind"*. In diesem Zusammenhang sei die im Bericht der Palme-Kommission vorgeschlagene *„begrenzte, 300 km tiefe, auf beiden Seiten also je 150 km breite, kernwaffenfreie Zone als Einstieg in den Prozeß der Entnuklearisierung"* zum Verhandlungsgegenstand zu machen. (IV, 3/4 und V, 6).

Hier scheint, allerdings auf Basis einer Gegenseitigkeit — was praktisch eine Vielzahl von Problemen aufwirft, siehe Gang der diversen Abrüstungsverhandlungen —, immerhin eine erhebliche atomare Abrüstung vorgeschlagen zu werden. Das ist jedoch wirklich nicht mehr als ein schöner Schein. Der entscheidende Pferdefuß findet sich in Punkt V, 3 des Papiers: *„Die konventionelle Überlegenheit des Warschauer-Pakt-Vertrages war ein Hauptgrund für die Ausrüstung der NATO-Streitkräfte mit Kernwaffen kürzerer Reichweite und die Ankündigung des Westens, zur Abschreckung Kernwaffen als erste einzusetzen.* **Wer die daraus entstehenden Gefahren für Europa beseitigen will, muß als Voraussetzung Stabilität mit konventionellen Mitteln schaffen."** Zum richtigen Verständnis sollte auch der vor dem eben zitierten Passus stehende Satz beachtet werden: Er definiert eindeutig und unmißverständlich, daß mit „Stabilität" ein „annäherndes Gleichgewicht" gemeint ist. Daß dies im sogenannten konventionellen Bereich besteht, wird bestritten. Die Herstellung eines solchen „Gleichgewichts" (nach den Definitionen der NATO, wohlgemerkt!) ist die entscheidende Voraussetzung für alle Vorschläge der SPD zur atomaren Abrüstung. So heißt es beispielsweise auch zum Bericht der Palme-Kommission (kernwaffenfreie Zone): *„Dafür ist konventionelle Stabilität erforderlich"*. (V, 6)

Die Version von der ‚konventionellen' Überlegenheit des Warschauer Paktes in Europa mag man glauben oder auch nicht. Tatsachen und Sachargumente verweisen diese Version eher ins Reich der Feen und Zauberer, aber das soll hier nicht untersucht werden. Sicher ist jedenfalls, daß der Warschauer Pakt diese Darstellung der NATO über das militärische Kräfteverhältnis nicht anerkennt. Ebenso sicher ist, daß der WP nicht bereit sein wird, auf dem Verhandlungsweg einseitigen Abrüstungsmaßnahmen zuzustimmen, also eine (wie immer man die Dinge auch sehen will!) Verschlechterung des Kräfteverhältnisses hinzunehmen. Und dies schon gar nicht in einer Situation, wo die NATO kurzfristig die Fähigkeit anstrebt, mit ‚konventionellen' Waffen vernichtende Angriffsschläge in die Tiefe des östlichen Territoriums führen zu können.

Da der WP nicht einseitig abrüsten wird, da aber andererseits die SPD davon ausgeht, daß das ‚konventionelle' Kräfteverhältnis in Europa zugunsten der NATO verändert werden muß, bleibt überhaupt keine andere Möglichkeit als die forcierte Aufrüstung des Westens mit ‚konventionellen' Waffen und Systemen. Dem Volk wird man dazu erzählen, daß auch diese Aufrüstung eigentlich nur dem Frieden dient und daß sie ganz konkret darauf abzielt, die Gefahr eines Atomkrieges zu verringern, „die Atomschwelle anzuheben". Vielleicht wird man daraus gar noch ein Verhandlungspäckchen schnüren, um dem Osten wieder einmal den Schwarzen Peter in die Hand zu drücken.

Da die Sowjetunion erwiesenermaßen nicht dazu tendiert, sich an die Wand rüsten zu lassen, wird die von der NATO auch schon ganz ohne Zutun der SPD angestrebte „konventionelle Nachrüstung" auf Seiten des Warschauer Paktes mit „Gegenmaßnahmen" beantwortet werden. Damit wiederum würde der gesamte Argumentationszusammenhang der SPD zusammenfallen, der aus der Herstellung eines „konventionellen Gleichgewichts" die Möglichkeit einer atomaren Abrüstung herzuleiten versucht. Kein Gleichgewicht — die östlichen „Gegenmaßnahmen" verhindern es leider —, also auch keine atomare Abrüstung und keine atomwaffenfreie Zone, kann es dann ohne weiteres heißen. Man hat einmal kräftig an der Rüstungsschraube gedreht, mehr nicht. Die SPD wird dann sagen, daß sie das doch selbstverständlich nicht gewollt habe. Irgendwelche SPIEGEL-Autoren werden sich wieder idiotische Geschichten aus der Schreibmaschine lutschen, in denen Begriffe wie „tragischer Irrtum", „Fehlkalkulation", „unvorhersehbar" und „wider Willen" besonders häufig zu finden sein werden. Und die Friedensbewegung wird wieder einmal ihren mißratenen, aber zweifellos lernfähigen Vater in die Arme schließen können.

Fortsetzung von vorheriger Seite

werden. Es könnte durchaus so sein, daß wir entweder beide Forderungen zugleich oder keine von beiden realisieren können. Daß also die Beseitigung der Atomraketen gar nicht möglich ist, ohne mit dem Kriegsbündnis NATO zu brechen — und ohne zuvor den Massenkonsens aufzubrechen, der heute immerhin noch rund 80% der Bevölkerung positiv zur NATO stehen läßt (Anm. 26).

Die Forderung ,,Raus aus der NATO'' richtet sich an die Regierung der BRD. Sie unterscheidet sich darin grundsätzlich von Formulierungen wie ,,Auflösung der Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt'', die sich in gewohnter Unverbindlichkeit an alle und niemanden richten. Es geht um die Forderung nach einem einseitigen Schritt, der nicht davon abhängig gemacht werden darf, daß gefälligst alle anderen, vor allem aber der militärische Gegner, ihn g l e i c h z e i t i g tun müßten. Die Forderung nach Auflösung der Militärblöcke ist zudem aus einem weiteren Grund problematisch: Die Mitgliedschaft in einem Militärpakt gehört zu den souveränen Rechten jeder Nation. Auf d i e s e r Ebene muß sie letzten Endes auch entschieden werden. Wir können an u n s e r e Regierung die Forderung nach Austritt aus der NATO richten und den Kampf um die Gewinnung einer Mehrheit für diese Forderung eröffnen. Wir können anderen Völkern und Staaten e m p f e h l e n , gleichfalls ihre Militärpakte zu verlassen. Mehr aber auch nicht. Hier gibt es leider in der Friedensbewegung eine traditionelle deutsche Überheblichkeit, die (nun zur Abwechselung einmal mit friedlichen, antimilitaristischen Inhalten) am liebsten die ganze Welt zu ihren eigenen Idealen zwangsbekehren möchte. Da wird dann sogar schon über ,,eine neue europäische Friedensordnung'' räsoniert, während es den Deutschen wohl doch besser anstünde, mit Entwürfen für Neuordnungen Europas die Welt erst einmal zu verschonen. Sie hat sich von den Folgen unseres letzten Neuordnungsversuches noch kaum erholt.



Welt, 5.10.82

SPD: Sicherheit nur in der NATO

Die SPD läßt an ihrer Treue zur NATO keinen Zweifel zu. Da will sie sich von den Rechten wirklich nichts vorwerfen lassen müssen. ,,*Die Bundesrepublik findet Sicherheit nur in Gemeinsamkeit mit ihren Verbündeten. Solänge die Blöcke nicht durch eine europäische Friedensordnung ersetzt werden — und davon sind wir leider weit entfernt — müssen wir fest im Atlantischen Bündnis verankert bleiben.*'' (Anm. 2) ,,*Die Bundesrepublik bleibt politisch und militärisch gebunden in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO. Sie findet ihre Sicherheit nur mit ihren Partnern, mit ihren Verbündeten und nicht ohne sie.*'' (Anm. 3)

Die Militärstrategie der NATO will die SPD freilich ,,weiterentwickeln'', den ,,veränderten Gefahren- und Problembedingungen'' anpassen. Aber auch das geht selbstverständlich nur gemeinsam mit unseren Verbündeten und über die Strukturen der NATO. Bis es soweit ist, muß man von ,,*der beschlossenen Strategie ausgehen, die gültig ist, solange das Bündnis keine neue beschlossen hat.*'' (Anm. 4) Zutreffend merkt der SPD-Rechte und frühere Verteidigungsminister Hans Apel dazu an: ,,*Zwangsläufig sind etwaige Veränderungen der Strategie der NATO nur sehr schrittweise und langsam möglich... Damit wird deutlich, daß auch die jetzt entbrannte Debatte über eine etwaige Veränderung der gültigen NATO-Strategie nur sehr schrittweise und langsam zu Ergebnissen kommen kann. Denn schließlich müssen alle Bündnispartner sich in dieser Strategie wiederfinden, ihre nationale Interessenlage gewahrt sehen.*'' (Anm. 5) Optimisten wie SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz meinen immerhin, daß schon ,,in einem halben Jahrzehnt'', also in etwa 5 Jahren, ein Wandel in der NATO-Strategie eintreten könnte. (Anm. 6) Dann befänden wir uns im Jahre 1989, und selbst unter der rein hypothetischen Voraussetzung, daß sich die NATO dann geschlossen und konsequent auf die strategische Konzeption der SPD festlegen würde, müßte man für die p r a k t i s c h e Umstellung auf die neue Strategie als Minimum weitere 10 Jahre veranschlagen, so daß wir ungefähr ans Jahr 2000 herankommen würden. (Anm. 7)

Unabhängig also von einer Bewertung der strategischen Vorschläge der SPD, die in diesem Zusammenhang nicht vorgenommen werden soll, bleibt das Dilemma, daß das Bekenntnis der SPD zur NATO mindestens bis zum Jahr 2000 die Inkaufnahme eines Zustands voraussetzt, der von vielen maßgeblichen Sozialdemokraten als extrem gefährlich und unakzeptabel bezeichnet wird. Eines Zustands nämlich, der für die Bundesrepublik das größte überhaupt nur denkbare Sicherheitsrisiko bedeutet. Das gern gebrachte Argument, immerhin habe die NATO 39 Jahre lang einen Krieg in Mitteleuropa verhindert, habe sich also bewährt, darf man getrost als läppisch und belanglos vergessen: Immerhin lagen zwischen dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 und dem 1. Weltkrieg sogar 43 Friedensjahre, ohne daß man dies nachträglich als Argument dafür ansehen wird, daß die deutsche Politik in jenem Zeitraum vernünftig und friedenssichernd gewesen sei.

Das Bekenntnis zur NATO wird in der SPD nahezu ausnahmslos von allen maßgeblichen Politikern geteilt. Der einzige namhafte Sozialdemokrat, der ein Verlassen der NATO zu thematisieren wagte, ist Oskar Lafontaine. Er tat das auf dem Juso-Kongreß im März 1983, und alle bekannten SPD-Linken distanzierten sich sofort von seiner Position. Dabei hatte Lafontaine noch nicht einmal wirklich für einen Austritt aus der NATO plädiert, sondern lediglich gesagt, daß die NATO an bestimmte ,,Geschäftsgrundlagen'' gebunden sei. Wenn diese weiterhin durch die USA in Frage gestellt würden, könne es notwendig werden, über einen Austritt der BRD aus dem Bündnis nachzudenken. (Anm. 8)

Daß Lafontaine mit dieser Position allein blieb und daß sehr schnell von einem ,,M i ß v e r s t ä n d n i s'' die Rede war (Anm. 9), demonstriert nachdrücklich, daß das Bekenntnis der gesamten SPD zur NATO in der Praxis b e d i n g u n g s l o s ist. Verbal würde dies von den meisten SPD-Politikern vermutlich bestritten. Realpolitisch betreiben sie aber nichts anderes als eine totale Auslieferung an die Militärstrategie des Bündnisses. Denn die Annahme, die BRD könne in letzter Sekunde doch noch schnell vom Zug abspringen, falls die NATO ,,wahnsinnig'' genug ist, einen Krieg mit dem Warschauer Pakt wirklich zu riskieren, kann noch nicht einmal als bodenlose Naivität beschönigt werden.

„Friedensforscher": Umbau der NATO

Neben der offiziellen SPD und mit erheblich größerer Wirkung in die Friedensbewegung hinein sind die bekannten ,,Friedensforscher'' zu nennen, die der SPD zum Verwechseln nahestehen, aber doch den Schein einer Unabhängigkeit zu wahren versuchen. Zentrum solcher Bemühungen ist die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung — jene Stiftung, deren finanzielle Förderung durch die Landesregierung die Grünen tatsächlich als Erfolg i h r e r Realpolitik gründlich mißverstanden haben. Publikationen der Stiftung oder ihr nahestehender Persönlichkeiten bemühen sich mal um die Verharmlosung der Startbahn West (sie diene nicht militärstrategischen Absichten) und mal um den Abbau von Feindbildern ... gegenüber der Politik der Reagan-Regierung. (Anm. 10) Dennoch sollte ihr Einfluß auf Teile des sogenannten ,,unabhängigen Spektrums'' in der Friedensbewegung nicht unterschätzt werden: In der Gleichsetzung von ,,Ost und West'', in der realpolitischen Beschränktheit auf das angeblich Machbare spricht man oft die gleiche Sprache.

Ein Papier der ,,Arbeitsgruppe westeuropäische Friedenspolitik am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin'' nennt folgende Argumente gegen einen NATO-Austritt der BRD, bzw. richtiger gegen die Forderung nach dem Austritt (Anm. 11):

1) ,,*Ein Abkoppeln von den USA stößt für die Bundesrepublik sehr bald an Grenzen, weil die USA ihre ökonomische Überlegenheit dagegen geltend machen würden und aufgrund der weltwirtschaftlichen Verflechtung ein Ausscheren mit zu hohen Kosten belastet wäre.*'' Dieses Argument könnte gegen jeden Schritt der BRD geltend gemacht werden, der nicht in Einklang mit den (militär-)strategischen Interessen und Absichten der USA steht. Substanz des Arguments: lieber draufgehen, als wirtschaftliche Nachteile zu riskieren.

2) Die BRD sei in das westliche Vertragssystem so eingebunden, ,,*daß ein Abkoppeln die 'geliehene' Souveränität des westdeutschen Staates erweisen und seine Existenzgrundlage infrage stellen würde.*'' Die Existenz der BRD sei praktisch an ihre Integration in die NATO gebunden. Insofern könne die BRD eigentlich überhaupt nicht aus der NATO austreten. Nicht machbar... Aber was w ü r d e wohl passieren, wenn wir es trotzdem täten?

3) ,,*Es kann keine erfolgversprechende friedenspolitische Perspektive sein, sich primär auf ein Abkoppeln der BRD von den USA zu konzentrieren, weil diese Perspektive in der bundesdeutschen Bevölkerung keine Mehrheit finden würde.*'' Als Zustandsbeschreibung ist das zutreffend, aber angesichts des mit einer Mitgliedschaft in der NATO verbundenen katastrophalen Risikos nicht sehr überzeugend als Argument gegen das Aufstellen der Austrittsforderung, sondern eher ein Grund mehr, den Kampf um eine neue Mehrheit aufzunehmen.

4) ,,*Ein Abkoppeln der BRD von den USA schwächt die Möglichkeiten, auf die amerikanische Politik der verschärften Konfrontation im Ost-West-Konflikt mäßigend Einfluß zu nehmen, stärkt stattdessen nationalistische und militaristische Tendenzen in Westeuropa und ist daher nicht wünschenswert.*'' ,,*Ein Abkoppeln würde bedeuten, sich der Chance einer Einflußnahme auf die Politik der NATO zu berauben, und würde zusätzlich bedeuten, an die Stelle des Blockmilitarismus der NATO einen ungebremsten Militarismus der USA sowie lauter kleine europäische Nationalmilitarismen zu setzen, was zu einer deutlichen Ausweitung der Konfliktfronten und damit der potentiellen Kriegsgefahr führen würde.*''

Das ist eines jener klügeren Argumente von sozialdemokratischer Seite, die ihren Eindruck auch bei linken Teilen der Friedensbewegung nicht verfehlen. Falsch ist es aber trotzdem. Um die Sowjetunion herauszufordern und militärisch zu ,,stellen'', brauchen die Großmächte des Westens einen Kriegspakt. Eine von den USA ,,abgekoppelte'' Bundesrepublik wäre möglicherweise ein Tummelplatz für nationalistische Schreihälse, aber mit Sicherheit kein militärisches Risiko für die Sowjetunion. Weil das so ist, haben auch die radikalsten rechten Scharfmacher um F. J. Strauß immer betont, daß erstens ein ,,starkes (West-)Europa'' und zweitens die atlantische Allianz mit den USA Grundbedingung deutscher Großmachtpolitik sein muß.

Auf der anderen Seite gilt auch für die USA, daß sie die Sowjetunion nur dann global herausfordern können, wenn sie mit einem Kriegspakt operieren können, der Westeuropa als Partner und Aufmarschraum sichert.

Im übrigen wird sich jeder Beobachter des Zeitgeschehens selbst ein Bild davon machen können, ob von der NATO ein ,,m ä ß i g e n d e r Einfluß'' auf ihre Mitglieder ausgeht. Stichworte beispielsweise Vietnam, Grenada, Falkland. Eher scheint es so, als gäbe die Mitgliedschaft in der NATO den Großmächten eine Rückendeckung, Kriege auch im Alleingang zu führen, die in der NATO nicht unbedingt Konsens sind, aber die de facto doch kollektiv gegen die Sowjetunion abgeschirmt werden.

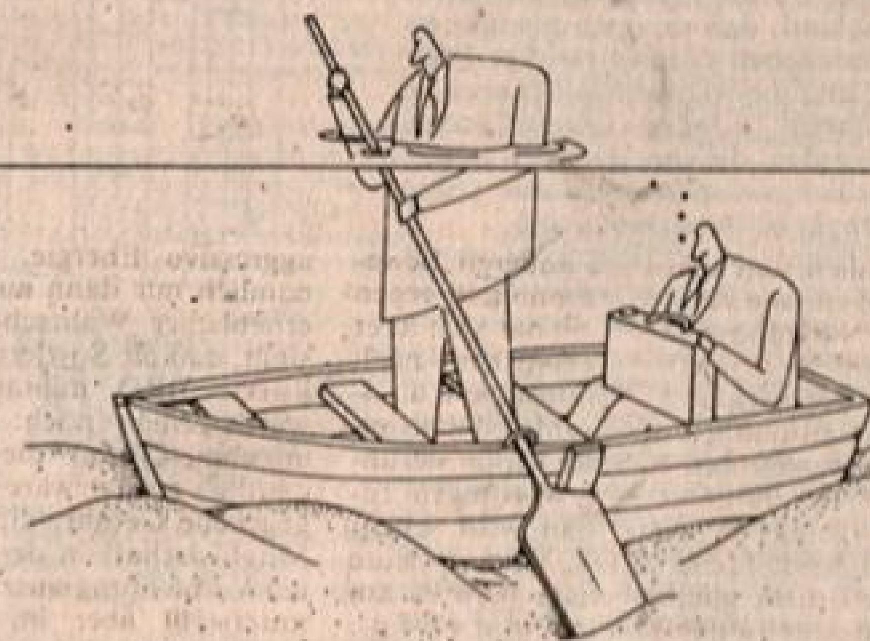
5) ,,*Ein Abkoppeln allein der Bundesrepublik ist auch unabhängig von der Haltung der USA hierzu nicht möglich, weil ein solcher Schritt wegen einer Wiederbelebung der 'deutschen Frage' auf den erbitterten Widerstand sämtlicher westeuropäischen Staaten stieße.*'' Das ist gleichfalls eines von den Argumenten, die bei manchen Linken Zustimmung finden. Das Problem ist real vorhanden, aber die Verknüpfung von NATO-Austritt und ,,deutscher Frage'' ist alles andere als zwangsläufig. Im Gegenteil war es immer die Position der CDU/CSU, die NATO als Hebel zu benutzen, um zum geeigneten Zeitpunkt an die ,,deutsche Frage'' heranzukommen und sich einen beherrschenden ökonomischen Einfluß auf ein ,,befreites'', ,,entsowjetisiertes'' Osteuropa zu sichern. Die Möglichkeiten des deutschen Großkapitals, die ,,deutsche Frage'' aufzuwerfen, sind zwar objektiv vermutlich so oder so gleich Null, aber von einer hochgerüsteten BRD im Rahmen der NATO gehen mehr Gefahren aus als von einer ,,abgekoppelten'' und atomwaffenfrei gemachten.

6) ,,*Ein militärisches Abkoppeln der BRD von den USA wird mit der Schwierigkeit konfrontiert, daß dies eine eigenständige Militärmacht Westeuropas und eine forcierte Aufrüstung bedeuten würde, die politisch in Westeuropa keine Unterstützung fände und zudem ökonomisch untragbar wäre.*'' Dieser Einwand erledigt sich durch den Hinweis auf die politische und ökonomische Undurchführbarkeit selbst. Abgesehen davon, daß zwischen dem Austritt der BRD aus der NATO und einer ,,Militärmacht Westeuropa'' kein zwangsläufiger Zusammenhang besteht, wirken die Warnungen vor einer ,,forcierten Aufrüstung'' wenig sinnvoll, wenn man weiß, daß die westeuropäischen Großmächte mit ihrem Rüstungsaufwand ohnehin schon an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit in Friedenszeiten gegangen sind. Und wenn man außerdem bedenkt, daß es gerade die USA sind, die noch höhere Rüstungsausgaben von ihren europäischen Partnern abfordern. Es bleibt als einziger, allerdings sehr wichtiger und bedenklicher Punkt, daß eine ,,abgekoppelte'' BRD eigene Atomwaffen produzieren könnte. In diesem Fall wäre es aber gar nicht so unwahrscheinlich, daß sich der Westen und die Sowjetunion zu einer gemeinsamen Aktivität aufraffen. Außerdem läßt sich dieses hypothetische Risiko nicht gegen das r e a l e Risiko ausspielen, das heute in der NATO-Mitgliedschaft der BRD und in der Einbindung in offensive Militärstrategien besteht.

7) ,,*Ein Abkoppeln der BRD stößt auf den Widerstand der Sowjetunion, weil es deren Bedrohung verstärkt; zudem würde die Sowjetunion zu einer verschärften Einbindung der osteuropäischen Staaten in ihr Allianzsystem veranlaßt werden, was zu einer friedenspolitisch nicht wünschbaren Spannungszunahme führen würde.*'' Dieses Argument bildet einen interessanten Kontrapunkt zu der üblichen These der SPD, daß nur die Mitgliedschaft in der NATO uns vor einem sowjetischen Überfall bewahren kann.

Faßt man die zitierten Argumente zusammen, so ergibt sich: Mitglied in der NATO sind wir nicht uns selbst zuliebe, sondern erstens, weil es gar nicht anders geht, und zweitens der Sowjetunion und unseren westlichen Verbündeten zu Gefallen. Es ist schön, daß hier durch die Hintertür auch einmal die sowjetischen Sicherheitsinteressen als Argument ins Spiel gebracht werden, aber angesichts des r e a l e n Risikos, das die BRD heute als Aufmarschgebiet und Atombasis der NATO darstellt, vielleicht doch allzu frivol, um nicht zu sagen zynisch.

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Im Wesentlichen sind durch das hier zitierte Papier alle Argumente aus dem Kreis der „Friedensforscher" aufgezählt. Übereinstimmend gehen sie im allgemeinen von der These aus, daß das Problem der Militärblöcke nur durch schrittweise, kollektive Prozesse beider Seiten lösbar sei, während der Schritt eines einzelnen Staates, insbesondere der BRD, zur Verunsicherung und Situationsverschärfung in West und Ost führen würde. Das Stichwort ist die berühmte „Sicherheitspartnerschaft", d.h. zwischen NATO und Warschauer Pakt soll ein Prozeß der Annäherung und Vertrauensbildung in Gang gebracht werden, der dann eines ebenso schönen wie fernen Tages beide Pakte überflüssig machen könnte. Das zweite zentrale Argument, das auch in den grün-alternativen und linken Zusammenhängen eine große Rolle spielt, ist die Machbarkeit. Da ein Austritt aus der NATO nicht mehrheitsfähig sei, dürfe man ihn heute gar nicht erst fordern, sondern müsse sich auf einen „Umbau" (Anm. 12) der NATO einlassen, d.h. auf eine „defensive Umrüstung", die der NATO angeblich alle gefährlichen Stacheln ziehen soll. Daß dies Konzept wirklich realitätsbezogener und durchsetzungsfähiger ist als ein Austritt aus der NATO, muß bezweifelt werden. Das eine ist, wenn man die heutige Lage zugrunde legt, so unrealistisch und undurchführbar wie das andere. Und von zwei unrealistischen Forderungen ist vielleicht doch noch die die bessere, die politisch eindeutig ist und sich nicht verbal auf faule Kompromisse einläßt, die nur demoralisieren, ohne im geringsten politikfähig zu sein. Wer sich mit Planspielen für eine „defensive Umrüstung" der NATO beschäftigt, findet in den herrschenden Strukturen, die SPD ausdrücklich eingeschlossen, in der Realität keinen Partner (Anm. 13). Er läßt sich also ohne praktischen Nutzen auf die Vorgaben der Herrschenden ein: Gefahr aus dem Osten, Sicherheitsinteressen der Nation, Vorbereitung auf militärische Kriegsführung. (Anm. 14)

DKP: Ein beachtlicher Mangel an Konsequenz

DKP: Ein beachtlicher Mangel an Konsequenz

Da für die DKP der einzige denkbare militärische Gegner der BRD, die Sowjetunion, eine über jeden Zweifel erhabene Friedensmacht ist, kann sie der NATO selbstverständlich keine sicherheitspolitische Nützlichkeit oder gar Notwendigkeit abgewinnen. **„Unser Land hat nur Schaden durch die NATO"**, klagte Parteivorsitzender Herbert Mies auf dem DKP-Parteitag im Januar. Und weiter: *„Es ist ganz natürlich, daß die sicherheitspolitische Diskussion gerade heute eng mit der Diskussion um die NATO-Mitgliedschaft unseres Landes verbunden ist...Unser Land braucht die NATO nicht"*. Der „imperialistische Militärpakt" NATO bedeute **„für unser Land keinen Schutz, sondern eine Gefahr"**. *„Die Kommunisten der Bundesrepublik haben das lebensbedrohende Sicherheitsrisiko einer NATO-Mitgliedschaft von Anfang an klar erkannt...Und wenn es nach uns ginge, würde die Bundesrepublik keinen Augenblick länger diesem Militärblock angehören, der seinem Wesen nach nichts anderes ist als der verlängerte Arm des Pentagon."* (Anm. 15).

Also alles klar? Nein! Zwar lehnt sich die DKP nicht gerade aus dem Fenster, aber dafür gibt es aus dem „KOFAZ-Spektrum" (Anm. 16) entschiedenen Widerspruch gegen eine Austrittskampagne. Vorwiegend agieren dabei Persönlichkeiten, die dafür bekannt sind, daß sie noch niemals einen öffentlichen Dissens mit der DKP hatten, und die wahrscheinlich auch in den nächsten 10 Jahren keinen Dissens haben werden, die aber dennoch selbstverständlich als parteipolitisch völlig unabhängig zu bezeichnen sind.

So mahnt zum Beispiel Gunnar Matthiessen: *„In der gegenwärtigen Situation den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO als zentrale Forderung zu erheben, lenkt von den konkret notwendigen und auch machbaren Aufgaben der Friedensbewegung ab, nämlich die Stationierung zu stoppen. Schon in Anbetracht dessen, daß die Bundesrepublik neben den USA viele führende Positionen in den verschiedensten Ausschüssen der NATO inne hat und den stärksten kontinentalen Anteil im Rahmen der NATO stellt, beinhaltet die Forderung nach Austritt die Auflösung der NATO selbst als einseitigen Schritt. Dies hat weder Chance, bei der Mehrheit der Bevölkerung Zustimmung zu finden, noch politisch durchsetzbar zu sein. Die Problematik der Konfrontation von NATO und Warschauer Vertragsorganisationen wird sich nur im allgemeinen Prozeß politischer und militärischer Entspannung in Europa tatsächlich lösen lassen, unter Einbeziehung der USA, die von ihrem Aggressionskurs abgebracht werden muß. Aus der realen Politik läßt sich nicht einfach 'aussteigen'"*. (Anm. 17).

Mechthild Jansen ruft zur Rücksichtnahme auf die Bündnispartner auf: *„Um ein solches Ziel zu erreichen"* (die Stationierung der neuen Atomrakten zu stoppen und rückgängig zu machen) *„ist jedoch national und international auch die Einbeziehung derer unerläßlich, die sich selbst auf das westliche Wertebündnis"* (gemeint ist die NATO) *„beziehen und gleichwohl im Rahmen dessen eine Entspannungspolitik anstreben, wie dies beispielsweise für Dänemark, Schweden"* (kein NATO-Mitglied!!) *„Holland, Griechenland und andere gilt, oder innerhalb der Bundesrepublik für Teile der SPD, der CDU, der Kirchen oder anderer. Realistisch betrachtet kann deshalb die so sympathische Forderung nach Auflösung der Blöcke als ein Ergebnis eines dynamischen Prozesses in der Folge vieler anderer Zwischenschritte anfangen."* (Anm. 18).

Besonders schroff und mit unangenehm demagogischen Tönen hat sich die Hamburger DKP im Streit um die NATO-Mitgliedschaft zu Wort gemeldet: *„Teile der Friedensbewegung sind zu der Auffassung gekommen, daß sich der Kriegskurs der NATO nicht stoppen läßt. Sie ziehen sich folglich vor der direkten politischen Auseinandersetzung mit den Stationierern zurück und setzen auf Propaganda statt auf Massenaktionen...Im Vordergrund stehen dann konsequenterweise nicht mehr Massenaktionen, die Klärung von Aktionsformen, die unmittelbar handlungsmäßige Konfrontation mit den Stationierern, sondern Fragen nach dem Forderungskatalog der Bewegung (‚Minimalkonsens'), den politischen Endzielen und der propagandistischen Zuspitzung von Losungen (‚Raus aus der NATO!' usw.). Es werden weitgesteckte Ziele entworfen, die nicht auf konkrete und reale Veränderungen abzielen"* (der Austritt aus der NATO wäre keine konkrete und reale Veränderung?!), *„sondern auf die propagandistische Aufarbeitung von politischen Grundfragen. Wir sind entschieden der Meinung, daß sich die*

steckte Ziele entworfen, die nicht auf konkrete und reale Veränderungen abzielen" (der Austritt aus der NATO wäre keine konkrete und reale Veränderung?!), *„sondern auf die propagandistische Aufarbeitung von politischen Grundfragen. Wir sind entschieden der Meinung, daß sich die*

Friedensbewegung nicht auf ein platonisches Propagandaunternehmen reduzieren lassen darf. Sie darf nicht vor dem politischen und ideologischen Druck des Gegners zurückweichen und auf die Durchsetzung ihrer Ziele verzichten." (Anm. 19). Schwielige Faust kontra intellektuelle Spinner und Träumer. Politikfähige Aktion und durchsetzbare Forderungen kontra platonische Utopien. Oder auch: der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach. Das Sprichwort enthält viel Richtiges. Nur paßt es auf den konkreten Fall überhaupt nicht, weil der Spatz (Verhinderung der „Nachrüstung") keineswegs in der Hand ist, sondern ebenso weit entfernt wie die Taube (NATO-Austritt). Die beliebte Strategie der DKP, Kampagnen auf bestimmte Einzelforderungen zu konzentrieren und zu reduzieren, mag manchmal ihren Zweck erfüllen. Im konkreten Fall, im Kampf gegen die „Nachrüstung", hat sie bereits versagt. Man kann diese Tatsache ruhig noch ein paar Monate bestreiten (Motto „Jetzt geht der Kampf erst richtig los" und "Wir werden immer stärker"), aber ewig läßt sich das auch nicht praktizieren. (Anm. 27).

Wo liegen die tieferen Probleme der DKP mit der Austrittsforderung? An erster Stelle unter den Gründen steht vermutlich die Angst vor einer Polarisierung der Friedensbewegung an dieser Frage, insbesondere vor Auseinandersetzungen mit der SPD. Die Bündnisstrategie der DKP schließt es absolut aus, sich in einer Kampagne auf Konfrontation mit den Sozialdemokraten einzulassen. Die DKP wird immer wieder „das Gemeinsame" betonen und „das Trennende" in den Bereich unverbindlicher Diskussion nach Tisch verbannen wollen. Und über den Austritt aus der NATO ist derzeit, soviel steht wirklich fest, mit Sozialdemokraten nicht zu reden. — Ein zweiter Grund liegt darin, daß die DKP in der Forderung nach Austritt aus der NATO einen von vielen Punkten sieht, an denen der ängstlich gehegte „Minimalkonsens" gefährdet werden könnte. Dieser „Minimalkonsens" ist der DKP nicht nur aus bündnispolitischen Rücksichtnahmen lieb und teuer, sondern auch aus einem egoistischen Grund: die DKP sieht die Gefahr einer Spaltung der Friedensbewegung an den Fragen ‚sowjetische Rüstung' und ‚unabhängige Friedenspolitik in Osteuropa'. Der Hintergedanke mag dabei vielleicht auch sein: „Wir, die DKP, ersparen euch, den Sozialdemokraten, Debatten um die NATO. Erspart ihr uns dafür Debatten um den Warschauer Pakt."

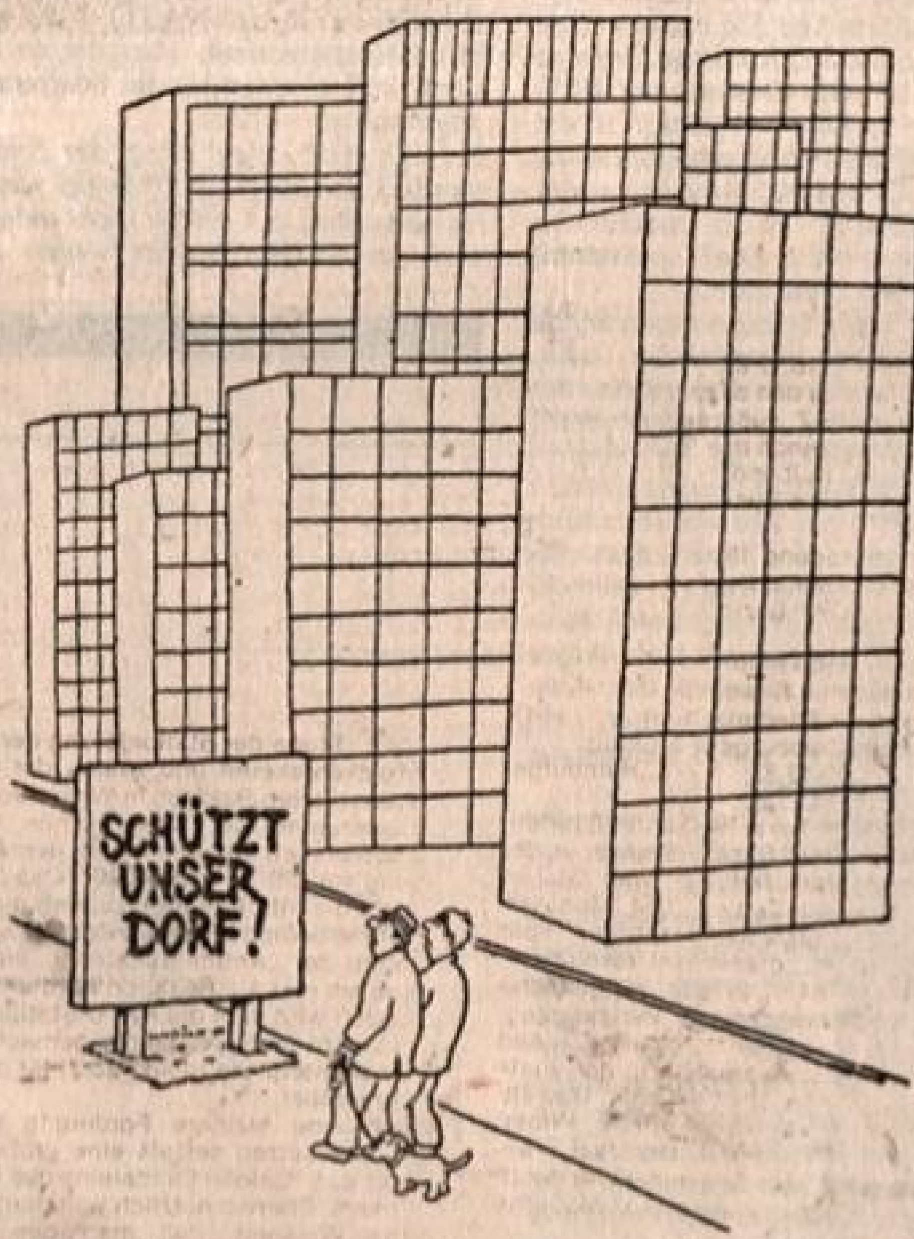
Die Grünen: Nur ein fauler Kompromiß

Die Grünen hätten sich „einhellig für den NATO-Austritt" entschieden, war nach dem Duisburger Parteitag (18.-20.11.83) in jener Presse zu lesen, die es sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, eine permanente Linksentwicklung

Kompromiß

Die Grünen hätten sich „einhellig für den NATO-Austritt" entschieden, war nach dem Duisburger Parteitag (18.-20.11.83) in jener Presse zu lesen, die es sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, eine permanente Linksentwicklung

der Grünen Partei herbeizulügen. Daß manche rechten Schreiber gern dem gleichen Irrtum aufsaßen, macht die Sache auch nicht viel besser. Man muß die in Duisburg beschlossene Formulierung schon im vollständigen Wortlaut und ruhig mehrmals lesen, um die Feinheiten wahrzunehmen: *"...Das Leben der Menschen in Mitteleuropa kann nur durch eine praktische Politik der Souveränität und Selbstbestimmung — durch Emanzipation von den beiden Supermächten USA und Sowjetunion — erhalten werden. Weder die Bundesrepublik noch irgendein anderes Land darf ein Opfer der Macht- und Interventionspolitik der Großmächte sein. Die Erarbeitung von Schritten, die die Auflösung beider Militärblöcke zum Ziel haben, ist dringender denn je. Wir müssen raus aus der NATO."* (Anm. 20)



Lassen wir das dumpfe Geschwätz über Supermächte und Opfer einmal ausser acht, so bleibt als Tatsache: der Text enthält einen Formelkompromiß zwischen denjenigen, die wirklich einen Austritt aus der NATO fordern wollen, und denjenigen, die sich auf die unverbindliche „Auflösung der Blöcke" zurückziehen. Im Zusammenhang der Aussagen liegt die Interpretation nahe — ohne jedoch eindeutig zwingend zu sein — daß das „Wir müssen raus aus der NATO" nicht anders als auf dem Weg über eine „Auflösung beider Militärblöcke" angestrebt wird. Daß genau dies zumindest der Hintergedanke war, läßt sich aus dem ursprünglichen Textentwurf erahnen. Dort lautete der Satz nämlich noch: „Letztlich müssen wir raus aus der NATO". Daß dieses Wort im Verlauf der Debatte gestrichen wurde, macht die Aussage allerdings immer noch nicht sehr viel eindeutiger.

Da es sich um eine zentrale politische Frage handelt, ist die Sache in der Grünen Partei kein Diskussionsthema. In einer Partei, die es fertigbrachte, den Konflikt mit General Bastian auf das peinliche Niveau einer Debatte um Strukturen herunterzuzerren, wird man nach kontroversen Diskussionsbeiträgen zum NATO-Austritt vergeblich suchen. Nur brockenweise läßt sich der Dissens aufspüren. Fraktionssprecherin Marie-Luise Beck-Oberdorf beispielsweise findet selbst die beschlossene Formulierung noch zu eindeutig anti-NATO und befürchtet eine Isolierung der Grünen. Auch Bundestagsnachrücker Jo Müller aus Bremen hält nichts von einem „einseitigen" Austritt aus der NATO. (Anm. 21). Gegner der Forderung nach Austritt aus der NATO sind vermutlich auch viele von den sogenannten Realpolitikern und von der kürzlich formierten rechten Fraktion der „Ökolibertären".

Der „realpolitische" Ansatz ist eines der wichtigsten Motive hinter den Vorbehalten vieler Grüner gegen die Austrittsforderung: Was in absehbarer Zeit nicht mit der SPD gemeinsam durchsetzbar ist, verlangt man am besten gar nicht erst. Lieber entwirft man „Zwischenlösungen", die zwar gleichfalls nicht durchsetzbar sind, aber die sich wenigstens schön konstruktiv und sachbezogen anhören, wie etwa die „alternative Verteidigung".

trittsforderung: Was in absehbarer Zeit nicht mit der SPD gemeinsam durchsetzbar ist, verlangt man am besten gar nicht erst. Lieber entwirft man „Zwischenlösungen", die zwar gleichfalls nicht durchsetzbar sind, aber die sich wenigstens schön konstruktiv und sachbezogen anhören, wie etwa die „alternative Verteidigung".

Ein zweites Motiv scheint zu sein, daß viele Grüne im tiefsten Inneren noch an eine militärische Bedrohung durch die Sowjetunion glauben. Der NATO kommt dadurch eine Schutzfunktion zu, und die Forderung nach einem „einseitigen" Austritt produziert Ängste. Diese Ängste, die sich bequem als die der Bevölkerung ausgeben lassen (worauf man Rücksicht zu nehmen habe), sind in Wahrheit wohl auch die Ängste vieler Grüner selbst. Die gleichen Ängste zeigen sich darin, daß die Grünen ihre Forderung nach „einseitigen" Abrüstungsschritten der BRD unmittelbar mit der Forderung an die Sowjetunion verbinden, dann müsse sie aber auch „einseitig" abrüsten. Eine bemerkenswert surrealistische Verwandlung des Begriffs „Einseitigkeit"!

Fazit: Für eine Austritts-Kampagne ist mit den Grünen als Partei bis auf Weiteres nicht zu rechnen. Eher wird es so sein, daß die Grünen sich demnächst mit Konzepten für eine „gesamteuropäische Friedensordnung" beschäftigen werden, die praktisch so wenig realistisch sind wie die Forderung nach dem Austritt aus der NATO, aber dafür den unangenehmen Beigeschmack haben, daß wir wieder einmal für ganz Europa planen wollen.

„Unabhängige": Antimilitaristen kontra Antiimperialisten

Der Titel „Unabhängige" hat durch die Spaltung der baden-württembergischen Friedensbewegung in letzter Zeit einen verlogenen Klang bekommen: dort scheint Ausgrenzung der DKP das einzige Kriterium für Unabhängigkeit zu sein, so daß sich plötzlich sogar die Jusos und der SPD sehr nahestehende kirchliche Kreise als Unabhängige präsentieren. Im bisherigen Sinn verstanden meint der Begriff aber den Teil, der sich selbst als radikalen Flügel der Friedensbewegung versteht. Dazu gehören prinzipiell Gewaltfreie ebenso wie andere Strömungen, die die Frage der Gewalt in erster Linie unter dem Aspekt der Angemessenheit und Zweckmäßigkeit behandeln. Der Versuch, die „Unabhängigen" als Gegenpol in der Friedensbewegung gegen die Vorherrschaft der „Traditionellen" (SPD, DKP, etablierte Kirchenkreise) aufzubauen, stand daher schon 1983 auf wackeligen Beinen. Das Bündnis kam überhaupt nur zustande, weil sich die radikalen Linken den Total-Gewaltfreien weitgehend unterwarfen und weil in der Praxis auch die radikalen Linken militante Aktionen früheren Stils in der gegebenen Situation nicht für zweckmäßig hielten.

Der schon 1983 tendenziell angelegte Konflikt im Block der „Unabhängigen" hat sich nach Abschluß der Herbstaktionen und Stationierungsbeginn erheblich verschärft. Für diesen Konflikt sind die Etiketten „Antimilitaristen" und „Antiimperialisten" gebräuchlich geworden. Sie verwirren mehr als sie erklären, aber der Bequemlichkeit halber werden sie hier beibehalten. Da der Streit wesentliche Bedeutung für die Frage hat, welcher Beitrag von den „Unabhängigen" zu einer Austritts-Kampagne zu erwarten ist, soll er hier kurz dargestellt werden: Die „Antimilitaristen" wollen die Sowjetunion und den Warschauer Pakt ebenso oder ähnlich zum Gegenstand der Kritik machen wie die NATO. Eine „einseitige" Verurteilung der NATO lehnen sie ab. Jedoch gibt es bei den „Antimilitaristen" unterschiedliche Ansichten darüber, ob die aktuelle Kriegsgefahr vor allem von der NATO ausgeht, oder ob sie in annähernd gleicher Weise auch vom Warschauer Pakt ausgeht. (Anm. 22). Die „Antiimperialisten" befürworten im Gegensatz dazu einen erklärtermaßen „einseitigen" und „unausgewogenen" Kampf gegen die NATO und deren militärstrategischen Absichten. (Anm.23). Der Konflikt wird vor allem von den „Antimilitaristen" als Prinzipienfrage betrachtet und von Einzelnen bis zu Exkommunikations-Drohungen gegen die „Antiimperialisten" zugespitzt (Anm. 24).

Die Auswirkungen könnten verhängnisvoll werden:

1.) Die „Unabhängigen", ohnehin in der Friedensbewegung bisher nur Minderheit, würden durch eine Auflösung in zwei kontroverse Flügel weiter geschwächt und drohen, jede Handlungsfähigkeit gegenüber dem „traditionellen Spektrum" zu verlieren. Denn die „antimilitaristische" Ausrichtung ist im vielfarbigen Spektrum der „Unabhängigen" mit Sicherheit nicht konsensfähig. Ob sie wenigstens mehrheitsfähig ist, müßte sich erst noch zeigen.

schwächt und drohen, jede Handlungsfähigkeit gegenüber dem „traditionellen Spektrum" zu verlieren. Denn die „antimilitaristische" Ausrichtung ist im vielfarbigen Spektrum der „Unabhängigen" mit Sicherheit nicht konsensfähig. Ob sie wenigstens mehrheitsfähig ist, müßte sich erst noch zeigen.

Man kann den „Antimilitaristen" aber nicht raten, die Probe aufs Exempel zu machen: der Versuch, eine der streitenden Richtungen per Mehrheitsbeschluß zur richtigen zu krönen, würde wahrscheinlich das ohnehin schon angeknackste Bündnis zwischen den Flügeln der „Unabhängigen" sprengen. Die Frage kann also nur als Dissens offengehalten werden. Das aber bedeutet, daß die „Unabhängigen" in einem entscheidenden Punkt der Auseinandersetzung mit dem „traditionellen Spektrum" keine gemeinsame Position haben.

2.) Konsequent weiter betrieben, scheint eine institutionalisierte Spaltung der Friedensbewegung an dieser Frage kaum noch vermeidbar. Die vollzogene Spaltung in Baden-Württemberg ist dafür ein Indiz, der Austritt von Kelly und Bastian aus der Krefelder Initiative ist ein anderes. Formelkompromisse, mit denen in Wahrheit keine Seite besonders gut leben kann, wie auf der letzten Gesamtkonferenz der Friedensbewegung in Köln (Anm. 25), bieten nur noch Galgenfristen.

Spaltung der Friedensbewegung muß nicht unbedingt verkehrt sein. Es käme auf die Umstände und die Inhalte an. Die Spaltung jedoch, die hier angebahnt wird, kann vom Standpunkt der Linken nur als Katastrophe interpretiert werden. Die Spaltung käme an einem Punkt zustande, wo völlig falsche Frontenbildung droht. Nämlich nicht an der Radikalität, mit der wir uns hier gegen Kriegsrüstung und Kriegsrüster wenden, sondern ausschließlich an der Härte und den Argumenten, mit denen der militärische Hauptgegner der NATO kritisiert wird. Das schafft ungeahnte neue Koalitionen, denn dieser Streit verläuft quer zu den bisherigen Konflikten in der Friedensbewegung. Die „Antiimperialisten" sehen sich plötzlich an die Seite der DKP genötigt, was weder ihren Intentionen noch ihrem Politikverständnis entspricht. Dafür finden sich die „Antimilitaristen" wieder in Koalitionen mit der SPD und mit den Freunden einer „alternativen Verteidigung", was gleichfalls sicher nicht ihren Absichten entspricht und mit einem konsequenten Antimilitarismus wenig zu tun hat.

Auf dieser Basis wird sich eine gemeinsame Anti-NATO-Kampagne nur bedingt führen lassen. Es kommt er-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

schwerend und komplizierend hinzu, daß die Forderung des Austritts aus der NATO auch bei den ,,Unabhängigen'' umstritten ist, und zwar nicht einfach entsprechend dem groben Schema ,,Antimilitaristen'' — ,,Antiimperialisten'', sondern zum Teil auch quer zu dieser Frontenbildung: Es gibt ,,Antimilitaristen'', die einer Austrittskampagne zumindest nicht abgeneigt sind, und es gibt andererseits ,,Antiimperialisten'', die eine Kampagne unter der Austritts-Forderung für uninteressant, für nicht radikal und weitgehend genug, oder sogar für gefährlich halten.

Unter den von links vorgebrachten Argumenten gegen eine Austritts-Kampagne stehen an erster Stelle Bedenken, in welche Richtung sich eine aus der NATO ausgebrochene BRD vielleicht entwickeln könnte. Beschworen wird die Gefahr, daß die BRD unter solchen Bedingungen e r s t r e c h t aggressiv und militaristisch sein könnte, daß sie Atomwaffen erwerben und/oder produzieren könnte, daß sich ein neuer europäischer Kriegspakt bilden könnte, der noch stärker auf militärische Konfrontation drängt als die NATO es heute schon tut.

Im Grunde basieren alle diese Einwände auf der klassischen Ideologie des ,,kleineren Übels''. Lieber in der NATO bleiben (und mit reichlich viel Sicherheit weiter dem 3. Weltkrieg zutreiben), als etwas anderes zu riskieren. Denn, das ist der Kern dieser Art von Bedenken: Alles, was nach der NATO kommen könnte, kann nur noch schlimmer sein. Das führt die linken Kritiker einer Austritts-Kampagne letzten Endes wider Willen zurück in den ganz großen nationalen Konsens: Die NATO ist vielleicht (noch?) nicht ideal, aber was wären wir ohne sie?...

In der Politik der Rechten finden die linken Kritiker aber in Wirklichkeit gar keinen Stoff für ihre Bedenken und Warnungen. Es gibt nicht das winzigste Anzeichen, daß die Rechten mit einem NATO-Austritt sympathisieren könnten. Im Gegenteil, niemand schreit lauter und tobt wilder als die CDU/CSU, sobald jemand auch nur vorsichtig anzumerken wagt, daß die NATO-Mitgliedschaft ,,kein Dogma'' sei. Die linken Kritiker verkennen, daß alle Überlegungen und Vorstösse der Rechten für ein politisch geeintes, militärisch starkes Europa immer das ,atlantische Bündnis', d.h. den Kriegspakt mit den USA voraussetzen. Sie übersehen außerdem, daß in der Praxis seit 20 Jahren alle Versuche gescheitert sind, die westeuropäischen Großmächte zu einer politischen und militärischen Sondergemeinschaft, als Gegenpol gegen die dominierende Rolle der USA in der NATO zusammenzuschließen. Dazu sind die Widersprüche einfach zu groß. Die Hypothese, daß sich die westeuropäischen Großmächte außerhalb der NATO mit einer noch aggressiver agierenden BRD (und zwangsläufig unter deren Führung) zu einem separaten Kriegspakt zusammenschließen könnten, entbehrt eines Berührungspunktes mit der Realität. Zum Teil haben diese abenteuerlichen Szenarien, die gegen einen NATO-Austritt konstruiert werden, auch schon etwas allzu eifrig hergesuchtes. So, als hätte jemand krampfhaft nach linken Argumenten gesucht, um seine eher von r e c h t s gespeisten Ängste vor einem Austritt nicht formulieren zu müssen.

Im übrigen führt die Frage ,,Was wäre wenn?'' nicht sehr weit. Der Austritt aus der NATO steht als praktischer Schritt zweifellos in absehbarer Zeit nicht auf der Tagesordnung, und sich für einen solchen Schritt heute schon genau Szenarien auszumalen, womöglich gleich noch ,,Zwischenschritte'' und andere konstruktive Spielereien zu entwickeln, ist spekulativ und unzweckmäßig. Die Frage ist h e u t e in erster Linie: Ist eine Austritts-Kampagne sinnvoll? Was wären ihre Wirkungen? Enthält sie Gefahren, von rechts instrumentalisiert und integriert zu werden? Wenn die Frage so gestellt wird, kann man sie hinreichend sicher mit einem klaren NEIN beantworten. Gerade die Tatsache, daß diese Forderung in der politischen Landschaft der BRD absolut unrealistisch ist und daß wir dabei ca. 80% der Bevölkerung gegen uns haben, weist darauf hin, daß wir es mit einem Kernstück der herrschenden Macht und der herrschenden Ideologie zu tun haben. Die Forderung polarisiert die Debatte, bis tief hinein in die Friedensbewegung. Ja, genau das ist Zweck und Absicht.

Kt., Hamburg

Anmerkungen

1) Eine bequeme, für antimilitaristische Arbeit sehr gut geeignete Übersicht über Atomkriegspläne der USA aus der Zeit der NATO-Gründung bietet das Taschenbuch „Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?" aus dem Pahl-Rugenstein-Verlag, erschienen 1980. Dokumentiert werden zum Teil äußerst detaillierte strategische Skizzen aus den Jahren 1947-51 (Die NATO wurde 1949 gegründet).
2) Aus den sogenannten „Handreichungen" der SPD-Bundestagsfraktion vom Juni 1983: Eine Art Zusammenfassung und Argumentationshilfe (aber auch -richtlinie!) für die friedenspolitische Debatte im Stationierungsjahr. Abgedruckt u.a. in „Frankfurter Rundschau", 10.6.83).
3) Antrag des SPD-Parteivorstandes vom 30.1.84.
4) wie 3.
5) Hans Apel, „Braucht die NATO eine andere Strategie?" in: „Europäische Wehrkunde" 4/83.
6) Peter Glotz, „Keine Angst vor Wünschen", in: „Spiegel", 26.3.84. „Aber ich bin davon überzeugt: In einem halben Jahrzehnt sind die Dogmen des altatlantischen Kartells so abgetan wie es Anfang der 70er Jahre plötzlich die Auffassungen derer waren, die unter keinen Umständen die DDR oder die Oder-Neiße-Grenze anerkennen wollten".
7) Davon geht offensichtlich auch die SPD aus. In dem erwähnten „Handreichungen"-Papier vom Juni 1983 heißt es: „Da die Kosten einer solchen Umrüstung sehr hoch sind" (gemeint ist die von der SPD befürwortete Ersetzung nuklearer ,taktischer' Waffen durch neue konventionelle Systeme) „und ein neuer konventioneller Rüstungswettlauf zwischen den Blöcken auf jeden Fall vermieden werden muß, kann eine ,Konventionalisierung' der Verteidigungsplanung für Westeuropa nicht allein durch westliche Rüstung, sondern nur in enger Verbindung mit Rüstungskontroll-Fortschritten in Europa erreicht werden. Es kann sich also nur um einen längerfristigen, schrittweisen Prozeß handeln".
8) Die „Welt" gab Lafontaine's Äußerung so wieder: „Es gehe nicht mehr nur darum, die Installierung neuer Mittelstreckenwaffen in Mitteleuropa verhindern zu wollen, sondern letztendlich um die Feststellung, daß ,eine Mitgliedschaft in der NATO' nicht mehr tragbar sei, ,wenn diese NATO uns auf ein Pulverfaß setzt, bei dem die Lunte gleich mitgezündet wird." (29.3.83). Gegenüber der „Tat" drückte sich Lafontaine wenige Tage später etwas diplomatischer aus: „Die Geschäftsgrundlage der NATO ist, daß sie sich als Verteidigungsbündnis versteht. Wenn nunmehr in Amerika in der Reagan-Administration Überlegungen zu einem offiziellen Dokumenten geworden sind (?), die darauf hinauslaufen, einen Atomkrieg für führbar und gewinbar zu halten, ... dann ist die Geschäftsgrundlage für die NATO entfallen ... Das heißt, die Reagan-Administration muß zur Geschäftsgrundlage der NATO zurückkehren." (8.4.83) Inzwischen hat kürzlich der Bremer Unterbezirksvorsitzende Isola eine ähnliche Position wie Lafontaine vertreten: „ ... Es sei gar nicht mehr so sicher, ob man im Verteidigungsbündnis nun mehr Sicherheit bekomme oder ob man sich nicht zusätzlichen Gefahren aussetze. Die NATO könne nur solange sinnvoll sein, wie sie ausschließlich defensiven Charakter habe. Die USA aber seien von der Strategie der atomaren Abschreckung bereits abgerückt und hätten sich auf die Möglichkeit eines gewinnbaren Atomkrieges eingestellt. ,Die Durchsetzung unserer Interessen erscheint mir aber nur dann möglich, wenn wir ernsthaft erwägen, aus der militärischen Integration der NATO auszusteigen', sagte Isola." (,Weser Kurier', 19.3.84) — Die Jusos sind über die nichtssagende Andeutung, die NATO-Mitgliedschaft sei „kein Dogma", noch nicht hinausgekommen.
9) „Vogel sprach von Äußerungen, die ,zu Mißverständnissen Anlaß gegeben' hätten. Lafontaine habe in Oberhausen nur von Möglichkeiten gesprochen, die sich aus einer Änderung der Verteidigungsstrategie ergeben könnten. Vogel sagte: ,Nach meiner Kenntnis gibt es niemanden, der ernsthaft die Mitgliedschaft in der NATO in Zweifel zieht.'' („Welt", 29.3.83).
10) „Feindbilder sind immer potentiell gewalthaltig"; Aufsatz von Bernd Kubbig (Hess. Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung) in der Zeitschrift „Friedensanalysen", nachgedruckt in der „Frankfurter Rundschau", 2.11.83. Gegenstand seiner Polemik ist ein Plakat aus Westberlin, das ausschließlich aus Originalzitaten von US-Politikern und -Militärs bestand. Es handelte sich um Zitate, aus denen besonders grell der Umgang der Reagan-Administration mit Rüstung und Krieg hervorgeht. Kubbig unternahm den undankbaren Versuch, sämtliche Zitate umständlich zu verharmlosen und das gesamte Plakat als gefährliche Feindbild-Produktion zu denunzieren.
11) Der Text ist abgedruckt in dem von Ulrich Albrecht, Johan Galtung u.a. herausgegebenen Buch „Stationierung — und was dann?", Berlin 1983. Ferner nachgedruckt in einem Reader des „Süddeutschen Friedensforums", d.h. jener vorgeblich unabhängigen Kräfte, die kürzlich die Spaltung der Friedensbewegung in Baden-Württemberg vollzogen haben.
12) „Friedensforscher" Johan Galtung, Interview in der „taz" vom 20.12.83. Gemeint ist die Umrüstung auf „Defensivwaffen".
13) Im Zentrum der SPD-Vorschläge steht eine gesteigerte konventionelle Aufrüstung, die mit dem Rogers-Plan mehr zu tun hat als mit gutgemeinten Modellen einer „rein defensiven" Verteidigung. Lediglich auf einer verbalen Ebene werden auch „alternative" Modelle wie das von Afheld in die Diskussion einbezogen. De facto würde das angesichts der Tatsache, daß die BRD in Strukturen und Beschlüsse der NATO eingebunden bleiben soll, überhaupt nichts bedeuten. Außerdem gehen alle Überlegungen der SPD davon aus, daß die neuen konventionellen Waffen die bisherigen nicht einfach plötzlich ersetzen könnten, sondern daß die Ablösung sich als langdauernder Prozeß vollziehen müßte. Praktisch kann man schlußfolgern, daß die SPD-Konzepte noch bis zum Ende des Jahrtausend ein Nebeneinander von nuklearen und konventionellen Waffen zumindest im Mittelstreckenbereich, vermutlich aber sogar im ,taktischen' Bereich vorsehen. Im Ergebnis macht sich die SPD damit zum Anwalt einer **zusätzlichen** konventionellen Aufrüstung **neben** dem vorhandenen atomaren Potential. (Etwas anderes ist die Tatsache, daß ein Großteil der ,taktischen' Atomwaffen heute auch vom Standpunkt radikaler NATO-Militärs aus betrachtet gar nicht mehr zweckmäßig ist. Insofern wird es aus rein militärstrategischen Überlegungen in der Tat eine Reduzierung dieser Systeme vor allem in Mitteleuropa geben, bzw. diese Reduzierung hat schon begonnen. Mit einem defensiven Umbau der NATO hat das nichts zu tun. Zweck ist im Gegenteil eine Steigerung der Fähigkeit der NATO zur Kriegführung).
14) Zum Thema NATO-Mitgliedschaft ferner das unter 12) erwähnte Interview Galtungs; derselbe Autor in „Überleben" 3/1982, nachgedruckt im Reader des Süddeutschen Friedensforums; Dieter Senghaas: „Die Zukunft der Sicherheit Europas", in „Stationierung — und was dann?", nachgedruckt gleichfalls in dem Reader.
15) Bericht des Parteivorstands an den 7. Parteitag der DKP, 6.-8. Januar 1984 in Nürnberg. Berichterstatter Herbert Mies, Vorsitzender der DKP.
16) KOFAZ heißt: Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit. Das KOFAZ hat in der Formierungsphase der Bewegung gegen die „Nachrüstung" vor ein paar Jahren eine zentrale Rolle gespielt. Heute gehört es, ebenso wie beispielsweise die DFU (Deutsche Friedens Union), zu den ausgebrannten Treibsätzen der DKP-Bündnispolitik.
17) G. Matthiessen, „Anregungen zur Diskussion", undatiert (Vermutlich Anfang November 1983). Vom selben Autor mit ähnlichem Titel, aber zu einem etwas späteren Zeitpunkt verfaßt, gibt es auch die „Anmerkungen zur Diskussion"; in diesem Papier bekräftigt er seine Ablehnung der Austritts-Forderung. G. Matthiessen ist einer der wichtigsten Repräsentanten des KOFAZ.
18) Mechthild Jansen, „Friedensbewegung, wie weiter?", in: „Deutsche Volkszeitung", 16.12.83. M. Jansen gehört ebenfalls zu den bekanntesten Sprechern des KOFAZ; außerdem ist sie (ehemalige?) Vorsitzende des SHB (Sozialistischer Hochschulbund) und Vertreterin von „Frauen in die Bundeswehr — wir sagen nein!".
19) „Friedensbewegung 1984: Auf dem Weg zu neuen Massenaktionen?". Herausgegeben vom DKP-Bezirksvorstand Hamburg, undatiert.
20) „Von der Anti-Raketen-Bewegung zur antimilitaristischen Bewegung!"; Erklärung der Grünen zur Friedenspolitik, beschlossen auf dem Duisburger Parteitag.
21) „taz", 22.12.83; „Hamburger Rundschau", 24.11.83.
22) Einige wichtige Texte der „antimilitaristischen" Richtung: Sabine Stamer in der „Deutschen Volkszeitung" vom 24.2.84 und in „Moderne Zeiten" 3/84; Mohssen Massarat in „graswurzel revolution" vom März 84; Lq in „graswurzel revolution" vom Januar 84 („Ist die sowjetische Atombombe berechtigte Verteidigungspolitik?"); Alexander Schubart: „Zu den inhaltlichen Widersprüchen in der unabhängigen Friedensbewegung"; Gewaltfreie Aktion Göttingen: „Aufruhr, Widerstand ... kein Frieden mit dem Staat ... weder in diesem noch in einem anderen Land!"; Siegfried Lehmann in „Moderne Zeiten" 3/84.
23) Diese Kurzvorstellung ist selbstverständlich stark vereinfachend. Wie die beiden Richtungen sich selbst definieren, geht etwas ausführlicher aus dem Konsens-Dissens-Papier hervor, das auf dem Bundeskongreß unabhängiger Friedensgruppen am 21./22. Januar in Frankfurt beschlossen wurde: Dokumentiert im „Arbeiterkampf" vom Februar, S.9.
24) Mohssen Massarat, dessen Stimme unter den „Antimilitaristen" vermutlich Gewicht hat, wirft den „Antiimperialisten" vor, sie würden sich auf eine „militaristische Ebene" begeben, „die jegliche friedenspolitische Perspektive ausschließt. Sie stellen sich dadurch zugleich auch objektiv in Gegensatz zu einer Bewegung, deren Hauptanliegen die Entfaltung einer echten friedenspolitischen Alternative ist." („graswurzel revolution", März 84).
25) Auf der Kölner Friedenskonferenz (11.-12.2.84) wurden zur Sowjetunion/Warschauer Pakt drei unterschiedliche Positionen als Dissens festgehalten. Der Konsens-Teil enthält als Formelkompromiß: „Stopp der Stationierung der Mittelstreckenraketen und Abbau der bereits stationierten Raketen in Westeuropa und Rücknahme der sowjetischen Gegenmaßnahmen bestehend in der Aufstellung von SS 21 und SS 22." Das läßt sowohl die Interpretation zu, daß die Rücknahme bedingungslos gefordert wird (Position der „Antimilitaristen"), wie auch, daß sie erst als Reaktion für den Fall gefordert wird, daß die NATO-Stationierung gestoppt und rückgängig gemacht wird. Diese Interpretation ist auch für die DKP akzeptabel.
26) Daß eine kleinere Forderung leichter durchzusetzen sei als eine größere, gehört zum Kleinen Einmaleins des Realpolitikers. Ebenso nützlich und platt ist die alte Weisheit, daß man den dritten Schritt nicht vor dem ersten tun darf. Manchmal stimmt das. Manchmal auch nicht. Beispiel: Die Forderung „Freiheit für Ernst Thälmann!" war viel geringfügiger als die Forderung „Weg mit Hitler!". Aber dennoch um kein Stück leichter durchsetzbar. Die Wahrheit ist, daß letzten Endes das eine ohne das andere nicht zu haben gewesen wäre. Nicht immer ist „kleine Brötchen backen" der zweckmäßigste Weg, um an die Torte zu kommen. (Das richtet sich selbstverständlich nicht dagegen, konkrete Teilforderungen aufzustellen, sondern nur gegen die **dogmatische** Beschränkung auf solche).
27) Kostprobe gefällig? „Noch hat die Stationierung neuer atomarer US-Erstschlagsraketen auf dem Boden Europas nicht wirklich begonnen" (Der Text ist vom November 1983). „Und ob sie politisch bis ins letzte durchsetzbar sein wird — die Stationierung ist als ein über Jahre dauernder Prozeß geplant — das ist erst recht nicht entschieden. Wie sehr diese Entscheidung zum Bumerang für die NATO-Strategen werden kann, davon haben die Herbstaktionen einen V o r g e s c h m a c k gegeben, der den Stationierern schwerer im Magen liegt, als sie es zugeben. Mit soviel Loyalitätsentzug läßt sich auf Dauer schlecht regieren...

Auf keinen Fall wäre mit der ersten aufgestellten Rakete alles vorbei. I m G e g e n t e i l: Dann beginnt eine Auseinandersetzung um die tatsächliche Realisierung der Stationierungspläne. In dem länger werdenden Prozeß liegen auch Chancen, das nationale wie das internationale Kräfteverhältnis positiv zu beeinflussen, einschließlich der Möglichkeit, die Stationierung rückgängig zu machen." (Corinna Hauswedell-Bading vom Bundesvorstand der DKP-Studentengruppe MSB, in „Rote Blätter" 11/83). D i e Frau als Rednerin auf meiner Beerdigung, und ich stehe sofort von den Toten auf!



„Oswin kennt diese verblüffende Abkürzung!"

Gerhard Bolte

''Raus aus der NATO'' und was dann?

Die NATO ist die mächtigste und gefährlichste Agentur des Imperialismus, die unheilige ,Allianz' der Eingreifer und Aufrüster. Seit einigen Jahren ist sie dabei, die Abschreckungsdoktrin durch offensive Kriegsführungsoptionen (z.B. Direktive 59, Air-Land-Battle, Rogers-Plan) zu ersetzen. Der Herrschaftsanspruch der in der NATO vereinigten imperialistischen Staaten ist so universell wie der Drang des Kapitals nach Verwertung. ,,Die ganze Welt ist Sache der NATO'' (Haig). Die Führungsmacht der NATO, die USA (und neuerdings auch Frankreich), hat sich mit der Rapid Deployment Force ein Mittel geschaffen, um jederzeit und überall in der 3. Welt eingreifen zu können, wo imperialistische Interessen bedroht sind; es ist das erklärte Ziel der US-Globalstrategie, jeden Versuch eines Volkes, sich von der Fuchtel des Kapitals zu befreien, im Keime zu ersticken. Die kompromißlose Kritik der NATO samt der Agitation der Friedensbewegung gegen sie ist also notwendig und überfällig. ,Frieden mit der NATO' darf es nicht geben.

Dennoch stellt sich die Frage, ob es klug ist, eine Kampagne gegen die NATO unter der Forderung ,,BRD raus aus der NATO!'' zu führen.

Sowohl inhaltliche als auch agitatorische Gesichtspunkte sprechen zunächst für diese Forderung. Die NATO ist ein Kernstück der Politik der Herrschenden in der BRD. Keine ihrer Fraktionen stellt die Mitgliedschaft in der NATO ernsthaft in Frage. Wer den Austritt fordert, geht also (auch gegenüber der SPD) an Eingemachte. Die BRD kann ihre derzeitigen imperialistischen Interessen im Rahmen der NATO am besten verwirklichen; andererseits braucht die NATO die BRD als Bollwerk und aggressiven Frontstaat gegen den Warschauer Pakt und als militärische Drehscheibe für Operationen im Nahen Osten und in Nordafrika. Ein Austritt der BRD aus der NATO hätte daher — zumindest vorübergehend — eine militärische Schwächung sowohl der BRD als auch der NATO zur Folge.

Weil dies so ist und weil angesichts des Zustands der Friedensbewegung wie der westdeutschen Linken ein NATO-Austritt ohne Mitwirkung der bürgerlichen Parteien politisch nicht durchsetzbar ist, läßt sich prognostizieren: die BRD wird bis auf weiteres Mitglied der NATO bleiben. Die Forderung ihres Austritts aus der NATO wäre — wie alle Forderungen, die die Friedensbewegung gegenwärtig erhebt — ein bloßes P o s t u l a t. Wenn eine Forderung nicht durchsetzbar ist, gewinnt ihr agitatorisches Moment gegnüber dem inhaltlichen an Gewicht. Weil in der Forderung aber beide Momente vereinigt sind und ihr agitatorischer Wert daher auch vom Inhalt bestimmt wird, kann uns dieser nicht gleichgültig sein (schon gar nicht, wenn wir sie zum Motto einer Kampagne erheben wollen). Und um zu beurteilen, ob die Forderung inhaltlich richtig ist, müssen wir uns mit den möglichen Konsequenzen ihrer Verwirklichung beschäftigen. Dazu begeben wir uns für einen Augenblick in das immer wieder verlockende Reich der Spekulationen.

Unter welchen historischen Voraussetzungen wäre ein Austritt der BRD aus der NATO überhaupt denkbar?

Grundsätzlich kann ich mir zwei (sich gegenseitig ausschließende) geschichtliche Entwicklungen vorstellen, die zum Austritt der BRD aus der NATO führen könnten. Die erste (extrem unwahrscheinliche) dieser Möglichkeiten: Es gelingt der revolutionären Linken zu guter Letzt und im Zuge einer durch eine internationale Wirtschaftskrise hervorgerufenen sozialen Revolution doch noch, die politische Macht zu erobern und zu stabilisieren. Für eine solche BRD, die sich fortan auf dem Weg zum Sozialismus befände, wäre es nur eine logische Konsequenz, aus der NATO auszutreten. Alles wäre in Butter. So etwas schwebt wohl auch den Verfassern des in AK 240 veröffentlichten Aufrufs ,,Kein Frieden mit der NATO'' vor, wenn sie schreiben, *,,daß eine ,NATO-frei-Zone' BRD von ihrer gesellschaftspolitischen Verfaßtheit her anders aussehen wird als das ,zum Krieg drängende' Gesellschaftssystem, mit dem wir heute konfrontiert sind.''* Gegen eine solche Vorstellung läßt sich einzig dies einwenden: Auch bei sorgfältigster Spurenanalyse lassen sich konkrete Anhaltspunkte für eine derartige geschichtliche Tendenz in der gegenwärtigen Gesellschaft der BRD nicht ausmachen.

Die zweite Möglichkeit ist die wahrscheinlichere, obgleich auch sie erdrutschartige politische Veränderungen voraussetzt, freilich nicht — und das ist die spezifische Differenz — grundsätzlicher Natur. Auch eine bürgerliche, kapitalistische BRD könnte aus der NATO austreten, sei es aufgrund eines verschärften innerimperialistischen Konkurrenzkampfes, sei es als Folge eines wiedererstarkenden Nationalismus bzw. Neofaschismus. In diesem Fall wäre mit dem NATO-Austritt nichts gewonnen, denn, ob in der NATO oder nicht, die BRD bliebe eine imperialistische Macht. Mehr noch, sie würde durch den NATO-Austritt erst ein vollständig souveräner Staat werden. Und genau dies fordert ja auch schamlos der nationalistische Flügel der Friedensbewegung. Nicht nur die miliärische Un-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

terstützung der NATO für die BRD würde eingestellt werden, sondern mit der Integration der Bundeswehr in die NATO entfiele auch die Kontrolle der Deutschen durch die anderen NATO-Länder. Die BRD bekäme Zugang zu Waffen, die ihr bislang untersagt waren (Atomwaffen, Flugzeugträger, größere Kriegsschiffe). Gerade die Linke könnte über eine derartige Entwicklung am wenigsten erfreut sein! Daß die Deutschen ihre Finger schon immer und gerade zu Beginn dieses Jahres wieder nach dem „atomaren Abzug'' ausgestreckt haben, war u.a. in AK 243 zu lesen. Ein unabhängiger und (womöglich atomar) hochgerüsteter deutscher Staat mitsamt der unerledigten deutschen Geschichte, dem Revanchismus und den Gebietsforderungen gegenüber den östlichen Nachbarn („Dreigeteilt — Niemals!'') — und ein solcher wäre die BRD dann — ist eine Kriegsgefahr ersten Ranges! Es ist leider blanke Illusion zu glauben, daß ein Abschied von der NATO die BRD automatisch in den Neutralismus führt. Daß die Herrschenden dies als „Gefahr'' immer wieder an die Wand malen, sollte unser Mißtrauen wecken. Genausogut kann sich die Frontstellung der BRD gegen die WVO-Staaten bei einer Unabhängigkeit von der NATO noch verschärfen; man denke nur an die ganz speziell ‚deutsche' Ostpolitik der CDU (Hallstein-Doktrin etc.). Die NATO ihrerseits könnte gelassen im Hintergrund stehen, wenn die Deutschen zum Angriff schritten (und es spricht leider prinzipiell nicht viel, nicht einmal ihre militärische Unterlegenheit, dagegen, daß sie es in diesem Jahrhundert zum dritten Male versuchen könnten) und zu einem ihr genehmen Zeitpunkt in den Krieg eingreifen, um dann „das richtige Schwein'' zu schlachten!

Wie gesagt — dies ist Spekulation.

Wenn aber die einzige halbwegs realistische Aussicht auf einen Austritt der BRD aus der NATO damit umrissen ist, dann muß sich die Linke hüten, Parolen wie „BRD — raus aus der NATO!'' zum Motto ihrer Kampagne zu machen. Der Pferdefuß dieser Parole besteht darin, daß sie den Kampf gegen den Imperialismus, der nur internationalistisch geführt werden kann, auf ein nationales Gleis lenkt — und das auch noch in Deutschland! Damit kann man nicht nur in schlechte Gesellschaft geraten (z.B. bei den ‚Gesamtdeutschen' in der Friedensbewegung, die das arme, bedrohte, als Geisel genommene Deutschland aus den Fängen der ‚Supermächte' befreien wollen), man befördert auch falsches Bewußtsein.

Wenn es wirklich darum geht, die NATO zu schwächen, warum fordert man nicht den Abbau der Bundeswehr und die massenhafte Verweigerung des Dienstes in ihr! Meines Erachtens sollten wir die laufenden KDV-Kampagnen aufgreifen und unterstützen (wobei sie eine klarere Zielrichtung gegen die Bundeswehr und die NATO bekommen müßten), weil sie zu den wenigen Aktionen der Friedensbewegung gehören, die tatsächlich Folgen für den Militärapparat haben. Die Forderung nach einseitiger Abrüstung, Abrüstung ohne Vorbedingungen also, ist zwar wie die nach Austritt aus der NATO ein bloßes Postulat. Aber es ist eine Forderung, die nichts anbrennen läßt, die den Herrschenden in der Agitation genauso unangenehm ist, die nicht auf ‚nationale Lösungen' orientiert und die — würde sie verwirklicht — die NATO ebenfalls schwächen würde. Wenn man schon auf ein Auseinanderbrechen der NATO setzt, warum wird es dann nicht an den tatsächlichen Bruchstellen (Holland, Griechenland, Norwegen, Dänemark) versucht, sondern ausgerechnet dort, wo es am aussichtslosesten ist!

Eine linke Kampagne gegen die NATO hätte den imperialistischen Interventionismus nicht nur an seinen konkreten, aktuellen Erscheinungen, sondern auch an seinen gesellschaftlichen Fundamenten anzugreifen. Die Linke sollte sich nicht verführen lassen, um einer „populären Strategie'' (Aufruf in AK 240, S. 10) willen mit den auch in der Friedensbewegung latent vorhandenen Nationalismen zu kokettieren und damit auf eine konsequent internationalistische, antimilitaristische und antikapitalistische Stoßrichtung zu verzichten. Eine solche Strategie könnte sich am Ende gegen sie selbst kehren.

„Kein Frieden mit der NATO!'' könnte das Leitmotiv einer von internationalistischem Antimilitarismus getragenen Kampagne gegen die NATO sein. Die Parole „BRD — raus aus der NATO!'' erscheint mir aus den genannten Gründen ungeeignet als Motto, kann aber als Teilforderung nicht schaden, wenn der internationalistische Charakter der Kampagne klar ist.

„Wir sind gekommen, dem Militär den Krieg zu erklären''



- Ein Bericht aus der niederländischen Terror-Szene -

Bunker-Beute Teil III

Unsrer lieben Leserschaft, die sich durch die in der Serie „Bunker-Beute'' bisher veröffentlichten Dokumente (vergl. AK 243 und 244) hindurchgefressen hat, dennoch nicht auswanderungswillig ist (wohin auch ...?), sich vielmehr fragt: Wie macht das,ja wie macht das Onkruit nur? — diesem Teil unserer Leserschaft liefern wir nun das Know-how nach. Nachahmung ist empfohlen! Vor allzu enger Anlehnung an's Modell sei jedoch nachdrücklich gewarnt: Aktionen á la Onkruit unter bundesdeutschen Bedingungen würden zu langjährigen Haftstrafen führen — mindestens... Devise ist also: Die Phantasie an die Macht! (Und schon mal leise summen: *Hängt die Generäle/ an Laternenpfähle...*).

Einem kurzen Rückblick auf die Entstehung von Onkruit folgt in unserem Artikel die Darstellung der großen Onkruit-Aktionen: Überfall auf die Kommandostelle für den Einsatz von Militär im Inneren; Publikationen und Ausstellungen der erbeuteten Dokumente; Einbrüche und Raubzüge in Kommandobunker für „Zivilverteidigung'' und des Heeres. Der Artikel schließt mit Auszügen aus einem Gespräch, daß wir in Amsterdam mit Onkruitlern über ihre Arbeitsweise, ihre Stellung zur allgemeinen Friedensbewegung und die unterschiedlichen Positionen innerhalb von Onkruit führten (Gruß und Dank an „Ron'' und „Ben''!).

Onkruit entstand 1974 als kleine Gruppe von Totalverweigerern. Die schweren Verurteilungen (mindestens 12 Monate Knast), die recht individualistische Arbeitsweise und die isolierte Position der Gruppe, führten 1977 zu Diskussionen über die Onkruit-Strategie. In der Folge wurden Versuche unternommen, kollektiv den Kriegsdienst zu verweigern, und es wurde beschlossen, sich künftig nicht mehr nur mit der Verweigerung zu beschäftigen, sondern den antimilitaristischen Kampf umfassender zu führen.

Die erste „direkte Aktion'' der Gruppe, eine Atacke mit Farbbeuteln gegen einen F-16-Kampfbomber im Juni 1977, hatte Signalwirkung. Sie war der Startschuß für hunderte, zumeist spektakulärer Aktionen, die den Namen „Onkruit'' zum Inbegriff für einen entschlossenen praktischen Antimilitarismus machten. *„Onkruit unterscheidet sich nachdrücklich von anderen Aktionsgruppen''*, hieß es in der Presse. *„Die Gruppe ist militanter. Sie richtet sich mit direkten Mitteln gegen die Aspekte in der Gesellschaft, die ihr nicht passen.''* (1)

Diese Aktionen reichen von der öffentlichen Vernichtung von Kriegsspielzeug in Kaufhäusern und Störaktionen gegen militaristische Veranstaltungen über Besetzungen von Ministerien, Militäreinrichtungen u.ä. und Sabotage bis hin zu unbewaffneten Raubüberfällen und der Befreiung eines festgenommenen Totalverweigerers aus einem Militärgefängnis.

„Schon schnell zeigte sich, daß derartige Formen von aktivem und konfrontativen Antimilitarismus viele Menschen ansprachen und für eine Vergrößerung der Gruppe sorgten. Frauen, ehemalige Wehrpflichtige, Wehrdienstunfähige, Arbeiterjugendliche und Schüler wurden aktiv in Onkruit. Diese Tendenz setzt sich bis heute fort. Durch die Betonung direkter Aktionen entstanden viele Initiativen auf örtlicher Ebene. Onkruit war nicht länger eine nationale Gruppe, sondern wurde immer stärker eine Ansammlung von autonomen, örtlichen Gruppen, eher eine 'Gruppe Aktionen' als eine Aktionsgruppe.'' (2)

Onkruit schlägt mal am hellichten Tag zu, mal in der tiefsten Nacht. Mal werden die Aktionen offen angekündigt, mal im Geheimen vorbereitet; mal von einigen Dutzend oder hundert Leuten ausgeführt, mal von einer Handvoll. Das eine Mal werden heitere Verwirrspiele getrieben, das andere Mal wird die offene Konfrontation gesucht. Durch ihre Unberechenbarkeit hat Onkruit der Obrigkeit schon häufiger heftiges Kopfzerbrechen bereitet.

Viel benutzte Onkruit-Parolen sind: „Das Militär sabotieren und frustrieren!'' und „Den verborgenen Militairsmus sichtbar machen!''. Etwa so: *„Ein Dutzend Jugendliche im Alter von 20 bis 25 Jahren hat gestern in der Mittagspause fast eine komplette NATO-Ausstellung aus der Halle des Heerlener Rathauses gestohlen. Der unauffällige Diebstahl spielte sich innerhalb von Minuten ab. Die Jugendlichen fuhren mit zwei Bussen vor den Eingang des Rathauses an Geleenstrasse. Sie gingen in die Halle, nahmen 25 der 26 Tafeln von 2 mal 1,5 Metern von ihren Gestellen, luden die Tafeln in die bereitstehenden Autos und machten sich davon... Der Diebstahl geschah während der Mittagspause, zu einem Zeitpunkt, an dem nur wenige Angstellte in dem Gebäude anwesend waren. Die Zeugen des Diebstahls gingen zunächst davon aus, daß die Ausstellung regulär abgebaut würde, weil sie vorbei wäre. Danach waren die Täter über alle Berge. Von ihnen fehlt noch jede Spur.''* (3)

Besonders spaßig wird die Geschichte dadurch, daß schon ein paar Jahre zuvor, im knapp 30 km von Heerlen entfernten Maastrich (Süd-Niederlande), eine NATO-Ausstellung auf die gleiche Art in Volkseigentum überführt worden war.

Den verborgenen Militarismus...

Die bis dahin größte Onkruit-Aktion war der Überfall der Amsterdamer Gruppe (der bedeutendsten Onkruit-Gruppe) auf das Provinziale Militärkommando (PMC) der Provinz Noord-Holland. Das PMC ist die regionale Koordinationsstelle für den Einsatz von Militäreinheiten im Inneren. Am frühen Abend des des 20.5.1981 standen plötzlich rund 100 Onkruitler/innen vor dem PMC in Amsterdam. Zwei Dutzend von ihnen überrumpelten mit Rauchbomben, Parolen und Scheibeneinwerfen den Wachposten und stürmten das Gebäude. Archivkästen wurden — sofern sie nicht gleich durch die Fenster auf die Strasse geworfen wurden — aufgebrochen; der Inhalt (ganze Stapel von z.T. als „geheim'' eingestuften Dokumenten) wurde in Müllsäcken hinausbefördert. Die draußen bereit stehenden Onkruitler/innen luden die Beute auf ihre Fahrräder und düsten ab. Die ganze Aktion dauerte nicht länger als einige Minuten. Onkruit war längst über alle Berge als Polizei und Marechaussee (Militärpolizei) ankamen und die ganze Umgebung abriegelten. Sie konnten nicht mehr tun als die zurückgebliebenen und verstreut herumliegenden Dokumente von der Strasse sammeln.

Onkruit war während der Recherchen für eine Broschüre über die Aufrüstung gegen den inneren Feind auf das PMC gestossen (4). Angesichts der vielfältigen Vorbereitungen zur Niederschlagung von inneren Unruhen konstatierte Onkruit: *„Totale Frustrierung und Sabotage des Militarismus scheint die einzige Perspektive.''* Nachdem die Idee des PMC-Überfalls entstanden war, wurde das Gebäude wochenlang observiert: *„Wir machten Photos, gingen oft vorbei und haben in einem Auto 16 Stunden auf Posten gestanden. So bekamen wir heraus, wieviele Leute dort arbeiteten, wie spät sie anfingen und wann sie weggingen, wie spät die Putzfrauen kamen und wie das Gebäude abens und nachts bewacht wurde.''* (5) *„Wir wußten, wo wir Material über die Natres* (Nationale reserve, s. AK 244: Bunker-Beute, Teil 2 — Anm.AK) *finden würden, daß nur ein oder zwei Bewacher anwesend sein würden und daß sonst niemand im Gebäude arbeiten würde... Wir hatten uns genau angesehen, wie wir am besten reingehen konnten usw.usf.''* (6)

Auch auf Verhaftungen hatten sich die Onkruitler/innen vorbereitet. Gerade weil zumindest die Gruppe, die das Gebäude betreten würde, davon ausging, verhaftet zu werden, war verabredet worden, nicht sofort wieder abzuhauen, sondern so lange im Gebäude zu bleiben, bis das Material, das sie haben wollten, draußen war. *„Die gründliche Vorbereitung bedeutete allerdings eine Veränderung im Vergleich zu den bisherigen Aktionen in Amsterdam — vor allem zu den Aktionen der Kraaker, die zumeist sehr spontan waren''*, berichtet ein Onkruitler (7). Natürlich war die Begeisterung groß, nachdem die Aktion tatsächlich gelungen, die Beute unerwartet groß und niemand verhaftet worden war: *„Wir sind in einem Rausch''* (8). Die Aktion hatte bewiesen: *„Das Militär ist nicht unangreifbar!''* (9).

Insgesamt etwa vier Kubikmeter Papier waren erbeutet worden — darunter: Unterlagen über die Rolle des PMC bei verschiedenen Militäreinsätzen in der Vergangenheit; Ausbildungsbücher und Übungs-Szenarien; Informationen über Mobilsierungskomplexe; Karten und Pläne; eine militärtische Alarmliste; die Personal-Kartei der Natres („Nationale Reserve'') von Noord-Holland. Hieraus wurden fünf „PMC-Papers'' zusammengestellt, die in einer jeweiligen Auflage von 15.000 gedruckt und verkauft wurden.

...sichtbar machen

Nach der Herausgabe des letzten „Papers'' entstand die Idee, eine Ausstellung zusammenzustellen und den größten Teil der Dokumente am Ende dieser Ausstellung zu versteigern.

Am 14.1.1982, drei Tage vor Beginn der Ausstellung, fielen Kripo und Marechaussee in zwei renommierte Buchhandlungen ein (Atheneum und Van Gennep), die die „PMC-Papers'' und ein paar Originaldokumente ausgestellt hatten. Die Läden wurden durchsucht, die „Papers'' sowie andere antimilitaristische Publikationen beschlagnahmt. Die Geschäftsführer wurden unter dem Verdacht der „Verletzung von Staatsgeheimnissen'' festgenommen und nach ergebnislosen Verhören 24 Stunden später wieder freigelassen.

Die Polizei-Aktion war die erste sichtbare in dieser Angelegenheit seit dem Überfall acht Monate vorher. Anlaß mag der gezielt provokative Charakter der Ausstellung gewesen sein. Die festgenommenen Buchhändler wurden immer wieder gefragt nach der Identität von Onkruitler/inne/n. Auch versuchte die Kripo das Jugendzentrum „Paradiso'', in dem die Ausstellung stattfinden sollte, unter Druck zu setzen bzw. zu Informationen zu bewegen. Erreicht wurde genau das Gegenteil: Solidarisierung und große Publizität. Gegen die Festnahmen protestierten nicht nur Juristen, Verlage, Druckereien und Buchhandlungen, sondern auch ein großer Teil der Presse.

Das großbürgerlich-liberale „NRC-Handelsblad'' z.B. bezeichnete die

Antimilitarismus

Polizei-Aktion als „*bedenkliches Theater*", da die „*Abwägung zwischen Staatsssicherheit und Zensur*" in falscher Weise getroffen worden sei (10). Das politische Magazin „Haagse Post" schrieb, die Justiz habe mit ihrem Eingriff „*tüchtig Reklame gemacht*" für die Ausstellung (11). Tatsächlich hatte Onkruit nicht damit gerechnet, daß über 6.000 Menschen die dreitägige Ausstellung besuchen und daß neben sehr vielen Journalisten gleich zwei Fernseh-Teams anreisen würden (vor den Festnahmen hatte die Presse nur sehr dürftig über den PMC-Überfall und die erbeuteten Dokumente berichtet).

Nach den Festnahmen stieg bei Onkruit die Spannung: „*Wir mußten jetzt gut aufpassen. Der Transport der Dokumente zum Paradiso mußte genau geplant werden; wir nahmen Kontakt auf mit Rechtsanwälten; wir sorgten für Leute, die stets im Paradiso aufpassen würden; wir wurden vorsichtiger am Telefon. Außerdem brachten wir das Material sicherheitshalber noch einmal an einem anderen Ort unter.*" (12) Gesorgt war für eine Kopie der gesamten Ausstellung (falls es der Polizei gelingen sollte, sie zu beschlagnahmen) und für alternativ Räumlichkeiten (falls Paradiso von der Justiz geschlossen werden sollte).

Am 17.1.82 waren ein paar hundert Leute beim Paradiso, um den Aufbau der Tafeln vor einem Polizei-Eingriff zu schützen. Zur Irreführung der Polizei und als Test wurde ein Nepp-Transport vorgeschickt, der bei seiner Ankunft vor dem Paradiso von der Presse fotografiert und gefilmt wurde „*als ginge es um ein wichtiges Staatsoberhaupt*" (13). Die Enttäuschung darüber, daß die hereingetragenen Kästen leer waren, dauerte nicht lange, denn gleich darauf kam der echte Transport. Die Tafeln waren im Nu drinnen. Da sehr viele Leute beim Aufbau mithalfen, und die meisten außerdem vermummt waren, waren die „Rädelsführer" für die in großer Zahl anwesenden Zivis kaum auszumachen. Die Polizei unternahm, wohl wegen der zahlreichen Pressevertreter (11), erst einmal nichts. Am Morgen des zweiten Ausstellungstages wollte die Polizei eingreifen. „*Wir bekamen einen Hinweis und dadurch, daß ein paar hundert Leute auf den Alarm hin kamen, ließen sie es bleiben.*" (15) Allerdings kam die Bullerei dann am Abend. Als gerade alle zum Essen weggegangen waren, brachen zwanzig Kripo-Beamte die Tür auf, durchsuchten das ganze Gebäude einschließlich der Keller und beschlagnahmten die Ausstellung.

Onkruit hatte damit gerechnet. Für Kopien vom gesamten Ausstellungsmaterial war gesorgt worden, am Mittag des nächsten Tages war die Ausstellung wieder aufgebaut. Der Polizei-Eingriff sorgte für erneute Publizität, sodaß an diesem letzten Tag weitere 2500 Menschen die Ausstellung besuchten.

Am Abend wurde ein großer Teil der Dokumente versteigert und die Ausstellung mit einem Fest abgeschlossen. „*Von der Versteigerung haben wir wirbelnde Show gemacht, bei der ein Stapel Dokumente nach dem anderen für einen Cent in's Publikum geschleudert wurde. Sieben Müllsäcke voll mit Dokumenten wurden als 'Bonus' für das Publikum über die begeisterte Menge ausgekippt. Bis spät in den Abend hinein haben hierauf hunderte von Leuten getanzt. Geheime Dokumente klauen, sie veröffentlichen, ausstellen, in die Menge schleudern und zum Schluß zertreten. Selten zuvor haben wir den Militarismus so verscheißert*" (16).

Die ganze PMC-Aktion wird von Onkruit als großer Erfolg gewertet: **„*Nicht etwa, weil das ‚Verteidigungsministerium' seine Politik geändert hätte. Wir stellen keine Forderungen und bieten keine Alternativen an. Wir messen unseren Erfolg nicht an Änderungen der Regierungspolitik. Wir richten uns nicht an die Politiker, Planer und Bonzen. Wir versuchen die Menschen um uns zu erreichen und zu informieren... in der Hoffnung, daß sie selbst auf ihre eigne Art in eigenen Gruppen aktiv werden und Widerstand leisten.*"** (17)

Mit der Auswertung der PMC-Beute, der Veröffentlichung der „Papers" und der Ausstellung bekam die systematische Enthüllungsarbeit eine zentrale Bedeutung für Onkruit. In den „PMC-Papers" No.4 heißt es: „*Wir finden es wichtig, neben den Aktionen, dem Sabotieren des Militarismus, so viel Informationen wie möglich über den Militarismus zu verbreiten.*"

Nächtliches Telefongespräch

In den „PMC-Papers" waren u.a. die Telefonnummern des PMC-Stabs angeführt worden. Ein Hinweis, der von manchem Leser der Papers als ein praktischer begriffen wurde.

„*Samstag nach 3.00 Uhr. Ich langweile mich, hab' noch keine Lust, ins Bett zu gehen. Nehme ‚PMC-Papers' Nr. 3, S. 8 und wähle eine der Nummern des PMC-Stabs:*
Ich: ‚Es ist Krieg!'
Major De Boer: ‚Hallo, wer spricht dort?'
Ich: ‚Ja, hallo, es ist Krieg.'
De Boer: ‚Können Sie das wiederholen!'
Ich: ‚Es ist Krieg.'
De Boer: ‚Hello, who is there? Can you repeat speaking!'
Ich sage nichts.
De Boer: ‚Hello, De Boer speaking, can you repeat your command?'
De Boer: ‚Please, repeat your command ...'
Ich lege den Hörer auf."
(Aus: „PMC-Papers" Nr. 5, S. 15)

Da der „Charme" des Gesprächs durch die Übersetzung ein wenig verliert, sei hinzugefügt: Major De
Ich lege den Hörer auf."
(Aus: „PMC-Papers" Nr. 5, S. 15)

Da der „Charme" des Gesprächs durch die Übersetzung ein wenig verliert, sei hinzugefügt: Major De Boer vermutete in seinem Gesprächspartner einen Militär aus dem NATO-Hauptquartier, der — außer dem Satz: „Es ist Krieg" — kein Niederländisch spricht, und wechselte deshalb sofort ins Englische. De Boer war bereit, ohne Zwischenschaltung seiner nationalen Vorgesetzten, auf Geheiß der NATO sofort aktiv zu werden.

Bunker-Knack-Kommando

Die Gruppe begann sich nach der PMC-Affäre den „Kriegsvorbereitungen in Beton", den zivilen und militärischen Kommandobunkern, zuzuwenden. „*Das war kein vorgefaßter Plan oder Ausdruck einer bestimmten Strategie oder Linie, sondern ist teilweise zufällig entstanden. Ein paar Leute von uns haben 'mal irgendwo einen Mast stehen sehen und dachten: ‚Da liegt ein Bunker drunter. Aber, weshalb liegt der wohl dort und wieviele Bunker gibt es eigentlich?' Und dann fängst du an darüber nachzudenken und zu reden und plötzlich sagst du zum Spaß: ‚Wir müßten so'n Ding eigentlich mal besetzen!' Und dann bleibt es nicht bei diesem Spaß...*" (18)

Am 6.7. 1982 um 3.00 Uhr nachts brach Onkruit in den Kommandobunker des PMC der Provinz Zeeland (Südwest-Niederlande) in Kloetinge ein. Der Versuch, gleichzeitig den „Zivilschutz"-Bunker in Amsterdam zu besetzen, mißlang. Vor dem Bunker in Kloetinge wurden drei Onkruitler von der Marechaussee festgenommen. Die sieben anderen gelangten gerade noch in den Bunker und verriegelten die Türen. Zwölf Stunden lang hatten sie die Zeit, den Bunker, der im Kriegsfall die regionale militärische Befehlszentrale

der Marechaussee festgenommen. Die sieben anderen gelangten gerade noch in den Bunker und verriegelten die Türen. Zwölf Stunden lang hatten sie die Zeit, den Bunker, der im Kriegsfall die regionale militärische Befehlszentrale

ist und einen 60köpfigen Stab beherbergen soll, genauer unter die Lupe zu nehmen.

Um 15 Uhr wurden sie dann, nachdem schwer bewaffnete Soldaten den Bunker umzingelt und abgeriegelt hatten, von der Brigade Speciale Beveiligingsopdrachten (BSB), einer von der westdeutschen „Anti-Terror"-Einheit GSG-9 ausgebildeten Einheit der Marechaussee, herausgeholt und festgenommen. Nach viertägigen Verhören (bei denen u.a. nach Verbindungen zur RAF gefragt wurde) wurden sie dann wieder freigelassen. Die Verfahren sind inzwischen eingestellt. Onkruit erstellte eine Broschüre über zivile und militärische Kommandobunker (19).

Einige Monate später schlug die Gruppe erneut zu. In der Nacht vom 26. zum 27.4. 1983 knackte sie einen Kommandobunker für „Zivilverteidigung" (Noordwijk) und einen Kommunikations- und Kommandobunker des Heeres (Katwijk)., „*Ziel der Aktion war Klärung und öffentliche Bekanntmachung der Rolle von Bunkern bei den Vorbereitungen auf einen (Atom)-Krieg*" (20) Im Noordwijker Bunker, der für den „Kommissar der Königin" (eine Art Innenminister der Provinz) mit Stab und für den provinzialen Stab des „Zivilschutzes" bestimmt ist, wurden sackweise Papiere geklaut. Aus dem Katwijker Bunker wurde alle tragbare Apparatur mitgenommen.

Während die Aktion in Noordwijk ganz nach Plan lief, ging es in Katwijk fast schief: Die Beobachtungsposten, die seit Einbruch der Dunkelheit im strömenden Regen in den Dünen lagen und auf die routinemäßige Kontrole durch zwei Marechausseeler warteten, um danach das Signal „Die Luft ist rein!" zu geben, sahen plötzlich und mit Schrecken Autos mit Suchscheinwerfern, einen Marechaussee-Bus und Polizei anrücken. Eine ganze Zeit lang wurde das Gelände abgesucht. Die Beobachtungsposten wurden jedoch nicht entdeckt. Als die Kolonne weg war, konnte es um 3.45 Uhr losgehen. Die

Polizei anrücken. Eine ganze Zeit lang wurde das Gelände abgesucht. Die Beobachtungsposten wurden jedoch nicht entdeckt. Als die Kolonne weg war, konnte es um 3.45 Uhr losgehen. Die

doppelte Umzäunung wurde aufgeschnitten, die zwei hintereinanderliegenden Stahltüren des Bunkers mit einem Schneidbrenner herausgetrennt. Drinnen wurden alle Türen aufgebrochen, Fotos gemacht, gefilmt und Geräte eingesackt. Das erste Fotomaterial wurde um 4.30 Uhr von zwei „Joggerinnen" weggebracht. Da verabredet war, vor 5.00 Uhr den Rückzug anzutreten, verließen die letzten Onkruitler/innen um 4.58 Uhr, beladen mit geklauter Apparatur, Werkzeug und Filmkameras, das Gelände. „*Im Auto, auf der Schnellstraße, mit dem ersten Schluck Rum im Magen, schrien wir vor Freude*" (22).

Die Aktion war von Onkruit monatelang sehr gründlich vorbereitet worden. Die Bunker waren tagsüber und nachts längere Zeit observiert worden. Die Gelände waren zweimal abgegangen worden, wobei Fotos gemacht, genaue Beschreibungen auf Kassettenrekorder gesprochen, Container und der Abfallverbrennungsplatz nach Papier durchsucht worden waren. Auf dieser Grundlage waren Pläne angefertigt worden. Ausführlich erörtert worden war, ob die Aktion tatsächlich ein Raubzug werden sollte. Als Alternativen waren u.a. eine öffentliche Platzbesetzung und eine Sabotage-Aktion diskutiert worden, wobei die Apparaturen in Katwijk so effektiv wie möglich zerstört werden sollten.

Ausführlich besprochen worden waren auch die Ängste, die jede(r) einzelne selbstverständlich vor der Aktion und den möglichen Folgen hatte. Da für die Aktion, so wie Onkruit sie durchführen wollte, recht viele Leute gebraucht wurden, mußten Leute außerhalb der Gruppe zum Mitmachen gesucht werden, wobei die Gefahr vorzeitiger Aufdeckung ein besonderes Problem war. Außerdem sollten auf Intervention der Frauen ebenso viele Frauen wie Männer gesucht werden. Abgesprochen wurde, daß beim Auftauchen von Bullen während der Aktion, die Bunker besetzt werden sollten, vor allem, „*weil wir nicht in Panik fliehen wollten, wodurch die letzten gefaßt werden könnten. Wir hatten uns also bewußt entschieden, gegebenenfalls alle die letzten zu sein ...*" (23)

Zur Durchführung der Aktion war ein umfassendes „Drehbuch" erstellt worden, in dem jede(r) spezielle Aufgaben zugeteilt bekommen hatte. Dieser Bunker-Raubzug war die erste Onkruit-Aktion, die „streng geheim" vorbereitet worden war. Bisher war Onkruit trotz der Risiken soweit wie nur möglich öffentlich aufgetreten: „*Gerade durch diese Öffentlichkeit, die wir unseren Aktionen gaben, durch die Offenheit, mit der wir geheime Dokumente publizierten, sah die Polizei/Justiz oft im letzten Moment ab von Eingriffen und Strafverfolgung.*" (24)

Obwohl Onkruit „Geschlossenheit und Geheimnistuerei" auch aus prinzipiellen Gründen ablehnt, mußte es diesmal strikt konspirativ zugehen: „*Die Bullen/Verfassungsschützer saßen uns im Nacken ... Verschiedene Aktionspläne waren durchgesickert ...*

In unserer Stammkneipe waren Taschenkalender geklaut worden und es saßen regelmäßig Typen da, die unsere Gespräche belauschten. Wo das Leck genau war, wußten wir nicht. Im Prinzip war alles möglich: Das Telefon, die Kneipe, die ‚Gerüchteküche'. Das vergrößerte natürlich die Paranoia ... In dem Maße, wie mehr Aktionen aufgrund von durchgesickerten Informationen mißlangen, wurden die Phantasien wilder, auch weil wir nicht wußten, wo die Fehler lagen. Wir ließen echt alles die Revue passieren: Richtmikrofone, spezielle Fernrohre, verschiedene Arten von Abhörapparatur." (25) Also wurde beschlossen, „*nichts mehr am Telefon zu sagen, jedesmal an einem anderen Ort Besprechungen durchzuführen, nichts mehr zu erzählen gegenüber Leuten, die nicht beteiligt waren, nicht mehr über unsere Aktivitäten in der Kneipe zu reden*" (26).

Öffentlichkeit (wieder)hergestellt wurde jedoch umso massiver unmittelbar nach dem gelungenen Beutezug: Am 28.4.83 rollten einige Tausend Zeitungen mit einem ausführlichen Bericht und ersten Auszügen aus den erbeuteten Dokumenten von der Presse. Mitte November 1983 wurde dann ein Teil der Beute in Amsterdam, Rotterdam, Nijmegen und Den Bosch gleichzeitig ausgestellt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch das 300-seitige Buch zum Bunker-Beutezug der Öffentlichkeit präsentiert. (27)

Meinungsumfrage

Onkruit beschloß, die beim PMC-Überfall erbeutete Personal-Kartei der „Nationalen Reserve" (Natres) Noord-Holland für eine Meinungsumfrage zu nutzen. Eine Fragenliste „mit nicht allzu auffälligen Fragen" wurde zusammengestellt und 12 Onkruitler/innen griffen zum Telefon. Sie stellten sich vor als Mitarbeiter eines „renommierten" Umfrage-Instituts, das eine repräsentative Umfrage über die Energieproblematik durchführt.

In den „PMC-Papers" Nr. 4 wird über das Ergebnis berichtet: „*Die Umfrage ergibt das Bild eines durchschnittlich heuchlerischen Holländers. Auf die Frage, ob man sich durch Bunker gegen einen Atomangriff schützen könne, antworteten 83 % mit Ja, und auf die Frage, ob es sich nach einem Atomangriff weiter leben ließe, antworteten 84 % mit Nein. 71 % ist besorgt über die Umweltverschmutzung, die die Gewinnung von Atomenergie mit sich bringt und etwa 75 % ist denn auch der Ansicht, daß mensch dagegen demonstrieren darf und Unterschriften sammeln. Allerdings wenden sich 85 % gegen Aktionsmittel wie gewaltlose Blockaden oder Parolen malen. Steinewerfen ist für keinen der Befragten tolerabel. 72 % meinen, daß gegen Blockaden, Steine werfen und Parolen malen energisch vorgegangen werden muß, und 21 % finden das Vorgehen der Behörden zu soft. Einer sagte was von: alle an die Wand stellen.*"

Sehr lange lief die „Meinungsumfrage" indes nicht. Eine Onkruitlerin berichtet: „*Bei meinem vierten Gespräch, gerade als ich dachte, den richtigen, gleichgültigen Ton gefunden zu haben, ging es daneben. Nachdem ich gesagt hatte ,... führen wir eine Umfrage durch über ...' sagte der Natres-Mann, der anscheinend schon informiert worden war: ‚Fräulein, ich gebe Ihnen einen guten Rat. Hören Sie auf damit, denn in diesem Moment wird dieses Gespräch mitgehört von der Marechaussee ...' Ich murmelte noch sowas wie: ‚Ich verstehe überhaupt nichts', legte dann jedoch den Hörer auf. Sofort danach alle Papiere, die etwas damit zu tun hatten, zusammengepackt und auf zitternden Beinen an einen sicheren Ort gebracht. Weiter glücklicherweise nichts mehr gehört oder gemerkt.*"

Mobilmachungsübung

Am 25.10.1983 meldeten sich vier Dutzend Reservisten in voller Ausrüstung in einer Schule in Laren (bei Utrecht) zu einer Mobilmachungsübung. Der Direktor der Schule war kurz zuvor „per Ordonanz" mit einem Brief vom Provinzialen Militär Kommando über die Übung informiert worden. Er war so angetan von den vielen Uniformen, daß er nicht einmal die im Briefkopf angegebene Telefonnummer zur Überprüfung wählte, sondern sofort und nicht ohne Stolz seine Schule zur Verfügung stellte. Die Soldaten bekamen Kaffee. Und die Schülerschaft wurde zusammengetrommelt, um auf dem Schulhof einer Ansprache des Majors zuzuhören.

In der Rede gab es ein paar merkwürdige Versprecher. So sagte der Major: „Das Militär ist dazu da, Euer Land zu verteidigen. Das bedeutet, daß wir gegen Curise Missiles sind, nein, Entschuldigung, für die Raketen." Der Direktor mochte seinen Ohren nicht trauen, als der Major am Ende seiner Ansprache mitteilte, daß es sich nicht um eine militärische Übung, sondern um eine Protestaktion handele. Als die anwesenden, vorher informierten Journalisten ihm versicherten, er habe richtig gehört, rief er immer noch verwirrt: „Aber wie soll ich denn, wenn 'mal eine richtige Übung stattfindet, wissen, daß es nicht wieder ein Gag ist?"

Die Aktion war eine Initiative
tig gehört, rief er immer noch verwirrt: „Aber wie soll ich denn, wenn 'mal eine richtige Übung stattfindet, wissen, daß es nicht wieder ein Gag ist?"

Die Aktion war eine Initiative der Soldatenorganisation BVD. Aus den beim Onkruit-Überfall auf das PMC geklauten Materialien war bekannt, daß die Schule in Laren tatsächlich als Anlaufstelle bei Mobilmachungsübungen dienen kann.

Krieg dem Krieg!

Die Erstellung und Herausgabe des Buchs war eine Aktion an sich, sagt Ron, einer der beiden Onkruitler, mit denen wir im März in einem besetzten Haus in Amsterdam ein ausführliches Gespräch über die Gruppe und ihre Aktionen führten. (Die hier benutzten Namen — Ron und Ben — sind nicht die wirklichen Namen unserer beiden Gesprächspartner.) Neben der Auswertung des gigantischen Materialbergs, dem Schreiben der Texte usw., mußte ein Setzer und ein Drucker gefunden werden und natürlich mußte alles konspirativ geschehen. Eine einzige Lücke in der Absicherung hätte zum sofortigen Zuschlagen der Justiz führen können. Auch der Vertrieb mußte so organisiert werden, daß etwaiges Eingreifen der Justiz nicht zur Beschlagnahmung der ganzen Auflage führen konnte.

Die bisherigen Reaktionen des Staates auf die Onkruit-Aktionen sind nicht gerade eindeutig und durchschaubar: Während bei offenen Aktionen wie Besetzungen von der Bullizei meist Hau-Rein angesagt ist (bei einem Versuch eine militärische Anlage zu besetzen, kam es am 13.3. 1983 in Capelle aan de IJssel nicht nur zum üblichen Knüppel- und Hunde-Einsatz, sondern sogar zum Abfeuern von „Warnschüssen"); während die Totalverweigerer durchgängig zu mindestens zwölf Monaten Knast verdonnert werden und auch ansonsten Haft- oder Geldstrafen gegen Onkruitler/innen durchaus keine Seltenheit sind, wurden die Prozesse gegen sie Besetzer/innen des PMC-Bunkers in Kloetinge eingestellt, obwohl die sieben immerhin „auf frischer Tat" erwischt worden waren. Im Dezember '81 gestand in Nijmegen ein Jugendlicher, daß er während der vier Monate, in denen er bei Onkruit aktiv war, als Informant für die Polizei gearbeitet hatte. Unsere Amsterdamer Gesprächspartner gehen davon aus, daß die Polizei „sehr intensiv" daran arbeitet, Informationen über Onkruit zu sammeln. Allerdings gelang es ihr bisher nicht, auch nur einen der Beteiligten an den großen Beute-Zügen zu fassen. Fast schon verwunderlich ist es, wenn mensch „deutsche Verhältnisse" ge-

Fortsetzung nächste Seite

Einquartierung

Am 11.11.1981 bekamen 320 Schulen in Amsterdam und Umgebung einen Brief vom „Provinzialen Militär-Kommandanten Noord-Holland", in dem ihnen mitgeteilt wurde, „*daß die Gebäude im Kriegsfall bzw. in außergewöhnlichen Situationen, die eine Bedrohung für die innere Sicherheit bilden, beschlagnahmt werden können zur Einquartierung von Truppen und/oder Einrichtung eines Kommandoposten*". Die Direktio-

chen Situationen, die eine Bedrohung für die innere Sicherheit bilden, beschlagnahmt werden können zur Einquartierung von Truppen und/oder Einrichtung eines Kommandoposten". Die Direktio-

nen wurden gebeten, Vorstände, Lehrer, Eltern und Schüler hierüber zu informieren, um der durch die aktuellen Diskussionen über das Militär verursachten „*wachsenden Verunsicherung der Bürger, die eine Folge des Informationsmangels ist*" entgegenzuwirken. Die Direktionen wurden an eine Reihe von gesetzlichen Bestimmungen erinnert, die die Beschlagnahmung ermöglichen. Die Telefonleitung des PMC glühte an jenem 11. November, da viele Direktoren sofort nach Erhalt des Briefes den Unterzeichner sprechen sollten. Die PMC-Offiziere mußten immer wieder erklären, daß es sich bei dem Brief um eine Fälschung handelte. Tatsächlich stammte der Brief (der auf geklautem PMC-Briefpapier geschrieben war) von Onkruit. Obwohl also die Unterzeichnung gefälscht war, war der Inhalt des Briefes im Wesen richtig. Onkruit hatte die Adressen der Schulen von einer beim PMC geklauten Liste.

Abends im Interview von „Radio Stad Amsterdam" war Oberst Meyer vom PMC merkbar gereizt von den ganzen Telefongesprächen und nicht gerade in Form. Während tagsüber einigen beunruhigten Direktoren noch erzählt worden war, „*das mit der möglichen Beschlagnahmung*" sei nicht wahr, sagte Meyer jetzt: „*Im Krieg kann vieles passieren ...*"

Über den Zweck der Aktion schreibt Onkruit in den „PMC-Papers" Nr. 5: „*Wir haben diesen Brief geschrieben, weil wir es wichtig finden, daß die Menschen sich realisieren, wie die Kriegsvorbereitung bis ins kleinste Detail geregelt ist. Ohne das Mitwissen der Betroffenen.*"

Fortsetzung von vorheriger Seite

wöhnt ist, daß z.B. die autonome Amsterdamer Wochenzeitung ,,Bluf!'', in der Onkruit regelmäßig über ihre Aktionen berichtet und die zentral die Bestellungen des Bunker-Beute-Buchs entgegennimmt, bisher noch nicht von der Polizei ,,besucht'' worden ist.

Ben sagt, daß es auch für Onkruit teilweise etwas rätselhaft ist, weshalb Polizei und Justiz angesichts der Beute-Züge anscheinend so tatenlos sind. Er selbst rechnet damit, ,,*daß sie wohl wissen wer es getan hat, aber daß sie eine bestimmte Auffassung darüber haben, wie sie eine Gruppe wie Onkruit am besten bekämpfen können. Sie wollen lieber absolut keine Publizität, erst recht nicht nach ihren Schnitzern bei der ,Paradiso'-Ausstellung. Wahrscheinlich denken sie: ,Zu gegebener Zeit werden wir sie schon einkassieren!'.*''

,,*Sie wollen anscheinend eine wasserdichte Sache haben, bevor sie damit anfangen*'', fügt Ron hinzu. ,,*In Sachen politische Prozesse gibt es fast keine ,Tradition' in den Niederlanden. Das ist ein wichtiger Unterschied zur BRD. Hier gibt es kein RAF-Syndrom und keinen deutschen Staat, der sich überentwickelt hat. Hier wollen sie wasserdichte Beweise haben. Sie können es sich noch nicht erlauben, jemanden aus politischen Gründen zu verurteilen.*'' Zudem mache die undurchsichtige Struktur von Onkruit und ihre Verbundenheit mit anderen Bewegungen, vor allem der Kraak-Bewegung, es den Hütern von Recht und Ordnung schwer.

Ron weist darauf hin, daß nicht nur der Staatsapparat, sondern auch ein Großteil der Presse versucht hat, die Beute-Züge zu bagatellisieren. ,,*Sie wollen natürlich nicht indirekt Werbung machen für die antimilitaristische Bewegung und direkte Aktionen gegenüber ziemlich beherrschbaren Strömungen wie z.B. dem IKV.*''

Das Verhältnis zwischen Onkruit und ,,der Friedensbewegung'' (Onkruit sieht sich selbst als Teil einer antimilitaristischen Strömung und nicht als Teil der Friedensbewegung) ist nicht ganz unkompliziert. Zwar hat sich die Friedensbewegung und die wichtigste Organisation dieser Bewegung, der IKV, nicht direkt von den Onkruit-Beute-Zügen distanziert und es gibt von Teilen der IKV-Basis hin und wieder Sympathiebekundungen, aber IKV-Spitzenfunktionäre sehen sich — immer mal wieder — zu Distanzierungsübungen veranlaßt: sie seien nun einmal ,,nicht grundsätzlich gegen das Militär'' und raten ihren Gruppen dringlich, sich nicht an radikaleren Aktionen oder dem Vertrieb von Onkruit-Publikationen zu beteiligen.

Innerhalb von Onkruit wird die Friedensbewegung und der Kampf gegen die (de jure noch nicht entschiedene) Stationierung der Cruise Missiles in den Niederlanden unterschiedlich eingeschätzt. Einigkeit besteht in der Kritik der Harmlosigkeit des Protests, der parlamentaristischen Orientierung und der inhaltlichen Beschränktheit der Anti-Atomwaffen-Bewegung. Auseinandersetzungen gab und gibt es um die Frage, ob und inwiefern mensch sich am Kampf gegen die Cruise Missiles beteiligen soll.

Ron: ,,*Ein Argument für die Teilnahme an diesem Kampf ist, daß eben so viele Menschen daran beteiligt sind und daß in manchen Gruppen eine gewisse Radikalisierung im Gange ist. Dagegen wird vorgebracht, daß die Cruise Missiles in Wirklichkeit — im Gesamtzusammenhang der Kriegsvorbereitungen — nichts bedeuten.*''

Während Ben eher der letzteren Auffassung zuneigt (er kritisiert u.a., daß die Friedensbewegung kaum mehr als verbal solidarisch ist mit den Völkern Mittelamerikas), hält Ron es im Prinzip für wichtig, ,,*die Basis der Friedensbewegung von der Spitze abzulösen.*'' Allerdings sieht er die Zeit, die Energie und die Nerven, die das kosten würde als ,,großes Problem''. Ron weiter: ,,*Wir sind nicht eine Gruppe, die die Zusammenfassung der radikaleren Strömungen innerhalb der Friedensbewegung auf sich nehmen will. Wir gehören nicht zu den Politikos. Die gibt es zwar auch bei uns. Aber deswegen haben wir uns nicht zusammengetan.*''

Ende 1982 wurde Onkruit als nationale Gruppe offiziell aufgelöst: der Austausch zwischen den örtlichen Gruppen funktioniere schlecht, es gebe im nationalen Rahmen kein Bedürfnis ,,auf eine Linie'' zu kommen und der Name ,,Onkruit'' sei eine Schwelle für andere Antimilitaristen (28).

Hintergrund des Auflösungsbeschlusses waren Differenzen über das Verhältnis zur Friedensbewegung, die Radikalität der Aktionen, die Frage der Konspiration, den Spontaneismus, über die Frage, wieweit mensch sich mit der Ideologie und der ,,Logik'' der Herrschenden auseinandersetzen soll/darf oder ob eine solche Auseinandersetzung nicht zur Übernahme der ,,Denkstrukturen'' der Herrschenden führe usw.usf.

Anstelle der landesweiten Onkruit-Versammlung wurde ein ,,Nationaler Antimilitaristischer Austausch'' (,,Landelijk Anti-Militaristies Overleg'', LAMO) installiert. Neben den z.T. weiter bestehenden örtlichen Onkruit-Gruppen, den ,,Politischen Kriegsdienstverweigerungs-Kollektiven'', den — u.a. auf Initiative von Onkruit-Gruppen entstandenen — Antimilitaristischen Büros und den aus Onkruit heraus entstandenen ,,Frauen gegen Militarismus'' nehmen an dem offenen und unverbindlichen, zweimonatlichen Treffen weitere Antimilitarist/inn/en (u.a. ehemalige Mitglieder der aufgelösten Soldatenorganisation BVD) und Aktivist/inn/en aus der Friedensbewegung teil.

Ron und Ben werten die Ersetzung der nationalen Onkruit-Versammlung durch die LAMO als Schritt nach vorn im Sinne einer Verbreiterung. Ron ist der Auffassung, daß auch sonst die antimilitaristische Bewegung in den Niederlanden im Moment breiter wird. Er nennt als Beispiel die ,,Basisgruppen gegen Atomgewalt und Militarismus'', die aus der Anti-AKW-Bewegung entstanden sind und die zur Zeit vor allem auf Blockade-Aktionen gegen die vorgesehene Cruise Missiles-Basis Woensdrecht orientieren.

Ben hingegen bezweifelt, ob dies als Verbreiterung des Antimilitarismus angesehen werden könne: ,,*Was ich an Verbreiterung sehe, bezieht sich doch vor allem auf den Widerstand gegen die Cruise Missiles, der radikalisiert werden soll, und nicht auf das, was wir unter Militarismus verstehen. Für uns ist Militarismus und damit auch der antimilitaristische Kampf viel umfassender!*''

Niederlande-Kommission

Quellen:
1) Haagse Post, 4.7.1981
2) De Groene Amsterdammer, 27.1.1982
3) De Limburger, 14.4.1981
4) Oorlog in Nederland — of het geweer van je buurman, Amsterdam 1981
5) Bunker in Bunkerbuit — De plannen die de oorlog mogelijk maken, Amsterdam 1983, S.88
6) PMC-Papers Nr.1., Amsterdam 1981, S.2
7) Aus einem Gespräch, das wir im März in Amsterdam mit zwei Onkruitlern führten
8) PMC-Papers Nr.4, Amsterdam 1981, S.16
9) PMC-Papers Nr.5, Amsterdam 1981, S.16
10) Zitiert nach Haagse Post vom 23.1. 1982, S.10
11) A.a.O., S.9
12) Bunker in Bunkerbuit ..., S.92
13) A.a.O., S.93
14) Haagse Post, 23.1.1982, S. 10
15) Bunker in Bunkerbuit ... , S.94
16) Ebd.
17) Ebd.
18) s. Anm. 7
19) Oorlog in Beton — bunkers uit Nederland, Amsterdam 1983
20) ,,Bluf!'', 28.4.1983
21) entfällt
22) Bluf!, 28.4.1983
23) Ebd.
24) Ebd.
25) Ebd.
26) Ebd.
27) Bunker in Bunkerbuit — De plannen die de oorlog mogelijk maken
28) Vergleiche ,,Anti Militaristies Tijdschrift'', Juni 1983, S. 54/55

Aus gutem Grund · Kein Bock auf Bund

Jugendliche gegen Bundeswehr

Wenn mensch als Friedensbewegter über die Raketen hinausschaut, fällt der ungetrübte Blick subito auf die Bundeswehr.
Werbeoffiziere und Politiker, ja
gern, was tatsächlich von Bedeutung ist für die Führung eines Krieges.
Das Ziel ist nicht nur — wie bisher — die Jugendlichen, die sowieso nicht zum Bund wollen, gut zu beraten und
gegen den Verteidigungswillen durch den Schriftsteller Günter Grass und den Pfarrer Heinrich Albertz. Wer im Namen einer Scheinmoral so spreche, lege die Axt an die Wurzeln der Demo-
Verbundenheit mit anderen Bewegungen, vor allem der Kraak-Bewegung, es den Hütern von Recht und Ordnung schwer.
Ron weist darauf hin, daß nicht nur der Staatsapparat, sondern auch ein Großteil der Presse versucht hat, die Beute-Züge zu bagatellisieren. ,,Sie wollen natürlich nicht indirekt Werbung machen für die antimilitaristische Bewegung und direkte Aktionen gegenüber ziemlich beherrschbaren Strömungen wie z.B. dem IKV.''
Das Verhältnis zwischen Onkruit und ,,der Friedensbewegung'' (Onkruit
Cruise Missiles in Wirklichkeit — im Gesamtzusammenhang der Kriegsvorbereitungen — nichts bedeuten.''
Während Ben eher der letzteren Auffassung zuneigt (er kritisiert u.a., daß die Friedensbewegung kaum mehr als verbal solidarisch ist mit den Völkern Mittelamerikas), hält Ron es im Prinzip für wichtig, ,,die Basis der Friedensbewegung von der Spitze abzulösen.'' Allerdings sieht er die Zeit, die Energie und die Nerven, die das kosten würde als ,,großes Problem''. Ron weiter: ,,Wir sind nicht eine Gruppe, die
Aus gutem Grund · Kein Bock auf Bund
Jugendliche gegen Bundeswehr

Wenn mensch als Friedensbewegter über die Raketen hinausschaut, fällt der ungetrübte Blick subito auf die Bundeswehr.

Werbeoffiziere und Politiker, ja selbst der Hamburger Schulsenator Grolle behaupten in jeder Friedensdiskussion: ,,Bundeswehr ist Friedensdienst''. An den Schulen, unter Jugendlichen ist die Mehrheit gegen die Stationierung besonders groß. Es waren z.B. über 25.000 Schüler am 20.10. in Hamburg auf der Straße und haben Aktionen vor Rüstungsbetrieben gemacht.

Aber wieviele von den Schülern und Jugendlichen, die gegen die Atomraketen sind, machen sich Gedanken über die Bedeutung der Armee im eigenen Land? Wieviele gehen zur Bundeswehr, weils bequemer ist oder weil es bei der hohen Jugendarbeitslosigkeit oft die einzige Möglichkeit ist, um nicht auf der Straße zu landen?

Mit Kriegsgefahr verbinden die meisten die Vorstellung, daß ein paar amerikanische Generäle auf die Knöpfe drücken könnten. Mit der Bundeswehr habe dies nix zu tun.

Die aktuellen Kriegspläne sehen ja aber ganz anders aus. Sie brauchen die Bundeswehr und beziehen sie in ihre Pläne mit ein. Die Bundeswehr ist notwendig, um einen dritten Weltkrieg vorzubereiten und durchzuführen (siehe Air-Land-Battle und Rogersplan; dazu Artikel in AK 239 und Broschüre der Antimil-Kommission, Göttingen).

Dritter Weltkrieg -- Ohne mich!

Hier gibt es Möglichkeiten, wirklich etwas zu verweigern. Etwas zu verweigern, was tatsächlich von Bedeutung ist für die Führung eines Krieges.

Das Ziel ist nicht nur — wie bisher — die Jugendlichen, die sowieso nicht zum Bund wollen, gut zu beraten und zu ermutigen (wie das seit Jahren von den Organisationen der Zivildienstleistenden getan wird), sondern weit mehr. Die Ablehnung des Dienstes bei der Bundeswehr soll weit um sich greifen. Erst wenn die Jugendlichen sich massenhaft verweigern, bewirkt dies etwas. **Ziel ist auch, daß sich die Stimmung an den Schulen trotz Krise und ,,Wende'' umkehrt; daß sich nicht mehr derjenige, der verweigern will, vor seinen Mitschülern rechtfertigen und erklären muß, sondern im Gegenteil, wer trotz Massenvernichtungsmitteln, Kriegsplänen etc. noch zur Bundeswehr geht, sich rechtfertigen muß.**

Wir wollen uns dagegen wehren, daß Kriegsdienstverweigerung als ,,private Angelegenheit'' jedes einzelnen hingestellt wird. Kriegsdienstverweigerung ist das (politische) Gebot der Stunde!!

Ein Argument gegen diese Kampagne ist, daß der Staat einfach die Verweigererzahlen so senken wird, wie er es braucht. Das kann durchaus so sein. **Aber eine sich verbreitende Erkenntnis über die Funktionen der Bundeswehr bei Kriegsvorbereitungen und Kriegsführung würde dem Staat allerdings Schwierigkeiten bereiten. Wenn immer mehr Jugendliche nicht zum Bund wollen, behindert das den reibungslosen Ablauf der Kriegsvorbereitungen. Hier liegt also eine Chance.**

Deutlich sichtbar wurde das an der hysterischen Reaktion auf den Heilbronner Aufruf der Schriftsteller: ,,*Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertens (CDU), sprach von einer Aufhetzung der Bevölkerung gegen den Verteidigungswillen durch den Schriftsteller Günter Grass und den Pfarrer Heinrich Albertz. Wer im Namen einer Scheinmoral so spreche, lege die Axt an die Wurzeln der Demokratie. Für die CSU erklärte der parlamentarische Geschäftsführer Wolfgang Bötsch, der Vorwurf von Grass, die Bundeswehr stehe außerhalb der Legalität, sei 'an Ungeheuerlichkeit nicht mehr zu überbieten.*'' (Frankurter Rundschau 20.12.83). Der CDU-Politiker und parlamentarische Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium sagte im Norddeutschen Rundfunk (NDR): ,,*Das ist doch eine ganz militante Vorbereitung für... einen geistigen Bürgerkrieg: Das Herstellen von Unfrieden.*'' (Taz, 21.12.83). Und weiter: ,,*Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Konrad Porzner, bezeichnete die Behauptung, die Bundeswehr werde duch die Aufstellung der neuen US-Raketen zu einem Bestandteil eines Offensivkonzeptes, das den Verteidigungsauftrag der Verfassung pervertiere, als ungeheuerliche Diffamierung aller Soldaten der Bundeswehr sowie der junge Wehrpflichtigen... Sozialdemokraten stünden zur Bundeswehr als den Streitkräften unseres Landes, deren einziger Auftrag es sei, die äußere Sicherheit der Bundesrepublik im Bündnis mit den NATO-Partnern zu verteidigen.*'' (taz, 21.12.83).

Kampagne konkret:

In Hamburg hat sich eine ,,Initiative Jugendliche gegen Bundeswehr'' gebildet, die einen Aufruf erarbeitet hat (,,Aus gutem Grund — kein Bock auf Bund'') der Grundlage für ein möglichst breites Bündnis sein soll. Der Aufruf ist bisher:
— auf einem Flugblatt erschienen, das an ca. 50 Hamburger Schulen verteilt wurde,
— als A1-Plakat gedruckt und an ca 70 Hamburger Schulen im Rahmen einer Sprühaktion verklebt worden.

Voraussichtlich im Mai wird zur Unterstützung der Verweigerungskampagne eine Anzeige in Hamburger Zeitungen erscheinen.
— Diese Anzeige wird von einem Bündnistreffen (Jugendliche gegen Bundeswehr, DFG/VK, IdK, SodZdl, Frieko, GAL, GEW, Pädagogen gegen Rüstungswahn, Soldaten FI, u.a.) gemacht, das außerdem am 23.5. einen Aktionstag plant.
— Weiterhin wird am 20.5. ein Festival in der Hamburger ,,Fabrik'' stattfinden, für das noch Gruppen gesucht werden.

Die ,,Initiative Jugendliche gegen Bundeswehr'' trifft sich jeden Donnerstag um 17 Uhr im GAL-Büro, Bartelsstr. Wer Flugblätter, Plakate oder Infos haben will, möge sich ans GAL-Büro wenden oder Olaf anrufen (678 05 40).

Sozialistischer Schüler/innen Bund (SSB), Hamburg.

Medikamentenraub für die Dritte Welt

Onkruit hat in der Nacht vom 26. auf den 27. März erneut zugeschlagen. Antimilitarist/inn/en brachen zur gleichen Zeit in vier Notdepots des Gesundheitsministeriums in verschiedenen Orten ein und klauten Medikamente und medizinische Geräte im Wert von mehreren hunderttausend Mark. An einem Ort konnte Polizei den Raubzug verhindern, an einem anderen wurden fünf Personen als Tatverdächtige festgenommen.

Onkruit protestiert mit dieser Aktion nicht allein gegen die Kriegsvorbereitungen im Gesundheitswesen. Zugleich sollte verhindert werden, daß Medikamente und medizinische Apparaturen ,,*sinnlos vergammeln, während sie an vielen Orten der Welt dringend gebraucht werden*'' (Onkruit-Stellungnahme, zit. n. ,,de Volkskrant'', 29.3.). Die autonome Stadtzeitung ,,bluf!'' berichtet: ,,*Bei der Beute befindet sich äußerst brauchbares Material für unter schwierigen Bedingungen kämpfende Befreiungsbewegungen ... Sie wird so schnell wie möglich an den Ort ihrer Bestimmung gehen.*'' (Das ,,Wie'' dieses Nord-Süd-Transfers ist geregelt ... aber selbstverständlich ,,top-secret'')'

Onkruit wertet die Aktion trotz der Festnahmen als Erfolg: Es sei schon ein tolles Gefühl, so in die Vorbereitungen auf den Dritten Weltkrieg einzugreifen und mit der Beute gleichzeitig etwas Gescheites anfangen zu können. Dies sei für viele der Beteiligten ausschlaggebend gewesen und deshalb wurde das Risiko von Festnahmen von vornherein einkalkuliert. (,,bluf!'', 29.3.).

Die Aktion, an der sich erst jüngst entstandene antimilitaristische Gruppen beteiligt haben, wird auch als Anzeichen dafür gewertet, daß die antimilitaristische Bewegung ,,breiter und stärker'' wird. Für Onkruit geht es jetzt darum, so schnell wie möglich die Arretierten freizubekommen. Sodann will Onkruit zusammen mit anderen Organisationen einen Aufruf erarbeiten, indem der sofortige Stop aller Kriegsvorbereitungen und die Endsendung aller medizinischen ,,Notvorräte'' an Länder der Dritten Welt gefordert wird.

Niederlande-Kommission

Friedens-Termine

2. Treffen ,,Kein Frieden mit der NATO'' — Raus aus der NATO'', 15.4., 12 Uhr, ,,Affentorhaus'' am Affentorplatz in Frankfurt/Sachsenhausen.
Diskussion um die Strukturierung der weiteren Arbeit.
Kontakt:
Dietrich Schulze-Marmeling
Wilhelm-Leuschner-Str. 13
6000 Frankfurt 1.
Ab 15.4. erscheint ein 8-seitiges Info-Blatt zur Geschichte der NATO, Airland Battle, Begründung der Forderung ,,BRD — raus aus der NATO''.
Bestellungen bei:
Werner Rätz,
Konrad-Adenauer-Platz 1,
5300 Bonn 3.

Aktionskonferenz, 5./6.5., wahrscheinlich Pädagogische Hochschule in Köln.

BUF-Arbeitstreffen, 28./29.4., Haus der Jugend, Deutschherrenufer, Frankfurt. Beginn: 28.4. um 10 Uhr
(möglichst schon am Freitag anreisen).
Diskussion über die nächste große Aktionskonferenz und über die in der unabhängigen Friedensbewegung strittig gebliebenen Fragen; dazu erscheint bis Mitte April von der Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam ein 150-seitiger Reader (DIN A-5) zu DM 12.-
Kontakt:
Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam
Bodelschwinghstr. 13
3500 Kassel
Tel.: 0561/77 28 58
(Mo-Fr 13-19 Uhr).

17.6. Volksbefragung
Wir berichten in einer Sonderausgabe direkt aus den Wahlurnen.

Vorplanungen zu den Herbstmanövern

Einmal mehr plant die NATO im Herbst in zahlreichen Manövern in der Bundesrepublik ihre Kriegstauglichkeit zu erproben. Es wird der Aufmarsch, das Gefecht einschließlich des Atom- und Chemiewaffeneinsatzes und seit einigen Jahren die neue Konzeption des Air-Land-Battles erprobt. Die Gefechtsübungen sind insbesondere in der Zeit vom 12. bis zum 28.9. konzenriert.

In diesem Jahr werden zum ersten Male größere Protestaktionen dazu vorbereitet. Zeitgleich fanden am Wochenende des 7./8.4. Vorbereitungstreffen für Protestaktionen in Raum Hildesheim und Fulda statt. Die Ergebnisse dieser Treffen sollen hier kurz wiedergegeben werden.

Auf Initiative des Göttinger Antikriegsplenums trafen sich am 7.4. gut 50 Vertreter verschiedenster norddeutscher Friedensgruppen in Hannover. Es wurde sich auf folgende Vorschläge geeinigt : Es sollte ein zentrales ,,Infocamp'' im Manövergebiet aufgebaut werden, das im Rahmen einer Aktionswoche (gedacht ist an die Woche vom 17.-24.9.1984) zentraler Treffpunkt, Info- und Agitationszentrale für verschiedenste Protestaktionen sein soll. Es soll aber vermieden werden, daß über eine solche Zentrale versucht wird, alle Aktionen in einen beschränkten Rahmen zu pressen, wie es manche befürchteten. Zum Abschluß soll zu einer zentralen Norddeutschen Protestaktion mobilisiert werden. In der Diskussion ist eine Demonstration an der Manöverzentrale in Hildesheim oder eine Aktion, die im Manövergelände selbst stattfinden soll. Von einer Reihe der Anwesenden wurden allerdings Bedenken angemeldet, ob eine Aktion im Manövergelände machbar bzw. ,,sinnvoll'' sei. Die verschiedenen Vorstellungen sollen an alle Friedensgruppen in Norddeutschland in einem Infoblatt zusammengefaßt verschickt werden, um dann auf einer Norddeutschen Regionalkonferenz zu gemeinsamen Beschlüssen kommen zu können. Die Konferenz soll am Sonntag,dem 27.5. ab 10 Uhr in Hannover stattfinden. Gemeinsam mit den Fuldaern soll auf der bundesweiten Aktionskonferenz Anfang Mai ein gemeinsamer Aufruf zu Manöverbehinderungen in diesem Herbst eingebracht werden. *Aus Fulda lag bei Redaktionsschluß noch kein Bericht über das Treffen vor.*

''Kein Friedensvertrag - aber ein Schritt zum Frieden''

(Wolfgang Sternstein)

„Liebe Freunde,

Ihr habt Euch um die Verbreitung des AGU-Papiers verdient gemacht. Daher werdet Ihr sicherlich auch am beiliegenden kommentierenden Artikel Interesse haben'' — schrieb uns Wolfgang Sternstein. Der Brief ging bei uns am 14. März ein, zwei Tage nach Erscheinen des AK 244, in dem wir die neueste Fassung des Stuttgarter „Empfehlungspapiers'' dokumentiert haben (Seite 19 f.). Wir hatten Wolfgang Sternstein während der Erstellung des letzten AK um eine Stellungnahme zu den Deeskalationsgesprächen und vor allem zur Rolle des BBU, dessen Vorstandmitglied Sternstein ist, gebeten, uns aber eine Abfuhr geholt. Nun bedanken wir uns für die Zusendung des 13-seitigen Papiers, indem wir die wichtigsten Passagen der geneigten Leserschaft zur Kenntnis bringen. Sternstein legitimiert darin umfassend die Stuttgarter Gespräche mit Polizeiführern, die im Oktober 1982 auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V. (AGU) — siehe dazu AK 244, S. 21— zustandegekommen waren.

„Um was ging es?

In den Sachfragen, z.B. dem Bau des Atomkraftwerks Wyhl oder der Stationierung der Pershing II, so stellten wir klar, gibt es keinen Kompromiß. Wir wollen sie verhindern, die Bundesregierung und die Landesregierung wollen bzw. wollten sie durchsetzen und zwar — das gilt für beide Seiten — mit aller Entschlossenheit. Gegenstand der Gespräche kann folglich allein die Frage sein, mit welchen Methoden die Konflikte ausgetragen werden.

In einem Beschluß der außerordentlichen Mitgliederversammlung in Königstein 1977 hat sich der BBU in der Frage der Methoden der politischen Auseinandersetzung klar für gewaltlose Aktionen entschieden. Diese gewaltlosen Aktionen können in Einzelfällen, in denen bei der Durchsetzung der Atomenergie durch die formale Anwendung veralteter juristischer Mittel Unrecht zu Recht wird, nach Abwägung aller Gesichtspunkte als letztes Mittel die Übertretung bestehender Gesetze einschließen'' (siehe Dokumentation). Obwohl der Beschluß sich nur auf den Konflikt um die zivile Atomenergienutzung bezieht, wurde er als allgemeine Richtlinie akzeptiert. Gewaltfreiheit, parteipolitische Unabhängigkeit, dezentrale und demokratische Organisationsstruktur bilden seitdem den Minimalkonsens der im BBU zusammengeschlossene Bürgerinitiativen und Bürgerinitiativverbände.

Der BBU lehnt Gewalt im Sinne menschenverletzender oder -tötender Handlungen aus pragmatischen und prinzipiellen Gründen ab. Durch Gewalt von unserer Seite verlieren wir die Unterstützung der Öffentlichkeit und großer Teile der Bevölkerung. Das gilt zumindest hier und heute. In anderen Ländern und zu anderen Zeiten mag dies anders sein. Gewalt von unserer Seite führt uns nicht nur in die Isolation, sie liefert, wie die Rote Armee Fraktion (RAF) demonstriert hat, dem Staat die Rechtfertigung, seinen Macht- und Gewaltapparat immer weiter auszubauen. Auf der „militärischen Ebene'' der Auseinandersetzung — damit ist die Ebene spontaner oder geplanter Gewaltanwendung im Sinne menschenverletzender Handlungen gemeint — haben wir keine Chance, hier sind uns die staatlichen Macht- und Gewaltapparate allemal überlegen. Soweit das pragmatische Argument. Das prinzipielle: Die Ökologie- und Friedensbewegung wird unglaubwürdig, wenn sie das Ziel, Leben zu schützen und zu erhalten, mit Mitteln zu erreichen sucht, die Leben verletzen oder zerstören. Das Leben und die Gesundheit eines Polizeibeamten ist uns nicht mehr, aber auch nicht weniger wert als die eines Demonstranten oder Blockierers, zumal viele Polizisten politische Entscheidungen durchsetzen müssen, die sie selbst nicht billigen. Die Polizei ist nicht unser Gegner!

Für unsere Gesprächspartner war dies, obwohl sie bereits in Wyhl 1975 und in Großengstingen 1982 mit gewaltfreien Aktionen zu tun hatten, neu und ungewohnt. Für sie gab es im Grunde nur zwei Kategorien von Menschen: Bürger, die von ihren Grundrechten auf freie Meinungsäußerung und Versammlung Gebrauch machen und die die Polizei folglich bei der Ausübung ihrer Rechte zu schützen hat, und Kriminelle, die Gesetze übertreten, polizeiliche Anordnungen mißachten, Steine und Mollies werfen oder mit Stahlkugeln schießen, die die Polizei daher zu verfolgen hat. Daß es auch noch eine dritte Kategorie geben könnte, Bürger nämlich, die aus Gewissensgründen Gesetze übertreten und polizeiliche Anordnungen mißachten, die jedoch Gewalt im Sinne menschenverletzender Handlungen ablehnen und bereit sind, für ihr Handeln einzustehen, war ihnen neu. Insoweit haben die Gespräche, ungeachtet ihres Ergebnisses, zu einer differenzierten Einschätzung von seiten der Polizei beigetragen.

Wechselseitiger Gewaltverzicht

Unsere Gesprächspartner auf Seiten der Polizei ließen erkennen, daß sie bei Aktionen des gewaltfreien Widerstandes, bei denen Gewalt im Sinne menschenverletzender Handlungen ausgeschlossen ist, ihrerseits auf den Einsatz von Gewaltmitteln wie Wasserwerfern, Tränengas, Schlagstock usw. verzichten. Die Polizei wird sich in solchen Fällen darauf beschränken, ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, d.h. die 'Straftäter' zur Personalienfeststellung festnehmen und bei Gericht anzeigen. Doch damit tut sie ja eigentlich nur, was die Blockierer oder Platzbesetzer wollen, was sie zumindest in Kauf zu nehmen bereit sind.''(...)

Wie geht es weiter?

Doch zurück zu den Gesprächen. Nachdem die Positionen soweit geklärt waren, schlug am Ende der zweiten Runde der Gesprächsleiter, Herr Krapp (EKD), vor, Herrn Kraft vom Innenministerium Baden-Württemberg und mich zu bitten, eine gemeinsame Erklärung der in der AGU vertretenen Organisationen zur Frage der Konfliktaustragung im Umweltbereich zu entwerfen. Wir haben diesen Auftrag ausgeführt. Das Ergebnis liegt vor. Es wurde in der dritten Gesprächsrunde am 8. September 1983 erörtert und von einem Redaktionsausschuß noch einmal gründlich überarbeitet'' (siehe Dokumentation in AK 244, S. 19f.). (...)

(Das ist ja interessant. Eine wesentliche Begründung, weshalb Wolfgang Sternstein uns für den letzten AK keinen Kommentar abgeben wollte, war: Das 'Empfehlungs-Papier' ist ein Zwischenergebnis der Redaktionsgruppe, bedürfe noch der Überarbeitung... — Anm. AK.)

Warum vertraulich?

Die AGU-Gespräche wurden der Öffentlichkeit erst ziemlich spät bekannt und die Art und Weise, wie sie bekannt wurden, trug dazu bei, das bei einem Teil der Ökologie- und Friedensbewegung latent vorhandene Mißtrauen zu schüren. In einer Fernsehsendung über die Friedensbewegung, an der der baden-württembergische Innenminister Herzog und Jo Leinen (BBU) teilnahmen, wurde von Herzog angedeutet, man sei mit der Friedensbewegung im Gespräch und wolle im übrigen das Tischtuch zwischen der Regierung und den oppositionellen Gruppen nicht zerschneiden. Ein Journalist der Südwestpresse ging diesem Hinweis nach und wurde vom Landespolizeipräsidenten Dr. Alfred Stümper über den wesentlichen Inhalt der Gespräche informiert. Die von ihm fabrizierte Sensationsmeldung über einen 'Friedensvertrag' zwischen Polizei und Friedensbewegung hatte mit der Wirklichkeit freilich wenig zu tun. Sie platzte jedoch wie eine Bombe, da in der Friedensbewegung gerade
hatte mit der Wirklichkeit freilich wenig zu tun. Sie platzte jedoch wie eine Bombe, da in der Friedensbewegung gerade
in diesen Tagen heftig um die Teilnahme an einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum gestritten wurde, an der auch Regierungs- und Polizeivertreter teilnehmen sollten. Die taz veröffentlichte den Text des ersten Entwurfes, der ihr von einem BBU-Vorstandsmitglied zugespielt worden war, am 24.8.1983. Er schien die schlimmsten Befürchtungen der Gegner derartiger Gespräche zu bestätigen. Man sprach von Verrat an der Friedensbewegung und von Mauscheleien

> *„Wie weit der von der Erklärung (dem mit der Polizei gemeinsam entworfenen* 'Empfehlungspapier' — Anm. AK) *abgesteckte Aktionsrahmen ist, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß sogar die 'Pflugschar-Aktion', d.h. die Beschädigung eines Pershing-II-Transporters durch eine Gruppe von vier Personen am, 4.12.1983, darin Platz findet.''* (Wolfgang Sternstein in seiner 13-seitigen Erklärung zu den Stuttgarter Gesprächen „Kein Friedensvertrag — aber ein Schritt zum Frieden'').

mit dem Staat. Die Loccumer Tagung wurde denn auch durch einen Sitzstreik vor dem Eingeng der Akademie verhindert.

Warum wurde die Öffentlichkeit nicht von Anfang an über die Tatsache dieser Gespräche informiert? Meines Wissens kam der Wunsch nach Vertraulichkeit von seiten der baden-württembergischen Polizeiführung. Ich bin selbstkritisch genug einzuräumen, daß es ein Fehler war, diesem Wunsch zu entsprechen. Keiner der Teilnehmer hatte jedoch das Gefühl, an 'Geheimverhandlungen' beteiligt zu sein, dazu war der Kreis viel zu groß.

Es fehlte nicht an wüsten Beschimpfungen und Verdächtigungen. Die Gespräche wurden als Teil eines teuflischen Planes der Regierung, der darauf abziele, die Friedensbewegung zu spalten, gedeutet. Ich kann dafür keine Indizien erkennen. Der Wunsch nach Vertraulichkeit scheint mir eher darin begründet gewesen zu sein, die Gespräche nicht von vorn herein mit hohen Erwartungen von Seiten der Öffentlichkeit zu belasten und zunächst einmal auszuloten, ob es überhaupt eine Basis für Gespräche gibt.

Völlig unterschätzt habe ich jedoch das Mißtrauen, den Argwohn und die Feindseligkeit selbst in den Teilen der Ökologie- und Friedensbewegung, die der gewaltfreien Aktion nicht von vorn herein feindselig gegenüberstehen. Mißtrauen gegen Funktionäre und Repräsentanten ist zunächst einmal gerechtfertigt. Es ist eine historische Tatsache, daß viele Volksbewegungen von ihren Repräsentanten verraten wurden. Ob das allerdings auch hier der Fall ist, sollte nicht durch Vorurteil, sondern nach sorgfältiger Prüfung der Ergebnisse der Gespräche entschieden werden. Sollte der Vorstand des BBU oder die Mitgliederversammlung eine negative Entscheidung treffen, so werde ich das, auch wenn ich es bedaure, akzeptieren. Doch selbst, wenn die Gespräche zu keinem greifbaren Ergebnis führen sollten, halte ich sie für nützlich, da sie dazu beigetragen haben, Vorurteile und Mißverständnisse, Mißtrauen und Feindbilder auf beiden Seiten abzubauen.''(...)

(„Sorgfältige Prüfung der Ergebnisse'', „die Entscheidung der Mitgliederversammlung des BBU akzeptieren'' — das klingt natürlich alles sehr gut, und
versammlung des BBU akzeptieren'' — das klingt natürlich alles sehr gut, und
in aller Öffentlichkeit wird man ja auch schwerlich etwas anderes s a g e n können. Aber für die Umsetzung dieser Worte müßten in diesen ach so demokratischen Verbänden erst einmal die Mitglieder informiert werden! Auf der jüngsten BBU-MV, Mitte März, ist das laut taz vom 20.3. wieder einmal nicht geschehen; vielmehr wird „demnächst'' erst das Empfehlungspapier den BBU-Untergliederungen zugestellt. Tja, Wolfgang Sternstein, wenn eure Mitglieder über die Handlungen einiger Vorständler rechtzeitig informiert sein wollen, sind sie immer noch auf den AK und die taz angewiesen...)

Das staatliche Gewaltmonopol

Für viele durch die taz eingestimmte Leser war klar, daß der Entwurf der AGU-Erklärung nur das Dokument eines Verrats an der Ökologie- und Friedensbewegung sein konnte. Sie lasen es mit dem 'bösen Blick' des Vorurteils und fanden denn auch, was sie suchten: ‚Das Gewaltmonopol des Staates muß außer Diskussion stehen'. Selbst die Föderation der gewaltfreien Aktionsgruppen (FÖGA) sah darin einen Freibrief für den Staat, mit gewaltfreien Widerstand leistenden Bürger nach Belieben zu verfahren. Das ist Unsinn. Die Erklärung rechtfertigt nicht einen einzigen Polizeiübergriff, im Gegenteil. ‚Die Anwendung staatlicher Gewalt ist streng an Recht und Gesetz gebunden und erfordert angesichts der Probleme unserer Zeit eine immer größere Sensibilität.' Die Aussage des Satzes richtet sich ausschließlich gegen die g e w a l t s a m e Infragestellung des Gewaltmonopols des Staates, d.h. gegen paramilitärische Verbände der Neo-Nazis, gegen die 'Schwarzen Sheriffs' des Werkschutzes, gegen Gorillas (private Leibwächter), aber auch gegen linke Terrororganisationen wie die Rote Armee Fraktion (RAF) und die Revolutionären Zellen (RZ) sowie gegen autonome 'Streetfighter'.

Doch wird damit nicht das Recht des Staates, unter bestimmten Voraussetzungen Gewalt anzuwenden, gerade von denjenigen anerkannt, die Gewalt in jedweder Form ablehnen? Ich vermag das nicht so zu sehen.''(...)

Kein Staats- oder Friedensvertrag

Wer das Empfehlungspapier der AGU als ''Staatsvertrag'' oder ''Friedensvertrag'' zwischen der Regierung und der Ökologie- und Friedensbewegung betrachtet, weiß nicht, wovon er spricht. Es mangelt uns durchaus nicht an Selbstbewußtsein, doch sind wir nicht so größenwahnsinnig zu glauben, die Regierung würde mit uns Verträge abschließen. **Das Empfehlungspapier der AGU ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine Absichtserklärung der Beteiligten, Gewalt im Sinne menschenverletzender Handlungen als Mittel der politischen Auseinandersetzung auszuschließen.** Sie ist ein höchst zerbrechliches Gebilde. Der Wunsch nach Gewaltvermeidung mag rasch vergessen sein, wenn massenhafter gewaltfreier Widerstand die Regierung in ernsthafte Schwierigkeiten bringt oder wenn Teile der Ökologie- und Friedensbewegung glauben, auf Gewaltanwendung im Sinne menschenverletzender Handlungen nicht verzichten zu können. Ich hoffe jedoch, daß wir die gewaltfreie Disziplin auf unserer Seite aufrecherhalten können und daß wir bei Gewaltakten von Seiten der Polizei die Kraft aufbringen, am Gewaltverzicht festzuhalten.



Sollte die Mitgliederversammlung des BBU das Empfehlungspapier annehmen, so ist damit keine direkte oder indirekte Zustimmung zur Polizeikostenverordnung oder zu der von der Landesregierung befürworteten Verschärfung des Demonstrationsrechts verbunden. In dieser Frage bleiben wir nach wie vor entschiedene Gegner.''

Wie geschickt Sternstein in bürgerliche Kreise hinein operiert, deutet er am Rande an, und mit diesem Zitat wollen wir schließen: *''Die Zustimmung zu der Erklärung bedeutet jedoch nicht unbedingt, daß sie verstanden wurde. In bürgerlich-konservativen Kreisen wurde sie häufig als Unterwerfungsgeste gegenüber der Staatsgewalt mißverstanden. In diesem Mißverständnis treffen sie sich übrigens mit den linken und anarchistischen Kritikern des Papiers.''*(Noch einmal zur Erinnerung: Das Papier ist v o r der BBU-MV von Mitte März '84 geschrieben. Auf dieser MV hat das Empfehlungspapier nicht vorgelegen! — Anm.AK.)

Der Gandhi vom Neckar

„Kontakt mit dem Gegner bedeutet nicht Zusammenarbeit. Gandhi, King und viele andere haben mit polizischen Gegnern Gespräche geführt, ja sogar verhandelt. Das war ein wesentlicher Bestandteil ihrer gewaltfreien Strategie. (...) Seit ich Gelegenheit hatte, selbst in derartigen Gesprächen Erfahrungen zu sammeln, wundere ich mich nicht mehr, weshalb bei den Abrüstungsverhandlungen der Supermächte nichts herauskommt. Ihr Scheitern ist durch Mißtrauen und Argwohn auf beiden Seiten von vornherein programmiert. (...) Wer im Vertrauen auf Offenheit, Wahrheit und Gerechtigkeit das Gespräch mit dem Gegner führt, kann zwar nicht garantieren, daß das vom Gegner honoriert wird, doch selbst wenn es nicht honoriert wird, bedeutet das nicht den Untergang. Es bedeutet lediglich, daß der gewaltfreie Kampf noch einmal aufgenommen werden muß, solange, bis eine Situation geschaffen ist, die neue Verhandlungen ermöglicht.'' (Alle Zitate aus einem Papier des Friedens- und Konfliktforschers, BBU-Vorstandsmitglied Wolfgang Sternstein zu den Stuttgarter Deeskalationsgesprächen.)

```
Wolfgnag Sternstein
Hauptmannsreute 45
7ooo Stuttgart 1                                28.3.1984

An die
Redaktion des "Arbeiterkrampf"
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7683
2ooo Hamburg 19

Liebe Leute vom Arbeiterkrampf,

interessant, interessant! Was lese ich denn da im Arbeiterkrampf
vom 12.3.84 (zufällig mein Geburtstag, deshalb vielen Dank für das
reizende Geburtstagsgeschenk)? Tja, da Ihr schon so scharfsinnig
seid, die Aktion als mit der Polizei und den Amerikanern abge-
sprochen zu durchschauen, verrate ich Euch auch, wie es weiter-
geht. Natürlich muß jetzt Anklage erhoben werden - aber nur zum
Schein! Es wird vielleicht auch verurteilt - aber nur zum Schein!
Dann kommen die Leute ins Gefängnis gar und müssen 17.ooo DM Scha-
denersatz zahlen - doch keine Sorge, nur zum Schein! Und sitzen da -
aber natürlich nur zum Schein!

Ich meine, Eure Leser haben einen Anspruch darauf, daß Ihr Ihnen
auch diese bittere Wahrheit noch mitteilt. Die Bildzeitung ist ver-
glichen mit Eurem Blatt ja eine echte PRAWDA!

                        Macht weiter so!

                        Wolfgang Sternstein
```

Teil II

Die atomare Sackgasse

Die NATO durchlebt zur Zeit eine umfassende Auseinandersetzung um das Für und Wider ihrer militärischen Strategie. Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte der NATO, daß die Strategie des westlichen Bündnisses in den eigenen Reihen auf ihre Tauglichkeit hin hinterfragt wird. Wann immer die NATO ihre Strategie diskutierte, ging es niemals um Wege zur Friedenssicherung und Kriegsverhinderung, sonderm im Gegenteil um Verbesserung und Ausbau von Kriegsführungsoptionen. Und immer waren es Entwicklungen im Kräfteverhältnis zur Sowjetunion, die eine kritische Erörterung und Neuformulierung der NATO-Strategie auf die Tagesordnung setzten. Seit dem Verlust des Atomwaffenmonopols der USA ging es dabei immer um die Fähigkeit zur ,,Abschreckung'' (was nach dem Selbstverständnis der NATO gleichbedeutend ist mit der Fähigkeit zur erfolgreichen Kriegsführung) und ,,Schadensbegrenzung'' (womit die Überlebensfähigkeit des eigenen Territoriums im Falle eines Krieges mit der Sowjetunion gemeint ist). War beides nicht mehr gegeben, mußte die Strategie den gewandelten Bedingungen neu angepaßt werden. Das Ziel blieb stets das gleiche, es überlebte noch jede Strategiedebatte. Nach Kissinger hat eine ,,strategische Doktrin'' zur Aufgabe, ,,Macht in Politik umzusetzen''. Vor dem Hintergrund der ,,Ost-West-Auseinandersetzung'' heißt dies, daß sie den US-Globalinteressen, nämlich der Sicherung und Ausweitung des politischen und wirtschaftlichen Einflußbereiches des kapitalistischen Systems, durch den realen oder potentiellen Gebrauch militärischer Macht zu dienen hat. Veränderlich sind lediglich die Methoden zur Verwirklichung des Zieles: In den 50er Jahren die politische und strategische Konfrontation (,,roll back''/,,massive retaliation''); in den 60er Jahren eine ,,globalistische Politik'', gestützt auf politische und militärische Überlegenheit (,,coercive diplomacy''/,,superiority'') bei gleichzeitiger Bereitschaft zur begrenzten Kriegsführung (,,flexible response'') und gleichzeitig begrenzter Zusammenarbeit (,,Rüstungskontrolle''); in den 70er Jahren eine Politik des dynamischen Machtgleichgewichts (,,parity''/,,sufficiency'') auf der Basis vereinbarter Regeln für Konfliktdiplomatie bei gleichzeitiger Formulierung von Optionen begrenzter strategischer Kriegsführung (,,Schlesinger-Doktrin''). Das Ziel blieb über all die Jahre hinweg das selbe: ,,Containement''.

[redacted]

Planungen der NATO sahen den früh- ve retaliation sondern ihre Ergänzung

▶ Die Roosevelt'sche Idee eines ,,Systems der kollektiven Sicherheit'', als Fortsetzung der amerikanisch-sowjetischen Kriegsallianz, das allen Staaten die Universalität der Zusammenarbeit, die friedliche Konfliktregelung, umfassende Abrüstung und der amerikanischen Volkswirtschaft weltweiten Einfluß versprach, wurde, nachdem sich die Sowjetunion den Versuchen der ,,friedlichen Einverleibung'' nicht beugen mochte, durch die ,,Truman-Doktrin'' abgelöst. Dieser zweite Entwurf amerikanischer Nachkriegspolitik war ebenfalls weltweit angelegt, jedoch diesmal unter Ausschluß des sowjetischen Machtbereichs.

Militärisch stützte sich die Politik des *Containements* auf das US-Atomwaffenmonopol, die Seestreitkräfte und 10 Divisionen. ,,Airpower statt manpower'' lautete die Devise der Ära des US-Atomwaffenmonopols. Das strategische Denken dieser Zeit war schlicht bis naiv. Die Führung eines dritten Weltkrieges stellte man sich nicht viel anders vor als die des zweiten: Die USA hätten wieder einen Bombenkrieg zu führen, nur jetzt eben einen Atombombenkrieg gegen sowjetische Städte. Im Grunde beinhaltete diese Strategie nichts anderes als die Fortführung der Theorie vom absoluten Luftkrieg, wie sie vom Italiener Douhet entwickelt und während des zweiten Weltkrieges in Europa und Japan von den USA und Großbritannien konsequent angewandt worden war. Diese Strategie hatte zwei entscheidende Schwächen: Sie konnte alsbald durch eine sowjetische ,, Gegenabschreckung'' paralysiert werden und durch ,,kleine Kriege'', für die sie sich als untauglich erwies, unterlaufen werden. Im August 1949 explodierte die erste sowjetische Atombombe, und im Juni 1950 konnte die Drohung mit der amerikanischen Atombombe den Korea-Krieg ebensowenig verhindern wie später zugunsten der USA entscheiden. Die westliche Strategie erlebte ihre erste Glaubwürdigkeitskrise. Das Ergebnis war eine Verstärkung der in der BRD stationierten US-Truppen, die Bildung eines integrierten NATO-Oberkommandos (SHAPE), die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und die Verkündung der Absicht, bis Ende 1954 96 NATO-Divisionen aufzustellen.

▶ 1954 wurde die Strategie der *massive retaliation* (,,Massive Vergeltung'') offiziell. Sie fällt in eine Zeit, in der das Kräfteverhältnis zwischen USA und SU dadurch gekennzeichnet war, daß es der SU einerseits gelungen war, das US-Atomwaffenmonopol zu durchbrechen, andererseits jedoch sich die SU noch um Jahre von einem ,,strategischen Patt'' mit den USA entfernt befand. Sie modifizierte die bis dahin gültigen strategischen Überlegungen in der Form, daß nun bei Kriegsausbruch zunächst eine begrenzte lokale, kollektive ,,Verteidigung'' erfolgen sollte, anstatt der sofortigen und massiven Zerstörung der sowjetischen Städte, die sich die USA allerdings weiterhin offenhiel-

Form, daß nun bei Kriegsausbruch zunächst eine begrenzte lokale, kollektive ,,Verteidigung'' erfolgen sollte, anstatt der sofortigen und massiven Zerstörung der sowjetischen Städte, die sich die USA allerdings weiterhin offenhiel-

ten. Neu an dieser Konzeption waren somit der Vorbehalt der Mittel und des Ortes der ,,Vergeltung'' und der erwarteten Wirkung auf das Risikoverhalten des Gegners. Die Definition der Konfliktbedingungen wollten sich die USA kraft ihrer strategischen Überlegenheit und der unmittelbaren Bedrohung der sowjetischenLebensinteressen durch ihre atomar bestückten Bomber vorbehalten; die SU war zu dieser Zeit noch nicht dazu in der Lage, die USA direkt atomar zu bedrohen, da es ihr noch an den dafür notwendigen Trägersystemen fehlte. Auf der ideologischen Ebene wurde die neue Strategie von der Forderung begleitet, an die Stelle der ,,sterilen'' und ,,defensiven'' *Containement*-Politik müsse eine politische Strategie der ,,offensiven Befreiung'' (*roll back*) treten. Die zur Wahrung einer ,,Eskalationsdominanz'' und eines ,,Eskalationsvorteils'' unerläßliche strategische Überlegenheit war zur Zeit der Verkündung der *massive retaliation* zweifellos vorhanden. Die USA verstärkten ihr Strategic Air Command, was die Verwundbarkeit der SU für atomare Schläge gegen ihre Städte und strategischen Streitkräfte vergrößerte. Die NATO-interne Kritik an der *massive retaliation* war jedoch in der Strategie selbst von vornherein angelegt, da die atomare Bewaffnung zum Patentrezept einer nationalen, auch innenpolitisch bedingten ,,Sicherheitspolitik'', und schließlich für die gesamte NATO zur verbindlichen ,,Abschreckungsstrategie'' erklärt wurde. Die *massive retaliation* beinhaltete auch den Gedanken der ,,maximalen Abschreckung bei erträglichen Kosten'' — ein Gedanke, der den USA durch den Vorrang der atomaren vor der konventionellen Rüstung am ehesten realisierbar erschien, jedenfalls solange, wie ein nuklearstrategisches Patt und somit eine ernsthafte atomare Bedrohung des eigenen Territoriums nicht existierte. Die operativen Planungen der NATO sahen den frühzeitigen und massiven Einsatz von taktischen Atomwaffen gegen die konventionellen Verbände des Warschauer Paktes vor. Im Falle eines Krieges sollten konventionelle Kräfte lediglich ,,größere Angriffe'' zeitlich verzögern (,,Schild'), während die Hauptaufgabe den atomaren Waffen zufiel (,,Schwert''). Dies hätte die atomare Vernichtung eines erheblichen Teils der BRD binnen weniger Tage zur Folge gehabt. An der Einsatzplanung für taktische Atomwaffen entzündete sich Mitte der 50er Jahre die erste europäische Kritik an der *massive retaliation* und die erste bundesrepublikanische wehrpolitische Strategiedebatte. Der Start des Satelliten ,,Sputnik'' im Oktober 1957 signalisiere unübersehbar, daß nun die SU bald in der Lage sein würde, interkontinentale Trägersysteme für ihre Atomsprengköpfe zu produzieren. Die relative Unverletzbarkeit des US-Territoriums würde somit schon bald nicht mehr gegeben sein; damit würden die letzten Voraussetzungen für die ,,Glaubwürdigkeit'' der *massive retaliation* entfallen. Die europäischen Regierungen begannen sich zu fragen, bis zu welcher Risikostufe die USA bei der ,,Abwehr einer begrenzten Bedrohung'' in Westeuropa gehen würden, wenn ihre eigenen Städte dabei auf dem Spiel standen. Sie wünschten deshalb, entweder an der Planung des Einsatzes von strategischen Atomwaffen beteiligt zu werden oder eigene Atomwaffen zu besitzen. In den USA entwickelte sich die erste große öffentliche Strategiedebatte. Die Themen lauteten: Verwundbarkeit der USA, politische Verwendbarkeit und Kontrollierbarkeit strategischer Macht, Koordinierung der europäischen mit den amerikanischen Sicherheitsinteressen, Widersprüche zwischen Rhetorik und Praxis der *Containement*-Politik.

▶ Die *flexible response* bedeutet nicht die Aufhebung der Drohung mit *massive retaliation* sondern ihre Ergänzung um Optionen der Kriegsführung unterhalb dieser. Sie trug damit zur Entwicklung zum ,,strategischen Patt'' (nicht gleichbedeutend mit Parität, denn ein quantitativer Gleichstand zwischen den USA und der SU hat noch niemals existiert) zwischen den Großmächten Rechnung. Sie beinhaltete die erklärte Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen, während die alte Strategie nach offizieller Lesart den Krieg durch die Unbegrenztheit der angedrohten Mittel überhaupt verhindern sollte. *Massive retaliation* blieb Kernbestandteil der neuen Strategie. Die Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen war in Anbetracht der neuen nuklearstrategischen Situation allerdings nur denkbar, wenn anwendbare militärische Mittel zur Verfügung standen, die nicht mit dem Risiko totaler (Selbst)Vernichtung belastet waren. Diese Mittel durften weder durch das Ausmaß der angedrohten Zerstörung die Existenz der Sowjetunion direkt gefährden, noch durch den Umstand der Verwundbarkeit des eigenen Atomwaffenpotentials die Sowjetunion zu einer präventiven oder präemptiven Reaktion herausfordern. Die Bereitschaft zur strategischen Kriegsführung setzte somit die Respektierung der sowjetischen Überlebensinteressen voraus. Zwecks Realisierung der strategischen Überlegung vom ,,begrenzten Krieg'' im Atomzeitalter mußten diverse Kontrollprobleme gelöst werden: Die Beherrschung der ,,command''-, ,,control''- und ,,communication''-Systeme (C3-Systeme), die Absicherung des eigenen nuklearstrategischen Potentials gegen eine vorzeitige Ausschaltung, die Kontrolle über die Wirkung von atomaren Waffensysteme (Zielerfassung, Zielgenauigkeit, Zerstörungsgrad und -radius), die Zentralisierung des gesamten atomaren Potentials in den Händen des Präsidenten, die Gewährleistung von ,,Nonproliferation'' (Nichtweitergabe) und die Integration atomarer Bündnispartner in das zentralistische Entscheidungssystem der *flexible response* sowie das ,,Sanktuarium''-Konzept, d.h. die Vorstellung der Unverletzbarkeit der Territorien von USA und SU und das ,,Anheben der nuklearen Schwelle''. Im Bereich der atomaren Kriegsführung hatte dies den Abzug von Mittelstreckenraketen aus England, Italien und der Türkei zur Folge; zugleich wurden jene Atomwaffen aufgestockt, deren operative Funktion unter Aussparung des SU-Territoriums auf den europäischen Kriegsschauplatz beschränkt wurde. Im Bereich der nicht-atomaren Kriegsführung fanden diese Maßnahmen im Ausbau der konventionellen Streitkräfte ihre Entsprechung, wenn dies auch (u.a. aus Kostengründen) niemals in dem Umfange erfolgte, wie ursprünglich intendiert. Der konventionellen Aufrüstung lag auch die Vorstellung der US-Regierung zugrunde, man müsse darauf vorbereitet sein, zur gleichen Zeit ,,2 1/2 Kriege'' zu führen: Zwei ,,große Kriege'' in Europa und Asien und einen ,,kleinen Krieg'' in einem anderen Teil der Dritten Welt. Dies Ziel machte verstärkte Anstrengungen der europäischen Verbündeten im Bereich der konventionellen Rüstung erforderlich, um die USA an der europäischen Zentralfront zu entlasten und US-Truppen für andere potentielle Kriegsschauplätze freizumachen, was fortan ein Dauerthema in den europäisch-amerikanischen Beziehungen bleiben sollte (,,burden sharing''). McNamara ergänzte die *flexible response* durch die *counterforce*-Doktrin; sie sah Schadensbegrenzung im eigenen Land durch Entwaffnung des Gegners vor. Das setzte nuklearstrategische Überlegenheit und eine immer gigantischere atomare Aufrüstung voraus, da jeder einfache Zuwachs im strategischen Potential des Gegners einen geometrischen Zuwachs auf amerikanischer Seite zur erforderlichen Mehrfachabdeckung der Ziele hätte nach sich ziehen müssen. Das Problem der *Schadensbegrenzung* war jedoch noch aus weiteren Gründen nicht realisierbar: Defensiv nicht, weil ein Zivilschutzprogramm, das dazu in der Lage war, *Schadensbegrenzung* einigermaßen zu garantieren, finanziell zu aufwendig gewesen wäre. Zudem hing das Ziel der *Schadensbegrenzung* in seiner Verwirklichung zu einem hohen Maße von der Initiative/Reaktion des Gegners ab: griff dieser US-Städte an, dann reduzierten sich die strategischen Optionen der *flexible response* einzig und allein auf die Alternative des *massiven Vergeltungsschlags*, der jede Begrenzung der Kriegsführung, wie sie die *flexible response* intendierte, unmöglich gemacht hätte. Um dennoch die Möglichkeit einer Kriegsführungsstrategie unter Beibehaltung des Primats der *Schadensbegrenzung* nicht zu verlieren, modifizierte McNamara sein strategisches Konzept: aus *counterforce* wurde *city-avoidance* (1963), ein Konzept, das die Absicht beinhaltete, die sowjetischen

densbegrenzung nicht zu verlieren, modifizierte McNamara sein strategisches Konzept: aus counterforce wurde city-avoidance (1963), ein Konzept, das die Absicht beinhaltete, die sowjetischen

Städte zu schonen, bzw. als Geiseln gegen Angriffe auf die eigenen cities zu benutzen. Ein SU-,,Ausweichsschlag'' gegen militärische Einrichtungen und das strategische Potential der USA war aber schon deshalb von vornherein sinnlos, weil die USA ihr gesamtes ICBM (Intercontinental ballistic missiles)-Potential gerade erst ,,überlebensfähig'' gemacht hatten. Griff die SU nun unter dem Zwang, ihre einzige realisierbare Option aufgrund einer drohenden Niederlage anwenden zu müssen, US-Städte an, war eine US-*second-strike counterforce* gleichfalls sinnlos, da die SU ab 1964 ebenfalls über erste Ansätze einer Zweitschlagsfähigkeit verfügte. *Schadensbegrenzung* war nun nicht mehr möglich, weil sich der sowjetische Erwerb der ,,gesicherten Zweitschlagsfähigkeit'' gerade auf die Zerstörung amerikanischer Städte bezog; ,,aktive Abschreckung'' war auch nicht möglich, da für die SU das ,,no cities''-Konzept in einer Situation strategischer Unterlegenheit unakzeptabel sein mußte (1).

Die aktuellen Strategie-Probleme der NATO

Seit dieser Zeit sind die strategischen Probleme der NATO im Grunde die gleichen geblieben. Sie lassen sich heute wie folgt zusammenfassen: Angesichts des nuklearstrategischen Patts erscheint es im nachhinein als ein Versäumnis, in der Vergangenheit nicht genug in Optionen konventioneller Kriegsführung und in die konventionelle Komponente der *flexible response* investiert zu haben. ,,*Als in den 50er Jahren die USA nuklearstrategisch drückend überlegen waren, konnte die NATO eine Strategie verfolgen, die als Antwort auf jede Form einer Aggression in Europa eine massive nukleare Vergeltung gegen die UdSSR vorsah. Als jedoch mit dem Aufbau des sowjetischen interkontinental-strategischen Potentials auch die Vereinigten Staaten selbst verwundbar wurden, drängte die amerikanische Regierung auf Ablösung dieser starren und extremen Militärdoktrin. Sie forderte von den Verbündeten eine Verstärkung der westlichen nichtnuklearen Streitkräfte, um nach Möglichkeit konventionelle Angriffe von seiten des Warschauer Paktes ohne Einsatz von Nuklearwaffen abwehren zu können. Die Europäer setzten dieser Forderung Widerstand entgegen aus Furcht davor, daß die kriegsverhindernde Wirkung nuklearer Abschreckung geschwächt werden könnte, und aus Scheu vor den Kosten eines konventionellen Streitkräfteausbaus. (...) Aufgrund der Entwicklung der sowjetischen nuklearen Rüstung im interkontinental-strategischen Bereich ist in der westlichen Debatte das Konzept der vorbedachten nuklearen Eskalation und damit der Doktrin der flexiblen Reaktion selbst in eine Glaubwürdigkeitskrise geraten. Die Anerkennung der strategischen Parität im Prozeß der SALT-Verhandlungen hat Zweifel genährt, ob die USA ihr strategisches Schutzversprechen für die europäischen Verbündeten noch erfüllen können, das sie unter Bedingungen eindeutiger Überlegenheit eingegangen sind. Es gibt die verbreitete Auffassung, daß de facto bereits eine 'Entkoppelung' eingetreten sei*'' (2).

Die BRD muß in der Tat, aus Gründen der Glaubwürdigkeit der ,,nuklearen Schutzgarantie'' der USA für Westeuropa, ein Interesse an nuklearstrategischer Überlegenheit der USA haben, denn nur sie (und die damit verbundene Aussicht, eine nuklearstrategische Auseinandersetzung mit der SU erfolgreich zu bestehen) garantiert den Willen Washingtons, sein nuklearstrategisches Potential an das Schicksal eines potentiellen europäischen Kriegsschauplatzes anzukoppeln. Die Aussicht auf eigene Vernichtung hingegen würde den USA Zurückhaltung auferlegen. Ein Dilemma, das für die BRD grundsätzlich nur durch eigene strategische Atomwaffen zu lösen wäre. 1974 bemühte sich die US-Regierung, durch die Verbesserung der Einsatzflexibilität und die Entwicklung begrenzter strategischer Optionen gegen Ziele auf dem Territorium der SU die Koppelung der nuklearstrategischen Streitkräfte an einen potentiellen europäischen Kriegsschauplatz auch unter den Bedingungen des nuklearstrategischen Patts aufrechtzuerhalten (,,Schlesinger-Doktrin''). Während diese Überlegungen und Maßnahmen von den europäischen Regierungen begrüßt wurden, stießen sie in den USA auf Widerstand, weil gerade durch die Erhöhung der strategischen Flexibilität und damit der Wahrscheinlichkeit nuklearstrategischer Einsätze die Gefahr der Verwicklung der USA in eine globale nukleare Konfrontation mit der SU erhöht würde. Eine Möglichkeit, dem zu entge-

Wahrscheinlichkeit nuklearstrategischer Einsätze die Gefahr der Verwicklung der USA in eine globale nukleare Konfrontation mit der SU erhöht würde. Eine Möglichkeit, dem zu entge-

hen, besteht theoretisch in der Verlagerung einer flexiblen strategischen Kriegsführung auf den europäischen Kontinent, in der Stationierung von Systemen in Westeuropa, die über die Fähigkeit zur atomaren Kriegsführung bis in das Zentrum der SU hinein verfügen. Das jedoch mußte wiederum in Westeuropa die Furcht vor den Folgen eines auf den Kontinent begrenzten Atomkrieges mit vernichtenden Folgen für die betroffenen Länder heraufbeschwören (,,Nachrüstungs''-Debatte). ,,*Insgesamt bleibt festzustellen, daß die Veränderung des nuklearstrategischen Kräfteverhältnisses der NATO eine Debatte über ihre nukleare Strategie aufgezwungen hat. In dieser Debatte werden zunehmend widerstreitende Tendenzen erkennbar. Die NATO sieht sich dazu gezwungen, ihre nukleare Strategie zu differenzieren und dabei militärischen Aspekten erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Beides führt jedoch zu starker interner Opposition und gefährdet die politische Akzeptanz der NATO-Strategie insgesamt. Es ist eine starke Neigung erkennbar, den Widrigkeiten der nuklearen Probleme dadurch zu entgehen, daß eine wesentliche Verstärkung der westlichen konventionellen Streitkräfte gefordert wird. Doch wäre es ausgesprochen problematisch, wenn diese Forderung mit einer Flucht aus dem nuklearen Risiko gerechtfertigt würde, wenn also eine stabilere konventionelle Verteidigung als Ersatz für die nukleare Strategie der NATO begriffen würde. Zwar ist deutlich, daß unter den gegenwärtigen militärischen Rahmenbedingungen der Aufbau der konventionellen Streitkräfte der NATO erste Priorität verdient. Nur auf diese Weise kann es gelingen, die NATO-Strategie hinreichend konsensfähig zu erhalten. Der Zwang zum frühzeitigen Einsatz von Nuklearwaffen aufgrund unzureichender konven-*

Antimilitarismus



aus „Niks aan de Hand", St. Verwey

tioneller Verteidigungfähigkeit ist die wesentlichste psychologische Hypothek für die Strategie der westlichen Seite. Und es besteht weitgehende Einigkeit darüber, daß dieser Zwang so weit wie möglich abgebaut werden sollte" (3).

Woran es der NATO heute mangelt, ist ein vertikaler (Regierung-Bevölkerung) wie horizontaler (USA-Europa) Konsens über eine militärische (aber auch politische) Strategie in der Konfrontation mit der SU. Ein derartiger Konsens setzt annähernd gleiche Risikoverteilung auf alle Beteiligten sowie die Aussicht auf politischen und militärischen Erfolg (und nicht auf den eigenen Untergang) voraus. Bislang hat sich das Bündnis in seinem Willen zur Kriegsführung (auch an der europäischen Zentralfront) aufgrund der existierenden Widersprüche über das W i e der Kriegsführung eher selbst paralysiert (siehe z.B. die unterschiedlichen Interpretationen der *flexible response*; je nach geopolitischer Lage wird entweder die „schnelle" oder die „langsame Eskalation" favorisiert). Es ist eben nicht zuletzt die unterschiedliche geopolitische Lage von USA und Westeuropa (und hier wiederum vom „Frontstaat" BRD im Vergleich zum „westeuropäischen Hinterland"), die die Formulierung eines neuen transatlantischen Konsens' so schwierig gestaltet, zumal die USA im Zeitalter interkontinentaler Atomraketen immer an einem gewissen Maß von „Abkoppelung" interessiert sein müssen.

„Abkoppelung bedeutet jedoch in den Augen der westeuropäischen Verbündeten Schwächung, da der Kriegsführung an der europäischen Zentralfront das nuklearstrategische Potential der USA (und sei es auch nur als glaubwürdiges Druckmittel) entzogen würde. Ein weiteres Problem der NATO besteht darin, daß bislang sämtliche unter dem Eindruck des Atom-Patts formulierten Optionen „begrenzter Kriegsführung" in ihrer Realisierung letztlich davon abhängen, ob die SU die „Einladung" zur „begrenzten Kriegsführung" überhaupt annimmt oder aber (im Sinne der Abschreckung) die nuklearstrategische Eskalation androht. Bislang fehlen der NATO noch Möglichkeiten, die die SU dazu zwingen könnten, von einer atomaren Eskalation abzulassen und sich auf eine „begrenzte" Kriegsführung einzulassen.

Die Vorschläge der „Viererbande"

McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert McNamara und Gerard Smith hatten im Frühjahr 1982 mit ihrem Aufsatz „Kernwaffen und das atlantische Bündnis" die jüngste Strategie-Debatte der NATO eröffnet und zugleich den Versuch gestartet, mögliche Eckpfeiler eines neuen vertikalen wie horizontalen Konsenses über die Strategie der NATO zu benennen. Allgemeineren Betrachtungen der Autoren über die Probleme des Einsatzes von Atomwaffen im Zeitalter des Atom-Patts waren bereits Gegenstand des ersten Teils dieses Artikels. Im folgenden soll es um konkretere Vorschläge und Vorstellungen gehen, mit denen nach Auffassung der Autoren dem Dilemma abgeholfen werden kann.

▶ Die Autoren schlagen den Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen vor (den die SU schon erklärt hat), denn: *„Es ist Zeit zu erkennen, daß es niemandem je gelungen ist, einen überzeugenden Grund für die Annahme anzubieten, daß irgendein Einsatz von Kernwaffen, und sei es kleinsten Ausmaßes, mit einiger Sicherheit begrenzt gehalten werden kann. (...) Jeder Einsatz von Kernwaffen in Europa, sei es durch das Bündnis oder gegen es, schafft ein hohes und unentrinnbares Risiko der Eskalation in den allgemeinen Atomkrieg, der allen den Ruin und keinem den Sieg bringen würde. Die einzige klar definierbare Abschottung gegen die weltweite Katastrophe eines allgemeinen Atomkriegs ist diejenige, die zwischen allen anderen Arten von Konflikt und jedweder Anwendung von Kernwaffen besteht. Dieses Schott breit und stark zu halten, liegt zutiefst im Interesse der ganzen Menschheit. In der Rückschau ist wirklich erstaunlich, daß die Vereinigten Staaten nicht schon früher auf diese Realität eingegangen sind. Angesichts der entsetzlichen Folgen selbst der begrenztesten Anwendung von Kernwaffen und der völligen Unmöglichkeit irgendeiner Garantie gegen unbegrenzte Eskalation auf beiden Seiten ist der ernsteste Zweifel an der Weisheit einer Politik angebracht, die die Effektivität eines Einsatzes von Kernwaffen durch welche Seite auch immer behauptet. Deshalb scheint es an der Zeit zu sein, die Möglichkeiten, die Erfordernisse, die Schwierigkeiten und die Vorteile einer Politik des Verzichts auf den Ersteinsatz in Erwägung zu ziehen"* (4). Da der Einsatz von Atomwaffen kaum regional auf den europäischen Kriegsschauplatz begrenzbar ist und zudem die westeuropäischen Verbündeten kaum ihre Einwilligung für einen auf Europa begrenzten Atomkrieg geben würden, fordern die Autoren die Stärkung der konventionellen Komponente der *flexible response* und die Konventionalisierung eines potentiellen europäischen Kriegsschauplatzes. Sie argumentieren dabei durchaus vom Standpunkt eines nationalen Interesses aus, denn eine derartige Konventionalisierung hätte die Abkoppelung eines konventionellen Kriegsschauplatzes Europa von dem nuklearstrategischen Potential der USA zur Folge. Sich derartiger Bedenken wohl bewußt, beeilen sich die Autoren zu versichern, daß *„eine Politik des Verzichts auf Ersteinsatz von Kernwaffen nicht den Widerruf dieser außergewöhnlichen Garantie* (gemeint ist die „Nukleargarantie") *bedeuten würde und sollte, sondern nur ihre Neudefinition. Sie würde auch weiterhin die Bereitschaft verlangen, jeden nuklearen Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland mit amerikanischen Kernwaffen zu beantworten, und diese Verpflichtung allein wäre schon anspruchsvoll genug, um nachdrücklich zu demonstrieren, daß eine Politik des Verzichts auf Ersteinsatz keineswegs einer Preisgabe des deutschen Verbündeten gleichkäme"* (5). Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist jedoch, daß es in der Vergangenheit ein wichtiges Element jeder NATO-Doktrin war, *„daß die Vereinigten Staaten ihre Bereitschaft erklären, zur Abwehr einer Aggression in Europa als erste Kernwaffen einzusetzen — und auch wirklich Pläne ausarbeiteten, sie notfalls als erste einzusetzen. Dieses Element verlangt heute eine Revision. Sowohl seine Nachteile für den Zusammenhalt des Bündnisses als auch seine Bedrohlichkeit für die Sicherheit der Welt nehmen zu, während seine Glaubwürdigkeit als Abschreckung nachläßt"* (6). Denn die Voraussetzungen für eine „Nukleargarantie" stimmen bereits seit spätestens Anfang der 60er Jahre nicht mehr, da sie zu einem Zeitpunkt gegeben wurde, als die USA selbst noch für die SU atomar nahezu unerreichbar waren. Deshalb verlangten die USA schon damals den Ausbau der konventionellen Streitkräfte. Auch Bundy, McNamara, Smith und Kennan fordern nun den massiven Ausbau der konventionellen Streitkräfte. Darüber besteht in der NATO weitestgehend Konsens; strittig ist hingegen, in welchem Verhältnis die konventionelle Komponente zur nuklearen zu stehen hat. Der Verzicht auf den *first use* von Atomwaffen muß sich nach Auffassung der Autoren *„auf ein stärkeres Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der konventionellen Streitkräfte des Bündnisses"* (7) stützen können. Zu den Kosten einer konventionellen Aufrüstung und eines amerikanischen Beitrages schreiben die Autoren: *„Eine besondere Auswirkung, die der Verzicht des Bündnisses auf den Ersteinsatz von Kernwaffen haben würde, läßt sich schon jetzt absehen: Er würde der Beibehaltung und Verbesserung des speziell amerikanischen Beitrages zu den konventionellen Streitkräften in Europa neue Aktualität verleihen. Das hauptsächliche politische Problem einer Politik des Verzichts auf den Ersteinsatz liegt darin, daß sie in Europa und besonders in der BRD als ein Zeichen für ein geringeres Interesse der Amerikaner am Bündnis und an einer wirksamen umfassenden Abschreckung aufgefaßt werden könnte. Wir behaupten das Gegenteil: daß eine solche Politik unter allen verfügbaren Optionen am besten geeignet ist, das Bündnis geschlossen und wirksam zu erhalten. Gleichwohl ist die psychologische Realität im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der BRD doch so beschaffen, daß bei einem prinzipiellen Verzicht auf Ersteinsatz einem zersetzenden Mißtrauen der Deutschen gegenüber amerikanischen Institutionen nur begegnet werden kann, wenn die Amerikaner ihrerseits akzeptieren, daß sie zu der konventionellen Rüstungsanstrengung, die dann erforderlich sein kann, einen angemessenen Beitrag leisten müssen. Es wäre aber falsch, voreilig anzunehmen, daß diese neuen Rüstungsanstrengungen ungeheuer aufwendig sein müßten. Das Problem hat viele Seiten, und es wird zusätzlich dadurch kompliziert, daß Technologie und Politik in ständigem Wandel begriffen sind. Die Entwicklung von Präzisionslenkwaffen auf der technologischen Seite und die sichtbare Schwächung der militärischen Solidität des Warschauer Paktes auf der politischen Seite sind nur zwei Beispiele für Veränderungen, die zum Vorteil des westlichen Bündnisses wirken. Im übrigen besteht seit vielen Jahren eine Tendenz, die relative konventionelle Stärke der SU zu überschätzen und die Tatsache zu unterschätzen, daß sich die Sowjets der enormen Kosten und Risiken jeder Art von Aggression gegen die NATO sehr wohl bewußt sind"* (8). In einer Studie mit dem Titel „Wege zur Stärkung der konventionellen Abschreckung in Europa — Vorschläge für die 80er Jahre", an der auch McNamara und Bundy tatkräftig mitgewirkt haben und in der die strategischen Vorstellungen des Roger-Planes begrüßt und propagiert werden, ist allerdings von 20 Mrd. Dollar die Rede, die eine Modernisierung und ein Ausbau der konventionellen Streitkräfte als Alternative zum *first use* in den nächsten 10 Jahren kosten würde (9).

Was es mit der Stärkung der konventionellen Kampfkraft und dem Verzicht auf den *first use* politisch und militärstrategisch auf sich hat, hat der McNamara-Intimus Schmidt in der „Nachrüstungs"-Debatte des Bundestages in dankenswerter Offenheit erklärt: *„Eines der wichtigsten Prinzipien zukünftiger militärischer Strategie wird es sein, daß man einen Dritten, einen Adressaten der eigenen Militärstrategie von dem Willen zur Durchführung nicht wird überzeugen können, wenn man nicht zuvor die eigene öffentliche Meinung überzeugt hat. Ich nenne dies das in Zukunft notwendig werdende Prinzip der Akzeptanz militärischer Strategie. Es muß im Laufe der Jahre dahin gebracht werden, daß die Entscheidung darüber, ob in einer bestimmten Lage jemand als erster eine sogenannte taktische nukleare Waffe gebraucht, dieser Zwang zur Entscheidung der anderen Seite zugeschoben werden"* (10). Ähnlich hat sich auch schon General Rogers geäußert: Ein konventioneller Schlag in die Tiefe des gegnerischen Raumes verfolge den Zweck, den Gegner vor die Alternative zu stellen, sich entweder zurückzuziehen oder als erster zu Atomwaffen zu greifen. Tatsächlich könnte sich die SU, je mehr die NATO die Option der konventionellen Kriegsführung an der europäischen Zentralfront ausbaut, zu atomaren „Abschreckungsmaßnahmen" gezwungen sehen. Ihre Alternative dazu wäre, sich auf die Logik eines begrenzten konventionellen Krieges in Europa einzulassen. Vor diesem Hintergrund sind auch die sowjetischen „Gegenmaßnahmen" in der DDR und der CSSR zu sehen, als Antwort auf die neueren Überlegungen der NATO (Rogers-Plan, air-land-battle).

Anmerkungen

1) Die Strategiedebatten der NATO wurden hier aus Platzgründen nur arg gerafft dargestellt. Die Darstellung stützt sich vorwiegend auf folgende Veröffentlichungen: Buchbender, Bühl, Quaden, Sicherheit und Frieden — Handbuch der weltweiten sicherheitspolitischen Verflechtungen, Herford, 1983; Zielauswahl und nukleare Einsatzplanung der USA, in: MEDIATIUS, 2/84 (Auszüge eines Artikels aus der „Österreichischen Militär Zeitschrift", Heft 6/1983); Friedrich Korkisch, Die Nuklearstrategie der USA — Die Entwicklung von 1945 bis in die Gegenwart: Politische und militärische Faktoren, in: „Österreichische Militär Zeitschrift", Heft 4/1983; Robert E. Osgood, Das Primat der Politik — Zur Theorie des begrenzten Krieges, in: Günther Dill, Clausewitz in Perspektive, Ffm/Berlin/Wien, 1980; Henry Kissinger, Kernwaffen und auswärtige Politik, München, 1959; Klaus-Dieter Schwarz, Amerikanische Militärstrategie 1945 - 1978, in: ders. (Hrsg.), Sicherheitspolitik, Bad Honnef, 1978.
2) Klaus-Peter Stratmann, Aktuelle Strategieprobleme des Westens, in: Buchbender u.a., Sicherheitspolitik, siehe Anm. 1.
3) ebenda, siehe diesbezüglich auch u.a.: Peter-Kurt Würzbach, Die Atomschwelle heben — Moderne Friedenssicherung von Übermorgen, Koblenz, 1983 (mit Beiträgen von Altenburg, Rogers, Wörner, Hart, McGeoch, Voigt, Biedenkopf, Genscher, Steinhoff).
4) McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara, Gerard Smith, Kernwaffen und das atlantische Bündnis, in: EUROPA-ARCHIV, 7/1982.
5) ebenda
6) ebenda
7) ebenda
8) ebenda
9) „American Academy of Arts and Sciences" (Hrsg.), Wege zur Stärkung der konventionellen Abschreckung in Europa, Baden-Baden, 1983 (unter Mitwirkung von Steinhoff, Schulze, McNamara, Bundy u.a.m.).
10) zitiert nach: Die Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag, Reinbek, 1984.

Der letzte Teil dieses Artikels wird sich vor allem mit den Einwänden anderer NATO-Politiker gegen die Vorschläge der „Viererbande" beschäftigen.

dsm

Weinberger in Den Haag: *"Freunde bedrohen einander nicht"*

Genscher und Mitterrand standen vor einigen Wochen kurz hintereinander in Den Haag auf der Matte, um die niederländische Regierung zu einem positiven Stationierungsbeschluß anzuhalten. Dann wurden die Niederlande auf der NATO-Tagung in Ceswe (Türkei) — die BRD mal wieder vorneweg — auf die „Unumgänglichkeit" der Stationierung hingewiesen. Und schließlich trat Weinberger am 29.3. mit dem gleichen Ansinnen in Den Haag an.

Kurz vor Weinbergers Visite in Den Haag hatte sich die „New York Times" (24.3.) ausführlich mit der Stationierung in den Niederlanden befaßt. Essenz des US-Standpunktes sei, zitiert die Zeitung einen Brüsseler NATO-Funktionär, daß Weinberger bereit sei, *„jede Regelung zu akzeptieren, mit der eine vollständige Ablehnung der Raketen durch die niederländische Regierung vermieden wird, um die geschlossene Front der NATO-Länder zu erhalten"* (zitiert nach „Vrij Nederland", 7.4.84). Im Klartext: Es könnten auch weniger sein als die ursprünglich für die Stationierung in den Niederlanden vorgesehenen 48 Cruise Missles. Diese Möglichkeit war nach Darstellung US-amerikanischer wie niederländischer Zeitungen schon bei dem Besuch von Premier Lubbers im Januar in Washington zur Sprache gekommen. Und tatsächlich ist es für die Angriffs-Kapazität der NATO von sekundärer Bedeutung, ob nun im niederländischen Woensdrecht 48, 36 oder noch weniger Cruise Missiles stationiert sind. Wesentlich ist der p o l i t i s c h e Effekt, die Wirkung auf andere Stationierungsländer, wenn die Niederlande die Raketen nicht stationieren.

Bei Weinbergers Auftritt in Den Haag war von einer Verminderung der Anzahl der zu stationierenden Cruise Missiles allerdings nicht die Rede. Weinberger schloß gegenüber der Presse diese Möglichkeit dezidiert aus — die Anzahl von 572 Raketen in Westeuropa sei *„sorgfältig"* gewählt worden und *„vital, um den Plan auszuführen"*. Jedoch sei Absicht seines Besuches lediglich, die US-amerikanische Auffassung noch einmal zu Gehör zu bringen, nicht aber, die niederländische Regierung unter Druck zu setzen — denn: *„Freunde bedrohen einander nicht"* (nach „Vrij Nederland", 7.4.84).

Niederlande-Kommission

„Es gibt zwei Mächtegruppen in der Welt: die Gruppe der freien Völker (geführt von den USA) und die kommunistisch regierten Staaten (geführt von der Sowjetunion)."

Wege in die Welt, Bd. 1, Schullesebuch, Braunschweig 1954



Information ist Macht

Daten - Datenbanken - Datennetze / Teil II: Nichtöffentliche Dateien

In Anknüpfung an den groben Überblick über öffentliche Datenbanken (Sozialdatenbank, Dateien der öffentlichen Verwaltung, polizeiliche und geheimdienstliche Informationssysteme, siehe AK 242) folgt hier nun als vierter Komplex die Beschreibung nichtöffentlicher Dateien. Auch private Unternehmen verarbeiten zunehmend große Mengen personenbezogener Daten mittels EDV.

Arbeitsweise, Aufgaben und Auswirkungen sollen anhand zweier Beispiele dargestellt werden: zum einen anhand der Personalinformationssysteme (1), derer sich inzwischen sämtliche großen und viele mittelständische Unternehmen bedienen; zum anderen anhand der Dateien von Kreditschutzorganisationen und Banken.

Personalinformationssysteme

Daten von Arbeitnehmern fielen bei Unternehmen schon immer in großen Mengen an; sei es durch die Anlegung einer Personalakte bei der Einstellung, sei es durch die Abrechnung von Löhnen und Gehältern etc. Die Daten wurden zumeist an unterschiedlichen Stellen im Betrieb erhoben und verwaltet — beim Betriebsarzt, in der Personalverwaltung, bei der Abteilung für Lohn- und Gehaltsabrechnung usw. Sicher war es auch schon immer möglich, verschiedene Daten über einen Arbeitnehmer zusammenzuführen, damit sich z.B. die Personalleitung ein umfassendes Bild über dessen Leistungsfähigkeit machen konnte.

Auch wurden schon immer Betriebsstatistiken erstellt — allerdings in nur sehr beschränktem Ausmaß und mit hohem Personal- und Kostenaufwand, da hierfür mehrere Personen über einen längeren Zeitraum beschäftigt werden mußten. In großen Betrieben wurde es daher beinahe unmöglich, z.B. sämtliche Personalakten nach bestimmten Kriterien zu durchforsten und abzugleichen. Solche Statistiken und Abgleiche auf einem möglichst aktuellen Stand gewinnen jedoch für die Unternehmen zunehmend an Bedeutung, um eine in ihrem Sinne ,,erfolgreiche'' Personalplanung und -kontrolle durchführen zu können. Diese Probleme lösen sich stufenweise für all die Unternehmen, die mit der Einführung eines Personalinformationssystems (im folgenden PIS) beginnen und dessen Ausbau vorantreiben.

tuellen Stand gewinnen jedoch für die Unternehmen zunehmend an Bedeutung, um eine in ihrem Sinne ,,erfolgreiche'' Personalplanung und -kontrolle durchführen zu können. Diese Probleme lösen sich stufenweise für all die Unternehmen, die mit der
dungen gespeichert. Die Löschung erfolgt in der Regel n i c h t nach durchgeführter Pfändung, was hinsichtlich der finanziellen Verhältnisse eines Arbeitnehmers durchaus aufschlußreich sein kann. Üblich sind auch Einzelanfragen bei ehemaligen Arbeitgebern ei-
Entwicklung der Personalkosten eines Betriebes in den nächsten Jahren wiedergibt.
Mit mathematisch-statistischen Programmen werden Statistiken erstellt, die dann ,,objektive Durchschnittswerte'' zum Ergebnis haben. An diesen

Werbung für PAISY

Der Aufbau von PIS

Auf dem Markt werden inzwischen unterschiedliche Systeme angeboten, die unter verschiedenen Namen in den Unternehmen eingeführt wurden: ISA (Daimler-Benz), PAISY (Opel), IVP (Siemens) u.v.a. (als absoluter Verkaufsschlager erwies sich inzwischen PAISY, da es als ,,anwenderfreundlichstes'' System nicht nur von Spezialisten bedient werden kann und zudem äußerst ausbaufähig ist; es ist inzwischen in 450 Betrieben installiert).

Zur Einrichtung eines PIS ist zunächst eine EDV-Anlage (Hardware) erforderlich, die in den meisten Betrieben sowieso schon vorhanden ist; denn über diese Rechner wird in der Regel die Lohn- und Gehaltsabrechnung automatisch abgewickelt.

Das PIS selbst ist ein Programm-Paket (Software), das Daten- und Methodenbanken enthält.

Die Personaldatenbank

In der Personaldatenbank werden alle die Daten über den Personalbestand eines Betriebes gespeichert, die für die Unternehmerinteressen relevant sind. Für jeden Arbeitnehmer existiert ein Personaldatensatz, der zwischen 200 und 2000 Einzelmerkmalen über den Arbeitnehmer enthält, die Anzahl der Merkmale hängt von der Speicherkapazität der jeweiligen Anlage ab.

Die Personaldaten werden nach bestimmten Merkmalsgruppen geordnet, um einen Abgleich z.B. mit der Arbeitsplatzdatenbank (s.u.) zu ermöglichen. Die Merkmalsgruppen unterscheiden sich je nach den Bedürfnissen des Betriebes.

Woher kommen die Personaldaten?

Jedes Unternehmen hat zahlreiche interne Datenquellen. Im PIS werden alle Daten zentral und standardisiert zusammengefaßt, die zuvor in unterschiedlichen Betriebsabteilungen vorlagen. Es handelt sich dabei um Daten aus:
— Lohnbuchhaltung
— Personalverwaltung
— Produktion (Leistung, Ausschuß)
— Kantine (automatische Abrechnung)
— Betriebsarzt, -psychologe (Krankenblatt, etc.)
— Torkontrolle (Zugangskontrolle, Anwesenheitserfassung)
— Betriebsdatenerfassung (Produktion und Lager)
— Telefonabrechnung u.a. (2)

Mittlerweile bedienen sich die Betriebe auch externer Datenquellen. So werden für die Berechnung gepfändeter Löhne und Gehälter Informationen aus gerichtlichen Lohn- und Gehaltspfändungen gespeichert. Die Löschung erfolgt in der Regel n i c h t nach durchgeführter Pfändung, was hinsichtlich der finanziellen Verhältnisse eines Arbeitnehmers durchaus aufschlußreich sein kann. Üblich sind auch Einzelanfragen bei ehemaligen Arbeitgebern eines Beschäftigten. Teilweise werden diese Auskünfte dann im PIS gespeichert.

Ferner können inzwischen Privatunternehmen mittels eines Formblatts beim Verfassungsschutz ,,Erkenntnisse'' über bestimmte Personen einholen.

Die Arbeitsplatzdatenbank

In der Arbeitsplatzdatenbank werden Daten über die Anforderungen und Belastungen eines jeden Arbeitsplatzes gespeichert. Zur Identifizierung erhält jeder Arbeitsplatz eine Nummer, der dann jeweils Daten über Qualifikationserfordernisse, spezielle Anforderungen wie z.B. Fremdsprachenkenntnis, Fingerfertigkeit etc. und Daten zur Lohn- und Gehaltsgruppe zugeordnet werden können.

Ferner werden Daten über die zum Arbeitsplatz gehörigen Maschinen, Zeitumfang der Stelle (z.B. Halbstagsstelle) und besondere gesundheitliche Belastungen wie Lärm- und Staubbelästigung gespeichert.

Die Methodenbank

Die Methodenbank enthält verschiedene Programme zur Auswertung und Verarbeitung der in Datenbanken gespeicherten Daten. Einige Beispiele:

Suchprogramm: Durch ein Suchprogramm kann in kürzester Zeit eine bestimmte Anzahl von Personen nach einem Katalog bestimmter Merkmale aus der Personaldatenbank des PIS herausgesucht werden. Solche Programme dienen beispielsweise zu folgenden Maßnahmen:

,,In einem Betrieb von Nordbayern wurde festgestellt, daß im Vergleich zu betriebswirtschaftlichen Richtlinien die Belegschaft überaltert und der Anteil der Frauen zu hoch war. Der Betrieb beschloß, das zu ändern. Da Kündigungen nicht möglich waren — sie wären vom Arbeitsgericht höchstwahrscheinlich als unbegründet aufgehoben worden —, suchte man nach einem anderen Ausweg. Mit Hilfe des Personalinformationssystems stellte man fest, daß die älteren Frauen schwerpunktmäßig außerhalb der Stadt wohnhaft waren. Daraufhin beschloß die Betriebsleitung, den Betriebsbus stillzulegen, der diese Frauen jeden Tag abgeholt hatte, wobei sie vorgab, der Bus rentiere sich nicht mehr. Da kein öffentliches Verkehrsmittel vorhanden war und ein Umzug nicht in Frage kam, mußten die Frauen von sich aus die Stelle kündigen. Für den Betrieb war das Problem damit gelöst.''

Analyseprogramm: Mit diesem Programm werden die Personaldatensätze durchforstet nach z.B. Fehlzeiten, Krankenstand, Überstunden. Die Ergebnisse werden schließlich als ,,objektive'' Daten zur Begründung von Entlassungen herangezogen. Außerdem kann mit diesem Programm eine Simulationsrechnung erstellt werden, die die Entwicklung der Personalkosten eines Betriebes in den nächsten Jahren wiedergibt.

Mit **mathematisch-statistischen Programmen** werden Statistiken erstellt, die dann ,,objektive Durchschnittswerte'' zum Ergebnis haben. An diesen Durchschnittswerten werden wiederum einzelne Arbeitnehmer gemessen, was sich für sie unter Umständen sehr nachteilig auswirken kann. So stellt sich beispielsweise die Tatsache, daß ein Arbeitnehmer mehr Fehlzeiten hat als der Durchschnitt, für die Unternehmensleitung als ,,objektive'' Begründung für Maßnahmen gegen diesen Arbeitnehmer dar. Ursachen und Hintergründe werden natürlich in entsprechende Entscheidungen nicht weiter einbezogen. PAISY kann z.B. Fluktuationsstatistiken, Ausländerstatistiken, Kranken-, Überstunden-, Sozialkostenstatistiken u.v.a. erstellen. (4).

Alarmberichte: Ein Programm, das der Unternehmensleitung täglich aktuelle Auskunft liefert über z.B. den Ablauf von Probezeiten, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen, Zeitarbeitsverträgen etc. Außerdem kann ein PIS mit diesem Programm Arbeitnehmer melden, die z.B. mehr als fünf Biere getrunken haben, was aus der automatisierten Kantinenabrechnung hervorgehen kann. PIS gibt eine Meldung, sobald ein vorher eingegebener ,,Schwellwert'' überschritten ist.

Profilabgleich: Dieses Programm ist sicher eines der entscheidendsten für die Personalverwaltung. Hiermit wird ein systematischer Vergleich der Daten aus der Personaldatenbank mit denen aus der Arbeitsplatzdatenbank möglich. Der gesamte Betrieb kann auf die Frage hin untersucht werden, wie jeder einzelne Arbeitsplatz optimal im Sinne der Unternehmensleitung besetzt werden kann. Bei der Neubesetzung einer Stelle werden die Qualifikationen mehrerer Bewerber mit dem Anforderungsprofil der zu besetzenden Stelle verglichen und eine Entscheidung wieder einmal aufgrund ,,objektiver'' Daten gefällt.

So wurde z.B. bei Daimler-Benz die Einführung von ISA u.a. damit begründet, daß mit seiner Hilfe leistungsgeminderte Arbeitnehmer optimal einzusetzen seien. Man könne für ältere Arbeitnehmer leichtere Arbeitsplätze finden. Tatsächlich wurde — auch nach einem halben Jahr Betrieb von ISA — keinem einzigen leistungsgeminderten Kollegen ein leichterer Arbeitsplatz angeboten! (5).

(Ein Beispiel für einen Profilabgleich im Kasten.)

Profilabgleich am Beispiel eines Lagerarbeiters

0 · 1,0 · 2,0 · 3,0
fehlt · mäßig · gut · sehr gut

Werkstoffkenntnisse
Buchführung
Dateneingabe (EDV) →
Englische Sprache
Körperliche Verfassung →
Sehvermögen
Kontaktfähigkeit
Zuverlässigkeit →

→ Qualifikationslücken
Anforderungsprofil (Arbeitsplatz)
Qualifikationsprofil (Arbeitnehmer)

→ Qualifikationslücken
Anforderungsprofil (Arbeitsplatz)
Qualifikationsprofil (Arbeitnehmer)

aus Henss/Mikos Personalinformationssysteme

Das Ziel des Ganzen: MIS

Neben einem PIS sorgen noch eine Reihe anderer computergestützter Systeme für eine zunehmende Erfassung und Kontrolle der Arbeitnehmer. Diese Systeme sind mit PIS verknüpfbar.

Zugangs- und Bewegungskontrollsystem: Dieses System soll den Zugang von Beschäftigten zum Betrieb selbst, aber auch zu einzelnen Bereichen des Unternehmens kontrollieren und erfassen. Die Arbeitnehmer erhalten maschinenlesbare Werksausweise, die im Falle der Einführung des computerlesbaren Personalausweises durch diesen durchaus ersetzt werden können. Die Werksausweise werden von Lesegeräten an allen wichtigen Zugängen gelesen, und der angeschlossene Computer speichert Uhrzeit, Datum und z.B. Betriebsnummer desjenigen, der Zugang verlangt. Die Angaben auf dem Ausweis lassen den Computer den Zugang von der auf dem Ausweis verschlüsselten Zugangsberechtigung abhängig machen.

Betriebsdaten-Erfassung (BDE): Ein weiterer Datenlieferant für PIS ist das Betriebsdaten-Erfassungssystem. Mittels Kontrollmechanismen an den Arbeitsgeräten (z.B. Bildschirmen) werden die Arbeitsvorgänge in den einzelnen Betriebsstellen verfolgt. Es läßt sich feststellen, inwieweit die Auftragserledigung dem Zeitplan entspricht, Informationen zum Materialverbrauch werden stets aktuell geliefert. Vor allem kann auch das Arbeitsverhalten kontrolliert werden, denn die Zeiterfassung an Akkord-Arbeitsplätzen erfolgt sofort und automatisch, sodaß ein Anlegen von Akkord-Polstern beispielsweise kaum noch möglich ist. Die Kontrolle über den Produktionsprozeß wird stark intensiviert.

Auch die Rechtsprechung paßt sich zunehmend den unternehmerischen Erfordernissen modernster Personalverwaltung und -kontrolle an. Vom Landesarbeitsgericht Hamm wurde entschieden, daß der Betriebsrat keinen Anspruch auf Mitbestimmung habe, wenn es um den Einsatz von Kontrollsystemen am Arbeitsplatz gehe, die keine Rückschlüsse auf die persönliche Leistung einzelner zulasse. Bei der Opel AG wurden solche Systeme eingesetzt, die Arbeitsteams an Montagestraßen in ihrer Leistung kontrollieren. Damit liege keine anonyme Überwachung einzelner vor. (6).

Telefondaten-Überwachungssystem (TDÜ): Mit TDÜ ist es möglich, die Kommunikation innerhalb des Betriebes und mit Teilnehmern außerhalb des Betriebes zu überwachen. Offiziell wird der Einsatz dieses Systems mit der Automatisierung der Telefonabrechnung begründet; tatsächlich handelt es sich allerdings auch um ein Kontrollinstrument.

Kantinen-Abrechnungssystem: Zur Rationalisierung der Kantinenabrechnung werden in einigen Betrieben über maschinenlesbare Ausweise die Kosten für konsumiertes Essen und Getränke automatisch vom Lohn abgezogen. Über diese Abrechnung läßt sich aber auch z.B. der Alkoholkonsum eines Beschäftigten feststellen. Oder das Wählen von Diätkost läßt unter Umständen Rückschlüsse auf die Gesundheit und damit Belastbarkeit eines Arbeitnehmers zu. Eine detaillierte Erfassung der Speisen und Getränke erfolgt offiziell im Interesse der Arbeitnehmer, da diese eine genaue Abrechnung verlangen und nicht nur einen undurchsichtigen Betrag am Ende des Monats bezahlen wollen.

Der Zusammenschluß dieser computergestützten Systeme mit dem eigentlichen — oben beschriebenen — Personalinformationssystem ergibt ein über-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gordnetes, überaus komplexes **Management-Informations-System (MIS)**. MIS ist sicher noch für die Großzahl aller bundesdeutschen Unternehmen Zukunftsmusik, in einigen wenigen ist es bereits auf dem Prüfstand oder wird schrittweise verwirklicht. Häufig wird jedoch mit der Einführung von Teilsystemen begonnen. Der Zusammenschluß und Ausbau ist lediglich eine Frage der Zeit und der Kosten. Zudem soll die schrittweise Einführung computergestützter Systeme einen kollektiven Widerstand gegen die Erfassung und Kontrolle verhindern.

hat insbesondere der Verfassungsschutz Kontrollmöglichkeiten. Davon waren und sind auch besonders Betriebsräte und Kandidaten zur Betriebsratswahl betroffen.

Interessant ist jedoch auch die Frage, inwieweit auch andere Behörden mit Informationen aus PIS versorgt werden. Darüber liegen jedoch kaum Informationen vor. Anzunehmen ist aber, daß z.B. Modellversuche wie Co-Arb zur automatisierten Arbeitsvermittlung (siehe AK 242) mit Arbeitsplatzbeschreibungen von den Arbeitgebern beliefert werden, die den Kriterien der Arbeitsplatzdatenbank eines PIS entsprechen. Die Rolle von PIS für eine

geschlossene Firmen erteilt. Inzwischen bedienen sich auch Wohnungsvermietungsgesellschaften, Arbeitgeber und Versicherungen der Schufa-Datenbank. Wohnungsvermietungsgesellschaften besorgen sich beispielsweise Auskünfte über die Zahlungsfähigkeit ihrer künftigen Mieter, die ihnen in der Regel von Banken nicht erteilt werden. (10).

Die Löschung negativer Daten erfolgt bei der Schufa erst, wenn seit der letzten negativen Eintragung drei Jahre vergangen sind. Jedes — auch unberechtigte — Mahnverfahren setzt diese Frist wieder in Gang und verschließt möglicherweise den Geldhahn. (Es ist

keit und die Zahlungsfähigkeit des Kunden ... erteilen.'' („NN'', 21./22.1.84). Tatsächlich wird in dieser Klausel nur das schriftlich festgehalten, was schon immer Praxis war. Dies wurde auch unumwunden zugegeben. (Der Pressesprecher des Sparkassen- und Giroverbandes, Hennemann, betonte, daß dies ein seit Jahrzehnten übliches und normales Verfahren sei. *„Die Datenschützer sitzen auf dem falschen Dampfer und verunsichern die Bevölkerung.''* („NN'', 21./22.1.84).)

Die CDU erklärte über ihren stellvertretenden Sprecher, Walter Brückmann, *„die Banken hätten ‚kein sonderlich feines Gespür' bei der Veröffentlichung der Geschäftsbedingungen besessen''* („FR'', 24.1.84). Die FDP forderte eine *„bürgerfreundliche und datenschutzgerechte Lösung''* („taz'', 27.1.84), und die SPD machte die Geschichte gar zum Thema einer Dringlichkeitsanfrage an die Bundesregierung, *„wie sich denn nun Bankkunden künftig davor schützen könnten, daß die Geldinstitute Auskünfte weitergeben''* („taz'', 27.1.84).

Die Datenschützer hielten die Klausel deswegen für unwirksam, *„weil die Banken zu Unrecht eine Einwilligung ihrer Kunden zur Auskunftserteilung unterstellen''* („NN'', 21/22.1.84), wenn sie nicht fristgemäß Widerspruch einlegen.

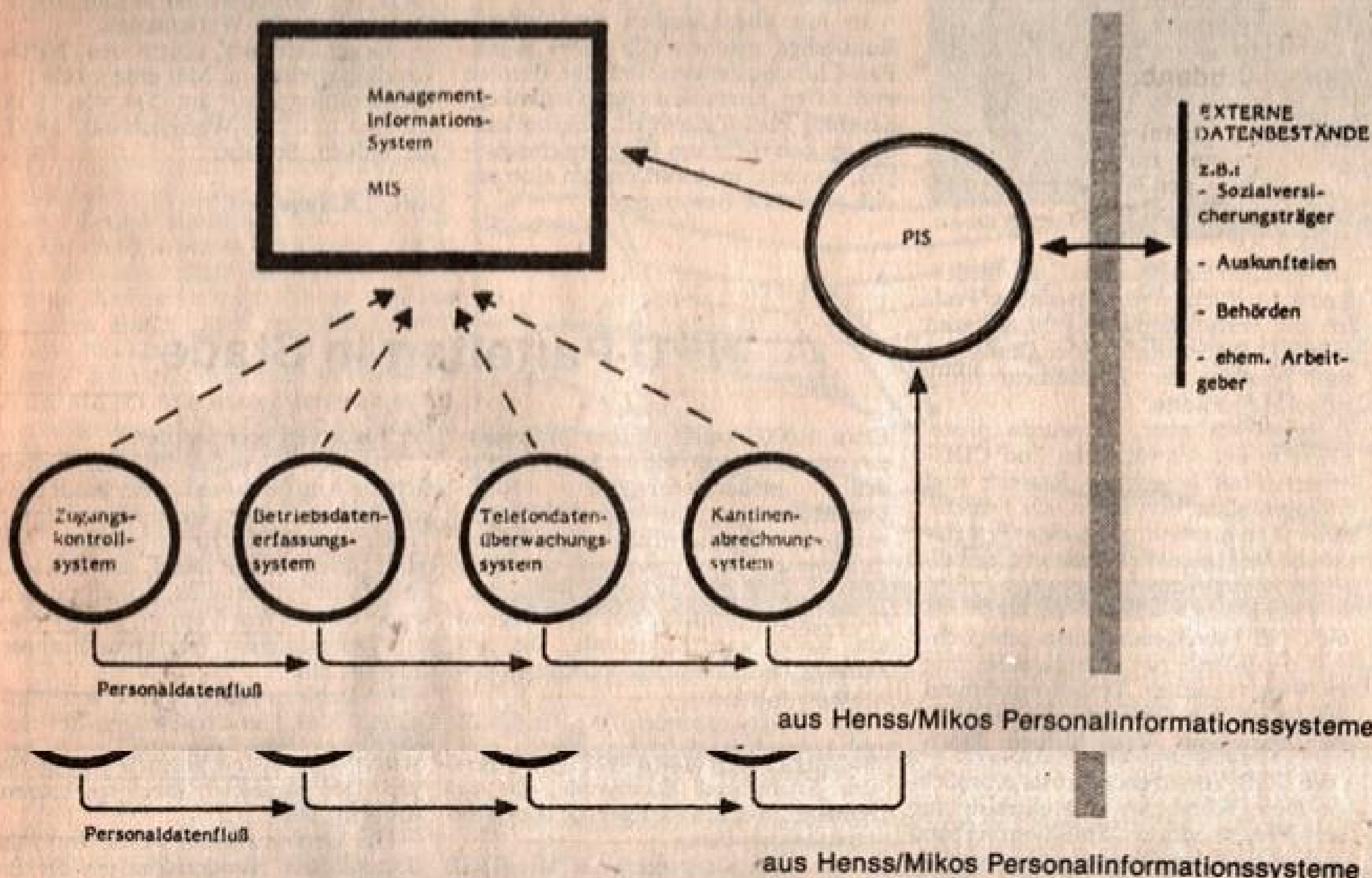
Die Aufregung hat sich inzwischen gelegt. Es wurde ein befristeter Kompromiß dahingehend vereinbart, daß vorläufig nur dann Auskünfte über Privatkunden weitergegeben werden, wenn vorher deren Einwilligung eingeholt wurde. Für Geschäftskunden soll weiterhin im *„bisher üblichen Umfang''* Auskunft erteilt werden („NN'', 1.2.84).

Eine neue Regelung der Bankauskunft soll ausgearbeitet werden — bürgerfreundlich und datenschutzgerecht. Tatsächlich wird sich wohl nichts an der Praxis ändern.

Quellen:
1) Informationen über Personalinformationssysteme wurden für diesen Artikel hauptsächlich folgenden Untersuchungen entnommen: Kristina Henss, L. Mikos: Personalinformationssysteme, Verlag Die Arbeitswelt, Berlin 1984, FORBIT: Materialien zu Personalinformationssystemen
2) aus FORBIT: Materialien zu PIS, S.4
3) zitiert nach Henss/Mikos, S.26
4) Henss/Mikos, S.27
5) FORBIT, s.o., S.9/10
6) „FR'', 10.4.84
7) Frank A. Koch: Bürgerhandbuch Datenschutz, S.206
8) Eine genaue Aufzählung ist nachzulesen in: F.A. Koch, s.o., S.207
9) „FR'', 3.2.84
10) „FR'', 3.2.84
11) Der Bürger und seine Daten, Eine Information zum Datenschutz, hrsg. vom Bundesbeauftragten für Datenschutz, S.57
12) Das Datennetz — Computer bedrohen die Freiheit, Hrsg. M. Binas, S.33

A., KB/Gruppe Nürnberg

Personaldatenflüsse zwischen PIS und anderen Informationssystemen



aus Henss/Mikos Personalinformationssysteme

Personaldatenfluß

aus Henss/Mikos Personalinformationssysteme

NRW-Grüne

NRW-Grüne

wieder auf dem Boden der Tatsachen

Aufgaben, Einsatz und Folgen

Personalinformationssysteme werden als Instrumente der Personalplanung eingesetzt, was die Umstellung der Personalverwaltung auf EDV zur Folge hat. Begründet wird die unbedingt notwendige Einführung von PIS auch mit den Informationspflichten der Betriebe gegenüber öffentlichen Institutionen und Sozialversicherungsträgern. Zwar sind Arbeitgeber verpflichtet, bestimmte Daten bei der Einstellung von Personal an diese Behörden und Versicherungsträger zu melden, es werden jedoch weitaus mehr Daten gesammelt als für die Erfüllung gesetzlich vorgeschriebener Meldungen erforderlich ist. So sind es nicht nur unternehmerische Sachzwänge, die zum rapiden Aufschwung von Personalinformationssystemen führen. Vielmehr steht im Vordergrund die Rolle von PIS als wichtigem Planungs- und Entscheidungsinstrument für jede Unternehmensleitung.

Die Auswirkungen für die Arbeitnehmer sind alles andere als akzeptabel, auch wenn ihnen PIS mit allerlei Argumenten schmackhaft gemacht wird. Denn PIS informiert nicht das Personal, sondern die Unternehmensleitung.

Die Folgen sind zweierlei: Zum einen wird die Kontrolle über die Arbeitnehmer in einem für sie selbst unüberschaubaren Maß intensiviert. Durch die Erfassung so zahlreicher Personaldaten, durch die Möglichkeit der permanenten Leistungskontrolle wird eine Normierung des Arbeitsverhaltens zu erzwingen versucht. Die ständige Überwachung macht es zumindest schwieriger, der betrieblichen Rasterfahndung nach abweichendem Arbeitsverhalten zu entkommen.

Eine andere Folge von PIS ist die systematische Rationalisierung eines Betriebes. Diese erfolgt enerseits in der Personalverwaltung durch Umstellung auf EDV; denn das, was vorher von zahlreichen Beschäftigten bearbeitet wurde, liegt nun in Sekundenschnelle per Knopfdruck vor. Das gleiche gilt für die Lohn- und Gehaltsabrechnung. Andererseits ermöglicht PIS der Unternehmensleitung eine Überprüfung des gesamten Betriebes, um „überflüssige'' Arbeitsplätze abzubauen und „falsch besetzte'' mit anderen Arbeitskräften zu besetzen. Wie das Beispiel von der Stillegung des Werkbusses zeigt, erleichtert PIS zudem noch die Umgehung von für das Unternehmen so kostspieligen Dingen wie Sozialplänen etc.

PIS und staatliche Behörden

Polizeibehörden haben immer Zugang zu allen Dateien, soweit sie ihrer Aufgabe — der „Gefahrenabwehr'' — nachgehen. Insbesondere bei sogenannt lebenswichtigen Betrieben und „sicherheitsrelevanten'' Unternehmen bundesweite automatisierte Arbeitsverwaltung ist noch unklar.

Kreditschutzorganisationen

Als ein weiteres Beispiel für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch nicht-öffentliche Unternehmen sollen hier die riesigen Datenbanken der sogenannten Kreditschutzorganisationen, allen voran die der Schufa (Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung) vorgestellt werden.

Neben der Schufa sind in demselben Gewerbe tätig:
— Vereine Creditreform (1879)
— Schimmelpfeng GmbH (1872)
— Verband Deutscher Wys, Muller-Auskunfteien (1862)
— Vereinigte Auskunfteien Bürgel (1880)
— Dun & Brad Street (USA 1841/49)

Die Schufa, die erst 1927 gegründet wurde, besteht aus 13 selbständigen Gesellschaften mit 32 Geschäftsstellen. Inzwischen sind bei der Schufa Daten von über **24 Millionen Personen** gespeichert, d.h. über ein Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung.

Wie kommt die Schufa zu diesem Datenberg? Der Kreditschutz wird als eine Art „Selbstschutz der kreditgebenden Wirtschaftsbranchen'' (7) verstanden. Kredite könnten sonst — so die Kreditgeber — nicht so reibungslos gewährt werden, was sich allerdings hauptsächlich für die Kreditgeber nachteilig auswirken würde. Der Schufa sind aufgrund vertraglicher Abmachungen vor allem Banken, Sparkassen, Waren- und Versandhäuser angeschlossen. Von diesen Unternehmen erhält sie Informationen über deren Kunden. Gespeichert werden neben den üblichen Angaben zur Person Informationen über Girokontoeröffnung, Kredit-, Mahn- und Konkursverfahren, Zwangsvollstreckung usw., kurz: alles, was mit bargeldlosen Zahlungen, Krediten, Schulden, Zahlungsunfähigkeit zu tun hat. (8).

So wird der Schufa automatisch jede Person gemeldet, die eine Scheckkarte erhält; das sind inzwischen 10 Millionen Scheckkartenbesitzer. Jede Bank läßt bei der Kontoeröffnung eine Klausel unterschreiben, nach der sie berechtigt ist, Informationen über Einrichtung und (evtl. nicht vertragsgemäße) Nutzung eines Kontos an eine Kreditschutzorganisation zur Speicherung zu übermitteln. Jedes Mitglied bei der Schufa verpflichtet sich, alle Ratenkredite bis DM 50.000,- zu melden, und zwar nicht nur die Konditionen, sondern auch, ob und wie der Kunde zurückzahlt. Weitere Informationen erhält die Schufa auch aus den bei den Amtsgerichten geführten Schuldnerverzeichnissen. (9).

Jährlich werden rund 23 Millionen Auskünfte an rund 30.000 Banken, Sparkassen, Waren- und Versandhäuser und auch an andere der Schufa an- möglich, Auskunft über die Speicherung der Eigenen Daten und eventuell Löschung bzw. Berichtigung zu verlangen.)

Sogenannte Auskunfteien, die von der Schufa zu unterscheiden sind, erhalten ihre Informationen weniger von ihren Mitgliedern, sondern aufgrund eigener Recherchen. Neben der Auswertung öffentlich zugänglicher Quellen wie Schuldnerverzeichnissen sammeln sie ihre Daten durch Recherchen bei Betroffenen, Nachbarn und Arbeitgebern. (11).

Banken und Sparkassen

Banken und Sparkassen haben ebenfalls Umgang mit hochsensiblen personenbezogenen Daten. Grundsätzlich erhalten sie den Großteil ihrer Informationen über ihre Kunden von diesen selbst.

Da der bargeldlose Zahlungsverkehr immer umfangreicher wird, wird das Bild, das sich Banken über ihre Kunden machen können, im gleichen Maße detaillierter. So werden die meisten Gehaltszahlungen überwiesen und geben damit Aufschluß über den Arbeitgeber. Daueraufträge, Einzugsermächtigungen und einzelne Gut- und Lastschriften informieren über Geschäftsbeziehungen und andere Verpflichtungen.

Die Deutsche Bank leitete beispielsweise eine Marketing-Aktion ein, mit der die Kunden, die Kinder hatten, von der Notwendigkeit des „Vorsorgesparens'' überzeugt werden sollten: *„Zur Ermittlung der dafür in Frage kommenden Personen filtert sie im ‚Magnetband-Clearing-Verfahren' die eingehenden Gutschiften der Landeszentralbanken nach Empfängern von Kindergeld aus. In einem zweiten Programmschritt ordnet der Computer den Kontonummern die Anschrift des Kontoinhabers zu. Ein Drucker spuckt auf Tastendruck die entsprechenden Adressenaufkleber aus.''* (12). (Der Fall geriet an die Öffentlichkeit und das Unternehmen wurde schließlich gestoppt.)

Andererseits kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß das sog. Bankgeheimnis hierzulande gehegt und gepflegt wird und damit zu einem der sichersten „Geheimnisse'' zählt. Hier geht es nämlich zuletzt um den Schutz personenbezogener Daten im Sinne des Datenschutzes. Im Vordergrund steht das Interesse des Kapitals, die Karten hinsichtlich finanzieller Geschäfte, Transaktionen und anderem nicht offen auf den Tisch legen zu wollen. Für eine solche Art von Datenschutz wird es immer einflußreiche Fürsprecher geben.

Banken und Sparkassen verursachten vor kurzem eine erregte Diskussion über ihre seit 1.1.84 geltenden neuen Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB). Da hieß es in § 10 AGB: *„Die Bank kann bankmäßige Auskünfte, und zwar auch über die Kreditwürdig-*

Eines war bei den NRW-Grünen nie umstritten: Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen zwischen SPD und Grünen in Hessen sind Testfall für das, was nach den 1985 fälligen Landtagswahlen in NRW auf sie selbst zukommen wird. Jetzt, da die (vorläufigen) Ergebnisse aus Hessen nachprüfbar sind, hat es allerdings einen deutlichen Stimmungsumschwung gegeben. Nach der Landeshauptversmmlung im Dezember waren in einer Presseerklärung noch reichlich Hoffnungen und staatsmännische Floskeln verbreitet worden: *„Die nordrhein-westfälischen Grünen haben sich auf ihrem Landesparteitag in Siegburg deutlich zur Übernahme politischer Verantwortung als drittstärkste politische Kraft des Landes bekannt. Der Sprecher des Landesverbandes, Michael Happe, begrüßte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Absicht der hessischen Grünen, mit der dortigen SPD zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zu kommen und sprach in diesem Zusammenhang von einer Signalfunktion für die Kommunal- und Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen.''*

Der Kritik aus den eigenen Reihen an einer solchen „De-facto-Koalitionsaussage'' („FR'', 22.12.83), für die die Landesgeschäftstelle „Mißverständnisse und zum Teil falsche Presseberichterstattung'' verantwortlich machte, wurde mit dem schlichten Hinweis begegnet, endgültige Entscheidungen für Tolerierung oder Koalition seien doch noch gar nicht getroffen worden.

Die Landesversammlung am 18.3. in Marl hat demgegenüber nun eine deutliche Kurskorrektur beschlossen: *„Ohne vorherigen Beschluß der Landesversammlung dürfen keine Kooperationsgespräche mit anderen Parteien geführt werden. Wir schließen jegliche Koalition mit den etablieren Parteien zum jetzigen Zeitpunkt aus''* (nach „taz'' vom 20.3.).

Eindrucksvoller als dieser Beschluß ist der Text einer auf der Landesversammlung von Rudolf Boch, Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuß des Bundeshauptausschusses (BHA), gehaltenen Rede, die eine scharfe Abgrenzung von der SPD und ihren grünen Möchtegern-„Juniorpartnern'' (namentlich genannt: Otto Schily, Joschka Fischer, Dirk Treber, Karl Kerschgens) enthält. Die Konkurrenz zwischen SPD und CDU sei eine *„Konkurrenz um etwas mehr Polizei oder etwas weniger, etwas mehr Kapitalkraft in den Medien oder nicht, etwas mehr NATO oder etwas weniger.''* Was andere als sozialdemokratische Reformpolitik interpretieren, sieht Boch als *„ökologische Kosmetik''* oder *„wo es unbedingt sein muß auch Umweltreparatur''* — *„die Entwicklungslogik wird die gleiche bleiben''*. Mit dieser Politik habe die SPD *„keine schlechten Chancen, den Wettbewerb um die Verwaltung der anstehenden kapitalistischen Umstrukturierung zu gewinnen.''*

Unter Hinweis auf seine Arbeit im Geschäftsführenden Ausschuß des BHA und genaue Kenntnis des Bonner Fraktionsapparates zieht Rudolf Boch eine Verbindungslinie zwischen den beiden in der grünen Partei derzeit umstrittensten Fragen: Rotation und Basisanbindung grüner Abgeordneter einerseits, das Verhältnis zur Sozialdemokratie andererseits. Er wisse, *„daß es eine erhebliche Strömung in der Bundestagsfraktion gibt, die ein weitgehendes Eigenleben gegenüber der Partei anstrebt, die diese Autonomie auch braucht, weil sie ein ganz anderes Verständnis von der politischen Rolle einer Parlamentsfraktion hat. (...) Wer die schnelle Zusammenarbeit mit der SPD will, wer gar von Koalition redet, muß bei den bekannten Widerspüchen und der Skepsis in der grünen Parteibasis, auf eine Fraktion ohne Rotation und ohne strikte Verantwortlichkeit gegenüber der Partei setzen.''*

Auf diesem Wege würden die Grünen dann zur *„Partei des 'kleineren Übels' mit einer Fraktion, die sich auf einen fast beliebig formulierbaren Wählerwillen beruft.''* Um das zu verhindern, gehe es *„erst einmal (...) darum, daß die Grünen als Partei die nächsten Jahre überleben — auf deutsch: ein Übergreifen des naiven hessischen Kurses ist ein Sprengsatz für den innerparteilichen Kompromiß der verschiedenen Kulturen und Strömungen, die heute die Grünen bilden — und es geht gleichzeitig um die Frage, wie man gesellschaftliche Veränderungsprozesse vorantreibt; durch Illusionen in die Sozialdemokratie oder durch eine intakte Systemopposition.''*

„Systemopposition'' soll Tolerierungsverhandlungen nicht ausschließen. Allerdings müsse an *„einigen zentralen politischen Weichenstellungen für die Zukunft unserer Gesellschaft die Ernsthaftigkeit des ökologischen und sozialen Anspruchs der SPD''* geprüft werden: *„Ist sie bereit, konsequente Maßnahmen gegen das Waldsterben zu ergreifen? Ist sie bereit zu einer schnellen Umorientierung der Energiepolitik, weg von der Atomenergie? Ist sie bereit, durch unkonventionelle Maßnahmen, die auch an den Grenzen dieses Wirtschaftssystems kratzen, der Arbeitslosigkeit und Verelendung entgegenzuwirken? Ja oder nein?''*

4000 gegen SS-Treffen in Oberaula

Etwa 4.000 Antifaschisten demonstrierten am 31.3.84 im hessischen Oberaula gegen das dort zum dritten Mal stattfindende Treffen der ,,Urlaubergemeinschaft Ilmensee'', wie sich zur Tarnung der Ehemaligen-Verband der SS-Panzerdivision ,,Totenkopf'' dort nannte.



Foto: G.Krevitt

Wer bei Ilmensee aber an Urlaubsidylle denkt, geht diesen Leuten schon auf den Leim: Dort am Ilmensee, der in der Sowjetunion liegt, beging die SS-Panzerdivision ,,Totenkopf'' eines ihrer Verbrecher, die in der Ermordung von mehreren tausend sowjetischen Zivilisten und der Beschießung und ,,Auslöschung'' des Warschauer Ghettos gipfeln, nachdem der Röhm-Mörder, KZ-Schlächter und -Erbauer Eicke aus den KZ-Wachmannschaften, den Totenkopfverbänden, eben diese SS-Division gebildet hatte.

Na und? — das war die Reaktion eines Großteils der ortsansässigen Bevölkerung, deren Honoratioren solchen Umgang allemal ehrenhafter finden als den mit einem Pastor, der für die rund 100 ehemals in Oberaula lebenden Juden ein Mahnmal aufstellen lassen wollte. Da paßt es ins Bild, wenn eben einer dieser Honoratioren vor wenigen Jahren aktiv am Berufsverbot der aus einer jüdischen Familie stammenden Lehrerin Sylvia Gingold (DKP) beteiligt war.

Nichts zu machen — das waren die offiziellen Stellungnahmen, die aus Bonn zu hören waren — nicht ohne einen bissigen Seienhieb auf das niederländische Parlament, das dieses Treffen als ,,verbrecherisch'' verurteilt und die BRD-Regierung in einer Demarche zum Verbot der Zusammenrottung aufgefordert hatte.


SS-Treffen am 31.3. in Oderaula: Junge Neo-Nazis Foto: G.Krewitt

Immerhin aber, es wurde protestiert; in der schwärzesten und CDU-beherrschten hessischen Provinz und entgegen allen Versuchen, die gemeinsame Verantwortung an den gemeinsam begangenen Verbrechen zu banalisieren und zu leugnen.

,,Schlächter und Mörder'' die DGB-Vorsitzende Brusis gebrauchte diese Worte zur Charakterisierung des Vereins, dessen Traditionsverband sich da traf. In Oberaula aber wird sicher alles beim Alten bleiben. Doch wenn anläßlich dieser und ähnlicher Demonstrationen zumindest einige Menschen dazu gebracht werde, diese Art von Vergangenheitsbewältigung nicht kritiklos hinzunehmen, dann ist schon etwas erreicht. Ein niederländisches Reisebüro hat seine Buchungen für Oberaula storniert und die Deutsche Postgewerkschaft wird ihre Folbindungskurse auch nicht mehr dort abhalten.

Antifa-Kommission


SS-Treffen am 31.3. in Oderaula: Junge Neo-Nazis Foto: G.Krewitt

sches Reisebüro hat seine Buchungen für Oberaula storniert und die Deutsche Postgewerkschaft wird ihre Folbindungskurse auch nicht mehr dort abhalten.

Antifa-Kommission

''Wir wollen wieder eine normale Nation sein''

In Bad Homburg trafen sich dieser Tage bekannte Figuren des rechtskonservativen Spektrums zur Bildung eines ,,Deutschlandrates''. Zu den Gründungsmitgliedern gehören der ,,criticon''-Redakteur Armin Mohler, der wegen seiner SS-Bekenntnisse beim bayerischen Rundfunk zurückgezogene Fernsehredakteur Franz Schönhuber, sowie die Professoren Dr. Hans Joachim Arndt, Dr. Helmut Diwald (Starreferent der rechtsradikalen DVU des Dr. Frey), Dr. Robert Hepp, Dr. Wolfgang Seiffert und Dr. Bernard Willms.

In einer ,,*Erklärung zur deutschen Identität*'' fordert der Rat die Aufhebung des ,,*fremdbestimmten Ausnahmezustandes*'': ,,*Wir wollen wieder eine normale Nation sein. Dazu gehört auch die Entkriminalisierung unserer Geschichte als Voraussetzung für ein selbstverständliches Nationalbewußtsein. Nur dieser Weg führt zur Wiederherstellung Deutschlands*'' (DVZ, 23.3.84).

Diese Meldung wäre für sich genommen nicht der Rede wert, gehören solche Sehnsüchte doch schon immer zum Credo des rechtskonservativen bis neofaschistischen Spektrums. Von Interesse aber dürfte sein, daß zunehmend zu beobachten ist, daß diese Forderung auf unterschiedlichsten Ebenen bei den staatstragenden Parteien zum politischen Alltagsgeschäft geworden ist.

Einige Beispiele aus den letzten Wochen (dabei absolut unvollständig) mögen das belegen:

Im August erklärt Kanzler Kohl anläßlich der Proteste gegen die Streichung der HIAG als rechtsextremistische Organisation aus dem Verfassungsschutzbericht: Er wende sich dagegen, einer Gruppe von Leuten, die als 19- oder 20jährige eine Entscheidung getroffen hätten, bis ans Lebensende ,,*das Kainsmal des Rechtsradikalismus*'' anzuhängen (Birne war ja schließlich auch erst 15 Jahre alt). Es sei ein hohes Maß an Heuchelei ,,*wenn heute bei jeder denkbaren Gelegenheit von Menschen, die die NS-Zeit nicht selbst erlebt und sich auch nicht sachkundig gemacht hätten, eine Art von nochmaliger Entnazifizierung betrieben werde. Ohne die damals jungen Menschen* (hier: Mitglieder der international geächteten Waffen-SS; Anm. AK) *hätte die Bundesrepublik so nicht wiederaufgebaut werden können*'' (FR, 27.8.1983).

Auf freudige Erwartung stieß beim Gastwirt Peter Braun aus Oberaula die Nachricht, daß sich 500 ,,Veteranen'' der ehemaligen SS-Division ,,Totenkopf'' vom 30.3.-1.4. in eben diesem Ort ein ,,Stelldichein'' geben wollen (und trotz heftiger Proteste und einer antifaschistischen Gegendemonstration auch gegeben haben). ,,*Über eine halbe Million Mark, schätzt Braun, lassen die in Oberaula ... ‚SS', sagt ein anderer Hotelier, ‚war doch sowas wie die GSG 9'* '' (Spiegel, 26.3.84).

1982 und 1983 konnten die ehemaligen Waffen-SS'ler unter dem Namen ,,Urlaubergemeinschaft Ilmensee'' unbehelligt in Oberaula ihre Treffen durchführen. Der CDU-geführte Gemeindevorstand vermietete ihnen 1984 die Mehrzweckhalle, der Vorstand der ,,Turn- und Sportgemeinschaft Oberaula'' übernahm die organisatorische Vorbereitung des Treffens. Der SPD-Ortsverein ,,*konnte sich nicht entschließen, eine andere Position einzunehmen*'' (DVZ, 24.2.84) und der Bürgermeister Schnücker (SPD) behauptete, daß ,,*keinerlei nazistische Propaganda*'' betrieben werden könne, weil ja alle Gemeinderäte eine Einladung erhalten hätten (DVZ, 24.2.84).

Die Grünen /Hessen verurteilen in einem Antrag im Hessischen Landtag das Waffen-SS-Treffen, und protestierten gegen die mit diesem Treffen ,,*zum Ausdruck kommende Verhöhnung der Opfer des Nazi-Regimes.*'' (FR, 22.3.84) Die SPD stimmte dem Antrag zu. CDU und FDP enthielten sich der Stimme ,,*mit der Begründung, die Grünen hätten ihr Verhältnis zur Gewalt nicht geklärt*'' (FR, 22.3.).

Der CDU-Frktionschef Gottfried Milde warf den GRÜNEN ,,*pure Scheinheiligkeit*'' vor. Er ,,*verwies auf mehrere ehemalige Strafgefangene und Verurteilte, die für die Umweltpartei arbeiteten oder kandidieren.*'' Er nannte u.a. Brigitte Heinrich, Bewerberin der GRÜNEN für die Europawahl, und ihre Verurteilung wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- und das Sprengstoffgesetz. ,,*Das sind genau solche Handlungen, die Sie den Leuten vorwerfen, über die Sie hier geredet haben*'' (FR, 22.3.84).

Ein alter Gesetzentwurf noch aus der Zeit der sozial-liberalen Koalition, der vor allem das Leugnen oder Verharmlosen des Massenmordes an Juden unter Strafe stellen soll (schon die SPD hatte jahrelang mit diesem Gesetzentwurf gespielt, ohne je ernst zu machen) ist von Justizminister Engelhardt wieder in die Debatte gebracht worden. Dazu sagt der parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Benno Ehrhard, CDU: ,,*Von uns wünscht niemand das Gesetz*'' (FR, 6.1.84).

Ebensowenig will die CSU dieses Gesetz. So erklärt die CSU-Landesgruppe der Bundestagsfraktion: ,,*Die CSU ist der Meinung, daß in diesem Komplex auch Völkermorde und Vertreibungen, sowie Archipel Gulag und Afghanistan enthalten sein sollten*'' (FR, 6.1.84). Der rechtspolitische Sprecher der CSU präzisiert: Zum Beispiel müsse das Leugnen ,,*der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten*'' unter Strafe stehen. Überhaupt sei der Gesetzentwurf einseitig gegen Rechtsextremisten, nicht aber gegen Linksextremisten gerichtet. (FR, 28.2.84). Daraufhin ruft Engelhardt den Kanzler Kohl zu Hilfe, und unterstreicht, daß er alles getan habe, ,,*den Bedenken gerecht zu werden*''. Man habe auf den Straftatbestand der ,,Verharmlosung,, des faschistischen Völkermordes bereits verzichtet (DVZ, 23.3.84).

Freuen wird sich der Kanzler über die ,,vielfältigen Bemühungen'' seines Justizministers. Denn Kohl hat es ja auch mit dem Verharmlosen: Über seinen Reisebegleiter in Israel, das ehemalige NSDAP-Mitglied Kurt Ziesel, mochte er gar nicht hören, daß der einer Stiftung vorsteht, die als ,,von Alt- und Neufaschisten durchsetzt'' bezeichnet werden darf: Die Deutschland-Stiftung. Kohl hat das Herumkramen in der Vergangenheit satt. Und sagt wieder mal, daß er 1945 erst 15 Jahre alt war. ,,*Über das, was Sie vortragen, ist die Geschichte längst hinweggegangen*'' (DVZ, 17.2.84) — meint und wünscht jedenfalls Kohl ...

Antifa-Kommission

Antifaschisten gegen NPD-Parteitag im Mai

Die NPD hat ihre Zentrale in Bochum-Wattenscheid, von wo aus ihre Aktivitäten wie Ausländerstop-Kampagne etc. gesteuert werden.

Die NPD hat ihre letzten Landesparteitage mitten im Ruhrgebiet, in Witten und in Bo-Wattensch. durchgeführt.

Auch in diesem Jahr ist mit einem Tagungsort im Ruhrgebiet zu rechnen.

In Hattingen und Recklinghausen verfügt die ANS des Michael Kühnen über Stützpunkte, die ausgebaut werden sollen.

In fast allen Stadien der Fußball-Bundesliga machen sich unter sogen. Fan-Clubs ausländerfeindliche Parolen und offen neonazistisches Gedankengut (Sieg-Heil-Rufe) breit. Hierbei handelt es sich nicht um Einzelerscheinungen, sondern in Ansätzen um eine um sich greifende Bewegung.

Wir laden daher zur Ruhrgebietsberatung ein. Wir schlagen vor, folgende 3 Bereiche zu beraten:
— im Mittelpunkt soll ein Erfahrungsaustausch mit Berichten der verschiedenen Inis und Gruppen stehen. (Arbeitsweise und Aktivitäten der Neonazis, Erfahrungen bei Gegenaktionen und in der Initiativarbeit usw.)
— Aufbau weiterer antifaschistischer Initiativen in Städten und Stadtteilen, Forderung nach einem Verbot der NPD, Schließung der NPD-Landeszentrale in Bochum-Wattenscheid
— Gegenaktionen gegen den NPD-Landesparteitag im Mai entwickeln.

Die Beratung findet am 15.4. von 11-18 Uhr statt, in Bo-Wattenscheid, HOT der Falken, Schulstr.

Aus: ,,Klüngelkerl''

NPD-Parteitag in Stade

Etwa 1.000 Antifaschisten protestierten am Samstag, den 24.3.1984 gegen den niedersächsischen NPD-Landesparteitag in Stade. Getragen wurde die Demonstration von einem Bündnis aus dem Spektrum von Alternativen, Grünen, DKP, VVN und unabhängigen Gruppen aus der Gegend um Stade und Buxtehude, die am Samstag von auswärtigen Gruppen unterstützt wurden.

Die ,,staatstragenden'' Kräfte (DGB und bürgerliche Parteien) hatten sich lediglich zu einer Demonstration am Vortag (200 Teilnehmer) entschließen können. Die vom Bündnis geplante ,,Antifaschistische Woche'' im Jugendzentrum ,,Schlachthof'' war von der Stadt verboten worden.

Vor den Demonstrationen hatten sich die Antifaschisten in der Stadt aufgehalten, um die angekündigten Info-Tische der NPD zu verhindern. Als dann doch einige Nazis es wagten, Flugblätter zu verteilen, holten sie sich schon beim ersten Versuch blutige Nasen. Der papierene Nazidreck brannte übrigens gut.

Die Demonstration wurde von mindestens fünf Hundertschaften der Bereitschaftspolizei begleitet und bedrängt, sodaß weitere Aktionen gegen die Versammlung der Nazis notgedrungen unterblieben.

Antifa-Kommission

''Grenzgänger''
zwischen Nazis und Punks

Ein gutes halbes Jahr Gerüchte, Vermutungen und Beschwichtigungen Jahres an einem antifaschistischen Vorbereitungstreffen gegen den NPD-

''Grenzgänger'' zwischen Nazis und Punks

Ein gutes halbes Jahr Gerüchte, Vermutungen und Beschwichtigungen über einen sog. ,,Grenzgänger'' zwischen Nazis, Punks und Antifa-Antimil-Szene. Das war die Vorgeschichte einer Enthüllung der Antifa-Initiative im Stadtmagazin ,,Schädelspalter'' über Steffen Hupka, die einigen Staub aufwirbelte.

Uns ist kein weiterer Nazi bekannt, der sich so weit — ungestraft — bis zur antifaschistischen Linken vorgewagt hat (sieht man mal ab von dem ANS-Punk Michael David).

Nachdem Hupka inzwischen einige Nebensächlichkeiten in einer Gegendarstellung im ,,Schädelspalter'' bestreitet, bleibt indes unbestritten: Daß Hupka — spätestens seit 1982 ANS-Kader und NPD-Mitglied, presserechtlich verantwortlich zeichnete für (mindestens) ein Flugblatt der BI Ausländer-stop (Oktober 82), daß er für die BI gegen Kriegsschuld- und Vergasungslüge öffentlich auftritt, daß er am 17.10.83 im Jugendzentrum Godshorn zum ,,Schutz'' von NPD-Abgeordneten war. Ebenso unwidersprochen bleibt, daß Hupka unter falschem Namen im Sommer vergangenen Jahres an einem antifaschistischen Vorbereitungstreffen gegen den NPD-Parteitag in Fallingbostel teilnahm; daß er mit fünf weiteren Nazis bei einer KPD/ML-Veranstaltung war; bei einer antimilitaristischen Demonstration gegen das hannoversche Wehrbereichskommando, und am 4.2.84 die Protestaktion gegen die Grauen Wölfe beobachtete.

Mündliche Warnungen an die Punk- und Anarcho-Szene, in der er sich anscheinend am wohlsten fühlte, in deren Begleitung er auf Demos erschien, bei deren Fete er angeblich sogar am Zapfhahn stand — bewirkten nichts. Der diskussionsfreudige Hupka war eben ,,Antiimperialist'', ,,Staatsgegner'' und vor allem: Mensch. Die Antifa-Initiative, so schreibt Hupka in seiner ,,Gegendarstellung'', hätte wohl Angst vor der weiteren Annäherung von rechts und links.

Erst die Veröffentlichung im ,,Schädelspalter'' scheint Wirkung gezeigt zu haben: Seither ist er nicht mehr in der Szene aufgetaucht, und in seiner Berufsschulklasse hat er fortan nicht mehr den Posten des stellvertretenden Klassensprechers.

KB-Hannover (Antifa)

Was mensch bislang allenfalls aus den USA kannte, wo ehemalige GI's Nahkampfschulen für ,,besorgte Bürger'' betreiben, die ihr Eigentum gegen den Mob, die ,,Nigger'' oder die drohende Revolution auf eigene Faust ,,schützen'' wollen, das gibt es nun auch hierzulande.

In der Dokumentation der ,,Basisgruppe Leben'' aus Lehre bei Braunschweig über die dortige ,,Schule für Selbstverteidigung'' werden die Praktiken dieser ,,Schule'' enthüllt. ,,Deutsche Jungs'' und ,,deutsche Mädchen'' werden da auf einem 30.000 Quadratmeter großen Grundstück u.a. auch an Waffen ausgebildet; da zieht die ganze Truppe mal in Uniform ins ,,Manöver''; da wird Bundeswehrmunition gefunden. Mitglieder der ,,Basisgruppe Leben'', die die ganze Angelegenheit an die Öffentlichkeit bringen, werden die Autoreifen zerstochen.

Anzeigen gegen den Leiter der Schule, den Privatdetektiv und Angestellten bei den Braunschweiger Stadtwerken, Josef Gottschling, sind bislang sämtlich eingestellt worden. Ein politischer Hintergrund fehlte — meint die niedersächsische Landesregierung.

Die Broschüre kann bezogen werden bei:



Basisgruppe Leben
Berliner Str. 6
3306 Lehre

Merkwürdigkeiten um Kühnens ''Flucht''

Wenn ein Hamburger Zuhälter zu der Ansicht gelangt, daß ihm das Leben in Freiheit doch lieber sei als Knast, dann verlängert er eben seinen Urlaub auf Teneriffa und führt von dort aus seine Firma weiter (bis — wie geschehen — nicht die Polizei, sondern Geschäftsführer eben dieser ,,Firma'' ihn zur Strecke bringen). Wenn ein bundesdeutscher Nazi Gefahr läuft, den ,,nationalen Aufbau'' nächstens — wie gehabt — von seiner Gefängniszelle aus führen zu müssen, also dringend Tapetenwechsel bracht, dann hilft ihm der Verfassungsschutz.

Da kommt Kühnen also ganz offiziell zum schweizer Grenzübergang (O-Ton VS: Wir wußten nicht, daß er den Grenzübertritt zur Flucht benutzen wollte) und wird von den schweizer Behörden wegen eines seit 1980 bestehenden Einreiseverbots und mitgeführten Nazi-Materials **zurückgewiesen**. Der zweite Versuch allerdings klappt: Unter Zurücklassung des Materials und unter den Augen des VS verschwindet Kühnen in die Schweiz. Seitdem schweigen sich sowohl der VS wie auch die Schweizer Behörden über Kühnens Aufenthaltsort aus. Wenige Tage später liegt dann ein Haftbefehl der Staatsanwaltschaft Flensburg vor und auch die Frankfurter Staatsanwaltschaft will einen Haftbefehl erwirken, falls Kühnen nicht ,,ladefähig'' sei.

Das ganze Verfahren erinnert an den Fall des Nazis Roeder (Deutsche Aktionsgruppen), der ebenfalls über die Schweiz die BRD verließ und dann trotz (oder wegen?) internationalen Haftbefehls nicht gefunden werden konnte, bis er dann auf offener Straße in Hannoversch-Münden festgenommen wurde. So scheint auch keineswegs klar, ob Kühnen vorhat, im Ausland zu bleiben, wenn er dort überhaupt ist. Wichtig ist nur, daß er sich vorerst der westdeutschen Justiz entzogen hat und das mit Wissen des Verfassungsschutzes.

So ist aus dem ,,Führer'' Kühnen das Phantom Kühnen geworden und mensch darf spekulieren, wo er in naher Zukunft von ,,eingeweihten Kreisen'' geortet werden wird: Im Libanon? Bei Khomeiny? Ghaddafi? Bei Carlos oder der IRA?

Kühnens Bande ANS indes hatte in den letzten Monaten wenig Grund zum Jubeln. Da wurde u.a. die Beschwerde der ,,Aktion Ausländerrückführung'', hessische Tarnpartei der Nazis und ebenfalls verboten, zurückgewiesen, die die sofortige Vollziehbarkeit des Verbots angriff. So stehen zur Zeit mehrere Frankfurter ANS-Mitglieder wegen Körperverletzung und Entführung (begangen an einem ,,Kameraden'') vor Gericht und weitere Prozesse wegen Volksverhetzung u.a. stehen noch an (im wesentlichen beziehen sich diese Verfahren auf die Propaganda zu den hessischen Landtagswahlen und dienten ja auch der Verbotsbegründung.

Auch die ,Deutschlandtournee'' des ,,Führers'' Kühnen war nicht ganz so abgelaufen, wie die Nazis es sich dachten. Mindestens vier dieser Treffen wurden von der Polizei aufgelöst oder zumindest besucht und in mehreren Fällen sollen, so eine Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine entsprechende Anfrage der GRÜNEN, Verfahren wegen Fortsetzung einer verbotenen Vereinigung eingeleitet sein. Die großartig angekündigte Aktion im bayerischen Wahlkampf mit dem Ziel, in Würzburg zu kandidieren, scheiterte schon beim Versuch, die notwendigen (200) Unterschriften beim Wahlleiter vorzulegen (es waren etwa 20).



Neo-Nazi Michael Kühnen, Kamaraden: „ ... Nationalsozialisten in Zukunft wieder in Uniform'' (Szene 4/83)

Einen wenn auch kleinen Erfolg allerdings konnte die ANS innerhalb der ,,Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene'' (HNG) verbuchen, der 1982 als größte neonazistische Organisation eingeschätzten Hilfsorganisation der Neonazis (Knastarbeit, Familienunterstützung, Solidaritätsfond usw.). Die HNG war von dem ANS-Verbot nicht betroffen, obwohl alle ANSler hier Zwangsmitglied waren und ihr HNG-Beitrag zentral über die ANS-Kasse abgeführt worden war. Putschartig wurde Anfang des Jahres auf der HNG-Mitgliederversammlung der alte Vorstand abgewählt und die wichtigste Stelle, die des Schriftleiters, durch Christian Worch, einen alten Hamburger Mitkämpfer Kühnens besetzt — ein Verfahren, das bei den alten HNGlern auf Protest stieß.

Zu beachten ist auch eine Entwicklung, die — vom Innenministerium bestätigt — darauf hindeutet, daß Teile der ANS Unterschlupf bei der Wiking-Jugend suchen und dort bereitwillig aufgenommen werden. Dieser Verein, der kaum in der Öffentlichkeit auftritt und dann nur allein und nie im Bündnis, wäre es wert, von antifaschistischer Seite genauer unter die Lupe genommen zu werden.

Allein die Hamburger Truppe scheint das Verbot recht unbehelligt überstanden zu haben. So berichtet Innensenator Pawelczyk auf einer Pressekonferenz, daß sich die Kühnen-Bande seit dem Verbot von etwa 30 auf 50 Personen vergrößert habe. Es ist schon recht merkwürdig: Ausgerechnet der SPD-Senator, der das Verbot ablehnt, weil es nichts bringe, und der stattdessen auf ,,Aufklärung'' setzen will, muß diesen Anstieg der Mitgliederzahl zugeben.

Auf einer Pressekonferenz gab auch eben dieser **sozialdemokratische** Innensenator das Stichwort, das daraufhin offenbar vom Verfassungsschutz der ,ZEIT' in die Feder diktiert unter dem Titel ,,Bei Kaffee und Kuchen'' breitgewalzt wurde. Bei ,,Kaffee und Kuchen'' — das bezieht sich auf die Neonazis um Kühnen, zu deren Verbrechen und Politik in dem ganzen Artikel kein Wort geschrieben wird. Dafür aber umso mehr über den militanten Antifaschismus, der als die eigentliche Bedrohung denunziert wird. ,,Mit dem Kokeln vor der Wohnungstür fing es an. Dann brennt einmal ein Mensch'' — das ist der Tenor des Artikels, dessen Stoßrichtung es ist, jede aktive und militante antifaschistische Tat unter dem Stichwort ,,Terrorismus'' für die weitere Eskalation des Rechtsextremismus verantwortlich zu machen. Namentlich genannt werden insbesondere DKP, SDAJ und VVN, was Kenner der antifaschistischen Szene weniger verblüffen als nachdenklich stimmen sollte: Gemeint sind hier alle, die in den Chor der staatlichen Verharmlosung nicht mit einstimmen wollen. Hier gilt es aufzupassen.

Antifa-Kommission

Zwei Brandanschläge auf das GAL-Büro in Bergedorf

Täter nicht zu ermitteln?

Gleich zweimal wurden im März ein Brandanschlag auf das GAL-Büro unternommen. Am 9.3.84 wurde der Anschlag verübt, als gerade eine Frauengruppe tagte. ,,Eine haushohe Stichflamme schoß empor'', so die Frauen, denen als Fluchtweg nur der Sprung durch das Feuer blieb. Der zweite Brandanschlag am 30.4. gefährdete Menschen nicht unmittelbar.

Zumindest im ersten Fall wußte die Polizei sehr schnell, daß die Täter nicht zu ermitteln waren: Als ,,unbekannte Sache'' wurden die Akten an die Staatsanwaltschaft weitergegeben, obwohl es nahe liegt, die Täter in der Bergedorfer Nazi-Szene zu suchen. Deren prominentes Mitglied, Ulf Kretschmann, fuhr nämlich zur Zeit des ersten Anschlages mit dem Motorrad mehrmals an der GAL-Geschäftsstelle vorbei — Zufall? (Ulf Kretschmann wurde vor einigen Wochen beim Waffenschmuggel erwischt und ist — weil das ja ein Kavaliersdelikt ist — nach wie vor auf freiem Fuß.)

Wer auch immer die Anschläge verübte, klar ist allemal, daß Bergedorf so etwas wie eine Hochburg des Hamburger Neonazismus ist. Hier organisiert Kühnen vor seinem Abtauchen in die Schweiz eine ganze Reihe von Jugendlichen, die auch schon mal zur Unterstützung der hessischen Nazis im Landtagswahlkampf antraten oder den Lübecker Nazis und rechten Skins im vergangenen Sommer beim ,,Aufmischen'' von Punks schlagkräftig zur Seite standen. Auch ,,Zündel-Willy'' Wegener, gerade im Zusammenhang mit dem Feme-Mord verurteilt und aus dem Knast entlassen, sammelt hier neue Punkte für sein schon ansehnliches Strafregister.

Nach dem ersten Brandanschlag machte die GAL Bergedorf gemeinsam mit anderen Gruppen mobil: 12.000 Flugblätter wurden verteilt, eine Veranstaltung mit 300 Teilnehmern organisiert. In der Bezirksversammlung wurden Anfragen gestellt und u.a. auch erreicht, daß sich SPD und DGB zumindest überlegen, ebenfalls aktiv zu werden. Grund genug gäbe es allemal, existieren doch in Bergedorf-Ost geradezu Musterbeispiele jener Ghettos, die eine Brutstätte für Ausländerhaß und Rechtsradikalismus sind.

Antifa-Kommission

Neofaschistische Aktivitäten in Bergedorf

20-11-82, Beerdigung von UDO BUDIG (ANS-Führer in HH 80). Budig war sehr gut mit MICHAEL KÜHNEN befreundet. Ca. 30 Nazis tauchten auf dem Friedhof auf.

November 82, Hausdurchsuchung bei KAI BOMBOSCH im Lohbrügger Weg. Die Polizei fand mehrere Kilo TNT, sowie umfangreiches Propagandamaterial. Er war an einem Raubüberfall auf eine Gaststätte in St.Georg beteiligt.

28-02-83, 60 bewaffnete Skinheads und organisierte Nazis überfielen das Haus der Jugend HAMM. Unter ihnen befand sich HANS MEYER (Bergedorfer Nazi), der eine scharfe Pistole bei sich trug.

04-03-83, Prozeß gegen 10 Mitglieder der Wehrsportgruppe DEHMS, unter den Angeklagten die beiden Bergedorfer THOMAS WULFF und CARSTEN VOGLER.

22-04-83, ANS/NA Treffen im Wienerwald Lange Reihe, Planungstreffen von führenden Faschisten aus Hamburg, mit dabei MICHAEL KÜHNEN und der Bergedorfer ULF KRETSCHMANN.

April 83, im Bergedorfer Raum treten in zunehmendem Maße Hakenkreuzschmierereien an Mauern und Verkehrsschildern auf. Die Polizei tut nichts.

Mai 83, Treffen von KÜHNEN und KRETSCHMANN im Virus, Holtenklinkerstraße

04-06-83, KÜHNEN tritt mit 15 anderen Neonazis der ANS/NA unter ihnen ARNDT MARX (Hanau) und HANS MEYER im Sachsentor auf, sie verteilen Flugblätter für die Gründung von faschistischen Betriebszellen und fotografieren in besonders aggressiver und provokanter Form ausländische Kollegen.

16/17-06-84, in dieser Nacht drangen Neonazis in den Jugendclub-Lagerhaus ein, zertrümmerten das Mobiliar und schmierten Hakenkreuze und ANS-Parolen an die Wände.

April — Oktober 83, MICHAEL KÜHNEN tauchte häufiger in Bergedorf auf, um u.a. den Ausbau der ANS voranzutreiben. Am Specken kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen KÜHNEN und einigen Antifaschisten, in deren Verlauf KÜHNEN eine Waffe zog.

11-10-83, in den Besenhorster Sandbergen (Geesthacht) wurden zwei junge Männer bei Wehrsportübungen beobachtet. Beide trugen ein Maschinengewehr oder eine Maschinenpistole bei sich. Die Polizei bleibt wieder einmal untätig. Nach Aussagen von mehreren Beobachtern finden diese Übungen bis zum heutigen Tage statt.

November 83, im Jugendzentrum Reinbek tauchen 6 ANS-Leute auf.

Dezember 83, 30 Skinheads unter der Führung von HANS MEYER verprügeln bei einem Konzert mehrere Besucher. Einer mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Dezember 83, ULF KRETSCHMANN wurde an der Luxemburgischen Grenze mit Waffen im Auto von der Polizei abgegriffen. Besonders in der zweiten Hälfte 83 versuchten die Neonazis (HANS MEYER) verstärkt in Bergedorfer Jugendzentren Fuß zu fassen, um u.a. neue Leute zu rekrutieren.

03-03-84, am Netteinburger Bahnhof werden fünf Nazis beim Plakatieren von ,,Rotfront verrecke''-Plakaten verhaftet. Sie gehören der ANS an. Bei ihnen wurden Schreckschußpistolen, Schlagstöcke, Messer und schußbereite selbstgebastelte Waffen gefunden.
Eine Woche später wird ein weiterer Nazi, WILLY WEGNER, beim Plakatieren festgenommen.

09-03-84, Brandanschlag auf das Büro der GAL, in dem sich zu diesem Zeitpunkt sechs Frauen aufhielten.

10-03-84, eine Türke wird von Skinheads am Bahnhof Nettelnburg zusammengeschlagen und durch ein Messer im Gesicht verletzt.



Antifaschistische Postkarten beschlagnahmt

Am 19. März wurde der Kölner ,,Discordia''-Verlag von der politischen Polizei durchsucht. Sämtliche Druckerzeugnisse, auf denen Hakenkreuze im antifaschistischen Zusammenhang abgebildet waren, wurden beschlagnahmt. Besonders abgesehen hatten es die Staatsschützer auf eine Karte mit dem Titel: ,,Der Tod ist ein Meister aus Deutschland — nie wieder Faschismus''.

Die erste Hälfte des Satzes stammt aus dem Gedicht ,,Todesfuge'' von Paul Celan, dessen Eltern im KZ umgebracht wurden. Daneben ist eine Wandmalerei aus Aachen zu sehen, die ein Skelett darstellt. Es trägt die schwarz-rot-goldene Fahne mit einem Hakenkreuz.

,,Es besteht der hinreichende Verdacht eines Vergehens nach § 90a StGB, in dem der ,Discordia'-Verlag Druckerzeugnisse herstellt, die bestimmt und geeignet sind, die Bundesrepublik im Sinne des § 90a zu verunglimpfen, wobei u.a. Postkarten hergestellt werden, auf denen die Bundesflagge mit einem Hakenkreuz versehen ist.'' (Durchsuchungsbeschluß des Amtsgerichts Köln).

Der aufmerksame AK-Leser wird sich erinnern, daß der KB einschlägige Erfahrungen mit 90a-,,Verunglimpfungs-''Prozessen hat. Das Verfahren gegen das ,,Russell-Buch Nr. 5: Nach Schleyer: Sonderkommandos in der BRD — Droht eine neue GeStaPo?'' wurde eingestellt, weil das Gericht sich mit unseren Beweisanträgen wohlweislich nicht auseinandersetzen wollte.

Der Geschäftsführer des ,,Discordia''-Verlages hat Beschwerde gegen die Durchsuchung des Verlages, die Beschlagnahmungen und das Ermittlungsverfahren eingelegt. (Nach taz u. FR v. 21./22.3.84.)

Antifa-Kommission

"Rädelsführer und illegales Infosystem"

- Der Stammheim-Prozeß gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar

Mit einer meterlangen Reihe von ca. 200 Sachakten im Rücken, eröffnete Klaus Knospe, Vorsitzender Richter des 5. Strafsenats am Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart am 1.2.84 die Hauptverhandlung im Prozeß gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar.

Wie um der Öffentlichkeit ins Gedächtnis zu rufen, w o das Schauspiel (mit 463 Zeugen und 83 Gutachtern) stattfindet, ließ er am ersten Verhandlungstag den Saal räumen und die beiden Angeklagten rausprügeln, nachdem die Zuschauer von einem „*kollektiven Hustenanfall*" (taz, 3.2.84) geschüttelt wurden, als einer der Zwangsverteidiger sagte: „*Über meine Entpflichtung hätte gesprochen werden können, aber mein Mandant hat jeglichen Kontakt mit mir verweigert.*"

Anklage

In der 324 Seiten starken Anklageschrift, die am zweiten Verhandlungstag verlesen wurde, wird Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar u.a. vorgeworfen, am 7.4.77 den ehemaligen Generalbundesanwalt Buback (und zwei seiner Begleiter), am 30.7.77 Bankier Ponto und im September 77 den ehemaligen Arbeitgeberpräsidenten Schleyer (und vier seiner Begleiter) ermordet zu haben. Im Zusammenhang mit der „Landhut"-Entführung wird ihnen Nötigung von Verfassungsorganen sowie erpresserischer Menschenraub vorgeworfen. Außerdem sollen beide an dem Raketenwerfer-Anschlag auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe (25.8.77) und am Anschlag auf den amerikanischen General Kroesen (15.9.81) beteiligt gewesen sein.

Christian Klar wird zusätzlich vorgeworfen, sich am 5.1.77 (zusammen mit Günther Sonnenberg) an der deutsch-schweizerischen Grenze „*den Weg freigeschossen*" (FAZ, 20.1.84) zu haben, wobei ein Zöllner erschossen wurde. Dieser Vorfall bildet den ersten Verhandlungskomplex. •

Prozeßbedingungen

Seit gut sieben Jahren zu „*Rädelsführern der terroristischen Vereinigung*" RAF hochstilisiert, ist dies nun auch der Dreh- und Angelpunkt der Anklage. Der Rädelsführer-Vorwurf war auch der Grund für einen der Befangenheitsanträge gegen den 5. Senat:

der Dreh- und Angelpunkt der Anklage. Der Rädelsführer-Vorwurf war auch der Grund für einen der Befangenheitsanträge gegen den 5. Senat:

vier der Richter hatten bereits im letzten Jahr — in der Urteilsbegründung im Prozeß gegen Helga Roos — Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar als Rädelsführer bezeichnet.

In einem weiteren Befangenheitsantrag warfen die Vertrauensanwälte Richter Knospe Manipulation bei der Verteidigerauswahl vor. Eine Zwangsverteidigerin hatte ihr Mandat wegen Mehrfachverteidigung niederlegen müssen. Zunächst vertrat der Senat die Auffassung, Brigitte Mohnhaupt sei auch so ausreichend verteidigt. Nach einigem Hin und Her zog der Senat dann doch einen neuen Anwalt hinzu, der für sich erst gar keine Einarbeitungszeit forderte und sich selbstverständlich auch nicht den Anträgen der Verteidigung anschloß.

Die Befangenheits- wie auch die Entpflichtungsanträge der insgesamt vier Zwangsverteidiger beider Angeklagten wurden abgelehnt. Ebenso wurden auch alle anderen Anträge der Verteidigung samt und sonders als „*unbegründet*" abgeschmettert: angefangen mit der Forderung nach Verbindung des Verfahrens gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar mit dem gegen Adelheid Schulz und Rolf-Clemens Wagner in Düsseldorf. Diese Abspaltung trotz gleicher Anklage verdeutlicht allein schon das Ziel von Bundesanwaltschaft und Justiz, unter allen Umständen eine gemeinsame Verteidigung unmöglich zu machen.



Brigitte Mohnhaupt

Neben Verfahrensverbindung und einer Reihe anderer Anträge (täglicher gemeinsamer Umschluß und gemeinsamer Hofgang zur Vorbereitung der Hauptverhandlung, Zusammenlegung mit mindestens zehn weiteren Gefangenen etc.), forderten die Verteidiger die Aussetzung der Hauptverhandlung um mindestens sechs Monate. Durch seine Verzögerungstaktik hatte es der Senat geschafft, daß die Anwälte erst Mitte Dezember 83 zur Verteidigung zugelassen wurden, da er sich weigerte, Anwälte zuzulassen, die ihre Niederlas-

geschafft, daß die Anwälte erst Mitte Dezember 83 zur Verteidigung zugelassen wurden, da er sich weigerte, Anwälte zuzulassen, die ihre Niederlas-

sung nicht im Bereich des OLG Stuttgart (oder in einer angemessenen Entfernung) haben („Kilometerbeschluß"). Gleichzeitig wurden Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar just immer dann in eine andere JVA verlegt, wenn sich ein Anwalt aus der näheren Umgebung gemeldet hatte. Es blieben also knappe zwei Monate Zeit, um sich mit beinahe 200 Aktenordnern vertraut zu machen, die darüberhinaus unvollständig waren:

— Ein ganzer Aktenkomplex fehlt zu den Ereignissen 1977, was die Verteidigung als eine „*Heraussäuberung*" des „*ganzen, doch offensichtlich fundamentalen politischen Zusammenhangs*" wertet.

— Aus dem „Spiegel" (30.1.84) erfuhren die Verteidiger, daß die Bundesanwaltschaft über 150 Ordner „*mit angeblich schlagend die Täterschaft von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar beweisenden Auswertungen von Depot-Funden*" verfüge. Kein einziger dieser „schlagenden Beweise" war den Anwälten bis Verhandlungsbeginn unter die Augen gekommen!

— Darüberhinaus wurden ihnen von 23 Ordnern zu den Festnahmen von Klar und Mohnhaupt, die die Bundesanwaltschaft an den Senat geschickt hatte, lediglich vier übersandt. Das hat Tradition: schon im ersten Stammheimer Verfahren erhielt die Verteidigung von 1.800 Ermittlungsakten ganze 180!

Auf eine weitere gravierende Beeinträchtigung der Prozeßvorbereitung und -führung weist der Antrag gegen die Kontrolle der Verteidigerpost hin. Dazu zwei Beispiele: von ca. 50 Schriftstücken, die RA Schubert an Christian Klar schickte, beschlagnahmte der Kontrollrichter (am Amtsgericht Straubing, Beschluß vom 7.7.83) 40 Stück. Nur die restlichen zehn, sämtlich Schreiben von Bundesanwaltschaft, BGH und BKA ließ er durch. Die knappe Begründung: es sei „*nicht erkennbar, daß diese der Verteidigung dienen könnten.*" Zweites Beispiel — aus dem Düsseldorfer RAF-Prozeß — ist die Beschlagnahme eines Briefes von RA Matthies an Adelheid Schulz (Beschluß dse Amtsgerichts Köln vom 9.1.84). In der Begründung heißt es, „*das Schreiben*" enthalte „*Rechtfertigungen und Anregungen, die zur Aufrechterhaltung und organisatorischen Zusammenhalts der RAF, insbesondere der Z u s a m m e n l e g u n g inhaftierter Mitglieder der RAF führen sollen.*" Prompt wurde gegen RA Matthies ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet. Die Anwälte von RAF-Gefangenen als Beteiligte am „illegalen Info-System" — auch das hat Tradition.

„Illegales Info-System"

„Illegales Info-System"

Mit dieser Variante — Rebmanns Erfindung des „illegalen Info-Systems" — soll die Kriminalisierung der Angehörigen und Freunde der RAF-Gefangenen vorangetrieben sowie deren Isolation weiter perfektioniert werden.

Das erste Verfahren nach dieser Konstruktion läuft seit Anfang Januar 84 gegen Siegfried Haag. Als Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar am 14.12.83 nach Stammheim verlegt wurden, schaffte man vorher Helga Roos nach Aichach, Siegfried Haag nach Straubing und Karl-Friedrich Grosser ins Erdgeschoß von Stammheim. Fünf Gefangene zusammen im siebten Stock — das wäre ja einer Zusammenlegung gleichgekommen!

Im Bescheid zur Verlegung von S. Haag heißt es, „*der Gefangene steht im Verdacht, sich an einem illegalen Informationssystem zu beteiligen, das der*



Christian Klar

Aufrechterhaltung der konspirativen Verbindungen der in Freiheit befindlichen Terroristen zu ihren inhaftierten Gesinnungsgenossen und umgekehrt dient; der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof führt deshalb gegen Haag u.a. Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Vergehens nach § 129a StGB."

Gegen „*Adelheid Hinrichsen u.a.*" führt Rebmann seit Frühjahr 83 ein Verfahren wegen „Unterstützung". Über 40 Verwandte und Freunde der Gefangenen sind davon betroffen. Besuchsverbote sind die unmittelbare Folge, womit die totale Abschottung der Gefangenen aufrechterhalten wird. So haben bisher alle, die Christian Klar besucht haben, nach zwei bis drei Besuchen Besuchsverbot erhalten und ein Ermittlungsverfahren wegen 129a obendrauf.

besucht haben, nach zwei bis drei Besuchen Besuchsverbot erhalten und ein Ermittlungsverfahren wegen 129a obendrauf.

Die im Zusammenhang mit diesem Verfahren bei Zellenrazzien beschlagnahmten Briefe und Zeitungsartikel dienen als „Beweismaterial" gegen das „illegale Info-System". In der Beschlagnahmebegründung schreibt Rebmann: „*Die inhaftierten Mitglieder der RAF erstreben ihre Zusammenlegung mit ‚Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand' nicht etwa zur Erlangung ‚besserer' Haftbedingungen, sondern zur Durchsetzung günstigerer Voraussetzungen, die terroristischen Zielsetzungen dieser Vereinigung auch aus der Haft heraus weiter zu verfolgen, zur ‚Eroberung von Kampfbedingungen'. Mit ihr, der Forderung nach ihr und öffentlichen Kampagnen und Aktionen zu ihrer Unterstützung wollen sie die Einheitsfront von Guerilla und Widerstand unter der Führung der ‚RAF' aufbauen, ... In weiten Kreisen derer, die sich dem ‚antiimperialistischen Widerstand' zurechnen, wird die Zusammenlegungsforderung im vorgenannten Sinne verstanden und angenommen.*"

Durch die Kriminalisierung der Diskussion um Zusammenlegung bzw. entlang des Konstrukts vom „illegalen Info-System" wird j e d e r Kontakt nach außen, zu den Anwälten oder untereinander unterbunden. Die haarsträubendsten Begründungskonstruktionen müssen dafür herhalten: im Frühjahr 83 sah der Lübecker Anstaltsleiter die Sicherheit und Ordnung seiner Anstalt gefährdet durch einen Brief von Brigitte Mohnhaupt an die dort einsitzende Irmgard Möller. Die Strafvollzugskammer am Landgericht Lübeck, die auf Antrag von B. Mohnhaupt hierüber zu entscheiden hatte, kam zum selben Schluß (Beschluß vom 9.12.83). Sie konnte zwar „*aus dem Inhalt des Briefes*" keine „*konkreten Anhaltspunkte dafür*" finden, daß er „*strafbaren oder konspirativen Zwecken dient*". Dennoch soll der Schriftverkehr mit „*früheren Gesinnungsgenossen*" generell unterbunden werden, da er „*geeignet ist*", das Vollzugsziel (Resozialisierung) zu gefährden:

„Dieses Ziel ist gefährdet, wenn man zulassen wollte, daß inhaftierte Mitglieder einer fortbestehenden und bekanntlich nicht vollständig zerschlagenen Vereinigung von Gesinnungs- und Überzeugungstätern in den Haftanstalten kommunizieren, sei es, um den revolutionären Kampf aus den Vollzugsanstalten nach Kräften fortzusetzen, sei es auch nur, sich gegenseitig aufzurichten und zu ermutigen, (...). Sie (die Gefangenen, Anm. AK) werden erkennen müssen, daß sich die Verhältnisse geändert haben und der Rechtsstaat und seine Verfassung einschließlich der Grundordnung wehrhafter sind, als es mitunter den Anschein hat."

Klare Worte, die aufzeigen, das Ziel und Zweck die „mindestens politische

Grundordnung wehrhafter sind, als es mitunter den Anschein hat."

Klare Worte, die aufzeigen, das Ziel und Zweck die „mindestens politische

Eliminierung der Gefangenen, wenn nicht ihre physische" ist. („konkret" 2/84)

Antirepressions-Kommission KB/Westberlin

Westberlin:

Terrorurteile gegen Reagan-Gegner

Immer gut für neue Strafmaßrekorde und andere Ungeheuerlichkeiten sind offensichtlich Westberlins Richterinnen und Richter.

Am 7.3., nur wenige Tage nach dem skandalösen Urteil im Klöckner/Härlin-Verfahren (siehe AK 244), verkündete Richterin Schwarzmann, Vorsitzende der 20. Großen Strafkammer, nach 90 Prozeßtagen das Urteil in dem seit beinahe Menschengedenken aufwendigsten Landfriedensbruchsverfahren. Für die Teilnahme an der Demonstration gegen den Reagan-Besuch am 11.6.82 und unterstellte Steinwürfe wurden Ruth Christiansen und Klaus-Peter Noll zu jeweils zwei Jahren und acht Monaten, Alois Leicht zu zwei Jahren und neun Monaten, Rainer Kehres und Minas Kontos zu jeweils drei vollen Jahren Knast verurteilt.

Damit entsprach das Gericht im wesentlichen den Forderungen des Staatsanwaltes, der gegen Ruth, Klaus-Peter und Rainer drei Jahre, gegen Alois zwei Jahre und zehn Monate und gegen Minas zwei Jahre und neun Monate gefordert hatte.

Ein ganz unpolitisches Verfahren ...

„*Diese Stadt sei alleine nicht ‚lebensfähig' und ‚wir brauchen Investoren', erhitzte sich Carlo Weber in seinem denkbar politischen Plädoyer.*" (taz, 28.2.) „*Sinn und Zweck der Strafe, so führte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer aus, müsse hier in besonderem Maße von dem Gedanken der ‚Verteidigung der Rechtsordnung' bestimmt werden.*" (TSP, 28.2.84)

Der Großteil der Verteidiger der Angeklagten verzichtete nach 1 1/2-jähriger Verfahrensdauer, die den Verurteilungswillen des Gerichts schon lange hatte deutlich werden lassen, auf ein Plädoyer. Die Anwälte forderten stattdessen in kurzen Erklärungen Freispruch für ihre Mandanten.

„*Bei der Anti-Reagan-Demonstration herrschten, so das Gericht, (in seiner Urteilsbegründung, Anm.) ‚bürgerkriegsähnliche Zustände', und aus einer gewalttätigen Menge heraus seien die Steine geflogen. Die Polizei habe jedoch die Stimmung nicht aufgeheizt.*" (FR, 8.3.) Die Tatsachen sprechen allerdings eine andere Sprache: Am 11.6.82 wurde — unseres Wissens nach ebenso einmalig in der jüngeren Geschichte — versucht, eine Demonstrantin von mehreren tausend Menschen durch Stacheldrahtrollen und massive Polizeipräsenz einzuschließen, eine Art kurzfristiges Gefangenenlager auf offener Straße zu errichten. Dazu waren eigens in der Umgebung des Nollendorfplatzes Tage zuvor Halterungen für die Stacheldrahtrollen einbetoniert worden.

Günter Freund, Polizeidirektor in Westberlin und mitverantwortlich für diese Einsatzkonzeption der Polizei, sieht denn auch den Polizeieinsatz vom 11.6.82 etwas anders als das Gericht: „*Erwartungsgemäß und geplant entzündete sich bei der Masse nach schockartiger Wirkung eine sinnlos anmutende Wut am ebenso schlagartig bis zu den Schleusen ausgezogenen Stacheldraht*" („Die Polizei", April 83). So auch Felicitas Selig in ihrem Plädoyer für Minas Kontos am 29.2. Aber, wenn es der Verurteilung dient, müssen die Fakten eben dran glauben.



Polizeizeuge Hildebrand beim Steinewerfen am 11.6.82

Konstruierte Beweise ...

Wie sehr die Polizeiaussagen konstruiert waren — denen das Gericht gefolgt ist — kam im Prozeß heraus, als die Entlastungszeugen auftraten. Sie alle bekundeten, daß Minas Kontos nicht, wie in der Anklage behauptet und im Prozeß von den Beamten erneut bestätigt, vor dem Haus Winterfeldstr. 45 festgenommen wurde, sondern im Hof des Hauses Winterfeldstr. 44, das gegenüberliegt. Seine Festnahme erfolgte, nachdem er zusammengeschlagen worden war, sagten sie übereinstimmend aus.

Für Staatsanwalt Weber war dies ein Grund für „Nachermittlungen". „*Mit dem 36. Prozeßtag (Anfang Mai) präsentierte Staatsanwalt Weber vier neue*

Fortsetzung nächste Seite

Klassenjustiz

Sofortige Freilassung von Cornelia Koeprell und Hans Sautmann!

Erklärung zu den Inhaftierten aus den Heidelberger Fachschaftsprozessen

Seit dem 5.9.83 bzw. 12.9. sitzen Cornelia Koepsell und Hans Sautmann ein 20 bzw. 19 monatige Gefängnisstrafe ab. Beide sind ehemalige Fachschaftsvertreter des Fachbereichs Germanistik an der Universität in Heidelberg. Inhaftiert wurden C. Koepsell und H. Sautmann sieben Jahre nach den der Anklage zugrundeliegenden Vorgängen und zwei Jahre nach der Rechtskraft des Urteils.

Vorgeworfen wird ihnen das Vorgehen gegen die miserablen Studienbedingungen am Fachbereich Germanistik. — Die Zahl der Germanistikstudenten hatte sich von 1971 bis 1976 auf 2200 verdoppelt. Die Lehrkräfte wurden in dieser Zeit hingegen sogar noch reduziert. Die Folgen waren total überfüllte Seminare, schlechte Ausbildung etc. Das Maß voll für die Studenten machte die Tatsache, daß in allen Seminaren zur Einführung ins Mittelhochdeutsch Klausuren eingeführt wurden. (Vorher konnte der Leistungsnachweis durch Gruppenreferate erbracht werden). Die Vollversammlung der Studenten beschloß die Durchführung einer Urabstimmung für einen Streik gegen die Klausuren und für die Rücknahme der Stellenstreichungen. Die Urabstimmung brachte bereits am ersten Tag ein Drittel des Quorums und 80% Ja-Stimmen für Streik. Daraufhin ließ die Institutsleitung das Institut schließen und sperrte die Studenten aus, um die Durchführung der Urabstimmung zu verhindern. Dann, nach der Wiedereröffnung, wurden mehre Hundertschaften Polizei eingesetzt, um weiterhin die Durchführung der Urabstimmung zu unterbinden. Bekannte Studentenvertreter wurden aus den Seminaren heraus festgenommen, bzw. in ihrer Privatwohnung aufgelauert. So gelang es, den Streik nach drei Wochen zu brechen und die Klausuren durchzusetzen.

Die inhaltliche Gestaltung des Streiks bestand u.a. darin, daß in den Seminaren Diskussionen darüber geführt wurden, was gegen die schlechten Studienbedingungen unternommen werden könnte. Solche Diskussionen wurden meist verboten. Die Studenten bestanden in den Seminaren auf Diskussionen — der Dozent brach das Seminar ab. Und schon machte sich jeder beteiligte Student des Hausfriedensbruch und der Nötigung schuldig. Die Anklagen gegen C. Koepsel und H. Sautmann bestanden aus einer Aneinanderreihung von rund 40 solcher Vorfälle. Ergebnis waren die obengenannten Urteile; hinzu kommen noch 4500 DM und 6000 DM Geldstrafen, sowie über 100.000 DM Gerichtskosten für die beiden Verurteilten.

Ähnliche Auseinandersetzungen gab es auch an anderen Fachbereichen in Heidelberg. Die Folge waren in den Jahren 1975 bis 1979 450 Strafanzeigen gegen 135 Studenten. Etwa 200.000 DM Geldstrafen, über 500.000 DM Gerichtskosten und viele Gefängnisstrafen waren Resultat dieser Prozeßwelle.

Seit Beginn der Prozeßwelle gab es öffentlichen Protest. So hat sich die VDS mehrfach gegen die Prozesse ausgesprochen und 1980 eine Demonstration in Heidelberg organisiert. So verabschiedeten u.a. in Hamburg im November 1983 die Vollversammlung der Fachhochschulstudenten und die VV der Mathematikstudenten Solidaritätsadressen, in den die sofortige Amnestie der Gefangenen gefordert wird. In der Solidaritätsadresse der Fachhochschulstudenten heißt es u.a.: *„Es ist aufs Schärfste zu verurteilen, daß jetzt nach sieben Jahren zwei ehemalige Studentenvertreter verurteilt wurden... Obwohl Grüne, FDP und SPD sich im Baden-Württembergischen Landtag nicht nur gegen die Verurteilungen aussprachen, sondern die SPD sogar einen Gesetzentwurf für Amnestie einbrachte, war die CDU mit ihrer Mehrheit dagegen. Die Begründung des Abgeordneten v. Throtha (CDU): 'Wer die Hochschulreife — ich betone die Reife — erworben hat, wer das Privileg wahrnimmt, zu studieren, und wer sich auf Führungspositionen in dieser Gesellschaft vorbereitet, von dem muß auch die nötige Einsicht in das Gewaltmonopol des Staates erwartet werden.' Im Gegensatz dazu müssen wir feststellen, daß die Studentenschaft gerade solch einen Mut und solch einen Kampfeswillen* (der Heidelberger Studenten, d. Verf.) *gebrauchen könnte, um den geplanten Änderungen des HRG (Hochschulrahmengesetz) entgegenzuwirken...“*. Die Mathe-VV hielt u.a. fest: *„Wir sind der Meinung, daß Studenten, die ihre berechtigten politischen und sozialen Interessen wahrnehmen, diese auch mittels Streik durchsetzen können müssen...“*.

Zur Unterstützung der Verurteilten schreibt an den Justizminister von Baden-Württemberg, in 7000 Stuttgart, und an die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN im „Haus des Landtags“ in 7000 Stuttgart und fordert die sofortige Freilassung von C. Koespell und H. Sautmann, sowie die Amnestie für alle verurteilten Studenten! Die Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik hat zur Unterstützung ein Plakat herausgegeben, das für 0,15 DM pro Stück bestellt werden kann bei: S. Häßlein, Rohrgraben 7, 7800 Freiburg. Zum Schluß das Solidaritätskonto für die Gerichtskosten der Inhaftierten: Conrad Zimmer, Bezirkssparkasse Heidelberg, Bankleitzahl 672 500 20, Kontonr. 4305337.

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik/Hamburg

Urteile im Gorleben-Prozeß:

1 kaputter Reifen = 11 Monate Knast

(...) Am 13. Juli früh morgens um 3 Uhr 20 fährt ein Streifenwagen (VW-Bulli) mit 3 B.(ereitschaftspolizisten) die Stichstraße entlang, die zur ehemaligen Überseefunkempfangsstation führt, wo die Atomschutzpolizei vorläufig untergebracht ist. Der Beifahrer sieht plötzlich etwas aufblitzen, schreit „Vorsicht, Nagelkette“. Der Fahrer kann nicht mehr bremsen, sie fahren darüber, es macht „klack, klack“, sonst nichts. Sie melden die Nagelkette über Funk und fahren ohne anzuhalten weiter bis zur Unterkunft. Dort überprüfen sie die Reifen und können nichts feststellen. Nach etwa 5 bis 10 Minuten fahren sie zusammen mit anderen Fahrzeugen wieder zurück zum Tatort. Dort steckt eine Doppelreihe von Stahlnägeln, 7,5 cm lang, 3 mm dick, im Abstand von ca. 10 cm in die Fahrbahn eingeschlagen, die Köpfe abgekniffen. An einigen Stellen waren sie umgebogen, vermutlich da, wo der Bulli rübergefahren ist. Die B. entfernen die Nägel mit der Hand, nachdem sie mit Stiefeln dagegen traten.

Aus der Tatsache, daß eine der beiden Reihen erst halb fertig war, schlossen sie, daß die Täter noch in der Nähe sein könnten. Einige Meter weiter im Kornfeld entdeckten sie drei Einstiege und begannen mit weiteren Fahrzeugen in dieser Richtung zu suchen. Um 3 Uhr 50 sahen sie auf einer Parallelstraße in etwa 1 km Entfernung ein Auto stehen. In dem Auto fanden sie Ralf, der dort schlief und nahmen ihn fest. Robert und Uwe, die sich etwa 20 m entfernt davon aufhielten, wurden ebenfalls festgenommen. In ihrer Nähe fanden die B. noch einen Hammer, ein Paar Handschuhe und eine Schachtel Stahlnägel.

Im Laufe des Tages wurde dann festgestellt, daß aus einem Reifen der Bullen doch Luft entwich und noch ein Nagel darin steckte. Obwohl dies auch der einzige Schaden blieb — drehten Kripo und Staatsanwaltschaft ein ganz großes Ding daraus: § 315b: „Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr mit absichtlicher Herbeiführung eines Unglücksfalls.“ Ein „Verbrechen“ für das eine Mindesstrafe von einem Jahr Knast vorgesehen ist. **Uwe und Robert wurden daraufhin die 4 (vier) Monate bis zu Beginn des Prozesses in U-Haft gesteckt.** Ralf, dem sie nur Beihilfe vorwarfen, wurde nach zwei Tagen wieder freigelassen. Noch am Tag der Festnahme wurde in einer großangelegten und wahrscheinlich schon lange vorbereiteten Aktion mit mehreren Hundertschaften das Sommercamp in Trebel durchsucht. Der Staatsgewaltapparat hatte endlich wieder was zu beißen.

Der Prozeß war von Anfang an eine Demonstration der Staatsmacht. Die Dannenberger Innenstadt war ganz in grün. Nur 16 Zuschauer sollten in den Prozeßsaal eingelassen werden, wo in anderen Verhandlungen über 30 Leute Platz fanden. Erst nach dreistündiger Verhandlung darüber wurden dann dreiweitere zugelassen. An folgenden Prozeßtagen saßen noch zwei Kripobeamte der Abteilung Staatsschutz, die auch die Ermittlungen führte, auf der Zuschauerbank. Dann wurde entdeckt, wie von einem Raum des Gerichts aus Polizisten die Zuschauer fotografierten.

Das Gutachten, mit dem der Staatsanwalt seine These vom Unglücksfall belegen wollte, wurde von einem anderen Gutachter, einem Wissenschaftler der Reifenindustrie, widerlegt. Er hatte Versuche durchgeführt, die zeigten, daß Reifen unter keinen Umständen durch einen Nagel in der Lauffläche platzen können oder so schnell Luft verlieren, daß es zu einem Unfall kommt. (...)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Polizeizeugen, die er ‚persönlich noch vernommen' hat. Es sind vier aus der Truppe, die Minas in der Winterfeldstr. 44 festgenommen haben. Sie haben sich sprachlich schon den Erfahrungen des Kollegen Hildebrand angepaßt (gegen den mittlerweile durch eine andere Abteilung der Staatsanwaltschaft wegen Steinewerfens ein Verfahren eingeleitet wurde), und beginnen ihre Aussagen unisono mit: ‚Mir wurde gesagt, ich soll mich hier erinnern ...'. Gleichlautend behaupten sie alle, im Haus Nr. 44 Schutz vor Demonstranten gesucht zu haben. Als die Luft wieder rein gewesen sei, hätten sie einen ‚verletzten Kollegen' (gemeint ist einer der vier, Zeuge Bandmann) aus dem Haus geschleppt. Dann bringt Staatsanwalt Weber die Inszenierung knüppeldick auf den Punkt: So habe für die Zeugen der Verteidigung der Eindruck entstehen können, daß der abgeführte Polizeibeamte (in Uniform und voller Kampfmontur) Minas sei, da er diesem ähnlich sehe (Bartträger)! Polizist Bandmann will sich nicht daran erinnern, wo seine Pistole, Helm, Schild und Knüppel bei der ganzen Geschichte geblieben seien. Die Ausrüstung sei einige Tage später wieder aufgetaucht; woher, könne er nicht sagen. So wollen sich die Zeugen des Staatsanwaltes Weber auch nicht auf die - an sich unsinnige — Frage der Verteidigung festlegen, ob sie ihren Kollegen, den Zeugen Bandmann) niedergeknüppelt und in Handschellen abgeführt haben. Sie bleiben dabei: ‚Daran kann ich mich nicht erinnern.'“ (taz, 19.12.83)

Im Urteil gefolgt wurde genau dieser windigen Konstruktion. Lapidar in der Urteilsbegründung: *„An der Glaubwürdigkeit der Polizeizeugen hege die Strafkammer keine Zweifel und halte es für erwiesen, daß Minas Kontas zusammen mit den drei mitangeklagten Männern im selben Hausflur festgenommen worden sei.“* (FR, 8.3.)

Allerdings hatte das Gericht auch schon im Laufe des Verfahrens alles getan, den polizeilichen Belastungszeugen ihre Glaubwürdigkeit zu erhalten: *„Die Anklage stützte sich vor allem auf Bekundungen von Polizeibeamten, die am 11.6.82 auf dem Winterfeldplatz in Zivil eingesetzt waren. Die sieben Polizisten saßen in einem getarnten freakigen VW-Bus und beobachteten durch enge Schlitze Steinewerfer, um sie festzunehmen.*

In einem anderen Verfahren gegen zwei Frauen, die ebenfalls am Winterfeldplatz verhaftet wurden, traten dieselben Polizisten als Belastungszeugen auf. Ihre Aussagen wurden jedoch als ‚nicht glaubwürdig' vom Gericht eingestuft; eine Angeklagte erhielt eine Bewährungsstrafe, die andere wurde freigesprochen. Die Anträge der Verteidigung, die ‚unglaubwürdigen' Aussagen der Polizisten zur Prüfung der Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen im Prozeß vor der 20. Großen Strafkammer heranzuziehen, lehnte Richterin Schwarzmann wiederholt ab.“ (taz, 8.3.).

Ganz dazu paßt, daß die polizeilichen Belastungszeugen mit ihren Beschuldigungen gegen die Angeklagten erst Wochen nach der Demonstration herausrückten. *„Erst als die sieben Männer bei der politischen Staatsanwaltschaft vorsprachen, war ihre Erinnerung detaillierter. Nach etlichen Wochen wußten die Herren Polizisten genau, daß diese fünf Angeklagten Steine geschmissen hatten.“* (taz, 8.3.) Zu dieser Erinnerung zurück fanden die Beamten durch eingestandenermaßen umfangreiche Zeugenschulungen, deren Gegenstand dieser Prozeß war. Das Gericht nahm daran allerdings keinen Anstoß.



Melina Mercouri am 18.2.84 in Berlin-Moabit

... verquickt mit Moabiter Landrecht ...

Von Anfang an saßen die Angeklagten während der Verhandlung in den Glaskäfigen, die seinerzeit extra für den prozeß gegen die „Bewegung 2. Juni“ gebaut worden waren. Wie in einem § 129a-Verfahren mußten sich die Zuschauer in den Sicherheitsbereich des Moabiter Kriminalgerichtes einschleusen lassen, was ausführlichste Kontrollen und das Kopieren der Ausweise miteinschließt. Trotz mehrerer Anträge der Verteidigung wurden diese Schikanen bis zum Ende des Prozesses nicht aufgehoben.

Dieselbe knallharte Linie schlug das Gericht bei Anträgen der Verteidiger/innen auf Haftverschonung ein. Selbst als ein Angeklagter im Januar 83 einen Selbstmordversuch unternahm, wurde er nicht aus der Untersuchungshaft entlassen. Stereotyp wurde in jedem Beschluß auf Haftfortdauer mit dem „dringenden Tatverdacht“ argumentiert.

Selbst als die griechische Regierung die Freilassung von Ninas Kontas forderte und die griechische Kulturministerin Mercouri ihren Landsmann am 19.2. im Moabiter Knast besuchte, änderte sich nichts an der Aufrechterhaltung der Haftsituation. Das Gericht drehte kurzerhand den Vorwurf gegen sich in eine Rechtsanwaltsschelte um. *„Fest steht für das Gericht, daß der Angeklagte für das Verhalten der Verteidigung geradestehen muß. Kontas könne sich ‚auch nicht darauf berufen, er sei ein Opfer der Strategie seiner Verteidigung geworden. Er ist 34 Jahre alt und Diplomsoziologe. Schon deshalb muß von ihm erwartet werden, daß er seine Prozeßsituation übersieht und selbst entscheiden kann, ob er das Verhalten seiner Verteidigung billigt oder nicht.' “* (FR, 28.2.) Da nützte es auch nicht viel, daß die griechische Regierung und die Familie von Minas bereit waren, Kaution zu stellen, und daß selbst Staatsanwalt Weber am 23. Februar einem Haftverschonungsantrag zugestimmt hatte. Minas und mit ihm die anderen Angeklagten blieben bis zur Urteilsverkündung im Knast.

Daran glauben mußten in diesem Verfahren auch die Rechte der Angeklagten: *„Dreien der Angeklagten, die kürzlich wegen ‚ungebührlichen Benehmens' von der Verhandlung ausgeschlossen worden waren, hatte das Gericht... das Recht genommen, ein Schlußwort zu sprechen, weil die Betroffenen doch nur Polizei, Staatsanwalt und Gericht beschimpfen würden.“* (FR, 8.3.84) Solch willkürliche Auslegung der Strafprozeßordnung ist selbst in Verfahren wie etwa gegen RAF-Angeklagte (noch) nicht die Regel. **Beweiswürdigung und Prozeßrecht sind in diesem Verfahren allein dazu verkommen, die gewünschten Abschreckungsurteile zu liefern. Gleichzeitig ist das Gericht so vorgegangen, als gäbe es die von der jetzigen Regierungskoalition gewünschte Verschärfung der Paragraphen 125 und 125 a bereits.**

Gegen dieses Urteil ist keine Berufung, sondern lediglich Revision aus verfahrensrechtlichen Fehlern zulässig, die die Rechtsanwälte der Angeklagten auch bereits eingelegt haben.

Anti-Repressions-Kommission KB/Westberlin

Teuer wurde dieses Verfahren auch für die drei Verteidiger Kliesing, Enners und Elfferding; sie wurden am 12.3. zu Geldstrafen zwischen 2.600 DM und 2.800 DM wegen Widerstand und Körperverletzung verurteilt.

Am 16.1.83 war es zu folgendem Vorfall gekommen: Richterin Schwarzmann gab an den Saalschutz das Kommando „Festnehmen!“ aus, als eine Zuschauerin im Gerichtssaal protestierte, weil eine weitere Zuhörerin nicht in den Saal vorgelassen wurde.

„Andere Zuhörer bildeten dann eine Kette um diese Zuhörerin, um sie vor der Festnahme zu schützen. Sofort ließ Richterin Schwarzmann den Saal räumen. Die Justizwachtmeister und die im Saal anwesenden Polizisten sprangen über die Ballustrade und schlugen wahllos auf die Zuhörer ein. Ein Polizist zeichnete sich dabei besonders aus. Rechtsanwalt Kliesing konnte das nicht mit ansehen und entriß dem Beamten die Dienstmütze, um die darin vermerkte Dienstnummer des Polizisten festzustellen. er wurde daraufhin von einem anderen Polizisten in den Würgegriff genommen und mit dem Kopf auf eine Bank und über die Ballustrade geschleudert.“ (taz, 17.1.83)

Die Rechtsanwälte Enners und Elfferding versuchten nun ebenfalls, über die Dienstmützen an die Nummern der Beamten zu kommen; dabei wurden sie mit *‚Hau ab, du alte Keule'* (taz, 17.1.83) von den Beamten gegrüßt.

Merke: Wenn in Moabit einer Prügel einsteckt, ist er selbst schuld, nicht etwa die Beamten, die ja nur ihre Pflicht tun.

Gegen diese Urteile haben die betroffenen Anwälte Berufung eingelegt.

Amnestie-Kampagne für politische Gefangene?

- Patentrezepte a la Wolfgang Pohrt -

In der „taz" vom 3.1.84 fordert Wolfgang Pohrt eine Amnestie-Kampagne für die politischen Gefangenen. Vehement unterstützt wird er hierbei von den RAF-Gefangenen Gert Schneider und Christof Wackernagel. Zeigt hier einer den Weg auf, der endlich, endlich der isolierenden Vernichtungshaft der Gefangenen ein Ende bereitet? Gar eine Chance, sie aus dem Knast herauszubekommen?

Pohrts Thesen:

1. Die RAF und andere politische Gefangene haben den „*Protest gegen den Vietnamkrieg etwas zu wörtlich genommen, also so wie er gemeint war*".

2. Die Bewegung gegen den Vietnamkrieg war vielleicht ein politischer Fehler. „*Wenn die flammenden Aufrufe, der Protest auf der Straße und seine Fortsetzung mit militanten Mitteln damals ein politischer Fehler gewesen ist, was nicht auszuschließen ist, dann war dies unser aller Fehler, der Fehler aller, die damals mitdemonstriert haben.*"

3. Deshalb sind alle 68er, die laut Pohrt zufällig nicht bei der RAF gelandet sind, verantwortlich dafür, daß die Gefangenen die Zellen nicht „*entweder am Krückstock oder im Sarg verlassen*". „*Wer die USA öffentlich des Völkermordes bezichtigt hat, mag Anschläge auf US-Militäreinrichtungen in der BRD privat oder aus humanitären Gründen zutiefst bedauern. Aber er hat kein Recht, sich öffentlich von den Akteuren zu distanzieren, sie den Strafverfolgungsbehörden zu überlassen und die eigenen Hände in Unschuld zu waschen.*"

„*Wenn der Vietnamkrieg kein Fehler ... war: Ein Grund mehr, jene Einzelnen nicht zu vergessen und im Stich zu lassen, die damals weder an das Risiko noch an die Folgen dachten. Denn dies ist der Unterschied zwischen denen, die heute in Stammheim, und jenen, die heute auf einem Lehrstuhl sitzen.*" „*Die vielen, die damals den verbrecherischen US-Agressor und den von ihm begangenen Völkermord unermüdlich in Wort, Schrift, Bild und Gesang gegeißelt haben, sind deshalb heute aufgerufen, ein mittleres Wunder zu vollbringen. Dies mittlere Wunder in Deutschland — und in anderen Ländern der Normalfall — wäre eine Amnestie.*"

4. Die Zeit ist reif für eine Amnestie, denn die RAF ist am Ende, der Staat hat gesiegt, nun soll er sich großzügig erweisen und die Gegner amnestieren. „*Daß die RAF und die gesamte militante Linke in der BRD verloren hat und besiegt ist, ist ein unbezweifelbares Faktum.*" „*Nach Ablauf einer gewissen Frist entläßt der Sieger seine Gefangenen, eine großzügige Versöhnungsgeste, die gleichzeitig seine Macht unterstreicht.*"

und besiegt ist, ist ein unbezweifelbares Faktum." „Nach Ablauf einer gewissen Frist entläßt der Sieger seine Gefangenen, eine großzügige Versöhnungsgeste, die gleichzeitig seine Macht unterstreicht."

Als praktische Schritte schlägt Pohrt vor: Einen Kongreß am 8. Mai, weil der kein schlechtes Datum sei, vermehrtes Journalisten-Engagement für die Situation der Gefangenen, ein Kontaktbüro, z.B. beim Rotbuch-Verlag. Und last but not least soll lt. Pohrt die Amnestiekampagne die Linke nach der seiner Meinung desolaten Niederlage der Friedensbewegung wieder auf Vordermann bringen. „*Die Bilanz der letzten zwei Jahre ist eine Traueranzeige, über die niemand weinen kann: Nach langem, qualvollen Siechtum still entschlafen fand die westdeutsche Linke im Zeremoniell der Friedensbewegung, in ihren Trauermärschen und Schweigeminuten ein stattliches Begräbnis. Friede ihrer Asche und den zahlreichen Trauergästen ein herzliches Dankeschön. Mit der bezeugten massenhaften Anteilnahme haben sie den nahen Angehörigen den Abschied unendlich erleichtert. Keine Geschmacklosigkeit, kein Mangel an Pietät in diesem Fall, schon am Grabe der Verblichenen an einen neuen Anfang zu denken. Zuvor aber müssen die Gefangenen begnadigt werden ... Wenn der Staat, so er mitspielte, auf seinen Nutzen spekuliert: in ihrer Differenz zu den bestehenden Verhältnissen ist die Linke doch nur so gut oder so schlecht wie jene — d e r Grund, warum die deutsche Linke ein Bild der Trostlosigkeit bietet und einer von vielen Gründen, sich die Veränderung der Verhältnisse durch eine Amnestie zu wünschen. Ein Staat, der die Linksradikalen bei Strafe der Selbstaufgabe dazu zwingt, bis in die zehnte oder zwanzigste Generation immer nur die Gefangenen freizubomben und freizuschießen, ist ein dummer Staat, eine Katastrophe für sich selbst, für die Welt und für die Linken.*" (taz, 18.1.84)

Flankenschutz aus dem Knast

Mit von der Partie für Amnestie-Kampagne und Pohrtsche Begründungen sind die Gefangenen Gert Schneider und Christoph Wackernagel (beide durch ein skandalöses Urteil für 15 Jahre im Knast), mit denen die Sache auch vorbesprochen wurde. Die beiden übernehmen ganz offensichtlich den Part, alle zu erwartenden Angriffe und Gegenargumente im vorhinein abzuschlagen.

Daß die Niederlage des bewaffneten Kampfes und der militanten Linken perfekt ist, betonen sie beredt: „*Es bedarf darum eines gehörigen Maßes an Holzköpfigkeit, um angesichts eines Faktes, den sowieso niemand mehr bezweifelt, im Amnestie-Aufruf ein schnödes Ansinnen der Unterwerfung zu wittern. Fakten kann man sich nicht unterwerfen, Fakten ist man unterworfen ...*" Ein paar psychologisch aufgemotzte Seitenhiebe gegen die ehemaligen Genossen geben die Würze: „*Zum anderen dürfte wohl das Bild des aufrechten Revolutionärs, der dem Vertreter des Staates sich verpflichtet fühlt, schlicht, offen, ehrlich und wahrhaftig — also mit Respekt! — seine radikale Feindschaft und seinen immerwährenden Kampf gegen ihn zu bekennen, zwar höchst erbaulich erscheinen, aber doch eher einer heimlichen Liebe zum Staat entspringen als aller revolutionären Moral.*" (Gert Schneider)

Da die Amnestieforderung in allen Widerstandskämpfen eine Rolle spielt,

zwar höchst erbaulich erscheinen, aber doch eher einer heimlichen Liebe zum Staat entspringen als aller revolutionären Moral." (Gert Schneider)
Da die Amnestieforderung in allen Widerstandskämpfen eine Rolle spielt,

meint Wackernagel, sei sie auch das adäquate Mittel, in der BRD die Gefangenen aus den Knästen zu holen. Vor allem aber halten Schneider und Wackernagel eine Anmestiekampagne für d a s Mittel zur Neuorientierung der Linken: „*Wir begrüßen die Amnestiekampagne vor allem, weil durch sie politisch Determinanten gesetzt werden, an denen entlang ein Weg aus der fatalen Entpolitisierung der letzten Jahre gefunden werden kann. Mit der Erinnerung an die Anfänge der RAF in der Bewegung gegen den Vietnamkrieg werden Kriterien gesetzt, an denen sich messen lassen muß, was heute Politik sein will.*" (Wackernagel) — „*Eine Perspektive, in der die Gefangenen vielleicht doch noch irgendeinmal herauskommen, in der ein dafür notwendiges öffentliches Bewußtsein über die Gefangenen wirkungsvoller als bisher und weniger eng begrenzt geschaffen werden und in der auch die Linke als Voraussetzung ihrer Neukonstitution einige Ansatzpunkte ihres Aufbruchs 68 wiederfinden könnte, kann heute eröffnet werden durch den Beginn einer Amnestie-Kampagne.*" (Schneider)

Bei dem hehren Ziel einer Neukonstitution der Linken mittels Amnestiekampagne kann lt. Schneider auch ein politisches Grundprinzip außer Kraft gesetzt werden, die Gefangenen müssen nicht gefragt werden: „*So wie man einen Verhungernden vorher nicht um Genehmigung zu ersuchen braucht, ob man ihm etwas zu essen geben dürfe, muß man Gefangene nicht fragen, ob sie eigentlich herauswollen — sonst unterstellt man, sie könnten auch freiwillig hinter Gittern und mithin gar keine Gefangenen mehr sein.*" Wie elegant wird doch hier die Tatsache umschiffft, daß die RAF-Gefangenen mit dieser Amnestie-Kampagne nicht einverstanden sein werden.

Verheerend wie alle Patentrezepte

Hier geht es uns n i c h t um eine prinzipielle Ablehnung von Amnestieforderungen. Hier geht es auch nicht darum, das politische Ende der RAF und der Bewegung 2. Juni wegzuschönen. Hier geht es einzig und alleine darum, daß diese Kampagne - sofern sie überhaupt zustande kommt und den Namen verdient — in kürzester Frist einschläft oder sich totläuft. Hier geht es darum, daß Hoffnungen geweckt werden bei Gefangenen ohne die geringste Chance, auch nur einen Teil davon einlösen zu können.

1. Laut Pohrt amnestiert nur ein dummer Staat nicht. Dieser Staat i s t „ein dummer Staat, eine Katastrophe für sich selbst, für die Welt und die Linken" (Pohrt). Dieser Staat wird auch nicht, weil Herr Pohrt ihm das so schmackhaft macht, klug werden wollen und als der Sieger versöhnend und souverän seine Gegner freilassen. Dieser Staat hat leider gerade anderes zu tun — wie z.B. kräftig dazu beizutragen, daß er samt „seinem" Volk den führbaren Atomkrieg nicht überlebt. Anders ausgedrückt: Cruise missiles und Pershing-Raketen werden zügig stationiert trotz Widerstand und Friedensbewegung.

2. Die Amnestieforderung für Hausbesetzer, eine vergleichsweise „populäre", wurde von den Regierenden im Vorfeld jeder ernsthaften De-

stationiert trotz Widerstand und Friedensbewegung.
2. Die Amnestieforderung für Hausbesetzer, eine vergleichsweise „populäre", wurde von den Regierenden im Vorfeld jeder ernsthaften De-

batte abgebügelt, weil Gesetzesbrecher nicht amnestiert werden können.

3. Die Verschärfung des Demonstrationsrechtes steht auf der Tagesordnung.

4. Die Prozesse nur der jüngsten Zeit sprechen ihre eigene Sprache: Radikal-Prozeß, 11.6.-Prozeß in Westberlin, der Kölner Konsulatsbesetzer-Prozeß, die Krefelder Prozesse, die laufenden RAF-Verfahren in Düsseldorf und Stammheim, die sogenannten Unterstützer-Prozesse und der Boock-Prozeß.

5. Gerade Jürgen Boock, erklärtermaßen kein RAF-Mitglied mehr, wird dennoch in einem jeder Rechtsstaatlichkeit hohnsprechenden Prozeß zu lebenslänglichem Knast verdammt — fraglich ist nur noch, wieviele Male. Da er nicht Kronzeuge werden wollte, muß er büßen.

6. Da die Sachlage so ist wie sie ist, wird eine Amnestie auch nicht dadurch realer, daß die Gefangenen ihre Niederlage eingestehen und sich für geschlagen erklären. Der Staat will sie lebenslänglich hinter Gittern sehen, gebrochen, zerstört, besser noch tot. Nur der Verräter hat eine „Chance".

7. Und die Linke, die 68er, die das „mittlere Wunder" (Pohrt) einer Amnestie vollbringen sollen? Auch sie werden sich mit einem Eingeständnis der „Besiegten" nicht zufrieden geben. Sie waren ja schon im deutschen Herbst nicht präsent bzw. glänzten durch Distanzierung. Daß hier keine Wende zu verzeichnen ist, hat spätestens die Reaktion auf die Krefelder „Krawalle" gezeigt.

8. Der Großteil der Gefangenen, die herausgeholt werden sollen, werden nicht mitspielen. Zum einen, weil sie leider nur geringfügig modifiziert ihre alte falsche Politik weiterführen (siehe: „Grüße an politische Gefangene"), zum anderen, weil sie keine Illusionen in diesen Staat haben. „*Eine Amnestieforderung kann unter den heute herrschenden Bedingungen in der BRD nur auf eine politische Bankrotterklärung hinauslaufen. Bedeutet das Erkennen von Fehlern, daß dies einer absoluten Kapitulation gleichzukommen hat? Und daß es jetzt gar noch um ‚Versöhnung' (Pohrt) gehen müsse? Und selbst wenn ein spezifisches Konzept der Stadtguerilla in der BRD gescheitert ist — geht es jetzt um Unterwerfung? Das kann doch wohl nicht gemeint sein. Es sei denn, es werden wirklich nicht nur ‚militärische', sondern auch radikalpolitische Ansprüche preisgegeben. Und dies unter einer Regierung, die Euch was husten wird mit Amnestie, die, wie Gert Albartus richtig analysierte „Opposition nicht durch Integration und Versöhnung ausschalten will, sondern durch Isolierung, Vernichtung und Kriminalisierung'. Eine Regierung, bei der alles dafür spricht, daß sie nicht mal ‚Gnade' erweisen wird, wenn s i e die Bedingungen diktieren kann (welche sich im übrigen jeder leicht ausmalen kann).*" (Gabi Tiedemann zur Amnestie-Kampagne, taz, 9.3.84)

9. Sozusagen nebenbei sei noch erwähnt, daß die Hochsicherheitsknäste nicht w e g e n der RAF gebaut wurden, sondern präventiv für jeglichen Widerstand und eben auch für „unangepaßte" soziale Gefangene, wie auch die Isolationshaft an der „Guerilla" erprobt und perfektioniert wurde und wird, wie auch die „lex RAF" für die Zukunft konzipiert ist. Laut Pohrt jedoch braucht der Staat die RAF und die gesamte militante Linke der BRD und leugnet deren Ende wegen der „*traditionellen Endsiegmentalität, der berüchtigten Gründlichkeit*" und natürlich wollen Fahnder im BKA, in LKAs, diversen Geheimdiensten, Under-cover-agents und insbesondere Rebmann ihre „*Spesenkonten und schnellen Wagen*" behalten.

10. Wie es zu bewerkstelligen ist, Gefangene, die wegen Mordes verurteilt wurden, zu amnestieren ohne generelle Gesetzesänderung, bleibt vorerst Pohrts Geheimnis.

Kurpfuscher am Werk

Wolfgang Pohrts Spezialität ist die Abrechnung mit jeglicher Bewegung in diesem Land, seien es die Hausbesetzer, die Frauen, die Friedensbewegung. Christian Geissler schrieb über Pohrt an Christof Wackernagel: „*Kenne kaum so müd-lässig-menschenverächtliches, so frech-kaputtes, so zierlich-aufgemandelte Resignation wie die in seinen Texten, sobalds um den*

Christian Geissler schrieb über Pohrt an Christof Wackernagel: „Kenne kaum so müd-lässig-menschenverächtliches, so frech-kaputtes, so zierlich-aufgemandelte Resignation wie die in seinen Texten, sobalds um den

Menschen geht im Lande". (taz, 6.2.84)

Pohrt zur Frauenbewegung: „*Vorbeugend und eingedenk, der Tatsache, daß jeder blöde sein kann, konstruierten die Frauen also eine besondere, eine weibliche Blödheit. Während der Mangel an Intelligenz und Verstand beim Manne nur ein Mangel sei, sei er bei den Frauen — so erklärten sie nun, diesmal ganz abstrusen Hokuspokus liebevoll wiederaufwärmend — gleichzeitig auch etwas Positives. Er mache die Frauen und nur sie, empfindlich und empfänglich für andere der Vernunft und dem Verstand überlegene Erkenntnisquellen, für Botschaften aus dem Jenseits, für die Sprache der Tiere, für die Stimme der Natur, für den Ruf des Blutes*" ... „*Erinnern wir uns: Zehn Jahre lang hatte die westdeutsche Frauenbewegung das Thema ‚Gewalt gegen Frauen' erforscht und mit von Jahr zu Jahr verfeinerten Analysemethoden diese Gewalt auch schließlich dort angeprangert, wo man sie mit bloßem Auge nicht entdeckt. Als dann die jahrelang angeprangerte, gewitterte und beschworene rohe Gewalt auf der Leinwand erschien, als im Carmen-Film die Titelheldin mit dem Klappmesser erstochen wurde, da war dies eine Augenweide und ein Ohrenschmaus für die Schwestern der Gemeuchelten. War der Albtraum ein Wunschtraum?*" (konkret 3/84)

Und zur Friedensbewegung: „*Diesen letzten Schritt* (zur Genesung von der Psychose des Antiamerikanismus — Anm. AK) *hat die Friedensbewegung gemacht. Sie hat die aufgestauten und angesammelten Ressentiments offen zur Sprache gebracht und ihnen damit im Interesse der sich anbahnenden Versöhnung die Spitze genommen. Sie hat jene nationalen Großmachtsträume wieder gesellschaftsfähig gemacht, welche die Deutschen nur als Verbündete der USA werden weiterträumen können. Ihr anti-amerikanischer Propagandadonner diente nur der folgenlosen Abfuhr und Beseitigung eines Grolls, der sich unter Carter gebildet hatte und den man jetzt schnell wieder los werden wollte. Denn nun, da man den Führungswillen der USA wieder spürt und der Dollar steigt, steht einer innigen Verbindung zwischen Deutschland und den USA seitens der Deutschen nichts mehr im Wege. Die Nachkriegsära hört auf, wie sie angefangen hat, wie ‚Casablanca': Mit dem Beginn einer herrlichen Freundschaft.*" (konkret 3/84)

Jetzt ist für Pohrt offensichtlich die APO fällig, der Anti-Vietnamkriegs-Protest. Während Gert Schneider und Christof Wackernagel sich von der Amnestie-Kampagne eine Neukonstruktion des anti-imperialistischen Widerstandes verprechen (wie immer diese auch aussehen mag), ist Pohrt schon auf einem anderen Trip: „*Wenn die flammenden Aufrufe, der Protest auf der Straße und seine Fortsetzung mit militanten Mitteln damals ein politischer Fehler gewesen ist, was nicht auszuschließen ist, dann war dies unser aller Fehler ...*"

Herr Pohrt kommt an, sein Zynismus ist in. In der konkret und der taz ist er ein hochgeschätzter Autor. Wir sind jedoch voller Hoffnung, daß einige couragierte Frauen Mittel und Wege für den Einsatz von lila Sprühdosen finden. **Was jedoch die Gefangenen angeht, so soll Pohrt seine Finger davon lassen. Das Thema ist zu ernst, um für die Abrechnung mit der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung herzuhalten.**

Zu dem geschmackvollen Pohrtschen Vorschlag, „*der 8. Mai wär kein schlechtes Datum*" für das Einläuten einer Amnestiekampagne schreibt Christian Geissler: „*Jetzt aber los: Der 8. Mai 45 ist der Tag des Sieges der Roten Armee über den Faschismus, wenn mans mal rechnerisch, d.h. materialistisch faßt. Er ist nie und nimmer ein ‚Versöhnungstag', sondern der Tag eines haßerfüllten wie schmerzgeladenen wie liebevollen Schwurs! Nie wieder Faschismus ... Und es ist einfach nur ne Schweinerei (denn gedankenlos ist Herr Pohrt ja nicht), diesen Tag zur Versöhnungsschau machen zu wollen an die hin, die die Imperialismusmaschine bis heute ... mit wahrhaft entsetzlicher Einsatzbereitschaft bedienen. No.*"

Narr und Vack

Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack sprechen sich in der taz vom 12.3.84 für eine Amnestie-Kampagne aus.

Narr und Vack
Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack sprechen sich in der taz vom 12.3.84 für eine Amnestie-Kampagne aus.

„*Wir folgen den Argumenten von Wolfgang Pohrt nur zum Teil. Teilweise halten wir seine Begründung für falsch, in jedem Fall für sehr unzureichend. Dennoch erscheint uns sein Vorschlag richtig.*"

Narr und Vack kündigen an, daß sie in nächster Zeit ein ausführlich begründetes Konzept für eine Amnestiekampagne vorschlagen werden. Den Erfolg beurteilen sie skeptisch, meinen jedoch: „*Gerade um eines politisches Bewußtsein schaffenden Prozesses wider die herrschende Ideologisierung willen ist diese Amnestie-Kampagne vonnöten. Und vielleicht gelingt es sogar, so zu überzeugen, daß jedenfalls wirksame Minderheiten entstehen, deren Politik auf die Haftbedingungen rückwirkt ... Erosionsprozesse sind möglich und nötig. Und solche Prozesse werden nur in Gang kommen, wenn endlich auch in Sachen Amnestie begonnen wird, die Fähigkeit zu trauern in dieser Gesellschaft, sprich Vergangenheit wie den ‚Deutschen Herbst' aktiv aufzuarbeiten, zu verstärken. So oder so: Die Mobilisierung in Sachen Amnestie und die entsprechende Politisierung hierfür stehen an. Es ist zu hoffen, daß nicht diejenigen, die sich als links, als kritisch, gar als ‚revolutionär' verstehen, den herrschenden Block komplementär verstärken.*"

So skeptisch, wie wir der Realisierung einer Amnestie-Kampagne — die Pohrtsche Variante mal beiseite — gegenüberstehen, wünschen wir uns bei Marx, Lenin, Mao oder wem auch immer nichts mehr, als daß wir unrecht haben. In diesem Sinne werden wir auch nicht beiseitestehen. Eines gilt: Die Gefangenen müssen raus.

Antirepressions-Kommission KB/Westberlin

Fortsetzung von vorheriger Seite

Staatsanwalt Müller forderte dennoch 11 Monate für Robert, 9 für Uwe und 6 für Ralf, alles ohne Bewährung. Als Begründung führte er auf, daß es hier Aktionen solcher Schwere bisher noch nicht gegeben hätte und daß dem Einhalt geboten werden müsse. (...)

Die Aktion war keinesfalls eine neue Stufe des Widerstandes im Wendland und Müller müßte das auch wissen. Nägel in der Straße und Nagelbretter sind schon seit Jahren bekannt und nächtliche Sabotage bis zur Brandstiftung an Baufahrzeugen sind gang und gäbe. Das einzige Neue ist, daß sie jemanden in der Nähe des Tatorts festnehmen konnten. Also seit langem die einzige Chance des Justizapparates gegen diese Form von Widerstand abschreckend zuzuschlagen. (...)

Das Urteil ist erstmal noch nicht rechtskräftig, Berufung und Revision sind noch möglich und werden wohl auch beantragt werden. Es wird aber wieder ein langwieriger Prozeß werden, der viel Geld kostet und der Ausgang ist auch ungewiß. Vielleicht gibt es auch nur eine raffiniertere Begründung für dasselbe Urteil. Robert, Uwe und Ralf brauchen unsere Solidarität, sowohl materielle als auch menschliche Unterstützung.

Knast wirkt nicht nur auf die, die drin sind oder denen er bevorsteht. Indem versucht wird, Einzelne fertig zu machen, wird Druck auf uns alle ausgeübt, Sachen zu tun oder zu lassen, für die wir sonst keine Begründung finden. Dieser Druck muß uns wenigstens bewußt sein. Je weniger wir davon wissen wollen, umso mehr bestimmt er unser Handeln. Irgendwann ist es dann sogar soweit, daß wir ihn für unseren eigenen Willen halten. Die Frage ist also, ob wir uns von der Angst dirigieren lassen oder ob wir unter Berechnung des Risikos das tun, was wir für richtig halten.

Ermittlungsausschuß Gorleben

(Konto-Nr. 12945300 Volksbank Clenze - BLZ 25861990)

Bremen:

Sozialdemokratische Sparpolitik

Stellenabbau im Öffentlichen Dienst

Nachdem in den vergangenen Jahren immer die Werften des Landes Bremen mit neuen ,,Millionen-Löchern'' an die Öffentlichkeit traten, die zur ,,Rettung der Arbeitsplätze'' das sofortige DM-schwere Eingreifen des Senats erforderten, spielten die Bremer Sozialdemokraten diesmal selbst dieses Stück. Mit ständig wachsenden ,,Milliarden-Löchern'' im öffentlichen Haushalt wurden Bremens erschreckt-staunende Bürger/innen konfrontiert; Die angebliche Deckungslücke von inzwischen 1,2 Milliarden DM sollte klarmachen, daß ,,die Struktur sozialer und wirtschaftlicher Leistungen aufgabenkritisch'' (Regierungserklärung von Koschnick, Nov. '83) und mit dem Ziel erheblicher Einsparungen überprüft werden müßten.

Präsentiert wurde ein Finanzplan für den Zeitraum 1984 — 87, der Millionen-Kürzungen bei Personal- und Sachmittelausgaben vorsieht: Schließung von 37 Schulen, Veräußerung von Gebäuden, Grundstücken und Beteiligungen, Schließung von Jugendfreizeitheimen und Bibliotheken, Gebührenerhöhungen bei fast allen kommunalen Dienstleistungen. — Mit mehrtägigem Boykott von Kindertagesheimen, Streiks, Demonstrationen und Besetzungen von mindestens 10 Schulen haben die Betroffenen bisher darauf reagiert.



Industriesubventionen

Im Vergleich zum Bundesgebiet nimmt sich die Entwicklung der Bremischen Wirtschaft nach wie vor schlecht aus. (s.Tab.1)

Um dem Kapital alle Hilfen bei der freien Entfaltung seiner Kräfte zu geben, wurde dem Wirtschaftsressort für 1984 — 87 (sofern nicht anders angegeben, beziehen sich alle Zahlen auf diesen Zeitraum) lediglich eine Einsparung von drei Millionen DM zugemutet, so daß alleine für Investitionen 462 Mio. Mark verblieben.

Trotz der Erfahrungen mit der Schließung der ,,AG-Veser-Werft'' zum Jahresende 1983 (gl. AK 238), nachdem der Krupp-Konzern über Jahre hinweg Subventionen dankend eingesteckt hatte, wird das Land Bremen *,,für die Fusion der Brener Großwerften Bremer Vulkan und Hapag-Lloyd-GmbH sowie die Besandssicherung der AG-Weser Seebeck rund 50 Mio. DM bereitstellen''* (Laneswirtschaftsbericht). Weitere 21 Mio. DM fließen als Auftragsbeihilfen in die Taschen deutscher Reeder. Arbeitsplatzsicherung? Dazu folgende Meldung über den Vulkan :*,,Die zufriedenstellende Lage sei auf die Rationalisierung der Werft (im Jahre 1983 speckte der Betrieb um 227 Mitarbeiter ab)... zurückzuführen''*
(,,Weser-Kurier'', 23.3.1984).

Tabelle 1: Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 1983

	Bremen	Bund
Arbeitslose (in %)	13,0	9,1
Realer Zuwachs des Brutoindustieprodukts (in %)	-0,9	+1,0
Zuwachs der Industrieproduktion (in %)	-0,5	0,0
darunter:		
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+9,0	+3,3
Straßenfahrzeugbau	+8,0	+2,4
Schiffbau	-21,9	-19,0
Maschinenbau	-22,9	-4,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	-4,3	+2,0

Quellen: Kurzfassung des Bremer Landwirtschaftsberichtes 1983
Wirtschaft und Statistik 1/84
Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 2/84

Dem Klöckner-Konzern (Nettoprofit 1982: 351 Mio. DM; PW-Berichte 12/83) wurden im Rahmen von Strukturverbesserungshilfen für die Stahlindustrie 71 Mio. DM genehmigt. Die Beschäftigtenzahl des Bremer Werkes sank zwar 1983 um 700 Beschäftigte und wird bis Ende 1985 um weitere 1.100 Arbeiter verringert, doch der Wirtschaftssenator sieht das aus einem anderen Blickwinkel:,, *Das Bundesland Bremen trägt mit seinem Anteil an den Strukturhilfen in einem beispiellosen finanziellen Kraftakt dazu bei, mehr als 5.000 Arbeitsplätze in Bremen zu sichern''* (Snatspressestelle, 31.1.84).

Dier Daimler-BenzAG, die 1982 einen Nettoprofit von 921 Mio. (,,was tun'', 22.3.84) erwirtschaftete, erhält als größter Arbeitgber Bremens für geschaffene Abeitspätze eine P r ä m i e von 121,6 Mio. DM.

Zu diesen Beträgen kommen 54,7 Mio DM für Gewrbeflächenerschließung — zwei ökolgisch wertvolle Gebiete (Niedervieland und Luneplate) werden ohne Arbeitsplatzsicherheiten zerstört — und 619 Mio DM zur ,,Sicherung von Arbitsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen'' hinzu (alle Zahlen nach 'Jusos: Gegen die Rotstiftpolitik'). Erwähnt werden müssen noch 36 Mio. DM für den Forschungssektor und 32,2 Mio. DM zur Förderung privater Hafeninvestitionen sowie zinslose Darlehen von über 300 Mio. DM (Stand per 31.12.82) nicht eingetriebener Steuerschuld (Berechnungen der ÖTV nach: ,,WK'', 24.3.84).

Hauptgewinner am "Spar"haushalt: Die Banken

Neben den großen Konzernen und Privatunternehmen sind die Banken der große Hauptgewinner b ü r g e r l i c h e r ,,Spar''politik.

Die Tabelle 2 zeigt einen erheblichen Anstieg der Neuverschuldung, die 1984 mit rund 1,7 Mrd. Mark einen Spitzenwert erreichen wird. Allerdings werden die aufgenommenen Gelder in ständig wachsendem Maße zur Schuldenregulierung verbraucht, so daß 1984 von den neuen Schulden nur ganze 14 Mio. DM (das ist weniger als 1%) im Haushalt verbleiben, während der Rest für Tilgung und Zinsen an die Banken zurückfließt. **Ab 1985 nimmt der Haushaltsnettobeitrag einen Minus-Wert an, d.h. Tilgung und Zinsen übersteigen die Kreditaufnahme, was in praktischer Politik bedeutet, daß für den Schuldendienst (Zins- und Tilgungszahlungen) Gelder aus anderen Bereichen abgezogen werden müssen.**

Obgleich der Senat anstrebt, die Neuverschuldung und die Nettokreditaufnahme (Kreditaufnahme minus Tilgung) zu senken, wird die Gesamtverschuldung des Landes Bremen von 7,58 Mrd. im Jahr 1985 um über 2 Mrd. Mark auf 9,61 Mrd. DM im Jahr 1987 steigen und die Abhängigkeit von den Banken wird weiter zunehmen.

Vernichtung von 4.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst

Es ist im vorhergehenden Absatz darauf hingewiesen worden, daß der Senat im Rahmen seiner Finanzplanung den Schuldendienst nicht mehr aus der Neuverschuldung wird finanzieren können. Genau wie jeder Konzern in einer Krise Beschäftigte entläßt, hat sich der Senat für eine Verringerung der Personalausgaben durch Einstellungsstopp und Stellenabbau entschieden. Mit durchschnittlich 39 Prozent machen die Personalausgaben den größten Anteil am Haushalt aus. 1982 und 1983 lagen die Tariferhöhungen für die einzelnen Beschäftigten um 1,5 bzw. 1,1 Prozent über der Steigerung der Gesamt-Personalausgaben: In absoluten Zahlen bedeutete dies einen Stellenabbau von 720 Stellen 1982 und 660 Stellen 1983 (vgl. Jusos, Gegen die Rotstiftpolitik). Um nun das angebliche 1,2 Mrd.-Loch zuschütten zu können, ist bei einer Einsparung von 215,3 Mio. DM bis 1987 ein Abbau von 2880 Stellen geplant, der nach Ansicht der ÖTV unter Einbeziehung der Teilzeitarbeit rund 4000 Menschen arbeitslos machen wird. Dazu kommt die Gefährdung von weiteren 1000 Arbeitsplätzen im Zusammenhang mit einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung in den kommunalen Kliniken.

Schließung, Streik, Boykott

Solche Personaleinsparungen verbunden mit der Kürzung der Sachmittelausgaben um 216,6 Mio. DM und sogenannten ,,Sondermaßnahmen'' in Höhe von 654,4 Mio. Mark (u.a. der Verkauf öffentlicher Gebäude, Grundstücke und Beteiligungen) werden natürlich von einer Veränderung und Verschlechterung staatlicher Leistungen für die lohnabhängige Klasse begleitet.

Schon seit einigen Jahren wurden die Gebühren in Kindertagesheimen erhöht, während an Spielmaterial etc. gespart wurde. Nun sollen bis 1987 65 Stellen im KTH-Bereich eingespart werden. Dagegen steigen ab August 1984 die Gebühren um durchschnittlich 25% und sind für 11 Monate im Jahr fällig, obgleich sich die Kinder durch Ferien nur ca. 9 Monate im KTH befinden. *,,So erhöht sich z.B. bei einer vierköpfigen Familie mit zwei Kindergartenkindern und einem monatlichen Nettoeinkommen von 2000 Mark die kommunale Gebühr um 457 Mark im Jahr''* (,,Bremer Nachrichten''; 24.2.84). Durch den Stellenabbau werden die Kinder zugleich in größeren Gruppen (angestrebte Stärke: 21 Kinder) schlechter betreut werden können. **Auch an die Freunde von ,,Entstaatlichung'' ist im Hause von Jugendsenator Scherf gedacht worden: Das Selbsthilfepotential der Eltern soll ausgeschöpft werden, indem ,,Familien im Angestellten- oder Beamtenstatus gezwungen werden sollen, ihre Kinder bei privaten Kindergartenträgern anzumelden. Dadurch könnten städtische KTH geschlossen werden''** (,,BN'';29.2.84). — Erste Protestmaßnahmen waren ein fünftägiger Boykott der KTH, ein Mitarbeiter/innenstreik, der zur Schließung von 63 von 72 KTH führte (lt. ,,BN''; 29.2.84) und eine Protestdemonstration von über 2000 Mitarbeiter/innen, Kindern und Eltern.

Gegen die geplante Schließung von 5 der 22 Jugendfreizeitheime, die Übergabe an freie Träger zwecks Einrichtung von Lehrwerkstätten und den Abbau von 25 Planstellen streikten die Beschäftigten für einen Tag und fanden mehrere Jugenddemonstrationen statt.

Weitere Planstellenstreichungen und Mittelkürzungen bis 1987 zeigt Tabelle 4.

Zwischenbilanz: Unten sparen und oben ausgeben

Die dargestellten Fakten zeigen auf, daß der Begriff ,,Spar''politik nur Ideologie ist. Tatsächlich werden die Haushaltsbeträge nominal stetig steigen, wenngleich aufgrund der zu erwartenden Inflation real ein leichtes Sinken unterstellt werden kann. Das W e s e n der ,,Spar''politik ist jedoch die U m v e r t e i l u n g d e r F i n a n z m i t t e l z u g u n s t e n v o n B a n k e n u n d I n d u s t r i e. Der gesellschaftliche Reichtum wird den Lohnabhängigen zweifach entzogen: Einmal durch die tägliche kapitalistische Ausbeutung und ein zweites Mal durch die Verteilung der ständig gewachsenen Sozialabgaben an die Kapitalisten. So entpuppt sich auch sozialdemokratische ,,Spar''politik als Weg, unten zu sparen, um die Verwertungsbedingungen des Kapitals auf Kosten der Lohnabhängigen zu verbessern.

Hurra, die Schule brennt?

Bis 1990 sollen 37 Bremer Schulen zwar nicht angezündet, aber meistbietend verkauft oder anderweitig genutzt werden. Allzusehr im Hemd würde die SPD aber dastehen, verließe sie sich dabei allein auf haushaltspolitische Argumente. Eine ganz nach dem Motto ,,Reformismus in der Krise — Reformismus im Sonderangebot'' gestrickte Darstellung kleidet in modernen Zeiten angemessener.

Bildungssenator Franke möchte die ,,demokratische Leistungsschule'', das ,,Schulzentrum'' retten (Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst: Die bremischen Schulen im Übergang zu den 90er Jahren — I.F. ,,D.b.S...''). Diese Schulzentren, schon bisher das **nicht-integrierte Nebeneinander** von Haupt- und Realschul-sowie Gymnasialabteilungen in der Mittelstufe und z.T. von gymnasialen und berufsbildenden Abteilungen in der Oberstufe, will Franke ,,engagiert verteidigen''. ,,Verteidigen'' gegen zu stürmische Reformer, die *,,von der Überzeugung ausgegangen (sind), daß es in verhältnismäßig kurzer Zeit gelingen werde, die zur Zeit selbständigen Bereiche der Haupt-, Realschule und des Gymnasiums in diesen Schulzentren zu integrieren, um im Sinne des bremischen Schulgesetzes aus ihnen eine Gesamtschule zu formen. Ich habe mich zu einer Korrektur an diesem Entwicklungstempo entschlossen. Meine Überzeugung ist es, daß wir die Kollegien, aber auch die Eltern und Schüler pädagogisch und organisatorisch überfordern würden, wenn wir jetzt an den forcierten Aufbau solcher integrierten Schulsysteme in unseren Stadtteilen gingen. Für den Senator hat ,,die Konsolidierung besonders der G y m n a s i a l a b t e i l u n g e n an unseren Schulzentren... P r i o r i t ä t''.* Das ,,hochleistungsfähige Kurssystem'' in der gymnasialen Oberstufe solle ausgebaut werden, der Grundstein in den gymnasialen Abteilungen der Mittelstufe gelegt werden.

Diese Ziele sind nach Frankes Meinung nur mit einer ausreichend großen Schülerzahl an den jeweiligen Schulstandorten zu erreichen, weil nur existierende Parallelklassen eine wirkliche Leistungsfähigkeit herstellten. Nach Berechnungen der senatorischen Verwaltung wird die Zahl der Schüler von z.Zt. 60.000 an den allgemeinbildenden Schulen auf 45.000 im Jahr 1990 sinken, sich speziell in der gymnasialen Oberstufe halbieren. In der Logik der senatorischen Argumentation liegt es da tatsächlich, Schulstandorte, darunter vier Gymnasien zu schließen, eine neue Zusammenfassung der verbliebenen Schüler/innen, ohne daß es Mammutschulen oder überfüllte Klassen geben werde, vorzunehmen und **die zwei weiterbestehenden Vollgymnasien zum Maß aller schulischen Entwicklung zu machen.**

,,Natürlich verringern wir mit der Aufgabe von Schulstandorten auch die finanziellen Belastungen für den bremischen Haushalt'' (alle Zitate: ,D.b.S...''), und dies sei gut so, denn bis *,,1987 muß das Ressort Bildung, Wissenschaft und Kunst für den Haushaltsausgleich-120 Mio. Mark einsparen. An dieser großen Summe sind aufzugebende Schulen nur mit 6,9 Mio. DM netto beteiligt. Daran wird deutlich, daß die Haushaltssanierung nicht mit Schulschließungen betrieben wird''* (Senator für Bildung: Rundbrief an alle Lehrer/innen).

Da jedoch allein mit der Schließung zweier Blöcke des Berufsbildungszentrums bereits 10 Mio. sonst anfallender Sanierungskosten gespart werden sollen, scheint der Senator die ökonomische Seite seiner Pläne erheblich zu untertreiben. Während CDU und andere reaktionäre Kräfte sich mit den technokratischen und wirtschaftlichen Unsinnigkeiten des Vorhabens befassen, bei dem teuer aufgebaute Schulen zu

Fortsetzung nächste Seite

Entwicklung von Staatsverschuldung, Zinsausgaben und Haushaltsnettobeitrag des Landes Bremen in Millionen DM

		1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
1	Gesamtausgaben	4242,6	4265,6	4354,4	4487,9	4535,9	4594,8	4700,6	4796,2
2	Schuldaufnahme	1007,3	1205,2	1607,0	1559,0	1700,2	1602,5	1572,0	1399,0
3	Tilgungen	298,7	490,2	895,6	883,2	1050,5	1120,0	1100,0	971,0
4	Nettokreditaufnahme	708,6	715,0	711,4	675,8	649,7	482,5	472,0	428,0
5	Zinsausgaben	341,3	420,3	520,4	592,2	635,7	674,3	695,0	719,3
6	Haushaltsnettobeitrag	367,3	294,7	191,0	155,8	14,0	-191,8	-223,0	-291,3
7	Anteil d. Schuldendienstes am Haushalt	15,0	21,3	32,2	32,8	37,1	39,0	38,1	35,2

Quellen: Jusos, Gegen die Rotstiftpolitik/Finanzrahmen 1984-87/eigene Berechnungen

Erläuterungen:
1) Nettokreditaufnahme berechnet als Differenz aus der Neuverschuldung und den Tilgungen (Zeile 2 minus Zeile 3)
2) Der Haushaltsnettobetrag berechnet sich als Differenz aus Neuverschuldung, Tilgungen und Zinsaufkommen, ist also der Teil, der von der Neuverschuldung real noch übrig bleibt (Zeile 2 minus Zeile 3 minus Zeile 5)
3) Der Anteil des Schuldendienstes am Haushalt berechnet sich als Verhältnis des Gesamtaufkommens zur Summe aus den Tilgungen und den Zinsaufkommen, gibt also die Prozentzahl an, die jedes Jahr von den Gesamtausgaben allein für die Schuldenzahlung gilt (Berechnung: Summe aus (3 + 5) dividiert durch Zeile 1)



Besetzung des Kippenberg Gymnasiums, um für den Erhalt der Schulstandorte zu kämpfen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Schleuderpreisen werden verkauft werden müssen, bangen betroffene Schüler/innen, Lehrer und Eltern vor allem um die zukünftige Qualität bremischer Schulausbildung.

Der Verzicht auf weitere Integrationsmaßnahmen, die Stärkung der verbleibenden zwei Gymnasien und der gymnasialen Abteilungen gehen deutlich aus Frankes Stellungnahmen hervor und bedeuten zugleich die gezielte Vernachlässigung der Haupt- und Realschüler, also gerade derjenigen, die meist aufgrund ihrer sozialen Lage der besten und ausgiebigsten Betreuung bedürften. Die Durchsetzung des senatorischen Konzepts würde zur Folge haben, daß die Klassenfrequenzen nicht sinken würden und eine vermehrte Ein-

dürften. Die Dürchsetzung des senatorischen Konzepts würde zur Folge haben, daß die Klassenfrequenzen nicht sinken würden und eine vermehrte Ein-

zelbetreuung weiterhin nicht stattfinden könnte, während die SPD in der Vergangenheit gerade mit dieser vorteilhaften Entwicklung sinkender Schülerzahlen argumentiert hätte. Schulwege und Belastungen für die Kinder werden in Zukunft wachsen. — Darüberhinaus gibt es Hinweise und Anzeichen, daß versucht werden soll, bei der ebenfalls abzuwickelnden Neuaufteilung der Lehrer aktive gewerkschaftliche Kreise aufzuspalten.



Schüler und Lehrer der Schmidtschule gingen gegen die drohenden Schulschließungen auf die Straße.

Dieser trübe Ausblick veranlaßte Schüler/innen und Lehrer von mindestens 10 Schulen, ihre Schulen zu „besetzen", bis zum 23.3. fand der Unterricht jedoch im Wesentlichen unter normalen Bedingungen statt. An diesem Tag wurde am Gymnasium Parsevalstraße a k t i v g e s t r e i k t, Türen wurden verbarrikadiert und der Unterricht verhindert. Durch Vermittlung des Elternsprechers ist es zunächst gelungen, einen Polizeieinsatz zu vermeiden und das Wochenende abzuwarten. Eine allmähliche Zuspitzung der Auseinandersetzung ist nicht zu verkennen, denn am 22.3. störten Schüler/innen eine Schulleiterversammlung mit Senator Franke derart massiv, daß Polizei zur Räumung angefordert wurde und schon bereit stand. Franke jedoch „sprach ... sich schließlich gegen jedwede Konfrontation aus" („WK"; 23.3.) und brach die Konferenz vorzeitig ab. Am Tag davor war es allerdings Franke selbst, der mehreren Schülern wegen angeblicher Bedrohung seines Chauffeurs mit Anzeige drohte.

Ein Blick auf die Diskussionsveranstaltungen, die bisher mit Franke zu seinem Konzept durchgeführt wurden, zeigt eine einhellige Ablehnung seiner Pläne. Auf der Personalversammlung der Bremer Lehrer wurde zur weiteren Behandlung im Personalrat ein Antrag von Lehrern des besetzten Gymnasiums Parsevalstraße verabschiedet. In dem Antrag heißt es u.a.: *„Wir fordern die Verbände auf, vorbereitende Maßnahmen zum Streik einzuleiten, die Streikbereitschaft festzustellen und gegebenenfalls zum Streik aufzurufen"* („WK"; 13.3.84).

Alternatives Sparen oder antikapitalistischer Widerstand?

Bei einer Gesamtschau fällt als Erstes ins Auge, daß sich in der Bremer SPD bis auf die Vorzeige-Kritiker der Jusos keine politisch bedeutsamen Proteste regen. Der in friedenspolitischen

stes ins Auge, daß sich in der Bremer SPD bis auf die Vorzeige-Kritiker der Jusos keine politisch bedeutsamen Proteste regen. Der in friedenspolitischen

Fragen mehrfach mit linken Positionen aufwartende Vorsitzende des Unterbezirks Ost, Müller, ist kennzeichnend für das Verhalten von Fraktion und Partei: *„Ob wir wollen oder nicht, wir m ü s s e n das Ausgleichskonzept des Senats mittragen"* („WK";10.3.). Und hat man wie die SPD die Abschaffung des Kapitalismus als Ziel längst ad acta gelegt, hat Müller sogar recht: **In der kapitalistischen Krise kann es für das Kapital keinen anderen Ausweg geben als die Verbesserung der Verwertungsbedingungen und einen neuen Anstieg der Profitrate.** Die Zeiten aktiver Beschäftigungspolitik und Sozialreformen sind vorbei. So wenig die Sozialisten und Revisionisten in Frankreich Erfolg mit ihrer antizyklischen Politik haben k o n n t e n , weil sie die realen Machtverhältnisse nicht ändern w o l l t e n, sowenig kann die Bremer SPD bei Anerkennung kapitalistischer Verhältnisse eine andere Wirtschaftspolitik betreiben.

Diesem Glauben scheinen DKP und Grüne weiter verhaftet; sie wollen anders, alternativ sparen. Die DKP bietet „kostenneutrale Reformen" an (Bremer Rundschau; 3/84), und die Grünen schlagen u.a. vor, die Schulen vermehrt für kulturelle Aktivitäten mitzunutzen, um *„unter dem Strich an anderer Stelle Kosten einzusparen"* und die *„35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst und den kommunalen Unternehmen kostenneutral durch gestaffelten Lohnausgleich"* zu gestalten, um *„je nach Höhe... ein(en) Überschuß zur Neueinstellung von Arbeitslosen"* zu behalten (Presseerklärung vom 5.3.84).

Erfolgversprechende Kampfperspektiven für die nächste Zeit kann sicher niemand bieten. Hoffnungen auf gemeinsame Aktivitäten aller Gewerkschaften sind ebenso unernsthaft wie der Glaube, Links-Reformisten und Grün-Alternative könnten ohne gewerkschaftliche Unterstützung einen „Druck der Straße" entfalten, der nicht nur von fünf Freizeitheimen eines rettet, sondern zu einer tatsächlichen Richtungsänderung sozialdemokratischer Politik führen könnte.

Umso notwendiger ist es, die Proteste aufzugreifen, sich an ihnen zu beteiligen und in ihrem Verlauf zu versuchen, die Menschen n i c h t f ü r alternatives Sparen, sondern g e g e n den Grundsatz kapitalistischer Politik zu mobilisieren, den Werktätigen den von ihnen geschaffenen Reichtum vorzuenthalten. Dieser in ungeheuren Mengen existierende Reichtum ist zum Maßstab von Forderungen zu machen; es gibt für uns keinen Grund zum Sparen.

fo.

"Festival der Zwerge"

7. Jugendhilfetag in Bremen

Sechs Jahre hatte es gedauert, bis die „Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe" (AGJ), ein Dachverband von ca. 60 öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe, einen neuen Austragungsort für den 7. Jugendhilfetag (JHT) gefunden hatte — kein Wunder, nachdem die letzten Jugendhilfetage, vor allem der 1978 in Köln so gründlich danebengegangen waren.

Auf die Jugendbürokraten, angereist mit dem Ziel, ihre Bemühungen um das Wohl der deutschen Jugend kritiklos beklatschen zu lassen, entlud sich die Unzufriedenheit und Kritik von 30.000 Menschen, die in der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit engagiert bzw. von ihr betroffen sind.

Unmißverständlich abgelehnt wurde ein neues Jugendhilferecht wegen der darin stark ausgebauten Kontroll- und Disziplinierungsmöglichkeiten gegenüber fortschrittlicher Jugendhilfepraxis, abgelehnt wurde ebenso das Modell einer speziellen Jugendpolizei in Köln. Öffentlich angeprangert wurden die Mißstände in Fürsorgeerziehungsheimen. Die Verteidiger der „Reform" der Jugendhilfe gingen im Hohngelächter der Betroffenen unter. Dermaßen gekränkt, stellte sich zur Schlußveranstaltung dann auch kein Vertreter der etablierten Jugendhilfeorganisationen mehr der Auseinandersetzung, stattdessen zogen sich die hohen Herren in den Schutz der geschlossenen Rummelsberger Anstalten zu Nürnberg zurück, um endlich unter sich, das Jugendhilfegesetz in Ruhe zu erörtern.

„Laufen, laufen,

gendhilfegesetz in Ruhe zu erörtern.

„Laufen, laufen, laufen lassen ..."

Angesichts der Kölner Erfahrungen wurde der JHT in Bremen (28.-30.3.) so angelegt, daß der Protest ins Leere läuft bzw. nicht öffentlichkeitswirksam wird:

— Statt eines „Reizthemas" wie in Köln (Jugendhilferecht), das sämtliche Bereiche der Jugendhilfe integrierte und somit auf eine zentrale Auseinandersetzung zuspitzte, wurde für Bremen ein Leitthema gewählt, das Ausgewogenheit und Konfliktdämpfung sichern sollte: Jugendhilfe und Schule!

— Statt zentraler Großveranstaltungen zu brennenden politischen „Grundproblemen der jungen Generation" (neuer Arbeitsdienst, Jugendarbeitslosigkeit, Geschlossene Unterbringungen etc.) wurde ein wild zusammengewürfeltes Sammelsurium von Veranstaltungen an dezentralen Versammlungsorten geplant, um die Teilnehmer in sozialpädagogische Fachdiskussionen zu verstricken und politische Fragestellungen auszuklammern. Der Jugendhilfetag der „langen Wege": „Ins Leere laufen, laufen, laufen ... ja wo laufen sie denn hin?"

Trotz dieser Entschärfung des JHT sind die „Riesen", die großen Träger der Jugendhilfe, die in den letzten sechs Jahren ihre in Köln erlittenen Kränkungen nicht verwinden konnten, zu Hause geblieben.

Von den sechs Spitzenverbänden waren lediglich die Arbeiterwohlfahrt und das Rote Kreuz als Mitveranstalter vertreten. Auch das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit sowie die obersten Landesjugendbehörden (mit Ausnahme der „Nordlichter" Hamburg, Bremen und Niedersachsen) fanden sich nicht unter den mitveranstaltenden Organisationen. So wurde der 7. JHT in Bremen zu einem „Festival der Zwerge", der Kleinen, der Initiativen, Projekte und Selbsthilfegruppen.

... das JUPOFO war wieder dabei

Aus Anlaß des 7. JHT hat sich in Bremen die „Initiative Jugendpolitisches Forum", kurz „JUPOFO", gebildet. Eine Initiative, die an die Opposition auf den letzten Jugendhilfetagen anknüpft, mit dem Ziel, den JHT zur politischen Auseinandersetzung zu nützen, damit nicht diejenigen Recht behalten, die meinen, daß das Widerstandspotential im Sozialbereich verbraucht sei.

Das Jupofo sollte eine Klammer bilden, mit der sich die verstreut arbeitenden und kämpfenden Gruppen, Betroffenen und engagierte Kollegen gemeinsam nach Außen darstellen und eine gemeinsame offensive Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen entwickeln können, die immer mehr Jugendliche in die Rolle von „Randständigen" drängen. Das Jupofo kritisierte schon im Vorfeld die JHT-Regie der AGJ, die

„ nicht den Ausbau der Disziplinierungs- und Kontrollfunktion der Jugendhilfe,
— nicht die vollständige Liquidierung ganzer Bereiche in der Jugendhilfe,
— nicht die kinder- und jugendverachtende Praxis in großen Verbänden
(AWO-Kita in Bremen, geschlossene Unterbringung im Wichernstift ...) und staatlichen Einrichtungen, zur Diskussion stellt", sondern darauf baut, daß *„auf dem (Jahr)markt der Jugendhilfe unzählige kleine, bunte Initiativen das Bild bestimmen, um die Vielfalt als ‚Beweis' zu mißbrauchen, daß trotz Kürzungen und Repression, bei ein wenig Eigeninitiative, eine Verbesserung der Jugendhilfe möglich sei."* (JUPOFO) Das Jupofo benannte als seine Aufgabe, *„diese JHT-Regie zu verhindern, den JHT als öffentliches Forum unserer gemeinsamen Forderungen zu nutzen und Möglichkeiten zu schaffen, für erweiterte Kommunikations- und Aktionszusammenhänge über den JHT hinaus."*

1. Tag: „Pfeifkonzert statt Eröffnungsrede"

1. Tag: „Pfeifkonzert statt Eröffnungsrede"

Wie vom Jupofo zusammen mit dem „Rotstiftbündnis" geplant, wurde der JHT gleich zu Beginn zu einem Forum für die Proteste gegen die geplanten Einsparungen im Schul- und Sozialbereich umfunktioniert. Rund 4.000 streikende Schüler/innen zogen in einem Sternmarsch zur Stadthalle, besetzten die Halle 1 und verhinderten mit Gesang und Pfeifkonzerten die offizielle Eröffnungsveranstaltung der AGJ. Gemeinsam mit anderen von der Sparpolitik Gebeutelten, erklärten sie den JHT zum 1. JHT der Betroffenen. Nach einem kurzen Gerangel um die Mikrofone hatte der Veranstalter, die AGJ, das Nachsehen — die offizielle Eröffnungsveranstaltung mit dem dazugehörigen Brimborium war vorbei, bevor sie begann.

Im Anschluß an die „Eröffnungsveranstaltung" machten die Akteure auch auf der Straße mobil. Zunächst belagerten die Schüler die Bürgerschaft, in der neue Spar- und Umverteilungspläne beschlossen wurden. Gegen Abend zog dann ein Demonstrationszug mit 1.200 Teilnehmer/inne/n zum Marktplatz und kündigte weiteren Widerstand an.

2. Tag: „Beinahe ungestört"

Beinahe ungestört verlief der 2. Tag des JHT. Das Jupofo hatte diesen Tag zur inhaltlichen Diskussion ausersehen. Vorbereitet waren Fachveranstaltungen zu den Themen:
— offene Jugendarbeit
— Jugendwohngemeinschaften: Arbeiten und Leben
— Heimerziehung im Spannungsfeld zwischen Jugendarbeitslosigkeit, Sparmaßnahmen und geschlossener Unterbringung
— Selbsthilfebewegung: Hebel zur Systemveränderung oder nützliche Idioten zur Stabilisierung des Bestehenden?

Ein übriges zur Beruhigung trugen die übrigen 80 Fachveranstaltungen bei.

Kommentar der „Bremer Nachrichten" (1.4.): *„Letztere rissen den JHT aus dem befürchteten Chaos heraus. Da sie über die Hansestadt verstreut wurden, stellte sich automatisch eine Versachlichung der Debatte um Lösungen der Jugendprobleme ein."* Mobil machten dagegen Jugendliche aus Jugendzentren. Sie räumten während der gutbesuchten „Messe" in der Stadthalle ein wenig auf. *„Der Stand des Bildungssenators wurde zum Kicker- und Klöntreff umfunktioniert, und die hilflos reagierende Junge Union hatte plötzlich überhaupt keinen Stand mehr"*. (BN, 1.4.84)

3. Tag: Hat der Jugendhilfetag noch eine Zukunft?

Bereits um 10 Uhr hatte das Jupofo zu einer eigenen Abschlußveranstaltung aufgerufen, die mit 300 - 400 Leuten relativ gut besucht war. Es wurde von den einzelnen Jupofo-Veranstaltungen des Vortages berichtet, mögliche Ansätze zur Weiterarbeit benannt, sowie der „Forderungskatalog" des Jupofos andiskutiert. Im Mittelpunkt standen Forderungen nach
— Abschaffung von geschlossener Unterbringung für Jugendliche in jeder Form,
— Zeugnisverweigerungsrecht und Einschränkungsrecht der Datensammelwut der Jugendämter,
— ausreichenden und sinnvollen Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Dermaßen gerüstet, wollten die Versammelten gemeinsam in der offiziellen Abschlußveranstaltung auftreten, um statt der Propagierung von Therapie- und Stillhalterezepten einen gemeinsamen Widersand gegen Umverteilungspolitik und reaktionäre Ausrichtung der Jugendhlfe zu organisieren.



Dazu kam es nicht. Die AGJ hatte gekniffen; sie ließ ihre Veranstaltung sang- und klanglos ins Wasser fallen und schloß den 7. JHT stattdessen mit der Erklärung, sie werte den Verlauf als *„einen vollen Erfolg fast ohne Einschränkungen"*. Man habe auf eine Abschlußveranstaltung verzichtet, da ein *„schriller Schlußpunkt"* in Form einer umfunktionierten Abschlußveranstaltung *„dem Bemühen aller Beteiligten (...) nicht gerecht geworden (wäre)."*

Ganz so „erfolgreich" kann es nun aber auch nicht gewesen sein, denn gleichzeitig dachte die AGJ öffentlich darüber nach, „inwieweit man die (offene) Form des JHT wird aufrechterhalten können. (...) Es sei legitim, die Frage der Relation von Kosten und Effizienz zu stellen." (Welt, 31.3.84)

Im Klartext — und so deutlich rutschte es den hohen Herren bei einem abschließenden Interview mit Radio Bremen, als sie von Jugendlichen bedrängt wurden („Da roch es kräftig nach Prügel", BN, 1.4.), auch heraus: Das war der letze JHT!

Die ganze polische „Hilflosigkeit" der offiziellen Veanstalter, aber auch deren völliges Unvermögen zur Auseinandersetzung mi den Betroffenen drückt sich in diser Abschlußerklärung der AGJ au: Obwohl die AGJ angetreten war, *„Antworten"* auf die *„Grundprobleme der jungen Generation"* zu finden, obwohl Bremens So-

Fortsetzung nächst Seite



Ankündigung der Abschlußveranstaltung des Jupofos „Perspektiven des Widerstandes".

Fortsetzung von vorheriger Seite

zialsenator H. Scherf vor dem JHT die Lage der Jugend als „*dramatisch*" bezeichnete, begnügte man sich mit der Behauptung, „*Grundprobleme (...) in ernsten Gesprächen (...) mit außerordentlicher Intensität beraten*" zu haben, bewertet dies als „*das wichtigste Ergebnis des 7. JHTs*" und „*dankt allen am Erfolg Beteiligten für ihr aufopferndes Engagement.*" Während die AGJ noch 1978 in ihrer abschließenden Erklärung forderte, „*die Interessen von Kindern und Jugendlichen gegen das Primat ökonomischer Rationalität und Inhumanität durch(zu)setzen*", „*der repressiven Verfestigung und Zementierung des Status quo und der Disziplinierung (durch Mittelkürzungen und Berufsverbote))...) massiven Widerstand entgegenzuhalten*", dringt 1984 k e i n einziges Wort politischer Kritik mehr über ihre Lippen. Nicht einmal ein Wort zur drastischen Zunahme der Zahl der Jugendlichen, die in Heimen oder Knästen eingeschlossen werden, war immerhin das zentrale Thema des letzten JHT in Köln.

Erfolg und Schwäche des Jupofo

in Heimen oder Knästen eingeschlossen werden, war immerhin das zentrale Thema des letzten JHT in Köln.

Erfolg und Schwäche des Jupofo

Für das Jupofo war der Jugendhilfetag ein wichtiger Erfolg:
— Es ist zumindest zeitweise gelungen, den JHT zu einem jugendpolitischen Forum der Betroffenen zu machen, die rosarote Jugendhilfeshow und die Selbstdarstellung der Verwalter von Jugendhilfe zu verhindern.
— Es ist gelungen, deutlich zu machen, daß der Widerstand gegen Sparschweinereien noch längst nicht eingeschlafen ist; daß das Jupofo noch immer in der Lage ist, Widerstand effektiv zu organisieren: „*Zumindest akustisch bestimmten linke bis extrem linke Kräfte das Bild*". (Welt, 31.3.84).
— Es ist gelungen, eine große Öffentlichkeit für die Probleme der „Betroffenen" zu schaffen (wohlwollende Berichterstattung durch Radio Bremen, Tageszeitungen, Abdruck der politischen Erklärung des Jupofo in der FR) und deutlich zu machen, daß die „*traditionelle und behördlich verordnete Jugendhilfe nur wenig bringt, um gesellschaftlich relevante Themen wie Berufsnot junger Leute (...) zu lösen.*" (BN, 1.4.84).

Über diese Punkte hinaus ist es jedoch nicht gelungen, den JHT wie in Köln zu politisieren. Das Jupofo hat zwar in diese Richtung wichtige Vorarbeit geleistet (Artikel in „Extra-Sozialarbeit", „Flugblätter"), um Themen wie Arbeitsdienst für Jugendliche, Verpolizeilichung von Sozialarbeit, Ausbau geschlossener Unterbringungsformen u.ä. in die Diskussion zu bringen, aber die Auseinandersetzungen und Aktionen auf dem JHT wurden dadurch wenig beeinflußt.

Diese Schwäche des Jupofo, zentrale jugendpolitische Probleme über die bloße Kritik von Sparmaßnahmen hinaus zu verankern, spiegelt eine Schwäche der gesamten Linken in Jugendfragen wider:
— das Jupofo wurde fast ausschließlich von Bremern getragen, ehemalige Jufopo-„Macher" bearbeiten heute andere politische Felder (u.a. die Kaffeefelder in Nicaragua);
— auf allen Veranstaltungen des Jupofo hat sich gezeigt, daß es seit Jahren keinerlei organisierte Diskussionszusammenhänge mehr gibt, daß für die Diskussion kaum noch Anknüpfungspunkte vorhanden waren;
— besonders die Diskussion zwischen Alternativen/Selbsthilfeprojekten und Institutionen und deren Mitarbeitern wurde durch gravierende Vorurteile und Bereichsborniertheit erschwert;
— viele Linke haben auf dem Weg in Selbsthilfeprojekte/Alternativen „vergessen", daß sich diese „Alternativen" ursprünglich aus der Kritik herrschender Jugendhilfe entwickelten. Sie haben die Kritik herrschender Verhältnisse inzwischen abgelegt und beschränken sich auf die Auseinandersetzung mit „Binnenproblemen";



— von Seiten der alternativen Parteien (Grüne und Alternative) bestand keinerlei Interesse an der Problematik der Jugendhilfe.

Auf dieser Basis konnte über die Kritik der Sparpolitik hinaus die Auseinandersetzung um die Verschärfung der Disziplinierungs- und Kontrollfunktion von Jugendhilfe nur unzureichend geführt werden.

In der Vorbereitung des JHT wurden in Bremen erstmals wieder ein gemeinsamer jugendpolitischer Diskussionsprozeß begonnen, der demnächst auf einen kommunal-politischen Kongreß zu Problemen von Schule und Jugendhilfe in größerem Rahmen fortgeführt werden soll.

Auf der Abschlußveranstaltung wurde empfohlen, auch in anderen Städten und Regionen ähnlich zu verfahren, regionale bzw. kommunale jugendpolitische Foren in eigener Regie zu organisieren, da die AGJ wohl keinen weiteren JHT mehr organisieren wird.

F., KB Bremen

Funktionswandel der Hochschulen: Von der Bildungsstätte zur Technologiefabrik

Die wirtschaftspolitische Diskussion der Industrieverbände und der Bundesregierung wurde in den letzten Monaten zunehmend davon bestimmt, sich dem internationalen Konkurrenzdruck seitens der USA und Japans zu stellen. Durch die Intensivierung von Forschungskapazitäten bei der Entwicklung neuer Technologien soll die BRD weiter ihre Spitzenposition als Exportmacht verteidigen. Wichtigstes Instrument dieser Strategie ist dabei der sog. Wissenschaftstransfer, d.h. die unmittelbare Übertragung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse an den Universitäten in die industrielle Produktion. Die westdeutschen Hochschulen spielen dabei die Rolle des staatlich finanzierten Zulieferers für die Wirtschaft. Die direkte Einbeziehung der Universitäten in den industriellen Komplex steht bevor.

Bundesforschungsminister Riesenhuber begründete diese Entwicklung so:

„*Unsere Zukunft als Industrienation hängt davon ab, daß die deutsche Wirtschaft eine wettbewerbsfähige Technik anbieten kann. Voraussetzung hierfür ist der zügige Transfer von Ideen und Wissen aus der Forschung in die Wirtschaft.*"

Der Staat wendete 1981 17,8 Milliarden DM an Forschungsmitteln auf, wovon 6,5 Milliarden DM auf die Hochschulen entfielen. Die Ergebnisse dieser staatlichen Forschungsförderung der Industrie unmittelbar nutzbar zu machen, ist das Ziel des Wissenschaftstransfers. Aufgrund bürokratischer Hemmnisse und mangelnder Kommunikation zwischen Hochschulen und Wirtschaft betrugen die Übertragungszeiten (Innovationszyklen) erfolgreicher Forschungsergebnisse in die Produktion 5-10 Jahre. Zu lange also, um der japanischen Konkurrenz paroli bieten zu können.

Deshalb wurde bereits 1977 die erste Technologietransferstelle an der Technischen Universität West-Berlin eingerichtet. Inzwischen gibt es 11 solcher Büros, die nach dem gleichen Muster arbeiten.

Es gilt, den Unternehmen die Möglichkeit für eine Kooperation mit der Hochschule zu erschließen und die Universitätsangehörigen für eine Zusammenarbeit zu motivieren. Die Büros ermöglichen den Mitarbeitern der Unternehmen einen direkten und unbürokratischen Zugang zu den Forschungsinstituten und sollen gleichzei-

Es gilt, den Unternehmen die Möglichkeit für eine Kooperation mit der Hochschule zu erschließen und die Universitätsangehörigen für eine Zusammenarbeit zu motivieren. Die Büros ermöglichen den Mitarbeitern der Unternehmen einen direkten und unbürokratischen Zugang zu den Forschungsinstituten und sollen gleichzeitig dazu beitragen, die Anforderungen der Wirtschaft in der Forschung durchzusetzen.

Bislang hatten die Hochschulinstitute ihren Schwerpunkt in der Grundlagenforschung, die sich nur langfristig auf die Produktion auswirkte und nicht in der jetzt angestrebten angewandten Forschung. Die Wissenschaftler puzzelten jahrelang an ihren Versuchen, ohne die Umsetzbarkeit ihrer Ergebnisse als primäres Ziel zu verfolgen, was sie nicht entschuldigt, gleichwohl entsprach es der jahrzehnte alten Arbeitsteilung in der Forschung, die kurz- und mittelfristigen Ergebnisse für die Produktion aus den industriellen Forschungslabors zu beziehen.

Die Transferbüros bedienen sich im wesentlichen dreier Methoden, um die Umorientierung in der Hochschulforschung durchzusetzen: dem Informations-, Technologie- und Personaltransfer. Beim Informationstransfer werden mit Hilfe der Wirtschaftsministerien zentrale Datenbanken eingerichtet, in die sämtliche Produkte, Verfahren und Forschungsvorhaben der Hochschulen eingespeichert werden und von der Industrie abgerufen werden können. Kleinere und mittlere Unternehmen erhalten diese Informationen in Form von Broschüren. Damit wird ausgeschlossen, daß eine Firma in Süddeutschland Geld für Forschungszwecke ausgibt, die z.B. in West-Berlin seit einem Jahr betrieben werden. Daß in Zukunft verstärkt solche Universitäten gefördert werden, bei denen häufig nachgefragt wird, ist erklärtes Ziel des Forschungsministeriums.

Der Technologietransfer sieht die „Vermarktung" interessanter Forschungsergebnisse vor. Auf Anfrage von Unternehmen wird durch die Büros die Kooperation mit den Hochschulen gefördert und die Industrie kann so zu einem Bruchteil der tatsächlichen Kosten staatlich finanziertes technisches Know-how einkaufen. Außer dieser Form gibt es auch die Möglichkeit, betriebliche Probleme aus dem Bereich der Technik oder der Betriebsorganisation und dem Marketing in Form von Beratung durch Wissenschaftler oder im Rahmen einer Studien- oder Semesterarbeit durch entsprechend qualifizierte Studenten, die durch Professoren betreut werden, bearbeiten zu lassen. Die Hausarbeit „Wie rationalisiere ich meinen Betrieb" wird dann von qualifizierten Wirtschaftswissenschaftsstudenten nicht mehr fiktiv geschrieben, sondern mit Seminarschein und Entlassungen belohnt.

Das dritte Standbein des Wissenschaftstransfers bildet der Personaltransfer. Hierbei geht es um die Erhöhung der Innovationsfähigkeit (Entwicklung neuer Techniken) insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen der Maschinenbau- und Elektronikbranche durch die Vermittlung qualifizierter wissenschaftlicher Mitarbeiter. Es existiert seit kurzem ein Förderungsprogramm, das die Einstellung qualifizierter Hochschulabsolventen in solche Unternehmen finanziell absichert, mit dem Ziel, durch diese „Innovationsassistenten" die strukturelle Anpassung an die veränderten Technologiebedingungen im Bereich Mikroelektronik, Mikroprozessortechnik usw. zu fördern. Die staatliche Förderung dieser „Innovationsassistenten" beträgt 40 % des Bruttoarbeitslohns für ein Jahr. Für Studenten ist ein sogenanntes Innovationspraktikum vorgesehen. Das Personaltransferprogramm hat sich als effizienteste Methode des Wissenschaftstransfers erwiesen, bei dem die BRD insgesamt schon heute weltweit führend ist.

Die Begründung für den Transfer, aufgrund des internationalen Konkurrenzdrucks solche Formen indirekter staatlicher Subventionen zu finanzieren, entpuppt sich zudem als Propaganda. Beim Export von Industriegütern hält die BRD mit einem Anteil von 18 % nach wie vor den 1. Platz der OECD-Länder vor den USA und Japan. Bei der Anmeldung von Schlüsselpatenten liegt sie mit 16 % hinter den USA weltweit auf Platz 2.

Die in den Hochschulstädten wie Pilze aus dem Boden schießenden Transferbüros verlagern die Bedeutung der Universitäten zusehends. Durch die gezielte Förderung wirtschaftsfreundlicher Hochschulen verstärkt sich der Druck, geisteswissenschaftliche Fachbereiche, im technologischen Sinne so gut wie unbrauchbar, zu schließen. Das Verhältnis von Forschung und Lehre verschiebt sich weiter zuungunsten der Ausbildung, noch höhere Teilnehmerzahlen in Seminaren und Vorlesungen sind die Folge. Der Konkurrenzdruck zwischen den Studenten wird sich weiter verstärken, verspricht doch die Leistung noch mehr Erfolg für eine spätere Anstellung. Den Transferbüros gehört die Zukunft.

Zu behindern ist diese Entwicklung von Seiten der Studentenschaft gegenwärtig nicht. Aufgerufen sind vielmehr grün/alternative Stadtratsfraktionen, da sich in der Regel die Städte über ihre Haushaltsmittel an solchen Transferbüros, auch Haus der Wissenschaft genannt, beteiligen.

KB/Hochschulgruppe Göttingen

Quellen:
Bundesministerium für Forschung und Technik; Journal Nr. 34/83, Nr. 6 10/83
Deutsche Universitätszeitung Nr. 18 und 24/83
und Beihefte transfer Nr. 11 und 14



Demo gegen die Inbetriebnahme der Startbahn West

Rechtzeitig zur Fertigstellung der Startbahn 18 West am Frankfurter Flughafen veröffentlichte das Institut für Demoskopie Allensbach eine Meinungsumfrage, wonach das Vertrauen der Bundesbürger in die Justiz an galoppierender Schwindsucht leidet. Zusammengefaßt meinen die Allensbacher: Das Bundesverfassungsgericht hat extra das Volkszählungsurteil gemacht, damit die Rechts- und Verfassungsbrüche bei der Stationierung neuer Mittelstrecken-Raketen, bei der Genehmigung von Atomanlagen etc. nicht so offensichtlich werden. Undankbar, wie die Bürger jedoch sind, honorieren sie diese nette Geste überhaupt nicht, weil sie immer noch eine tierische Wut darüber im Bauch haben, daß die Gerichte vor allem den Startbahnbau abgesegnet und einen Volksentscheid darüber verhindert haben. In Hessen waren letztes Jahr trotz der Entscheidungen von Landesregierung und -parlament und trotz höchstrichterlicher Sprüche 34 % der Befragten dafür, der Startbahn weiter Widerstand entgegenzusetzen. Bei den unter 30jährigen waren es 49 %. Von den SPD-Wählern plädierten 42 %, von den grünen Wählern 86 % dafür, weiterzukämpfen (nach „Frankfurter Rundschau", 6.4.84). Trotz genereller Skepsis gegenüber den Meinungsschnüfflern muß man doch sagen: Ein in jeder Hinsicht schönes und verdientes (Zwischen-)Ergebnis des Konflikts.

Zum Weiterkämpfen gibt es anläßlich der Inbetriebnahme der Betonfläche eine passende Gelegenheit. Die Bürgerinitiativen wollen diesen Akt, den die Regierung und der Flughafen in weiser Voraussicht lieber nicht feiern, sondern eher besinnlich begehen wollen, mit zahlreichen Aktionen begleiten. Streit gab es zwischen Lodenmänteln und Lederjacken um den Aufruf zu einer bundesweiten Demonstration am Samstag, dem 14.4., hin zum Objekt der Umweltzerstörung. Erstere haben Bedenken, ob man die Sache im Griff behalten könne. Auf Plenarversammlungen setzte sich aber mit großen Mehrheiten die Auffassung durch, daß man sich an diesem Tag die Wahrnehmung des Demonstrationsrechtes vor Ort nicht nehmen lassen werde. Als Treffpunkt ist um 11 Uhr das SKG-Heim in Walldorf vorgesehen. Nach einer Kundgebung soll es dann über die Okriftelerstraße durch den Wald zur Ostseite der neuen Startbahn gehen.

Dort sollen, wenn möglich, demonstrativ einige Bäume angepflanzt werden und andere phantasievolle Aktionen, wie etwa das Bemalen der Mauer, stattfinden.

Berichtigungen

betr. Hoplitschek-Interview (AK 244, S. 14)

In unserem Nachdruck des Interviews der „Bremer Nachrichten" mit dem bekannten Rechtsgrünen Ernst Hoplitschek sind eine Antwort und eine Frage ausgelassen worden. Vollständig heißt es an dieser Stelle (letztes Viertel des Interviews):
Frage: Stimmen Sie Bastians Ausspruch zu, der von einer Diktatur der Inkompetenz gesprochen hat?
Antwort: Absolut.
Frage: Sind Sie für Kompromisse?
Antwort: Ich schließe mich an Kernaussagen ... (usw. wie im AK)

Ogott, wie peinlich!

Nicht eine „S e n k u n g der Atomschwelle" wird selbstverständlich von der SPD versprochen, sondern eine „A n h e b u n g". Der krasse Fehler unterlief uns auf der S. 1 vom AK 244 in der Artikel-Übersicht (Allerhand in diesem AK).

Pulverfaß Südafrika

Apartheidsregime als „Friedensstifter''

Es war noch nicht einmal das notdürftigste Gras über den jüngsten Überfall Südafrikas auf Angola gewachsen (siehe AK 243), da präsentierte sich eben dieses aggressive Regime als „Friedensstifter'' in der Region.

Bereits das Verfassungsreferendum in Südafrika im Dezember '83, das den farbigen und indischen Minderheiten, nicht aber der schwarzen Mehrheit, eine begrenzte Beteiligung an den parlamentarischen Spielregeln zubilligt, wurde als Zeichen für einen „Reformwillen'' des Apartheidsregimes gedeutet („Apartheid mit menschlichem Gesicht'', Originalton FAZ). Nun wurde dem Waffenstillstandsabkommen mit Angola, dem Nichtangriffspakt mit Mosambik und dem neuesten Vorschlag für eine Konferenz über den Namibia-Konflikt ein Interesse an „friedlichem Wandel'' und „guter Nachbarschaft'' mit den bislang terrorisierten Frontstaaten angedichtet.

Die bürgerliche Presse rät zwar bisweilen zur Skepsis, machte sich aber mit kaum verhohlenem Wohlwollen daran, den Rassisten zu einem weiteren Schritt aus der politisch-diplomatischen Isolation zu verhelfen. „*Noch ist der Nichtangriffsvertrag mit Mocambique nicht unterschrieben, kaum hat die gemeinsame Überwachungskommission des Waffenstillstands in Angola ihre Arbeit aufgenommen, holt die Republik Südafrika schon zum Schwung für seine dritte Friedensinitiative aus''*, freute sich die FAZ (13.3.) ... „*nun scheint nach langen Jahren der Regierung Botha eine Abkehr von der Politik der Konfrontation hin zu einer Koe-*

scheint nach langen Jahren der Regierung Botha eine Abkehr von der Politik der Konfrontation hin zu einer Koe-

xistenz mit den umliegenden ‚Frontstaaten' zu gelingen'', hoffte die NZZ (27.2.) ... „*eine vielleicht gar historische Gelegenheit für die Staaten des südlichen Afrika, eine friedliche Zukunft zu planen''*, witterte Daily Nation, Kenia (nach FAZ, 22.2.) schon frühzeitig. Nicht zu vergessen natürlich ein paar warmherzige Worte der Anerkennung über die „wichtige Rolle Washingtons'' am Zustandekommen dieser „sensationellen Verhandlungen'' und den unermüdlichen diplomatischen Reiseeinsatz des US-amerikanischen Afrika-Beauftragten Chester Crocker in den vorangegangenen Wochen. Nun, wir leben schließlich in einem Zeitalter der „Wenden'' und „Friedensbemühungen'', noch dazu im Jahr des amerikanischen Präsidentenwahlkampfs, da müssen doch auch mal ein paar diplomatische Erfolge zu sehen sein.

Die am 16.2. zwischen Angola und Südafrika unter amerikanischer Beteiligung ausgehandelte Vereinbarung umfaßt bisher lediglich ein Truppenentflechtungsabkommen, das den schrittweisen Abzug der südafrikanischen Streitkräfte hinter die namibische Grenze vorsieht und die Bildung einer gemeinsamen Überwachungskommission. Bedingung ist, daß Angola seinerseits zusichert, „*daß die Gegenseite aus dem Rückzug keine Vorteile zieht''* (FR, 17.2.); gemeint ist damit eine Kontrolle der Aktivitäten der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO im Grenzgebiet. Weitere Schritte zu Verhandlungen über die Unabhängigkeit Namibias werden weiterhin dadurch blockiert, daß Südafrika mit Unterstützung der USA einen Abzug der Kubaner aus Angola und eine Dialogbereitschaft mit den von Südafrika unterstützten UNITA-Rebellen zur Vorbedingung macht. Angola hingegen besteht darauf, die Besetzung Namibias durch Südafrika unverzüglich aufzuheben und von der UNO überwachte Wahlen einzuleiten, ohne dies mit einer Einmischung in angolanische Sicherheitsfragen zu koppeln. In diesem Sinne hat Angola den jüngsten Vorschlag für eine Namibia-Konferenz abgelehnt, mit dem Südafrika die Beteiligung der UNO zu umgehen und Angola zur direkten Konfliktpartei zu erklären versuchte.

Einen wesentlich weitergehenden Charakter haben die Verhandlungen mit Mosambik. Hatte die FRELIMO-Regierung politisch-diplomatische Beziehungen mit dem Apartheidsregime jahrelang grundsätzlich abgelehnt, so deuteten bereits im vergangenen Jahr Meldungen über Geheimdiplomatien auf den Kapverden auf diese Entwicklung hin. Wesentlicher Inhalt des schon wochenlang vorher angekündigten Nichtangriffsabkommens („Vertrag von Nkomati'') ist der gegenseitige Verzicht auf jede Art von Gewaltanwendung. Darin enthalten sind: Keine Duldung von Aktivitäten „fremder Regierungen und Organisationen'' oder „irregulärer Söldner und bewaffneter Banden'', die gegen das jeweils andere Land arbeiten; Verbot von „Waffenlagern und Kommunikationseinrichtungen'' bis hin zum Verbot von Radiostationen und jeder Propagandatätigkeit. Konkret bedeutet das, daß Südafrika seine Unterstützung für die prowestliche, gegen die Frelimo operierende „Nationale Widerstandsbewegung Mosambiks'' (MNR) aufgibt, während Mosambik sich verpflichtet, dem „Afrikanischen Nationalkongreß'' (ANC) den militärischen und politischen Boden zu entziehen.

Mittlerweile sind weitreichende „*Maßnahmen zur Verhinderung von Terrorismus an der gemeinsamen Grenze''* (FAZ, 17.3.) getroffen worden. Die mosambikanische Armee soll in Maputo Hausdurchsuchungen bei ANC-Mitgliedern durchgeführt haben (FAZ, 26.3.). Angekündigt sind weitere Abkommen über die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder, wovon vor allem die teilweise verstaatlichten südafrikanischen Firmen in Mosambik und die Zusammenarbeit am Cabora-BassaStaudamm, dem bedeutendsten Energiegewinnungsprojekt Mosambiks, betroffen sein dürften.

Diese Politik der „guten Nachbarschaft'' ist, auch wenn sie angesichts des gewöhnlich aggressiv auftretenden südafrikanischen Regimes zunächst verwunderlich erscheint, keine neuarti-

des gewöhnlich aggressiv auftretenden südafrikanischen Regimes zunächst verwunderlich erscheint, keine neuarti-



Chester Crocker (links) und Botha

ge Variante. Im Kampf um die Behauptung seiner Vormachtstellung gegenüber den Bestrebungen der fortschrittlichen Staaten, einen eigenständigen Weg zu gehen und die vom Kolonialismus „ererbten'' Abhängigkeitsstrukturen zu verringern, stellt diese Variante seit Jahren eine wesentliche Konstante in der Strategie Südafrikas für die gesamte Region dar.

Dahinter steht ein Konzept, die Staaten des südafrikanischen Raums zu einer Gemeinschaft zusammenzuschließen, die unter Führung des und in enger wirtschaftlicher Anbindung an das Apartheidsregime einen systemstabilisierenden und kooperativ handelnden Block bilden sollen. Zeitweilig gipfelte dieser Plan in der gefräßigen Vision eines „3. Afrika'' vom Kap bis zum Kongo — das „3. Afrika'' in Abgrenzung zum arabischen Nordafrika und dem schwarzen Zentralafrika. Angestrebt wurde die „*Schaffung eines neuen multinationalen Riesen, einem Europa Afrikas, welches dann tiefgreifenden Einfluß auf wirtschaftliche und politische Entwicklungen überall in Afrika ausüben wird''* (E.M. Rhodie, 1968 — nach R. Meinardus).

Damit ist ein militärisches Konzept verbunden, das auf die Vorverlagerung der sog. Verteidigungslinien in „befreundete'' Nachbarstaaten (Pufferstaaten) abzielt. Durch die Erfolge der Befreiungsbewegungen (besonders in den 70er Jahren) zu verschiedenen Abwandlungen dieser Strategie gezwungen — so ist Namibia als vorletzte „Bastion des weißen Mannes'' übriggeblieben — verfolgen die Rassisten immer gnadenloser das Ziel, verlorenes Terrain zurückzugewinnen und den Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO das Hinterland abzuschneiden.

Die Politik gegenüber Angola und Mosambik ist ein Beispiel für Destabilisierung auf allen Ebenen: Wirtschaftliche Erpressung und Sabotage, Unterstützung von Bürgerkriegsparteien bis dahin, die Regierungen regelrecht an den Verhandlungstisch zu bomben. Ziel ist, diese Länder zunächst in den Ruin zu treiben, um ihnen dann sämtliche Bedingungen aufzwingen zu können. Wenn sich Angola und Mosambik gegenwärtig auf einen versöhnlerischen Kurs mit den Rassisten einlassen, bedeutet das einen empfindlichen Rückschlag für die Befreiungsbewegungen. Mensch sollte aber nicht voreilig von „Verrat'' sprechen; es ist vielmehr ein Zeichen dafür, daß ihnen das Wasser bis zum Hals steht.

Südafrikas „Friedensgeste'' ist aber nicht ausschließlich ein Beweis der Stärke. Die immensen Kosten des ständigen Krieges in Namibia und der Aushaltung des Verwaltungsapparates dort, ganz zu schweigen von den großangelegten Überfällen auf Angola, machen sich in Haushaltsdefiziten spürbar bemerkbar. Nach AIB 3/84 sollen sich diese Kosten auf ca. vier Milliarden DM belaufen, das sind fast 10% des südafrikanischen Staatshaushaltes.

Was die Einmischung der USA angeht und ihre sogenannte „Politik der Kooperation'', so liegt es nahe, daß sie sich zur Zeit angesichts der Krisenherde im Nahen Osten und Mittelamerika keine weiteren Eskalationen wünschen — was nicht heißt, daß sie in Zukunft ihre Finger davon lassen ...

Afrikanische Reaktionen

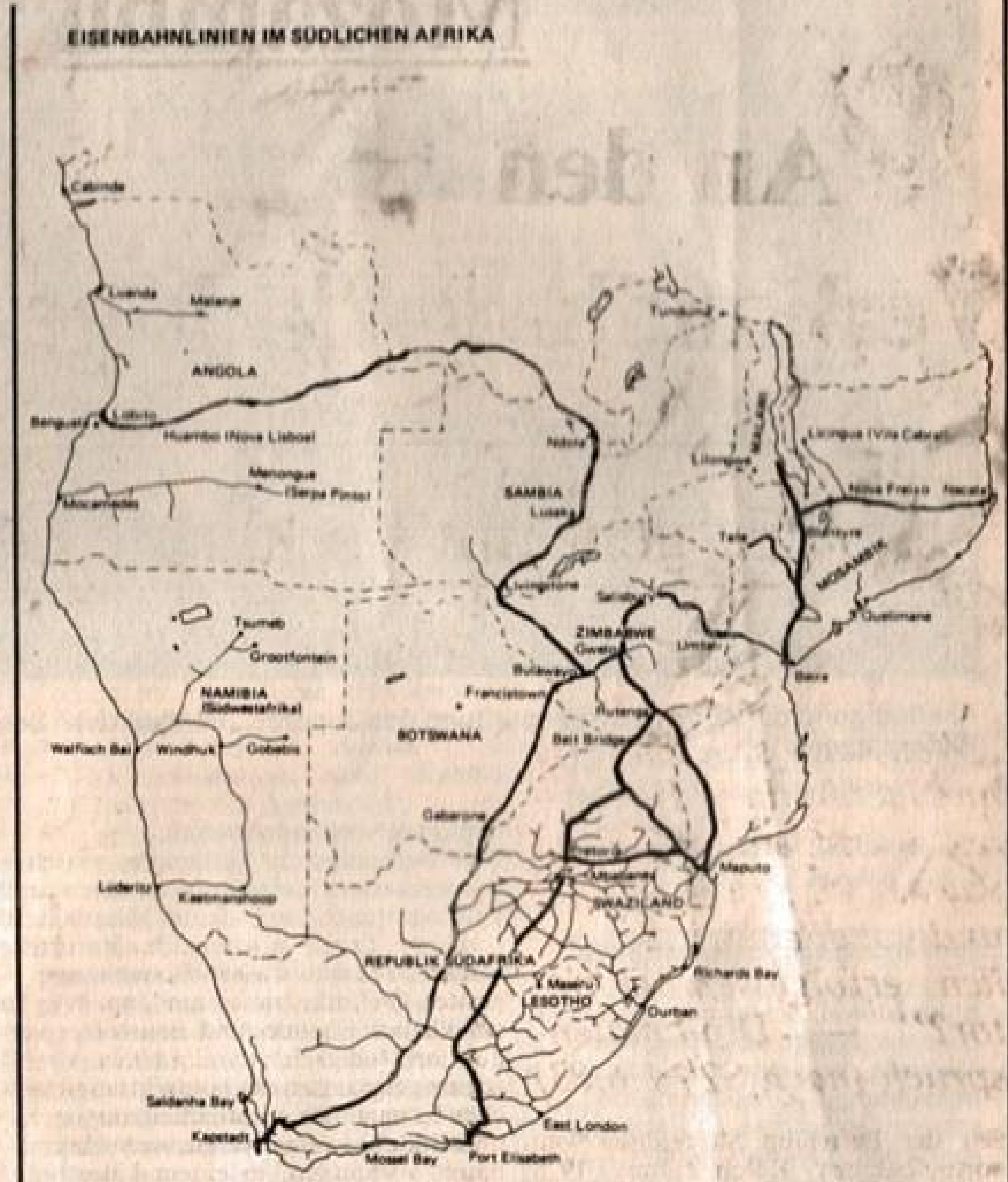
Afrikanische Reaktionen

Von ihren Nachbarn und Verbündeten wurde dieser neue Kurs Angolas und Mosambiks offensichtlich zögernd und mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Die Außenministerkonferenz der **OAU** (Organasisation für Afrikanische Einheit) äußerte zwar „Verständnis'', lehnte aber die Unterzeichnung einer Resolution ab, in der sie zu einer direkten Unterstützung der Verhandlungen aufgefordert worden waren. Selbst innerlich weitgehend zerrissen und politisch handlungsunfähig, scheint diese Organisation jedoch nicht geneigt zu sein, eines ihrer wenigen einigenden Bänder, die grundsätzliche Boykotthaltung gegenüber dem Rassistenregime aufzugeben.

Ebenfalls zunächst zurückhaltend reagierten die Präsidenten der anderen **Frontstaaten.** Sie waren der Einladung Machels, an der feierlichen Unterzeichnung des Abkommens zwischen Südafrika und Mosambik teilzunehmen, nicht gefolgt — mit Ausnahme des sambischen Staatspräsidenten Kaunda. Kaunda bemüht sich seit einiger Zeit, als gemäßigter Vermittler im Namibia-Konflikt Profil zu gewinnen und pflegt beispielsweise diesbezügliche Kontakte zur BRD (nach FAZ, 13.3.). Mittlerweile scheint sich unter den Frontstaaten aber eher eine Haltung der „Einsicht in das Unvermeidliche'' durchzusetzen; der **tansanische Präsident** Nyerere, Vorsitzender der Fronstaatenkonferenz, erklärte nach anfänglicher Reserviertheit sein „volles Vertrauen in (die) Integrität und (das) Verantwortungsbewußtsein'' Mosambiks (FAZ, 15.3.), und sicherte seine Unterstützung zu.

Von **Botswana** wurde gar gemeldet, daß eine Regierungsdelegation nach Kapstadt entsandt worden sei, die ebenfalls Gespräche über „gemeinsame Sicherheitsfragen'' führe (FAZ, 24.3.). Auch **Lesotho** soll Verhandlungen bezüglich der ANC-Tätigkeiten mit Südafrika aufgenommen haben. Positive Reaktionen wurden weiterhin von den Regierungen **Guinea-Bissaos** und der **Kapverden** gemeldet.

ANC und SWAPO hingegen haben nach anfänglichem Schweigen ihrer Enttäuschung Ausdruck gegeben und erklärt, sie fühlten sich im Stich gelassen. Erst vor zwei Jahren hatte eine Frontstaatenkonferenz die ausdrückliche politische und materielle Unterstützung der Befreiungsbewegungen bekräftigt. Der ANC hat verstärkte Offensiven in Südafrika angekündigt. Die SWAPO-Führung sieht sich von dem Abkommen nicht direkt betroffen: „*Freiheitskämpfer operieren nicht in Angola, sie operieren in Namibia''* (SZ, 9.3.). Es soll aber mittlerweile in Südangola zu Zusammenstößen zwischen der SWAPO und der angolanisch-südafrikanischen Kon-



Pretoria sitzt wie eine Spinne im Netz der Eisenbahnlinien im südlichen Afrika. Und über die enormen Entfernungen sind die Bahnlinien in Angola (Benguela-Bahn) und Mosambik nicht gegen die Counterguerilla zu schützen.

trollpatrouille gekommen sein (siehe FAZ, 22.3.; SPIEGEL, 26.3.).

Von einem Repräsentanten des kirchlichen Widerstandes, Bischof Tutu, verlautete die Einschätzung, die Abkommen würden zu einer Radikalisierung der ANC-Aktionen führen und dienten lediglich dazu, „*den Freunden*

Abkommen würden zu einer Radikalisierung der ANC-Aktionen führen und dienten lediglich dazu, „den Freunden

Pretorias, ‚allen voran dem amerikanischen Präsidenten Reagan' Nahrung für die Behauptung (liefern), in Südafrika verbessere sich die Lage'' (FAZ, 24.3.).

Die „Gefahr aus dem Osten''

Auch wenn sich der Imperialismus mit der augenblicklichen Entwicklung zufrieden zeigt, darf natürlich eine Heraufbeschwörung der Gefahren sowjetischen Einflusses und seines „terroristischen Handlangers'' Kuba nicht fehlen. „Angola — Kuba — Salvador'' betitelte die FAZ einen Kommentar (24.3.) und bemerkte genüßlich hämisch: „*Dieser Tage wird die übergroße weltpolitische Rolle Kubas für den, der sehen will, grell beleuchtet.''* Zudem hat man neuerdings das Argument entdeckt, daß maßgeblich die Kosten für die kubanischen Truppen für die schwierige wirtschaftliche Situation Angolas mitverantwortlich sein sollen.

Über die Politik der SU und Kubas, die mit Angola und Mosambik durch besondere Freundschaftsverträge verbunden sind, lassen sich gegenwärtig nur sehr vorsichtige Aussagen machen. Von Radio Moskau wurde ein Kommentar bekannt, ind dem davor gewarnt wurde, die Ziele von ANC und SWAPO „*auf dem Altar der Entspannung zu opfern''* (FAZ 16.3.). Ein Hinweis auf die erfolgreiche Einbeziehung der ostafrikanischen Staaten Somalia, Kenia und Sudan in das US-amerikanische Konzept der schnellen Eingreiftruppen zeugt eher von Befürchtungen über die fortschreitende

Kenia und Sudan in das US-amerikanische Konzept der schnellen Eingreiftruppen zeugt eher von Befürchtungen über die fortschreitende

amerikanische Einkreisung als von irgendwelchen Einmischungsabsichten.

Zunächst überraschend erschien der Staatsbesuch des angolanischen Präsidenten dos Santos auf Kuba und die dort erfolgten Gespräche über einen Abzug der kubanischen Truppen angesichts der Tatsache, daß Angola sich nach wie vor weigert, eine solche „Vorleistung'' zur Lösung des Namibia-Konfliktes zu erbringen. Bei näherem Hinsehen zeigt sich aber, daß sich an den bisher erhobenen Forderungen nichts geändert hat; Bedingung für einen Abzug der Kubaner sind weiterhin: Abzug der Südafrikaner aus Angola und Namibia, Unabhängigkeit für Namibia unter UN-Kontrolle und Einstellung aller Aggressionen seitens Südafrika, der USA einschließlich ihrer Marionetten.

Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß die kubanische Regierung angesichts der Bedrohung, der sie bereits im Mittelamerika-Konflikt ausgesetzt ist, keinerlei Interesse daran haben kann, sich in eine Eskalation im südlichen Afrika hineinziehen zu lassen. Denn daß die Eskalationsgefahr durch diesen Scheinfrieden höchstens vorübergehend gedämpft ist, wissen alle Beteiligten. Apartheid und Herrenras-

Das Nationale Exekutiv Komitee des African National Congress (ANC) verabschiedete folgende Erklärung zur Situation im südlichen Afrika:

Während der letzten Wochen strengte das rassistische Kolonialregime Südafrikas eine diplomatische, politische und propagandistische Gegenoffensive an. Einige der Oberziele dieser Offensive waren: Den ANC zu isolieren und die unabhängigen Staaten unserer Region dazu zu zwingen, als Pretorias Agenten zu arbeiten und den ANC zu schwächen (...): Den bewaffneten Kampf für die Befreiung Süfafrikas zu vernichten; neue Brückenköpfe für die Anstrengungen zu gewinnen, die Einheit der Frontstaaten zu untergraben, die SADCC zu zerstören und durch einen sog. Staaten-Bund zu ersetzen, also die unabhängigen Staaten in von Südafrika abhängige zu verwandeln; das Ansehen der Frontstaaten zu benutzen, um die internationale Isolierung des Minderheitsregimes zu vermindern, Legitimität für den kolonialen und faschistischen Staat zu gewinnen.

Um diese Ziele zu erreichen, dachte das Botha-Regime die unabhängigen Länder unserer Region auf Bantustan-Schöpfungen zurückzuwerfen, indem sie gezwungen werden sollen zusammen mit Transkei, Bophutatswana Venda und Ciskei einen sog. Nichtangriffspakt mit Südafrika zu schließen.

Solche Versuche sind nichts anderes als eine Hilfe zur Aufrechterhaltung der unrechtmäßigen Herrschaft einer südafrikanischen Siedlerminderheit (...). Genau aus diesem Grund hat diese Minderheit über die Jahre versucht unabhängige Staaten an solche Vereinbarungen zu binden.

Der ANC ist sich zutiefst der großen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Probleme vieler Völker unserer Region bewußt. Die Schuld für viele dieser Probleme muß beim Regime von Pretoria gesucht werden — dieses Regime versuchte die Unabhängigkeit der Länder unserer Region durch eine Politik der Aggression und Destabilisierung zu begrenzen.

Wir sind davon überzeugt, daß dies Regime — im Blute von tausenden Menschen von ihm ermordeten Menschen watend — nicht der Architekt von Recht und Frieden in unserer Region sein kann. Auch sein Verbündeter, die Reagan-Regierung mit ihrer Politik des „konstruktiven Eingreifens'', kann dies nicht sein, wo sie selber ein Bote des Krieges, der Reaktion und Unterdrückung in anderen Teilen der Welt und den USA ist.

Die Situation in unserer Region weist weiterhin auf die Richtigkeit des Treffens der Frontstaaten in Maputo im März 1982. Dieses Treffen schrieb u.a. fest, daß „unter der Führung des ANC die Menschen mit Streiks und bewaffneten Aktionen gegen die Apartheid aufstehen''. (...) Diese allgemein anerkannte Position legte nochmals die Verpflichtung fest, daß die Völker Südafrikas unter der Führung des ANC ihre Offensive ausbauen, und dabei alle Mittel benutzen einschließlich bewaffneter Aktionen, um das kriminelle Apartheids-Regime zu stürzen und die Macht den Massen zu übergeben. Wir bleiben und wir werden bei dieser Perspektive bleiben. (...)Die Frage wird im Kampf innerhalb der Grenzen unseres Landes gestellt und beantwortet werden — und nirgendwo anders. Wir erwarten daß diejenigen, die weltweit sich zu den antikolonialen und antirassistischen Kräften zählen, uns die Hand reichen und den Kampf zum gerechten Ausgang führen. (..)

Alfred Nzo (Generalsekretär) für das ANC-Exekutiv Komitee, 16. März 1984

Mozambik:

An den Verhandlungstisch gezwungen

Es geht um's schlichte Überleben

,,Was kann sich Pretoria im Nachbarland Schöneres wünschen als einen wackeligen, unbeliebten und vor allem wirtschaftlich erfolglosen Diktator?'' — Diplomatenspruch (nach SZ, 1.6.83)

Seit der Befreiung Mosambiks vom portugiesischen Kolonialismus 1975 hatte die FRELIMO versucht, eine eigenständige Entwicklung zu vollziehen, und einen konsequenten antiimperialistischen Kurs in der Außenpolitik zu steuern. Auh wenn sie nicht von einem Tag auf den anderen die wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika abschütteln konnte, hatte sie jahrelang westliche ,,Hilfe'' abgelehnt und gehörte zu den Kräften, die sich besonders für die Zusammenarbeit der unabhängigen Staaten im südlichen Akrika eingesetzt hatte. Eindeutig war auch ihre Unterstützung des ANC, die das Land allerdings schon immer hohe Opfer durch südafrikanische Vergeltungsschläge und Erpressungen gekostet hat.

Stimmen, die vom ,,wirtschaftlichen Ruin'' sprechen, gibt es schon länger; ebenso Kritik an Fehlern der FRELIMO besonders in der Landwirtschaftsreform. Wesentlich verschärft wurden die Schwierigkeiten durch eine anhaltende Dürre in der gesamten Region — in einigen Landesteilen hat es seit 4 Jahren nicht mehr geregnet, eine Hungersnot ist die Folge.

Es ist jedoch hauptsächlich der Druck Südafrikas, der der FRELIMO seit neun Jahren keine Atempause gelassen hat. Die Saat der Destabilisierung scheint vorerst aufgegangen zu sein.

Als die FRELIMO nach 10jährigem Krieg die Macht übernahm, hatte sie mit sämtlichen Problemen zu kämpfen, die mensch sich in einem jahrhundertelang kolonisierten Land vorstellen kann. Die Portugiesen hatten die Landwirtschaft weitgehend monokulturell auf den Export von Baumwolle, Zucker, Tee und Cashewnüssen ausgerichtet. Die Industrie bestand, außer einer kleinen Chemie- und Baustoffproduktion, lediglich aus einfachen Veredelungsprozessen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Gesundheitsfürsorge und Bildungswesen waren, wenn überhaupt vorhanden, in einem katastrophalen Zustand. Mit der Flucht der Mehrheit der Portugiesen (von ca. 230.000 blieben ca. 15.000) waren bedeutende Kapitalmengen außer Landes gebracht worden; systematische Zerstörungen hatten zusätzlich außerordentliche Schäden hinterlassen. Das ohnehin gering entwickelte Handels- und Transportwesen in den ländlichen Gebieten war völlig zusammengebrochen; Facharbeiter fehlten fast ganz. Hinzu kam die Zerstörung vieler Gebiete durch Napalm und andere Kriegsgifte.

Die Politik Südafrikas: Wirtschaftliche Erpressung...

Angesichts solcher Ausgangsbedingungen kam und kommt den ,,ererbten'' Kooperationsstrukturen mit Südafrika eine immense politische Bedeutung zu. Neben dem Exportgeschäft hatten die Kolonialisten beispielsweise fast die Hälfte ihrer Devisen aus der ,,Vermietung'' von Arbeitskräften (Wanderarbeitersystem) und dem Transithandel Südafrikas und des ehemaligen Rhodesien bezogen. Ein bedeutender Teil der südafrikanischen Außenhandelsprodukte wurde über die Häfen Beira und Can Phumo verschifft. Die meisten Staaten im südlichen Afrika sind heute mit ihrem Handel und Transport auf Südafrika angewiesen. Pretoria sitzt wie eine Spinne im verkehrswirtschaftlichen Netz.

Immer mehr als Klotz am Bein erweist sich auch das Cabora-Bassa-Stauwerk, eine riesige hydroelektrische Anlage in der erzreichsten Provinz Mosambiks, Tete, am Sambesi-Fluß. Unter Leitung eines Firmenkonsortiums aus sechs imperialistischen Ländern (Südafrika, Portugal, Frankreich, BRD, USA, Schweiz), wobei Südafrika die Federführung hatte, sollte dort noch unter portugiesischer Herrschaft ein gigantisches Industriezentrum entstehen.

Mosambik konnte es sich nach der Befreiung nicht leisten, auf diese Devisen zu verzichten — und kann es heute erst recht nicht. Die Bemühungen um einen schrittweisen Abbau der Beziehungen mit Südafrika waren insgesamt betrachtet nur wenig erfolgreich. Im Bereich des Handels gelang die Reduzierung der Importe um ca. die Hälfte (von 15% auf 8% der Gesamteinfuhren bis 1979); der Export war ohnehin nie besonders bedeutend, Einige wichtige Grundnahrungsmittel und Fertigwaren werden aber weiterhin aus Südafrika bezogen, weil sie aufgrund des kurzen Weges am billigsten sind. Infolge der Dürre in den letzten Jahren ist beispielsweise die Abhängigkeit von Maislieferungen wieder gestiegen. Ebenfalls eingeschränkt werden konnte die Anzahl der Wanderarbeiter (von ca. 150.000 auf ca. 30.000 bis 1979). Ein auf die Kolonialherren zurückgehendes Abkommen, wonach die mosambikanische Regierung eine festgelegte Zahl von Arbeitern stellte und dafür 60% ihrer Löhne in Gold erhalten hatte, wurde 1978 gekündigt. Dies lag aber auch im Interesse der südafrikanischen Minenindustrie, die bestrebt ist, den Anteil ausländischer Arbeiter zu begrenzen. Darüberhinaus wurde aus südafrikanischer Sicht ,,zuviel'' gezahlt, nachdem der Goldpreis auf dem internationalen Markt rasant gestiegen war. Ohnehin bemüht, diese entwürdigende Praxis einzuschränken, hatte die FRELIMO gleichzeitig Schwierigkeiten, die Zurückgekehrten in die eigene Wirtschaft einzugliedern. Und mit dem Devisenverlust erhöhte sich die Abhängigkeit in anderen Bereichen.

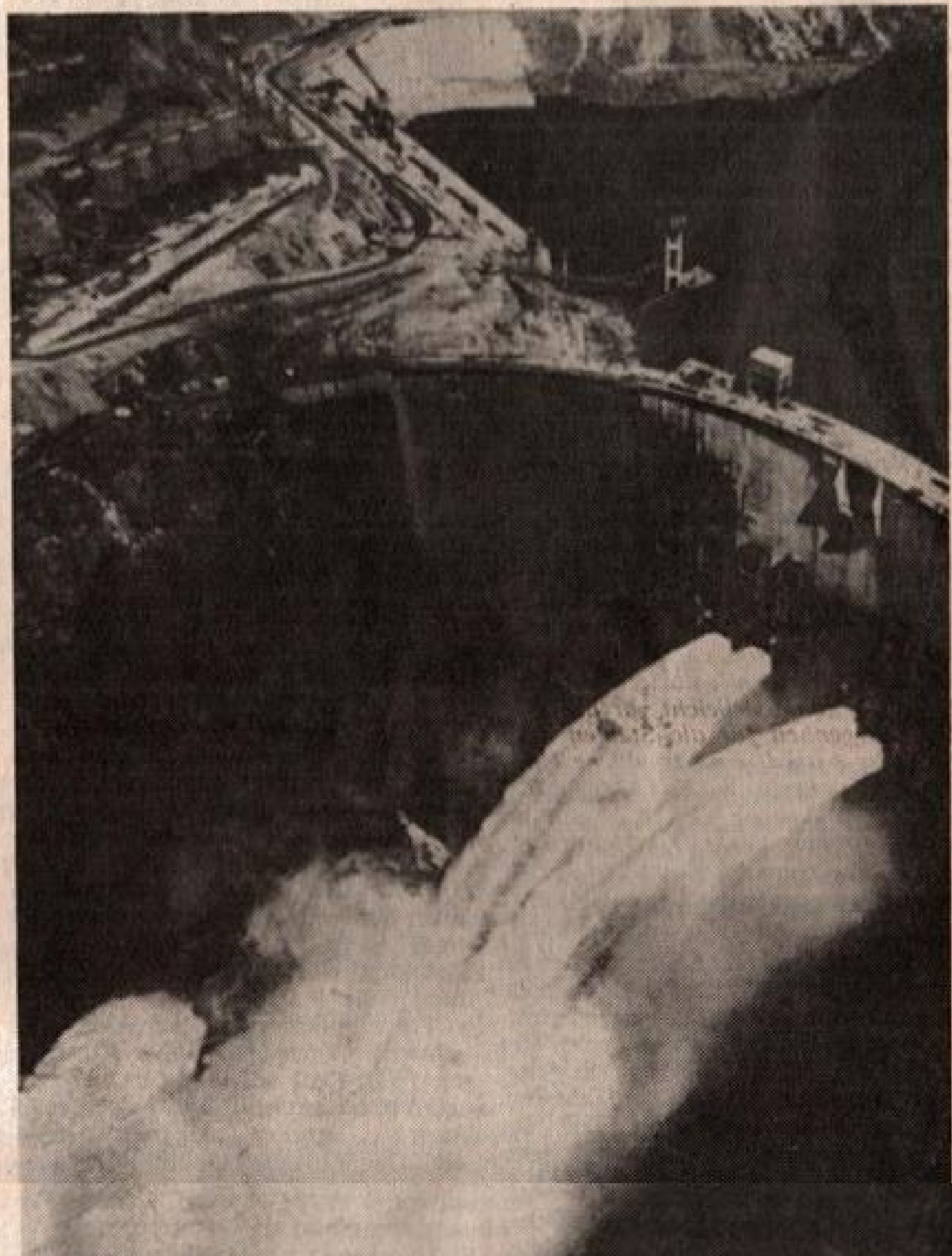
Noch erpreßbarer geworden ist Mosambik in Hinsicht auf die Infrastruktur. Zwar ist der Anteil der durch Mosambik transportierten und über seine Häfen verschifften Güter nicht mehr vertraglich festgelegt (früher 50%), Südafrika hat jedoch nach wie vor das Interesse, ihn möglichst zu erhöhen, um die Einbindung Mosambiks in das von ihnen kontrollierte verkehrswirtschaftliche System zu garantieren. Aufbau und Wartung der Eisenbahnstrecke zwischen Pretoria und Maputo lag bereits seit 1971 in südafrikanischen Händen. 1979 wurde darüber ein Abkommen geschlossen, das diese Praxis ausdrücklich bestätigte.

Objektiv für die Interessen Südafrikas arbeitet auch der Cabora-Bassa-Staudamm. Zwar war 1975 das Projekt dem internationalen Konsortium aus der Hand genommen und in mosambikanischen (15%) ud portugiesischen (85%) Besitz umgewandelt worden und sollte mittelfristig der Energieversorgung und Bewässerung des eigenen Landes dienen. Es blieb jedoch auf die alten Kreditgeber angewiesen. Portugal ist mittlerweile nicht mehr in der Lage, die Schulden zu tragen (ca. 1,74 Milliarden DM). Dies ist mit ein Grund, weshalb Südafrika wieder stärker daran beteiligt werden soll. Zudem ist Südafrika fast der einzige Abnehmer des Stoms und wieder einmal wchtige Devisenquelle. Aufgrund des Aufbaus eigener Kraftwerke wurde inzwischen die vereinbarte Abnahmemenge von 8% auf 3% des südafrikanischen Strombedarfs gesenkt. Besonders perfide ist nun, daß Mosambik die Übertragungsleitung nicht abzweigen und den überschüssigen Strom an andere Nachbarländer verkaufen kann; denn die Stromverteilung ist technisch so konstruiert, daß sie mit einem Schaltwerk in der Nähe Pretorias kombiniert ist, welches dann das südafrikanische Netz speist. Selbst der südliche Landesteil Mosambiks wird über diesen Umweg von Pretoria beliefert — mit selbsterzeugtem Strom!

Diese Beispiele zeigen, welche Mittel Südafrika schon rein ökonomisch in der Hand hat, um Mosambik an der Leine zu halten. Als Versuch, ein Gegengewicht zu setzen, hatten die Frontstaaten 1980 die Wirtschaftsgemeinschaft SADCC gegründet.(Southern Africa Development Coordination Conference), mit dem Ziel, ihre Wirtschaftsbeziehungen untereinander zu verstärken. Hierfür spielen u.a. die wenigen Verkehrswege eine Rolle, die nicht von Südafrika kontrolliert werden, wie z. B. die Verbindungen von Mosambik nach Zimbabwe und Malawi. Aber auch dorthin reicht der lange Arm der Rassisten, über ihre Marionette MNR.

...der Terror der MNR...

Anders als beispielsweise der UNITA in Angola scheint es der prowestlichen MNR zur Zeit nicht auf einen Sturz der FRELIMO-Regierung und auf eine Übernahme oder Teilnahme an der politischen Macht anzukommen. Außer einem allgemeinen Antikommunismus verfügt sie über kein erkennbares ideologisches Programm; eine politische Führung tritt nicht in Erscheinung; sie kann sich auf keine ethnische oder regionale Basis beziehen. Nach der ,,hit and run''- Taktik agiert sie hauptsächlich auf dem Feld der Wirtschaftssabotage und konzentriert sich auf Angriffe gegen die Energieversorgung, das Transportsystem und landwirtschaftliche und medizinische Entwicklungsprojekte, wobei sie nicht vor Entführungen und Niederbrennung ganzer Dörfer zurückschreckt. Von der FRELIMO lange Zeit in ihrer Bedeutung heruntergespielt, scheint sie zwar keine politische Gefahr darzustellen, ist jedoch militärisch so stark und gut ausgerüstet, daß die mosambikanische Armee ihrer nicht mehr Herr wird.



Cabora Bassa — Blick auf Staumauer und Stausee

Gegründet wurde die MNR 1976 aus Kreisen des ehemaligen rhodesischen Geheimdienstes als Reaktion auf die damals gegen das rhodesische Regime kämpfende und von Mosambik unterstützte ZANU, die in Mosambik selbst Operationsbasen besaß. Hauptsächlich aus ehemaligen portugiesischen Geheimdienstlern und Kollaborateuren mit dem Kolonialsystem bestehend, war es ihre ursprüngliche Aufgabe, die Aktivitäten der zimbabweschen Guerrilla auszukundschaften und zu sabotieren.

Nach der Unabhängigkeit Zimbabwes wurde die MNR von Südafrika übernommen und gut gerüstet, ausgebaut, um nunmehr ihre Aktivitäten gegen den Aufbau Mosambiks selbst zu richten. Selbstverständlich bestreitet Südafrika auch in diesem Fall seine Rolle als Drahtzieher der reaktionären ,,Befreiungsbewegung''. 1980 wurden jedoch von der mosambikanischen Armee Dokumente gefunden, die eindeutige Beweise enthalten über Zusammenkünfte der MNR mit südafrikanischen Ausbildern, ebenfalls bewiesen sind zahlreiche Versorgungstransporte. Neben den direkten Beweisen ist es offensichtlich, wie sehr die Konzentration von Sabotageakten auf das Transportwesen und die Energiegewinnung in das südafrikanische Destabilisierungskonzept passen: bevorzugte Objekte sind die beiden Eisenbahnlinien zwischen den Hafenstädten Beira und Maputo nach Zimbabwe, die Linie nach Malawi sowie die Häfen selbst.

Als beispielsweise die MNR im Dezember 1982 einen großen Teil der Ölanlagen in Beira zerstörte, löste dies

---

Fortsetzung von vorheriger Seite

senpolitik sind nicht reformierbar. Diese Verhandlungen ändern nichts an der Auspressung und Demütigung der schwarzen Mehrheit in Südafrika; sie werden auch nichts ändern am wachsenden Widerstand innerhalb Südafrikas und am Freiheitswillen des namibischen Volkes. Selbst wenn es den Rassisten augenblicklich gelungen ist, ihre Position in der Region wieder zu festigen, ist damit keines ihrer innenpolitischen Probleme gelöst. *,,Südafrikanische Rassisten sitzen auf einem Vulkan, und dieser Vulkan ist die Entscheidung, mehr als 20 Millionen Menschen das Recht auf Selbstbestimmung zu verwehren''* (Nujoma, nach SZ, 9.3.).

Auch daß sich der US-Imperialismus auf weitere Konflikte in dieser Region vorbereitet, läßt eine allzu bekannt anmutende Meldung ahnen: Nach Angaben einer portugiesischen Nachrichtenagentur soll die südatlantische Insel Sao Tomé und Principe zu einem sowjetisch-kubanischen Militärstützpunkt ausgebaut werden (!) ... westliche Diplomaten sollen bereits 2.000 Soldaten ausgemacht haben (!) ... dies werde gewertet als eine Maßnahme, den Einfluß auch nach einem möglichen Abzug kubanischer Truppen aufrechtzuerhalten (!) ... (nach FAZ, 22.3.).

War **Grenada** nicht auch so ein sowjetisch-kubanisches Waffenlager?

Quellen:

I.w. Tagespresse
issa 3/83
AIB 6/82; 3/84
R. Meinardus, ,,Die Afrikapolitik der Republik Südafrika'', Bonn 1981

Internationalismus-Kommission Göttingen



in Zimbabwe eine schwere Benzinknappheit aus, und Zimbabwe mußte notgedrungen kurzfristig Benzin aus Südafrika beziehen. Erst kürzlich mußte nach einem Überfall der Transitverkehr zwischen Zimbabwe und Malawi vorübergehend eingestellt werden. Mittlerweile ist der gesamte Überlandverkehr zusammengebrochen oder in einen Zustand permanenter Unsicherheit versetzt — ein erfolgreicher Angriff auf die SADCC-Ziele, denn keines der Nachbarländer kann sich z.Zt. auf das Funktionieren der mosambikanischen Transportwege und Lieferungen verlassen. Ebenso ist es für Südafrika durchaus von Vorteil, wenn die Leitungen vom Cabora-Bassa-Staudamm von Zeit zu Zeit sabotiert werden; so braucht es seinen Abnahme- und Zahlungsverpflichtungen nicht nachzukommen.

Ein anderes Beispiel sind die ständigen Angriffe auf die Landwirtschaftsprojekte, wo in neu angelegten Gemeinschaftsdörfern versucht wird, ein kollektives Produktionssystem, Schul- und Gesundheitswesen aufzubauen; Tragödien für die meist freiwillig gekommenen Bewohner, denen ihre neue Existenz schlagartig entzogen wird.

Mittlerweile gibt auch die FRELIMO zu, daß die MNR ständig Zuwachs hat (schätzungsweise von ca. 500 auf 10.000 in den letzten Jahren). Die schlechte Wirtschaftslage und die Enttäuschung vieler Mosambiker über die Entwicklung sind ein fruchtbarer Boden dafür, daß sich nicht nur südafrikanische Söldner und ehemalige Kolonialisten, sondern auch arbeitslose Plantagenarbeiter, zurückgekehrte Wanderarbeiter und Verbitterte aus den Reihen der FRELIMO den gut versorgten Banden anschließen. Das Bedürfnis der FRELIMO , sich dieses Problem vom Hals zu schaffen, ist verständlich, die MNR hingegen hat bereits mehrfach wieder demonstrativ zugeschlagen. Sie scheint gegenwärtig gut genug ausgerüstet zu sein, um auch eine Zeitlang ohne südafrikanischen Nachschub auszukommen. Fraglich ist, wie ernstzunehmen Südafrikas Versicherung ist, die Unterstützung einzustellen; kontrollierbar wäre die ohnehin nicht.

...und direkte Überfälle

...und direkte Überfälle

Südafrika arbeitet nicht nur mit der Marionette MNR, sondern scheut auch nicht vor eigenen Angriffen zurück. Grenzüberfälle seitens der durch Südafrika unterstützten rhodesischen Armee waren bis 1980 ohnehin an der Tagesordnung. Unter dem Vorwand, ANC-Kämpfer aufzuspüren, fielen im Januar 1981 südafrikanische Truppen in einem Vorort von Maputo ein, zerstörten etliche Häuser und töteten ihre Bewohner. Im Mai 1983 fand ein weiterer Angriff auf Maputo statt, diesmal wesentlich massiver. Ein Teil der Hauptstadt wurde aus der Luft bombardiert, ein ganzer Stadtteil in Schutt und Asche gelegt und mehrere Menschen getötet. Südafrika begründete diesen Blitzangriff dreist mit dem Argument, es handele sich um einen Vergeltungsschlag für den Anschlag, der eine Woche zuvor vom südafrikanischen Widerstand auf die Luftwaffe in Pretoria verübt worden war. Bei den Getöteten wies nichts auf eine ANC-Mitgliedschaft hin, erst recht nichts auf eine Verbindung mit den südafrikanischen Akteuren.

Diese Aktion diente schlicht dem Ziel, Mosambik seine Hilflosigkeit vorzuführen. Ein erster Erfolg war eine Erklärung der FRELIMO, derzufolge der ANC zwar weiterhin Gastrecht behalten sollte, aber nicht mehr bewaffnet auftreten durfte. Weiterhin verzichtete sie — trotz einhelliger Verurteilung des Angriffs in der Weltöffentlichkeit (selbst seitens der USA) — auf eine Anrufung des UN-Sicherheitsrates.

Öffnung zum Westen?

Durch den Druck Südafrikas derart in die Enge getrieben, hat Mosambik in letzter Zeit verstärkt um Wirtschafts- und Militärhilfe aus Westeuropa und den USA gebeten ohne allerdings seine Beziehungen zum COMECON zu vermindern.

1981 wurde damit begonnen, die Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht Portugal zu „normalisieren". Portugal hat — neben seiner Beteiligung am Cabora-Bassa-Staudamm — einige technische und militärische Berater in Mosambik. Mit den USA wurden wieder Botschafter ausgetauscht. Waffen- und Nahrungsmittelhilfen sind noch in der Schwebe. Der amerikanische Konzern EXXON hat ein Öl-Suchprogramm begonnen, und US-Unternehmen sollen an Aufträgen für den Ausbau des Hafens in Maputo interessiert sein. Ein Europabesuch des Staatspräsidenten Machel im Herbst letzten Jahres diente der Annäherung an die EG. In Frankreich zeigt man sich sehr aufgeschlossen und sicherte militärische Unterstützung „jeder Art" zu, die Mosambik für seine Verteidigung benötige. Dafür sollen französische Firmen stärker an der Ausbeutung von Primär-Energiequellen (Kohle, Öl) beteiligt werden sowie an Entwicklungshilfeprojekten. Daß vom „freien Westen" ohne Einmischung nichts zu holen ist, dürfte klar sein. Es lohnt sich, diesbezüglich einen näheren Blick auf die BRD-Entwicklungs"hilfe" zu werfen: Noch einen Tag vor der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler hatte der SPD-Entwicklungshilfeminister Offergeld ein Abkommen über die Aufnahme entwicklungspolitischer Zusammenarbeit mit Mosambik unter Dach und Fach gebracht, wonach Mosambik 10 Mio. DM sofort und ein langfristig günstiges Darlehen von 50 Mio. DM erhalten sollte — unter schärfstem Protest der CDU/CSU selbstredend. Bedingung war, daß Mosambik endlich nach langem Sträuben die sog. „Berlin-Klausel"' (d.h. das Vertretungsrecht der BRD für das „Land Berlin") anerkannt hatte. Diese Anerkennung war gleichzeitig die Eintrittskarte in das Lome-Abkommen, einem der wichtigsten Kooperationsprojekte der EG mit den sog. AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik), zur Stärkung ihres Einflusses in der „3.Welt".

Als Ende letzten Jahres die Vergabe der zugebilligten Gelder anstand, entschloß sich die Bundesregierung kurzfristig, ein knappes Drittel, das für die Reparaturen zerstörter Eisenbahnanlagen und Brücken vorgesehen war, mit der Begründung in andere Projekte umzulenken, dies sei „aus strategischen Gründen nicht vertretbar" (FAZ 9.12.83). (Die BRD ist mit sechs anderen westlichen Ländern federführend an der Wiederherstellung von Eisenbahnlinien im südlichen Afrika beteiligt, wofür ein Programm mit Mitteln von über 450 Mio. DM vorgesehen ist). Um wessen strategische Interessen es da wohl ging? Der südafrikanische Außenminister Botha war kurz zuvor auf Staatsbesuch in Bonn gewesen...

...genauso wie vier Vertreter der MNR, die vom 24.-26.11.83 mit den CDUlern Kaltefleiter, Graf Huyn und Rose sowie Vertretern der Adenauer-Stiftung zusammentrafen. Direkte
CDUlern Kaltefleiter, Graf Huyn und Rose sowie Vertretern der Adenauer-Stiftung zusammentrafen. Direkte
Kontakte zur Bundesregierung wurden vom Kanzleramt abgestritten, ebenso wie von Spiegel und FAZ berichtete Verwicklungen des Bundesnachrichtendienstes (BND) in Aktivitäten des südafrikanischen Geheimdienstes zum Sturz der Regierung in Mosambik, letzteres allerdings „aus verständlichen Gründen einer höheren Geheimhaltung" (taz, 9.1.84).

Trotz militärischer Bedrohung und schwerer Versorgungskrise versuchte die FRELIMO auf ihrem letzten Parteikongreß im April 1983, den Hebel auch an „internen Faktoren" anzusetzen. Die Wirtschaftspolitik des Staatsapparates wurde kritisiert, und eine Regierungsumbildung deutete auf die Stärkung des „pragmatischen Flügels" hin, der auf kleine Projekte und Kooperativen orientierte. Zugunsten der Produktion von Grundbedarfsgütern sollen größere Industrialisierungsprogramme zurückgestellt werden. Gelder aus ausländischen Hilfsprogrammen sollen vornehmlich in die landwirtschaftlichen Kollektive fließen, um die Bauern zu ermutigen, sowie im Gegensatz zu früher auch besonders zur materiellen Unterstützung des dominierenden kleinbäuerlichen Familiensektors bereitsgestellt werden. Geplant sind insbesondere Maßnahmen, die dem Rückzug der Bauern vom „offiziellen" Markt entgegenwirken. Es hat sich ein weitreichender Schwarzmarkt entwickelt mit der Folge, daß vor allem ärmere Schichten in den Städten die überhöhten Preise nicht zahlen können, zum anderen nur noch wenige Nahrungsmittel in den staatlichen Handel gelangen und zu kontrollierten Preisen zugeteilt werden können.

b., Internationalismus-Kommission

Göttingen

Quellen:

—wesentliche Informationen über die Kooperation mit Südafrika entstammen der Studie von R.Meinardus: „Die Afrikapolitik der Republik Südafrika", Bonn 1981
—zur MNR i.w. Hintergrundreportagen SZ 1.6.82; Neue 8.10.82; FR 10.1.83
—Tagespresse des Oktober 1983
—issa 3/83; 10/11/83
—AIB 6/82
—P.Meyns, „Mosambik im Jahr 2 der Unabhängigkeit", Berlin 1977
—Die Internationale, Nr. 16 — Sept. 1975

Brasilien:

20 Jahre Militärdiktatur

Am 1. April 1964 putschte das Militär in Brasilien. Heute, 20 Jahre später, steht Brasilien vor einem ökonomischen und sozialen Trümmerhaufen. Bei einer Auslandsverschuldung von 100 Mrd. Doller, einer Inflationsrate von über 200% und einer Arbeitslosenrate von 25% (15 Millionen Menschen) muß die Bevölkerung mit drastischen Reallohneinbußen und aufkommenden Hungerkatastrophen, selbst in den „reichen" Industriezentren, die Folgen dieser Politik bitter bezahlen.

Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung die Politik der Militärs entschieden ablehnt, konnten die Militärs durch eine frühzeitige „Öffnung" ihres Systems ihre Macht bis heute sichern, zumal die Opposition bisher zu schwach war, die Militärs von der Macht zu verdrängen. Ob die jetzt überall im Lande stattfindenden Protestkundgebungen für eine Direktwahl des Präsidenten durch das Volk die vollständige Demokratisierung und somit den Sturz der Militärs herbeiführen werden, bleibt abzuwarten.

„Estado novo" (Der neue Staat) von Getulio Vargas

Die Ursachen des Putsches und die Ereignisse bis zum heutigen Tage sind besser zu verstehen, wenn ein kurzer geschichtlicher Rückblick gegeben wird.

Nach der Weltwirtschaftskrise 1929 kam Getulio Vargas durch die liberale Revolution 1930 an die Macht. G. Vargas war der charismatische Kopf einer städtisch-bürgerlichen Koalition von Industriellen, Offizieren und einem Teil der Mittelklasse, die die Widersprüche zwischen dem englischen und us-amerikanischen Imperialismus und die Auswirkungen der weltweiten innerimperialistischen Widersprüche im Sinne einer nationalen Entwicklung Brasiliens nutzten. Seine Politik der bedrohten nationalen Interessen dämmte
im Sinne einer nationalen Entwicklung Brasiliens nutzten. Seine Politik der bedrohten nationalen Interessen dämmte
Schritt für Schritt den ausländischen Einfluß in Brasilien ein; das Zollsystem wurde im Interesse der nationalen Industrie verändert; die industrielle Ausbeutung der Erzvorkommen, aller Gewässer, der Wasserkraft etc. nur noch Brasilianern oder Unternehmen gestattet, deren Aktien im Besitz nationaler Aktionäre waren. Innenpolitisch baute Vargas eine Lohn- und Arbeitsgesetzgebung auf, die sowohl Formen der Kontrolle der Arbeiterbewegung beinhaltete, als auch den sozialen Frieden durch soziale Zugeständnisse absicherte.

Dieses Modell ist unter dem Namen „Estado Novo" bekannt geworden. Als Opposition zu dieser Politik erstarkte eine Gruppe führender Offiziere, die sich dem internationalen Kapital verbunden fühlten und Vargas 1945 unter maßgeblicher Beteiligung des us-amerikanischen Borschafters A. Berle stürzten. 1951 kam G. Vargas mit den Stimmen des Volkes erneut zur Macht und setzte seine Politik der nationalen Entwicklung fort, deren Höhepunkt 1953 die Gründung von *Petrobras*, dem staatlichen Erdölmonopol, war. Ein Gesetz verhinderte das Eindringen des ausländischen Kapitals in diesen strategischen und fundamental wichtigen Sektor der brasilianischen Wirtschaft.

Angegriffen von der inneren Reaktion, dem us-amerikanischen Imperialismus, der Führung der kommunistischen Partei (PCB) und geschwächt von unzähligen Korruptionsfällen seiner Regierung nahm G. Vargas sich 1954 das Leben und beendete somit eine Etappe Brasiliens, die ähnlich der von Peron in Argentinien auf einer nationalkapitalistischen Entwicklung bei sozialreformerischen Zugeständnissen an die Arbeiterbewegung beruhte.

Kubitschek, Quadro, Goulart

Der Nachfolger Vargas' wurde Kubitschek, der dem us-amerikanischen und europäischen Kapital das Land zu Konzessionen öffnete, die binnen kurzer Zeit die Nationalisierungspolitik Vargas' rückgängig machten. In fast allen
zessionen öffnete, die binnen kurzer Zeit die Nationalisierungspolitik Vargas' rückgängig machten. In fast allen
wichtigen wirtschaftlichen Bereichen stiegen die ausländischen Beteiligungen auf über 50% an, wurden dem internationalen Kapital gegenüber der einheimischen Industrie Privilegien gewährt, wie z.B. günstigere Kredite, Zollsenkungen etc., um nach Kubitscheks Vorstellungen die industrielle Entwicklung voranzutreiben. Die einheimische Entwicklung wurde dabei bedenkenlos geopfert; so verschacherte Kubitschek buchstäblich eine unter Vargas fast vollständig entwickelte, nationale Autoindustrie.

Nach dem Janio Quadro 1960, als Nachfolger Kubitschek an den Widersprüche seiner eigenen Politik scheiterte — innenpolitisch verlor er durch die restriktiven Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Unterstützung der Bevölkerung, außenpolitisch isolierte er sich durch die Unterstützung Cubas — kam 1961 Goulart an die Spitze der brasilianischen Regierung, der von seinen Gegnern als nationalistischer Vargas-Erbe verschrien wurde. An seiner Seite standen der damalige Gouverneur von Rio Grande do Sul und heutige Gouverneur von Rio de Janeiro, L. Brizola, sowie der Gouverneur von Pernambuco, Miguel Arraes, unter deren Regierungszeit sowohl die nationalen Kräfte der Industrie und erstmals in Brasilien auch Basisorganisationen wie Gewerkschaften, die Bauernbewegung „Ligas Camponesas" oder niedere Militärdienstgrade, politischen Einfluß bekamen.

Die Verbesserung der Lebenssituation der armen Bevölkerung durch erhebliche Lohnsteigerungen, gewerkschaftliche Organisation etc. führte zu einer raschen Zuspitzung der politischen Krise. Die dem internationalen Kapital verpflichtete Opposition sah ihre Position zunehmend gefährdet. Die zahlreichen Basisorganisationen nährten zudem bei der Mittelschicht die Angst vor dem aufkommenden Kommunismus; es wurde in demagogischer Weise von der Cubanisierung Brasiliens gesprochen.

Der Militärputsch von 1964

Vor diesem Hintergrund wurde am 1.4.1964 der Putsch gegen die Regierung Goularts durchgeführt. Selbst Dom Helder Camara, heute Sprachrohr der oppositionellen Kirche Brasiliens, begrüßte mit folgenden Worten den Putsch: „Die Stunde der Reformen ist gekommen. Niemand fürchtet die Reformisten, man fürchtet nur die Kommunisten. Die Revolution hat gesiegt. Der Kommunismus ist besiegt. Laßt uns jetzt die Reformen mit Gerechtigkeit beginnen." (Brasilien Nachrichten, 80/1983) Der Putsch diente dazu, das politische System des „Estado Novo" endgültig zu liquidieren, um
richten, 80/1983) Der Putsch diente dazu, das politische System des „Estado Novo" endgültig zu liquidieren, um
anstelle des komplexen Ausgleichs unterschiedlicher Interessen die eindeutige Dominanz multinationaler Wirtschaftsgruppen zu setzen.

Mit Ausnahme der blutigen und grausamen Vernichtung der „Ligas Camponesas" und anderer Gruppen, die sich für eine Agrarreform stark gemacht hatten und eine starke Organisation vor allem in Pernambuco aufgebaut hatten, verlief der Putsch zunächst unblutig. Die Bevölkerung leistete nur geringen Widerstand. Erst einige Zeit später wurden die Folgen der von Castelo Brancó, dem ersten Präsidenten nach dem Putsch, durchgeführten Politik deutlich:

— Zur Festigung der nationalen Sicherheit wurden die öffentlichen Freiheiten immer mehr eingeschränkt, um vor allem die nationalistisch orientierten Politiker mundtot zu machen.
— Die unter der Regierung Goulart geplante und stets verschobene Einschränkung des Gewinntransfers der Multis in die Mutterländer wurde sofort aufgehoben.
— Die Einkommenssteuer nordamerikanischer Gesellschaften wurde auf 15% herabgesetzt, während brasilianische Firmen 25% bezahlen mußten.

Fortsetzung nächste Seite



Opfer der Todesschwadronen werden identifiziert.

Fortsetzung von vorheriger Seite

— In einem Abkommen zur Garantie von Investitionen verpflichtete sich Brasilien im Falle möglicher zukünftiger Nationalisierungen von US-Firmen, die Unternehmen nach US-Vorstellungen zu entschädigen.
— Die fortschrittliche Arbeitsgesetzgebung, die von Vargas eingeführt wurde und eine strenge Sicherung des Arbeitsplatzes und eine automatische Erhöhung der Löhne entsprechend dem Index der Lebenshaltungskosten vorsah, wurde zerschlagen.
— Die Kreditbedingungen für nationale Unternehmen wurden erheblich verschlechtert.


General Medici: Für unzählige Morde und den Aufbau der Todesschwadronen verantwortlich.

Als 1966 die politischen Parteien verboten und die nationale Studentenorganisation UNE liquidiert wurde, kam es zu massenhaften Studentenunruhen, die von vielen Gruppen der Arbeiter mitgetragten wurden. Diese Unruhen fanden ihren Höhepunkt im „Marche da 100 Mio.", einer Demo von 100.000 Regierungsgegnern in Rio de Janeiro, die von der Bevölkerung mit Euphorie aufgenommen wurde und von den Militärs nicht verhindert werden konnte.

Als Reaktion auf diese starke Widerstandsbewegung wurde schließlich am 13. Dezember 1968 der institutionelle Akt Nr. 5 verabschiedet, der jegliche Rechtstaatlichkeit beseitigte.

Nach dem Tode Costa e Silvas, dem 2. Staatspräsidenten nach dem Putsch, verweigerte ein Teil der Militärs dem zivilen Nachfolger den rechtmäßigen Amtsantritt. Stattdessen putschte ein Teil der Militärs erneut und brachte 1969 mit Medici einen General an die Macht, der die Opposition grausam Teil der Militärs erneut und brachte 1969 mit Medici einen General an die Macht, der die Opposition grausam verfolgte. Tausende der Oppositionellen verschwanden in den Folterkellern der Geheimdienste. Unter der Präsidentschaft Medicis wurde mit massiver Hilfe der USA ein Kontrollapparat der inneren Sicherheit ausgebaut. Es entstanden zahlreiche, dem Militär direkt unterstellte Überwachungsorgane, die ein lückenloses Netz über ganz Brasilien organisierten.

Das ungleiche Kräfteverhältnis bei der Bekämpfung der Oppositionellen wird am Beispiel der Ausrottung der Guerilla von Araguaia deutlich.

Im Ostamazonasgebiet versuchte Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre die von der KP Brasiliens abgespaltene Partei „PC do Brasil" nach langjährigen Vorbereitungen in Anlehnung an den Volkskrieg in Vietnam und den Erfahrungen der kubanischen Revolution etc. eine Landguerilla aufzubauen. Ihre etwa 100 Personen starke Gruppe wurde von 30.000 Soldaten, die in eigens dafür gebauten Antiguerillacamps ausgebildet wurden, nach relativ kurzer Zeit zerschlagen. Wie der Guerilla von Araguaia ging es vielen Gruppen, die zu Beginn der Regierungszeit Medicis dem Regime auch bewaffneten Widerstand entgegensetzten. Folter, Mord oder Exil waren für viele die Folgen ihres aufopfernden Engagements. Die Foltermethoden und -spezialisten wurden beim Putsch in Uruguay (1973) und Chile (1973) exportiert.

Auch ideologisch verlor die Opposition in diesen Jahren an Einfluß. Die beginnende Erschließung des Amazonasbecken durch den Bau der berühmten Transamazonica-Straße und andere gigantische Infrastrukturmaßnahmen suggerierten der Bevölkerung Wohlstand und Fortschritt. Es entstand ein wahrer „Aufstiegstaumel", der allerdings nur in der Oberschicht und der kleinen Mittelschicht reale Auswirkungen zeitigte. Schon gegen Ende der Regierungszeit Medicis wurde durch die beginnende Weltwirtschaftsrezession und dem ersten Erdölschock deutlich, daß das brasilianische „Wirtschaftswunder" auf sandigem Boden aufgebaut wurde.

Als General Geisel 1974 das Präsidentenamt übernahm, versuchte er zunächst den neu aufflackernden Widerstand mit dem von Medici aufgebauten Repressionsapparat weiter zu bekämpfen. Da aber immer größere Kreise der Bevölkerung von der Wirtschaftskrise betroffen wurden, sah sich die Regierung veranlaßt, eine vorsichtige Öffnung des Systems als mögliches „Dampfablassen" in die Wege zu leiten.

Die „Abertura" (politische Öffnung)

1979 leitete Figueiredo in Brasilien eine „Abertura" ein, deren wesentlichste Ursache in der sich verschärfenden wirtschaftlichen und somit auch sozialen Krise liegen dürfte. In jener Zeit zeichnete sich bereits deutlich ab, daß das viel gelobte brasilianische „Wirtschaftswunder", das auf einer vom Ausland finanzierten Industrialisierung und staatlich „garantierten" Niedriglöhnen basierte, scheitern würde. „Nur Gott kann Brasiliens– Wirtschaft retten", erklärte der 1979 zurückgetretene Planungsminister und Bankier Henrique Simonsen. Bei einer damaligen Auslandsverschuldung von ungefähr 50 Mrd. Dollar mußten die 1978/79 drastisch ansteigenden Zinskosten, die zweite „Erdölpreisexplosion", die sinkenden Rohstoffpreise und der zunehmende Protektionismus der Industriestaaten den Militärstrategen in Brasilia deutlich gemacht haben, daß Brasilien in ein ökonomisches Desaster steuert, mit brisanten innenpolitischen Folgen.


General Figueriedo

Um die Kontrolle über die oppositionelle Bewegung, die sich durch ver-

Um die Kontrolle über die oppositionelle Bewegung, die sich durch ver-stärkte Streik- und Protestaktionen neu formierte, nicht zu verlieren, erschien den Militärs eine von „oben" kontrollierte „Öffnung" des Systems ein geeigneter Weg. Darüberhinaus konnte man sich durch diese „Abertura" dem Ausland als demokratisierendes Land präsentieren, was der damaligen US-Politik unter Carter, der SPD-Regierung in der BRD und der sich aus der Verschuldung ergebenden verstärkten Kreditnachfrage im westlichen Ausland entgegenkam.

Im Rahmen der „Abertura" wurde zunächst eine Teilamnestie, auf Druck der Opposition letztlich eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen und Exilierten erlassen, woraufhin Tausende ins Land zurückkehrten. Unter ihnen der populistische und ehemalige Gourverneur von Rio Grande da Sul L. Brizola, der legendäre Gouverneur von Pernambuco M. Arraes, und der 83jährige Generalsekretär der KP Brasiliens (PCB) Prestes. Der Opposition gelang es aber nicht, die Bestrafung der Folterknechte oder die Auflösung der politischen Polizei, der Antiterrorkommandos etc. durchzusetzen, so daß einesder dunkelsten Kapitel der brasilianischen Geschichte ungesühnt blieb und die faschistischen Repressionsorgane bis heute bestehen blieben.

Außerdem wurde der verhaßte institutionelle Akt Nr. 5 von 1968 aufgehoben, allerdings durch ein neues Staatssicherheitsgesetz (Notstandsgesetzgebung) ersetzt, die Pressezensur weitgehend eingestellt, den Gewerkschaften in Hinblick auf „Streikrecht" Zugeständnisse gemacht und eine Neuordnung der politischen Parteien ermöglicht mit der Zusage auf freie Wahlen bis zur Gouverneursebene für November 1982. Zweifelsohne ergab sich durch diese „Öffnung" ein erhöhter politischer Spielraum, der zu einem Aufleben der oppositionellen Bewegung führte.

Die Studenten organisierten für die verbotene, aber geduldete UNE (Nationale Studentenvereinigung) Neuwahlen, bei denen die Linken die überwältigende Mehrheit erhielten. Frauengruppen organisierten ein „Treffen der Frau" mit 3.000 Teilnehmerinnen. Die schwarze Bevölkerung führte in Rio ihren 1. Kongreß gegen Rassendiskriminierung durch. Die ökologische Bewegung erstarkte und rief zur „Verteidigung des Amazonasgebietes" auf. Die Homosexuellen gingen an die Öffentlichkeit. Am beeindruckendsten war jedoch die riesige Streikwelle, die über das Land lief. Über 300 Streiks machten deutlich, daß die brasilianischen Arbeiter sich nicht mit hohen Inflationsraten, sinkenden Realeinkommen, zunehmender Arbeitslosigkeit und weiterhin eingeschränkten Gewerkschaftsrechten abfinden wollten. Die Absetzung vieler Streikleitungen durch den Arbeitsminister, die Inhaftierung und Androhung einer Klage nach dem Staatssicherheitsgesetz von 2 bis 12 Jahren Haft für Streikführer, der massive Polizeieinsatz, bei dem 1979 neun Streikende getötet wurden und eine Reihe von Bombenanschlägen gegen fortschrittliche Publikationsorgane, Politiker, Künstler und selbst Bischöfe machten allerdings deutlich, daß die Militärs eine vollständige Demokratisierung nicht zuließen.

Zudem hoffte das Militär, durch die Zulassung neuer Parteien die Opposition zu spalten und zu entschärfen, was ihr auch gelingen sollte. Lange Zeit prägte die Auseinandersetzung um die parteipolitische Neugruppierung innerhalb der Opposition die politische Diskussion und lenkte teilweise von dem gemeinsamen Gegner, dem Militärregime, ab. Seit der Parteireform sieht das brasilianische Parteienspektrum folgendermaßen aus:

— PDS (Partido Democratico Sozial): Die Regierungspartei und ehemalige faschistische ARENA, die die Parteireform dazu nutzte, sich ein neues „progressives" Mäntelchen überzustreifen, indem sie sich einen neuen Namen gab und einige alte MDB-Politiker für ihre Politik gewinnen konnte. Die PDS ist ein in sich zerstrittenes Machtbündnis, um die Militärherrschaft demokratisch zu legitimieren und um ihr Erbe im Falle einer vollständigen Redemokratisierung anzutreten.

— PMDB (Partido do Movimento Brasileiro): Die bei weitem größte Oppositionspartei, die aus der alten zugelassenen Oppositionspartei MDB hervorgegangen ist, heute aber ein breites Spektrum von Liberal-Konservativen, Linksliberalen, Christdemokraten und demokratischen Sozialisten bis hin zu kommunistischen Gruppen, wie der PCB (eher eurokommunistisch orientiert), der PC do Brasil und der ehemaligen Stadtguerillä MR-8 usw. umfaßt. Die PMDB — ein eher bürgerliches Bündnis mit wirtschaftsnationalen und sozialreformerischen Auffassungen — hat Mühe, die unterschiedlichen Strömungen auf Dauer zusammenzufassen.

— PDT (Partido Democratico Tra-

hat Mühe, die unterschiedlichen Strömungen auf Dauer zusammenzufassen.

— PDT (Partido Democratico Trabalhista): Eine stark von L. Brizola geprägte Partei, die sich als sozialdemokratische Partei mit guten Kontakten zur Sozialistischen Internationale versteht und nach links sehr offen erscheint. L. Brizola genießt großes Ansehen in der brasilianischen Bevölkerung und hätte bei Direktwahlen zum Präsidenten gute Aussichten zu gewinnen, obwohl die PDT bisher nur regional in Rio de Janeiro und Rio Grande do Sul vertreten ist.

— PTB (Partido Trabalhista Brasileiro): Sie wurde von Ivete Vargas, der Nicht G. Vargas, gegründet. Ihre Basis besitzt diese Partei überwiegend in den konservativen Kreisen der syndikalistischen Bewegung von Rio und Sao Paulo. Eine kleine, eher rechte Oppositionspartei, die zwischen Regierung und Opposition hin und her schwankt.

— PT (Partido Trabalhista): Mit Luis Inacio da Silva „Lula", dem bekannten Gewerkschaftsführer aus Sao Paulo an der Spitze — wohl die einzige Partei, die sich bemüht, eine basisorientierte Partei aufzubauen. Obwohl sie aus der Gewerkschaftsbewegung, besonders den Industriegewerkschaften, entstanden ist, versucht sie zunehmend das kämpfende Volk in seiner Gesamtheit zu repräsentieren, wie die Landarbeitergewerkschaften, kirchliche und unabhängige Basisgemeinden, Linksintellektuelle, etc. Außerdem integrierte sie etliche ehemalige kommunistische Gruppen und Guerillagruppen, wie die ALN von Marigelha, die nach wie vor in Brasilien verboten sind.

Insgesamt gelang es der Militärregierung mit der „Abertura", die Initiative für die mittelfristige brasilianische Entwicklung zu behalten und der sich neu formierenden Opposition rechtzeitig den Wind aus den Segeln zu nehmen und sie auf den von ihr festgelegten „Fahrplan" der „Redemokratisierung" auszurichten. Wobei sie auch nicht zögerte ihren nach wie vor intakten Repressionsapparat gezielt gegen zu weit gehende „Demokratisierungserscheinungen" einzusetzen.

Die November-Wahlen von 1982

Zu einer wichtigen Bewährungsprobe dieser schrittweisen Liberalisierung sollten die November-Wahlen von 1982 werden — die seit dem Putsch freiesten Wahlen — bei denen 60 Millionen Brasilianer die Gemeindebehörden, die Gouverneure der Bundesstaaten, den Kongreß und einen Teil des Senats wählen sollten; nicht aber den Präsidenten.


Stadtguerillero Marighela

Da abzusehen war, daß die Oppositionsparteien die Wahl gewinnen würden, erließen die Militärs in recht „diktatorischer" Weise ein Wahlgesetz, das ihnen zur Ausübung der Macht die notwendigen Mehrheiten sicherte und die Zusammensetzung des Wahlkollegiums zur Ernennung des Präsidenten so gestaltete, daß ihnen dieses Amt bis 1990 gesichert wurde. Ebenfalls bestimmten sie, daß Verfassungsänderungen im Kongreß von nun ab nur mit Zweidrittelmehrheit durchgesetzt werden können. Trotz Stimmenbindung in bezug auf nur eine Partei, Koalitionsverbot zwischen den Parteien, Unterstützung der Regierungspartei in den Medien, Wahlgeschenke der Regierung und Begünstigung der Regierungspartei bei der Umrechnung der Zahl der Wähler auf die Zahl der Sitze, gelang den Oppositionsparteien ein großer Erfolg:

— Die Oppositionsparteien gewannen rund 60% der Stimmen gegenüber 40% der PDS.
— Stärkste Einzelpartei wurde die PMDB.
— Bei der Umrechnung der Stimmen zu Sitzen wurde die PDS stark begünstigt und stellt im Kongreß die stärkste Fraktion, verlor aber die absolute Mehrheit.
Fraktion, verlor aber die absolute Mehrheit.
— Die PDS stellt 12 Gouverneure, die PMDB 9 und die PDT mit Brizola einen.
— Die PDS behält die absolute Mehrheit im Senat.
— Enttäuschend schnitt die PT ab, die landesweit nur 3% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. In Sao Paulo, ihrer Hochburg, bekam sie anstatt der erwarteten 20% der Stimmen nur 10%. Die Ursachen dieser geringen Stimmabgabe für sie lagen in der zu starken Ausrichtung auf die Industriearbeiterschaft, die innerhalb der brasilianischen Gesellschaft nur eine kleine Schicht repräsentiert; der zu heftigen Kritik an der PMDB, die sich im Wahlkampf als moderate linke Partei präsentierte; mangelndem Vertrauen der Wähler in die Regierungsfähigkeit der PT und der zu geringen Kräfte, sich überall in dem riesigen Land effektiv zu organisieren, zumal sie sich erst 1980 formieren konnte und nicht auf eine schon bestehende Parteistruktur zurückgreifen konnte.

Diese Wahlen lassen keinen Zweifel daran, daß die Mehrheit der Brasilianer die Militärregierung ablehnt, dennoch konnte die Regierung durch diese Wahlen auf scheinbar „demokratisch legitimierter" Basis ihre Macht weitgehend aufrechterhalten. Sie besitzt weiterhin die Mehrheit im Senat und im Kollegium für die Wahl des Präsidenten; der Kongreß ist gegenüber der Exekutive schwach und die Opposition ist nicht in der Lage, Verfassungsänderungen durchzuführen, da sie nicht über eine Zweidrittelmehrheit verfügt.

Obwohl die Opposition 10 Gouverneure stellt, darunter in den wichtigen Industriegebieten wie Sao Paulo, Minas Geiras und Rio de Janeiro, bleibt ihr Handlungsspielraum durch das stark zentralistisch ausgerichtete System relativ begrenzt. So bleibt für sie allemal die Möglichkeit, neue Akzente in der Gesundheits-, Erziehungs- und Transportpolitik zu setzen, nachdem die Regierung den Bundesländern kurz nach der Wahl die Kontrolle über die politische Polizei entzogen hat, nicht aber die Möglichkeit, grundsätzlich neue gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln, da diese nur bei Eroberung der vollen politischen Macht durchgesetzt werden können.

Darüberhinaus handelt es sich bei den meisten gewählten Gouverneuren, mit Ausnahme von Brizola, wie z.B. Tancredo Neves in Minas Geiras oder Monterro in Sao Paulo um eher gemäßigte Politiker, die nicht in dem Ruf stehen, eine konsequente Politik gegen die Militärregierung in Brasilia zu betreiben, sondern eher für einen Dialog und für „Ruhe und Ordnung" eintreten, was der harte Einsatz der Polizei bei Demonstrationen von Arbeitslosen und Plünderungen von Hungernden in Sao Paulo verdeutlichte.

Eine auf Dialog mit den Militärs setzende Politik der Opposition würde der Absicht der Regierung, die Opposition durch Beteiligung an der Macht auch an der Verantwortung für ihre massenfeindliche Politik zu beteiligen, entgegenkommen.

Präsidentennachfolge

Demgegenüber scheint sich aber im Moment eine Politik innerhalb der Opposition durchzusetzen — weitgehend getragen von der PT, Brizolas PDT und linken PMDBlern — die den neugeschaffenen Spielraum versucht dahingehend zu nutzen, bei vereinter Opposition und Mobilisierung der Bevölkerung den von den Militärs vorgelegten Weg zu durchbrechen und durch die Forderung und Durchsetzung direkter Wahlen zum Präsidenten eine vollständige Demokratisierung zu erreichen. Ob die Mobilisierung der Bevölkerung mit Demos von 200.000 bis 400.000 Menschen in Rio, Sao Paulo und anderswo zum Erfolg führen wird, erscheint fraglich. Zumal die Militärs eine Direktwahl — obwohl in ihrer eigenen Partei umstritten — ablehnen, da für sie eine Kandidatur und ein möglicher Sieg Brizolas eine Entwicklung in Gang setzen würde, die sie nicht mehr kontrollieren könnten. Sie halten an dem Konzept der Wahl der Präsidenten durch ein Wahlkollegium fest, wobei sie aber wohl zum ersten Male seit 1964 einen zivilen Kandidaten präsentieren werden, um der Bevölkerung und dem Ausland weiterhin ihren „Redemokratisierungswillen" zu präsentieren. Als Drohung gegenüber der Opposition kann die Regierung immer wieder auf ihren gewaltigen Repressionsapparat verweisen, dem gegenüber die Opposition keinen nennenswerten Widerstand entgegensetzen könnte. Die Opposition kann — mit Ausnahme der PT vielleicht — noch nicht einmal auf eine aktiv organisierte Parteibasis, geschweige denn auf eine landesweit organisierte Widerstandsbewegung zurückgreifen. Positive Ansätze sind in der von der PT beeinflußten landesweiten CUT (Zusammenschluß verschiede- rückgreifen. Positive Ansätze sind in der von der PT beeinflußten landesweiten CUT (Zusammenschluß verschiede-ner Gewerkschaften) zu erkennen, die sich im August 1983 formierte. Eine konsequente Demokratisierung des Systems wird letztlich aber nur durch entsprechenden Druck der Basis und somit organisierten Widerstand möglich sein, was bei der augenblicklichen Struktur der Oppositionsparteien auf Widerstand stoßen dürfte. Eine mögliche Entwicklung, nämlich eine Neustrukturierung der Opposition, wie sie von einigen Oppositionspolitikern — besonders Brizola — angestrebt wird, wäre die Formierung einer sozialistischen Partei aus linken Teilen der PMDB, der PDT und PT. Sie könnte für den nötigen Druck und die Entschlossenheit sorgen, um eine Politik im Sinne der Bevölkerung durchzusetzen.

Aber selbst bei dieser günstigen Entwicklung darf nicht übersehen werden, daß die 20jährige Ausverkaufspolitik der Militärs heute das Land mit 100 Mrd. Dollar Schulden in den Ruin getrieben hat. Immer größere Teile der Bevölkerung müssen Hunger leiden, damit die Schulden abgezahlt werden können. Diese Erblast wird jede zukünftige Regierung, die die Militärs ablösen wird, die nächsten Jahre aufs Schwerste belasten und eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung — selbst bei besten Absichten der Regierung — nur in ganz kleinen Schritten ermöglichen. Realistischer aber erscheint im Moment, daß die Militärs sich mit ihrer Politik der schrittweisen Liberalisierung weiterhin durchsetzen können, bei Beibehaltung einer permanenten Wirtschaftskrise mit sich weiter verschlechternden Lebensbedingung für die Bevölkerung.

Einige Mitglieder der Brasiliengruppe aus Hamburg

Verwandte Literatur:
1) „Lateinamerika — Analysen und Berichte", Nr. 4 bis Nr. 7
2) „Sozialistische Politik", Nr. 5, 6, 7 von 1970
3) „Brasilien 1983", von M. Wöhlcke
4) „Die Guerilleros sind müde", von F. Gabeira

Die Wahlen in El Salvador haben nur einen Sieger:Die Opposition!

Das Debakel wurde bereits daraus ersichtlich, daß die bürgerliche Presse es vorzog, sein Ausmaß auf den hinteren Seiten zu behandeln. ,,Urnengang mit vielen Hindernissen" (Welt, 27.3.), ,,Pannen bei der Wahl in El Salvador" (FAZ, 27.3.). Die Überschriften sind beschönigend.

Vor zwei Jahren, zu den ,,Wahlen für die verfassunggebende Versammlung" hatte noch der Umstand, daß 300.000 Stimmen mehr ausgezählt wurden als Wahlscheine gedruckt waren, kaum einen Befürworter daran gehindert, einen ,,Sieg der Demokratie über die Gewalt" zu feiern. Damals war das Ergebnis zwar nicht unbedingt "demokratisch" — schließlich gewann die äußerste Rechte unter der Führung des Faschisten D'Aubouisson. Aber die ,,Abfuhr an die Guerilla" wurde unter Verweis auf die hohe Wahlbeteiligung bejubelt, denn die erreichte nach Berechnungen der Katholischen Kirche auf Grundlage der offiziellen Daten 107%! (1)

Aber dieses Mal war das Chaos und der damit verbundene systematische Wahlbetrug allzu offensichtlich: in den meisten Wahlbezirken fehlten Wahlscheine, Urnen, Wählerlisten oder gleich das ganze Wahlpersonal (2). Eine der Maßnahmen, die getroffen wurden, um erneut das eindrucksvolle Schauspiel von Wählerschlangen herzustellen, erwies sich letztlich als so verhängnisvoll, daß es ab 15 Uhr eingestellt wurde: Der Ort der Stimmabgabe war nicht, wie sonst üblich, in den Wohnbezirken eingerichtet, sondern gewählt werden durfte nur dort, wo sich das laut Wählerverzeichnis zuständige Wahllokal befand. Das war selbst für den Kandidaten der rechten ,,Nationalen Versöhnungspartei", Guerrero, von dem gemunkelt wurde, er sei ein Mann Washingtons, zuviel; auch ihm gelang es nicht, ,,seine" Urne ausfindig zu machen (3).

Gegen Abend war die Verwirrung perfekt. Mit der Begründung, in 40 bis 70 der 261 Wahlbezirke sei überhaupt nicht gewählt worden, in 15 Wahllokalen seien die Stimmzettel gestohlen und darüber hinaus bereits vorher 40.000 - 60.000 Wahlscheine schlicht verschwunden, forderte der Präsident der ,,Allianza Democratica" die Annullierung der gesamten Wahl.

Wenig später trat der Vorsitzende des aus den 8 kandidierenden Parteien bestehenden ,,Zentralen Wahlrates" wegen des ,,Chaos bei der Stimmabgabe" zurück (4). Zu einem weiteren Höhepunkt der Wahl führte die Anschuldigung eines Vertreters der Christdemokraten, der Cheftechniker des eigens von den USA für 10 Mio. Dollar eingerichteten Computersystems sei ein Anhänger D'Aubouissons: Mit Hilfe zweier bewaffneter Beamter wurde der Techniker des Wahlzentrums verwiesen, wobei ihm jedoch aus Protest noch weitere Techniker folgten. Dies wiederum setzte die Wahlauszählung völlig außer Betrieb.

Umso überraschender mutete es an, als am Montag nach der Wahl sogenannte ,,inoffizielle Quellen" vorläufige ,,Hochrechnungen" verkündeten, denen zufolge auf die Stelle hinter dem Komma genau der Christdemokrat Napoleon Duarte vor D'Aubouisson in Führung läge, während der drittstärkste Kandidat, Guerrero, deutlich abgeschlagen sei. Ursprünglich war für den Fall, daß keiner der Kandidaten auf Anhieb die absolute Mehrheit erreichen sollte, die Durchführung einer Stichwahl für April vorgesehen. Wohl in Erwartung, daß der ,,Zentrale Wahlrat" noch tagelang handlungsunfähig sein würde und damit kein Ergebnis präsentieren könnte, was dann auch der Fall war, wurden diese ,,Hochrechnungen" so schnell lanciert, um wenigstens die Stichwahl zu retten. Denn die Wiederholung der Wahl, so die FAZ, ,,wäre peinlich" und deshalb müsse man sich ,,jetzt wohl mit der Prinzipienkritik abfinden" (5).

Aber mit genau diesem Punkt ist das ,,Projekt Präsidentschaftswahlen" gescheitert. Nichts bewies schlagender die Position der FMLN/FDR, Wahlen unter den gegebenen Bedingungen können nur eine Farce sein, als der Verlauf der Wahlen selbst.

Jede bürgerlich-demokratische Definition von Wahlen sieht die gleichberechtigte Teilnahme politisch verschiedener Parteien vor, sowie Chancengleichheit, Unversehrtheit der Kandidaten und darüber hinaus die Möglichkeit der Wähler, ihre Stimme ohne Druck und Einschüchterung abzugeben. Bereits ein flüchtiger Blick auf die Lage zeigt, daß nichts davon in El Salvador gwährleistet ist.

Vor zwei Jahren war es dessen ungeachtet gelungen, das Trugbild einer ,,demokratischen Wahl" zu verbreiten, und so versuchte die Presse auch diesmal, die Sache so darzustellen, als gäbe es bei der Wahl tatsächlich Alternativen für das Volk, vor alem wurde Duarte so weit es ging nach ,,links" gerückt.

Aber mit dem Kollaps der **entscheidenden Bedingung jeder** Wahl, nämlich deren organisatorisch geordnetem Ablauf, mußte das ganze Konstrukt zusammenbrechen. Nicht der ,,Sieg der Demokratie" wurde gemeldet, sondern lediglich ein knapper Vorsprung Duartes. Und es brauchte eine Reihe peinlicher Windungen des CDU-Wahlbeobachters Lamers, der aus den Wählerschlangen den Schluß zog, ,,in Deutschland würde niemand so lange warten, um zu wählen" (6), bevor er daraus eine unglaubwürdige ,,Ohrfeige für die Guerilla" bastelte. (Natürlich hütete er sich zu erwähnen, daß der Paßeintrag ,,hat gewählt" in EL Salvador bei einer Polizeikontrolle lebensrettend sein kann.) Schließlich traute sich keine Zeitung, den Kommentar Reagans: ,,ein weiterer Sieg der Freiheit über die Tyrannei" als Schlagzeile zu drucken.

USA wollten die Wahlen seit 82

Insgesamt hat die erklärte Absicht der Imperialisten, auf propagandistischer Ebene ein Demokratiemodell in El Salvador zu errichten, das im Gegensatz zu Nicaragua steht, zumindest vorerst einen Rückschlag erlitten.

Seit den 82er Wahlen hatten die USA eine Neuauflage verlangt, die die Christdemokratie wieder an die Macht bringen sollte. Und tatsächlich zogen sich die Auseinandersetzungen innerhalb der Rechten El Salvadors um erneute Wahlen mehr als 1 1/2 Jahre hin. Erst im Dezember 83 wurde der Wahltermin vor dem Hintergrund eines Kompromisses für März 84 festgelegt: In der zu dem Zeitpunkt verabschiedeten Verfassung wurde auf eine Reform im Bereich des Außenhandels, der Banken und der Agrargesetzgebung verzichtet; dafür erklärte sich der die ,,Verfassunggebende Versammlung" beherrschende ARENA-Block D'Aubouissons mit der Durchführung von Präsidentschaftswahlen einverstanden.

Aber ein erneuter Umschwung deutete sich an, als Mitte Februar bekannt wurde, daß einflußreiche Teile der Armeeführung mit Unterstützung des christdemokratischen Hardliners Chavez-Mena in Panama bei dem Chef des US-Kommandos Süd, General Gorman, auf eine Verschiebung der Wahl drängten. Nach dem spektakulären Erfolgen der FMLN im Januar stand zu befürchten, daß die Guerilla die für die Wahlen notwendige Konzentration der Armee um die großen Städte und den Westen des Landes würde nützen können, um ihre militärische Position weiter auszubauen. Entschieden wurde die Frage durch ein kategorisches ,,Nein" von Seiten des US-Außenministers Shultz. Anläßlich eines Argentinien-Besuches unterstrich Vize-Präsident Bush die Haltung der Reagan-Administration: *,,Ihr begreift gar nicht, daß diese Wahlen für uns wichtiger sind als für die Salvadorenier."*

Die Haltung der FMLN/FDR zu den Wahlen

Seit Oktober 82 ist festzustellen, daß die FMLN ihren Druck auf die Regierungskräfte von Monat zu Monat erhöht, neue Gebiete militärisch erschließt, und dutzende kleiner Ortschaften für längere Zeit einnimmt, um die Initiative zu behalten und die Moral der Armee zu drücken. Diese Entwicklung veranlaßte selbst die US-Militärberater in EL Salvador, von einem drohenden Zusammenbruch der Regierungstruppen zu sprechen (8).

Wie 1982 bezeichnete die FMLN/FDR die Wahlen als das, was sie waren, nämlich als Farce: *,,Keine der Parteien, die an den Wahlen im März teilnehmen, repräsentiert die Interessen des Volkes. Sie alle haben diese Interessen verraten. Jeder einzelne Kandidat ist eine wohlbekannte und abgenutzte Figur, die als Mitglied der verschiedenen Regierungen der Militärdiktatur in die Repression, die Rechtfertigung des Völkermordes, die Unterwürfigkeit gegenüber der US-Administration und die Korruption verwickelt war. Sie alle sind in irgendeiner Weise Verantwortliche, Komplizen und Hehler des Völkermordes."* (9)

Jedoch antwortete die FMLN/FDR sehr viel einheitlicher als vor zwei Jahren in praktischer Hinsicht auf die Wahlen: es wurde nicht zum Wahlboykott aufgerufen und von Vertretern vorher erklärt, der Wahlvorgang selbst würde nicht gestört werden. Aber *,,wir bekräftigen: wir werden vor, während und nach den Wahlen den revolutionären Volkskrieg fortsetzen."* (10)

Damit nahm die FMLN/FDR einen der Vorwände weg, die 1982 benutzt wurden, um die Opposition als antidemokratisch zu denunzieren. Selbst die FAZ konnte nicht umhin, festzustellen, daß es nicht die Aktionen der Guerilla waren, die für das Zustandekommen des Wahlchaos verantwortlich waren. (11)

Dennoch werden die Imperialisten alles daran setzen, mit der Stichwahl zwischen Duarte und D'Abouisson, die jetzt für den 6.Mai veranschlagt ist, verlorenes Terrain wiederzugewinnen.

Wahlen lenkten uns von US-Manövern ab

Auf jeden Fall lenkte das Wahlmanöver aber von der weiteren direkten Verwicklung von US-Truppen in die Kämpfe in El Salvador ab:

Kurz vor den Wahlen wurden 2.500 ‚marines' der 82. Luftlandedivision — das ist die Einheit, die Grenada überfiel — von Panama nach Honduras unmittelbar an die Grenze zu El Salvador verlegt. Kürzlich bestätigte ein Beamter des Pentagon, daß seit einiger Zeit US-Piloten ,,Aufklärungsmissionen" über den von der FMLN kontrollierten Gebieten fliegen. Am 12.März teilte ,,Radio Venceremos" mit, daß das US-Kommando Süd die Aufstellung zweier neuer Kampfeinheiten für El Salvador vorbereitete, die zum einen ausschließlich aus US-Soldaten bestehen und zum anderen aus Salvadoreniern, die unter dem Kommando von nordamerikanischen Offizieren operieren werden. (12) Die bis heute größte Drohgebärde der USA in Zentralamerika wird das im April gestartete kombinierte Land- und Seemanöver ,,Big Pine III" sein, an dem 40.000 GI's beteiligt sind. Um den Ernst der Situation und die Notwendigkeit der Solidarität mit der FMLN/FDR hervorzuheben, drucken wir im Folgenden das Kommunique der Generalkommandantur der FMLN vom 11.März ab:


US-Botschafter Pickering beobachtet die Stimmabgabe

Kommunique der Generalkommandantur der FMLN

Angesichts der jüngsten Flotten- und Truppenbewegungen in die Territorialgewässer Mittelamerikas und die salvadorianisch-honduranischen Grenzgebiete gibt die FMLN dem salvadorianischen Volk, der Bevölkerung der USA und allen Völkern der Welt bekannt:

1. Da die FMLN die Kontrolle über den größten Teil des an Honduras grenzenden Territoriums besitzt, stellt die Entsendung US-amerikanischer Truppen an die honduranische Grenze einen Akt direkter Aggression gegen unser Volk und eine Provokation unserer militärischen Kräfte dar.

2. Die FMLN hat sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bemüht, die Intervention aufzuhalten, um so die verhängnisvollen Konsequenzen für die mittelamerikanischen Völker sowie auch für die Bevölkerung der USA, die unausbleiblich ebenfalls einen Blutzoll als Konsequenz des politischen Abenteuers der Administration des Präsidenten Reagan zu entrichten hätten, zu vermeiden.

3. Die FMLN erklärt angesichts dieses Aktes der Aggression, daß sie gemäß den Interessen des Volkes zur Verteidigung der nationalen Souveränität handeln wird.

Sie lehnt daher das absurde Argument der Nichtexistenz feststehender Grenzen zwischen Honduras und El Salvador als Rechtfertigung für einen Überfall auf unser Volk und den Angriff unserer Armee ab.

4. Die FMLN erklärt, daß sie, wenn die Präsenz der US-Truppen in der Grenzregion ein Mittel zur Einschüchterung darstelle, mit einer Vertiefung des Krieges antworten wird.

Wir werden bis zum Sieg kämpfen, auch wenn wir ihn nur dadurch gewinnen werden, daß wir gegen die Invasionstruppen der USA, ihre Marionetten der honduranischen Armee sowie jeder anderen Nationalität, die sich in den Konflikt einzumischen gedenkt, kämpfen und sie vernichtend schlagen.

5. Die FMLN ruft alle ihre Kämpfer auf, sich für einen Kampf gegen die Invasionstruppen vorzubereiten und fordert die Wachsamkeit des salvadorianischen Volkes, der Völker Mittelamerikas, der Bevölkerung der USA und der internationalen Gemeinschaft, angesichts der sich zuspitzenden allgemeinen militärischen Konfrontation in El Salvador und Mittelamerika, die die US-Administration dort betreibt.

In dieser entscheidenden Stunde unseres Befreiungskrieges ruft die FMLN die Arbeiter, die Lehrer und Studenten, die Soldaten, Unteroffiziere und aufrichtig gesinnten Offiziere, die Angestellten, die kleinen und mittleren Unternehmen, die Kirche und das gesamte salvadorianische Volk dazu auf, der Aggression entgegenzutreten, den Nachrichten, die wir weiterhin vermitteln werden, zu folgen und die Reihen zu schließen, um den Invasoren in Verteidigung der Würde und der nationalen Souveränität entgegenzutreten.

Vereint zum endgültigen Sieg!
Revolution oder Tod!
Wir werden siegen!

Comandancia General del Frente Farabundo Marti para la Liberacion Nacional -FMLN.
Kommandanten:
Joaquin Villalobos
Leonel Gonzalez
Shafick Handal
Roberto Roca
Ferman Cienfugos

El Salvador, Centroamerica.
11 de Marzo de 1984



Wählerschlange in der Hauptstadt: Oft wurden mehr als ein Drittel der Leute abgewiesen, weil sie zu einem falschen Wahllokal geschickt worden waren.

Anm.

1) mittelamerika informationsdienst nr.1, März 84. Diese sehr brauchbare Analyse kann bezogen werden bei: mid e.V., Hanauer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1
2) n. „International Herald Tribune", 27.3.
3) ebenda
4) „taz", 27.3.
5) „FAZ", 27.3.
6) „Welt", 27.3.
7) „taz", 20.2.
8) mid Nr.1, März 84
9) zit. n. Informationsbulletin der FMLN/FDR in der BRD, Nr.17, März 84
10) ebenda
11) „FAZ", 29.3.
12) IDES Nr.180, 16.3.84

Ein Genosse aus Göttingen

"Wir wollen den sandinistischen Kampf in die westlichen Länder tragen"

Die Ankündigung Daniel Ortegas am 21. Februar, dem 50. Jahrestag der Ermordung Sandinos, daß in Nicaragua am 4. November Wahlen stattfinden, hat im Ausland erwartungsgemäß nicht die gleiche Begeisterung ausgelöst, wie bei großen Teilen des nicaraguanischen Volkes. Die Reagan-Administration und in ihrem Gefolge die CDU/CSU und die westdeutschen Massenmedien haben schon vorab das Urteil gefällt, die Sandinisten wollten eine „Wahlfarce" organisieren.

Als Antwort auf die Ankündigung der Wahlen haben die USA ihren Krieg gegen Nicaragua gefährlich eskaliert: Die von ihnen befehligten Contras sind dazu übergegangen, die wichtigsten Häfen Nicaraguas, sowohl an der Pazifik- als auch an der Atlantikküste zu verminen. Mehrere ausländische Versorgungsschiffe sind bereits auf Minen gelaufen und z.T. zerstört worden. Es hat zahlreiche Verletzte unter den Besatzungsmitgliedern der Schiffe gegeben. Am 20. März ist ein sowjetischer Öltanker im Hafen von Puerto Sandino auf eine Mine aufgelaufen (FAZ, 23.3.). Die US-Regierung versucht offenbar, eine Seeblockade gegen Nicaragua aufzubauen. Gleichzeitig haben die konterrevolutionären Banden im Norden und Süden des Landes ihre Angriffe auf Farmen und Dörfer verstärkt. Täglich werden aus Nicaragua heftige Kämpfe gemeldet.

Am 13. März hat Daniel Ortega, Koordinator der Regierungsjunta, einen Aufruf an alle Regierungen der Welt gerichtet, „*dem Volk von Nicaragua die technischen und militärischen Mittel zur Verteidigung des Staates gegen den Staatsterrorismus der US-Regierung zu liefern*". (TAZ, 15.3.)

In Nicaragua wird die Verschärfung der US-Aggression als Versuch der Reagan-Administration gewertet, die Wahlen im November zu verhindern. Man wolle die Sandinisten dazu provozieren, die Wahlen mit dem Hinweis auf die unerträgliche Kriegssituation im Lande abzusetzen. In jedem Fall haben die USA nicht das geringste Interesse daran, daß das nicaraguanische Volk zur Wahl schreitet, denn sie fürchten, daß das Wahlergebnis die große Unterstützung die die Sandinisten im Volk haben, dokumentieren wird. Die Bestätigung der Revolutionäre Nicaraguas durch — nach bürgerlich-demokratischen Maßstäben gemessenen — freien Wahlen ist für den Imperialismus i d e o l o g i s c h schwer zu verkraften. Die Sandinisten hätten dann ihre (wie gesagt: auch bürgerlich-demokratische) Legitimation gerade im und durch den Kampf gegen die US-Aggression gewonnen. Der Imperialismus versucht natürlich, mit allen militärischen und propagandistischen Mitteln diese absehbare ideologische Peinlichkeit abzuwenden.

Aber auch in der westdeutschen Solidaritätsbewegung überwiegen die skeptischen Stellungnahmen. Die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten sowie die Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung werden vor allem als „Zugeständnis" der Sandinisten an den zunehmenden Druck von außen gewertet, der militärisch von den USA und politisch von den Contadora-Staaten und der Sozialistischen Internationale auf Nicaragua ausgeübt werde. Dieses „Zugeständnis", so wird argumentiert, sei ein weiterer, großer Schritt auf dem Weg zu einer „Sozialdemokratisierung der sandinistischen Revolution", den die FSLN seit dem Spätherbst des letzten Jahres eingeschlagen habe. Diese Position wird am deutlichsten von der in Westberlin erscheinenen Zeitschrift „Lateinamerika-Nachrichten" vertreten (siehe die März-Ausgabe).

Die linke Diskussion über das, was die FSLN den „Institutionalisierungsprozeß der Revolution" nennt, krankt daran, daß sie sich sofort in Interpretationen und wüste Spekulationen ergeht. Ganz ähnlich wie die Rechten ist man wenig geneigt, der FSLN zu glauben, was sie sagt, daß nämlich Wahlen nach bürgerlich-demokratischem Muster sehr wohl zur sandinistischen Revolution dazugehören. Da solche Aussagen für manchen Anhänger der Basisdemokratie schlicht ungeheuerlich sind, werden sie frei nach Neigung entweder als „geschickte Taktik" oder als „peinliche Anbiederung an die SI" interpretiert. Und eben über diese Interpretationen wird dann nach Herzenslust gestritten.

Wir dokumentieren im folgenden die wesentlichen Passagen eines Vortrags, den Demetrio Polo Chava auf dem Hearing der Grünen am 17. März gehalten hat. Demetrio ist Mitarbeiter des Forschungsinstituts für Agrarreform in Managua. Demetrios Ausführungen zu den Wahlen sind unserer Meinung nach eine gute Grundlage sowohl für das Verständnis der FSLN-Politik als auch für eine solidarische Diskussion in der Solidaritätsbewegung über die angestrebte „Institutionalisierung der Revolution". Der Vortrag ist um einige Antworten ergänzt, die Demetrio auf Fragen der „Sachverständigen" gegeben hat.

Kl., Göttingen

Regierung zu liefern". (TAZ, 15.3.) Revolution", den die FSLN seit dem

Demetrio Polo Cheva zu den Wahlen in Nicaragua

Was auffällt bei der ganzen Auseinandersetzung um die Wahlen ist, daß sehr wenig 'rüberkommt an Informationen darüber, wie in Nicaragua die Wahlen von den nicaraguanischen Parteien diskutiert werden. Deswegen will ich zu einigen der wichtigsten Fragen, die da diskutiert werden, etwas sagen:

Das erste, was infrage gestellt worden ist, war die Bereitschaft der FSLN, überhaupt Wahlen zuzulassen. Als am 6. Februar 1984 die Wahlkommission im Staatsrat, nachdem Kampfflugzeuge aus Honduras einige Regionen in Nicaragua bombardiert hatten, beschloß, die Wahlvorbereitungen zu verschieben, hat die Regierungsjunta und der Präsident des Staatsrates diese Entscheidung zurückgenommen und gesagt, nein, es muß weiter diskutiert werden. Heute steht fest, daß am 4. November dieses Jahres gewählt wird.

Ein anderes Problem, das viel diskutiert worden ist, war die Art von Wahlen, die stattfinden sollen. Die Parteien der Rechten haben nämlich behauptet, die Sandinisten würden bestimmt dafür plädieren, daß die Wahlen nur innerhalb eines Einparteiensystems stattfinden, d.h. daß alle sich zu Sandinisten erklären müssen, und dann innerhalb einer großen sandinistischen Mutterpartei die unterschiedlichen Positionen die Möglichkeit haben, um die Macht innerhalb dieser Partei zu kämpfen. Heute steht eben fest, daß jede einzelne von den neun Parteien, die es im Lande gibt, die Möglichkeit hat zu kandidieren, und daß im Gesetz auch ganz deutlich gesagt wird, jede Partei hat das Recht, die Macht erobern zu wollen.

Diskutiert wurde auch die Frage des Zugangs der unterschiedlichen Parteien zu den Massenmedien. Es gab dann im Staatsrat schließlich zwei Vorschläge. Die PLI (die Schwesterpartei der hiesigen Freidemokraten) hat vorgeschlagen, daß jede Partei einfach Zeit kaufen kann. Das ist natürlich eine günstige Lösung für jene Parteien, die einer Internationalen angeschlossen sind und das Recht haben — was im Gesetz auch ganz ausdrücklich steht — von außen Geld zu bekommen. Das wäre natürlich sehr nachteilig für jene Parteien im Lande, die diese internationalen Verbindungen nicht haben. Andere Parteien, und die FSLN hat das später unterstützt, haben gesagt, daß es besser sei, wenn jede Partei die gleiche Zeit in den Massenmedien bekommt. Das ist jetzt auch beschlossen worden. Jede Partei bekommt 15 Minuten täglich Wahlpropaganda im Fernsehen — das Fernsehen ist verstaatlicht worden, ist also nicht mehr sandinistisch, sondern staatlich — und in den Rundfunksendern haben sie das Recht auf eine halbe Stunde Wahlpropaganda täglich, jedenfalls in den staatlichen Rundfunkanstalten; in den privaten können sie bis zu einer halben Stunde Sendezeit kaufen.

Eine andere Frage, die auch diskutiert worden ist: Wann wird die Wahlkampagne anlaufen? Es gab Vorschläge, daß die Wahlkampagne 2, 3, 6 Monate dauern sollte. Es ist beschlossen, daß sie bereits im Mai anfängt ... Das bedeutet, daß dann auch im Mai der Notstand aufgehoben wird. Es bestehen dann natürlich weiterhin Einschränkungen in jenen Gebieten, in denen gekämpft wird, weil die Konterrevolution dort eingedrungen ist.

Eine andere Frage war, wer vom Wahlkampf ausgeschlossen werden soll. Es gibt ja Parteien, die behaupten, daß Demokratie nur wirklich da ist, wenn auch die bewaffnete Konterrevolution die Möglichkeit hat, als Bestandteil des politischen Lebens Nicaraguas zusammen mit den ehemaligen Nationalgardisten am Wahlprozeß teilzunehmen. Für uns ist das einfach absurd, wenn man die Geschichte Nicaraguas kennt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß hier in der BRD eine Partei im Namen der Demokratie die Forderung stellt, daß auch faschistische Parteien am Wahlprozeß teilnehmen dürfen. Damit war auch die Diskussion da, ob diese Wahlen wirklich freie Wahlen sein werden. Deswegen haben einige Parteien verlangt, daß bewachte Wahlen, also nicht „beobachtete", sondern bewachte Wahlen stattfinden sollen. Das ist auch absurd, wenn man die Geschichte Nicaraguas kennt. Es haben schon einmal in Nicaragua bewachte Wahlen in diesem Jahrhundert stattgefunden, und es waren die Nordamerikaner, die an jeder Wahlurne einen Soldaten aufgestellt haben, und zwar damals, um zu garantieren, daß genau ihr Kandidat die Wahlen gewinnt. Also nicht, um demokratische Wahlen zu garantieren. Wie kann eine Partei, die 20 Jahre lang für Selbstständigkeit, für Unabhängigkeit gekämpft hat, die sich dann schließlich an die Spitze der Volksbewegung gestellt hat, heute dem Volk sagen: Leute, wir können nicht anders, wir müssen die Nordamerikaner wieder hierherholen, damit sie unsere Wahlen bewachen?! Die Parteien, die solche Forderungen stellen, disqualifizieren sich in Nicaragua sehr stark selbst. Es ist klar, daß dies nicht zugelassen worden ist und daß sowas nicht stattfinden wird. Es sind eben Leute eingeladen, die Wahl zu beobachten.

„Es war ein Fehler, daß die FSLN einer falschen Identifizierung von Staat und Partei Vorschub geleistet hat"

Es finden also Wahlen statt. Die Wahlen kosten 60 Millionen Dollar. Das ist auch der Grund, warum die Sandinisten nicht schon 1980 die Wahlen abgehalten haben, weil damals — und daß weiß jeder, der zu diesem Zeitpunkt in Nicaragua lebte — die Unterstützung für die Politik der Regierung und für die FSLN noch viel eindeutiger war als heute. Die war so klar, daß die Sandinisten gesagt haben, diese 60 Millionen brauchen wir für etwas anderes, die brauchen wir für eine Wirtschaftspolitik und für eine Sozialpolitik, die überhaupt erst die materiellen und kulturellen Voraussetzungen für jede wirkliche Demokratie schafft. Es ist auch klar, daß die Probleme, die man auch mit diesen 60 Millionen Dollar lösen wollte, nicht dadurch gelöst werden, daß im November Wahlen stattfinden. Dennoch finde ich, daß die Wahlen — obwohl sie nicht die Lösung sind — doch zur Lösung beitragen und daß die Wahlen tatsächlich dazu beitragen können, daß aus Nicaragua eine Demokratie wird.

Demokratie jetzt nicht verstanden als eine politische Organisationsform der Gesellschaft, die per Dekret verabschiedet wird, sondern Demokratie als ein Prozeß, als etwas, was gelernt sein will; Demokratie als etwas, was überhaupt erst entstehen muß in unseren Ländern. Ich finde aber, daß Wahlen dazu gehören, weil sie auch zu einer Korrektur der Politik der sandinistischen Befreiungsfront beitragen können. Ich nenne jetzt als Beispiele zwei Sachen, die ich als Fehler bezeichnen würde.

1. Es entstand in Nicaragua eine sehr starke Identifikation von Staat und Partei. Das stimmt schon — die Kritik ist berechtigt. Wie kommt das? Das war ein Fehler u.a. auch deswegen, weil nur 5% der Staatsbeamten Mitglieder der FSLN sind. Natürlich sind die Minister, Vizeminister Mitglieder der Befreiungsfront, aber nicht die mittleren Chargen in den Ministerien. Es sind sehr viele Fehler gemacht worden, die nichts zu tun haben mit der Politik bzw. mit dem politischen Konzept der sandinistischen Befreiungsfront. Es sind sehr viele Fehler gemacht worden, die etwas mit dem Bemühungen eines neuen Staatsapparates zu tun haben, der kaum über qualifizierte Leute verfügt, und der sehr große Aufgaben zu bewältigen hat, die noch kein einziges Land der 3. Welt bis jetzt hat bewältigen können, am allerwenigsten die Bourgeoisien, die in unseren Ländern bis heute noch herrschen.

2. Und es war auch der Fehler von ‚Barricada' (Zeitung der FSLN, d.V.) in den ersten Jahren alles zu legitimieren; es gab eine bestimmte Tendenz, alles zu legitimieren, was der Staat macht, oder alles zu besänftigen, erklären zu wollen, was der Staat für Fehler gemacht hat. Es hat sich natürlich dann in gewissen Schichten der Eindruck verfestigt, daß die Fehler, die eigentlich vom Staatsapparat her erklärbar sind, Fehler der sandinistischen Politik wären. Es gab damit zusammenhängend auch eine Identifizierung zwischen Sandinismus und FSLN, was auch nicht

auch eine Identifizierung zwischen San-

dinismus und FSLN, was auch nicht richtig ist. Genauso unrichtig wie man sagen könnte, weil die CDU christdemokratische Partei heißt, ist sie d i e Vertreterin der Demokratie in der Bundesrepublik. Der Sandinismus in Nicaragua ist als erstes ein Symbol und ein Ausdruck einer nationalen geschichtlichen Tendenz. Sandinismus bedeutet als erstes Kampf um Selbstständigkeit, Kampf um ökonomische Unabhängigkeit, bedeutet Kampf um das Recht auf Selbstbestimmung, bedeutet Kampf um eine Bündnispolitik mit allen anderen Ländern der 3. Welt, bedeutet Kampf darum, daß endlich einmal die Probleme der lateinamerikanischen Länder von den Lateinamerikanern selbst gelöst werden.

Auf der anderen Seite steht eben die FSLN als Partei, die diese geschichtliche Tradition natürlich als eigene Position beansprucht. Das ist ja auch legitim, genauso wie hier auch jede Partei Demokratie als Anspruch, als Definition ihrer Politik begreift. Diese Identifikation von Sandismus und FSLN ist eben nicht richtig. Es gibt Symbole, die zu dieser Identifikation führen können. Zum Beispiel, daß in den Ministerien die Fahne der FSLN neben der nationalen Fahne hängt. Ich glaube, daß das Fehler sind, die viele Sandinisten inzwischen auch als solche begreifen.

Die Fehler haben auch viel zu tun mit der Euphorie des Sieges, eines Sieges, an dem zweifelsohne die FSLN dann zum Schluß die entscheidende Kraft war, damit aus dieser Volksbewegung auch ein militärischer Erfolg werden konnte gegen eine Macht, die militärisch zunächst der FSLN auch überlegen war.

„Man kann sich nicht mit den vergangenen Taten legitimieren, man muß sich jeden Tag neu legitimieren"

Ich denke auch, daß die Wahlen dazu beitragen werden, Alternativen gegen eine Gefahr zu entwickeln, die in jeder Partei lauert, die an der Macht ist. Nämlich die Gefahr, diese Macht zu selbstverständlich zu gebrauchen.

Jemand wie Tomas Borge oder die Kommandanten, die müssen sich natürlich jeden Tag mit Leuten auseinandersetzen, die ihnen gegenüber sehr kritisch sind. Die müssen argumentieren, die müssen erklären. Aber es gibt eine ganze Reihe von jungen Leuten in der FSLN, die nicht argumentieren und diskutieren, sondern sagen: „Das ist doch klar, daß wir die wichtigste Partei im Lande sind, weil wir ja schließlich die meisten Toten gestellt haben, weil wir diejenigen sind, die 20 Jahre lang konsequent gegen die Diktatur gekämpft haben, weil wir diejenigen sind, die die Alphabetisierungskampagne angeleitet haben etc."

Und was man dann lernen muß, und das sind ja auch die Worte der FSLN-Führung, ist, daß man sich heute nicht legitimieren kann mit dem, was man gestern gemacht, sondern daß man sich jeden Tag von neuem legitimieren muß. Und wenn ich Legitimation sage, dann meine ich damit, daß man jeden Tag die Autorität gewinnen muß, von neuem, mit jeder neuen Maßnahme.

Tag die Autorität gewinnen muß, von neuem, mit jeder neuen Maßnahme.

Das finde ich ungeheuer gut, denn es gibt ja auch die Tendenz unter vielen jungen Kadern der FSLN, Reden zu halten, die eigentlich nur bereits Überzeugte überzeugen. Jetzt müssen sie es anders lernen, durch die Wahlen. Von daher finde ich, daß diese Wahlen, obwohl sie nicht die Lösung sind, doch dazu beitragen.

„Die Wahlen sind keine Konzession an den Westen"

Es gibt allerdings auch Freunde, die behaupten, daß die Wahlen eigentlich aufgrund des von außen ausgeübten Drucks stattfinden. Daß eigentlich die Wahlen eine Konzession der Sandinisten an den Druck der westlichen Länder sind. Ich bin überhaupt nicht dieser Meinung, nicht nur deswegen, weil die Wahlen bereits 1980 angekündigt worden sind, weil sie schon ursprünglich im Programm der FSLN standen, nein, ich bin dieser Meinung einfach deswegen, weil uns in Nicaragua klar ist, daß je besser die Sandinisten ihre Sache machen, je demokratischer Nicaragua wird, je mehr Nicaragua die Bedingungen erfüllt, die von diesen Ländern gestellt werden, um so gefährlicher werden wir für diejenigen, die heute Nica-

Fortsetzung nächste Seite



Commandante Jaime Wheelock, Agrarminister, übergibt 50.000 ha Land an Cooperativen-Bauern: „Ich verspreche Euch nicht den Himmel, ich gebe Euch den Boden."

Frauenorganisationen im chilenischen Widerstand

Das folgende Interview über die Rolle der Frauenorganisationen im chilenischen Widerstand wurde mit zwei Frauen von CAMUR (Komitee zur Unterstützung der Frauen im Widerstand) geführt, die im Januar dieses Jahres Chile bereisten und dabei mit Frauen aus den verschiedenen Organisationen sprachen. Weitere Informationen über: CAMUR, c/o Bücherstube, Große Heimstraße 62, 46 Dortmund 1.
Die Redaktion

Den Schwerpunkt eurer Reise nach Chile bildete der Kontakt zu den dortigen Frauenorganisationen. Könntet ihr mal kurz schildern welche Gruppen existieren und womit sie sich beschäftigen?

Die beiden größten Frauenorganisationen sind CODEM (Komitee zur Verteidigung der Rechte der Frauen) und MUDECHI. Weiterhin gibt es Gruppen von Gewerkschaftsfrauen, in den nördlichen Arbeitervierteln Santiagos die Gruppe MOMUPO (Bewegung der Frauen der Elendsviertel), die Frauengruppe der Kommission für Menschenrechte, die Frauengruppe der Akademikerinnen und weitere kleinere Frauengruppen in Stadtvierteln. Im November 82 ist dann auch eine Dachorganisation MEMCH (Bewegung für die Emanzipation der Frau) gegründet worden, die vom Namen her an die erste chilenische Frauenbewegung in den 30er und 40er Jahren anknüpft. In MEMCH sind 30 Frauengruppen aus ganz Chile zusammengeschlossen, wobei der politische Konsens in der Forderung nach der Ablösung Pinochets liegt. Bei der Frage, was nach Pinochet folgen soll, gibt es allerdings heftige Differenzen, und die christdemokratischen Frauen hatten mit ihrem Austritt wegen der Mitarbeit von Frauen der KP gedroht. Zur Arbeit der verschiedenen Frauengruppen können wir nur zu CODEM genaueres sagen, da wir zu den anderen Gruppen keinen direkten Kontakt herstellen konnten. Man kann sagen, daß es sich bei MUDECHI um eine linke Frauenorganisation, mit eher „traditioneller proletarischer" Ausrichtung handelt, die von Organisationen der Linken unterstützt wird. MUDECHI hat mit Erfolg Frauen zu den Protesttagen mobilisiert und die Veranstaltung im Dezember im Theatro Caupolican mitgetragen. Die Frauen von CODEM standen MUDECHI eher skeptisch gegenüber, da sie nicht über eine Verankerung in Basisinitiativen verfügen und zumeist nur kurzfristig zu bestimmten nationalen Aktionen arbeiten. So ist MUDECHI auch nicht Mitglied der CODEPU (Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes), dem nationalen Zusammenschluß der Basisinitiativen.

CODEM ist die weitaus größte Organisation von Frauen und verfügt über eine nationale Struktur. Bisher hatte sich die Arbeit von CODEM hauptsächlich auf die Elendsviertel (Poblaciones) konzentriert, im Moment versuchen die Frauen aber eine Ausweitung der Arbeit auf Frauen aus anderen sozialen Sektoren. Auf der Koordinierungssitzung in Santiago waren neben den Stadtteilgruppen auch die neugebildeten Mädchengruppen und eine Gruppe von Frauen der Mittelschicht vertreten.

Die Arbeit von CODEM umfaßt zwei Bereiche, die politisch-theoretische Bildung der Frauen und die Vermittlung handwerklich-technischer Fähigkeiten in eigenen Werkstätten. Die Herstellung vor allem von Kunsthandwerk dient der Sicherung des Lebensunterhalts der Frauen, die in der Regel ohne eigenes Einkommen sind. Die Vermittlung von technischen Fertigkeiten umfaßt auch das Erlernen von Vervielfältigungstechniken für Flugblätter, Plakate und Zeitungen. Ein anderer wichtiger Bereich ist das Erlernen von medizinischen Kenntnissen, gerade angesichts der nicht existierenden Versorgung für die Unterklassen. Neben der Behandlung von Unfällen und Krankheiten gehört auch die Hilfeleistung bei Demo-Verletzungen und die Versorgung von Schußverletzungen dazu. Die politisch-theoretische Bildung vollzieht sich in verschiedenen Formen. Dazu gehört die gemeinsame Lektüre von Frauenbüchern, in der von uns besuchten Gruppe waren es gerade Schriften von Alexandra Kollontai, Diskussionen und Filmvorführungen zu Frauenthemen. So liefen in Santiago gerade die Vorbereitungen zu einer Veranstaltung über Frauen im bewaffneten Kampf. Zu einem Film über Frauen in der nicaraguensischen Miliz wurden Arbeitsgruppen gebildet, die Themen des Films wie Machismo, die traditionelle Rollenverteilung und Angst und Repression im privaten und öffentlichen vertiefen sollten.


In den Räumen von CODEM in Santiago: Produkte weiblicher politischer Gefangener

Kann man sagen, daß CODEM mittlerweile eine eher „feministische" Orientierung hat?

Es gibt innerhalb von CODEM nach wir vor eine Diskussion um, sagen wir mal, eine mehr feminisische oder mehr traditionelle, „proletarische" Frauenarbeit. So hat sich die Gruppe in Santiago stärker mit frauenspezifischer Unterdrückung beschäftigt als andere CODEM-Gruppen. So haben jetzt auch die Frauen in Concepcion damit begonnen, ein Rechtshilfebüro für Frauen aufzubauen. Das Büro soll allen Frauen offenstehen und Unterstützung bei frauenspezifischer Unterdrückung bieten, insbesondere bei Scheidung, Trennung und bei Gewalt gegen Frauen.

Die Veränderung in der Arbeit der CODEM-Gruppen resultiert aus den Erfahrungen in der sozialen Praxis und werfen so manche „theoretische" Erkenntnis über den Haufen.

Insgeamt würde ich sagen, daß die Diskussion noch nicht abgeschlossen ist und der Prozeß der Diskussion weitergeht. Beide Vorstellungen existieren, und Frau bemüht sich, eine Verbindung herzustellen. Ein Beispiel hierfür war die ‚Sommerschule' jetzt im Januar in der Nähe von Concepcion. Organisiert worden war diese von 20 Frauengruppen aus der Umgebung von Concepcion, und sie dauerte vier Tage. Man hatte sich darauf verständigt, den einen Teil des Tages eher traditionellen politischen Themen zu widmen und die andere Zeit für Themen zur Frauenbewegung und Frauenwiderstand in Lateinamerika zu nutzen.

Ihr hattet Gelegenheit mit Frauen in den Poblaciones zu sprechen, die in Selbsthilfeprojekten arbeiten, wie waren eure Eindrücke?

Die Poblacion, die wir besucht haben, hat 10-15000 Einwohner, von denen 90% ohne feste Arbeit sind. Die einzige Arbeitsmöglichkeit besteht im Rahmen von PEM und POJH, das sind staatliche Beschäftigungsprogramme. Diese Programme sind fast ausschließlich für Männer gemacht. Der Verdienst für Männer mit Familie liegt bei 120 DM im Monat, für Alleinstehende bei der Hälfte und dies bei Lebenshaltungskosten, die in etwa denen in der BRD entsprechen.

Die Programme haben nur begrenzte Dauer und im Dezember gab es eine riesige Entlassungswelle, die ca. 80% der Beschäftigten erfaßte. Anlaß der Entlassungen war die beginnende gewerkschaftliche Organisierung. Später sind die Leute zwar wieder eingestellt worden, allerdings ist das Programm jetzt mit Spitzeln der CNI durchsetzt. Die Olla Communa (Gemeinschaftsküche), die wir besuchten, versorgt 120 Personen und wird von Frauen organisiert. Durch Geld- und Lebensmittelsammlungen alle 2 Wochen bei Nachbarn und Händlern wird die Küche aufrecht erhalten. Die Stimmung unter den Frauen in der Poblacion ist sehr unterschiedlich. Einige sind resigniert und haben nicht mehr die Kraft, den Plänen der Regierung, die Pobladores

und haben nicht mehr die Kraft, den Plänen der Regierung, die Pobladores

sollen umgesiedelt werden, etwas entgegnzusetzen. Andere Frauen vom Plan de Leche (1) waren optimistischer, was die Möglichkeiten politischer und sozialer Verbesserungen angeht. Ich glaube, es spielt eine große Rolle, inwieweit die Frauen in politische Zusammenhänge eingebunden sind.

Wie sind denn nun die Organisationen der Frauen insbesondere CODEM in den allgemeinen Volkswiderstand gegen die Diktatur eingebunden?

Aus Sicherheitsgründen konnten die Frauen von CODEM, mit denen wir sprachen, uns keine detaillierten Auskünfte geben, wie sie als quasi legale Gruppe in die Widerstandsaktivitäten von z.B. Selbstverteidigungsmilizen eingebunden sind. Man kann erstmal nur soviel sagen, daß über die Zusammenarbeit mit anderen Basisinitiativen und die Mitarbeit im CODEPU-Exekutivkomitee die Verbindung und Unterstützung aller Widerstandsaktionen hergestellt ist.

Ist es für die Frauenorganisationen möglich, in der Bewegung gegen die Diktatur auch frauenspezifische Forderungen einzubringen und zu verankern?

Ich denke, daß es recht schwierig ist, spezifische Forderungen der Frau in die allgemeine Bewegung einzubringen. Eine Möglichkeit ist sicherlich die Publikationstätigkeit. Die CODEM-Gruppen in Valparaiso, Concepcion und Santiago geben jeweils eigene Zeitungen heraus, die etwa Auflagen von 500-1000 Exemplaren haben. Daneben gibt es noch ‚Ormiga' und ‚Furia' in Santiago, Frauenzeitungen, die eher für Frauen aus der Mittelschicht erscheinen. Allerdings erreichen all diese Zeitschriften von der Auflage und der Professionalität der Herstellung nicht das Niveau von Frauenzeitungen in der BRD.

Auf der Ebene der Demonstrationen und Großveranstaltungen treten allerdings frauenspezifische Forderungen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ragua als undemokratisch kritisieren. Denn es geht ihnen ja schließlich nicht um die Demokratie in Nicaragua, es geht ihnen um die Gefahr, die ein Land wie Nicaragua darstellt, in einem Kampf, der zwischen Nord und Süd stattfindet, in einem Kampf der Länder der 3. Welt um ökonomische Unabhängigkeit. Denn dann, wenn man Nicaragua nicht so einfach zum Ostblock zählen und sagen kann: „So, seht ihr, da sehen wir es wieder: Revolutionäre an der Macht haben sich zum Werkzeug des sowjetischen Imperialismus gemacht" — wo man das nicht so einfach sagen kann, wo gezeigt wird, daß es durchaus die Möglichkeit gibt, eine eigenständige 3. Welt-Politik zu machen, da wird Nicaragua zu einer größeren Gefahr. Und den Sandinisten ist im Grunde genommen auch klar, daß die Reagan-Regierung das größte Interesse daran hat, daß in Nicaragua eine Diktatur entsteht, daß Daniel Ortega sich plötzlich hinstellt und sagt, wir erklären heute Nicaragua zu einem marxistisch-leninistischen Land. Es sind die konservativen Kräfte in Europa, die dieses Interesse haben. Dann ist das Problem für sie gelöst, dann ist der Feind klar. Deswegen auch die Bemühungen, das sog. Mittelamerikaproblem in die Dichotomie Ost-West einzuordnen. Eine Dichotomie, die nicht zutrifft auf Nicaragua, weil Nicaragua dank der spanischen Eroberungspolitik ein Teil des Westens ist, und weil Nicaragua vor allem Teil des Südens ist.

Deswegen sagen auch die Sandinisten, wir scheiden nicht aus dem westlichen Block aus, wir müssen unseren Kampf, der ja auch entstanden ist aufgrund dessen, was im westlichen Block passiert, in ihn hineintragen. Der sandinistische Kampf muß in die USA hineingetragen werden, und zwar der sandinistische Kampf um ökonomische Unabhängigkeit, um das Recht auf Selbstständigkeit, das Recht darauf, nicht behandelt zu werden wie kleine, unmündige, unreife Kinder des Westens.

Es ist allerdings auch klar, daß zu dem auch uns gehörenden Kulturgut des Westens der Sozialismus gehört. Der Sozialismus ist ja im Grunde genommen Einfluß des Westens im Osten, und so gehört er natürlich auch zu unserer Kultur. Deswegen impliziert unser Pluralismus auch, daß sozialistische und kommunistische Kräfte die Möglichkeit haben, sich zu entfalten und ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen, genauso eben wie andere Kräfte. Ich muß auch sagen, wenn man in Nicaragua lebt und mitmacht, hat man wirklich nie das Gefühl, das der Sandismus etwas mit Marxismus-Leninismus zu tun hat, allerdings mit Marxismus, aber er hat auch viel mit Christentum zu tun.

Und es gehört auch zum Sandinismus eine Art von gesundem Pragmatismus, der manchmal, z.B. in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einem sehr witzigen Eklektizismus führt.

Man hat z.B. in Nicaragua anerkannt, daß das Privateigentum an sich nicht ein Feind ist. Im Gegenteil, man hat sehr viel vom entwickelten Kapitalismus zu lernen. Dazu gehört die Motivation zur Produktion, die Privateigentum impliziert. Der westliche Kapitalismus hat im mikroökonomischen Bereich eine ausgezeichnete Rationalität entwickelt, von der man einiges lernen kann. Aber der Kapitalismus hat eben auch gezeigt, daß er Arbeitslosigkeit und Krisen hervorbringt, daß also die mikroökonomische Rationalität ergänzt werden muß durch eine makroökonomische Rationalität, die man in einem kleinen unterentwickelten Land in jedem Fall braucht, wenn man eines Tages eine Gesellschaft haben will, die wirklich in der Lage ist, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Das ist der Ausgangspunkt — und das muß immer wieder betont werden — das ist der Hauptausgangspunkt der gesamten sandinistischen Politik. Um es in einem Schlagwort zu sagen: gerade die Geschichte dieses Landes zeigt, daß es durchaus Brot u n d Freiheit geben kann, es kann aber niemals Freiheit ohne Brot geben. Deswegen muß man sich dafür einsetzen, daß die ökonomischen Voraussetzungen geschaffen werden, die für eine integrale Entwicklung des Menschen notwendig sind.

„Ein gewähltes Parlament ist nicht demokratischer als der Staatsrat"

Demokratisierungsprozeß heißt auch zugleich Politisierungsprozeß. Nicaragua ist sehr politisiert, d.h. daß die Menschen immer politischer denken, daß sie sich immer mehr verantwortlich für die Entscheidungen fühlen, die sie betreffen.

Zu diesem Politisierungsprozeß gehört auch, daß eine ganze Reihe von Leuten, die früher für sich keine andere Alternative gesehen haben, als die FSLN zu unterstützen, inzwischen andere Alternativen sehen. Das gibts. Das sind nämlich diejenigen, die von der Wirtschaftspolitik der Sandinisten benachteiligt werden. Und die leben vor allen Dingen in den Städten. Die Kluft zwischen Stadt und Land, wie in jedem unterentwickelten Land, so auch in Nicaragua, war so groß, daß zunächst einmal Verbesserungen der Lebensbedingungen auf dem Land zugleich eine teilweise Verschlechterung der Lebensbedingungen, zumindest Einbußen von Privilegien der Stadtbevölkerung bedeuten mußte. Es gibt Leute in den Städten, denen es relativ gut geht, aber sie fühlen sich unsicher. Es gibt eine ganze Schicht von Händlern und Spekulanten, die viel Geld haben und denen es gut geht, aber sie fühlen sich unsicher, weil sie genau wissen, sehen, spüren, daß das gesamte wirtschaftspolitische Konzept der Regierung gegen sie gerichtet ist; nicht gegen sie als Menschen, aber gegen ihre Art, das tägliche Brot zu verdienen. Aber Händler sein, ist auch eine Lebensform, und die widerspricht der eines Landarbeiters oder der eines Arbeiters in der Fabrik. Die Händler gehören Schichten an, die 1980 sich ganz euphorisch als Sandinisten begriffen haben und die auch am Befreiungskampf teilgenommen haben. Diese Leute suchen heute nach einer dritten Alternative. Das sind keine Contras, sie wollen aber auch nicht die FSLN wählen. Diese dritte Alternative gab es für diese Leute 1980 noch nicht; sie gibt es aber heute, und das sind in meinen Augen hauptsächlich die PLI und die Christlich-Soziale Volkspartei, weil diese Parteien, ohne sandinistisch zu sein, an der Regierung beteiligt sind. Sie haben heute eine größere Kraft als früher. Viele Städter werden diese Partei wählen, weil sie für sie ein Mittelding darstellt zwischen einer Revolution, die sie gut finden und einer anderen Art von Wirtschaftspolitik, die mehr ihre Interessen als Händler und Kleinbourgeoisie berücksichtigt.

Ich habe versucht einige Argumente dafür zu bringen, warum diese Wahlen zum Demokratisierungsprozeß dazu gehören. Ich würde gar nicht fragen, werden sie benötigt, ja oder nein. Auf jeden Fall in dem Augenblick, wo eine einzige Partei die Forderung nach Wahlen stellt, gehören sie zum Demokratieverständnis dieser Nation. Und die Mehrheit der Parteien hat die Forderung nach Wahlen gestellt, deswegen müssen auch Wahlen dazu gehören, zwangsläufig. Zumindest sehen wir das so. Ich weiß nicht, ob das zu unpolitisch gedacht ist ...

Allerdings, ein Parlament ist nicht demokratischer als der Staatsrat. In einem Parlament sind nur Parteien vertreten, im Staatsrat sind alle Parteien vertreten und dazu noch die kirchlichen Organisationen, die Bauernverbände, die Gewerkschaften, die Jugend, die Frauen, und die Unternehmer, die Berufsverbände; sie sind alle vertreten und haben die Möglichkeit, direkt mitzuwirken. Jetzt, nach den Wahlen, haben sie nur die Möglichkeit, ihre Interessen indirekt zum Ausdruck zu bringen.

Da können die Gewerkschaften nicht im Parlament direkt sagen, was sie meinen, sondern sie müssen sich eine Partei aussuchen, die sie dann vertritt. Und dann beginnt das alte Gerangel nach der Kontrolle der Gewerkschaften etc., was ja auch die rechten Parteien wollen. Sie wollen ja auch diese Möglichkeit haben. Was damit passieren wird ich habe meine Kristallkugel zu Hause gelassen aber auf jeden Fall werden die Massenorganisationen noch viel stärker als zuvor auf die Straße gehen müssen, um ihre Forderungen anzumelden und durchzusetzen.

Lateinamerika

Fortsetzung von vorheriger Seite

hinter der allgemeinen Forderung nach dem Sturz Pinochets zurück. So stand auch die erste Großveranstaltung der chilenischen Frauenbewegung seit dem Putsch 73 im Dezember 83 unter dem allgemeinen Motto „Für das Leben''. Die Veranstaltung war sicherlich ein Ausdruck der gewonnenen Stärke der chilenischen Frauenbewegung, deren verschiedenen Strömungen die Veranstaltung gemeinsam organisiert hatten. Es war die erste große Veranstaltung nur für Frauen. Ein anderer Beweis für die wachsende Bedeutung der Frauenbewegung ist die Ausdehnung der nationalen Struktur von CODEM auch in die Teile Chiles hinein, die bisher eigentlich politisch „tot'' waren. So sind in einer Reihe von Kleinstädten im Norden und Süden wie Iquique, Valparaiso, Temuco und Chiloe neue CODEM-Gruppen entstanden bzw. sind im Aufbau. Das Interesse an der Arbeit von CODEM hat im Zuge der Kämpfe gegen die Diktatur stark zugenommen, obwohl es natürlich auch noch Schwierigkeiten gibt, Frauen für eine kontinuierliche Arbeit in den Gruppen zu gewinnen.

Ihr hattet während eures Aufenthaltes die Möglichkeit, die weiblichen politischen Gefangenen zu besuchen. Wie ist zur Zeit die Situation in den Gefängnissen und gibt es auch im Knast eigenständige Frauenstrukturen?

Wir haben das Gefängnis San Miguel in Santiago, das ist ein Männergefängnis mit einer kleinen Abteilung für Frauen, und das COF in Concepcion besuchen können. Im Gefängnis von Santiago saßen im Januar sieben Frauen, die alle schon längere Zeit dort sind, bis auf zwei, Marta Soto Gonzales und Susana Capriles Rojas, die im September 83 bei einer Aktion gegen die MIR festgenommen wurden. Ihnen droht ein Prozeß vor dem Kriegsgericht mit einer Verurteilung zu hohen Strafen. (siehe Kasten). Miriam Ortega, die seit 1981 in Haft ist und berits zu einmal lebenslänglich verurteilt worden ist. hat noch einen zweiten Prozeß, wo

fen. (siehe Kasten). Miriam Ortega, die seit 1981 in Haft ist und berits zu einmal lebenslänglich verurteilt worden ist, hat noch einen zweiten Prozeß, wo

sie wahrscheinlich ein zweites Mal lebenslänglich bekommt.

In Concepcion sitzen fünf Frauen, wovon zwei eventuell in der nächsten Zeit frei kommen können. Die anderen Frauen Orinda Ojeda, Maria Moyano und Marcela Escribano befinden sich schon seit 1981 in Haft und sind zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Die Verurteilungen erfolgen zumeist wegen illegaler Rückkehr, hierauf steht lebenslänglich, und Unterstützung bzw. Mitgliedschaft in illegalen Organisationen.

Zu den Gefängnissen läßt sich sagen, daß die Lebensbedingungen für die Frauen im Vergleich zu den Männergefängnissen oder den Poblaciones recht gut waren. Die Besuchssituation war verglichen mit deutschen Knästen sogar recht unkontrolliert. Am Besuchstag waren 30-40 Verwandte, Freunde und Angehörige anderer politischer Gefängener anwesend.

Wenn die Frauen im Gefängnis sind, haben sie das Schlimmste überstanden, da im Gefängnis keine Folterungen mehr stattfinden. Aber nach wie vor werden die Festgenommenen für bis zu 20 Tage zuerst dem Geheimdienst CNI überstellt und brutal gefoltert. Daran hat sich nichts geändert, geändert hat sich, daß nun öffentliche Proteste vor den bekannten Folterzentren stattfinden, wie im Dezember in Santiago.

Kriegsgericht

Das Kriegsgericht setzt sich aus 7 Mitgliedern der chilenischen Streikräfte zusammen, von denen nur einer Jurist ist. Der Vorsitzende ist immer ein Kommandant der Streitkräfte.

Die Anklage wird durch einen Militäranwalt geführt, der sich auf die von der CNI gelieferten Informationen stützt. Den Verteidigern steht vor Beginn des Prozesses keine Einsicht in die Anklageschrift zu, sodaß von einer Vorbereitung auf den Prozeß keine Rede sein kann, und auch der Beginn des Prozesses kann durch das Militär willkürlich festgelegt werden.

Der Prozeß ist auf 48 Stunden begrenzt, wobei die Öffentlichkeit nicht zugelassen werden muß. Insgesamt sind die Strafen vor dem Kriegsgericht höher als bei den Zivilgerichten. Gegen ein Urteil des Kriegsgerichtes ist keine Berufung oder Revision möglich.

oder Revision möglich.

Zur Durchsetzung ihrer Forderungen haben die Gefangenen eine nationale Organisation gebildet. Seit 1978 gibt es auch eine eigene Frauenorganisation mit dem Namen Marta Ugarta, sie wurde allerdings 1983 aufgelöst mit der Begründung, daß es zur Zeit keine spezifischen Forderungen gäbe. Allerdings waren nicht alle Frauen, mit denen wir sprachen, mit diesem Schritt einverstanden. Denn gerade die eigenständige Organisation der Frauen hat erst die Durchsetzung von Veresserungen im Gefängnis möglich gemacht; zuvor waren die gefangenen Frauen zu oft von den Menschenrechtsorganisationen und den Genossen vergessen worden. Nur durch Hungerstreiks konnten die Frauen ihre Forderungen nach Zusammenlegung, Selbstverpflegung, eigene Werkstätten zur Sicherung des Lebensunterhalts, keine Zwangsarbeit u.a. durchsetzen und behaupten.



Kulturzeitschrift der politischen Gefangenen

Welche Möglichkeiten sehen die Gefangenen, von hier aus Einfluß auf ihre Situation zu nehmen?

Alle mit denen wir sprechen konnten, haben uns darauf hingewiesen, daß im Moment das Wichtigste der Fall der 5 Leute, 3 Männer und 2 Frauen ist, die eventuell vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen. Noch ist das nicht endgültig entschieden, und es gibt reale Chancen, dies zu verhindern, da der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes, ein Zivilist, für mildere Strafen bei illegaler Rückkehr eintritt, und es auch Widersprüche in der Regierung gibt. Wichtig ist natürlich auch der Briefkontakt mit den Frauen im Gefängnis und der Versuch, eine Prozeßbeschleunigung zu erreichen bzw. für die Frauen mit langjährigen Freiheitsstrafen die Ausweisung zu erreichen. (2)

Man hat hier in der BRD kaum etwas über den Protesttag im Januar gehört, wie waren eure Eindrücke?

Man kann eigentlich nicht davon sprechen, daß im Januar ein nationaler Protesttag stattgefunden hat wie den ganzen Herbst über mit Demonstrationen, Kundgebungen, Barrikaden usw. Es sind eher kleinere Sachen auf lokaler Ebene gelaufen über einen längeren Zeitraum, so haben in den Poblaciones schon um Neujahr herum Demonstrationen stattgefunden.

Wo liegen die Gründe für die Umstellung des Widerstandes?

Es gibt da mehrere Faktoren. Zum einen ist in Chile Sommer und es passiert ähnliches wie in der BRD, die Leute sind in Urlaub und nicht mobilisierbar.

Es gibt da mehrere Faktoren. Zum einen ist in Chile Sommer und es passiert ähnliches wie in der BRD, die Leute sind in Urlaub und nicht mobilisierbar.

Aber wichtiger ist etwas anderes. Es war nicht mehr möglich, jeden Monat die gleichen Proteste zu organisieren in immer der gleichen Form. Man kann wohl davon sprechen, daß eine Reorganisierungsphase ansteht. So war im Februar die erste öffentlich Versammlung der MDP (Demokratische Volksbewegung — Zusammenschluß von MAPU, IC, KP, MIR, SP), um zu diskutieren, wie man die Protestbewegung besser und dauerhafter organisieren könne, da es bisher doch noch erhebliche Mängel gab. Vorrangige Ziele der Linken sind der nationale Streik im Mai/Juni und der Ausbau der Strukturen der MDP.

Die bürgerliche Opposition war aber auch nicht in der Lage, im Januar eigene Aktivitäten zu entfalten?

Auch für sie gilt, daß ein Abnutzungseffekt auftritt. Hinzu kommt, daß auch die Verhandlungen der bürgerlichen Opposition mit der Diktatur bisher keine Ergebnisse gebracht haben, und sie überlegen zur Zeit, welche Taktik sie gegenüber der Regierung einschlagen sollen.

Der Streik ist also das nächste größere Projekt der Opposition?

Der Streik ist besonders seit dem Kongreß des MDP stärker ins Auge gefaßt worden. Allerdings gab es auch schon im Dezember Treffen von Gewerkschaften und sozialen Organisationen, wo festgestelt wurde, daß man in der bisherigen Form nicht unbegrenzt weitermachen könne. Und dieser Streik wird einer langen und gründlichen Vorbereitung bedürfen, um zu einem Erfolg zu werden.

Außerdem muß man wohl von einer recht trügerischen Situation sprechen. Ich meine damit: Du siehst kein Militär in den Straßen wie vor einigen Jahren, du kannst in die Poblaciones gehen und Organisationen wie CODEM und CODEPU besuchen, was vor einiger Zeit noch unmöglich gewesen wäre. Es hat den Anschein, daß schon viele Freiräume erkämpft worden wären. Zum anderen ist vor kurzem der Vorsitzende der MDP, Manuel Almeyda, wegen des Aufrufs zum Generalstreik verhaftet worden.

Inwieweit ist es möglich, legal Veranstaltungen der Linken durchzuführen? Haben sich die Möglichkeiten der Opposition verbessert?

Es besteht jetzt die Möglichkeit, offen, wenn auch nicht legal zu Demonstrationen und Veranstaltungen zu mobilisieren. Es zeigt sich hier sicherlich eine politische Schwäche der Diktatur, militärisch ist sie aber weiterhin voll intakt.



CODEM-Kindergruppe

Das macht Probleme. Die Verhaftung von Almeyda, dem Begründer der CODEPU, war ein schwerer Schlag für die Linke und die Volksorganisationen. In den anderen Städten sind auch nach wie vor die Leute gefährdet, die den Widerstand organisieren. Neu ist auch, daß jetzt wie in der Vergangenheit in Argentinien Todesschwadronen der Faschisten auftauchen. Wir haben in Puerto Mont und in Santiago Flugblätter dieser „Antikommunistischen Kommandos'' gesehen und in Santiago ist bereits ein Jugendlicher auf offener Straße erschossen worden. Diese Kommandos bestehen aus Mitgliedern der CNI und zivilen Faschisten und sind erstmals im Zusammenhang mit einer Kampagne der demokratischen Kräfte gegen den Geheimdienst CNI aufgetaucht. Ihre Morddrohungen richten sich gegen die Linken, aber auch gegen den Bischof von Concepcion, der eine Familie unterstützt, wo Tochter und Sohn vom Geheimdienst verhaftet wor-

taucht. Ihre Morddrohungen richten sich gegen die Linken, aber auch gegen den Bischof von Concepcion, der eine Familie unterstützt, wo Tochter und Sohn vom Geheimdienst verhaftet wor-

den waren.

Heißt das, daß wieder eine härtere Linie angeschlagen wird, oder kann man noch von einer Liberalisierung, also den Verhandlungen mit Sektoren der Bourgeoisie sprechen?

Ich denke, daß es noch erhebliche Schwierigkeiten beim Übergang zu einer bürgerlichen Regierung gibt. Es gibt sicherlich eine politische Schwäche der Diktatur, die sich ausdrückt in Zugeständnissen bei bestimmten demokratischen Rechten und die sich auch äußert in erheblichen Widersprüchen innerhalb der Regierung besonders in der Wirtschaftspolitik. Durch die Einsetzung von Ofre Jarpa als Innenminister wollten sie Verhandlungen mit der bürgerlichen Opposition aufnehmen, allerdings ist das Ganze ergebnislos geblieben. Die bürgerliche Opposition hat auch nicht die Kraft, die Diktatur zum Handeln zu zwingen. Meine persönliche Meinung ist, daß im Moment eine Patt-Situation besteht. Hieraus resultiert auch die Überlegung, gemeinsam mit der Linken den Generalstreik vorzubereiten, obwohl es da auch innerhalb der Bürgerlichen noch Widerstände gibt. Im Moment ist weder die Linke noch die bürgerliche Opposition in der Lage, die Hegemonie in der Bewegung gegen Pinochet zu erreichen. Mein Eindruck ist, daß Pinochet beides, Verhandlungen und Repression weiter nutzen wird und die Diktatur noch über genügend Spielraum verfügt, solange die Opposition nicht stark genug ist und einheitlicher handelt. So hat Pinochet vor einigen Wochen zu erkennen gegeben, daß er durch ein Plebiszit eventuell klären lassen wolle, ob ein Parlament eingerichtet werden solle. Dies wäre sicher ein Projekt, was einen erheblichen Teil der Bürgerlichen wieder integrieren würde.

Die weitere Entwicklung der Opposition und der mögliche Sturz Pinochets ist stark davon abhängig, wie sich der geplante Generalstreik entwickeln wird. Er wird gehen müssen, aber dies kann noch einige Zeit dauern.

Wir danken euch für das Gespräch.

Anmerkungen

1) Plan de Leche ist ein Projekt in den Poblaciones zur Versorgung der ärmsten Kinder mit Milch, anknüpfend an das Milchprogramm der Unidad Popular Regierung vor 1973. Das Projekt wird von CODEM und einer christlichen Basisgemeinde unterstützt. Die Finanzierung erfolgte durch Mittel der Caritas, die Unterstützung wird jedoch eingestellt, so daß das Projekt gefährdet ist.

2) Wer die politischen gefangenen Frauen unterstützen will oder weitere Informationen wünscht, kann sich wenden an:

CAMUR (Komitee zur Unterstützung der Frauen im Widerstand)
c/o Bücherstube, Große Heimstr. 62,
46 Dortmund 1.

Es besteht auch die Möglichkeit, die Frauen im Gefängnis finanziell zu unterstützen, durch Spenden oder durch den Weiterverkauf von kunsthandwerklichen Produkten aus den Gefängnissen.

Aufruf zur

Aufruf zur Hilfe für den Libanon

Die Hilfe für die palästinensischen und libanesischen Flüchtlinge muß weitergehen —

medico international bittet um Unterstützung für Soforthilfe und langfristige Projektarbeit. Für:

- Sozialmedizinische Basisstrukturen in Süd-Beirut
- Soforthilfe für die Krankenhäuser Ghaza und Akka in den Lagern Sabra und Chatila
- Langfristige Hilfe für ein Frauengesundheitsprojekt an der Bir Zeit Universität im israelisch besetzten Palästina.

SPENDEN
Stadtsparkasse Frankfurt
Konto 1800
Stichwort: Libanon/Palästina



Dias, eine Fotoausstellung und informative Faltblätter können bestellt werden.

Wucherzinsen ruinieren die 3. Welt

Das internationale Finanzkapital malt ein düsteres Bild über seine Zukunft. Seit etwa 2 Jahren werden Szenarios entworfen, wonach das gesamte Weltwährungssystem vor dem Zusammenbruch stehen würde. Hintergrund solcherlei Befürchtungen bildet die enorm hohe Verschuldung der Länder der ,,3. Welt'' und auch einiger Staaten des ,,realen Sozialismus'' und der Umstand, daß einige dieser Länder ihre Schulden beim Finanzkapital nicht mehr pünktlich begleichen können. In den bürgerlichen Medien läuft ein Szenario dann etwa wie folgt ab: Ein Land der ,,3. Welt'' erklärt, daß es pleite ist und keinen Heller mehr für fällige Zins- und Tilgungsraten aufbringen könne. Westliche Gläubigerbanken müßten ihr ausgeliehenes Kapital an dieses Land in die Luft schreiben, wären nicht mehr liquide und würden zusammenbrechen und — aufgrund der internationalen Verflechtung des Finanzkapitals — das gesamte Weltwährungssystem aus den Angeln heben. Folgt man den Berichten der bürgerlichen Presse, so sind die Schuldigen dieser Misere schon ausgemacht: Die Länder der ,,3. Welt'' haben einfach über ihre Verhältnisse gelebt und die Bankenkredite leichtfertig vergeudet. Nur am Rande werden die Banken wegen ihrer Großzügigkeit bei der Kreditvergabe getadelt (1).

Die Verschuldung in der ,,3. Welt''

In der Tat sind die Länder der ,,3. Welt'' enorm hoch bei den westlichen Gläubigerbanken verschuldet. Ende 1983 betrugen die Gesamtschulden bereits 641 Mrd. US-Dollar (2), wobei über zwei Drittel dieser Schulden in Form von privaten Krediten bestehen (3). Die größten Schuldner sind dabei die Länder Lateinamerikas mit rund 320 Mrd. US-Dollar, also etwa der Hälfte der Gesamtschulden der ,,3. Welt''. Allein Brasilien steht mit ca. 90 Mrd. Dollar in der Kreide, gefolgt von Mexiko mit 82 Mrd. Dollar (4).

Wenngleich sich diese Zahlen gewaltig anhören, sagen sie noch nichts über die derzeitige Verschuldungs- K r i s e aus, denn Verschuldungen sind an sich im Kapitalismus völlig normal; sie treten im übrigen nicht nur in den Ländern der ,,3. Welt'' oder den RgW-Staaten auf, sondern auch imperialistische Staaten verschulden sich, wie derzeit etwa Frankreich oder Italien. Zahlungbilanz-Ungleichgewichte und enorm hohe Verschuldungen sind auch kein Phänomen der Nachkriegsperiode des Kapitalismus, es sei nur an die Verschuldung des deutschen Imperialismus zwischen den beiden Weltkriegen erinnert.

Zum Problem wird die Sache erst dann, wenn die R e l a t i o n zwischen dem Schuldendienst einerseits und den erforderlichen Deviseneinnahmen aus den Exporterlösen andererseits sich mehr und mehr zuungunsten der Deviseneinnahmen verschiebt. Anders ausgedrückt: Wenn die Zins- und Tilgunszahlungen eines Landes den Löwenanteil an den Deviseneinnahmen ausmachen oder gar — wie das aktuell bereits bei mehreren Ländern der Fall ist — die Einnahmen und nationalen Währungsreserven übersteigen, dann wird ein Land faktisch zum zahlungsunfähigen Schuldner.

An diesem Punkt setzt dann der von der ,,3.Welt'' so berüchtigte Prozeß der ,,Umschuldung'' ein: Das internationale Finanzkapital und seine Instrumente — vor allem der ,,Internationale Währungsfonds'' (IWF) und die ,,Bank für Internationalen Zahlungsausgleich'' (BIZ) in der Schweiz, die gewissermaßen die Bankenkoordinierung vornimmt — diktieren den Schuldnern die Bedingungen, unter denen ihnen ein Zahlungsmoratorium gewährt wird. Bei der Erfüllung gewisser ,,Auflagen'' erhält der Schuldner dann einen weiteren Kredit, der nur dazu dient, die fälligen Jahreszinsen zu bezahlen, was dazu führt, daß die Gesamtschuld weiter ansteigt (5).

Aus nebenstehender Tabelle geht hervor, daß 1982 bereits 22 Staaten umschulden mußten.

Für die hohe Verschuldung und Misere in den Ländern der ,,3. Welt'' sind keinesfalls der ,,starke'' Dollar und die Wucherzinsen a l l e i n verantwortlich, wenngleich die Hochzinspolitik die Schuldenlasten der ,,3. Welt'' noch erdrückender werden lassen; hinzu kommt, daß sich die Austauschverhältnisse zwischen der ,,3. Welt'' und den imperialistischen Staaten unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise drastisch verschlechtert haben, was dazu geführt hat, daß die Deviseneinnahmen zurückgingen bzw. die Länder der ,,3. Welt'' dazu gezwungen hat, ihre Exportwaren — vornehmlich Rohstoffe — auf Teufel komm 'raus zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt zu werfen und außerdem zu einer rigiden Drosselung der Importe geführt hat, um so die notwendigen Devisenüberschüsse zu erwirtschaften.

Da der Welthandel nicht Gegenstand dieses Artikels ist, so sollen doch einige Stichworte genannt werden, um die katastrophale Lage der Länder der ,,3. Welt'' — und damit zusammenhängend auch das Problem der äußeren Schulden — zu verdeutlichen.

Zum einen können die Länder der ,,3. Welt'' angesichts einer stagnierenden Weltwirtschaft nicht mehr Waren und Rohstoffe exportieren, die Nachfrage ging zurück. Das wiederum führte zu einem rapiden Preisverfall der meisten Rohstoffe, die heute so billig zu haben sind wir vor etwa 50 (!) Jahren. Auf der anderen Seite jedoch steigen für die ,,3. Welt'' die Importpreise für Waren aus den imperialistischen Metropolen, was die Deviseneinnahmen aufzehrt und schmälert. Mit negativen Handelsbilanzen lassen sich natürlich keine Schulden zurückzahlen.

Damit soll lediglich verdeutlicht werden, daß das Verschuldungsproblem erst im Zusammenhang der weltweiten konjunkturellen Bedingungen — und diese werden weitgehend von den imperialistischen Monopolen diktiert — für die Länder der ,,3. Welt'' katastrophale Ausmaße annimmt.

Wie kam es zur enormen Verschuldung?

Bis Anfang der 70iger Jahre wurde die ,,3. Welt'' in der klar vorherrschenden Form von ,,Direktinvestitionen'' ausgeplündert, Privatkredite spielten keine Rolle. Die Kreditvergabe (Kapitalexport) des Imperialismus hatte die Funktion, mit diesen Geldern Produktionsverlagerungen der internationalen Konzerne zu finanzieren oder aber die Ausbeutung von Rohstoffen unter imperialistische Kontrolle zu sichern, wobei erhebliche Extraprofite erwirtschaftet wurden (6). Wegen unkalkulierbarer Risiken erfolgte die Kreditvergabe ausschließlich entweder über die Weltbank oder die staatlich verbürgten Kredite. Das hatte den Vorteil, daß diese Kredite zumeist an Auflagen über ihren Verwendungszweck usw. gebunden waren.

Diese Situation änderte sich erst mit Eintritt der Weltwirtschaftskrise 1973/74 und der sogenannten ,,Ölkrise''. Damals flossen riesige Milliarden Dollars aus den erdölexportierenden Ländern an die internationalen Finanzmärkte und suchten nach weiterer Verwertung; dies geschah — infolge der Krise — jedoch nicht produktiv, sondern die ,,Petrodollars'' flossen in Form von Bankkrediten zurück in die Länder der ,,3. Welt''. Außerdem sammelte sich ohnehin viel Leihkapital in westlichen Banken an, das infolge der damaligen Weltwirtschaftskrise vergeblich nach produktiven Anlagen suchte, sondern lieber herumspekulierte.

Vom Standpunkt der nationalen Bourgeoisien in der ,,3. Welt'' waren die Bankkredite gleich aus mehreren Gründen verheißungsvoll:

Es ist ein grundlegendes Charakteristikum der Länder der ,,3. Welt'', daß sie an investierbarem Kapitalmangel ,,leiden'', was mit der Unterentwicklung zusammenhängt; selbst wenn interne Profite erzielt werden, ist es schlichtweg zu teuer, diese weiter produktiv und damit der normalen produktiven Akkumulation zuzuführen. Die mangelnde Infrastruktur und Produktionsstruktur, die auf Exporte orientierte Produktion, die niedrigen Masseneinkommen und relativ schwache Binnenmärkte, die Abhängigkeit von Investionsgütern aus imperialistischen Ländern etc. veranlassen die nationalen Bourgeoisien, ihre Gewinne nicht produktiv, sondern spekulativ anzulegen, da auf diesem Wege schneller Profite zu erzielen sind. Das beste Beispiel dafür lieferten die Bourgeoisien der OPEC, die den größten Teil ihrer Gewinne (Schätzungen gehen davon aus, daß allein 1974 etwa 200 Mrd. Dollar auf die internationalen Kapitalmärkte strömten) rein spekulativ anlegten.

Neuere Untersuchungen bestätigen dieses Charakteristikum: Aus einer Statistik des IWF aus dem letzten Jahr geht hervor, daß die ,,*Einlagen von Nichtbanken bei ausländischen Banken*'', also die Anlagen von nationalen Unternehmen in der ,,3. Welt'' ohne OPEC bei westlichen Banken, bei rund 68 Mrd. Dollar lagen (7).

Sollte also eine forcierte nationale Industrialisierung in Gang gesetzt werden, bedurfte es der Aufnahme von Krediten auf dem internationalen Kapitalmarkt, was im wesentlichen zwei weitere Vorteile hatte:

Erstens lagen die Zinsen damals auf einem relativ niedrigen Niveau und die jährlichen Inflationsraten höher als die Zinssätze; die Folge war ein negativer Realzins, der aufgrund der höheren Geldentwertung recht mühelos bezahlt werden konnte. Während der durchschnittliche Zins zwischen 1972 und 1979 bei ca. 5 % lag, verteuerten sich die Exporte im gleichen Zeitraum um etwa 11 % jährlich (8).

Zweitens entfiel bei der privaten Kreditaufnahme jegliche politische Kontrolle und Einwirkungsmöglichkeit seitens imperialistischer Regierungen oder gar des IWF; Privatbanken prüften höchstens das ,,Bonitätsrisiko'' eines Landes, das ausreichend gesichert schien. Da die Kredite größtenteils an große nationale Gesellschaften oder an Regierungen gegeben wurden — so wuchs der Staatsanteil an der Auslandsverschuldung Brasiliens von 50 % (1975) auf 80 - 85 % (1983) ! — schien das Risiko einigermaßen gering (9). Für die Banken war nur wichtig, daß die ausgehandelten Zins- und Tilgungsraten fristgemäß anrollten.

In der Folgezeit stieg die Verschuldung in der ,,3. Welt'' rapide an — und damit natürlich auch der Schuldendienst. Nach Schätzungen der OECD wären 1981 schon runde 112 Mrd. Dollar aus der gesamten ,,3. Welt'' zu begleichen gewesen, allein die Zinszahlungen beliefen sich auf geschätzte 46,5 Mrd. Dollar im Jahr (10).

Die eigentliche Verschärfung kam dann Ende der siebziger / Anfang der achtziger Jahre, als durch die ‚monetaristische' Politik der USA, die Inflationsraten zu senken und die Zinsen auf über das Doppelte klettern zu lassen, dies zu einer rapiden Verteuerung sowohl der Kredite als auch der Zinszahlungen führte.

Die hohen Wucherzinsen schlugen nämlich auch auf die langfristigen Kredite mit hohen Laufzeiten voll durch, da die Kreditvergabe meist mit variablen Zinsen vereinbart wird.

Das wiederum führte dazu, daß die Schuldendienstquote — also der Anteil des Schuldendienstes an den gesamten Export-Deviseneinnahmen — bereits 1981 in allen Ländern der ,,3. Welt'' auf 21 % kletterte (1975-77: ca. 14 %). Bei den erdölimportierenden Ländern der ,,3. Welt'' betrug die Schuldendienstquote schon 37 % (8 und 12).

Bei vielen Ländern jedoch ü b e r t r e f f e n die Schuldendienste bereits die gesamten Exporterlöse, wie aus nachstehender Tabelle für das Jahr 1983 hervorgeht:

Land	Anteil des Schuldendienstes am Export in Prozent
Brasilien	117 %
Mexiko	126 %
Argentinien	153 %
Venezuela	101 %
Peru	79 %
Bolivien	118 %
Zambia	195 %
Zaire	83 %
Philippinen	79 %
	(11)

In solch einer Situation, der faktischen Zahlungsunfähigkeit, verschlimmert sich die Sache noch weiter dadurch, daß die Zinszahlungen nur durch weitere Kreditaufnahmen zu finanzieren sind; damit verändert sich auch die Struktur der Kredite immer mehr in Richtung k u r z fristiger Anleihen zuungunsten langfristiger Kredite. Damit kann zwar kurzfristig der Schein der Zahlungsfähigkeit aufrechterhalten werden — langfristig aber türmen sich zusätzliche Schulden auf. Prof. Altvater hat diese verheerende Entwicklung am Beispiel Brasiliens nachgewiesen; die kurzfristige Außenschuld (mit einer Laufzeit von unter 12 Monaten) stieg von 1979 bis 1981 von 3,6 Mrd. Dollar auf knapp 13 Mrd. Dollar, oder anders ausgedrückt: Der Anteil der kurzfristigen Schulden an den gesamten Schulden stieg im gleichen Zeitraum von 6,8 % auf 17,4 % (2).

Hinzu kommen die schon erwähnten hohen Zinssätze, wobei zu vermerken ist, daß die Länder der ,,3. Welt'' im allgemeinen höhere Zinsen als die international üblichen (13) zahlen müssen, um überhaupt westliche Kreditgeber mit lukrativen Zinsgewinnen ,,anzulocken''. Außerdem wären die westlichen Banken nun gar nicht mehr bereit, langfristige Kredite zu geben, da ihnen das Risiko mittlerweile als zu groß erscheint.

Die Banken sahnen kräftig ab!

In den bürgerlichen Medien wird oft die These einer g e g e n s e i t i g e n ,,Abhängigkeit'' der Gläubiger und der Schuldner konstruiert. Umgekehrt berufen sich Bankiers und Finanzminister aus einigen Ländern der ,,3. Welt'' auf die Keynes'sche Aussage, wonach eine größere Schuld zum Problem des Gläubigers wird. Beide Thesen sind nicht haltbar und zu widerlegen.

Es ist das internationale Finanzkapital, das aus der Verschuldung der ,,3. Welt'' in hohem Maße profitiert! Schon rein ökonomisch betrachtet, pressen die Banken in Form von Zins- und Tilgungszahlungen zu i h r e n aufgezwungenen Kreditkonditionen (Wucherzinsen) riesige Zinsgewinne aus der ,,3. Welt'' heraus; sie sind also die eigentlichen Nutznießer dieser Politik. Die New Yorker ,,Citybank'' machte z.B. 1976 allein 13 % ihres Gewinns in Brasilien (8).

Man muß sogar noch weiter gehen. Die privaten Kapitalströme in die ,,3. Welt'', die bis Anfang der 70iger Jahre überhaupt keine Rolle spielten, sind eine neue, zusätzliche Form der Ausplünderung und Ruinierung der Länder der ,,3. Welt'' geworden; sie dominieren bereits vor den Direktinvestionen und haben letztere bereits überholt. Während die privaten Kapitalströme in die ,,3. Welt'' innerhalb der letzten 10 Jahre von 40 auf 65 % stiegen, gingen die Direktinvestitionen im gleichen Zeitraum von 56 auf 28 % zurück (14). Damit ist der Export von Leihkapital zur profitabelsten Anlageform des Imperialismus in der ,,3. Welt'' geworden.

Wenn im Jahre 1981 die Zinszahlungen bereits 9 0 % aller Kapitaleinnahmen des Imperialismus aus der ,,3. Welt'' ausmachten (15), so kann daraus durchaus das Fazit gezogen werden, daß das internationale Finanzkapital eine neue, zusätzliche Form des Kolonialismus, der Ausplünderung und Abhängigkeit geschaffen hat!

Diese neuere Entwicklung ist nur vor dem Hintergrund der Bewegungsgesetze des Kapitals nachzuvollziehen. Entscheidend dabei ist, daß sich das Leihkapital in Zeiten wirtschaftlicher Krisen nicht produktiv verwertet, sondern sich andere, nämlich spekulative Anlagesphären zu seiner Verwertung ,,sucht''. Versprechen Spekulationen an den internationalen Finanz- und Devisenmärkten aufgrund hoher Zinssätze größere Gewinne als produktive Investionen, so bekommt das Leihkapital eine gewisse Eigendynamik und löst sich ab vom ,,normalen'' kapitalistischen Akkumulationsprozeß. Da aber Zins und Profit bestimmte Größen im Produktionsprozeß sind, müssen auch Zinszahlungen ‚produktiv' erwirtschaftet werden. Driften jedoch die ‚monetären' Prozesse zu weit von den Prozessen der produktiven Kapitalakkumulation ab, wird die Verschuldung in der ,,3. Welt'' zum großen Problem (16).

Von dieser Warte aus betrachtet, ist dieser eingetretene Wandel der neokolonialen Beziehungen von ,,3. Welt'' und imperialistischen Staaten nichts anderes als Ausdruck der weltweiten Überakkumulationskrise. Zum Problem wird die Sache dadurch, ob und wie die Länder der ,,3. Welt'' überhaupt noch aus dieser Verschuldungsmisere herauskommen sollen, doch dazu noch später.

Der These der ,,gegenseitigen Abhängigkeit'' ist auch von der Gläubigerseite her zu widersprechen. Es hört sich zunächst alarmierend an, wenn zu lesen ist,daß westliche Banken ein Vielfaches ihrer ,,Guthaben'' an die ,,3. Welt'' verleihen. Zunächst muß man wissen, daß das internationale Bankgeschäft tief ineinander verwoben und

Fortsetzung nächste Seite

Die Umschuldungs-Kandidaten

Die Umschuldungs-Kandidaten

Jahr	Land	Fällige Schulden Mill. Dollar
1956	Argentinien	500
1959	Türkei	440
1961	Brasilien	390
1962	Argentinien	270
1964	Brasilien	270
1965	Argentinien	274
	Türkei	220
	Chile	90
	Gesamt	584
1966	Indonesien	310
	Ghana	170
	Gesamt	480
1967	Indonesien	110
1968	Indonesien	180
	Peru	120
	Ghana	100
	Indien	100
	Gesamt	500
1969	Peru	100
1970	Indonesien	2 090
	Ghana	18
	Gesamt	2 108
1971	Indien	100
1972	Chile	258
	Pakistan	236
	Kambodscha	2
	Gesamt	496
1973	Indien	340
	Pakistan	107
	Gesamt	447
1974	Pakistan	650
	Chile	460
	Indien	194
	Ghana	190
	Gesamt	1 494
1975	Indien	248
	Chile	230
	Gesamt	475
1976	Zaire	280
	Indien	200
	Gesamt	490
1977	Zaire	210
	Indien	120
	Sierra Leone	52
	Gesamt	382
1978	Peru	1 212
	Türkei	1 100
	Gesamt	2 312
1979	Türkei	3 200
	Zaire	1 000
	Sudan	500
	Togo	220
	Gesamt	4 920
1980	Türkei	3 000
	Nicaragua	562
	Jugoslawien	420
	Zaire	402
	Sierra Leone	40
	Liberia	35
	Gesamt	4 459
1981	Polen	4 300
	Türkei	3 200
	Uganda	730
	Sudan	500
	Zaire	500
	Bolivien	400
	Pakistan	250
	Togo	242
	Nicaragua	180
	Madagaskar	140
	Jamaika	103
	Senegal	75
	Zentralafr. Republik	72
	Liberia	34
	Gesamt	10 736
1982	Mexiko	10 000
	Argentinien	5 000
	Peru	4 800
	Polen	4 000
	Rumänien	4 000
	Vietnam	3 500
	Costa Rica	2 600
	Sudan	600
	Zaire	530
	Bolivien	450
	Pakistan	447
	Togo	340
	Senegal	300
	Honduras	220
	Madagaskar	120
	Guyana	110
	Malawi	98
	Sierra Leone	68
	Uganda	60
	Liberia	58
	Zentralafr. Republik	12
	Gesamt	27 913

Quelle: Euromoney/OECD.

Fortsetzung von vorheriger Seite

verflochten ist. Das derzeitige gesamte Leihkapitalvolumen in der Welt ist aufgrund der Akkumulationskrise insgesamt auf knapp 3 Billionen Dollar aufgebläht, wovon der Interbankhandel — also die Ausleihe von Bank zu Bank — den Löwenanteil von ca. 1,5 Billionen Dollar ausmacht. Das hängt damit zusammen, daß das Leihkapital permanent zirkuliert und ständig den Besitzer wechselt. Bankgeschäfte bestehen überwiegend aus k u r z f r i s t i g e n Kapitalanlagen und -anleihen wegen a) der Risikominderung und b) vor allem der Spekulation, dem Ausnutzen von Zinsdifferenzen auf den internationalen Finanzmärkten. Eine gewisse Schwierigkeit ergab sich für die Banken in den siebziger Jahren dadurch, daß sie an die Länder der ,,3. Welt'', aber auch an RgW-Staaten, langfristige Kredite vergaben, das eigene Leihkapital aber in viel kürzeren Abständen zirkulierte. Damit den Banken nun nicht das Geld ausging, haben sie ein spezielles ,,roll-over''-Verfahren entwickelt: Sie passen ihre Zinsen alle 6 Monate dem Weltmarktzins an und refinanzieren sich ständig an den internationalen Finanzmärkten, wobei sie durch das Ausnutzen von Zinsdifferenzen erhebliche Gewinne erzielen; hinzu kommt dabei noch das einträgliche Geschäft mit den Schuldnern der ,,3. Welt''. Wer in den letzten Monaten einmal die Wirtschaftsseiten der einschlägigen bürgerlichen Zeitungen gesichtet hat, wird feststellen, daß die Banken die weitaus höchsten Gewinne erzielen und damit weit vor den Profiten des Industriekapitals (von Ausnah-
Banken die weitaus höchsten Gewinne erzielen und damit weit vor den Profiten des Industriekapitals (von Ausnah-
men abgesehen) liegen.

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß in den letzten Jahren kaum noch größere Kredite — und schon gar keine langfristigen — mehr in die ,,3. Welt'' flossen, die Gläubiger sind vorsichtiger geworden (17).

Ferner ist wichtig, daß die Banken ihre riesigen Gewinne teilweise in Rücklagen umwandeln und Vorsorge für den Fall treffen, daß Schulden aus der ,,3. Welt'' abgeschrieben werden müssen. Dies geschieht derzeit schon in geringem Umfang, aber insgesamt gehen die Banken davon aus, daß sie ihre Kredite in die ,,3. Welt'' wohl zum größten Teil nicht wiedersehen werden. Um den ,,big crash'', wie in Bankkreisen der Zusammenbruch des Weltwährungssystems genannt wird, zu vermeiden, sollen hohe Rücklagen das Schuldenabschreiben erleichtern und mögliche Bankpleiten verhindern.

Eine weitere ,,Sicherung'' der Banken ist, daß die Kreditvergabe sich immer unter sehr vielen internationalen Banken abspielte, um das ,,Risiko'' zu ,,streuen''. Allein an den Umschuldungsverhandlungen mit Brasilien waren über 600 Banken beteiligt, und es wird in den imperialistischen Metropolen als Erfolg des ,,Krisenmanagements'' gefeiert, alle unter einen Hut zu bringen, wobei die BIZ die Federführung übernahm.

Ein ‚Entwicklungsland' hat es also mit der geballten Kraft und Geschlossenheit des internationalen Finanzkapitals zu tun, oder besser: mit ihrem Diktat, wenn es um das Aushandeln der Bedingungen der Umschuldung geht.

Daß die Banken der Verschuldungskrise relativ gelassen entgegensehen — trotz allen Krisengeschreis — wird aus einer Prognose der Weltbank ersichtlich. **Sie geht nämlich u.a. davon aus, daß**

— die Auslandsschulden bis 1990 von derzeit 641 auf 1473 Mrd. Dollar steigen werden,

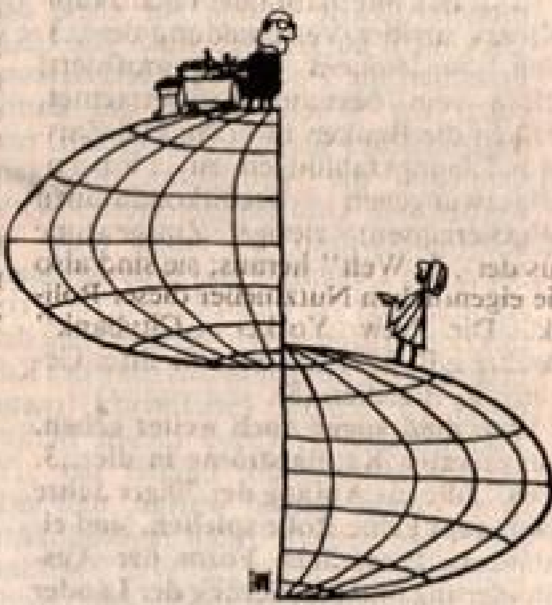
— die Schuldenzahlungen von 119 auf 361 Mrd. Dollar im Jahr 1990 steigen

— und die Schuldendienstquote von derzeit rund 21 % auf 39,1 % zunehmen wird. Dramatisch wird es dann für die erdölimportierenden Länder der ,,3. Welt'': Sie hätten 1990 bereits 78,9 % ihrer gesamten Exporterlöse für den Schuldendienst aufzuwenden! (18).

Die Weltbank hat erst kürzlich eine weitere aufschlußreiche Prognose veröffentlicht. Danach würden die Zahlungsprobleme ab 1986 wieder zunehmen, weil dann die auf 5 Jahre befristeten Umschuldungen auslaufen. Die Weltbank widerspricht auch der These, ein Aufschwung in den imperialistischen Staaten würde auch eine wirtschaftliche Belebung der ,,3. Welt'' nach sich ziehen: Für 1995 wird für Afrika ein Pro-Kopf-Einkommen auf dem Stand von 1970 vorhergesagt. Die Weltbank bedauert überdies, daß die ,,3. Welt'' 21 Mrd. Dollar mehr an westliche Banken zahlen mußten, als sie von ihnen erhalten haben. Die Einfuhrdrosselungen der Länder der ,,3. Welt'' infolge der Verschuldung belaufen sich laut Weltbank bereits auf 100 Mrd. Dollar. Und es wird offen bekannt, daß ‚die Banken bislang im Geschäft mit der Dritten Welt keine Verluste erlitten'' hätten! (26)

Heinz Brestel von der ,,Frankfurter Allgemeinen'' gab eine jener brutalen und zynischen ,,Lösungen'' zum besten, die nur bestätigen, wer die Schuldenkrise auszubaden hat. Das heißt es unverblümt: ,,Eine wirkliche tragfähige Lösung für die Schulden muß zwischen Gläubiger und Schuldner ausgehandelt werden. Dabei ist allen Beteiligten klar, daß beide Seiten Opfer bringen müssen, die Schuldner, indem sie ihren Völkern reinen Wein einschenken müssen, daß Schuldenmachen empfindliche Konsequenzen hat ... Es gibt Rechnungen, nach denen der mittlere Lebensstandard der am meisten verschuldeten Länder bis Ende der achtziger Jahre etwa um 25 % sinken wird. Was dies für jene Menschen bedeutet, die heute bereits am Rande des Existenzminimums vegetieren, können wir uns im wohlhabenden Europa nicht vorstellen. Die notwendige Roßkur wird deshalb gewiß nicht ohne ein hohes politisches Risiko des Schuldners verordnet werden müssen. Auch die Gläubiger werden erhebliche Opfer zu bringen haben, obwohl aus prinzipiellen Gründen die Schulden selbst nicht abgebaut werden dürften'' (19).

Diese Ausführungen lassen sich nur so interpretieren, daß der Imperialismus die Verschuldung als d a s derzeit dominierende Druckmittel einsetzt, um den Ländern der ,,3. Welt'' so ziemlich alles vorzuschreiben und diktieren zu können. Er setzt bewußt auf die vollständige R u i n i e r u n g dieser Länder und verhindert damit auch jeglichen Spielraum eigenständiger industrieller Entwicklungen; schon heute sind beispielsweise die Länder Lateinamerikas auf ein Niveau der fünfziger Jahre zurückgeworfen und
heute sind beispielsweise die Länder Lateinamerikas auf ein Niveau der fünfziger Jahre zurückgeworfen und
dieser Trend setzt sich fort. Es ist klar, daß unter diesen Bedingungen die Massenarmut und Verelendung der Völker der ,,3. Welt'' noch in weiterem unvorstellbaren Ausmaß anwachsen wird.



Geradezu zynisch klingen denn auch die in Bankkreisen diskutierten Vorschläge zur ,,Krisenlösung''.

Die bekannteste Variante ist dabei die These, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung in den imperialistischen Ländern auch die Nachfrage nach Rohstoffen aus der ,,3. Welt'' steigern werde. Selbst wenn diese Annahme zuträfe, ändert das nichts an der Tatsache, daß die Beseitigung der derzeitigen Schuldenlasten für die Länder der ,,3. Welt'' eine V o r a u s s e t z u n g bleiben wird, um überhaupt auf eine eigenständigere wirtschaftliche Entwicklung setzen zu können. Solange große Teile der Devisenerlöse durch die Zahlungsverpflichtungen an die westlichen Banken aufgesogen werden, solange wird diesen Ländern Kapital für die eigene produktive Entwicklung entzogen. Selbst der neue argentinische Präsident Alfonsin erklärte in einem ,,Spiegel''-Interview, daß sein Land noch die nächsten 15 bis 20 Jahre mit dem vorrangigen Schuldenabbau konfrontiert sein wird (20).

Andere Lösungsvorschläge des Imperialismus gehen dahin, die Zinsen, die die Länder der ,,3. Welt'' zu zahlen haben, einfach in weitere Kredite umzuwandeln. Damit stünde diesen Ländern zwar kurzfristig mehr Leihkapital zur Verfügung und die westlichen Banken können die Zinsrückzahlungen einfach in weitere Kredite umbuchen — aber faktisch würde auch diese Maßnahme zu einem weiteren Ansteigen des Schuldenberges führen (21). Eine dritte diskutierte Möglichkeit wäre, das hohe Zinsniveau abzubauen. SPD-Vorstandsmitglied Prof. Ehmke etwa fordert, daß Zinsniveau um 2/3 zu senken, wobei das eine Drittel von den Banken als Verlust abzuschreiben wäre und das andere der Staat aufzubringen hätte (22). Letzteres ginge also zu Lasten der Steuerzahler in den Industrieländern.

Dieser Vorschlag ist jedoch wenig praktikabel. Läge nämlich das amerikanische Zinsniveau erheblich über dem der ,,3. Welt'', würde ein immenser Kapitalabfluß aus der ,,3. Welt'' stattfinden: Die nationalen Banken und Bourgeoisien der ,,3. Welt'' würden die bestehenden Zinsdifferenzen ausnutzen und ihr Kapital auf den internationalen Devisenmärkten profitabel anlegen, womit wiederum produktive Investitionen umgangen werden (23).

Was geschieht mit den Krediten in der ,,3. Welt''? Das Beispiel Brasilien

Absicht vieler Länder der ,,3. Welt'' war es, mit der Aufnahme von Privatkrediten bei westlichen Banken aus den weitgehend negativen Zahlungsbilanzen herauszukommen. Dies sollte dadurch erfolgen, mit Hilfe von ausländischem Leihkapital den internen Investitionsstock aufzufüllen, um damit die eigene Industrialisierung und Kapitalakkumulation voranzutreiben.

Inwieweit sich diese Absicht nicht in das genaue Gegenteil verkehrt hat, soll am Beispiel Brasiliens verdeutlicht werden. Die Angaben und Zahlen stammen dabei im wesentlichen aus einem ,,taz''-Interview sowie einem längeren Aufsatz in der ,,ProKla'' Nr. 52 von Prof. Elmar Altvater, der selbst in Brasilien war und die Verschuldungsproblematik eingehend untersucht hat (Anm. 2 und 9).

Bekanntlich ist Brasilien beim internationalen Finanzkapital mit über 90 Mrd. US-Dollar das am höchsten verschuldete Land. Die zu leistenden Zins- und Tilgungsraten übertreffen bei weitem die Devisenerlöse aus den Exportgeschäften. Zahlreiche Umschuldungsverhandlungen mit westlichen Banken dienten nur dazu, Brasilien weitere Zahlungsaufschübe, was Teilmorato-
dienten nur dazu, Brasilien weitere Zahlungsaufschübe, was Teilmorato-
rien gleichkommt, zu gewähren und weitere Kredite locker zu machen, mit denen wiederum die Zinszahlungen ermöglicht werden sollen.

Die absolute Höhe der Verschuldung gerade in Ländern wie Brasilien, Mexiko und Argentinien darf nicht den Anschein erwecken, daß es anderen Ländern der ,,3. Welt'' vergleichsweise besser geht — im Gegenteil. Die Verschuldung in den sogenannten ,,Schwellenländern'' ist deshalb verhältnismäßig größer, weil diese Länder bereits vom Entwicklungsniveau her etwa zwischen den reichen Industrieländern und den übrigen Ländern der ,,3. Welt'' anzusiedeln sind und entsprechend größere Investitionsprojekte geplant wurden auf der Basis dieser höheren industriellen Entwicklung. Zu diesen Vorhaben sind die übrigen Länder der ,,3. Welt'' noch weitaus weniger in der Lage als die ,,Schwellenländer''.

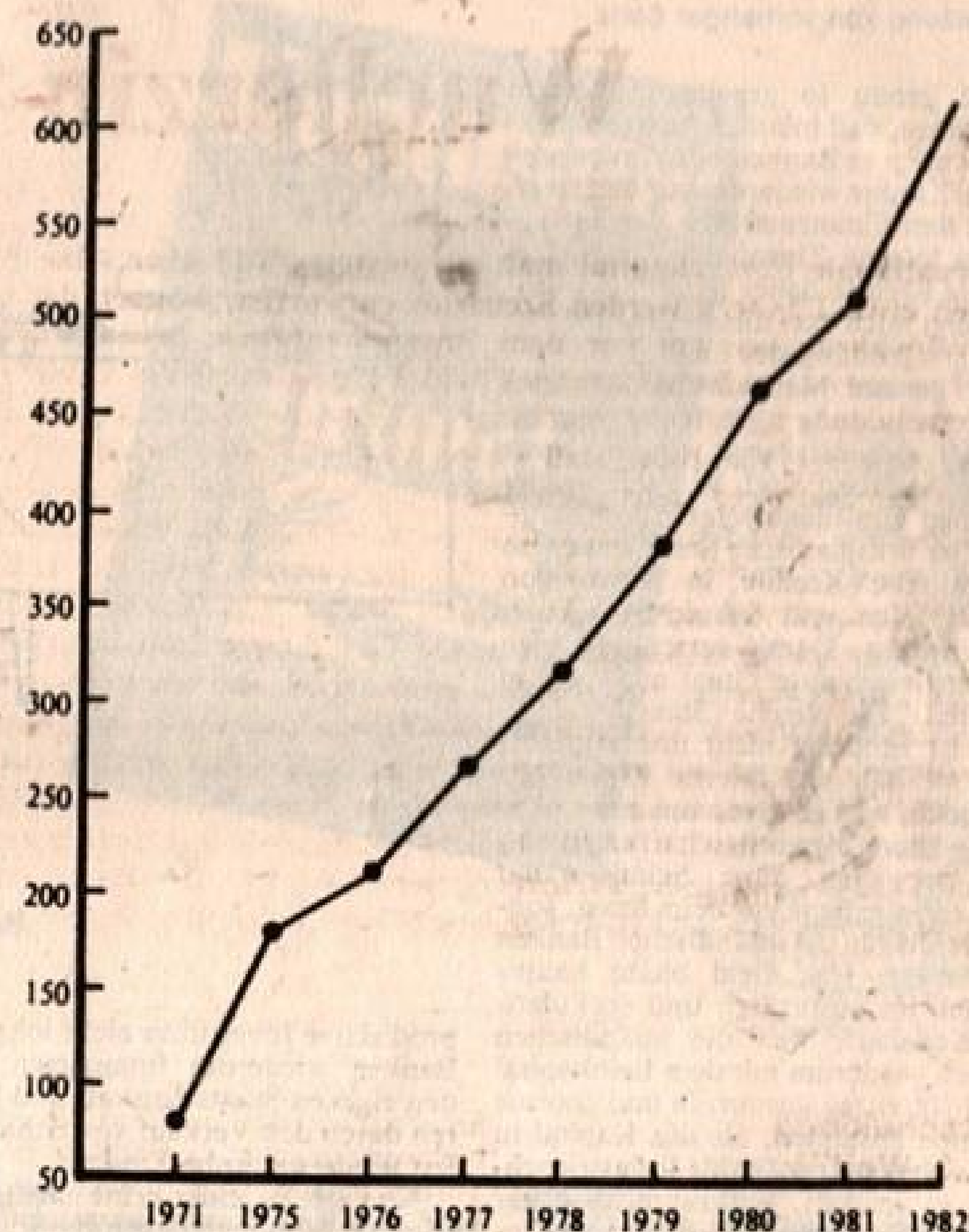
Doch zurück zu Brasilien. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die brasilianische Zahlungsfähigkeit nur durch weitere Neuverschuldung, durch weitere Aufnahme k u r z f r i s t i g e r Kredite aufrechterhalten werden kann, so daß die neuen Kredite schon längst nicht mehr für die industrielle Entwicklung, sondern fast ausschließlich für die Erfüllung der Schuldendienste verwendet werden müssen.

Wie sehr die äußere Verschuldung bereits die Wirtschaft Brasiliens durchdrungen hat, machen folgende Zahlen deutlich. Der Anteil des Schuldendienstes an der gesamten internen Ersparnis kletterte von 11,9 % (1964) über 17 % (1974) auf 55 % im Jahre 1981. Und der gleiche Anteil macht am Bruttosozialprodukt Brasiliens bereits 8,7 % für 1981 aus (1974 lag dieser Anteil noch bei 4,6 %). Erschwerend kommt hinzu, daß Brasilien die Exporterlöse nicht steigern konnte aufgrund der rapide gesunkenen Weltmarktpreise, die sowohl absolut sanken als auch durch den schlechteren Wechselkurs zwischen Dollar und Cruzeiro. Außerdem läßt sich bei stagnierenden Weltmärkten kaum der Export steigern, werden alle Waren zu wahren Schleuderpreisen auf den Markt geworfen.

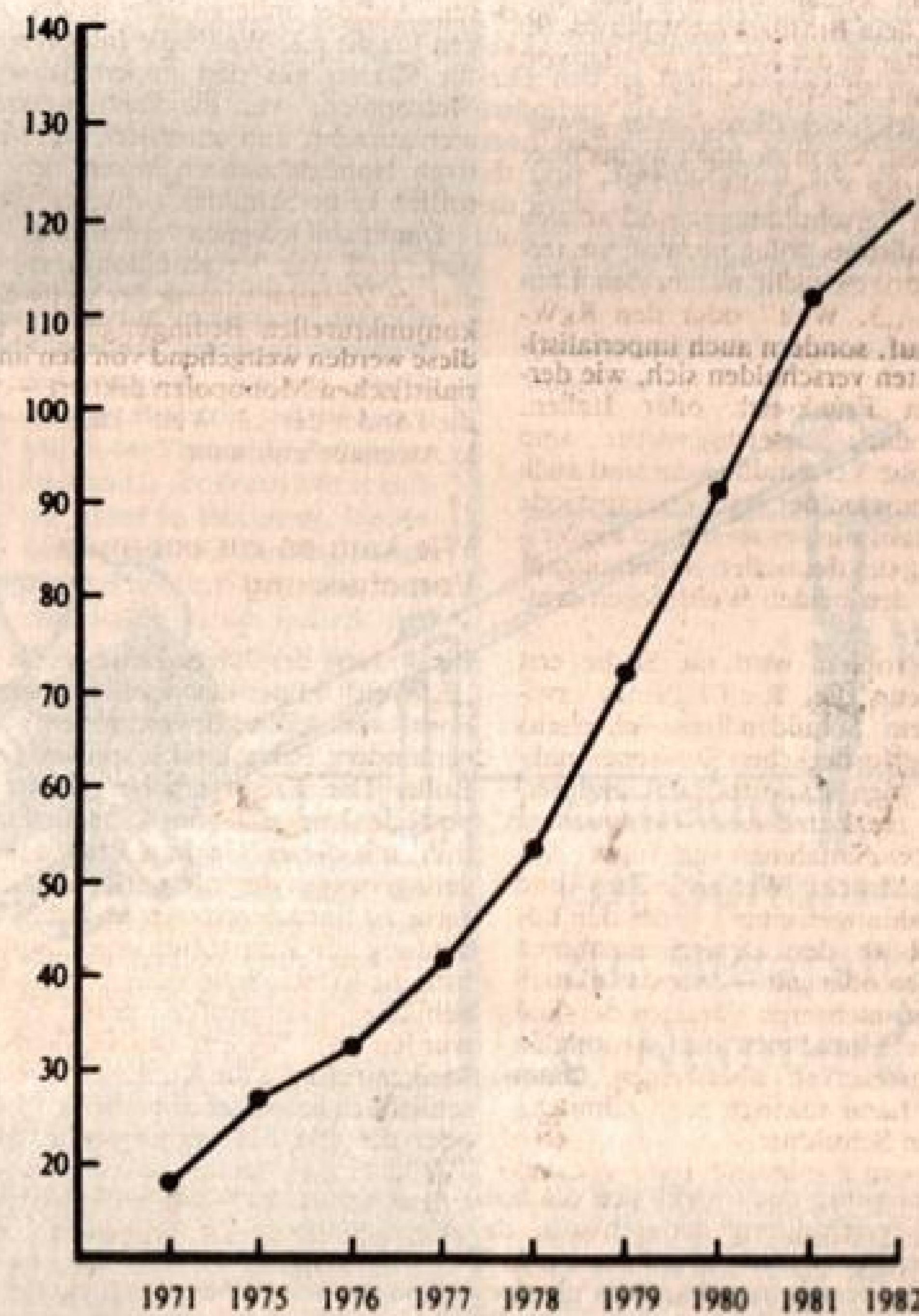
Da auf diesem Wege keine Devisenüberschüsse erwirtschaftet werden können, bleibt nur das Mittel der rigiden Importdrosselung, die in Brasilien zu einem Rückgang um 30 % führten. Daß diese Importdrosselungen weitere Produktionseinschränkungen und damit auch Absatzschwierigkeiten mit sich bringen, liegt auf der Hand.

Der Teufelskreis auf der monetären Ebene vollzieht sich grob etwa folgendermaßen: Brasilien hat, um die Zinsen bedienen zu können, vermehrte Nachfrage nach kurzfristigen Krediten. Um diese bei ausländischen Banken zu erhalten, müssen ,,Anreize'' geschaffen werden, die dann darin bestehen, das i n t e r n e brasilianische Zinsniveau noch ü b e r das Weltzinsniveau (Libor) zu heben. Das führt wiederum dazu, daß zwar kurzfristig die Zinsen gezahlt werden können, andererseits wird mit diesen Krediten nicht mehr produktiv investiert. Das heißt, das Diktat der Zahlungsbilanz h e m m t , ja verhindert geradezu eine weitere Industrialisierung.

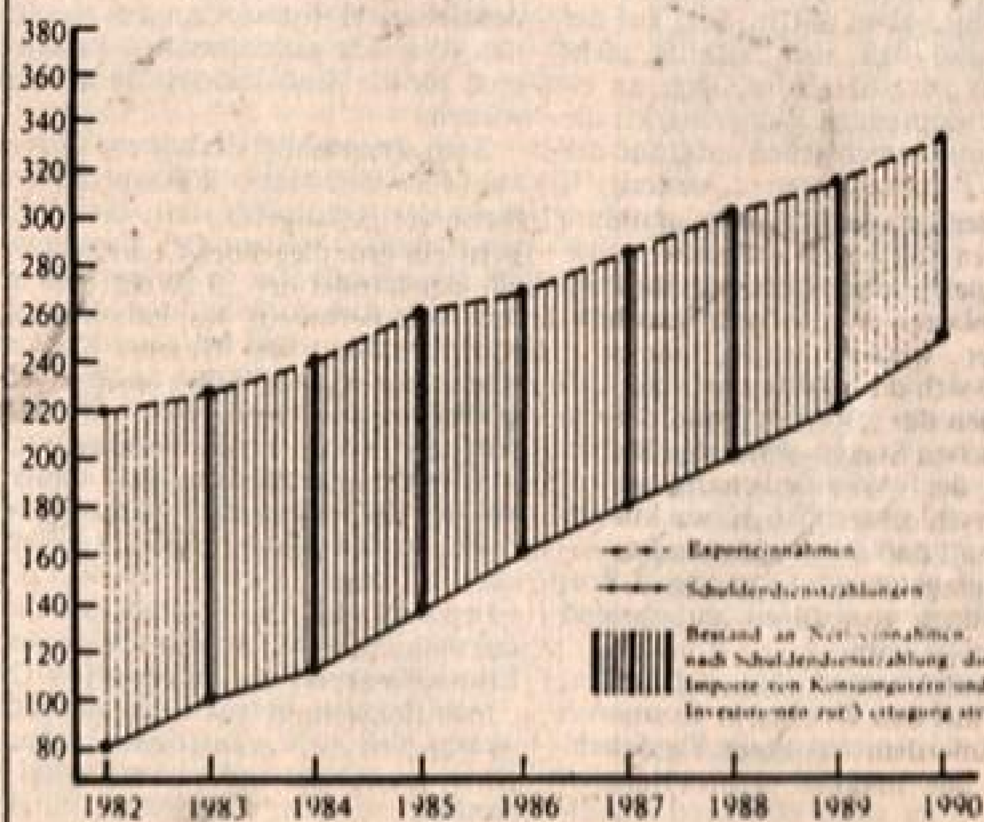
Fortsetzung nächste Seite



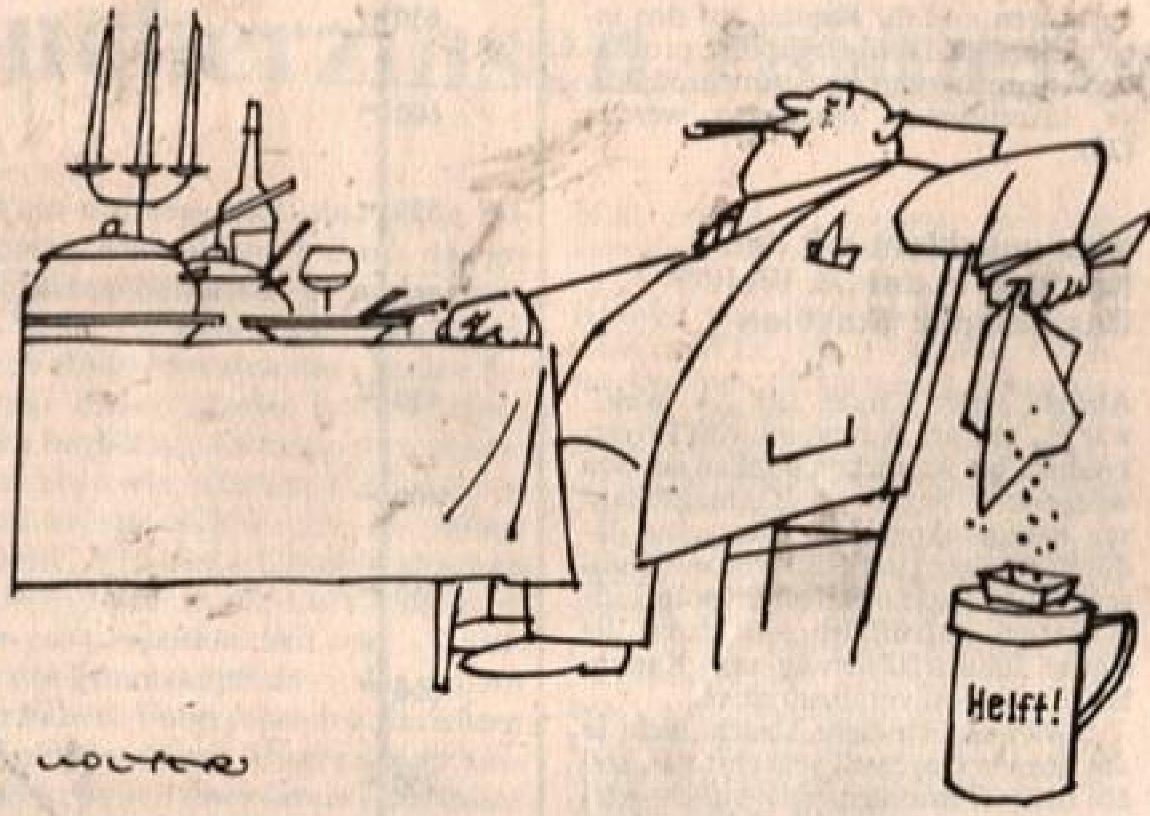
QUELLE: OECD. *Development Co-Operation Review, 1981*



QUELLE OECD *Development Co-Operation Review, 1981.*



Fortsetzung von vorheriger Seite

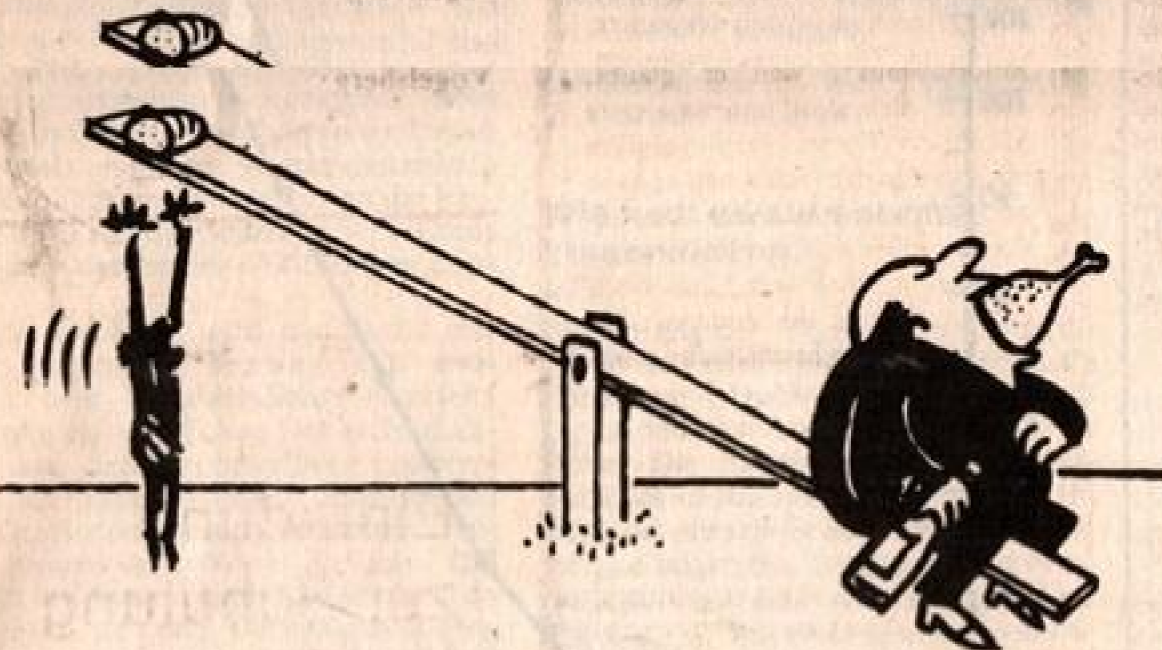


„Brot für die Welt"

Und genau so gravierend kommt noch hinzu, daß inländische Kreditnehmer — seien es Banken oder Investoren — ihre Kredite wiederum auf den internationalen Finanzmärkten beschaffen, da das interne Zinsniveau höher liegt und die Kredite daher teurer sind. Damit steigt auch von dieser Seite die Gesamtverschuldung des Landes.

Der genaue Mechanismus, der bei der Verschuldung abläuft, ist von Elmar Altvater aufgezeigt worden. Nach seinen Angaben sind 80 - 85 % der Schulden Brasiliens reine Staatsschulden. Der brasilianische Staat lenkt also ausländische Kredite in Form von Schatzbriefen und Schuldscheinen in seine Kassen. Damit verschuldet sich zunächst einmal der Staat mit äußeren Krediten. Die eigene Staatsverschuldung ist zunächst nicht unerwünscht, denn sie hält das interne Zinsniveau sehr hoch, was ja wiederum zum „Anreiz" weiterer Kreditbeschaffung dient. Nun verweilen diese Schuld- und Schatzbriefe nicht nur beim Staat, sonden werden an die inländischen Banken transferiert. Das Geld bleibt hauptsächlich im monetären und spekulativen Kreislauf, weil die inländischen Banken wiederum mit dem Leihkapital Zinsdifferenzen ausnutzen und enorme Gewinne absahnen, als das Kapital in für sie weniger profitable Industrieprojekte zu stecken. Es kommt also gar nicht zur Bildung eines inländischen Investitionsfonds, sondern die brasilianischen Banken profitieren — ebenso wie die ausländischen — von der Verschuldung.

Neben der äußeren Verschuldung ist somit auch die interne Verschuldung enorm angewachsen; betrug sie 1981 noch 14 Mrd. Dollar, so lag sie 1982 schon bei 23 Mrd. Dollar. Und daß die inländischen Banken sich lieber an der Spekulation als der produktiven Akkumulation beteiligen, liegt an den glänzenden Bedingungen, die sie vorfinden: Die inländischen Zinsen liegen noch höher als die Inflationsrate, und die brasilianische Regierung hat extra dafür gesorgt, daß den Banken bewußt keine Inflationsnachteile entstehen.



„Dreht euch doch mal um!"

Schlimmer noch wirkt sich die hohe Staatsverschuldung dadurch aus, daß sie die Einnahmen des Staates um 36 % (1982) überschritten hat, was eine permanente hohe Geldentwertung (Inflation) zur Folge hat. Altvater schrieb in einem „taz"-Interview, daß deshalb die ausländischen Kredite schon für die Auszahlung der Beamtengehälter verwendet werden mußten.

Die Dominanz des Zinses über den industriellen Profit hat denn auch dazu geführt, daß bereits 1970 die Gewinnraten der Banken bei 50 % lagen, die Industrieprofite „nur" bei etwa 11,5 %; daß sich diese Spanne derzeit noch weit erhöht haben dürfte, liegt auf der Hand. Und daß auch künftig nicht produktiv investiert wird, liegt an einem schrumpfenden Binnenmarkt; die Masseneinkommen gehen aufgrund der vom IWF verordneten „Austerity"-Politik weiter zurück, die absolute V e r e l e n d u n g schreitet weiter voran, denn die innere Verschuldung zwingt zu einer restriktiven Haushaltspolitik.

Die äußeren Kredite werden also nicht produktiv investiert, sondern nur noch spekulativ von den inländischen Banken und für die Bedienung der äußeren Schuld verwendet. Hinzu kommt noch der Import von einigen Luxuswaren für die parasitäre Oberschicht Brasiliens, die aber ebenfalls zunehmend unter Druck gerät.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die äußeren Kredite in Form von Staatsschuldpapieren an die Kreditnehmer — überwiegend die nationalen Banken — zu solch günstigen Konditionen ausgegeben werden, daß eine produktive Investition nicht lohnt. Die Banken wiederum finanzieren damit den eigenen Staatshaushalt und kassieren durch den Verkauf von Schatzbriefen wiederum hohe Zinsen.

Nun gibt es leider keine exakten Angaben oder Schätzungen darüber, was die nationalen Unternehmer und staatlichen Gesellschaften mit ihrem Kapital betreiben. Die hohen Anlagen auf den internationalen Finanzmärkten jedoch deuten darauf hin (7), daß sich das Industriekapital genau so spekulativ zu bereichern versucht wie die Banken.

Einige Schlußfolgerungen

Im Prinzip haben die Länder der „3. Welt" nur 4 Möglichkeiten, das Schuldendilemma zu „managen". Erstens durch den Versuch, die eigenen Exporte kräftig zu steigern - zu Lasten der eigenständigen Entwicklung und zu reinen Ausverkaufspreisen.

Zweitens durch rigorose Importdrosselungen, was nicht nur zu Lasten der Bevölkerung geht, sondern ebenfalls die eigene wirtschaftliche Entwicklung behindert.

Drittens durch faktische Zahlungsmoratorien, die das Problem der Schulden höchstens aufschiebt, aber nicht löst.

Und viertens durch weitere Aufnahme kurzfristiger Kredite, um damit zumindest die nächsten 12 Monate zahlungsfähig zu bleiben — bis zur nächsten Umschuldung.

Alle diese 4 Formen werden von den Ländern der „3. Welt" angewandt, ohne jedoch die Probleme lösen zu können — im Gegenteil.

Entscheidend dabei ist, daß sich tendenziell zwei Entwicklungen abzeichnen, die sich gleichermaßen katastrophal für die ‚Entwicklungsländer' auswirken.

Zum einen findet derzeit ein Ausverkauf der nationalen Ressourcen (zumeist der Rohstoffe) statt, die in Zukunft fehlen werden. Der Tauschwert der Exportwaren ist so gering, daß immer mehr Rohstoffe auf den Markt geworfen werden und bei einer Konkurrenzsituation gegenüber anderen Exporteuren aus der „3. Welt" die Devisenerlöse noch weiter herabgedrückt werden. Davon profitiert kein anderer als der Imperialismus. Zum zweiten findet in den Ländern der „3. Welt" ein Prozeß der D e i n d u s t r i a l i s i e r u n g statt, die Länder der „3. Welt" werden also in ihrer Entwicklung weit zurückgeworfen. (24)

Auf Brasilien bezogen läßt sich nachweisen, daß viele industrielle Großprojekte, die mit ausländischem Kapital finanziert wurden, inzwischen nutzlos herumstehen bzw. gar nicht zu Ende geführt werden konnten, da nunmehr kein Kapital dafür vorhanden ist. Zu nennen wäre z.B. die transamazonische Straße, die nur teilweise befahrbar ist; ein Stahlbahnprojekt mußte auf halber Strecke abgebrochen werden; der gigantische Staudamm von Itaipu liefert keine Energie nach Sao Paolo, da kein Geld für die Verlegung von Hochspannungsleitungen vorhanden ist; ein Eisenindustriekomplex von Minas Gerais harrt der Vollendung und auch zwei bundesdeutsche Kernkraftwerke können nicht gebaut werden, obwohl das nötige Material bereitsteht (Romeo Rey in der „FR", 9.3.1984). Zu verantworten haben dies nicht nur die imperialistischen Länder, sondern auch die nationalen Bourgeoisien der Länder der „3. Welt", die weitgehend alles andere getan haben, als die Kredite produktiv zugunsten des Aufbaus einer nationalen Infrastruktur etc. zu investieren. Die Kredite flossen größtenteils in die Rüstungskäufe (dies gilt insbesondere für die Länder der OPEC, aber auch für Brasilien und andere lateinamerikanische Länder) oder dienten zur Befriedigung der Bedürfnisse der herrschenden Klassen (Importe von Luxusgütern). T e i l e der nationalen der herrschenden Klassen (Importe von Luxusgütern). T e i l e der nationalen Bourgeoisien sind sogar an dieser Verschuldung interessiert — vor allem die nationalen Banken, die p a r a s i t ä r von den Spekulationen auf den Finanzmärkten „leben".

Daran zeigt sich die Tendenz, daß die Dominanz des Zinses vor dem industriellen Profit die herrschenden Klassen in den Ländern der „3. Welt" in eine Lage getrieben hat, zunehmend auf die eigene produktive Akkumulation zu verzichten, das Interesse an der Entwicklung eines eigenen Binnenmarktes zu verlieren und umso ehrgeiziger an den internationalen Spekulationsgeschäften teilzuhaben — als parasitäre Nutznießer einer kleinen Oberklasse, vollkommen abhängig und eingebunden als Schuldner vom internationalen Finanzkapital.

Damit sind diese Sektoren der herrschenden Klassen mit am Ruin der Länder der „3. Welt" beteiligt und ihr häufig zur Schau gestellter „Anti-Imperialismus" bloße Demagogie, um von den eigenen Schweinereien abzulenken.

Nichts demonstrierte die Abhängigkeit dieser Bourgeoisien mehr als eine „Schuldner-Konferenz" der lateinamerikanischen Staaten in Caracas im September letzten Jahres, an der auch die USA teilnahmen. Im Vorwege der Konferenz mutmaßten bürgerliche Zeitungen schon über die Bildung eines „Schuldner-Kartells", das sich womöglich dazu entschließen könnte, die Schulden nicht mehr zu bezahlen. Doch dazu kam es natürlich nicht: alle lateinamerikanischen Länder wollten von einem „Kartell" nichts wissen und beschränkten sich auf ein paar Vorschläge, u.a. die Verminderung der Schuldendienste durch Streckung der Kreditlaufzeiten, so daß die zu steigernden Exporte ausreichen würden, die Zinszahlungen zu leisten; eine Beibehaltung des Kreditflusses sowie eine Erleichterung der gefürchteten IWF-Auflagen zur „Anpassung" der Wirtschaft. Doch viele dieser Forderungen wurden im Verlaufe der Konferenz auf Druck der USA wieder fallengelassen, so daß es sogar zu einem gemeinsamen Abschlußdokument kam, das nichts weiter enthält als allgemeine Absichtserklärungen. Der Vertreter der USA erklärte ausdrücklich, daß die lateinamerikanischen Länder auch künftig kräftige Sparmaßnahmen ergreifen müßten, um aus der Misere herauszukommen (25).

Dieses Beispiel zeigt, wie sehr das Diktat der Zahlungsbilanz „greift" und die Abhängigkeit vom Imperialismus bereits gediehen ist. Nun wird in den Medien des öfteren ein weiteres Szenario entworfen: was ist, wenn ein verschuldetes Land schlicht seine Zahlungsunfähigkeit und Pleite erklärt und sich weigert, die Zinsen und Kredite zurückzuzahlen? Dieser Fall ist höchst unwahrscheinlich und reine Propaganda. In solch einem Falle erginge es einem Land der „3. Welt" etwa so wie einem Kleinbetrieb, der pleite ist. Das Finanzamt würde auftauchen und sämtliche betrieblichen Guthaben in Geldform oder in Eigenmitteln (Grundstück, Wert der Maschinen usw.) registrieren und als Konkursmasse einziehen.

Übertragen auf die „3. Welt" bedeutete dies, daß alle verfüg- und erfaßbaren Guthaben im Ausland sofort mit dem „Kuckuck" versehen würden: also etwa Guthaben auf westlichen Banken, Exportwaren aller Art usw. Anders ausgedrückt: die Gläubiger würden so ziemlich alles beschlagnahmen und als „Gegenwert" einbehalten, der Rückfluß der Exporterlöse wäre gestoppt. Was das für ein in der Regel stark exportabhängiges Land in der „3. Welt" bedeuten würde, das viel zu sehr vom Weltmarkt abhängig ist, liegt auf der Hand.

Auswege

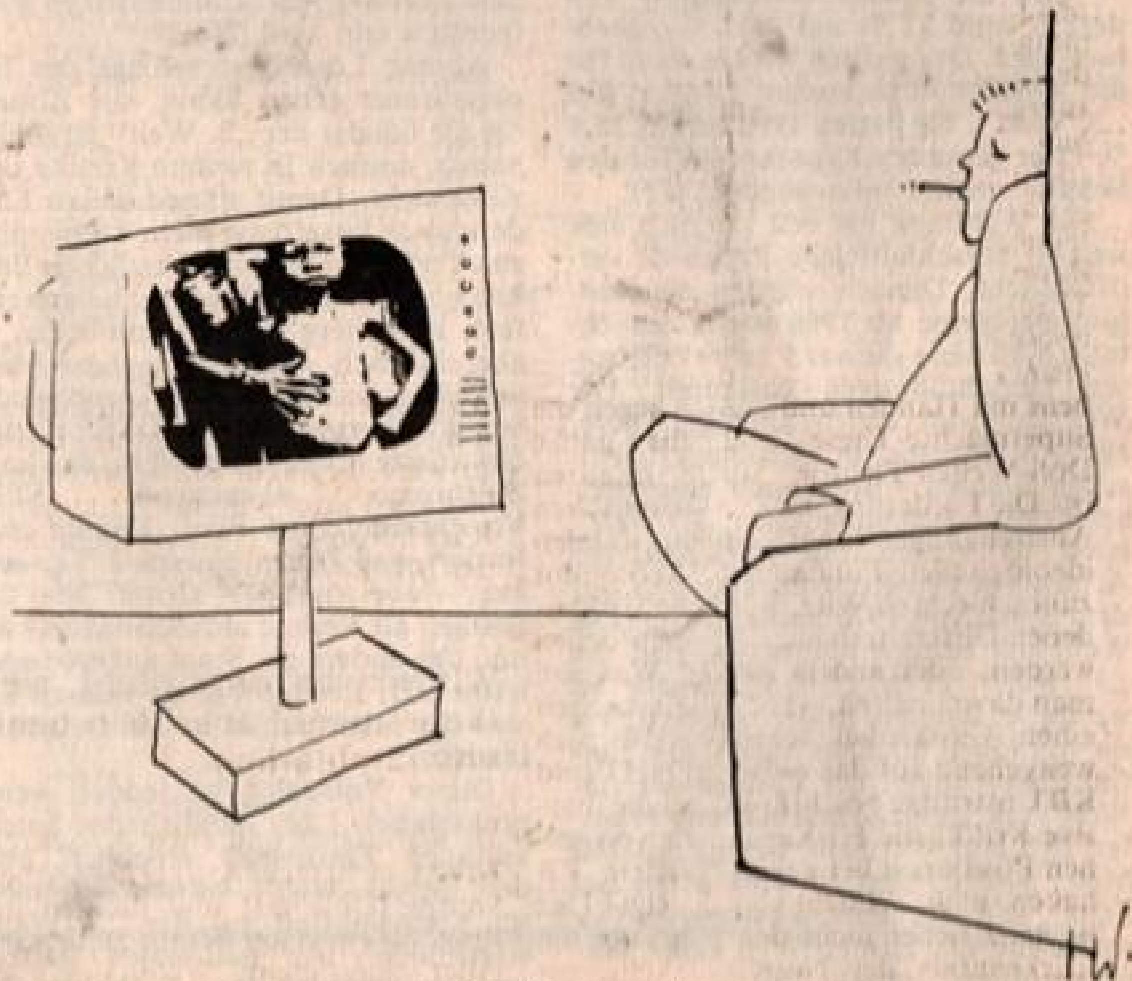
Systemimmanent gedacht, könnte ein Ausweg aus der Verschuldungskrise darin bestehen, daß die Weltwirtschaft einen vielbeschworenen Aufschwung nimmt und sich in diesem Rahmen auch die Austauschverhältnisse der Länder der „3. Welt" gegenüber dem Imperialismus verbessern. Damit einhergehen müßte eine Geldentwertung (Inflation) der Hauptwährungen der Welt, vor allem des US-Dollar und eine rapide Zinssenkung. Diese Annahmen bleiben jedoch reine Theorie, da die monetaristische Politik vor allem der USA nicht aufgegeben wird. Die USA brauchen die Politik der Geldverteuerung, der Wucherzinsen, um damit ausländisches Kapital anzulocken, mit dem u.a. die Aufrüstung finanziert werden soll. Und ein gesteigertes Wirtschaftswachstum ist lange nicht in Sicht, im Gegenteil: das internationale Kapital ringt vor allem darum, die Produktionskosten durch Veränderung der organischen Zusammensetzung des Ka- duktionskosten durch Veränderung der organischen Zusammensetzung des Ka- pitals zu senken (Stichwort: „neue Technologien"). Unter diesen Bedingungen können die Länder der „3. Welt" lange darauf warten, daß sich ihre Lage bessert. Auch revolutionäre Umwälzungen in der „3. Welt" werden die Verschuldungsproblematik nicht mit einem Schlage beseitigen können. Sie sind im Interesse der Völker der „3. Welt" jedoch der einzige Weg, um die Sache wenigstens in den Griff zu kriegen. Die Beseitigung der parasitären Bourgeoisien in der „3. Welt" verhindert zumindest, daß einige Sektoren sich an der Verschuldung auf Kosten der Bevölkerung bereichern. Unter den Bedingungen einer antiimperialistischen Revolution könnte eine Politik betrieben werden, die zunächst die Versorgung der eigenen Bevölkerung sicherstellt, den Aufbau einer gewissen Infrastruktur gewährleistet und gezielte Exportproduktion betreibt, um die Erlöse nicht zu verspekulieren, sondern teils produktiv einzusetzen, teils für die Zinszahlungen zu verwenden. Und objektiv betrachtet, schreien die Verhältnisse in der „3. Welt" geradezu danach, da unter den Verschuldungsbedingungen die Klassengegensätze in der „3. Welt" sehr scharf zutage treten.

Und genau auf solche Situationen bereitet sich der Imperialismus vor. *„Die notwendige Roßkur wird ... gewiß nicht ohne ein hohes politisches Risiko des Schuldners verordnet werden müssen"*, schrieb Heinz Brestel in der „FAZ" (19). Damit ist vorprogrammiert, daß Grenada kein Einzelfall bleiben wird.

D., Westberlin

Anmerkungen

1) So z.B. die „FAZ" v. 27.5.82
2) E. Altvater: „Der Teufelskreis der Auslandsverschuldung" in: „Prokla" 52, S. 3-39
3) Die „taz" v. 27.1.83 gibt 500 Mrd. Dollar, die „FAZ" v. 15.2.84 ca. 446 Mrd. Dollar Privatschulden an.
4) „FR", 30.3.83
5) Welche verheerenden innenpolitischen Folgen die Verschuldung und die daraus resultierenden „Auflagen" oder „Roßkuren" seitens der Weltbank oder des IWF in der „3. Welt" haben, ist bereits mehrfach am Beispiel einzelner Länder dargestellt worden. Zu Brasilien vergleiche AK 242, S. 33; zu Mexiko siehe AK 232, S. 15.
6) Der durchschnittliche Gewinn-Transfer für den Imperialismus beläuft sich auf ein Verhältnis von 1:2,37 — d.h. aus einem investierten Dollar werden 2,37 Dollar transferiert (aus: Fidel Castro, „Die ökonomische und soziale Krise in der Welt", 1983, S. 86).
7) „FAZ", 15.2.84
8) „Der Spiegel", 6.9.82
9) Interview mit E. Altvater, in: „taz", 16.8.83
10) Fidel Castro ..., S. 88, siehe Anm.6
11) Aus: „Sozialismus" 2-83 (SoSt), S. 13
12) Castro ..., S. 91
13) Die international gerade geltenden Zinssätze auf den Kapitalmärkten werden im „Libor-Satz" (London) angezeigt.
14) Castro ..., S. 19/20
15) Castro ..., S. 91
16) Ausdruck der Loslösung monetärer Prozesse von denen der produktiven Kapitalakkumulation ist die Tatsache, daß die Wachstumsraten des Welthandels in den siebziger Jahren auf ca. 6,5% zurückfielen, während mit dem Leihkapital Raten von 30% erzielt wurden! (Anm. 2).
17) siehe „FAZ", 19.6.82 und 19.1.83
18) Angaben der Weltbank entnommen aus Castro ..., S. 93
18) Angaben der Weltbank entnommen aus Castro ..., S. 93
19) Heinz Brestel in „FAZ", 25.11.83
20) „Der Spiegel", 19.12.83
22) H. Ehmke, „Überlegungen zur Selbstbehauptung Europas" in: „FR", 18.2.84
23) Abschließend sei darauf hingewiesen, daß es sich bei den Verschuldungs-Szenarios um nichts anderes als chauvinistische Propaganda handelt. Denn Umschuldungsaktionen und Bankenpleiten finden in den imperialistischen Metropolen selbst statt. Für die BRD seien hier nur die Herstatt-Pleite oder der Konkurs der SMH genannt oder die „Umschuldung" bei der AEG.
24) Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß der Imperialismus als Forderung von der „3.Welt" neben günstigen Kapitalverwertungsbedingungen in letzter Zeit vor allem Anstrengungen verlangt, den Agrarsektor und damit die eigene Versorgung zu stärken. Obwohl diese Forderung richtig ist, kommt sie aus diesen Kreisen nicht von ungefähr: da die Länder der „3. Welt" häufig die Nahrungsmittelimporte gar nicht bezahlen können, ist dieses Geschäft nicht lukrativ genug. Und Notstandslieferungen sind einfach nicht profitabel.
25) „FR", 6. und 8.9.83
26) Nach „FR", 1.3.84



„Scheißprogramm!"

Deutschland, Deutschland über alles?

Eine Antwort auf Heiner Karuscheit

Im letzten „Arbeiterkampf" veröffentlichte Heiner Karuscheit von der „Neuen Hauptseite Theorie" (NHT) einen Artikel „Welkes Grün und rosa Pläne", der sich um eine Einschätzung der Situation der Linken und ihrer Perspektiven bemühte. Dieser Artikel liest sich sehr glatt und endet mit der hoffnungsvollen Prognose: daß die revolutionäre Linke künftig *„einem Abwanderungsprozeß ähnlich wie in den 70er Jahren unterliegen werde, ist angesichts der Entwicklung bei den Grünen und der reformistischen Linken nicht zu unterstellen. Eher ist anzunehmen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit vorrangig theoretischer Anstrengungen zur Schaffung eines stabilen ideologischen Fundaments heute auf fruchtbaren Boden fällt"*.

Unter „theoretischen Anstrengungen" versteht die NHT in letzter Zeit vornehmlich die Klassen- und Imperialismus-Analyse, die bereits seit Entstehung der ML-Bewegung auf der Tagesordnung stehe, von dieser jedoch aufgegeben worden sei. So angenehm die Prognose wachsenden Interesses für sozialistische Theorie sein mag — hinter dem Artikel von H. Karuscheit stehen ganz andere Intentionen; es ist zwar schlau, aber nicht unbedingt redlich, daß er diese den AK-Lesern verschwieg. Denn die zentrale politische Frage ist für H. Karuscheit und die NHT, die noch immer an der Drei-Welten-Theorie (Anm. 1) festhält, keineswegs die Theorie an sich, sondern die „deutsche Frage". In der letzten Ausgabe der „Aufsätze zur Diskussion", dem Organ der NHT, schrieb A. Schroeder als Fazit eines Kommentars zur Friedensbewegung: *„Ohne eine Kritik der Entspannungspolitik und ein erneutes Aufwerfen der deutschen Frage ist der sozialdemokratischen Hege-*

*Kritik der Entspannungspolitik und ein erneutes Aufwerfen der deutschen Frage ist der sozialdemokratischen Hege-**monie in der Friedensbewegung nicht beizukommen."* (AzD Nr. 24, S.10) Und H. Karuscheit schrieb in derselben Ausgabe (in einem Artikel „Die Sozialdemokratie, die Entspannungspolitik und die Illusionen der Friedensbewegung"): Die „deutsche Frage" bilde *„den Schlüssel zu den anderen Fragen, ihr Offenhalten zugleich den Schlüssel für den letztlich imperialistischen Charakter sozialdemokratischer Politik"* (S.39). Die „Komplizen: SPD und DKP" kämen aus unterschiedlichen Gründen zu einer übereinstimmenden Taktik: *„Will die SPD die ‚deutsche Frage' auf keinen Fall auf die Tagesordnung setzen, um sie bis zu einer späteren Lösung im Interesse der Herrschenden (und d.h. im revanchistischen Sinne) offenzulassen, so will die DKP sie nicht aufwerfen, weil damit auch die Souveränität der DDR gegenüber der Sowjetunion aufgeworfen würde"* (ebd., S.32). Es ist von diesen Positionen her nur konsequent, die „Entspannungspolitik" wie jedes Festhalten an den gegebenen Grenzen in Europa anzugreifen, und das ist denn auch der Inhalt der von der NHT geforderten „Kritik der Entspannungspolitik".

Es ist dies, wenn auch moderater formuliert, der alte Unsinn der ML-Bewegung, soweit sie die Drei-Welten-Theorie mit ihrer Supermächte-These übernahm. Nun weiß natürlich auch Heiner Karuscheit, daß der KB zeitlebens mit Händen und Füssen gegen die Supermächte-These und die ganze Drei-Welten-Theorie Sturm gelaufen ist. Die Forderung nach „theoretischen Anstrengungen", nach einem „stabilen ideologischen Fundament" verkommt zum schlechten Witz, wenn die vorhandenen Differenzen nicht ausgesprochen werden, oder anders gesagt: Was soll man davon halten, wenn H. Karuscheit einen Gastartikel schreibt, der sich weitgehend auf das zwischen NHT und KB Unstrittige beschränkt und die massive Kritik, die H. Karuscheit von seinen Positionen her gegenüber dem KB haben muß, schlicht verschweigt? Das ist ganz sicher nicht der Weg, um die „Erkenntnis der Notwendigkeit vorrangig theoretischer Arbeit" umzusetzen, das bringt niemanden auch nur einen einzigen Schritt voran.

Krise der Grünen — Hoffnung der Revolutionäre?

Die Argumentation H. Karuscheits läuft darauf hinaus, daß die Krise der Grünen in Verbindung mit unattraktiven Konzepten der reformistischen Linken (SOST, SB, „Revier") zu einem Aufschwung der revolutionären Reste der alten Neuen Linken führen werde, worunter H. Karuscheit selbst die MG (Anm. 2) subsummiert. Diese Stärkung der revolutionären Kräfte sieht H. Karuscheit nicht vermittelt über die Einsicht in den Charakter dieses Staates und die Aggressivität seiner klassenmäßigen Grundlage, sondern über die abstrakte Sehnsucht nach einem „stabilen ideologischen Fundament". (Der Begriff Ideologie hat in der Linken noch immer diese scheußliche Verwendung. Für Marx war kommunistische Wissenschaft das Instrument, um die Ideologie, die er als „trügerischen Schein" der Verhältnisse ansah, zu durchstoßen. Insoweit ist es kurios, wenn sich ausgerechnet Marxisten nach einer „Ideologie" sehnen). Zurück zur Sache. Was sich heute in dem Spektrum der Grünen beobachten läßt, ist in der Tat die Sehnsucht nach einem „ideologischen Fundament", aber — und dies ist nicht verwunderlich — nach einer ideologischen Absicherung des vorausgesetzten Weltbildes. Insbesondere der rechtsgrüne Flügel versucht dies vehement (vergl. AK Nr. 244, S.14, „Ökolibertäre wollen um die Mehrheit kämpfen"). Die Krise der Grünen produziert mitnichten automatisch eine Linkswendung

Krise der Grünen produziert mitnichten automatisch eine Linkswendung oder eine Renaissance alter marxistisch-leninistischer Ideale. Sondern die Krise der Grünen produziert bei denen, die nicht den Weg der totalen Versumpfung gehen, zunächst Verwirrung. Die Krise der Grünen schafft das Scheitern der ML-Bewegung nicht aus der Welt. Daraus folgt aber auch, daß revolutionäre Kräfte nur dann von der Krise der Grünen profitieren können, wenn sie eine politische Antwort auf das Scheitern der ML-Bewegung haben. Und eine solche Antwort hat die NHT nicht, denn die NHT führt das Scheitern der ML-Bewegung wesentlich darauf zurück, daß diese Politik betrieb (statt Theorie), und versteht sich selbst als den theoretischen Flügel eben dieser ML-Bewegung. Bösartig gesagt: die NHT verkörpert die Theorie eines politischen Leichnams. Dort, wo die NHT sich dennoch zur Politik äußert, zieht sie sich zurück auf Positionen der gescheiterten ML-Bewegung: „Einheit der Kommunisten", Drei-Welten-Theorie, und die „deutsche Frage", ein Erbstück, an dem die NHT trotz aller Einsicht in den imperialistischen Charakter der BRD zäh festhält.

Unterstellt, die Einschätzung H. Karuscheits sei richtig und es käme aus der Krise der Grünen heraus zu einer sich kommunistisch verstehenden Blockbildung, die neben theoretischer Arbeit politisch vor allem auf dem Aufwerfen der „deutschen Frage", d.h. der Wiedervereinigung, insistiert, so wäre dies kein Fortschritt über die Grüne Partei hinaus, sondern ein Rückfall in die gröbsten Dummheiten der ML-Bewegung.

Wir wissen zwar nicht, wo es längs geht, aber wir beeilen uns fürchterlich...?

H. Karuscheit und auch A. Schroeder haben mehrfach Artikel im Arbeiterkampf publiziert, und dies ist unbedingt als ein erster Schritt zu begrüßen. Aber nicht mehr. Wenn dieser erste Schritt nicht dazu führt, daß die Karten auf den Tisch kommen und über die politischen Vorstellungen debattiert wird, die zwischen NHT und KB konträr sind, dann ist nichts gewonnen. Gerade, wenn es stimmen sollte, daß die Krise der Grünen zu größerem Interesse an sozialistischen Positionen führt, gerade dann ist politische Bestimmtheit in grundsätzlichen Fragen wie der deutschen Wiedervereinigung oder der Anerkennung der europäischen Grenzen von allergrößtem Interesse. Und die NHT wird ihre These, die „deutsche Frage" sei der Schlüssel aller anderen Fragen, schon näher erläutern müssen. Zumal die Grünen in die Krise gerieten, obwohl gerade sie in ihrer praktischen Politik „blockübergreifende" Ansätze entwickeln, obwohl sie die Solidarnosc und die sog. „unabhängige Friedensbewegung der DDR" unterstützen etc. Wenngleich die grünen Akteure die Konsequenzen selten so krass formulieren wie die NHT, kann kaum übersehen werden, daß die Grünen gegenüber der SPD und DKP eine Ostpolitik protegieren, die den Vorstellungen der NHT recht nahe kommt. Allerdings — die Protagonisten der grünen Ostpolitik Marke „Weg von Jalta!" (Anm. 3) waren und sind nicht eben die linken Teile der Grünen.

Es ist höchst unwahrscheinlich, daß aus der grünen Krise heraus sich relevante Teile der Grünen Partei veranlaßt sehen werden, ein „ideologisches Fundament" auf ML-Basis zwecks erneutem Aufwerfen der „deutschen Frage" anzustreben. Und das läßt mich doch noch etwas hoffen...

J., Hamburg

Anmerkungen der Redaktion

1) Eine Mitte der 70er Jahre von der KP Chinas entwickelte Theorie, die hierzulande vor allem von der (1980 aufgelösten) „KPD" und vom KBW buchstabengetreu übernommen wurde. Im Wesentlichen fordert diese Theorie, daß sich die „Zweite Welt" (die kapitalistischen Industriestaaten und Großmächte mit Ausnahme der USA) und die „Dritte Welt" zusammenschließen müßten zum Kampf gegen „die beiden Supermächte" („Erste Welt"), d.h. gegen die Sowjetunion und die USA. In der Praxis geht es darum, den Großmächten (mit Ausnahme der „beiden Supermächte") den imperialistischen Charakter abzusprechen und letzten Endes sogar ein Bündnis mit den USA gegen die Sowjetunion („die gefährlichere Supermacht") anzustreben.

2) MG steht nicht für Maschinengewehr, sondern für Marxistische Gruppe. Ein fast ausschließlich im Universitätsbereich existierender Verband, der viel Zynismus und Geistreichelei aufbietet, um permanent den Nachweis zu führen, daß politische Arbeit jeder Art für den Arsch ist. Attraktiv für Leute, die gern so tun möchten, als ginge es ihnen um linke Politik, und die zugleich ein eindrucksvolles Alibi brauchen, um diese Politik nicht machen zu müssen.

3) In Jalta auf der Krim fand im Februar 1945 eine der Konferenzen statt, auf denen die Alliierten die europäische „Nachkriegsordnung" aushandelten und festlegten. Unter der meist ziemlich gedanken- und geschichtslos übernommenen Parole „Weg von Jalta!" verstehen erhebliche Teile der Friedensbewegung die „Überwindung der Blockkonfrontation" sowie der „Spaltung Europas" (und Deutschlands), die kurzerhand auf das Treiben der „Supermächte" statt auf die Politik des nazistischen Deutschlands zurückgeführt werden. Zugleich ist „Weg von Jalta!" auch eine Parole bürgerlicher Politiker, die damit meinen, daß die damals ausgehandelte Teilung Europas in Einflußzonen der USA und der Sowjetunion in Frage gestellt werden soll. Praktisch zielt diese Parole darauf, das osteuropäische Vorfeld der Sowjetunion in den Machtbereich von NATO und EG hinüberzuziehen.





Aus der Heimat — was uns einfiel

Oder du hast da zwei Parlamentarier: der eine vertritt inzwischen einen „radikalen Reformismus", weil er glaubt, mehr sei nicht drin, und der andere hält in der Theorie die Revolution hoch und in der Praxis hält er auch nur Reden im Parlament. Die Reden des einen tun den Regierungsparteien sichtlich weh, sind frech und mutig, die des anderen sind schulmeisterlich betulich und kommen nie zum Punkt, wo's der Regierung weh tun könnte. Die Regierungsparteien leben jedesmal

men nie zum Punkt, wo's der Regierung weh tun könnte. Die Regierungsparteien leben jedesmal auf, wenn sie ihn vor sich am Podium haben. Von dem einen weiß ich, daß er sich geschlagen hat, wann immer es Sinn hatte, von dem anderen weiß ich in dieser Hinsicht herzlich wenig, und die Stadt, aus der er kommt, ist nicht gerade als Unruheherd in die Geschichte der Republik eingegangen.

(aus: Kommune 3/84)

... Oder du hast einen Dritten: Der vertritt mal dieses, mal jenes, weil er glaubt, so weht der Wind und mehr sei nicht drin; in der Theorie hält er die Wetterfahne hoch, und in der Praxis ist er auch nicht besser.

Wie er in seinen Schriften den Herrschenden immer wieder das eigene Terrain streitig macht, ist kühn, ja wagemutig, und läßt sie stets erschrecken.

Von dem Dritten wissen wir, wie er den Sturm auf Brokdorf von seinem Frankfurter Hauptquartier aus leitete — seine Truppen dabei ähnlich spärlich angezogen wie Jahre später die Vorhut jenes legendären Nackten-Sonntags an der Startbahn West.

Der Dritte schlug sich, wann immer es Sinn hatte: politischen Gegnern, sofern sie Linke waren, bedeutete er frech und mutig, was in seiner gesellschaftlichen Utopie auf sie wartet (Galgen, im Kot ersticken, Fischmehl-Fabrik ...).

Er kippte einen Magistrat nach dem anderen. Vorher, 67/68 und in den folgenden Jahren, ließ er keine Universität unbesetzt. Das Städtchen Heidelberg, wo er wirkte, ist durch seine wilden Streiks von 1969 (GEW) als Unruheherd in die Geschichte dieser Republik eingegangen. Noch heute zeugen ein bis zwei Parolen an den Mauern des Philosophicum von diesen gloriosen Zeiten.

Wir erzählen dem Klassen-Gegner sicher nichts Neues:
Zittert vor j.s.!
Dieser knallharte Vollblutrevolutionär gibt mehr her als sein Schuhwerk vermuten läßt!

Eine Bewunderin aus unserem schönen Vogelsberg

Einladung zur Schulung zur Staatsfrage in Nürnberg

Wie sollen sich Kommunisten zu Wahlen verhalten? Welche Chance hat Parlamentsarbeit überhaupt? Welche Funktion hat der bürgerliche Staat? ... sind Fragen, die sich heute jeder/jedem Linken stellen. Als notwendiges Hintergrundmaterial zur Klärung dieser Fragen wollen wir einen dreiteiligen Schulungszyklus über den bürgerlichen Staat durchführen.

Im ersten Teil wollen wir uns die theoretischen Positionen der marxistischen Klassiker zur Staatsfrage aneignen.

Im zweiten und dritten Teil soll dann die historische Entwicklung des bürgerlichen Staates behandelt werden und eine Auseinandersetzung mit den Positionen „moderner" Reformisten zum Staat laufen.

Der erste Schulungsteil findet am 2./3. Juni in der Nähe von Nürnberg statt.

Interessierte können sich bis zum 1. Mai anmelden bei: M. Pickardt, Postfach 910 552, 8500 Nürnberg.

Die Materialien zur Schulungsvorbereitung schicken wir dann zu.

Die Schulung ist offen für alle AK-Leser/innen aus dem fränkischen/bayerischen Raum, die sich mit den theoretischen Positionen und der praktischen Politik des KB auseinandersetzen wollen.

KB Nürnberg

Frankreich:

French Power ...

VIVE LA CRISE!

Keine Ab- und Umwege à la „Subsidiaritäts-Prinzipien'' oder „öko-libertäre Utopien'': Der letzte Schrei dieser Pariser Saison lautet: „Vive la crise''. Tout simplement.

Da kommen die japanischen Modemacher mit ihrer gestylten Lumpen-Mode nicht mehr mit ...

Jedenfalls: So aufreizend benannte sich eine 90-minütige politökonomische Show, die, von Yves Montand moderiert, am 22. Februar vom französischen Fernsehen gesendet wurde. Stets um das Einholen des Zeitgeschmacks bemüht, veröffentlichte „Libération'' pünktlich zur Sendung eine 80-seitige Sonder-Nummer: *„Vive la Crise! Die große Umwandlung der 80er Jahre, erzählt von Yves Montand''.*

Es handelt sich hierbei um etwas eigentlich sehr Einfaches, sehr Logisches: Wenn wir die Krise weder verhindern, noch verändern können (dieses Jahr sollen in Frankreich weitere 400.000 entlassen werden, siehe AK 244), was liegt denn dann näher als ... uns selber zu verändern!? Das Sein bestimmt das Bewußtsein? Dann ändern wir doch das Bewußtsein! Und der Rest kommt dann wie von selbst: „vive la crise!''. Ist es nicht furchtbar aufregend!?

Eine große westliche Kulturrevolution

Krise, Krise und nochmals Krise: Überall trifft man auf dieses Wort. Libanon„krise'', Währungs„krise'', internationale „Krise'', Nerven„krise'', Beziehungs„krise'', ideologische „Krise'', Theater„krise'' und und und — seit Ende der 70er Jahre hält dieses Wörtchen hartnäckig den ersten Platz bei der Hitparade der Begriffe.

Dieses Phänomen findet Serge July, Chef-Redakteur von „Libération'' (wie André Glucksmann aus der „Gauche Prolétarienne'', „GP'', kommend. Verdammt lange her ...), einerseits positiv, andererseits negativ. Positiv, weil es die *„Simultan-Übersetzung einer außergewöhnlichen Bewußtseinsnahme''* sei. Die Menschheit hat erkannt: Alles hängt irgendwie, irgendwo miteinander zusammen.

Negativ, weil der Begriff „Krise'' eine vorübergehende Krankheit suggeriert. Vorübergehend, sofern sich gute Ärzte oder adäquate Medizinen einfinden. DIE Krise jedoch ist etwas anderes: *„Die Krise ist unser Schicksal und ihr Horizont ist planetarisch''*, prophezeit July.

Wenn kein Arzt helfen kann, dann heißt es logischerweise Hilfe zur Selbsthilfe. Beweisführung? 1981 haben bekanntlich die Franzosen den Arzt gewechselt. Hat es ihnen im Kampf gegen die Krise etwa genützt? Eben. Also.

„Das, was wir heute erleben, wird solche bedeutende Veränderungen mit sich bringen, wie etwa eine Ge-

„Das, was wir heute erleben, wird solche bedeutende Veränderungen mit sich bringen, wie etwa eine Ge-
schlechtsverwandlung'', visionniert July weiter. Eine **„große westliche Kulturrevolution''**, (July) muß eingeleitet werden. Es versteht sich von selbst, daß solche Aktionsformen wie etwa Streiks oder Demonstrationen, wie sie die altmodisch denkenden italienischen Gewerkschafter gerade durchgeführt haben, passé sind.

„Um die Krise positiv zu machen, müssen die passiven Subjekte aktiv werden, müssen aus den versorgten Bürgern unternehmungsbereite Bürger werden''. „Vive la Crise!'' soll eine „populäre'' Parole werden. Ja — eine Losung, *„unter der die Wahlen gewonnen werden können''*. Und wie?

„Indem man bei jedem von uns den Wunsch weckt, sein Leben zu wechseln. Das bedeutet, innerhalb des einen und gleichen Lebens öftermal den Beruf, den Wohnort, unter Umständen auch das Land, also auch die Kultur, die Freundschaften, die Partner zu wechseln — indem man gleichzeitig sich selbst bleibt''. (July. Alle Zitate aus „Libération'', Februar '84, S. 3). Man sollte nicht gleich stöhnen vonwegen: „Spinnereien ... Als ob wir hierzulande mit so'm Zeug noch nicht genug gestraft wären ...'' ?stellt Euch vor: Es gibt das Elyseum, und das Volk geht hin, Übernimmt es in einer großen, nationalen Tausch-Aktion ...

Oder egoistischer betrachtet: Wir bleiben wir, July bleibt July. Nur die Bankkonten tauschen wir ...

Das einzige Bremsende bei solchen Träumen ist die Erfahrung von so circa 4,5 Millionen Menschen, ob hier, ob dort, die, ganz avantgardistisch, bereits vor Jahren so ziemlich alles erfüllt haben, was July heute postuliert: Sie haben den Beruf, das Land, die Kultur gewechselt, und dennoch ...

Wer will, der kann auch ...

Es war einmal ein kleiner Junge, der stammte aus einer italienischen Arbeiter-Familie, die nach Frankreich emigriert war. Mit 11 mußte er schon arbeiten gehen. Und heute?

Hat Ives Montand es etwa nicht geschafft? Einiges Biographisches — bekanntlich stand Montand jahrelang der KPF äußerst nahe. *„Damals war man Stalinist, genauso gut wie man Churchillianer, Gaullist oder auch Rooseveltianer war: Es ging darum, die Nazis rauszujagen''*, sagt er heute. Der erste große Riß zwischen der KPF und ihm passierte 1956, anläßlich der ungarischen Ereignisse. Heute erklärt Montand den Kampf gegen das System der Gulags und gegen diejenigen, die es verteidigen, zu seiner Priorität.

Reagan soll auch bekämpft werden — allerdings: *„Reagan kann man auswechseln — die SU-Führer jedoch*



nicht'' („LM'', 5.1.84). An der Mitterrand-Regierung schätzt er besonders die Entschlossenheit in Sachen Raketen-Stationierung. *„Als die Sowjet-Union die SS 20 stationierte, gab es keine Protestbewegung. Die gab es erst bei der westlichen Entscheidung zur Wiederherstellung des Gleichgewichts''*, klagt Montand (ebda.). Wie auch André Glucksmann, der (von Paris aus) erkannt hat, daß von allen Ländern Latein-Amerikas Kuba die stärkste Konzentration politischer Gefangener pro Quadrat m e t e r aufweist, bedauerte Montand anläßlich des Tschad-Konflikts: *„Wenn ich mit einem Gewehr umgehen könnte, dann würde ich selbst darunter gehen''* (aus einer franz. Fernseh-Sendung, zit. nach „Vorwärts'', 9.2.84). In einem abschließenden Artikel der „Libération''-Sonder-Nummer faßt Montand seine Gedanken zusammen. Er erinnert beispielsweise an seinen Vater, der Hilfsarbeiter war und sich trotzdem drei Abende pro Woche Zeit für Französisch-Unterrichte nahm.

Was ist daraus zu lernen?

„Wenn diejenigen, die arbeiten, immer nur die Hand ausstrecken, dann werden sie zu Fürsorge-Fällen, und das ist für sie gefährlich ... Bei den technologischen Veränderungen, dem wissenschaftlichen Fortschritt, muß man sich

Ives Montand zum Rechtsextremismus: „Man muß die Dinge beim Namen nennen. Der Hauptfeind ist nicht dort, er ist im Gulag-System. Wir sind ja völlig chloroformiert.'' („FAZ'', 21.12.83)

anstrengen. Beispielsweise wenn man Ausländer ist: Da muß man Französisch lernen, und dabei möglichst den Ehrgeiz haben, Französisch besser zu können als alle anderen''. Im übrigen: *„Und Englisch zu lernen — das kostet kein Vermögen''.*

Runter von der sozialen Hängematte, und weg von den überholten Clichés: *„Es gibt kompetente und mutige Unternehmer. Besonders in den kleinen- und mittleren Betrieben. Diese müssen unterstützt werden ... Der Betrieb ist nicht nur ein Ort der Auseinan-*

kleinen- und mittleren Betrieben. Diese müssen unterstützt werden ... Der Betrieb ist nicht nur ein Ort der Auseinan-
dersetzung zwischen Belegschaft und Chef''.

Das weiß Montand aus erster Hand: Ihm fällt hierzu ein Film ein, den er mitgedreht hat. Da reichen sich Belegschaft und Unternehmer die Hand („Vincent, Paul et les autres'').

Derweil findet man auch in den größeren Betrieben gute Kapitalisten. Beispielsweise der französische Rüstungsmagnat Marcel Dassault: *„Leute wie Dassault beispielsweise haben Ahnung von der Maschine''* gemeint ist die gesellschaftliche Maschine). *„Und wenn sie ihre Arbeit gut verrichten, dann haben sie auch ein Anrecht auf Profite, sie müssen Profite machen''.* Allerdings mit einer Einschränkung: Sie dürfen keine anderen ahnungsvollen Kollegen vom Markt verdrängen (ebda.). Überhaupt, emotionslos analysiert, geht es den Leuten, auch wenn sie arbeitslos sind, gut. Jedenfalls , in den 30er Jahren war es schlimmer — da kämpfte man für's nackte Überleben.

Beruhigend weist Montand darauf hin, daß es immer was geben wird, wofür man kämpfen kann, wenn man gegen den Kapitalismus nicht mehr kämpft: Für mehr Demokratie, mehr Gerechtigkeit, mehr Freiheit. Man steht also nicht mit leeren Händen da.

Etwas mehr Freiheit. Beispielsweise für Le Pen (Chef der faschistischen „Front National'') und seine Freunde. *„Man sagt Le Pen = Hitler. Das ist doch wohl etwas einfach, oder? Sie demonstrieren doch nicht mit Stiefeln, Helmen und Uniformen ... Es wird immer Grüppchen der extremen Rechte geben. Voltaire hat mal gesagt: ‚Ich bin mit Ihrer Meinung nicht einverstanden, ich werde aber stets dafür kämpfen, daß Sie diese Meinung ausdrücken dürfen' ''.*

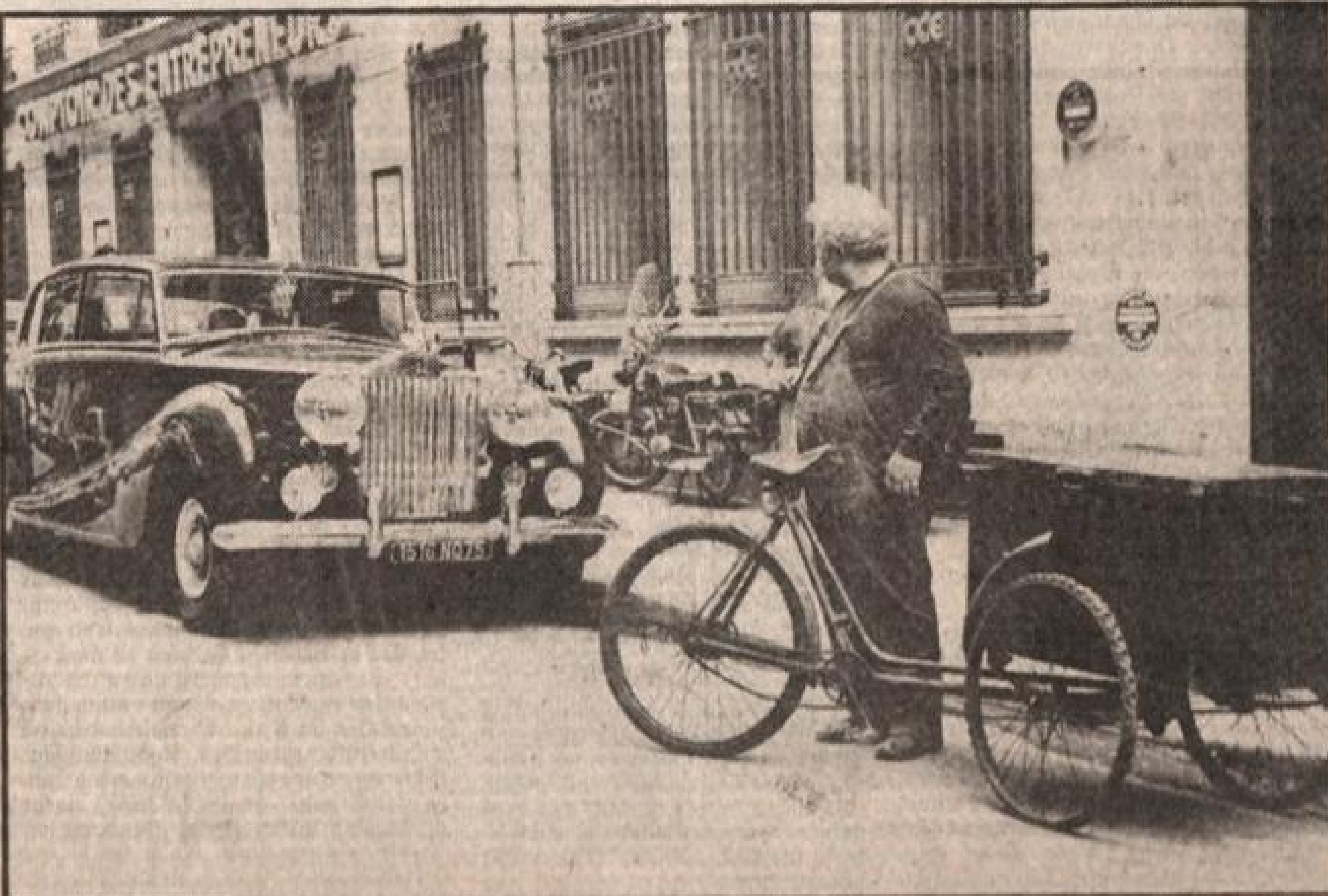
Die übrige Rechte? *„Die Rechte — das sind schließlich Leute wie Lecanuet, Chirac — der ein exzellenter Pariser Bürgermeister ist, genauso wie es gute sozialistische Bürgermeister gibt —, das sind Leute wie Barre, wie Simone Veil. Sind sie diejenigen, wovor Sie Angst haben? Wirkliche Angst? Aber wovor denn?''*

Nein, Angst ist nur vor den Russen-Knechten in der Regierung angebracht. Sie sind zwar heute, zugegebenermaßen, *„schweigsam, diskret und manchmal hilfreich''*. Aber ... stellt man sie mit dem Rücken zur Wand ... dann kommt's raus: Sie befürworten alles, ob in Polen, in Afghanistan oder in den psychiatrischen Anstalten. Sie begrüßen gar die *„Zerstörung der südkorea-*

ob in Polen, in Afghanistan oder in den psychiatrischen Anstalten. Sie begrüßen gar die *„Zerstörung der südkorea-*
nischen Boeing Maschine, die fast einen dritten Weltkrieg ausgelöst hätte''.

Global gesehen meint Montand: *„Man kann vieles über Reagan sagen. Wenn er aber erklärt, Latein-Amerika dürfe kein russisch-kubanischer Stützpunkt werden, dann hat er Recht''.* Die US-Politik ist nicht kriegstreiberisch, jedenfalls nicht im stärkerem Maße als die SU-Politik: *„Die Pershings sind stationiert, und im Gegensatz zu dem, was die Pazifisten angekündigt hatten, gab es keine Explosion des Planeten ...''* Wie man mit der kriegslüsternen SU umgehen sollte? Auch hierzu hat Montand einen Tip: *„Man soll natürlich weiterhin diskutieren ... In diesem Sinne habe ich diese Petition zum Tschad unterzeichnet mit Glucksmann, Kouchner und anderen. Wir haben nicht Frankreich aufgefordert, Kriegsaktionen zu beginnen. Wir haben lediglich gesagt: ‚Stellen wir die Berufsarmee an die Nordgrenze des Landes auf und laßt uns diskutieren'. Das ist das Gegenteil einer Aggressions-Politik''.*

Uff! Der weitere Gedankengang Montands weist eine verblüffende Ähnlichkeit zu mancher These aus dem Kreise der US-Regierung auf: *„Alles in Allem scheint mir eine weitere Gefahr zu existieren. Es ist der Terrorismus. Die Sowjets haben die Schlacht der SS-20 verloren. Ich habe den Eindruck, sie werden jetzt versuchen, auf andere Weise Europa zu destabilisieren''.* (Alle Zitate aus „Libération'', Februar 84, S. 80-83).



Montand for President?

„Reagan, der ein guter Präsident ist, hatte auf der Leinwand nur mäßige Erfolge; das kann ich von mir nicht behaupten'' („LM'', 5.1.84).

Politische Ambitionen hat er — noch — nicht: *„Ich versuche niemanden zu überzeugen. Alles, was ich sage, ist: ‚Haltet mich nicht für einen Idioten' ''* („Libé'', s.o.).

Es geht uns allen gut

Während der reiche westeuropäische Arbeitslose abnimmt, stirbt der wirklich Arme in der dritten Welt.

Ein marokanischer Schriftsteller schreibt: *„Frankreich ist ein glückliches Land, etwas mißgelaunt, aber glücklich ... In Frankreich redet man viel von Krise ... Was Europa Krise nennt, das ist etwas weniger Geld, etwas weniger Urlaub, etwas weniger Vorteile, einen Rückgang oder ein Stagnieren des Lebenstandards. Es ist eine Art Migraine, mit Schlaflosigkeit und Sorgen. Die Krise ist vielleicht in den Köpfen, wie die Soziologen meinen ... Die Krise beginnt dann, wenn ein ganzes Land die Fähigkeit zu staunen, die Fähigkeit des kreativen Enthusiasmus verloren hat ...''* („Libé'', Sonder-Nummer, S. 11).

„Wenn man sich an'' (staatliche) *„Fürsorge gewöhnt hat, dann verliert man den* (kreativen) *Atem und man kümmert sich nur noch um seinen Körper. Was dann am meisten fehlt, ist die selbstlose Geste, die Generosität, nicht nur gegenüber der dritten Welt, sondern gegenüber seinem eigenen Land. man ist wie amputiert. Und die Krise, das ist auch, sich dessen nicht bewußt zu werden''.* (ebda.).

Vor Monaten, anläßlich der kommunalen Nachwahlen, kursierten in Frankreich fingierte Briefe ausländi-

nalen Nachwahlen, kursierten in Frankreich fingierte Briefe ausländi-
scher Arbeiter in Frankreich an Familienangehörige in Algerien. Mustafa schrieb an Ali, wie toll alles in Frankreich sei — man bräuchte nichts zu machen und würde trotzdem Millionär werden. Mustafa erörterte auch perspektivische Gedanken: Wie er, zusammen mit allen anderen Mustafas und Alis, bald die Macht in Frankreich übernehmen würde. In „Libération'' schreibt nun ein Younès seinem Vetter Merzak in Algier, wie gut es sowohl französische wie algerische Arbeiter in Frankreich haben: Eine Wohnung zu finden? Kein Problem. Eine Arbeit zu finden? Auch kein Problem. Man kann Bananen kaufen, so viel man will, die Stereo-Anlagen sind spottbillig, und es gibt lauter verschiedene Jogging-Anzüge, nicht nur die eine Einheitsmarke wie in Algerien.

Immerhin räumt er ein: *„Ich gehe gerne spazieren, gucke mir die Schaufenster an. Man findet alle Preisklassen: in Barbès, bei Tati ist es wirklich nicht teuer, viel teurer ist es auf die Champs-Elysées. Aber was für eine Klasse! Cardin, Yves Saint Laurent, Dior, Anzüge für 2.200 Francs — die kann man nicht jeden Tag anziehen — klar, das kann sich nicht jeder leisten''* (ebda. S. 12).

Sogar ein richtiger Sandinist wird zitiert, um das Los der französischen Arbeitslosen aufzuheitern: *„In Frankreich bedeutet ‚soziales Drama' etwas weniger essen ... Arbeitslos in Frankreich zu sein, das bedeutet eine schwierige Situation, aber keine dramatische''* (ebda. S. 12).

Die Menschen sind eben verwöhnt: Seit 1946 ging es ihnen immer besser, und wenn's mal nicht so gut ging, breitete der Wohlfahrtsstaat seine schützenden Flügel über uns aus.

Sportler vor!

Europa ist heute nicht mehr Zentrum der Welt. Zwar ist Europa nach wie vor eine bedeutende Handels- und Indu-

striemacht; da sie aber weder eine politische noch eine militärische Einigung zustande gebracht hat, ist sie besonders verletzbar (,,Libé'', S. 30).

Europa stirbt auch aus. Es gibt keine Jugend mehr. In drei Jahrhunderten ist Deutschland weg von der Karte (S. 38). Technologisch ist Europa rückständig, unterentwickelt. Noch ist aber zum Glück die dritte industrielle Revolution, die elektronische Revolution, möglich — natürlich nur bei Einsicht aller Beteiligten (S. 43).

Kriege haben in der Vergangenheit viele ähnliche Probleme, wie wir sie heute kennen, gelöst, meint Montand. Zum Beispiel: das Problem der Arbeitslosigkeit. Meint Montand. Sie führten auch technologische und andere schöne Modernisierungen herbei ... Er fragt: ,,*Wieso könnte es heute nicht genauso sein, da, wie wir gesehen haben, pazifistische Lösungen nur Sackgassen sind?*''. Darauf antwortet der Finanz-Direktor vom Saint-Gobin Trust: ,,*Der Krieg ist keine Lösung mehr, der zweite Weltkrieg befreite die westlichen Wirtschaftssysteme von der Krise. Diese letzte Lösung bleibt den westlichen Nationen heute versperrt — wegen der Atom-Bombe*'' (S. 64). Scheißbombe!

Die Arbeitslosigkeit kann aber auch die Chance für einen neuen Start sein. Vom Arbeitslosen zum Unternehmer, heißt die Parole.

Kreativ denkenden Arbeitslosen, die nicht immer nur die Hand aufhalten wollen, werden die Tips einer dynamischen Jungunternehmerin nützlich sein: Vor 20 Jahren — sie war damals 21 — übernahm Annette Roux die Leitung ihres Schiffsbau-Familienbetriebs. Innerhalb dieser 20 Jahre wuchs die Belegschaft von 17 auf 1.000 Mann, der Umsatz von 3 auf 300 Millionen. Ihr Trick: ,,*Es ist sehr wichtig, sich einen guten Beraterkreis zu schaffen ... Der Erfolg stellt sich nicht von heute auf morgen ein ... Ohne eine vernünftige Arbeitsteilung kann ein Betrieb nicht gedeihen ... Man muß die Entwicklung stets voraussehen ... Sich immer auf dem Laufenden halten, was die Konkurrenz plant ...*''. Ja, darauf muß man doch erst mal kommen! —.

Entzückt vor so viel unternehmerischem Charme vergleicht sie der ,,Libé''-Journalist mit einer Art ,,Samourai'' und fragt sie nach ihrer innersten Motivation: ,,*Es ist nicht die Lust am Geld; es ist ganz einfach die Lust, im Leben etwas anzustellen. Es ist mit der Motivation eines Sportlers vergleichbar: Das Maximum aus sich herauszuholen, nur für das Vergnügen*''. Pour le plaisir ... (S. 74).

Ein anderes Beispiel soll ebenfalls Mut machen: Der Unter-Präfekt de Villiers, so ,,Libération'', langweilte sich in seinem Job. Kühn gründete er einen freien Sender, der mittlerweile 40 Leute beschäftigt. **Schade nur, daß dieser Unter-Präfekt ein notorisch rechtsextremer Katholik ist, der mehr oder weniger zum Rücktritt gewzungen wurde ...** Die moderne Chefredaktion von ,,Libé'' hat dies als ,,Ausrutscher'' erklärt: ,,schlechte Recherchen'' etc

,,Libé''-Journalist mit einer Art ,,Samourai'' und fragt sie nach ihrer innersten Motivation: ,,*Es ist nicht die Lust am Geld; es ist ganz einfach die Lust, im Leben etwas anzustellen. Es ist mit der Motivation eines Sportlers vergleichbar: Das Maximum aus sich herauszuholen, nur für das Vergnügen*''. Pour le plaisir ... (S. 74).

Ein anderes Beispiel soll ebenfalls Mut machen: Der Unter-Präfekt de Villiers, so ,,Libération'', langweilte sich in seinem Job. Kühn gründete er einen freien Sender, der mittlerweile 40 Leute beschäftigt. **Schade nur, daß dieser Unter-Präfekt ein notorisch rechtsextremer Katholik ist, der mehr oder weniger zum Rücktritt gewzungen wurde ...** Die moderne Chefredaktion von ,,Libé'' hat dies als ,,Ausrutscher'' erklärt: ,,schlechte Recherchen'' etc

(,,LM'', 29.2.84). Die Auseinandersetzung zwischen Chefredaktion und linken Gewerkschaftern bei ,,Libé'' hat immerhin dazu geführt, daß man **,,innerhalb der Redaktion wieder über Politik gesprochen hat''** (,,LM'', ebda). Wie dem auch immer sei: Für diejenigen, die aus wie immer gearteten Gründen, den nötigen Wettkampf-Geist derzeit nicht aufbringen, gibt es noch eine Zukunftsvision: Dank der — mittels Arbeitslosigkeit — gewonnenen Freizeit und dank dem technologischen Fortschritt — dem sich in der Zwischenzeit die mutigen und kompetenten Unternehmer widmen, um uns alle aus dem Debakel rauszuholen — könnte man ja ...: reicher werden, materiell und geistig gesehen, indem vieles wieder zu Hause produziert wird. Der kulturelle Sprung der zukünftigen Gesellschaft: an dem einen Tag mit ultraperfektionierten Laser-Technologien rummachen, an dem anderen, wie früher, Fahrrad fahren ... (S. 68).

Raus also aus der sozialen Watte, weg mit dem ganzen Sozialklimbim, von wegen Kindergeld, Krankenversicherungen, Arbeitslosenversicherungen, Renten: Nur in der Bedürftigkeit ist der Mensch zu großen kreativen Elans fähig.

Arme waren schon immer nettere Menschen. Das haben etliche Generationen von Caritas-Damen längst bemerkt ... Die depressiven Arbeitslosen, Arbeitssuchenden, rausgeschmissene Ausländer sollten sich bei Bruder July und Bruder Montand bedanken für ihre aufmunternden Worte.

Überhaupt: Ist es nicht tröstlich zu wissen, daß es nicht jedem genauso mies geht? Zum Beispiel: Dassault. Aber um ihn ging's ja nicht. Es ging ja um eine andere Krise.

Frankreich-Kommission

"Ich widerspreche mir in jedem zweiten Satz ..."

Interview mit Franz Xaver Kroetz

Wie reagiert mensch als Interviewer, wenn der politische Autor in der BRD auf Fragen nach seinem Verhältnis zur Politik unwirsch, desinteressiert reagiert? Frage falsch gestellt? Ein Schriftsteller, der sich seine Gedanken lieber allein macht? Einer, der keinen Werkkommentar geben mag? Im Gegenteil: Letzteres gibt er gern, über ,,Furcht und Hoffnung der BRD'' (zu Kroetz und seinen neueren Arbeiten siehe AK 243) erzählt er viel und ausgiebig, noch mehr zum ,,Mondscheinknecht''.

Kroetz Arbeit sollte ein Anlaß sein, über den Stellenwert von Kunst im Politikverständnis der Linken (ganz weit gefaßt) nachzudenken: Was Interessiert uns eigentlich an Literatur, Theater, Film, Malerei? Die Ästhetik? Die Produktionsbedingungen? Die Wirkungen? Bei wem? Oder ist es uns wichtiger, was ein Künstler zu den ,,wirklich wichtigen Fragen'' zu sagen hat: Zur Militarisierung, zur Arbeitslosigkeit, zurzurzur ...?

Gelesen wird Kroetz von anderen als von Linken, die Resonanz zumindest kommt aus eher bürgerlichen Kreisen. Kroetz hat einen klaren Standpunkt, wenn er nach langem Zögern doch etwas zu seiner Auffassung vom Verhältnis Künstler — Gesellschaft sagt, und einer der Gründe für seinen Austritt aus der DKP war ,,Einflußlosigkeit''.

FXK: Ich bin jetzt seit 1978/79, seit meinem Ablöseprozeß von der DKP der Meinung, daß mir als Künstler persönlich ein Höchstmaß an Rücksichtslosigkeit gegenüber dem politischen Geschehen in der Gesellschaft am besten tut. Ich behaupte mich da als der radikale, rücksichtslose Künstler, der nur das Objekt seiner Begierde — das Kunstwerk — in den Mittelpunkt stellt und das bekommt mir hervorragend.

AK: Das behauptest du jetzt zwar, aber wenn ich deine Stücke und den Roman lese, sehe ich, daß das nicht stimmt. Das Kunstwerk, daß du in den Mittelpunkt stellst, hat ja die Auswirkungen des politischen Geschehens als Thema.

Eben. Deshalb ist das auch nur eine Teilantwort. Einmal unterstütze ich noch politische Richtungen: Bei der Münchner Kommunalwahl den DKP-Kandidaten, weil das ein sehr guter Siemens-Betriebsrat ist — aber das ist für mich doch sehr peripher. Und wenn ich mit ,,Furcht und Hoffnung der BRD'' nicht gerade ein unpolitisches l'art pour l'art Stück geschrieben habe, dann weil bei Arbeitslosigkeit ein existenzieller Knoten ist, ein Verlust von Sein, von Leben. Wenn ich das nicht darstellen könnte, dann würde mich Arbeitslosigkeit nicht interessieren.

Aber diesen existentiellen Knoten gibt es bei den meisten politischen Auseinandersetzungen.

Das stimmt schon. Aber in welchem Verhältnis steht das zueinander. Und dann interessiert mich Politik heute eben nur noch sekundär, im Vergleich zu Kunst.

Früher war das aber anders. In deinem Tagebuch steht auch, daß dir häufig die Tat fehlt, daß du einen Drang zum Handeln verspürst.

Das wechselt oft. Sicher, der Verlust an direkter politischer Auseinandersetzung wird in dem Tagebuch schon beklagt, nur: Eine politische Heimat kann ich mir nicht einfach erfinden. Eine literarische Heimat kann ich mir erfinden, dazu brauche ich vier Wände und eine Schreibmaschine, aber politisch ...

... bist du heimatlos.

Das stimmt schon. Aber in welchem Verhältnis steht das zueinander. Und dann interessiert mich Politik heute eben nur noch sekundär, im Vergleich zu Kunst.

Früher war das aber anders. In deinem Tagebuch steht auch, daß dir häufig die Tat fehlt, daß du einen Drang zum Handeln verspürst.

Das wechselt oft. Sicher, der Verlust an direkter politischer Auseinandersetzung wird in dem Tagebuch schon beklagt, nur: Eine politische Heimat kann ich mir nicht einfach erfinden. Eine literarische Heimat kann ich mir erfinden, dazu brauche ich vier Wände und eine Schreibmaschine, aber politisch ...

... bist du heimatlos.

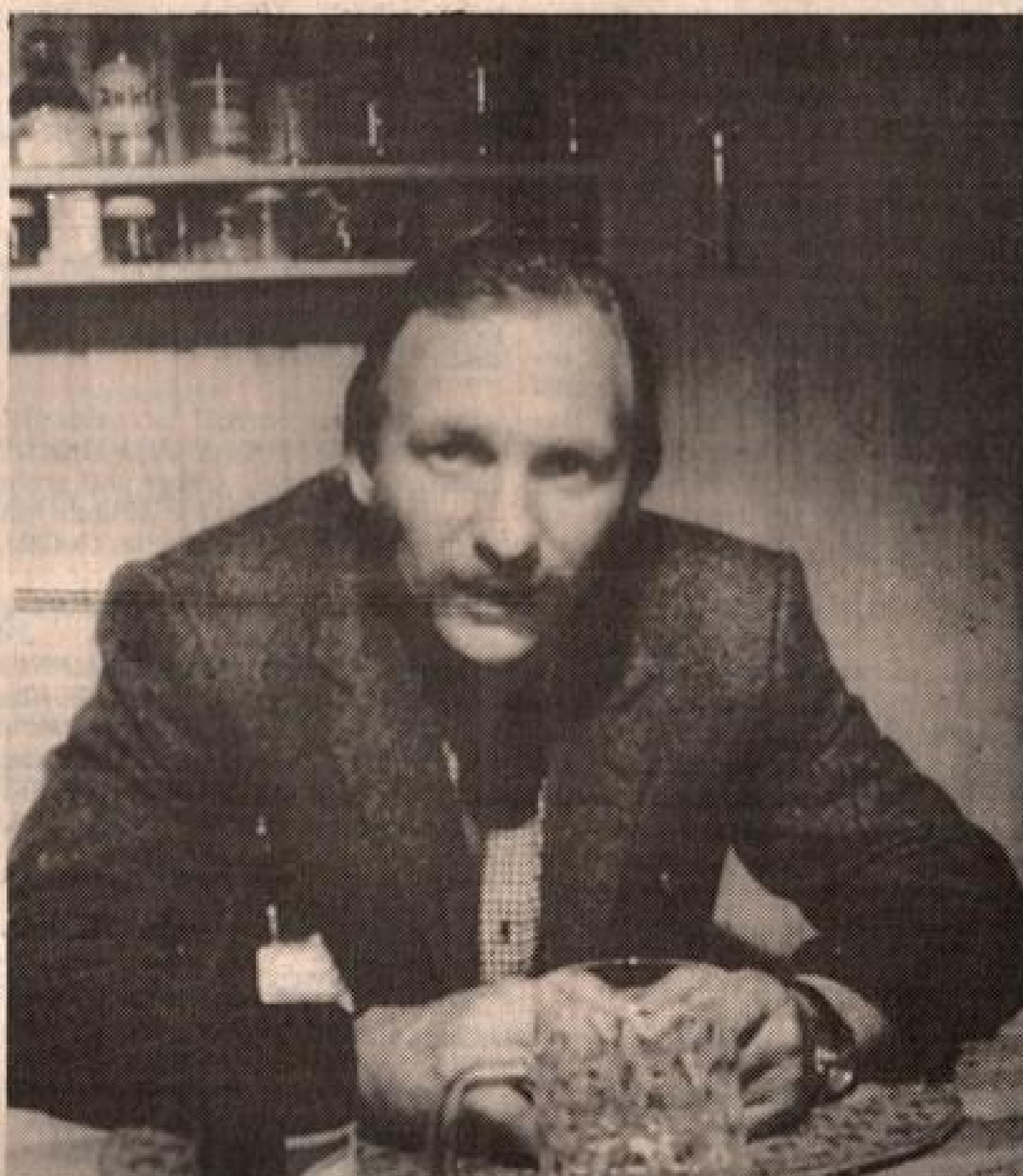
Nicht nur heimatlos! Ich bin in einem derartigen Maße angeekelt! Mir graust es vor Strauß und Honecker, und das ist ein körperliches Grausen. Wenn die sich beide die Hand geben, könnte ich ihnen links und rechts eins in die Fresse hauen. Oder in der UdSSR, der Vorgänger von Tschernenko, der Andropow: Lebenslang ein Geheimpolizist, das geheim könnte ich ja noch hinnehmen, aber ein Polizist! An der Spitze so eines Staates. Mir graust davor. Das ist zwar ein naiver Standpunkt ...

Wird dir bei Peter Handke dann behaglicher?

(Lacht) Der hat wenigstens schon mal was geleistet: Der hat ein paar Bücher geschrieben. Ich frag mich oft: Wer weiß eigentlich noch, welcher Zar regiert hat, als Tschechow seine Stücke geschrieben hat. Wer wüßte, wann wer in England regiert hat, wenn wir nicht Shakespeares Königsdramen hätten? Man kennt die kulturellen Leistungen, aber die politischen Leistungen bleiben in der Geschichte vergraben. Das seh ich als Schriftsteller natürlich einseitig. Ein Historiker würde vielleicht fragen: Wer war Tschechow? Aber mir scheint das, was es heute an Politik gibt, mit Kunst nicht konkurrieren zu können. Ich finde meine Arbeit als Schriftsteller viel wirklicher als das, was an Wirklichkeit herum passiert.

So Haltungen sind ja nicht ganz unbekannt, geraten aber leicht modisch.

Daß wir uns nicht falsch verstehen: Ich finde das nicht besonders toll, so eine Haltung zu haben. Ich find das auch nicht sehr spannend, zu sagen: Den Kohl kann ich nicht sehen, ich kann den Genscher nicht sehen, laßt mich mit der DDR in Ruhe, Reagan könnt ihr vergessen, die Sowjets mag ich nicht — das einzige was mir noch gefällt sind die Sandinistas und die PLO und ein paar Befreiungsbewegungen, die möglichst nicht an der Macht sein dürfen. Das wird dann sehr romantisch, da wird man dann zum elitären Künstler auf einem hohen Olymp, wo die Luft recht dünn ist. Also diese Haltung, die ich hier auspinsele, finde ich wirklich nicht besonders richtig und besonders gut. Ich habe aber soviel gelogen in Zusammenhang mit einer möglichst makellosen Funktionärskarriere und deshalb will ich das nicht mehr, sondern offen reden, auch wenn dann sowas rauskommt.



Kroetz als Otto Meier in dem Fernsehspiel ,,Mensch Meier''

Würdest du dich nach deinen Erfahrungen mit der DKP und deiner Einstellung zu den GRÜNEN heute eigentlich noch als linker Schriftsteller bezeichnen? Oder interessiert dich sowas auch gar nicht mehr?

Ich lebe in einem großen Vakuum. Was die ,,linke Kunstszene'' anbelangt: Also auf der Ebene, wo in dieser Republik Kulturpolitik von Kulturproduzenten gemacht wird, auf dieser Ebene werde ich nicht akzeptiert. Vielleicht bin ich noch zu jung oder zu sehr Kommunist. Ich weiß es nicht. Also auf dieser Akademiepräsidentenebene von Grass und Co., oder auf der von August Everding oder dem bayerischen Kultusminister Maier — der kommt ja nicht mal zu mir und sagt: Also über die Parteigrenzen hinweg: Was sagst denn du zur bayerischen Theaterpolitik? Das wär in anderen Ländern denkbar, nicht bei uns. In den großen Feuilletons ist es ähnlich: DIE ZEIT druckt in ihrem Feuilleton jedes dumme DDR-Dissidentenschwein, das kommt und sich mit irgendwelchen Wiedervereinigungsideen, oder Angriffen auf Engelmann oder auf die Friedensbewegung hier profilieren will. Also wirklich jeder darf da seinen Schmarrn erzählen — mir ist das aber noch nie passiert. Ich werde da verrissen. Auf der anderen Seite mein Kontakt zu den GRÜNEN: Ich kenn überhaupt keine Grünen. Das ist eine reine Phantasieunterstützung, die ich da betreibe. Wenn ich doch mal jemanden von den Grünen kennenlerne, ziehe ich micht meist angeekelt zurück. Ich finde die meistens unmöglich. Besonders im Kulturbereich haben sie auch völlig unsinnige Vorstellungen. Da hat sich Ignoranz breitgemacht, da ist auch ganz wenig Bildung, dafür aber ein fürchterliches Sendungsbewußtsein. Ja, was bleibt mir dann noch: Die paar Kontakte mit meinen alten DKP-Leuten. Mehr nicht. Also ein völliges Vakuum, in dem ich mich politisch befinde: Bei den ,,Linken'', die Macht haben, bin ich nicht gefragt; bei den anderen zieh ich mich selber zurück.

Zahnersatz literarisch

Hast du eigentlich eine Beschäftigung der Linken mit deiner Arbeit bemerkt? Ist da was an produktiver Auseinandersetzung mit deinen Stücken entstanden?

Nein, kann ich nicht sagen. Leute, die politisch was tun,gehen normalerweise wohl auch nicht ins Theater — weil sie keine Zeit dazu haben. Die Lesen selten ein Buch — weil sie schon soviel lesen müssen. Atomphysik und Umweltschutz. Da kommt so viel neu raus an Broschüren — die können sich einfach nicht darum kümmern, daß Gisela Elsner oder Günther Herburger oder ich was Neues geschrieben haben. Wie denn? Es gibt Leute, die mich lesen. Die kommen alle aus dem Bürgertum und dem Kleinbürgertum und wählen vermutlich FDP und SPD. Das ist das Theaterpublikum. Deshalb finde ich es auch albern zu denken, daß man als Schriftsteller irgendwas bewirken kann. Vom Roman ,,Mondscheinknecht 2. Teil'' sind bisher 1.720 Exemplare verkauft worden.

Das deckt vermutlich gerade die Bibliotheken der Germanistikseminare ab.

Das ist der erweiterte Bekanntenkreis eines bekannten Autors. Also wenn ich nach meiner Wirkung bezahlt würde — ich befürchte, ich müßte mit weniger als fünf Mark in der Woche auskommen. Das sehe ich inzwischen sehr deprimiert, da werde ich fast defaitistisch. Deshalb ist mir sowas heute auch wurscht! Das einzige Gefühl, das mich noch in Spannung hält, das sind die Auseinandersetzungen, die in meinem Bereich, in der Literatur, ablaufen. Ich fühl mich ein bißchen so, als ob ich mit großem Eifer dabei wäre, meinen Lebensunterhalt mit Zahnersatz für die aussterbenden Pandabären zu verdienen. Das ist schon alles sehr

Das deckt vermutlich gerade die Bibliotheken der Germanistikseminare ab.

Das ist der erweiterte Bekanntenkreis eines bekannten Autors. Also wenn ich nach meiner Wirkung bezahlt würde — ich befürchte, ich müßte mit weniger als fünf Mark in der Woche auskommen. Das sehe ich inzwischen sehr deprimiert, da werde ich fast defaitistisch. Deshalb ist mir sowas heute auch wurscht! Das einzige Gefühl, das mich noch in Spannung hält, das sind die Auseinandersetzungen, die in meinem Bereich, in der Literatur, ablaufen. Ich fühl mich ein bißchen so, als ob ich mit großem Eifer dabei wäre, meinen Lebensunterhalt mit Zahnersatz für die aussterbenden Pandabären zu verdienen. Das ist schon alles sehr

weit weg, was ich mache. Aber da, wo Schreiben eine Relevanz bekommt, wo es meinungsbildend werden kann, da bleib ich draußen: Ich bin eben doch zu ehrlich verdingter Verfassungsfeind in diesem Land. Ich darf in keiner ZEIT, Süddeutschen, FAZ, Frankfurter Rundschau die Seiten füllen. Bei mir reicht es dann gerade noch zur taz ...

... und natürlich zum AK ...

(Lacht) den ich jetzt zum ersten Mal gelesen habe. Dieses Altun-Gedicht von mir, das ist so ein Fall. Das hat niemand, auch die FR nicht, bei der ich doch ganz gute Kritiken kriege, niemand hat das gebracht.

Großvatersozialismus mit Herz für die weite Welt

Die Friedensbewegung, das entnehme ich deinen Tagebüchern, ist für dich ja was sehr Wichtiges und Positives. Wie stehst du dazu, daß dort immer stärker eine Ausrichtung stattfindet, die die USA und die Sowjetunion zu gleichrangigen und bösen Supermächten erklärt, ohne zwischen einem aggressiven Imperialismus und einem in die Defensive gedrängten Sozialismus zu differenzieren?

Da steh ich als langjähriger Internationalist voll auf Seiten der sowjetischen Außen- und Bündnispolitik. Da hat sich durch meinen Parteiaustritt nichts geändert. Wo ich auf der Welt hinkomme und Gespräche führe — ich merke immer, daß die Sowjetunion auf der Seite der Unterdrückten steht und denen oft erst ermöglicht, einen Befreiungskampf zu führen. Da habe ich fast keine Wenn und Aber. Die Innenpoli-

Kultur

Fortsetzung von vorheriger Seite

tik der Sowjetunion allerdings kotzt mich an — das ist wirklich ein ganz großer Unterschied. Innenpolitisch ist dort alles spießig, unattraktiv, pharisäerhaft.

Du sagst das ziemlich resigniert.

Bin ich auch. Weil das ein ganz und gar unattraktiver Sozialismus wird dadurch. Das ist ein realer Großvatersozialismus. Wirklich wörtlich: Da regieren die alten Herren ...

... ist das besser, daß unser Regierungschef 1945 erst 16 Jahre alt war?

Das war sein Glück, das ist sein einziges Verdienst. Nein — da ist mir der Honecker schon lieber, der in diesem faschistischen Deutschland zwölf Jahre im Knast gesessen hat.

Aber nochmal zurück zur Friedensbewegung und der Einschätzung vieler Leute, die die Sowjetunion auch für eine kriegstreibende Supermacht halten.

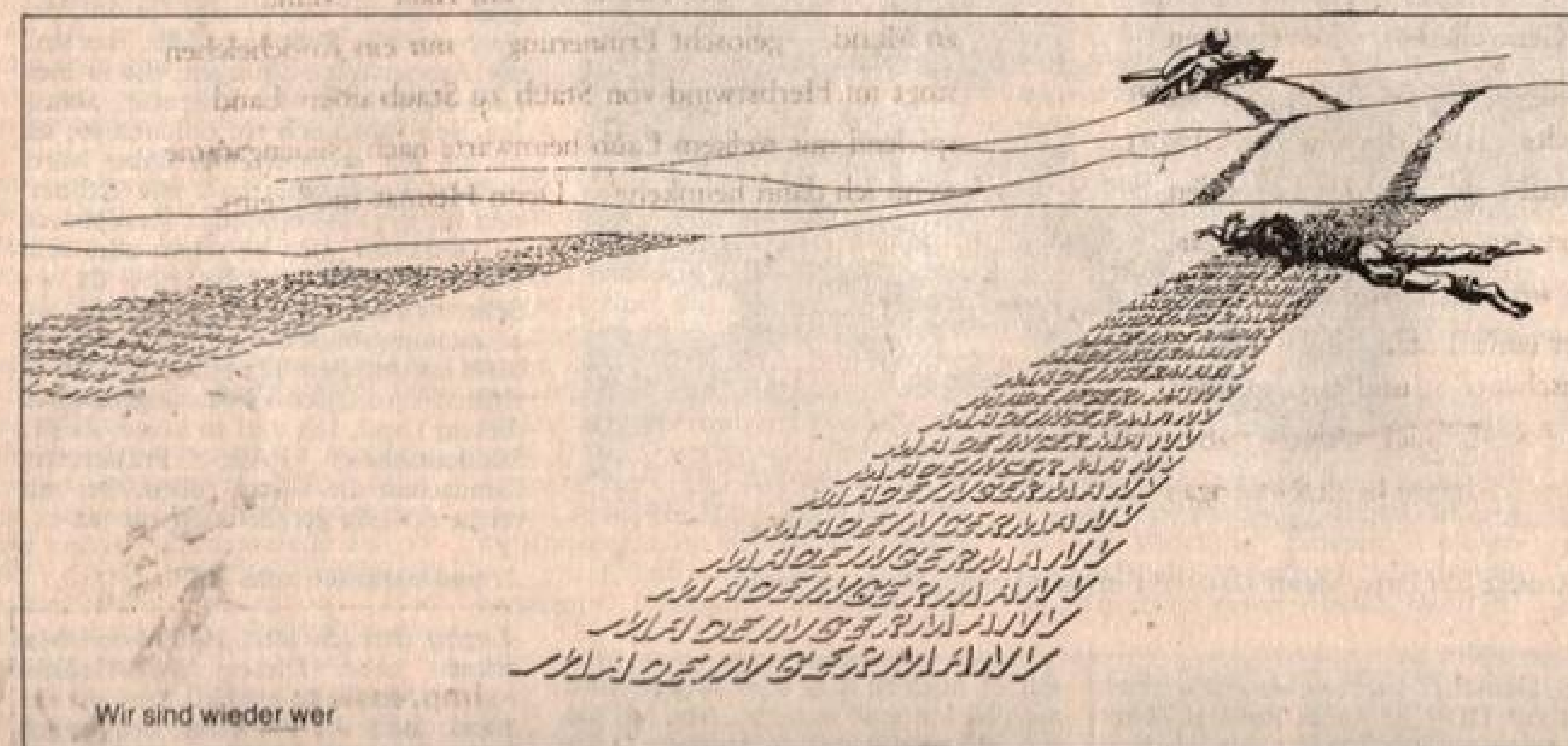
Das ist ein großer Unsinn. Die Sowjets sind nicht die, die an der Rüstungsspirale drehen. Die machen höchstens den dritten Schritt, die ersten beiden kommen immer von den Amis. Die Sowjets sind eben nicht die, die die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki geworfen haben.

Was denkst du dann zu dem Rückzug von Gert Bastian aus dem Unterzeichnerkreis des Krefelder Appells, wegen dessen antiamerikanischer Tendenz?

Ach je! Was soll ich denn zu so einem alten Herren sagen, der sein Leben lang beim Militär war? Den hätte ich ja immer nur angespuckt. Jetzt hat er für ein paar Jahre die grüne Landschaft entdeckt — na und? Das finde ich nicht so toll. Der gehört auch zu meiner Vätergeneration, der hat sein ganzes Leben lang Uniform getragen und jetzt als altes eitles Männlein ist er beleidigt, weil er nicht gehört wird und ihm von der Fraktion niemand einen Sekretär oder was bewilligen wollte. Das war ein Militarist und jetzt ist er ein grünes Engelchen nach einer Bauchlandung. Ich habe nichts dagegen, daß einer vom Panzergeneral zum Friedensengel wird — aber toll wird der dadurch nicht, man darf das nicht überschätzen.

Aber die Grünen legen auf solche Männer sehr viel Wert, viele zumindest, und Bastian ist immer noch nicht ausgeschlossen. Hälst du sie dennoch für eine wichtige und bewußte politische Kraft?

ne wichtige und bewußte politische Kraft?
schworen.
tung aussetzen.



Wir sind wieder wer

Die Grünen haben etwas gemacht, was mich als Schriftsteller fasziniert: Sie haben die Ökologie, diesen Bereich zwischen Greanpeace und Tierschützern, politisch zugänglich gemacht. Das, was vorher Romantik war, ist jetzt politikfähig und kommt deutlich über 5%. Das ist das große Verdienst der Grünen. Ich finde sie auch sehr spannend bezüglich ihrer Haltung zur SPD; die können nämlich den besseren Teil dieser Partei repräsentieren, den, von dem ich mein Leben lang wegen seines extremen Reformismus immer enttäuscht worden bin, der immer so borniert und reaktionär geworden ist.

Die Grünen orientieren sich aber nicht nur an der SPD. Wenn du schaust, was die Ökolibertären in ihrem Manifest geschrieben haben, oder was Bahro seit Jahren verkündet — das sind extrem konservative und reaktionäre Positionen.

Ich bin kein Grüner. Ich beobachte das nur und es betrifft mich nicht so sehr, deswegen habe ich da auch eine Gelassenheit. Also zu Bahro: Den habe ich in München auf einer Veranstaltung erlebt, da hat noch einiger Zeit jemand geschrieen: „Deutschlandlied!". Der hatte recht, denn was Bahro da mit seinem blockfreien, wiedervereinigten, ökologischen Großdeutschland phantasiert, das ist schlimmer als konservativ, das ist extrem reaktionär. Schlimmer als CSU. Natürlich ist das schlimm, aber ich find es nur lächerlich. Das ist nur eine ganz kleine Facette bei den Grünen. Wenn jetzt Leute, die Ökolibertären oder wer, versuchen, das zu machen, was vor Jahren der Gruhl vorhatte: Bitte, aber Gruhl mußte gehen. Das sind Verpuppungen. Ich als Schriftsteller finde bei den Grünen was anderes interessant: Da findet in dieser Republik, die keine Frage zuläßt, die eine Totschlagqualität entwickelt hat, ein Gärprozeß in aller Öffentlichkeit statt. Und wenn diese geistige Auseinandersetzung auch noch über 5% kommt, finde ich das in einem Land wie der BRD, die mir immer als eines der jämmerlichsten auf der Erde vorkommt, spannend.

Aber der Wunsch nach Realpolitik, der Drang, Juniorpartner der SPD zu werden — das sind doch Entwicklungen, die diesen offenen Gärprozeß und die vielen Positionen auf Dauer ausschließen. Denk doch mal an die Blutspritzaktion von Frank Schwalba-Hoth ...

... die ich übrigens eine wunderschöne politische und poetische Aktion fand, ganz ausgezeichnet ...

... aber kannst du dir das in Hessen heute oder auch im Bundestag vorstellen? Da ist die Anpassung an die Regeln doch schon viel weiter fortgeschritten.

Ich sag jetzt mal was, wo wir uns bestimmt nicht verstehen: Ich finde, daß die SPD sich in kürzester Zeit erheblich regeneriert hat. Ich finde das gut, daß sie gegen den Nachrüstungsbeschluß von ihrem Ex-Kanzler Schmidt gestimmt hat. Das stimmt zuversichtlich. Wenn es also hier gelingt, zu einer reformistischen Linkskoalition zu kommen, könnte aus der Raketen- und Bananenrepublik BRD vielleicht noch etwas Besseres werden. Dafür würde ich dann auch einen gewissen Verlust an Gärungsmasse in Kauf nehmen.

Willy Brandts Mehrheit links von der Mitte. Nur haben die Erfahrungen in Hessen doch etwas ganz anderes gezeigt: Die SPD ist doch gar nicht zu Zugeständnissen bereit. Und auch in ihrer Sicherheitspolitik ist sie ganz fest auf die NATO-Partnerschaft eingeschworen.

Ein schwieriges Feld; ich bin da durch meine DKP-Erfahrungen geprägt — da wollten wir immer klein aber rein sein. Geworden sind wir so bedeutungslos, und deswegen denke ich, daß eine Zusammenarbeit mit der SPD für die Grünen schon sein muß. Aber für mich ist das auch schwierig: Ich empfehle den Grünen etwas, was ich für mich und meine Arbeit ablehne: Taktieren, Profil zeigen, obwohl noch viele Fragen offen sind.

Was für eine Rolle spielen die Grünen für dich persönlich? Bist du ein Grüner?

Für mich war das eine Gruppe, die mich nach meinem existentiellen Absturz bei der DKP ein bißchen abgefangen hat. So eine Art Notpflaster: Das könnte vielleicht etwas sein. Ich bin aber kein überzeugter Grüner, ich bin ein gescheiterter Kommunist, sonst nichts.

Bretter, die die Welt vernageln?

Theater ist die letzte Bastion für mich, auf der Widersprüche erlebbar gemacht werden. Da wird nichts glattgebügelt, oder gelöst, wo nichts zu lösen ist — das Erleben der Widersprüche ist spannend.

Das kann eine Möglichkeit von Theater sein. In deinem Tagebuch liest sich das aber noch anders: „Auf der Bühne ist zuerst mal alles possierlich, lieb und brav". Theaterproduktion in der BRD wird doch von einem Großteil des Publikums gar nicht ernst genommen, ist eine Art Pausenclownbeschäftigung. Da rackern sich auf der Bühne ein paar Leute ab, machen von mir aus Widersprüche erlebbar, und unten ist die Erwartung, den „echten Schiller" zu sehen, „so, wie wir ihn kennen".

Theater darf nicht naturalistisch werden. Wenn die Stücke eine bestimmte realistische Schärfe haben, dann kann das Publikum am ehesten gepackt werden. Das ist das, woran ich so arbeite im Augenblick.

Realismus also gleich Schärfe?

Ich hab ja den Vorteil, daß ich dir das gar nicht sagen muß, was und wie ich mir Realismus vorstelle. Ich bin ja kein impotenter Theaterwissenschaftler. Ich kann schreiben, spielen und inszenieren. Wenn ich was sehe, dann kann ich genau sagen: Das ist Realismus, das nicht — aber das ist eine Frage von Praxis. In Bochum ist z.B. von „Furcht und Hoffnung der BRD" die Hälfte oder ein Drittel der Sachen gut gelungen. Weit weg von jeder Wehleidigkeit. Das geht dann nicht zu sehr in die Figuren, sondern erfaßt die Gesellschaft. Viele Aufführungen meiner Stücke sind naturalistisch, aber man kann jedes Stück naturalistisch machen. Realismus: Das heißt für mich, Gedanken härten, nicht Gefühle — Gedanken. Das ist der Hauptunterschied zum Naturalismus.

Findest du eigentlich, daß dir der Realismus in „Furcht und Hoffnung" gleich gut gelungen ist wie in „Nicht Fisch nicht Fleisch"?

„Der Weihnachtstod" ist naturalistischer als „Nicht Fisch nicht Fleisch"; andere Szenen sind größer und gröber — also realistischer. In „Furcht und Hoffnung" ist ein ziemliches Gefälle.

Mich hat „Furcht und Hoffnung" stark an Heiner Müllers „Die Schlacht" erinnert. Diese Szenen aus dem deutschen Faschismus, die Menschen in einer Situation zeigen, wo sie die, die ihnen bisher am nächsten standen, verraten und damit der Vernichtung aussetzen.

Die Verabredungen, an die sich die Menschen aus „Furcht und Hoffnung" ihr Leben lang gehalten haben, werden in den Szenen auch gebrochen. Da wird ein Schlußstrich gezogen: Jetzt geht es nicht mehr weiter.

Was mir dabei allerdings unklar bleibt, ist warum dein Stück „Furcht und Hoffnung der BRD" heißt, weil von Hoffnung wirklich nicht viel zu spüren ist.

Das Stück sollte erst „Furcht und Elend der BRD" heißen, aber das erschien mir dann falsch, weil 1983 eben nicht 1938 ist — das zu behaupten, wäre politisch und historisch unsinnig. Dann erschien mir eben so eine Dialektik von Furcht und Hoffnung glaubwürdig. Ich wollte damals auch noch Szenen über Betriebsbesetzungen, über die Friedensbewegung, über den sogenannten Terrorismus schreiben. Das ist mir mißlungen, die Szenen sind deshalb draußen geblieben. Ich werde oft von Titeln überrascht, die dann nicht stimmen.



Eine Widerstandsszene ist aber geblieben: Das alte Ehepaar, das sich aufmacht, um braune Farbe in die BILD-Zeitungskästen zu gießen. Warum gerade die?

Das ist schon eine uralte Idee von mir. Ich habe mich damit abgequält, Auswege zu finden; die funktionieren aber alle nicht, weil sich von den 2,5 Millionen Arbeitslosen eben nicht ihr Widerstand abprägt, sondern ihr Nicht-Vorhandenden-Sein. Kämpferische Ausnahmen gibt es kaum, also mußte ich auch vom Nicht-Widerstand schreiben.

ich auch vom Nicht-Widerstand schreiben.

Nochmal zu Heiner Müller und, neu, zu Herbert Achternbusch. Hat deine Arbeit was mit den beiden zu tun?

Das denke ich schon. Den Heiner Müller halte ich für einen der wichtigsten deutschsprachigen Dramatiker. Wir sind uns ziemlich nahe, auch politisch nahe, denke ich. Der Achternbusch ist ein poetischer Provokateur, und das ist mit das Beste, was ein Künstler sein kann. Ich bin das leider nicht, ich schreibe viel bodennäher und klebe mehr an der Wirklichkeit.

Empfandst du „Das Gespenst" auch als so eine Provokation?

Das ist schwierig, weil ich es eigentlich ziemlich albern und langweilig fand. Da es aber soviel ausgelöst hat, muß ich mich natürlich fragen, ob nicht auch in diesen verhältnismäßig schwachen Bildern ein Provokationspotential gesteckt hat, das mir entgangen ist.

Achternbusch ist ein Autor, der nicht gerade mit sehr vielen Lesern und Kinozuschauern gesegnet ist. Gerät das nicht leicht zu einer, von mir aus auch provokatorischen, Insiderveranstaltung?

Ich denke, daß die Bilder von ihm so gewagt sind, daß sie von vielen Leuten noch gar nicht verstanden werden können, und Kunst kann eben nicht immer Rücksicht auf die Masse nehmen. Also mir ist ein tolles revolutionäres Kürzel lieber als ein ganz seichtes, das aber von jedem verstanden wird.

Fünfunddreißig Stunden sind ein Tag?

Du hast dich in deinen Stücken und auch im „Mondscheinknecht" immer wieder mit den Gewerkschaften bzw. Leuten, die dort organisiert sind, beschäftigt. Was sagst du zur aktuellen 35-Stunden-Auseinandersetzung?

Ich finde, daß die Gewerkschaften in der BRD bei den großen politischen Fragen immer dilletantisch agiert haben; nie haben sie so richtig begriffen, worum es wirklich ging. Die 35-Wochenstunden-Kampagne hat als entscheidende Schwäche, daß hier wieder ein Mangel verwaltet werden soll. Für mich lebt ein Mensch zuallererst durch seine Arbeit, sie ist ein Selbstverwirklichungsmittel. 35 Stunden in der Woche sind keine richtige volle Arbeit mehr, ich arbeite mindestens 60 Stunden die Woche ...

Deine Arbeit ist aber auch sehr viel selbstbestimmter und weniger gesundheitsschädlich.

Also ich weiß nicht, wie die Infarkt-Anfälligkeit bei Schriftstellern ist, aber

Also ich weiß nicht, wie die Infarkt-Anfälligkeit bei Schriftstellern ist, aber

das ist natürlich klar, daß der Arbeiter am Fließband oder am Hochofen vermutlich solche Arbeit gar nicht machen sollte, auch keine 35 Stunden, das ist die Schwierigkeit in der Diskussion, daß Arbeit sehr unterschiedliche Dinge meint. Worum es mir geht: Die Gewerkschaften kriechen den Unternehmern auf den Leim, die sagen: Arbeit wird immer weniger, das ist ein kostbares Gut — das ist sicher falsch. Es gibt genug Arbeit, es muß nur umstrukturiert werden. Viele Bereiche im Umweltschutz, aber auch sonstwo, sind völlig unterversorgt.

Die 35-Stunden-Woche ist ja aber keine Initiative der Arbeitgeber, sondern wird von denen als systemgefärdend bekämpft.

Die werden schon einsehen, daß der DGB ihnen letztenendes wieder staatstragend und machtsichernd in die Hand spielt. Die Wirtschaft kommt schließlich, je geringer die individuelle Arbeitszeit (und die wird geringer werden) ist, immer stärker in die Hände der Kapitalisten. Die verbleibenden Arbeiter haben keinen Überblick mehr über ihre Arbeit, sie können sich nicht mehr organisieren und mit einer Gruppe identifizieren. Sie werden abgedrängt in den Freizeitbereich.

Aber was du als Gefahr beschriebst, sehen manche Grüne, z.B. Joseph Huber mit seinem Konzept der Dualwirtschaft, als Chance: Anstelle der bezahlten Fremdarbeit könnten diese Arbeiter in der Freizeit dann unbezahlte Eigenarbeit in ihrem Interesse machen.

Der Freizeitbereich ist der Bereich, den die Herrschenden am sichersten im Griff haben, hier herrscht eine gradezu frühkapitalistische Anarchie, was die Angebotsseite angeht: TV, Video, Telespiele, Computer, Freizeitparks — besser sind die Menschen kaum zu vereinzeln, hier werden sie besser isoliert als irgendwo sonst. Ich bin fest davon überzeugt: Wenn niemand mehr hinters Fabriktor kommt, können wir die Demokratie vergessen.

Das Interview führte Fassanbass

Fortsetzung von Seite 48

Kennzeichen VS, braunmetallic

In diesem Zusammenhang ist es interessant, sich die „Analysen" zu vergegenwärtigen, die „Bild", „Welt", „Frankfurter Allgemeine Zeitung" etc. über den „Linksterrorismus" abzuliefern pflegen. Demnach wollen die „Chaoten", wie der Name schon sagt, zumeist ein Chaos provozieren, die staatliche Autorität also durch Bomben unterminieren, damit sich dann die Sowjetunion, DDR, Kuba, China (oder was gerade paßt) als „Ordnungsmacht" anbieten können. Eine bemerkenswerte Phantasie. Denn die Rechte unterstellt ihren Gegnern offenbar genau das, was in ihren eigenen Köpfen als denkbare Möglichkeit umgeht. Das Münchner Attentat folgt präzise diesem Muster. Die sozialliberale Staatsführung sollte als schwächlich und unfähig dargestellt werden, Baum war als der Schuldige für die angebliche Demoralisierung und Zersetzung der „Sicherheitskräfte" auserkoren (Strauß unmittelbar nach dem Anschlag: *„Man müßte jetzt ein Flugblatt verfassen, das nur eines zeigt — Baum im Gespräch mit Mahler"*; zitiert nach dem „stern"-Bericht).

Unter den Sozialdemokraten hätte man mit hundertprozentiger Sicherheit den „Sympathisanten-Sumpf" wiederentdeckt, wenn nur das Konzept des In-die-Schuhe-Schiebens aufgegangen wäre. Mit der ordnenden Hand freilich, die sich zum Großreinemachen angeboten hätte, kann ernsthaft nicht die NPD gemeint gewesen sein, wie es Köhler laut „stern"-Bericht seinen „Freunden" gesagt haben soll.

Das Mosaik, das wir vom Münchner Attentat haben, hat sich erheblich vervollständigt. Wichtige Steinchen fehlen zwar noch, aber sie ändern an dem, was das Bild darstellt, nichts Wesentliches mehr. Die Konsequenzen liegen auf der Hand: Jemand hat versucht, nach dem Vorbild des Reichstagsbrands vorzugehen. Dieser Versuch scheiterte — aber nicht an der demokratischen Wachsamkeit, sondern lediglich an einem „blöden Zufall". Die Strategie des Reichstagsbrands ist also hier und heute immer noch anwendbar.

Als Antifa-Schrats, die wir nun einmal sind, ahnen wir schon, wo die politisch Verantwortlichen für diese Strate-

hier und heute immer noch anwendbar.
Als Antifa-Schrats, die wir nun einmal sind, ahnen wir schon, wo die politisch Verantwortlichen für diese Strate-

gie zu suchen sind. Köhler jedenfalls, der „Sprengstoff-Experte" der WSG, gehörte nicht dazu.

Komitee gegen die schrittweise Verblödung von Staat und Gesellschaft

PS 1 In der Nacht vom 26. auf den 27.9.1980 nahmen BKA-Beamte auch verhaftete Mitglieder der Roeder-Bande ins Gebet. Diese wurden weich und nannten den Vernehmern den Namen des Forstmeisters Heinz Lembke, der in der Lüneburger Heide über ein umfangreiches Waffen- und Sprengstoff-Depot aus Bundeswehr-Beständen für Neo-Nazis verfüge. Trotz dieses Wissens flog das Depot erst ein Jahr später auf: als man zufällig bei Forstarbeiten darauf stieß. Verantwortlich für die unterlassene Nachforschung: Rebmann. Sogenannter Selbstmord in der Gefängniszelle: Lembke.

PS 2 Als ein hessischer Neo-Nazi namens Stefan Wagner vor einiger Zeit im Rodgau Amok lief, erzählte er zwei Personen, die er in seine Gewalt gebracht hatte, man sei ihm wegen seiner Beteiligung am Münchner Attentat auf die Spur gekommen. Rebmann erklärte dazu später, Wagner habe nicht zum Kreis der Verdächtigen gehört. An der Akte der Bundesanwaltschaft war offensichtlich manipuliert worden: Nach Auskunft des BKA soll Wagner tatsächlich wegen München überwacht worden sein. Verantwortlich für die Akte: Rebmann. Sogenannter Selbstmord: Wagner.

Und so könnte man noch viele „post scripta" anfügen, beispielsweise daß Zeugen anhand von Fotos den Neo-Nazi Uwe Behrendt als Köhler-Begleiter in München identifizierten, welcher später im Libanon, man ahnt es schon, durch sogenannten Selbstmord verschied (wirklich gute Methoden bewähren sich möglicherweise auf unterschiedlichsten Arbeitsfeldern?). Aber dies ist ja keine unendliche Geschichte. Sie handelt nämlich nicht von Fiktionen.

Arie Goral: *"Um Mitternacht"*

In AK 244 stellten wir Arie Gorals Gedichtband „Um Mitternach" vor. Texte aus seiner Exilzeit in Israel sowie neuere, die nach seiner Rückkehr in die BRD entstanden sind. Leider ist uns die Vorstellung nicht zu Aries, nicht zu unserer und wohl auch nicht zu der unserer Leserinnen und Leser gelungen: Zum einen fehlt der Hinweis, daß der Text, mit dem wir „Arie selbst das Wort" gegeben haben, eine gekürzte Fassung seines eigenen Nachworts aus dem Gedichtband ist. Zum anderen wurde ein falsches Gedicht abgedruckt, dessen Abdruck nicht mit Arie vereinbart war, das ganze noch dazu in einem sehr schlechten Umbruch. Wir bringen deshalb an dieser Stelle den eigentlich vereinbarten Text und hoffen damit Arie, unseren Leserinnen und Lesern sowie uns selbst gerecht geworden zu sein.

AK-Redaktion und Lay-Out

Requiem

Und wenn ich dann heimkehren werde . aber werde ich heim-
kehren wo ist noch Heimat nun in der Zeit der Alles-
vernichter der Unterjocher meiner Heimat mein Zuhause
wo ist es hier im Wüstland oder irgendwo morgen wo Rast
auf der Flucht als Gast ich komme und als Fremder
ich gehe immer weiter von einer Grenze ins Grenzen-
lose dann fort sie fragen woher kommst du wohin
führt dich dein Weg Fremder wer bist du die Angst
ist mein Pass der Verrat mein Visum aber wenn ich heim-
kehre in das vermietete Haus ein fremder Name im Tür-
schild wenn ich dann heimkehre noch immer nisten
die Schwalben und im Flug dahin zum Gruß mir
der Schrei sei gegrüßt Heimgekehrter wie wir
in das Haus der Erinnerung Denn Heimat muß sein

Das ist der immer wiederkehrende Traum die Angst
vor der Höhe der unüberwindbaren Schwelle und der Sturz
in das blinde Antlitz der Finsternis in der Ferne
türkiskalte Bläue der Fuß folgt nicht dem Schritt
zur Umkehr ins Sonnenlicht dem verlorenen Sommer
klagen die Tränen dem Blütengesang der Syringen und glut-
flammenden Blutkastanien Daß ich heimkehrte verzeiht
meine Toten nie hätte ich heimkehren dürfen es stört
die Lüge der Ruhe ringsum unserem Vergessen geweiht

Wie aber wenn meine Heimat wäre Buchenwald Dachau
wenn es wäre Lidice Oradour warum nicht Auschwitz
Bergen-Belsen von Anbeginn an wie jeder andere Ort bewohnt
von Menschen wie du und ich eingezeichnet in Landkarten
wie jeder andere Ort wenn ich heimgekehrt wenn Tag und Nacht
ich Zwiesprache halten müßte mit namenlos Stummen den hier-
her Verschleppten Gemarterten Gemordeten Verscharrten
Verbrannten deren Asche Felder ringsum düngte das Schweigen
zu durchstoßen ich Zwiesprache hielte und doch keine Antwort
fände von euch Toten nicht allemal nicht von den Lebenden
vom Schrei der Schwalben nicht von den Syringen nicht gar
von den flammenden Blutkastanien wenn ich heimkehrte

vom Schrei der Schwalben nicht von den Syringen nicht gar
von den flammenden Blutkastanien wenn ich heimkehrte

auf der Suche nach einer Bleibe unter euch Toten ihr fragtet
wo wohntest denn du ich mich umschaute und sagte hier
in dieser Stadt aber ich finde mein Zuhause nicht mehr abwenden
würdet ihr euch mit den Worten dein Zuhause heißt Neuengamme

Da suche ich zurück einen Pfad in der Kindheit
am Hammerpark unter Buchen und Eichen und das Rauhe
Haus uns schreckte und im Gemäuer der alten Kirche
die Kanonenkugel aus der Franzosenzeit stak wo
aber stand das verfallene Herrenhaus und wo führte
die Treppe hinab zur Sandkuhle beim Ginster im Traum
fand ich den Weg schon aber nicht in den Straßen tag-
grell Ihr Nachgeborenen findet befreit den Weg ins Alte
Land und nach Neuengamme ich aber gedenke kehre
ich heim und mein Zuhause ist Neuengamme im Augen-
blick noch die Kindheit der Spiele am Deich unter
Walnußbäumen und der Stichlinge Glitzern im Wasser-
graben am Haus von Hans Lüneburg der Name nur blieb
von jenen von denen keiner aufstand in der Stunde der Not
Mutter dich ließen allein denen du halfst in der Not Kehr
nicht heim komm nicht wende dich nicht zu Stein dein Herz
erstarrt ruft der dunkle Mund ins lichte Erwachen tritt
Finsternis und keiner dich erkennt kehrtest du heim

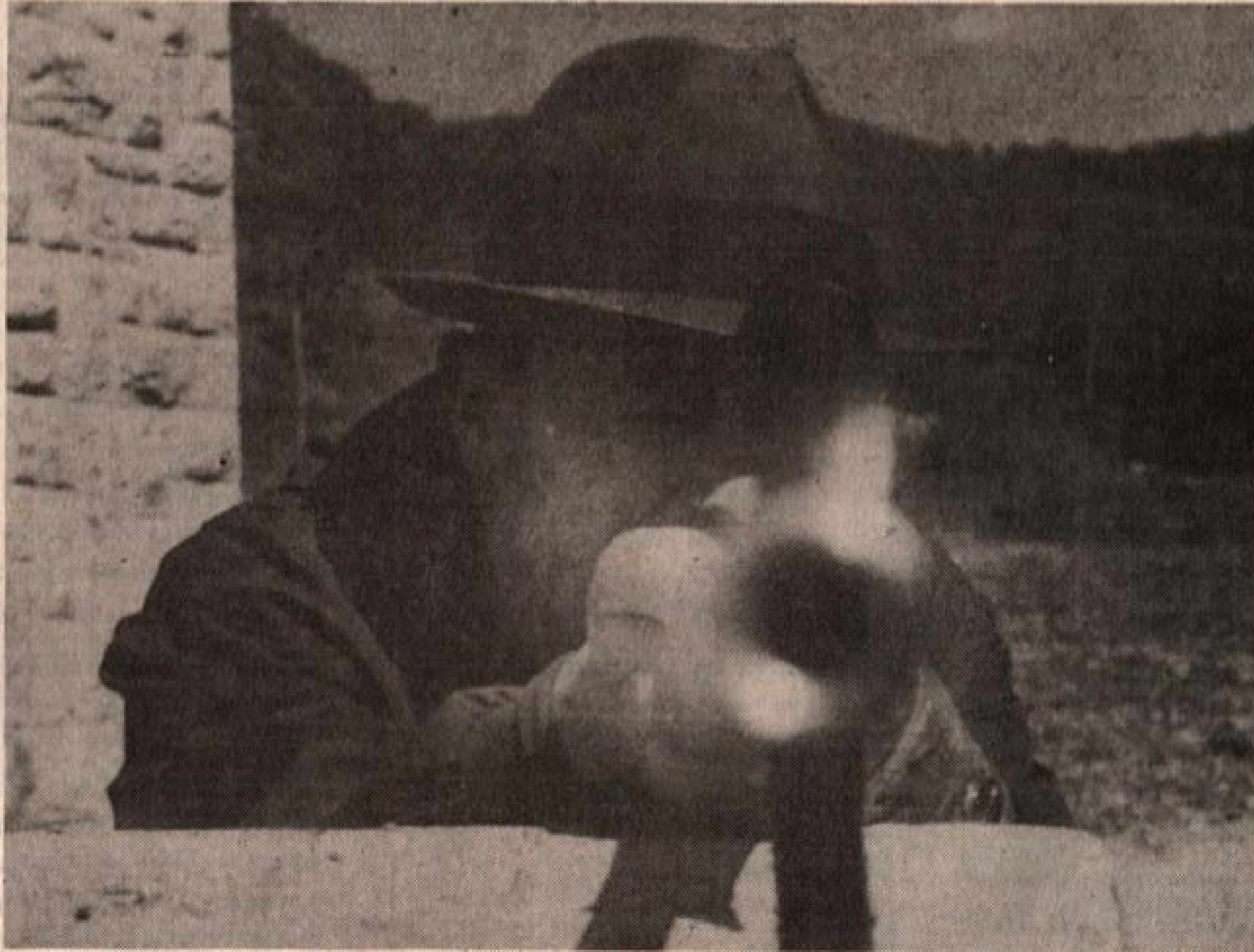
Gesegnet sei die Blindheit verflucht
zur Finsternis die mich bangen ließ
auf den Tag hin zur verlorenen Spur
Schritt für Schritt zu versäumen tastend
den Fuß am Wegrand Wer rettet mich wie
denn ringsum ist Edom Nie wieder Massada
trauert Posaunen ich lasse euch nicht ihr
tötet mich denn wieder reif ist die Zeit immer
welche sind schuld und danach längst verrieselt
das Blut verhallt auch der Schrei und niemals
wieder das Blau im Aug und im Himmel Ihr
meine Toten ihr wißt es vom Kalk Mund
an Mund gelöscht Erinnerung nur ein Knöchelchen
singt im Herbstwind von Staub zu Staub übers Land
spielend mit welkem Laub heimwärts nach Neuengamme
wenn ich dann heimkehr Denn Heimat muß sein



Im Bahnhof des Konzentrationslagers werden Waggons rangiert. In diesen „Viehwaggons" kamen die großen Häftlingstransporte im Lager an.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 5.000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Kennzeichen VS, braunmetallic

Ein schmerzlicher Erkenntnisprozeß steht der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit bevor. Nachdem es in unserer schnellebigen Zeit immer schwieriger geworden ist, die verschiedenen politischen Parteien oder Strömungen voneinander zu unterscheiden, fällt nun auch die bedeutendste Faustregel weg, mit der sich so leicht zwischen rechtem und linkem Terrorismus trennen ließ. Wußte man doch von letzterem, daß er stets als Kommando auftrat und mit Komplizen, Sympathisanten, Hintermännern, Auftraggebern, kommunistischen Geheimdiensten, arabischen Finanziers etc. in Verbindung stand, während erstgenannter ausschließlich von Einzeltätern betrieben wurde: fanatische Einzeltäter, wahnsinnige Einzeltäter, kranke Einzeltäter sowie einzeltäterische Abenteurer, einzeltäterische Waffennarren, einzeltäterische Fußball-Fans, Traditionspfleger und dergleichen mehr. Das stimmt nun nicht mehr, wenn es auch noch nicht von allen so richtig bemerkt worden ist.

Die Vorzeige-Person der Gattung „verrückter Einzeltäter" — Gundolf Köhler, Bombenleger von München, der am 26.9.80 auf dem Oktoberfest 13 Menschen tötete und 210 verletzte — war offenbar nicht so kontaktarm, menschenscheu und unauffällig, wie man bisher annehmen durfte oder auch sollte. Nicht nur, daß er Geselligkeit und Anschluß in der Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG) oder beim Hochschulband Tübinger Studenten (HTS) suchte und fand. Das war schon lange bekannt. Neu aber ist: Unter „Freunden" beriet er die Möglichkeit, mithilfe eines großen Attentats die Bundestagswahlen 1980 zu beeinflussen. Mit einem „Freund" kaufte er Sprengstoff in der Schweiz. Mit „Freunden" fand er sich bereits sechs Tage vor dem Attentat, anläßlich der Eröffnung des Oktoberfests, vor Ort ein. Mit „Freunden" erörterte er damals schon, mitten auf der Wies'n: „Wo tun wir die Bombe rein?" Mit „Freunden" wurde er schließlich an dem Tag, an dem er dann die Bombe zündete, insgesamt fünfmal von fünf verschiedenen Zeugen zusammen gesehen. Nur seinen Tod, den starb er allein, als er den Sprengkörper in einen Papierkorb am Haupteingang des Oktoberfests legte.

Es gibt noch weit mehr an erstaunlich präzisen Zeugenangaben über jenes Attentat: Wiederholt wurde die weiße Plastiktüte, in der die Bombe von den Tätern herumgetragen wurde, beobachtet. 10 bis 20 Minuten vor der Zündung findet ein heftiger Streit zwischen Köhler und seinen Kumpanen statt. Etwa zum gleichen Zeitpunkt warnt ein Mann in einiger Entfernung zwei Passanten: „Geht's net dahinter. Da liegt a Bombe!" Und zwei Minuten vor der Explosion flüchten zwei junge Männer halsüberkopf vom Haupteingang.

Dies alles veröffentlichte der „stern" jetzt — dreieinhalb Jahre nach der Tat und 15 Monate nach Einstellung der Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt — auf Basis der Polizeiakten und eigener Recherchen (Ausg. 10/84). Die Reaktion der mehr oder weniger demokratischen Öffentlichkeit ist gleich Null. Rebmann erklärt schlicht (und umwerfend), seine Behörde habe

demokratischen Öffentlichkeit ist gleich Null. Rebmann erklärt schlicht (und umwerfend), seine Behörde habe

bisher alle Behauptungen über eine organisierte Täterschaft widerlegen können, und so werde man auch diese Version widerlegen. Daß der von Amts wegen oberste Ankläger der BRD hier schon der Sprachregelung nach in die Rolle des Verteidigers schlüpft, fällt erst gar niemandem auf. Die Medien beschränken ich auf eine Kurznotiz (dem „stern" selber war die Geschichte weder eine Ankündigung auf der Titelseite noch eine Erwähnung im redaktionellen Vorwort wert; es ist also keineswegs so, daß man dort bemüht wäre, Tagebuch-Sünden abzuarbeiten — das Verdienst gebührt allein den beiden Autoren). Die „taz" bringt 50 Zeilen. Die Linke schweigt desinteressiert. Zu der Zeit war grad Karneval. Und der muß ja weitergehen wie damals das Oktoberfest. Prost und laßt euch nicht von Miesmachern die Stimmung verderben! Es hat wohl gar keinen Zweck, an diesem Zustand kurzfristig etwas ändern zu wollen. Gleichwohl ist es von Bedeutung, wenn sich wenigstens ein paar tausend oder auch nur ein paar hundert Leute bewußt machen, was hier eigentlich gespielt wird, um Klarheit über den Charakter des bundesrepublikanischen Regimes (nicht nur des jetzigen, auch desjenigen unter Schmidt!) zu gewinnen. Das folgende also gewissermaßen „unter uns gesagt":

1. Daß Köhler k e i n Einzeltäter gewesen sein konnte, war ja von Anfang an klar — nicht nur aufgrund politischer Überlegungen (Mitgliedschaft in der WSG), sondern auch aufgrund der spärlichen Veröffentlichungen über kriminalistische Erkenntnisse, die es damals gab. Einigermaßen klar war auch, daß Polizei und Justiz Hinweise auf eine Urheberschaft der WSG oder anderer neonazistischer Gruppen unterschlagen würden. Denn erstens gilt „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten", und zweitens war nicht zu erwarten, daß ausgerechnet BKA und Bundesanwaltschaft Strauß u n d Schmidt widersprechen würden, die beide die Einzeltäter-These vertraten.

Nun aber sehen wir — und da hält man selbst als kommunistischer Systemverächter den Atem an: Es gibt geradezu eine erdrückende Beweislast dafür, daß mindestens vier bis sechs Menschen u n m i t t e l b a r an der Tat beteiligt waren. Es verhält sich also n i c h t so, daß vielleicht der eine oder andere rechtsradikale Ermittler den einen oder anderen Hinweis auf Mittäter Köhlers unter dem Augenzwinkern seiner Kollegen aus den Akten verschwinden ließ. Es ist vielmehr so, daß es eine Fülle solcher Hinweise in den Akten selbst gibt. Mindestens ein Dutzend Zeugen hat entsprechende Aussagen unabhängig voneinander zu Protokoll gegeben. Durchweg wurden diese Aussagen unter dem Stichwort „kein Tatzusammenhang erkennbar" abgehakt. Ein Zeuge: „*Die Beamten haben mir damals gleich gesagt, meine Angaben könnten nicht stimmen ... Aber ich bleibe bei meinen Angaben — ich weiß doch, was ich gesehen habe*" (zitiert nach „stern"-Bericht). Er hatte den von Köhler benutzten PKW gesehen; der war ihm wegen Parkens auf

(zitiert nach „stern"-Bericht). Er hatte den von Köhler benutzten PKW gesehen; der war ihm wegen Parkens auf

dem Bürgersteig aufgefallen, und er hatte sich das Nummernschild VS-DD 500 (korrekt!) notiert, um später Anzeige zu erstatten.

Da kann man nur noch schlußfolgern, daß die Ermittlungen v o n o b e n manipuliert wurden. Ganz so, wie Rebmann in seinem „Schlußvermerk" mit einer einfach nur noch tollen Dreistigkeit feststellt: „*Insbesondere haben die Ermittlungen nichts* (!!!) *ergeben, was konkret dafür spräche, daß Angehörige rechtsextremisischer Organisationen mit dem Anschlag in Verbindung stehen könnten*" (zitiert nach „stern"). Muß man das noch kommentieren? Wahrscheinlich doch: Der Staatsapparat ist weder dumm und tolpatschig, wie es die MAD/Kießling-Affaire nahezulegen scheint, noch nutzlos und ineffektiv, wie es der „Spiegel" über den BND zu berichten weiß. Er ist teuer, das stimmt. Daß er aber auch ziemlich gefährlich ist, wird gern vergessen.

Wir müssen davon ausgehen, daß das Münchner Attentat längst vollständig aufgeklärt i s t. Nur wird der Öffentlichkeit die Wahrheit vorenthalten, die den Chefs aus Bundesanwaltschaft, Polizei und Geheimdiensten wohl bekannt sein dürfte.

2. Diese unglaubliche Manipulation wäre nicht möglich, wenn nicht über alle Parteigrenzen hinweg in einem Ausmaß „dichtgehalten" werden würde, welches alle vernünftige Vorstellungskraft übersteigt. Im BKA gibt es ja auch Sozialdemokraten, aber gut — von denen weiß man, daß sie nicht einmal den Mut eines Bagwhan-Anhängers aufzubringen vermögen (so einer hat immerhin mal was über Video-Überwachung erzählt). Aber was ist mit Baum, dem FDP-„Linken" und Tugendwächter über die Bürgerrechte in der BRD? Als damaliger Innenminister geriet er wegen München ins Visier von Strauß, der ihm die Verantwortung zuschieben wollte. Er kannt die Akten; er schwieg zur Einstellung der Ermittlungen. Er schweigt zur „stern"-Enthüllung. Was ist mit Andreas von Schoeler, damals Staatssekretär im Innenministerium, der aus Groll über die FDP-Wende in die Opposition zu den Sozialdemokraten wechselte? Er schwieg und schweigt. Oder Vogel, damals als Justizminister Rebmanns Chef? Schwieg und schweigt. Von Helmut Schmidt, dem Sieger von Mogadishu, etwas zu erwarten, wäre wohl absurd. Aber Willy Brandt, Friedensengel und väterlicher Freund aller besorgten Demokraten von Günter bis Grass? Damals schwieg er keineswegs. Er entblödete sich nicht, am Tag nach dem Attentat, „noch unter dem Eindruck der Katastrophennachricht" vom Oktoberfest, „den Sicherheitskräften für ihre Leistungen in der Vergangenheit Dank zu sagen. ‚Gerade in Wiesbaden, wo hier das BKA ist' " (Brandt auf einer Wahlveranstaltung in Wiesbaden; zitiert nach „Frankfurter Neue Presse" vom 29.9.80). Wahnsinn.

Sie halten dicht, wenn es um diesen ihren Staat geht. Auch das ist Faschisierung, ist notwendige Vorrausetzung dafür. Vor allem aber halten sie dicht, wenn sie selbst Dreck am Stecken haben.

3. Es kommt immer schlimmer, als man denkt. Lenin soll mal gesagt haben, unter jeweils drei Terroristen befände sich immer ein Spitzel. Das hat man als Sozialist schon mal gehört. Man weiß, daß dieser Satz eine Vergröberung ist, und man glaubt auch zu wissen, was Lenin ungefähr damit sagen wollte. Man weiß, daß die Polizei manchmal Verbrechen geschehen läßt, von denen sie zuvor Kenntnis hatte. Man weiß, daß Agenten des Verfassungsschutzes (oder anderer Geheimdienste) an der Vorbereitung von Neonazi-Aktivitäten zum Teil direkt beteiligt waren. Man weiß seit der Otto/Lepzien-Bande (aber eigentlich schon seit Urbachs Auftreten in der Westberliner Apo), daß es mitunter gerade die Leute sind, die sich zur Waffen- bzw. Sprengstoff-Beschaffung anbieten. Aber waren das die ganz großen Dinger, die da gedreht wurden? Oder nur kleine Provokationen zu Aufklärungszwecken?

Wer also hätte d a s zu behaupten oder auch nur zu denken gewagt: „Eine Woche vor Beginn des Oktoberfestes trafen sich hohe bayrische Polizei- und Sicherheitsexperten zu einer vertraulichen Besprechung im Münchner Penta-Hotel. Eines der Themen: Bombendrohungen gegen das Oktoberfest. Ein Teilnehmer warnte vor einer Besonderheit: ‚Der zu befürchtende Anschlag kommt von rechts'. Dieses Wissen wurde von den Behörden bis heute geheimgehalten" („stern"-Bericht). Wer so warnen konnte, mußte auch über sog. konkrete Anhaltspunkte verfügen.

Es ist aber keineswegs die ganze

über sog. konkrete Anhaltspunkte verfügen.
Es ist aber keineswegs die ganze

Wahrheit, die einem bei diesen Zeilen zu dämmern beginnt. Die ganze Wahrheit deutet sich erst an, wenn mensch berücksichtigt, daß es sieben Wochen zuvor ein Attentat gleicher Strickart und von noch schrecklicheren Ausmassen in Bologna gegeben hatte (2.8.80), welches den Behörden durch mehrfache Hinweise aus Fascho-Kreisen (Libanon und italienische Gefangene) ebenfalls schon im Vorherein signalisiert worden war. Auch an diesem Attentat waren deutsche Neo-Nazis beteiligt (z. B. Hoffmann und Fiebelkorn).

4. Als wir damals, im Herbst 1980, kommentierten: „Eine Bombe für FJS", ernteten wir bestenfalls ein milde-nachsichtiges Lächeln: Naja, die Antifa-Schrats ... „Ihr werdet euch noch wundern", sagte uns, um nur ein Beispiel zu nennen, ein überregional bekannter Obersponti, „wenn rauskommt, daß der Anschlag vielleicht von einer ganz anderen Ecke stammt".

Was das Volk dachte, weiß man ja nicht. Die sogenannte Öffentlichkeit aber — von den Medien bis zu den Politikern — vermied es peinlichst, irgendwelche Überlegungen über das M o t i v der Tat anzustellen. Denn der Täter war ja nicht nur ein einzelner, sondern auch „verrückt".

Dabei war der oben genannte Schluß logisch zwingend: Eine wahllos in die Massen geworfene Bombe ist eine Bombe von rechts. Eine Bombe von rechts aber sollte in der Endphase des Wahlkampfs natürlich nicht Schmidt, sondern Strauß helfen. Sie sollte Strauß helfen, indem man sie als Bombe von links d a r s t e l l t. Das hatte (nicht nur) in Italien oft genug geklappt, und es hätte auch in München geklappt ... wenn es nicht diesmal versehentlich einen der Attentäter selbst erwischt hätte.

Aus den polizeilichen Vernehmungsprotokollen zitiert nun der „stern" von einer Besprechung Köhlers mit „Freunden", drei Wochen vor dem Anschlag, auf der genau dieser Plan politisch durchgespielt wurde. „*Wenn einmal etwas los geht, könnte man es den Linken in die Schuhe schieben*", soll Köhler gesagt haben, der auch die Idee einbrachte, „so etwas" auf dem Oktoberfest durchzuführen (der Ort war wichtig für die Regie: „Linksterroristisches Blutbad auf der Wies'n", also gegen Bayern schlechthin und somit auch gegen unsern Franz Josef — das wären ohne Zweifel äußerst schlagkräftige Parolen gewesen).

Fortsetzung auf S. 47